 **DISCARDED**

UNIVERSITY OF WINNIPEG
LIBRARY
515 PORTAGE AVENUE
WINNIPEG, MAN. R3B 2B6



Digitized by the Internet Archive
in 2025

EINE GESCHICHTE DER
WIRTSCHAFTLICHEN
ENTWICKLUNG
ENGLANDS

14C
253
.B75
1960
v. 3
pt.

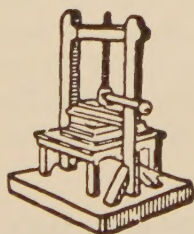
LUJO BRENTANO

EINE GESCHICHTE DER
WIRTSCHAFTLICHEN
ENTWICKLUNG
ENGLANDS

III. BAND:
DIE ZEIT DER BEFREIUNG UND
NEUORGANISATION

ERSTE HÄLFTE:
DAS AUFSTEIGEN DES BÜRGERTUMS
UND DER ARBEITERKLASSE

BURT FRANKLIN: RESEARCH AND SOURCE WORKS SERIES # 246



BURT FRANKLIN
NEW YORK

— Published By —

BURT FRANKLIN

235 East 44th Street

— New York, N.Y. 10017 —

FIRST PUBLISHED 1928

REPRINTED 1968

Printed in the U.S.A.

Vorrede.

Die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts ist die Zeit gewesen, in der die Grundlagen für das geschaffen wurden, was in der zweiten und im 20. Jahrhundert im einzelnen weiter ausgeführt worden ist. Das gilt sowohl für die Befreiung des Wirtschaftslebens von fast all dem, was im 19. Jahrhundert von Überresten des Feudalsystems und des Merkantilismus noch vorhanden war; als auch von der Neuorganisation des Wirtschaftslebens, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und seitdem stattgefunden hat, um die Freiheit zu verwirklichen. Die Freiheit, die in der zweiten Hälfte erstrebt und erreicht wurde, hat allerdings einen anderen Inhalt als diejenige, die über den Bindungen durch die Feudalordnung und durch das Merkantilssystem angestrebt worden war. Die letztere hatte die Lösung von allen Fesseln, die den Einzelnen in der Auswirkung seiner Fähigkeiten beschränkten, zum Ziel. Aber auf allen Gebieten hat dies zur Unterjochung der Schwachen durch die Starken geführt. Die Reaktion hiergegen hat in der Organisation der Schwachen bestanden, um ihnen jene Freiheit zu sichern, welche den großherzigen Kämpfern gegen die Privilegien der Starken in den vorausgegangenen Jahrhunderten vorgeschwebt hatte. Aber jede Organisation bringt notwendig gewisse Beschränkungen der Freiheit der Einzelnen mit sich. Damit hat der Begriff der Freiheit einen anderen Inhalt erhalten. Sie heißt nicht mehr Schrankenlosigkeit der Einzelnen, sondern nur mehr Abwesenheit von Schranken außer solchen, welche die Einzelnen sich freiwillig auferlegen oder denen sie sich freiwillig unterwerfen.

Als ich die Vorrede zum ersten Bande dieses Werkes schrieb, hatte ich die Hoffnung, diese Entwicklung auf allen Gebieten des englischen Wirtschaftslebens bis zum Ende dieses Jahres vorführen zu können. Aber in der Ausarbeitung der Entwicklung im einzelnen sah ich, daß ich so viel Neuerscheinungen des Lebens wie der Literatur berücksichtigen mußte, daß ich in dieser Hoffnung getäuscht wurde. Ich biete in diesem Halbband daher nur die Entwicklung, die sich in dem Aufsteigen des Bürgertums und der Arbeiterklasse zeigt. Ein zweiter Halbband soll die weitere wirtschaftliche Ausbreitung der Engländer über die Erde, die Befreiung der Kolonien und die Neuorganisation ihres Verhältnisses zum Mutterland zur Darstellung bringen. Ich hoffe, damit bis um die Mitte des folgenden Jahres zu Ende zu kommen.

Ich bedauere, daß mir das Buch „My Apprenticeship by Beatrice Webb“ erst nach Vollendung des Drucks des weitaus größten Teils dieses Halbbands zu Händen gekommen ist. Es bietet sowohl in der Darlegung der geistigen Entwicklung der Verfasserin als auch in ihrer Schilderung der Personen und der tatsächlichen Verhältnisse, die diese bestimmt haben, eine höchst willkommene Bestätigung meiner Ausführungen seitens einer die Wahrheit suchenden und nach dem Gefundenen lebenden, sehr begabten Frau. Wie viel würde meine Darstellung an Farbe gewonnen haben, hätte ich das von mir Gesagte an der Hand ihrer Erfahrungen veranschaulichen können!

Eine chronologische Übersicht über die politische Geschichte Englands während der behandelten Periode, die sich auf beide Halbbände erstreckt, findet sich bereits am Schlusse dieses ersten Halbbandes.

Prien am Chiemsee, den 16. Oktober 1927.

Lujo Brentano.

Inhaltsübersicht.

Viertes Buch.

Die Zeit der Befreiung und Neuorganisation.

	Seite
39. Kapitel: Die befreiende Volkswirtschaftslehre	3
40. „ Die Umgestaltung der englischen Gesellschaft nach 1760	42
41. „ Die englische Staatswirtschaft, einschließlich des Bankwesens, von Pitt bis zum Sturze Peels	72
42. „ Die Abschaffung der Sklaverei	103
43. „ Pauperismus und Armengesetzgebung	118
44. „ Der Sieg des Mittelstands	141
45. „ Eisenbahnen, Schnellsegler, Dampfschiffe	164
46. „ Der Triumph des Freihandels	191
47. „ Vollendung der Entwicklung zum Individuum als Wirtschaftseinheit	223
48. „ Die Fehler in A. Smiths Auffassung vom Ar- beitsvertrag	263
49. „ Die Anfänge der Gewerkvereine	288
50. „ Die Anfänge der Arbeiterschutzgesetzgebung	307
51. „ Die Anfänge der Arbeiterversicherung	331
52. „ Die Entstehung des englischen Sozialismus	347
53. „ Die Chartistenbewegung	363
54. „ Fabrikfeudalität und Fabrikantenadel	377
55. „ Von der Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetz- gebung auf die in den Bergwerken beschäf- tigten Kinder und Frauen bis zum Erlaß des Zehnstundengesetzes	389
56. „ Entstehung und Verlauf der Genossenschafts- bewegung	411
57. „ Die weitere Entwicklung der Gewerkvereine, die Verwirklichung der Freiheit des Arbeits- vertrags und die gesetzliche Anerkennung der Gewerkvereine als der Organisationen der Ar- beiter ihres Gewerbes	432

VI

Inhaltsübersicht.

	Seite
58. Kapitel: Der kollektive Arbeitsvertrag	460
59. „ Finanzen, Parlament und Verwaltung nach dem Sturze Sir Robert Peels	490
60. „ Die Fortbildung der Arbeiterschutzgesetzgebung	526
61. „ Die Gewerkvereine bis zum Ende des Weltkriegs und die Entstehung der Arbeiterpartei	550
62. „ Die Neuordnung des Unterstützungswesens . .	582
63. „ Die Wohnungsreform	626

A n h a n g.

Chronologische Tabelle zur englischen Geschichte . . .	652
--	-----

Druckfehler:

Seite 41 Zeile 10 von unten lies John Stuart Mill.

Seite 168 Zeile 4 von unten lies „Lobeserhebungen“ statt „Lohnerhebungen“.

Viertes Buch
Die Zeit der Befreiung und
Neuorganisation

39. Kapitel.

Die befreiende Volkswirtschaftslehre.

Blickt man auf die englische Volkswirtschaft zur Zeit des Merkantilsystems zurück, so wird man geneigt, dem Kirchenvater Hieronymus zuzustimmen, wenn er schreibt¹⁾: „Aller Reichtum hat seinen Ursprung im Unrecht“. Die ganze Wirtschaftspolitik des Merkantilsystems wurzelt in dessen Auffassung: „Wenn nicht der Eine verliert, kann nicht der Andere gewinnen.“ Von ihren ersten Anfängen an ist sie auf Vergewaltigung anderer eingestellt. Im Dar-niederhalten anderer, ja in deren Ruin, sehen die Merkan-

1) Hieronymus ad Hedibiam: omnes divitiae enim de iniquitate descendunt, et nisi alter perdiderit, alter non potest invenire. Unde et illa vulgata sententia mihi videtur verissima: Dives aut iniquus aut iniqui haeres. Migne, Patrologia latina XXII 984. — Goethe scheint nicht anders gedacht zu haben. Siehe Goethes Werke; vollständige Ausgabe letzter Hand. Stuttgart und Tübingen 1827. II 278. Catechisation.

Lehrer.

Bedenk, o Kind, woher sind diese Gaben?

Du kannst nichts von dir selber haben.

Kind.

Ey: Alles hab' ich vom Papa.

Lehrer.

Und der, woher hat's der?

Kind.

Vom Großpapa.

Lehrer.

Nicht doch! Woher hat's denn der Großpapa bekommen?

Kind.

Der hat's genommen.

tilisten die Sicherung des eigenen Wohlstands. Sie schrecken nicht vor Seeraub und Krieg zurück; anstandslos werden Monopole zur Bereicherung einzelner auf Kosten der Gesamtheit von ihnen bewilligt; Kolonien sind ihnen nur da, um das Mutterland zu bereichern; die Erpressung der Reichtümer kriegsschwacher Völker, sowie Sklavenhandel und Sklavenarbeit gelten ihnen als erlaubt, und die Armut der großen Masse wird von ihnen als eine durchaus nötige, ja unentbehrliche Vorbedingung dafür betrachtet, daß eine Nation zu höherer Kultur gelange¹⁾; dementsprechend gelten ihnen Rechtsungleichheit und Bedrückung der eigenen Arbeiterschaft zugunsten der Besitzenden als etwas ganz Selbstverständliches. Gäbe es keine anderen Wege, um zum Reichtum zu gelangen, so müßte man auch dem Schlußsatze des Kirchenvaters zustimmen: „Daher mir auch völlig zutreffend scheint, wenn der Volksmund sagt: Der Reiche ist entweder ein Ungerechter oder der Erbe eines Ungerechten.“

Es kann somit nicht verwundern, wenn bei Montaigne²⁾ und ebenso bei Voltaire³⁾ der Satz sich findet, daß der Gewinn des einen den Verlust eines anderen bedeutet, denn sie hatten beide nichts anderes vor Augen. Wenn französische Nationalökonomien in jedem Steigen der Preise eine Zunahme des nationalen Reichtums erblickten, so ist dies nur der Ausdruck des gleichen Irrtums; denn der Mehreinnahme einiger infolge Erhöhung der Preise entspricht eine Minderung des Vermögens aller

1) Siehe die Band II 439 wiedergegebene Stelle aus der Schrift Townsends über die Armengesetze. Ähnlich schreibt Patrik Colquhoun in *Recourses of the British Empire*, 1814, 110: „Poverty is a most necessary and indispensable ingredient exist in a state of civilization.“ Das ist, wie schon im zweiten Bande bemerkt, auch der Gedankengang Friedrich Nietzsches in seiner Lobpreisung der Sklaverei als der Voraussetzung der Blüte der Kunst und der Kultur einiger Weniger.

2) *Essais de Montaigne* I Ch. XXI.

3) *Il est clair qu'un pays ne peut gagner, sans qu'un autre perde.* Voltaire, *Dict. Phil. art. Patrie.*

übrigen und bedeutet nur eine Steigerung der Macht eines Teils der Gesamtheit über einen anderen Teil. Die ganze Absurdität der Auffassung der Merkantilisten, daß der Reichtum eines Landes nur auf Kosten eines anderen vermehrt werden könne, hat Mandeville in seiner Fabel von den Bienen zum Ausdruck gebracht, wo er in logischer Folgerung aus derselben im Brande von London die Ursache einer Zunahme des englischen Reichtums sieht, da der Baumeister gewinne, wenn seines Nachbarn Haus abbrenne¹⁾.

Wie ist es gekommen, daß an die Stelle einer so pessimistischen Denkweise eine gesündere getreten ist? Um die Frage zu beantworten, muß ich auf manches in der vorausgegangenen Darstellung Erörterte zurückkommen.

Als ich von dem neuen Denken sprach, das die mittelalterliche Betrachtungsweise des Wirtschaftslebens verdrängt hat, habe ich Machiavelli als denjenigen bezeichnet²⁾, der das, was die Menschen seit Jahrhunderten und insbesondere seine Zeitgenossen getan hatten, in seinem Buche über den Fürsten zusammengefaßt und damit die Politik von der Betrachtung dessen, was die Menschen tun sollten, zur Betrachtung dessen, was sie wirklich tun, abgelenkt habe. Unter seinem Einfluß sei auch das volkswirtschaftliche Denken von der Betrachtung des Seinsollenden zu der des Seienden übergegangen. Aber ich habe auch schon auf seine Fehler aufmerksam gemacht, darunter auf seine Vernachlässigung der Zusammenhänge, welche die Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens verbinden. Das habe seine Auffassung verschuldet, daß demjenigen, der mit der nötigen Klugheit entsprechende Energie verbinde, alles möglich sei. In seiner Anwendung auf das Wirtschaftsleben habe dies oft zu Maßnahmen geführt, die mit der Natur der Dinge in unversöhnlichem Widerspruch standen.

1) The Fable of the Bees; or Private Vices Public Virtues. By Bernard de Mandeville, M. D. London 1732.

2) Band II, 4—8.

Ich habe ferner gesagt, die Zeit des aufkommenden Merkantilismus sei die Zeit gewesen, da Nationalstaaten an die Stelle von persönlichen Herrschaftsgebieten, die um nationale Grenzen sich nicht kümmerten, getreten sind. Die Staatslenker strebten nicht nur nach möglicher Unabhängigkeit ihres Landes, sondern auch nach dessen Überlegenheit über andere Länder. Zu dem ersteren Zweck verfolgten sie als Ziel, daß ein jedes Volk wirtschaftlich sich selbst genüge, zu dem zweiten, daß es mehr Gold und Silber als die übrigen besitze. Denn auch die Aufgeklärtesten waren der Meinung, daß „da, wo viel Geld, da ist Reichtum“¹⁾, und daß „das Land so viel reicher wird, als entweder aus der Erden oder anderswoher Geld und Gold ins Land gebracht wird, um so viel ärmer, als Geld hinausläuft“²⁾. Daher haben sie alle in jedem Gold- und Silberstück, das für Fremdwaren über die Grenze ging, einen nationalen Verlust erblickt³⁾.

Wir haben gesehen, daß diese Auffassung in dem Gebaren des einzelnen Geschäftsmanns seinen Ursprung gehabt hat⁴⁾. Wie er am Ende des Jahres eine Bilanz zieht und nach dem Überschusse des Geldes, das er in seiner Kasse über den Betrag findet, mit dem er am Beginn seine Produktion oder seinen Handel begonnen hat, den Gewinn oder Verlust bemißt, der ihm geworden ist, so haben die Städte und, nach ihrem Vorbild, die Staaten aus dem Jahresüberschusse ihrer Ausfuhr über ihre Einfuhr Schlüsse über die Zunahme oder Abnahme ihres Reichtums gezogen. Denn je nachdem war mehr Geld über ihre Grenzen hereingekommen oder hinausgegangen, und Geld war Reichtum.

1) Vgl. „die Müntz belangende Antwort“ etc. in Walther Lotz, Die drei Flugschriften über den Münzstreit der sächsischen Albertiner und Ernestiner um 1500. Leipzig 1893. 71.

2) Schröder, Fürstliche Schatz- und Rentkammer. 1686. Kap. 29.

3) Kurt Zielenziger, Die alten deutschen Kameralisten 280 ff.

4) Siehe Band II 8 ff.

Dabei haben wir aber schon in den mittelalterlichen Städten einen Gegensatz zwischen Kaufleuten und Handwerkern kennen gelernt. Die Handwerker nahmen für sich das Recht in Anspruch, den heimischen Markt ausschließlich mit ihren Produkten zu versorgen; die Kaufleute nahmen zwar ein Monopol für den Zwischenhandel für sich in Anspruch, waren aber für freie Einfuhr fremder Produkte, sofern er sich durch sie vollzog¹⁾.

Dieser Gegensatz hat sich wiederholt, als die städtische Wirtschaftspolitik auf breiterem Gebiete seitens der Staatslenker Nachahmung fand, als an die Stelle des munizipalen ein staatliches Schutzsystem trat²⁾. Die heimischen Produzenten beanspruchen die ausschließliche Versorgung des heimischen Marktes für sich, die „unternehmenden Kaufleute“ und die großen dem Handel mit fremden Ländern und Weltteilen gewidmeten Aktiengesellschaften geraten darob mit ihnen in Fehden. Aus dem literarischen Kampfe der sich entgegenstehenden Interessen ist die Volkswirtschaftslehre hervorgegangen. Bei der Bedeutung, welche diese für die Weiterentwicklung des englischen Wirtschaftslebens seit der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts gehabt hat, ist es nötig, sie seit ihren Anfängen zu verfolgen. Naturgemäß knüpfen diese an die damals herrschenden Vorstellungen von Geld und der Bedeutung von dessen Ein- und Ausfuhr an.

Das aus dem Mittelalter übernommene Verbot, Geld auszuführen, war ein Hemmnis für die Geschäfte der Ostindischen Gesellschaft. Sie konnte nicht gegen englisches Tuch Gewürze in Indien eintauschen. Dem asiatischen Handel diente nur Geld. Da hat T. Mun dargetan³⁾, daß das Land an Geld viel reicher werde, wenn man der Ge-

1) Band I, Kap. 8.

2) Band II, Kap. 26.

3) A discourse of Trade from England into the East Indies; Answering to diverse objections which are usually made against the same. By T.M. 2nd impression. London 1621. Über die erste Auflage siehe Mac Culloch, Lit. of Pol. Ec. 98.

sellschaft gestatte, Geld zum Ankauf ostindischer Waren auszuführen, die man dann gegen weit mehr Geld an europäische Länder weiterverkaufe, als wenn die Geldausfuhr verboten bleibe. Unter Karl II., der der Ostindischen Gesellschaft einen neuen Freibrief gegen entsprechende Geldopfer verliehen hat, ist 1663 das Geldausfuhrverbot beseitigt worden.

Aber noch herrscht die Vorstellung, daß es darauf ankomme, möglichst viel Geld ins Land zu bringen. Derselbe Mun hat in seiner 1664 von seinem Sohne veröffentlichten Schrift „Englands Schatz durch den Außenhandel“ geschrieben: „Das regelmäßige Mittel, unseren Reichtum und Edelmetallschatz zu mehren, ist der auswärtige Handel, wobei man stets folgende Regel beachten muß: dem Ausland mehr an Wert zu verkaufen, als wir von seinen Waren verbrauchen. Denn angenommen, unser Land sei mit Tuch, Blei, Zinn, Eisen, Fischen und anderen Waren heimischen Ursprungs reichlich versehen, dann werden wir den Überschuß in fremde Länder ausführen, und dort, sagen wir für 2 200 000 £ verkaufen. Auf diese Weise vermögen wir in fremden Ländern fremde Erzeugnisse für eigenen Gebrauch und Verbrauch zu kaufen, sagen wir zum Preise von 2 000 000 £. Wenn wir diese Regel in unserer Geschäftsführung streng beobachten, muß das Land jährlich um 200 000 £, die unserem Edelmetallschatz zufließen, reicher werden, denn der Teil unseres Kapitals, der nicht in Waren zurückkehrt, muß notwendig in Edelmetall nach Haus gebracht werden.“ Wie der Kaufmann Bilanz zieht, so solle für eine Nation alljährlich eine Handelsbilanz aufgestellt, d. h. ein Vergleich des Wertes der jährlichen Wareneinfuhr mit der jährlichen Warenausfuhr vorgenommen werden. Ergebe sich ein Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr, so habe das Land an Reichtum zugenommen, im entgegengesetzten Falle abgenommen.

1) Thomas Mun, *England's Treasure by Forraign Trade*. 1664. Chapt. II. In deutscher Übersetzung von Dr. Rudolph Biach, *Englands Schatz durch den Außenhandel*. Wien 1911.

Das ist eine geradezu klassische Darlegung der merkantilistischen Handelsbilanzlehre, und wer ihr huldigt, muß folgerichtig jeden Handel, bei dem der eine Waren für Geld hingibt, als Gewinn des einen auf Kosten des anderen ansehen.

Zum Bruche mit diesem Irrtum haben die theoretischen Ausführungen der Vertreter der Interessen der Ostindischen Gesellschaft geführt, als in Wahrnehmung derselben deren Leiter Josias Child die Gesellschaft ins Tory-Lager übergeführt hat¹⁾. Ihr Interesse ging, wie das der städtischen Kaufleute in den mittelalterlichen Städten, solange nur ihr Monopol aufrechterhalten blieb, auf unbeschränkte Freiheit im Verkehr. Das mußte sie mit den Tories zusammenführen, die im Interesse der Freundschaft der Stuarts mit Ludwig XIV. für möglichst freien Handelsverkehr mit Frankreich eintraten. Dem daraus entstandenen Konflikte mit den Whigs verdanken wir die ersten Widerlegungen der merkantilistischen Handelsbilanztheorie von seiten von Schriftstellern, die teils die Sonderinteressen der Ostindischen Gesellschaft, teils die der Tory-Partei vertraten²⁾.

Als Ludwigs XIV. großer Minister Colbert die französische Handelsbilanz entsprechend den Lehren Muns aufstellte, fand er, daß sein gemäßigter Zolltarif von 1664 einen zu großen Metallabfluß ins Ausland zuließ. Um dem zu steuern, hat er 1667 einen Tarif mit prohibitiven Zollsätzen dekretiert. Selbstverständlich hat er mit seinem Versuche, zu verkaufen, ohne zu kaufen, Schiffbruch erlitten. Wohl aber hat sein Tarif das Ausland, soweit es Produkte an Frankreich abgesetzt hatte, schwer geschädigt, darunter die Holländer und Engländer. Die Holländer haben mit scharfen Repressalien geantwortet. Darauf der französische Einfall in Holland. Der Krieg hat von 1672 bis 1678 gedauert, während welcher sechs Jahre Karl II.

1) Siehe Band II, 342.

2) Vgl. Ges. J. Craik, *The History of British Commerce*. London 1844. II 92 ff., und Ashley in dessen *Surveys* 268 ff.

der Verbündete Ludwigs war. Aber anders war die Stellungnahme des englischen Volks. Der Loyalitätsrausch, mit dem die Rückkehr Karls II. von ihm begrüßt worden, war längst verflogen¹⁾; an seine Stelle war tiefes Mißtrauen getreten, daß die Freiheit und der Protestantismus durch den König bedroht seien, und gerade sein Bündnis mit Ludwig XIV. hatte die Landjunker darin bestärkt. Das hat zur Entstehung der Partei der Whigs geführt. Diese haben sich des Unmuts der städtischen Geschäftswelt über den Rückgang der englischen Ausfuhr nach Frankreich bedient, um sie an sich zu fesseln. Schon 1674 hatte ein Ausschuß von vierzehn Londoner Kaufleuten eine Tabelle des zwischen England und Frankreich bestehenden Handels entworfen²⁾, wonach die Ausfuhr von Leinen und Seidenwaren, von Wein, Branntwein und anderen Waren von Frankreich nach England 1136150 £, die englische Ausfuhr nach Frankreich nur 171021 £ wert sein sollte, so daß England jährlich für 965129 £ an Frankreich verliere. Andere Berechnungen bezifferten die Verluste, die England durch den Handel mit Frankreich angeblich erleide, noch höher. „Mit dem Betrage“, riefen die Gegner des französischen Bündnisses³⁾, „den die Engländer wie Bienen durch ihren Fleiß hervorbringen, und der nun an Frankreich geht, könnte man gegen dieses Krieg führen“. Unter dem Druck dieser Agitation wurde Anfang 1678 ein Gesetz (30. Car. II c. 1) erlassen, „zur Erhebung von Geld für eine Steuer usw., um seiner Majestät zu ermöglichen, dem Könige von Frankreich den Krieg zu erklären und zum Verbot jeder Einfuhr jedweder französischen Ware für die Dauer von drei Jahren und bis zum Ende der darauffolgenden Parlamentssession.“ Im Juli 1678 ist dann England wirklich auf die Seite Hollands getreten, und in dem darauffolgenden Frieden von Nimwegen vom Sep-

1) Siehe Band II, 268.

2) Sie ist abgedruckt in Somers Collection of scarce and valuable tracts. London 1748. IV 536.

3) Siehe Ashley, Surveys 277.

tember 1678 hat Colbert sich genötigt gesehen, trotz aller Siege Turennes den Hochmögenden in Amsterdam den Tarif von 1667, der beim Ausbruch des Krieges eine so große Rolle gespielt hatte, preiszugeben und ihnen einen Handelsvertrag auf Grund gegenseitiger gleicher Behandlung zuzugestehen.

Die Hochmögenden in Amsterdam hatten den Frieden von Nimwegen gegen den Willen Wilhelms von Oranien geschlossen¹⁾. Unterdessen war dieser der Schwiegersohn des späteren Königs Jakob II. geworden, und seine Feindschaft gegen Ludwig XIV. und die katholisierenden Tendenzen Karls II. haben ihn und seine whiggistischen Freunde veranlaßt, die Handelseifersucht der englischen Kaufmannswelt nicht einschlafen zu lassen. Das englische Gesetz von 1678, das den Engländern jedweden Handel mit Frankreich verbot, blieb auch nach dem Frieden von Nimwegen in Kraft und wurde erst von der Tory-Mehrheit im ersten Parlamente Jakobs II. beseitigt. Doch wurde es durch einen prohibitiven Tarif ersetzt, und schon drei Jahre darauf bestieg Wilhelm der Oranier den englischen Thron. Um sich zu halten, mußte er die ihm fehlende Popularität durch Begünstigung aller Arten von Sonderinteressen zu erlangen suchen²⁾. Nun begann eine Bestechungspolitik auf Kosten des Ganzen, die so lange dauerte wie die Herrschaft der Whigs, d. h. bis zum Sturze Walpoles 1742. Noch John Smith, der Verfasser der Chronik der englischen Tuchindustrie, feiert das Gesetz von 1678, das den Engländern den Handel mit Frankreich verbot, als den Beginn einer neuen Ära des Handels³⁾, und noch 1764 schreibt Anderson, der Chronist des englischen Handels⁴⁾: „Die zeitgenössischen Autoren sagen, daß bis

1) Leopold von Ranke, Französische Geschichte III in dessen sämtlichen Werken X 324.

2) Siehe Band II, 271 ff.

3) John Smith, Cronicon Rusticum Commerciale. London 1747. I 325.

4) David Macpherson, Anderson's Annals of Commerce. London 1805. II 593.

zu diesem Verbote die englische Ausfuhr im Jahresdurchschnitt nicht mehr als 3000000 £ betragen habe, daß sie dagegen in den folgenden zwanzig Jahren allmählich auf 7000000 £ gestiegen sei; solche enorme Zunahme sei wesentlich jenem Verbote zu danken.“

Aber anders als die Whigs dachten die Freunde der Stuarts, die Tories. Die Zölle lieferten einen wesentlichen Teil des Kroneinkommens, noch dazu einen, der in weitgehendem Maße von parlamentarischer Kontrolle frei war. Durch das Verbot der französischen Einfuhr waren die Zolleinnahmen des Königs erheblich vermindert worden. Nur indem man die Geldbewilligung für den Krieg mit dem Einfuhrverbot verknüpfte, war es dem Parlamente gelungen, den König zur Kriegserklärung gegen Frankreich zu zwingen. Dazu kam, daß eben die politischen Gründe, welche die Whigs zu Gegnern des französischen Bündnisses, die Tories zu dessen Freunden machten. Daher begegnen wir nun einer steigenden Zahl toryistischer Schriften, die, indem sie sich gegen die Klagen über die Gefährdung Englands durch die französische Einfuhr, gegen das Handelsverbot mit Frankreich durch das Gesetz von 1678 und gegen die Bekämpfung einer freundschaftlichen Annäherung von England und Frankreich wandten, die merkantilistische Handelsbilanztheorie bekämpften.

Vor allem hatten die whiggistischen Schriftsteller völlig im Unklaren gelassen, woher bei der von ihnen behaupteten jährlichen Unterbilanz Englands das Geld komme, womit es seine Einfuhr bezahlte, und wie sein sichtbar wachsender Wohlstand zu erklären sei. Das ist ihnen schon 1677, also ein Jahr vor dem Handelsverbot mit Frankreich, in einer anonymen Broschüre „*Englands great Happiness*“¹⁾ von einem „wirklichen und ergebenen Freund seines Königs und Landes“, also einem Tory, entgegen-

1) *Englands Great Happiness, or a Dialogue between Content and Complaint, wherein it is demonstrated that a great part of our complaints are causeless etc. By a real and hearty Lover of his King and Country etc. London 1677.*

gehalten worden. Die eindrucksvollste Widerlegung der Handelsbilanzlehre aber kam von einem Mann, den wir bereits als den unter Karl II. und Jakob II. allmächtigen Diktator der Ostindischen Gesellschaft kennen gelernt haben, von Sir Josias Child. So bedenklich viele der Mittel gewesen sind, die er in Verfolgung der Interessen der Ostindischen Gesellschaft zur Anwendung gebracht hat, so sehr spricht seine Schrift für den Verstand, mit dem er seine Erfahrungen zur Diskreditierung der Handelsbilanzlehre genutzt hat. Seine „neue Abhandlung über den Handel“¹⁾ ist 1668 in erster, 1751 in fünfter Auflage erschienen. Die Handelsbilanz, schreibt er, werde berechnet für den Gesamthandel eines Landes oder nur für seinen Handel mit einer einzelnen Nation. Da bestehe vor allem die Schwierigkeit, ja Unmöglichkeit, den Wert der aus- und eingeführten Waren genau festzustellen, denn der Schmuggel sei sehr beträchtlich; außerdem werde zwar bei der Berechnung der Einfuhr die Fracht nicht in Betracht gezogen, nicht aber bei Berechnung der Ausfuhr. Ferner sei der Außenhandel den mannigfachsten Zufällen unterworfen, wie Seeverlust, Konfiskationen, Beschlagnahmen, Bankerotten u. dgl., sowie durch Werterhöhungen der eingeführten Waren, so daß eine Gegenüberstellung notwendig zu falschen Ergebnissen führe. Aber auch wenn dies allein nicht schon ausreichend sei, um jede Berufung auf die Angaben der Handelsbilanz auszuschließen, so zeige das Beispiel von Irland, Virginien, Barbadoes oder des Bergbau treibenden Cornwall, wie wenig ein Mehrbetrag der Ausfuhr über die Einfuhr ein Zeichen des Reichtums sei; denn diese Länder seien arm, aber so verschuldet an das Ausland, daß gerade ihre Armut die Ursache ihrer Mehrausfuhr sei. Desgleichen führe die Aufstellung einer Handelsbilanz für den Handel mit einzelnen Ländern zu Irrtum; denn Gewinn und Verlust, welche eine Nation in einem einzelnen Zweige ihres Handels mache, könne

1) A New Discourse of Trade. By Sir Josiah Child. 5th ed. Glasgow 1751.

nur eingeordnet in den Gesamthandel einer Nation bemessen werden. So überträfen die aus Dänemark und Norwegen nach England eingeführten Produkte bedeutend das, was England dahin ausführe; trotzdem sei der Handel dahin für dieses äußerst gewinnbringend, denn das von dort eingeführte Holz, Pech, Teer sei für das Baugewerbe und den Schiffbau Englands unentbehrlich, und in diesen werde viel Geld verdient. Und — eine Wiederholung des Argumentes von Mun — ebenso verhalte es sich mit Ländern, wie z. B. Ostindien, aus denen man viele Waren gegen Geld beziehe, um sie an andere Länder gegen weit mehr Geld weiterzuverkaufen. Ebensowenig wie aus der Handelsbilanz ließen sich aber aus dem Stand des Wechselkurses eines Landes auf andere Schlüsse ziehen, ob sein Handel mit diesen vorteilhaft sei; denn ein regelrechter Wechselkurs bestehe nur im Verkehr mit verhältnismäßig wenigen Plätzen; dieser aber werde durch die Handelsbeziehungen zu anderen Plätzen, zu deren Begleichung Wechsel auf jene und von jenen ausgestellt würden, bestimmt. Das Einzige, woraus man über Vorteil und Nachteil eines Landes aus seinem Handel Schlüsse ziehen könne, sei, wenn sein Wohlstand überhaupt zunehme oder abnehme.

Aber so viele Auflagen Childs Schrift auch erlangt hat, der Kampf zwischen Freihandel und Schutzzoll war kein theoretischer, sondern ein praktisch-politischer zwischen Whigs und Tories. Die Revolution von 1689 hatte die Whigs zur Herrschaft gebracht, und Wilhelm III. nutzte, wie wir gesehen haben, mit Virtuosität die herrschende Bestechlichkeit, um durch Bewilligung jeglicher Art von Schutz mächtige Sonderinteressen für sich zu gewinnen. Daher nutzte es auch nichts, als 1690 der Tory Dr. Nicholas Barbon¹⁾ den für den Schutz der nationalen In-

1) „Discourse of Trade.“ Siehe darüber Dr. Stephan Bauer in Conrads Jahrbüchern der Nationalökonomie, N. F. XXI 561, der Barbon auf Grund dieser Schrift den Vater des Freihandels nennt.

dustrie eintretenden Whigs das Freihandelsargument entgegenhielt, daß „das Verbot einer fremden Ware die Herstellung und Ausfuhr von so viel im Inland gefertigter Ware hindere, als vordem zur Bezahlung der eingeführten Ware hergestellt worden sei“. Vielmehr ist es bezeichnend, daß die 1691 von einem anderen Tory Sir Dudley North veröffentlichte Schrift¹⁾, die von vielen²⁾ als die erste vollständige Darlegung der richtigen Lehre vom Handel, von Stephan Bauer aber als von Barbon beeinflusst bezeichnet worden ist, alsbald nach ihrem Erscheinen absichtlich unterdrückt worden ist.

North³⁾ hatte sich als Zollkommissär eine alles übertreffende Kenntnis des Ergebnisses und der Wirkung der einzelnen Zölle verschafft. Auf Grund seiner Erfahrung empfand er die größte Verachtung für die Handelspolitik der Whigs. Das spiegelt sich schon in seiner Vorrede:

„Es ist nicht lange her, daß man großen Lärm gemacht hat mit Untersuchungen über das Gleichgewicht von Ausfuhr und Einfuhr, über die sogenannte Handelsbilanz.

1) Discourses upon Trade, principally directed to the Cases of the Interest, Coynage, Clipping and Increase of Money. London 1691.

2) Siehe Mac Culloch, Literature of Pol. Econ. 42. — Wilhelm Roscher in den Abhandlungen der Königlich Sächsischen Gesellschaft der Wissenschaften. 1857. 85.

3) North war der Sohn eines Rundkopfs, der im langen Parlament eine Rolle gespielt hatte. Er hat als Kaufmann glänzende Geschäfte gemacht, von denen es aber in der von seinem Bruder verfaßten Biographie heißt: „Was alle die von Kaufleuten geübten Schliche angeht, die dazu dienen, von denen, mit denen man Geschäfte macht, Geld zu erlangen, so war er damit nicht sparsam.“ (Fox Bourne, English Merchants. 1886. 225.) Nach der Restauration wurde er eine Hauptstütze der Tories, tat sich als Sheriff von London durch blutige Verfolgung der Whigs hervor (Macaulay, History of England Chapt. IV i. f.), wurde Führer des Unterhauses in Finanzsachen, verschaffte 1685 Jakob II. ein Einkommen von £ 1900 000, verlor unter Wilhelm III. seine Ämter und entging einem Hochverratsprozeß nur vermöge seiner Fertigkeit in Fälschungen (Fox Bourne, 226). Er ist 1691 gestorben.

Denn man bildete sich ein, daß ein Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr zu unserem Ruine führe. In ähnlicher Weise haben wir viel gegen unseren Handel mit Ostindien, gegen den mit Frankreich gehört, zusammen mit vielen ähnlichen politischen Einbildungen betreffend den Handel; die meisten haben Zeit und bessere Erkenntnis zerstreut“; und darauf folgt die Aufstellung folgender Grundsätze:

„Die ganze Welt ist, was den Handel betrifft, wie eine Nation oder Volk, und in diesem verhalten sich die Nationen wie Personen.

„Der Verlust des Handels mit einer Nation bedeutet nicht diesen allein, sondern es wird dadurch so viel vom Handel der Welt zerstört und verloren; denn aller Handel hängt zusammen¹⁾.

„Es ist unmöglich, daß es einen für die Allgemeinheit unvorteilhaften Handel gibt; denn wenn sich einer als solcher erweist, wird er von den Händlern verlassen; und wo immer die Händler gedeihen, gedeiht auch die Gesamtheit, von der sie ein Teil sind.

„Es mag einzelnen Vorteil bringen, die Menschen zu zwingen, in einer bestimmten Richtung sich zu betätigen; aber die Gesamtheit hat davon keinen Nutzen, denn es

1) Der hier ausgesprochene Zusammenhang des Außenhandels aller Länder der Welt liegt übrigens auch der Ausführung Muns (Englands Schatz durch den Außenhandel, Kap. 10) zugrunde, wo er schreibt: „In manchen Ländern verkaufen wir unsere Produkte und nehmen dafür Waren und allenfalls nur einen Rest in Geld. Aus anderen Ländern bringen wir für unsere Waren nur Geld heim, weil sie wenig oder keine Waren haben, die unseren Wünschen dienen; in wieder anderen Ländern haben sie Waren, die wir brauchen, aber sie brauchen nicht unsere Produkte, daher sie das Geld nehmen, das wir von anderen Ländern erhalten; und so ergänzen die einzelnen Glieder einander durch eine Verflechtung des Verkehrs (die sich je nach den Zeitverhältnissen ändert), und alle bilden zusammen den ganzen Körper des Handels, der stets leiden muß, wenn ihre Gesundheit gestört wird durch die auf Verschwendung zu Haus folgenden Leiden, durch Gewalttat im Ausland und durch Beschränkungen zu Haus und im Ausland.“

wird durch dem einen genommen, um einem anderen zu geben.

„Durch keinerlei Gesetze kann man die Preise im Handel festsetzen; ihre Höhe regelt sich selbst. Dringen aber solche Gesetze durch, so führt dies zur Hemmung des Handels, und ist dementsprechend von Nachteil.

„Geld ist eine Ware, von der es Überfluß wie auch Mangel geben kann und zwar so, daß es stört.

„Einem Volke kann Geld zur Bewerkstelligung seiner normalen Umsätze nicht mangeln, und mehr als genug kann es nicht haben.“

Darauf folgen einige Sätze, in denen North für das Ausprägen vollwichtiger Münzen und gegen Münzverschlechterung eintritt. Zum Schluß heißt es:

„Wechsel und Bargeld stehen sich gleich, indem (bei ersterem) nichts als Hin- und Herschicken gespart wird.

„Geld, das zu Handelszwecken ausgeführt wird, dient der Zunahme des Nationalreichtums, dagegen, wenn in Kriegführung und in Zahlungen im Ausland verwendet, zur nationalen Verarmung.

„In kurzem: Alle Begünstigung eines Gewerbes oder Interesses ist ein Mißbrauch und beeinträchtigt in gleichem Maße die Gesamtheit.“

Bei dem Charakter Norths erscheint es wahrscheinlich, daß er selbst seine Schrift alsbald, nachdem sie gedruckt war, weil sie den Interessen der zur Herrschaft gelangten Whigs widersprach, aus dem Handel zurückgezogen hat. Die Tatsache, daß sie dann mehr als anderthalb Jahrhundert verschollen geblieben ist, bis sie wieder gedruckt wurde, nachdem die Lehre, die sie vertrat, den zur Herrschaft gelangten Interessen entsprach¹⁾, zeigt den Unterschied, der die Lehren der Volkswirtschaftslehre von deren Anfängen an von denen anderer wissenschaftlicher Disziplinen trennt. In diesen bleibt eine einmal errungene Erkenntnis eine für immer errungene Wahrheit. In der Volks-

1) Sie ist in Select Tracts by the Political Economy Club wieder veröffentlicht worden.

wirtschaftslehre triumphiert jeweils eine Lehre, nicht weil sie als wahr erkannt ist, und wird verlassen nicht, weil man sich von ihrer Irrigkeit überzeugt hat, sondern die Lehre triumphiert, welche den Interessen der jeweils Mächtigen entspricht, und wird von eben denen, die sie bis dahin mit oft intoleranter Leidenschaft verfochten haben, verlassen und bekämpft, sobald Umstände eintreten, die sie als diesen Interessen widersprechend erscheinen lassen¹⁾.

Aus diesem Zusammenhang der wirtschaftlichen Auffassung des einzelnen Schriftstellers mit den Interessen der Partei, zu der er gehört, läßt sich vielleicht auch erklären, daß selbst John Locke noch den irrigen Anschauungen der Merkantilisten über die Handelsbilanz huldigt. Die Revolution von 1689 war durch Whigs gemacht worden. Sie hat, wie wir gesehen haben²⁾, in der Abhandlung Lockes *On civil government* ihre politische Rechtfertigung gefunden. Die Whigs waren, um das landwirtschaftliche wie das gewerbliche Interesse an sich zu fesseln, die heftigsten Gegner des freien Handelsverkehrs. Locke hat zur Rechtfertigung ihrer Handelspolitik gleich einem deutschen Kameralisten des 16. Jahrhunderts geschrieben. Nicht als ob er Gold und Silber für gleichbedeutend mit Reichtum gehalten hätte; das haben diese auch nicht getan. Aber ich habe schon seinen Satz angeführt³⁾: „Obgleich Gold und Silber nur wenigen Bedürfnissen dienen, so verfügt ihr Besitzer doch über alles, was dem Leben dienlich ist, und daher besteht Reichtum in einer Fülle von Gold und Silber“⁴⁾. Ein Land aber, das nicht selbst Edelmetallbergwerke hat, könne sich beide nur auf zwei Wegen beschaffen: durch Eroberung, wie die Römer es taten, oder

1) Man erinnere sich des Verhaltens der deutschen Agrarier, die bis 1876 fanatische Freihändler waren, um, nachdem die überseeische Getreidekonkurrenz fühlbar wurde, ebenso fanatische Schutzzöllner zu werden.

2) Siehe Band II, 235/6.

3) Siehe Band II, 10.

4) *Some Considerations on the Consequences of the Lowering of Interest and Raising the Value of Money*. London 1691.

durch Handel. Das erstere sei für uns ausgeschlossen. Dagegen sei wünschenswerter, sie sich durch Handel als durch Bergbau zu verschaffen. Denn davon abgesehen, daß die Förderung viele Arbeit koste, und die Bergbau treibenden Männer arm seien, bestehe der Reichtum nicht darin, daß man viel Gold und Silber habe, sondern daß man davon mehr habe als andere. Eine Wagschale sinke aber rascher, wenn man aus der tiefer schwebenden in die höhere übertrage, als wenn man lediglich die höhere stärker beschwere. Es komme daher darauf an, von anderen weniger Güter, die sie herstellen, zu beziehen. Reichtum und Geld erlange man, indem man weniger an fremden Gütern verbrauche, als man mit eigenen Gütern und Arbeit bezahle, mit anderen Worten, indem man mehr an sie verkaufe als von ihnen kaufe. Und an anderen Stellen hat Locke geschrieben¹⁾: „Von zwei Nationen ist diejenige die reichste, die die größte Menge von Edelmetall besitzt“ und „Geld müssen wir haben in gewissem Verhältnis zur Menge, welche unsere Nachbarn davon besitzen. Denn wenn diese davon sehr viel mehr haben als wir, sind wir in vieler Beziehung ihnen gegenüber im Nachteil: 1. Vermögen sie eine weit größere Macht (Heer und Flotte) zu unterhalten. 2. Vermögen sie unser Volk durch bessere Bezahlung zu verlocken, ihnen zu Wasser und zu Land oder in irgendwelcher Erwerbstätigkeit zu dienen. 3. Können sie die Märkte beherrschen, damit unseren Handel ruinieren und uns arm machen. 4. Sie können bei jeder Gelegenheit alles Flotten- und Heeresmaterial aufkaufen und uns dadurch gefährden.“

Der schon genannte Tory Nicholas Barbon ist Locke entgegengetreten²⁾. Er hat gegen dessen Handelsbilanzlehre dargetan, daß die Umstände, die den Preis der Edelmetalle und deren Ein- und Ausfuhr bestimmen, in

1) Works II 14.

2) A Discourse concerning Coining the New Money Lighter, in Answer to Mr. Locke's Considerations about Raising the Value of Money. By Nicholas Barbon, Esqr. London 1696.

keiner Weise von denen abweichen, die für andere Waren maßgebend sind, und daß Edelmetalle dementsprechend nie zur Begleichung einer „ungünstigen“ Handelsbilanz ausgeführt würden, wenn sie nicht der zurzeit billigste und gewinnbringendste Ausfuhrartikel seien. Aber man braucht nicht mit Macculloch¹⁾ anzunehmen, daß der Umstand, daß Barbon in der Münzreform im Gegensatze zu Locke die Ansicht vertreten habe, daß es in die Macht der Regierung gegeben sei, einer Münze unabhängig von ihrem Metallgehalt Wert zu verleihen, die Ursache gewesen sei, warum seine Schrift ohne Einfluß geblieben ist. Auch North ist nicht Nominalist gewesen und doch hat seine Schrift, ebensowenig wie die vielgelesene Childs, die Handelspolitik geändert. Lockes Anschauungen haben triumphiert, weil sie den Interessen der herrschenden Whigpartei entsprochen haben, die von Barbon und North aber nicht.

Das hat sich gezeigt, als 1697 mit dem Frieden von Ryswick der lange Kampf zwischen Ludwig XIV. und England um Wiedereinsetzung der Stuarts mit Ludwigs Anerkennung Wilhelms von Oranien als König von England zum Abschluß gelangt war. Da hat man den Versuch erneuert, die gestörten Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und England wieder aufzunehmen. Aber weder die französische Regierung noch die in England am Ruder befindlichen Whigs waren bereit, entsprechende Konzessionen zu machen, und der Versuch scheiterte²⁾. In Frankreich herrschte unentwegt der Colbertismus, in England suchten die Whigs ihre Stütze nach wie vor in der Furcht vor der durch Colbert großgezogenen Konkurrenz, und auf Seiten der Tories finden wir das alte Streben, den Whigs durch Bekämpfung dieser Furcht diese Stütze zu entziehen. Ihr Vorkämpfer war jetzt Davenant, 1705 unter der Königin Anna Generalinspektor der Ein- und Aus-

1) Macculloch, *Liter. of Pol. Ec.* 157.

2) Siehe Macpherson, *Anderson's Annals of Commerce* II 693.

fuhr. Er wird häufig noch zu den Merkantilisten gerechnet. Auch finden sich bei ihm noch echt merkantilistische Aussprüche, wie der, er habe nichts gegen den Ruin Irlands, wenn die englischen Fabrikanten und Kaufleute davon Gewinn zögen. Aber er hat auch 1698 geschrieben: „Der Handel ist von Natur frei, findet von selbst seine Kanäle und lenkt am besten selbst seinen Lauf, und alle zu seiner Leitung erlassenen Vorschriften und alle Maßnahmen, die ihn zu beschränken bezwecken, mögen zwar den besonderen Interessen einzelner dienen, sind aber selten zum Vorteil des Ganzen“¹⁾. England würde weit besser tun, seine Seide im Austausch gegen seine Wolle, die sein natürliches Produkt sei, zu beschaffen, statt schlechtere Seide mit mehr Arbeit selbst herzustellen²⁾. „Meist“, schreibt er, „geht die Weisheit irre, welche die Natur zu leiten vorgibt“³⁾. Mit Emphase wendet er⁴⁾ sich gegen diejenigen, welche nur Gold und Silber als Reichtum gelten lassen wollen. Dieser umfasse mehr. Er verstehe darunter alles, was den Fürsten und die Gesamtheit des Volks in Fülle, Behagen und Sicherheit erhalte. Geld sei im Grunde nichts weiter als Rechenpfennige, deren sich die Menschen bei ihren Umsätzen bedienten⁵⁾. Mit Nachdruck wiederholt er⁶⁾ Childs Hinweis, daß der Handel mit einem Lande, der scheinbar Verlust bringe, die Grundlage des Handels mit einem anderen Lande sein könne, der doppelt so viel Vorteil bringe. Um sich von dem Nutzen des Handels ein richtiges Bild zu machen, dürfe man nicht bloß Aus- und Einfuhr, man müsse den Reichtum, das Kapital, die Produkte, den Verbrauch, die Schifffahrt eines Landes ins Auge fassen, und entgegen dem, was die Gegner der Stuarts zu deren Diskreditierung über den wirtschaftlichen Verfall des Landes unter der Restauration gesagt und geschrieben,

1) The Political and Commercial Works of Charles D'Avenant, L. L. D. by Sir Charles Withworth. London 1771. I 98.

2) Ebenda I 111.

3) Ebenda 104.

4) Ebenda 381.

5) Ebenda 355.

6) Ebenda 147.

führt er den Nachweis¹⁾, daß „was immer der Mehrbetrag der Einfuhr aus Frankreich über die englische Ausfuhr dorthin gewesen sein mag, es über allen Streit erhaben ist, daß England in jedem Jahr durch seinen Handel gewonnen hat.“ „Ein freier Handel mit Frankreich kann England niemals gefährlich sein“²⁾).

Aber kein Argument, noch so richtig, das das Interesse der Whigpartei am Fortbestehen der Handelsfeindseligkeit gegen Frankreich hätte erschüttern können. Die durch Colberts Politik geweckte Angst vor der Konkurrenz Frankreichs gab die Handelswelt politisch in ihre Hand, und auch das Interesse der Ostindischen Kompanie am freien Verkehr konnte dagegen nicht aufkommen. Ich habe schon erzählt³⁾, welche Panik die handeltreibenden Klassen Englands ergriff, als Bolingbroke 1713 in den Frieden von Utrecht eine Klausel aufnahm, wonach sich England und Frankreich in ihren Handelsbeziehungen der Meistbegünstigung erfreuen sollten, und wie diese Panik von der ganzen Whigpartei eifrig geschürt wurde. Vergeblich suchte ihr Bolingbroke durch die Feder Defoes, den wir als den Vertreter der Interessen der Weber gegenüber denen der Ostindischen Gesellschaft kennen gelernt haben, in der Zeitschrift „Mercator“ entgegenzutreten. Die angesehensten Kaufleute ließen dagegen ein Blatt „The British Merchant“ erscheinen, in dem ausgeführt wurde, „daß von dem Augenblicke der Annahme der Klausel an der Reichtum Englands ununterbrochen in die Koffer Frankreichs fließen, England seine besten Märkte im Innern wie im Ausland verlieren, die Rente unfehlbar fallen und das gemeine Volk entweder infolge von Arbeitslosigkeit Hunger leiden und dem Kirchspiel zur Last fallen werde oder sein Brot in der Fremde werden suchen müssen“⁴⁾. Die Argumentation war um so absurder, als ja nichts im Vertrage

1) In dem in vol. V 363 abgedruckten Report to the Commissioners for stating the public accounts.

2) Ebenda 385.

3) Siehe Band II, 315.

4) Lecky, Hist. of Engl. I 144.

England verbot, seine Tarifsätze zu erhöhen; nur nicht schlechter als andere Länder sollte England Frankreich behandeln dürfen. Aber sie machte einen solchen Eindruck, daß selbst ein großer Teil der Tories vom Ministerium Bolingbrokes abfiel. Die Art. 8 und 9 des Friedensvertrages wurden abgelehnt und, wie Bolingbroke schrieb¹⁾: „gerade das Werk, welches die Grundlage unserer Stärke hätte abgeben sollen, wurde teilweise vor unseren Augen vernichtet, und wir wurden mit den Trümmern desselben gesteinigt“.

Aus dem hier Vorgetragenen erhellt, daß der Kampf um die Bedeutung des Geldes und damit um die Handelspolitik — und um beides drehten sich wesentlich die nationalökonomischen Erörterungen vor dem letzten Viertel des 18. Jahrhunderts in England — zunächst von Vertretern wirtschaftlicher und politischer Sonderinteressen geführt worden ist. Aber ich habe auch schon davon gesprochen²⁾, daß zur Zeit, da die Sonderinteressen rücksichtslos Maßnahmen durchsetzten, die nichts weniger als im Interesse der Gesamtheit gelegen waren, die moderne Wissenschaft, die nach nichts anderem als nach Erkenntnis der Wahrheit strebt, in England auch auf Erforschung des Wirtschaftslebens und der es beherrschenden Zusammenhänge Anwendung gefunden hat. Ich habe von Sir William Petty gesprochen; er sei der Lehre Bacons getreu, daß nur der die Natur zu beherrschen vermag, der ihr zu gehorchen versteht, gegen alles Eingreifen des Staats in das Wirtschaftsleben entgegen der natürlichen Entwicklung gewesen; denn die positiven Gesetze wären nur haltbar, wo sie mit der natürlichen Ordnung in Übereinstimmung seien. Ich habe von Davenant gesprochen, der trotz politischer Voreingenommenheit, die ihn im einzelnen irreführen läßt, doch in der Hauptsache sich auf den Bahnen Pettys bewegt und diesen als den Vater einer wissenschaftlichen Betrachtungsweise des Wirtschaftslebens preist³⁾. Mit der Festigung der hannöverschen Dynastie

1) Ebenda 145.

2) Siehe Band II 233 f.

3) Siehe Band II 236.

auf dem britischen Throne ist dann für die Tories auch der politische Grund weggefallen, der sie im Gegensatze zu den Whigs zu Freihändlern gemacht hat, und bei David Hume und Josias Tucker hat sich, obwohl auch sie Tories waren, die Bekämpfung der merkantilistischen Handelsbilanzlehre und der Auffassung, daß der Gewinn des einen den Verlust eines anderen voraussetze, doch auf ein das politische Parteiinteresse überragendes Niveau erhoben.

Auch Hume tritt für friedliche Handelsbeziehungen mit Frankreich ein. Aber ihre Befürwortung ist für ihn nicht Zweck der Betrachtung; sie dienen ihm nur zur Veranschaulichung der Richtigkeit des Ergebnisses einer nur um der Erkenntnis willen geführten Untersuchung. In seinem Aufsatz über das Geld widerspricht er dem merkantilistischen Aberglauben an das Wünschenswerte eines großen Vorrats von Edelmetallen, indem er, wie schon North, ausführt, daß die größere oder geringere Geldmenge in einem Lande gleichgültig sei, da die Preise aller Güter der Geldmenge entsprechend seien. In dem über die Handelsbilanz wiederholt er die schon von Child hervorgehobene Unmöglichkeit, aus den Zollregistern über Einfuhr und Ausfuhr und aus den Wechselkursen Grundlagen für ein Urteil über die Handelsbilanz eines Landes zu gewinnen; er übergießt die Anhänger der Lehre von der Handelsbilanz nach dem Vorgange Swifts — gleichfalls eines Tories — mit Spott, weil, wenn ihre Behauptungen richtig wären, England nach fünf oder sechs Jahren längst nicht mehr im Besitze eines einzigen Shillings sein würde; aber nicht nur dies: er geht ihnen auch theoretisch zu Leibe. Die Angst, daß infolge eines Überschusses der Einfuhr über die Ausfuhr ein Land der benötigten Geldmenge beraubt werden könne, sei töricht. Angenommen, daß England plötzlich vier Fünftel seiner Geldmenge verlustig ginge, so würde der Preis der Arbeit und aller Waren in gleichem Verhältnis sinken. Welche Nation würde dann England auf dem Weltmarkt bestehen können? Alle Nationen würden seine Produkte kaufen, und in

kürzester Zeit würde alles Geld zurückströmen und den englischen Geldvorrat auf das Niveau dessen der übrigen Völker zurückbringen. Sei dieses erreicht, so würde der Vorteil der Billigkeit der Arbeit und der Waren aufhören, und das weitere Einfließen von Geld durch seinen Überfluß gehemmt werden. Der umgekehrte Verlauf werde eintreten, wenn der Geldvorrat Großbritanniens plötzlich sich mehre. Die Unmöglichkeit einem Lande mehr Geld zu erhalten, als es zur Bewerkstelligung seines Umsatzes benötige, wird durch den Hinweis auf Spanien und Portugal bekräftigt. Umgekehrt die Unvernunft der Furcht, England könne durch Gestattung des Handelsverkehrs mit Frankreich der benötigten Geldmenge beraubt werden. Die Einfuhr der Weine des Languedoc und der Guienne nach der Normandie und Bretagne habe diese nicht der benötigten Geldmenge beraubt, warum sollten ein paar Meilen weitere Schifffahrt einen Unterschied machen? Kein Land, das Waren herstellt, wie andere Länder sie brauchen, wird je die Geldmenge entbehren, die es braucht. Darauf folgt noch ein glänzender Aufsatz gegen die Handelseifersucht. „Die Natur, welche den verschiedenen Völkern verschiedene Anlagen, Klimate und Böden gab, hat damit deren Verkehr und Handel, solange sie arbeitssam und zivilisiert bleiben, gesichert.“ „Ich ersehne den Aufschwung des deutschen, des spanischen, des italienischen, ja selbst des französischen Handels.“ „Die Zunahme des Reichtums und Handels irgendeiner Nation, weit entfernt den Reichtum und Handel aller ihrer Nachbarn zu schädigen, führt regelmäßig zum Aufblühen derselben; ein Staat vermag seinen Handel und sein Gewerbe kaum weit zu entwickeln, wenn die ihn umgebenden Staaten in Unwissenheit, Armut und Barbarei verharren.“

Was Hume dargelegt hat, wurde dann von dem Dechanten von Gloucester Josias Tucker mit rücksichtslosem Freimut weiter ausgeführt. Schon 1750 war er mit einer später in wiederholten Auflagen erschienenen Schrift¹⁾ „über die Vorteile und Nachteile des Handels-

1) An Essay on the Advantages and Disadvantages which

verkehrs zwischen Frankreich und England“ für diesen eingetreten. Aber weit größere Verdienste hat sich Tucker durch seine Schrift gegen den durch Tradition und unzählige Sonderinteressen geheiligten Glauben, daß der Handel eines Landes durch Krieg gefördert werden könne, erworben¹⁾. Die Schrift ist 1763, unmittelbar nach Beendigung des Krieges geschrieben, der Großbritannien Kanada mit allem Zubehör, Florida und alle französischen Besitzungen östlich vom Mississippi, mit Ausnahme von New Orleans, sowie das Übergewicht über die Franzosen in Ostindien gebracht hatte. Nichtsdestoweniger zerzaust der tapfere Dechant schonungslos die Vorstellung, als ob Fürsten und Völker selbst vom erfolgreichsten Kriege Vorteil ziehen könnten. Die wirkliche Stärke des Staates werde durch Erwerb von mehr Land, mehr Untertanen oder größeren Einnahmen oder allen drei zusammen nicht vermehrt; denn solcher Neuerwerb mache zahlreiche Verteidigungsmaßnahmen nötig und die Verwaltung koste mehr, als die Mehrung der Einnahmen betrage. Vor allem aber verspottet er die Vorstellung, daß ein Land nur reich werden könne auf Kosten seiner Nachbarn. Es gebe kein Argument, das die verschiedenen Nationen veranlassen könnte, des Handels wegen einander zu bekämpfen, das nicht ebenso jede Provinz, Stadt, Dorf, ja jeden Laden in demselben Land zur Ergreifung der Waffen veranlassen müßte, und umgekehrt keinen Grund, der die einer und derselben Regierung Unterworfenen von solchen törichten Kämpfen zurückhalte, der nicht in gleichem Maße gegen den Krieg zwischen unabhängigen Nationen um des Handels willen spreche. Ein Volk, führt er aus, ist der Abnehmer der Produkte des anderen; keines wird den Absatz seiner Produkte an die Bewohner des anderen entbehren, vorausgesetzt, daß das was es bietet, billig und gut ist. Je

respectively attend France and Great Britain with Regard to Trade. 4. ed. Glasgow 1756.

1) Siehe Four Tracts on Political and Commercial Subjects. By Josiah Tucker, D. D. 3. ed. London 1776.

reicher aber Euer Nachbar ist, um so mehr kann er von Euch kaufen. Mißgönnt Ihr ihm den Reichtum? Dann überlegt, daß ihr zwar einen Verkaufsladen, aber nur Bettler als Kunden haben wollt. Es ist daher im Interesse eines jeden Volkes gelegen, wenn bisher zurückgebliebene Nationen wirtschaftlich aufblühen; und dann schreibt Tucker wörtlich: „Von allen Torheiten die törichtste ist, um der Ausbreitung des Handels willen Krieg zu führen; nichts was vermöge der Natur der Dinge so grenzenlos einfältig sein könnte. Nehmen wir an, Ihr bezwingt einen Rivalen mit Waffengewalt; werden Euch die Waren, die Ihr auf den Markt bringt, dadurch billiger zu stehen kommen? und wenn nicht, nein, wenn es dazu führen muß, Eure Produktionskosten zu steigern, was habt Ihr von solchem Siege? Ich frage weiter: wie werden sich die fremden Nationen verhalten, wenn Ihr Eure Waren auf den Markt bringt? Sie werden nie fragen, ob Ihr siegreich wart oder nicht; das einzige worauf es ihnen ankommt, wird sein, daß Ihr billiger oder wenigstens ebenso billig wie andere verkauft. Gehet hin und versucht, ob jemand oder irgendwelche Nation je nach anderem Gesichtspunkt verfahren ist; und wenn dies nie der Fall war, und wenn auch nicht vorausgesetzt werden kann, daß es je der Fall sein wird, ist zur Evidenz erwiesen, daß das Geschäft stets dem billigsten Produzenten, nicht aber dem Eroberer zufällt.“ Ganz ebenso wie gegen Kriege zur Förderung des Handels war Tucker ein Gegner der überkommenen, auf Zwang beruhenden Ausbeutung der Kolonien durch das Mutterland. Er ist schon vor dem Abfall der nordamerikanischen Kolonien im Interesse Englands dafür eingetreten, daß dieses sie freigebe, und hat als Folge ihrer Unabhängigkeit eine gewaltige Zunahme des englischen Handels mit ihnen vorausgesagt.

Wie Hume in seinem Essay über die Handelseifer sucht lehrt Tucker, daß der Handel beiden Beteiligten Vorteil bringe, indem er den Mangel des einen durch den Überfluß des anderen ergänzt, und wenn er sich nicht wie dieser auf die natürlichen Rechte des einzelnen beruft,

die durch das Schutzsystem verletzt würden, so doch bei seiner Bekämpfung der Handelskriege als geistlicher Würdenträger auf das Christentum. Ein System allgemeinen Freihandels entspreche in nicht zu verkennender Weise der Lehre von der göttlichen Ordnung der Welt. Gott habe verschiedene Völker geschaffen, damit das eine die Bedürfnisse der anderen decke, nicht damit sie sich gegenseitig den Hals abschnitten. Wer Freihandel predige, predige Christentum.

Es ist bezeichnend, daß diese der seit unvordenklicher Zeit verfolgten Politik widersprechende Auffassung gleichzeitig in den beiden Ländern aufgekommen ist, die seit Jahrhunderten sich gegenseitig als den Erbfeind betrachtet und gerade um des Handels willen nicht wenige Kriege geführt hatten, in Frankreich und England. In Frankreich hatte schon Boisguillebert die Vorstellungen der Merkantilisten bekämpft¹⁾. Aber er hat keinen bleibenden Eindruck gemacht. Er schrieb in der Zeit John Laws, da Angehörige aller Gesellschaftsschichten durch die an künstliche Geldfabrikation anknüpfende Spekulation von heute auf morgen zu Millionären wurden, und jeder auf geraden und krummen Wegen nach Einfluß strebte, um seinen Vorteil auf Kosten der Gesamtheit zu sichern. Da kam Quesnay und seine Schule. Ausgezeichnet durch Ehrlichkeit und unantastbare Uneigennützigkeit bildeten sie die einzige Gruppe, die sich ernstlich bemühte, das Los der großen Zahl zu verbessern. Mit unwiderleglicher Logik griffen sie das Merkantilsystem an. Dessen Lehre, die das Erstrebenswerte in der Ausfuhr eigener Produkte und das größte Unglück in der Einfuhr fremder erblickte, setzte Quesnay die schon von Aelius Lampridius¹⁾, dem Biographen des Alexander Severus, vertretene Einsicht

1) Siehe besonders Kap. 5 seines „le Factum de la France“ (1707), und Kap. 4 und 5 seiner Dissertation de la nature des richesses. 2. A. 1697.

2) Siehe dessen Biographie des Alexander Severus Cap. 49: „Damit einer kaufe, ist nötig, daß er verkaufe.“

entgegen: Jeder Kauf ist Verkauf und jeder Verkauf ist Kauf; man kann dem Ausland nicht mehr verkaufen, als man ihm abkauft. Nun erschien nicht mehr die Steigerung der Ausfuhr als das erstrebenswerte Ziel, sondern die Steigerung der Einfuhr; denn beim Austausch besteht der Vorteil offenbar nicht in dem, was man hingibt, sondern in dem, was man für das Hingegebene erhält.

Von prinzipieller Bedeutung für die entstehende Wirtschaftswissenschaft ist ferner Montesquieu gewesen. Er hat gezeigt, wie in der menschlichen Gesellschaft die einzelnen Teile einander halten, daß man den einen nicht ändern kann, ohne auch den anderen indirekt zu ändern. Die Einrichtungen, Gesetze und Sitten seien nicht aus Zufall vereint, wie in einem Haufen; sie seien durch Notwendigkeit miteinander verbunden. Sie ständen in notwendigen Korrelatverhältnissen, die es gelte, zu begreifen.

Das waren gegenüber Machiavelli und der Anwendung, welche seine Lehren im Merkantilsystem auf wirtschaftlichem Gebiete gefunden hatten, völlig neue Anschauungen. An die Stelle der Willkür des Gesetzgebers, die bei entsprechender Intelligenz und Energie alles, auch das in sich Widersprechendste, zu leisten vermag, war die Erkenntnis des notwendigen Zusammenhangs, der Gesetzmäßigkeit der wirtschaftlichen Erscheinungen gesetzt.

Diese Erkenntnis wurde durch die Lehre Quesnays und seiner Schule verstärkt. Kein Zweifel, daß ihre Lehre von der alleinigen Produktivität der Rohproduktion irrig gewesen ist. Aber was immer die Irrtümer der Physiokraten gewesen sind, sie haben dem volkswirtschaftlichen Studium einen völlig neuen Charakter aufgeprägt. Sie haben aufgehört, die Welt mit den Augen des Krämers anzusehen, und an die Stelle der Betrachtung losgelöster Einzelfragen eine zusammenhängende Theorie der wirtschaftlichen Erscheinungen der Gesellschaft gesetzt. Indem sie den gesellschaftlichen Organismus als Ganzes studierten, sind sie zur Aufstellung wirtschaftlicher Naturgesetze gelangt und haben deren Übereinstimmung mit dem Sittengesetze gelehrt. Das einzige Prinzip, das nach ihnen das

Handeln des sittlichen Menschen beherrscht, ist der Selbsterhaltungstrieb und der Trieb des Wohlbefindens, und, wenn ein Mensch auf kluge Weise sein eigenes Interesse verfolgte, würde er ein Leben vollkommener Tugend führen.

Diese Anschauung von der Übereinstimmung der natürlichen Wirtschaftsordnung mit dem Sittengesetz findet sich auch bei Adam Smith. Auch steht damit nicht in Widerspruch, wenn er in seiner „Untersuchung über die Ursachen des Reichtums der Nationen“ den Menschen als ausschließlich vom Eigennutze beseelt auffaßt, während er in seinem Werke über Moral die Sympathie des unparteiischen Zuschauers zum Maßstab des sittlichen Handelns gemacht hatte. Wie Leslie Stephen sagt¹⁾: „Es ist der grundlegende Satz der „Theorie der sittlichen Gefühle“, daß unsere natürliche Sympathie vom Handelnden die Beachtung gewisser Schranken verlangt, und es ist der grundlegende Satz des „Reichtums der Völker“, daß solange diese Schranken beachtet werden (denn solche Tugenden wie Ehrlichkeit und Friedfertigkeit werden in dem einen wie in dem anderen Buche vorausgesetzt) das Glück der Menschheit gefördert wird, wenn man jeden einzelnen ohne jede behördliche Einmischung seinem Instinkt gemäß leben läßt.“ Schon Hutcheson, der verehrte Lehrer A. Smiths, hatte das größte Glück der größten Zahl als Ziel hingestellt, und wenn jeder seinem eigenen Glücke lebte, mußte der Annahme nach dieses Ziel erreicht werden. Aber doch nur unter der Bedingung, daß ein jeder das gleiche Recht aller übrigen, ihrem Glücke zu leben, nicht beeinträchtigte. Daher A. Smith im „Reichtum der Völker“ sich in bitteren Worten über den Egoismus ergeht, der vor der Verletzung der gleichberechtigten Interessen anderer nicht zurückschreckt²⁾. Ein derartiges

1) Leslie Stephen, *English Thought in the 18th Century* II 321.

2) Siehe seine Polemik gegen das Merkantilssystem, gegen dessen Kolonialpolitik, gegen die Monopole, gegen die Be-

Handeln findet eben nicht die Sympathie des unparteiischen Zuschauers, während dieser es billigt, wenn jeder in wirtschaftlichen Angelegenheiten sich lediglich von seinem eigenen Interesse leiten läßt, sobald er dabei nicht das gleiche Recht anderer verletzt.

So war die Volkswirtschaftslehre wieder bei der Auffassung angelangt, von der schon die stoische Philosophie und das von ihr beeinflusste römische Recht ausgegangen waren. Denn, wie die Stoiker lehrten, gibt es nur ein Gesetz, das den ganzen Stoff durchdringt; es besteht die unbedingte Abhängigkeit aller Dinge von der Vernunft, welche das ganze Weltganze beherrscht und seinen Lauf bestimmt. Es kann daher auch kein Widerspruch zwischen der natürlichen und der sittlichen Ordnung stattfinden. Das Sittengesetz kann kein anderes sein als das Gesetz, das die Natur der Dinge beherrscht. Das ethische Gesetz herrscht in der Natur; das Naturgesetz ist das ethische; das Vernunftgesetz ist das anerkannte Naturgesetz. Es besteht eine vollkommene Harmonie zwischen Natur und Vernunft.

Dieser Auffassung huldigt auch Adam Smith. Er war am 5. Juni 1723 zu Kirkcaldy in Fifeshire in Schottland geboren. Sein äußeres Leben ist einfach verlaufen. Er hat in Glasgow und Oxford studiert. Die Philosophen Hutcheson und Hume sind auf seine Anschauungen von nachhaltigem Einfluß gewesen. Hutcheson wurde von der schottischen Kirche wegen zweier Lehren verfolgt: weil er lehrte, daß der Maßstab moralischer Güte die Förderung des Glücks anderer sei, und daß es möglich sei, zu einer Kenntnis von gut und böse ohne und vor der Kenntnis von Gott zu gelangen. Der Krieg um die Lehrfreiheit hat A. Smith zuerst in seiner Liebe zur Freiheit gefestigt.

Nach Vollendung seiner Studien ist Smith Professor

einflussung der Gesetzgebung durch die Arbeitgeber zum Nachteil der Arbeiter, gegen Staatseinmischung überhaupt, denn diese hat in England stets unter dem Einfluß von Sonderinteressenten gestanden.

der Moralphilosophie in Glasgow geworden. 1759 hat er dort seine Theorie der moralischen Gefühle veröffentlicht. In seinen Vorlesungen über das Recht ist er, wie berichtet wird, wesentlich Montesquieus Lehren gefolgt. Er soll in regem Verkehr mit der Geschäftswelt von Glasgow und darunter mit James Watt gestanden haben.

Dann hat Smith drei Jahre lang Frankreich als Begleiter des Herzogs von Buccleugh bereist. Er ist dort in nahe Beziehungen zu den Physiokraten getreten, namentlich zu Quesnay und Turgot. 1766 ist er nach England zurückgekehrt, hat sich in seinen Geburtsort zurückgezogen und an seiner „Untersuchung über Natur und Ursachen des Reichtums der Völker“ gearbeitet, nicht ohne an den wirtschaftlichen Ereignissen der Zeit, wie der Krise von 1772 und der Auflehnung der nordamerikanischen Kolonien gegen die Merkantilpolitik lebhaften Anteil zu nehmen. Seine Untersuchung über den Reichtum der Völker ist 1776 erschienen. Sie ist, wie er anerkannt hat, von den Lehren seiner französischen Freunde stark beeinflusst worden. Auch hat Smith die Absicht gehabt, sein Werk Quesnay zu widmen; doch Quesnay ist schon 1774 gestorben.

Mit den Physiokraten hat Smith folgende Anschauung gemein: Es gibt eine natürliche Ordnung der Gesellschaft. Endziel derselben ist das Glück der Menschheit. Die Hauptbedingung, daß es erreicht werde, ist, daß jeder mann frei sei, seinen natürlichen Instinkten zu folgen, solange diese nicht dazu führen, daß der eine den anderen in dessen gleichem Rechte, seine Anlagen zur größtmöglichen Entfaltung zu bringen, beeinträchtigt. Doch besteht, was die Sicherung dieser Freiheit jedes einzelnen angeht, zwischen den Physiokraten und Adam Smith ein schon berührter Unterschied, der mit der Verschiedenheit der französischen und englischen Verfassung zusammenhängt. In Frankreich waren die Beamten, die gemäß dem, was in dem obersten Rate als das Richtige erschien, auch die für das Wirtschaftsleben geltenden Gesetze erließen, Organe der Krone. Dementsprechend war auch die Maxime der

französischen Ökonomen: „Alles für das Volk, nichts durch das Volk“. Quesnay, Dupont de Nemours, Mercier de la Riviere, waren für einen „legalen“ Despotismus, der die Freiheit diktieren sollte, im Gegensatz zu einem „willkürlichen“. Nur bei Unabhängigkeit von einem Parlamente sah Turgot die Möglichkeit, des Widerstands der privilegierten Interessenten Herr zu werden. Anders in England. Hier lag die Erfüllung der Aufgaben der Regierung in der Hand der privilegierten Klassen. Daher war Smith gegen Staatseinmischung schlechthin; denn von Behörden, die selbst zu den Sonderinteressenten, deren Reichtum auf der Ausbeutung aller durch Staatseinmischung beruhte, gehörten, war eine Einmischung im Interesse der Freiheit und Gleichheit aller nicht zu erhoffen. Außerdem sei die Staatseinmischung in das Wirtschaftsleben unklug. „Es ist die äußerste Unverschämtheit und Anmaßung von Königen und Ministern, vorzugeben, daß sie über dem Haushalt Privater wachen“. „Das gleichmäßige, stetige und ununterbrochene Bemühen von jedermann, seine Lage zu bessern, ist das Prinzip, in dem der öffentliche und nationale, wie der private Wohlstand wurzelt; es ist häufig mächtig genug, um den natürlichen Fortschritt zum Besseren trotz Verschwendung der Regierung und der größten Fehler der Verwaltung aufrecht zu erhalten. Ähnlich dem unbekannten Prinzip animalischen Lebens, bringt es häufig wieder Gesundheit und Kraft, ungeachtet nicht bloß von Krankheit, sondern selbst der absurdesten Vorschriften der Ärzte“¹⁾. Die sympathischen Instinkte sind wertvoll, indem sie der Neigung der Menschen, in die gleichen Rechte anderer auf Leben, Freiheit und Genuß einzugreifen, entgegenwirken. Nur da, wo sie nicht ausreichend sind, und nur da, darf die Regierung sich einmischen. So selbstverständlich, wo es gilt, die im Interesse der Privilegierten auf Kosten der Gesamtheit getroffenen Ordnungen zu beseitigen. So rechtfertigt Smith auch die Navigationsgesetze im Interesse der Landesverteidigung,

sowie Maßnahmen, um der Nation alles zu sichern, was zu ihrer Verteidigung notwendig ist, ferner Repressalien gegenüber Zöllen fremder Länder im Interesse der heimischen Produktion und zur Ausgleichung der Produktionskosten, wenn das Ausland geringer als das Inland besteuert ist.

Das Werk A. Smiths ist das Evangelium des Individualismus geworden. Die wirtschaftliche Entwicklung hatte zur Auflösung nahezu aller eine Vielheit von Menschen umfassenden Wirtschaftseinheiten geführt und an deren Stelle den einzelnen gesetzt, und das Ausgehen vom Einzelnen entsprach auch dem philosophischen Denken der Zeit. Es hatte einen jeden Menschen für Selbstzweck erklärt und dementsprechend allen Menschen ein gleiches Recht auf Entfaltung aller ihrer Anlagen zuerkannt. Wenn sich bei A. Smith auch nicht, wie bei den Franzosen, eine prinzipielle Begründung dieses allgemeinen Menschenrechts findet, so liegt doch allen seinen Erörterungen dessen Annahme zugrund, und oft, wie bei Betonung des Rechts jedes einzelnen, seine Arbeitskraft beliebig nutzbar zu machen, oder wo er die merkantilistische Kolonialpolitik angreift, hat er sich ausdrücklich auf dieses allgemeine Menschenrecht berufen. Da nach ihm, wie die eben angeführte Stelle zeigt, das Streben jedes einzelnen, von diesem seinem Rechte Gebrauch zu machen, ausreichte, um eine Gesellschaft reich zu machen, waren auch alle Beschränkungen der Freiheit des einzelnen im Widerspruch mit dem Interesse des Ganzen. Das wird von Smith in der Betrachtung aller Zweige des Wirtschaftslebens durchgeführt. Seine Widerlegung der merkantilistischen Lehre von der Handelsbilanz, sein Nachweis, wie der Freihandel und die Freiheit der Kolonien, wie die Beseitigung aller Monopole, der Zunftbeschränkungen, der Sklaverei, wie die Gleichberechtigung von Arbeiter und Arbeitgeber dem Interesse des Ganzen entsprächen, fanden ihre Bestätigung darin, daß die übernommenen Regelungen des Wirtschaftslebens mit den Bedürfnissen der Zeit in krassem Widerspruch standen. Damit erschien seine Lehre nicht nur als

die Rückkehr zu der natürlichen Ordnung der Welt, die nur durch die Willkür der Machthaber in den verschiedenen Ländern und der sie beeinflussenden Sonderinteressenten gestört worden war, sondern auch als die allein kluge. Sie entsprach nicht nur den sittlichen Forderungen der Völker, sondern auch ihren materiellen Bedürfnissen.

Dabei schien, wenn nur alle die Freiheit des einzelnen hemmenden Schranken beseitigt würden, auch die Verwirklichung des *justum pretium* gesichert. Denn, wie ich an anderer Stelle¹⁾ schon gesagt habe, nicht darin besteht der Unterschied zwischen der altchristlichen und mittelalterlichen Auffassung und der Lehre A. Smiths, daß letztere nicht anerkannte, daß das *justum pretium* ein Ideal sei, oder daß nicht beide in dem den Beschaffungskosten entsprechenden Preise das *justum pretium* erblickten, sondern daß die Anhänger der ersteren ihr Ideal unter Verwerfung der Haupttriebfeder des wirtschaftlichen Handelns und unter Bekämpfung derselben zuerst nur mit religiösen, später auch mit Mitteln der weltlichen Zwangsgewalt zu erreichen suchten, während A. Smith jene Haupttriebfeder weder billigt noch mißbilligt, sondern einfach als Tatsache hinnimmt, und sie eben in den Dienst der Verwirklichung desselben Ideals stellt. A. Smith lehrt nämlich, daß gerade infolge des Strebens nach dem größtmöglichen Gewinne nirgends, wo die Konkurrenz unbeschränkt ist, der Preis der Ware auf die Dauer über den Beschaffungskosten des Teils der Ware zu stehen vermag, der am billigsten hergestellt werden kann und noch nötig ist, um den Bedarf des Marktes zu decken; nur wo Monopole und Zölle künstliche Preisverteuerungen ermöglichen, vermag das Streben nach dem größtmöglichen Gewinne die Herabdrückung des Preises auf das *justum pretium* der billigsten Beschaffungskosten nicht zu bewirken.

Wie der vorstehende Überblick über die Entwicklung der befreienden Nationalökonomie zeigt, ist Adam Smith nicht der erste gewesen, der die Irrtümer des Merkantil-

1) Der wirtschaftende Mensch in der Geschichte, 138, 139.

systems dargetan hat. Auch ist seine eigene Lehre keineswegs frei von Irrtümern; sie werden uns im Folgenden noch viel beschäftigen. Aber in der Art, wie er die Probleme behandelt, ist er seinen Vorgängern wie seinen Nachfolgern überlegen. Er geht von der Beobachtung der Menschen und der Dinge aus. Sie hat ihm gezeigt, daß die Menschen in ihrem wirtschaftlichen Handeln vom Streben geleitet werden, mit dem geringstmöglichen Aufwand ihre Bedürfnisse möglichst vollkommen zu befriedigen, mit anderen Worten von dem Streben nach dem größtmöglichen Gewinn. Daraus hat er die von ihm festgestellten wirtschaftlichen Erscheinungen positiv und negativ erklärt. Aber öfters hat er auch aus dem wirtschaftlichen Egoismus a priori Sätze abgeleitet. Er hat dies ebenso getan, wie seine Vorgänger, denen wir die ersten Kenntnisse volkswirtschaftlicher Wahrheiten verdanken, gelegentlich getan haben. Blicken wir auf die vorgeführte Entwicklung der befreienden Volkswirtschaftslehre zurück, so finden wir, daß angefangen von Muns und Childs Verteidigung der freien Geldausfuhr und der Verkehrsfreiheit alle gefundenen Wahrheiten unmittelbar aus dem Leben geschöpft sind, daß die frühen Volkswirtschaftslehrer aber gelegentlich auch einmal Sätze einfach aus der Beobachtung, daß die Menschen nach dem größten Gewinn streben, abgeleitet haben. Ebenso Adam Smith. Doch ist er nie so weit gegangen, aus dem Satze, daß der Reichtum am raschesten zunimmt, wenn die Menschen ihre Bedürfnisse mit dem geringst möglichen Aufwand befriedigen, die Wirtschaftslehre ohne Rücksicht auf die Mannigfaltigkeit des gesellschaftlichen Lebens als eine fast mathematische Lehre zu entwickeln. Vielmehr ist es gerade der außerordentliche Reichtum seiner historischen Darlegungen und die sprudelnde Fülle von Beobachtungen der gleichzeitigen Praxis, was seinem Werke einen Nimbus von Wahrheit verliehen hat, der es wie eine Offenbarung erscheinen ließ. Es ist das Muster einer Vereinigung von Geschichte und Philosophie, und in der Anerkennung von Ausnahmen und Beschränkungen der Giltigkeit selbst seiner Lieblingstheorien hat er das Urteil eines wahren Staats-

mannes gezeigt. Daher er bei den Männern, die mitten im Wirtschaftsleben standen, wie bei den Politikern alsbald bewundernde Zustimmung gefunden hat. Wie mußte es wirken, als in demselben Jahre 1776, in dem sein Werk, das die Freiheit predigte, erschien, die Unabhängigkeits-erklärung der Vereinigten Staaten erfolgte! Von Pitt wird erzählt, daß er bei einem Festmahl, bei dem Smith anwesend war, sich zu setzen weigerte, bevor Smith sich gesetzt habe, denn sie alle seien seine Schüler¹⁾. Das war keine bloße Redensart. Pitt ist — und vor ihm schon Shelburne — als Minister von Smiths handelspolitischen Lehren geleitet worden²⁾, sowohl als er völligen Freihandel mit Irland einführen wollte, was angesichts des Widerstands englischer Sonderinteressen allerdings nicht völlig gelang, als auch 1786 in dem Meistbegünstigungsvertrag, den er mit Frankreich schloß³⁾. Dagegen hat Pitts großer Gegner Fox es abgelehnt, sich von Smith überzeugen zu lassen. Getreu der hundertjährigen Whigtradition rief er⁴⁾: „Frankreich ist der natürliche Feind Großbritanniens“. Es allein werde aus dem Handelsvertrage Gewinn ziehen; Englands Anteil sei der Verlust. „Der Vertrag ist ein Köder, auf den nur die ärgsten Einfaltspinsel angebissen haben würden.“ Francis, Burke und der spätere Reformminister Grey in seiner Jungferrede folgten in derselben Tonart.

Auf Smith ist Malthus⁵⁾ gefolgt. Er hat aus der auch vorher schon bekannten Tatsache, daß die Menge

1) Umgekehrt sagte A. Smith: „Was für ein außerordentlicher Mann ist Pitt; er versteht meine Ideen besser als ich selbst.“ John Rae, *Life of Adam Smith*. London 1895.

2) Pitt zog Smith zu Rat. Rae, ebenda 406.

3) Am 17. Februar 1792 sprach Pitt von A. Smith im Unterhause als von einem Schriftsteller, „dessen umfassende Detailkenntnis und Tiefe philosophischer Untersuchung, wie ich glaube, die beste Lösung jeder mit der Geschichte des Handels und dem System der Volkswirtschaft verknüpften Frage gibt“.

4) Lecky V, 44.

5) *An Essay on the Principle of Population, as it affects the Future Improvement of Society*. 1st. ed. London 1798.

der gegebenen Nahrungsmittel die Zunahme der Bevölkerung beschränkt, die Lehre gemacht, daß jede Zunahme der Nahrungsmittel zu einer Zunahme der Bevölkerung führe und nur Elend, Laster, wozu er in zweiter Auflage die moralische Beschränkung hinzufügte, ihr eine Schranke setzten. Aber Malthus hat diese und andere seiner Lehren immerhin noch wie Smith aus der Erfahrung zu begründen versucht, wobei er sich allerdings als recht einseitig erwiesen hat; auch hat er sich nicht immer als klaren Denker gezeigt.

Dann aber kam Ricardo. Er war 1772 als der Sohn eines holländischen Juden, der sich in England niedergelassen und an der Börse Geld gemacht hatte, geboren. Er hat nur eine mangelhafte Bildung genossen und ist von früh an im Geschäfte seines Vaters tätig gewesen. Mündig geworden hat er sich taufen lassen, eine Engländerin geheiratet und sich selbständig niedergelassen. Zu einer Zeit, da die Lage der Finanzen den Spekulantem außergewöhnliche Gelegenheiten bot, hat er ein großes Vermögen erworben, 1814 einen Grundbesitz in Gloucestershire gekauft und von da ab sich mit nationalökonomischen Studien beschäftigt. Er hat den irischen Wahlflecken Portarlington erworben, der aus nur zwölf Wählern bestand, die er nie aufgesucht hat, und wurde 1819 Mitglied des Parlaments; in diesem ist er durch seine Geld- und Bank-Kenntnisse zu großem Ansehen gelangt. 1823 ist er gestorben.

Ricardo ist der Begründer der klassischen Nationalökonomie geworden¹⁾. Die unmittelbare Beobachtung des Lebens in Vergangenheit und Gegenwart hört bei ihm vollständig auf; an ihre Stelle treten abstrakte Deduktionen. Ausgangspunkt ist das Streben des homo oeconomicus, mit dem geringstmöglichen Aufwand seine Bedürfnisse vollkommen zu befriedigen. Neben dieses Streben tritt nur die Malthussche Tendenz des Menschengeschlechts, sich

1) Sein Hauptwerk ist: *The Principles of Political Economy and Taxation*. By David Ricardo Esqr. 1. ed. London 1817.

zu vermehren, soweit der gegebene Nahrungsspielraum dies gestattet. Wo letztere nicht in Frage kommt, ist ersteres ausschließlich maßgebend. Unter Absehen von allem Werden der Gesellschaft wird diese so betrachtet, als habe sie so, wie sie zur Zeit Ricardos bestand, von jeher aus den drei Kategorien der Grundeigentümer, Kapitalisten und Arbeiter bestanden. Von diesen ist die der Kapitalisten für den Fortschritt die wichtigste. Nicht als ob Ricardo auf die Arbeiter herabgesehen hätte; er hat sie sogar für die wichtigste Gesellschaftsklasse erklärt¹⁾ und sah als Utilitarier in dem größten Glück der größten Zahl das zu erstrebende Ziel. Aber vom Kapital hängt es ab, wie viel die Arbeiter als Lohn erhalten können. Erhalten sie mehr, als zur Deckung der Kosten ihrer landesüblichen Lebenshaltung nötig ist, so nimmt, entsprechend der Lehre des Malthus, die Bevölkerung zu, bis das vermehrte Angebot von Arbeitern den Lohn wieder auf das Maß des zum landesüblichen Lebensunterhalt Nötigen herabdrückt; sinkt der Lohn tiefer, so besorgt vermehrte Sterblichkeit die Anpassung des Angebots an die Nachfrage. So pendelt der Arbeitslohn immer um das zum landesüblichen Lebensunterhalt der Arbeiter Nötige. Das Kapital bestimmt aber auch den Anteil am Nationalprodukt, der den Grundeigentümern vermöge der dem Boden innewohnenden Produktivkraft zukommt. Vermöge des Strebens nach dem größtmöglichen Gewinne sind nämlich keine zweierlei Gewinnsätze nebeneinander möglich. So lange die fruchtbarsten Grundstücke zur Ernährung der Bevölkerung ausreichen, erhalten daher die Grundeigentümer nur Kapitalgewinn. In dem Maße aber, in dem man mit Zunahme der Bevölkerung zum Anbau schlechterer Grundstücke fortschreitet, beziehen, wie schon Anderson²⁾, West³⁾ und

1) Ricardo's Works ed. Mac Culloch 258 (Chapt. XXXII).

2) Siehe Band II 399.

3) An Essay on the Application of Capital to Land. With Observations showing the Impolicy of any great Restriction of

Malthus¹⁾ gelehrt hatten, die Eigentümer von Grundstücken, die besser sind als die ungünstigsten, deren Anbau zur Deckung des Bedarfs nötig ist, eine Grundrente im Betrag des größeren Ertrags ihrer Grundstücke. So verteilt sich unter dem Einfluß des zur Konkurrenz Aller mit Allen treibenden Strebens nach dem größtmöglichen Gewinn das jährliche Produkt der Nation unter die drei Kategorien der Kapitalisten, Arbeiter und Grundeigentümer.

Ricardo war ein sehr scharfsinniger Mann, aber einer der schlechtesten Schriftsteller. Das tritt in seinen Gelegenheitsschriften nicht so sehr wie in seinem Hauptwerk hervor. In seinen kleinen Aufsätzen hat er Vortreffliches geleistet; wir werden ihm sowohl, wo er über Bankfragen als auch über den Außenhandel schreibt, noch begegnen; aber seinem Hauptwerk haben seine schriftstellerischen Mängel großen Eintrag getan. Er hat in James Mill einen Schüler gefunden, der seine Lehren in einem trockenen Schulbuch²⁾ logisch geordnet hat. An dessen Stelle ist später das Lehrbuch³⁾ eines anderen Schülers, J. R. Macculloch, getreten. Auch N. W. Senior⁴⁾ gehört zu der Schule, die lediglich durch Deduktion aus dem durch den Geschlechtstrieb temperierten Streben nach dem größtmöglichen Gewinn ein wirtschaftliches Lehrgebäude aufzubauen bemüht war. Nach ihm bedarf es keinerlei Kenntnis der Tatsachen, keines Studiums der einzelnen Vorgänge des Lebens und keines gelehrten Apparates. Er bedauerte den Chemiker, weil dieser der Beobachtungen und eines dazu nötigen Laboratoriums bedürfe, während er lustwandelnd durch Deduktion aus wenigen

the Importation of Corn. By a Fellow of University College, Oxford. London 1815.

1) An Inquiry into the Nature and Progress of Rent, and the Principles by which it is regulated. By the Rev. T. R. Malthus. London 1815.

2) James Mill, Elements of Political Economy. 1824.

3) J. R. Mac Culloch, Principles of Political Economy, zuerst 1825.

4) N. W. Senior, An Outline of the Science of Political Economy 1836.

allgemeinen Sätzen ewige Gesetze zu entdecken imstande sei. Und doch ist klar, daß solche Deduktionen zwar für den Handel, dessen Wesen das Streben nach dem größten Gewinn eigen ist, zutreffen konnten, für alle anderen Wirtschaftszweige aber nur, insoweit auch die in diesen Tätigen von demselben erfaßt und zu rücksichtsloser Konkurrenz getrieben wurden, insbesondere nicht für die Arbeiter. Daß die für die Übereinstimmung der deduktiven Nationalökonomie mit dem Leben unentbehrliche Voraussetzung nicht überall gegeben ist, hat John Stuart Mill¹⁾ auch erkannt, und ihr daher den Charakter einer an hypothetisch wahre Lehren gebundenen Wissenschaft zugesprochen. Doch hat er zugegeben²⁾, „daß er unphilosophisch ist, die Bedingungen des nationalen Reichtums als eine Sache für sich zu studieren, da sie bei dem gegenseitigen Aufeinanderwirken aller gesellschaftlichen Erscheinungen isoliert nicht richtig erkannt werden können“, und in seinem Lehrbuch der Nationalökonomie findet sich der erste Fortschritt über Ricardo hinaus³⁾.

Nicht als Schüler, sondern als ebenbürtiger Denker neben Ricardo ist der Oberst Robert Torrens⁴⁾ als wirkungsvoller Förderer der Befreiung des Wirtschaftslebens zu nennen.

Ich werde mich mit den aus dem Lehrgebäude Ricardos und seiner Schüler gezogenen praktischen Folgerungen beschäftigen, wo diese auf die wirtschaftliche Entwicklung Englands Einfluß erlangt haben.

1) Essays on some Unsettled Questions of Political Economy. By John S. Mill. London 1844.

2) Auguste Comte and Positivism. By John Stuart

3) Political Economy, 6. ed. 1865. Bk. IV c. 7. Von diesem Kapitel datiert der Übergang der englischen Nationalökonomien von der Laissez faire Politik zur Behandlung der Neuorganisation der Volkswirtschaft und damit ihre Rückkehr zur Methode A. Smiths.

4) Robert Torrens, An Essay on the Production of Wealth, London 1821. Derselbe, An Essay on the External Corn Trade. 4. ed. London 1827.

40. Kapitel.

Die Umgestaltung der englischen Gesellschaft nach 1760.

In den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts haben in England sich Änderungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat vorbereitet, die aus dem aristokratischen Gemeinwesen, das es seit 1689 gewesen ist, Schritt für Schritt eine Demokratie machen sollten. Um sie anschaulicher zu machen, sei der Zustand wie er im 31. Kapitel geschildert worden ist, in wenigen Strichen in Erinnerung gebracht.

Wirtschaftlich ist England bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts überwiegend Agrarstaat gewesen. Allein wenn es nach der Berufsstatistik von Gregory King 1688 noch 180 000 Bauernfamilien gegeben hat, so war es doch nicht mehr der Bauer, der, wie in der Zeit Crowells, politisch den Schwerpunkt bildete. Unter den Stuarts hatten die Bauern nächst den städtischen Kaufleuten und Krämern die Hauptstärke der Opposition gebildet. Daher auch die Mißgunst, mit der sie nach der Restauration behandelt worden sind. Zu Cromwells Zeit hatte die Zahl der Grafschaftsvertreter, bei deren Wahl sie den Ausschlag gaben, zwei Drittel der Parlamentsmitglieder ausgemacht; die Restauration hat die Zahl der Grafschaftsvertreter auf ein Fünftel der Parlamentsmitglieder herabgesetzt, und auch auf die Ernennung dieses Fünftels waren die Freisassen nur mehr in einigen Grafschaften von entscheidendem Einfluß.

Den politischen Schwerpunkt bildete vielmehr der Großgrundbesitz. Das waren nicht etwa die Nachkommen

des feudalen Adels. Mit dem hatten Eduard IV., die Tudors, und mit den Resten der Republik aufgeräumt. Allerdings waren noch feudale Formen geblieben; aber ihr Inhalt war längst ein kapitalistischer geworden; und selbst von den 160 weltlichen Lordfamilien, die es 1688 nach King gab, gehörten nur zwei oder drei dem alten Adel an. Die Tudors hatten aus den größten nichtadligen Großgrundbesitzern einen neuen Adel geschaffen, von dem sich die übrigen Großgrundbesitzer nur dem Rang nach, nicht aber in Interessen und Anschauungen unterschieden. Der Großgrundbesitz, in dem der Schwerpunkt lag, war die Gentry, ein Landjunktum, nach unten durch einen Zensus des Landbesitzes abgegrenzt. Die Lords waren nur die Spitze dieser besitzenden Klasse. Zwischen ihnen und den übrigen Angehörigen derselben war eine kastenmäßige Scheidung schon deshalb nicht möglich, weil alle jüngeren Mitglieder der Lordfamilien nicht zu den Lords, sondern zur Gentry gehörten. Diese Spitze der besitzenden Klasse, die 160 weltlichen und 26 geistlichen Lords, deren Familien zusammen 6920 Personen ausmachten, hatten einen der drei Faktoren der Gesetzgebung, das Oberhaus, für sich allein. Außerdem übten sie noch einen weitgehenden Einfluß auf die Zusammensetzung des Unterhauses.

Die übrigen 16 400 Familien der Gentry schildert Macaulay¹⁾ als an Bildung wenig von ihrem Hausgesinde verschieden. Sie lebten fast ununterbrochen auf dem Land und gingen in der Sorge für ihren Grundbesitz vollständig auf. In ihren Anschauungen über Religion, Verfassung, fremde Länder und frühere Zeiten wurden sie lediglich durch Überlieferungen, wie sie in ihrem eigenen kleinen Kreise gangbar waren, bestimmt; daher waren sie zur Zeit Cromwells Kavaliers, seitdem gemeiniglich Tories gewesen. Aber wie ergeben sie auch an der

1) Siehe das berühmte dritte Kapitel seiner Geschichte Englands seit dem Regierungsantritt Jakobs II., und vgl. dazu das erste Kapitel in Leslie Stephen, *The English Utilitarians I*. London 1900.

erblichen Monarchie hingen, so hatten sie doch keine Parteilichkeit für Höflinge und Minister. Voll Groll sprachen sie über die Undankbarkeit, mit der die Stuarts ihre besten Freunde belohnt hatten. Doch dauerte alle diese üble Laune nur, bis der Thron wirklich in Gefahr war. Dann scharten sie sich um ihn wie ein Mann. Nach zwanzigjährigem Murren über die Mißregierung Karls II. waren sie in seiner äußersten Bedrängnis, als Staatssekretäre und Schatzlords ihn verlassen hatten, zu seiner Rettung geeilt und hatten ihm zu einem vollständigen Siege über die Opposition verholfen. Sie würden auch Jakob II. die gleiche Loyalität erwiesen haben, hätte dieser nicht die Institution verletzt, die ihnen noch mehr galt als die erbliche Monarchie: die Kirche von England. Sie bildeten eine Klasse ähnlich dem Junkertum im ostelbischen Preußen.

In dieser Gentry lag der Schwerpunkt des politischen Lebens. In ihrer Hand lag die politische Verwaltung¹⁾; das Amt des Miliz-Offiziers, des Sheriffs, und vor allem des Friedensrichters, in dessen Hand die gesamte Polizeiverwaltung, einschließlich der Armenverwaltung, Arbeitspolizei, Sanitätspolizei, Unterrichtsverwaltung, das Amt des Untersuchungsrichters usw. sich konzentrierte. Durch ihre Kundschaft beherrschte sie die umliegenden kleinen Städte, durch das Patronat die Kirche. Die Geistlichen erschienen als die geistlichen Polizeidiener des Großgrundbesitzes. Im Parlament waren sie der maßgebende Faktor. In der kurzen Zeit einer Tory-Regierung unter der Königin Anna war Großgrundbesitz zur Voraussetzung für die Mitgliedschaft des Parlaments gemacht worden. Der Zensus für das passive Wahlrecht war ein Zensus des Grundbesitzes, der abgesehen von den Abgeordneten Londons ihrer Klasse die Parlamentsdebatte sicherte.

Eben wegen dieser politischen Machtstellung des Großgrundbesitzes war es, wie wir gesehen haben, das heißeste Streben des im Handel, später im Gewerbebetrieb reich Gewordenen, Großgrundbesitz zu erwerben, um so Auf-

1) Siehe Band II 243, 246 ff.

nahme in die Gentry zu finden. Es ist dies eine wichtige Tatsache. Denn von diesen Neueindringlingen in die Gentry ging nicht nur deren sukzessive Umgestaltung, sondern auch die Umgestaltung der gesamten englischen Volkswirtschaft aus.

Außer der Gentry gab es noch eine Klasse, welche im damaligen England von Einfluß war, die der großen Kaufleute von London.

Macaulay hat dargelegt, wie London damals auf England einen Einfluß übte, wie im 19. Jahrhundert Paris auf die Geschehnisse von Frankreich. Es tat dies nicht bloß vermöge seiner großen Bevölkerung, die ein Zehntel der des Landes betrug, noch auch bloß infolge der Zahl der Vertreter, die es ins Parlament sandte, da diese gering war, auch nicht bloß infolge seiner Eigenschaft als Residenz des Königs. Es übte seinen Einfluß ähnlich dem, den der Kapitalist auf den Darlehensbedürftigen übt. Es beherrschte die Börse, es beherrschte die Vorräte an Edelmetall. Unzählige Male hatte es den Königen aus Geldverlegenheiten geholfen; oft hatte es durch Verweigerung von Darlehen diese Verlegenheiten unsäglich vermehrt. Eine Regierung, welcher London Unterstützung und Zutrauen schenkte, konnte in einem Tage Geldmittel bekommen, zu deren Einsammlung aus dem übrigen Teile der Inseln es Monate bedurft haben würde. Mit dieser Macht hatte es sich in dem Streit zwischen Parlament und Krone auf die Seite des ersteren gestellt. Seine stolzen Bürger haßten die toryistische Gentry, wie sie von ihr gehaßt wurden. Und als die letzten Stuarts der Stadt, um sie für ihre unverbesserlich whiggistische Gesinnung zu strafen, ihre alten Freiheitsbriefe entzogen, war dies eine der Hauptursachen, die zur Vertreibung der Stuarts führte, ebenso wie die Unterstützung, welche London dem Prinzen von Oranien entgegenbrachte, eine Hauptursache von dessen Thronbesteigung als Wilhelm III. und eine Hauptstütze seines Regiments gewesen ist.

Hatte London so einen unmittelbaren Einfluß auf die Krone durch die Abhängigkeit der Regierung von seinem

Geldbeutel, so hatte es einen nicht minderen mittelbaren infolge von zwei Tatsachen.

Seit dem letzten Viertel des 17. Jahrhunderts wurden die Verbindungen zwischen der City und der Grundaristokratie immer zahlreicher, einmal indem die vornehmsten Familien anfangen, ihre jüngeren Söhne bei Kaufherren in die Lehre zu geben, sodann durch das Hineinheiraten der adligen Familien in die City um des Geldes willen. Ein großer Teil des heutigen höchsten englischen Adels zählt unter seinen weiblichen Ahnen die Tochter eines Kaufmannshauses der City von London des 17. und 18. Jahrhunderts¹⁾.

So läßt sich wohl sagen; das England vor 1760 ist ein Staat des Großgrundbesitzes und zu einem Teil des Handelsinteresses von London. Daher die Orientierung der auswärtigen Politik nach seinen Handelsinteressen, die wir kennen gelernt haben.

Die Veränderungen in der Produktionstechnik, die ich im 35., 36. und 37. Kapitel vorgeführt habe, haben diese ganze Ordnung untergraben. Man spricht davon als von einer Revolution. Es ist keine Revolution, die schwertumgürtet durch die Straßen schreitet, Bastillen stürmt, Barrikaden baut und bei den einen Begeisterung, bei den andern Abscheu erregt. Zwar fehlt es auch hier weder an trunkenen Siegern, noch an Besiegten im Zustand der Verzweiflung. Allein sie bewegt sich nicht in heroischen Taten Einzelner, welche, die Aufmerksamkeit Aller erregend, das Menschengeschick umgestalten. Sie äußert sich vielmehr nur zu häufig in einer den Idealisten abschreckenden Trivialität. Allein gerade darin besteht ein Teil ihrer Kraft, ihrer Lebensfähigkeit, ihrer Unüberwindlichkeit. Tag für Tag besorgt sie eine stille, von vielen kaum geahnte Minierarbeit; sie hat sich in Wirkungen selbst auf die Phantasie des Dichters und bildenden Künstlers geäußert. Es sind nicht mehr die heroischen Taten von Königen

1) Siehe H. R. Fox Bourne, *English Merchants*. London 1886. 245.

und Ritzern und die Liebesaffären von Höflingen und Edelfräulein, die den Gegenstand ihrer Dichtungen, Bilder und Statuen bilden, sondern das Schicksal von Männern und Frauen der bürgerlichen und unteren Klassen, die Verherrlichung derer, die sich als Vertreter von deren Interessen ausgezeichnet haben, und die Schilderung von Freuden und Leiden der Masse der ihnen Angehörigen.

Sie hat ihren letzten Ausgangspunkt in der Änderung in den Absatzverhältnissen, die durch Erweiterung zuerst des lokalen in einen nationalen und dann in einen internationalen Markt hervorgerufen worden ist. Das hat zu einer Steigerung der Konkurrenz geführt, und diese hat die Notwendigkeit, an den Produktionskosten möglichst zu sparen, hervorgerufen und hat damit fortwährende Änderungen in der Technik, sei es nötig, sei es möglich gemacht; und mit diesen Änderungen sind die Beziehungen der an der Produktion beteiligten Gesellschaftsschichten und damit die sie regelnde Gesellschaftsordnung notwendig andere geworden.

Diese Revolution hat mit der Verbesserung von Verkehrswegen und Verkehrsmitteln begonnen. Sie hat damit die Revolution im Landwirtschaftsbetrieb möglich gemacht, die zur Vertreibung der Bauern von ihrer Scholle geführt hat, und gleichzeitig die Massenproduktion in den verschiedenen Gewerben ermöglicht, in denen ein Teil der vertriebenen ländlichen Bevölkerung Aufnahme fand. Ich habe von dieser Revolution in der Porzellan-Manufaktur, der Baumwollindustrie, der Eisenindustrie schon gesprochen. Dieselben Änderungen sind aber auch in der Tuchindustrie, der Wirkerei, der Seidenweberei, der Bleicherei und in der Verarbeitung des Flachses vor sich gegangen. Und nicht nur die Anwendung des Dampfes an Stelle der bewegenden menschlichen Kraft, sondern die Nutzbarmachung aller Fortschritte der physikalischen und chemischen Wissenschaft auf die Produktion haben die Verhältnisse der in jeder Art derselben tätigen Menschen völlig geändert. Am augenfälligsten waren ihre Wirkungen auf dem Gebiete des Gewerbebetriebes; obwohl die Vorstellung

verkehrt wäre, die eingetretene Revolution sich auf diesen beschränkt vorzustellen — die auf allen Gebieten des Erwerbslebens stattgefundenen Änderungen haben zusammen gewirkt, sie auf jedem einzelnen zu steigern —, so hat man sich doch, da die Änderungen in der englischen Gesellschaft besonders eindrucksvoll auf industriellem Gebiet hervorgetreten sind, angewöhnt, von der eingetretenen Neugestaltung der englischen Gesellschaft schlechthin als von der industriellen Revolution zu reden¹⁾.

Die mit der Umgestaltung der Produktion eingetretenen Wirkungen lassen sich vor allem an der Bevölkerungsbewegung verfolgen. Wir haben gesehen: zur Zeit der Abfassung des Domesday-Buches im Jahre 1086 hatte die Bevölkerung Englands im engeren Sinn nur $1\frac{1}{2}$ Millionen und 1688 in England und Wales nur 5 520 520 Personen betragen; sie hat sich also in sechs Jahrhunderten, wenn wir von Wales absehen, nicht einmal um 4 Millionen vermehrt: das war das Zunahmeverhältnis, solange England Agrarstaat war. In dem Maße, in dem sein industrieller Charakter zugenommen hat, auch eine Zunahme im Wachstum seiner Bevölkerung, der ich die von Schottland, das seit 1801 die gleiche Wandlung durchgemacht hat, zur Seite stelle²⁾.

(Siehe Tabelle S. 49.)

Dieselbe Wirkung der Industrialisierung tritt uns in der Verteilung der Bevölkerung auf die verschiedenen Grafschaften entgegen. Noch zur Zeit Defoes, in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, sind die südlichen Grafschaften Englands die bevölkertsten und reichsten gewesen. Sehen wir von Middlesex und Surrey, in denen London liegt, ab, so treten jetzt in beiden Beziehungen die

1) Die Bezeichnung ist meines Wissens zuerst von Arnold Toynbee, *Lectures on the industrial revolution of England*, London 1884, gebraucht und seitdem üblich geworden.

2) Die Ziffern für 1750 und 1770 beruhen auf zeitgenössischen Schätzungen, die für die Jahre seit 1801 auf den in den betreffenden Jahren vorgenommenen Volkszählungen.

Die Bevölkerung betrug Personen:

im Jahre	in England	in Schottland
1750	6 039 584	—
1770	7 227 586	—
1801	8 892 536	1 608 420
1811	10 164 256	1 805 864
1821	12 000 236	2 091 521
1831	13 896 797	2 364 386
1841	15 914 148	2 620 184
1851	17 927 609	2 888 742
1861	20 066 224	3 062 294
1871	22 712 266	3 360 018
1881	25 974 439	3 735 573
1891	29 002 525	4 025 647
1901	32 527 843	4 472 103
1911	36 070 492	4 760 904
1921	37 886 699	4 882 497

südlichen Grafschaften hinter die des Nordens, in denen der neue Gewerbebetrieb seinen Sitz hat, zurück. Lancashire hat zu Beginn des 18. Jahrhunderts nur 166 200, an dessen Ende 672 000 Einwohner gehabt; 1921 hatte es deren 4 927 484, und Manchester und Liverpool hatten deren 1914 ein jedes über 700 000.

Doch die bezeichnendsten Änderungen zeigt die Berufsstatistik. Im Jahre 1688 verhielt sich in England und Wales das Landwirtschaftsinteresse zu dem von Handel und Gewerbe wie 3:1. Im Jahre 1747 hieß es: „Großbritannien unterscheidet sich von Holland wie ein Pächter auf dem Lande von einem Krämer in London.“ Dagegen lebten¹⁾ von je 100 Familien

von	in England			in Wales		
	1811	1821	1831	1811	1821	1831
Landwirtschaft	34,7	33,0	27,7	56,2	50,6	43,9
Gewerbe und Handel	45,9	47,6	43,1	27,7	28,5	26,9
anderem	19,4	19,4	29,2	16,1	20,9	29,2

von	in Schottland			in Großbritannien			
	1811	1821	1831	1811	1821	1831	1841
Landwirtschaft	31,3	29,2	25,2	35,2	33,2	31,5	25,2
Gewerbe und Handel	42,1	42,5	41,3	44,4	45,9	39,7	44,6
anderem	26,6	28,3	29,2	20,4	20,9	28,8	30,2

1) Nach Porter, Progress of the Nation. London 1851. 53 und 71.

Die Handel- und Gewerbetreibenden waren schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts unter allen Gesellschaftsklassen die wichtigsten geworden. Wer aber waren die Gewerbetreibenden?

Sie zerfielen in zwei Klassen, die sich feindlich gegenüberstanden, in Arbeitgeber und Arbeiter.

Wer waren die Arbeitgeber?

Es waren *Homines novi* in des Wortes verwegenster Bedeutung. Es waren nicht etwa frühere zünftige Handwerksmeister oder Kapitalisten, die mit einem großen Kapital große Fabriken gegründet hatten. Auch solche gab es; aber die waren nur seltene Ausnahmen¹⁾. Die enorme Mehrzahl der modernen englischen Arbeitgeber ist aus den Kreisen der Arbeiter, einige sind auch aus denen ehemaliger Bauern (*yeomen*) emporgestiegen. Das hat schon, wie aus dem im zweiten Bande Gesagten hervorgeht, früh im 18. Jahrhundert begonnen. Entstammten doch die meisten eben der Männer, die den Gewerbebetrieb revolutioniert hatten, den untersten Schichten. Ich erinnere an folgende: John Metcalf (1717—1810) der große Ingenieur war der Sohn armer Eltern. James Brindley (1167—1772), der Erbauer des Bridgewater und des Grand Trunk-Kanals, war der Sohn eines Grubenarbeiters. Thomas Telford (1757—1834) berühmt als Erbauer des Calodischen Kanals und der Menai-Brücke und John Rennie (1761—1821), der die Lincoln-Filze entwässert und die Waterloo-Brücke erbaut hat, waren ursprünglich Arbeiter. Hargreaves war ein Handweber und Crompton ein kleiner Bauer und Arkwright ein Barbier, ebenso stieg James Watt aus den untersten Klassen auf. Die Peels stammen von Bauern. Soviel nur von einigen, über die wir Biographien besitzen. Aber dasselbe gilt von der großen Anzahl der minderausgezeichneten Männer. Wir haben dafür das ausdrückliche Zeugnis des Dr. Gaskell, eines Arztes in Lancashire, der zu den

1) Zu ihnen gehört Samuel Oldknow. Siehe Samuel Oldknow and the Arkwrights. The Industrial Revolution at Stockport and Marple by George Unwin etc. with Chapter by Arthur Hulme and George Taylor. Manchester 1924.

frühesten gehört, welche die durch die industrielle Revolution geschaffenen Zustände geschildert haben¹⁾. Er bezeugt, daß die ersten großen Fabrikanten überwiegend ehemalige Arbeiter gewesen sind, die durch raschen Überblick ausgezeichnet, äußerste Energie mit nicht geringer Klugheit in der Ausnützung der günstigen Verhältnisse, welche die Konjunktur bot, verbanden. Er bezeugt ferner, daß sehr wenige derer, die großes Kapital zum Fabrikbetrieb mitbrachten, in ihren Unternehmungen glücklich waren oder auch nur einigermaßen gediehen. Auch erklärt er die Tatsache: „Niemand“, schrieb er, „wird sich hierüber wundern wenn er überlegt, gegen wen sie (die größeren Kapitalbesitzer) zu kämpfen hatten. Sie hatten als Gegner Leute, die mit den Maschinen praktisch vertraut waren und selbst eifrig und sorgsam arbeiteten, während den Kapitalisten seine frühere Erziehung vielfach unfähig gemacht hatte für jene Schnelligkeit des Handelns und der Berechnung, die wesentlich waren, wenn er mit den Verbesserungen, die rings um ihn täglich neu ausgeheckt und ausgeführt wurden, Schritt halten wollte.“

Die *Homines novi* waren also der Schwerpunkt des englischen Wirtschaftslebens geworden. Das mußte sich auch im staatlichen wie im gesellschaftlichen Leben Englands fühlbar machen.

Im Staatsleben: in der Verwaltung gelangte es von selbst zur Geltung. Das Friedensrichteramt stand ihnen an ihren Wohnsitzen offen. Dasselbe gilt für die übrigen Ämter des Selfgovernment. So gelangte die aus einer Agrarverfassung hervorgegangene öffentliche Verwaltung in den Fabrikgegenden in die Hand der Fabrikanten zu einer Zeit, da es mit Rücksicht auf die vielfachen Interessengegensätze von Fabrikant und Arbeiter von ganz besonderer Bedeutung gewesen wäre, diese Ämter in die Hand von Unparteiischen zu legen.

1) P. Gaskell, *The Manufacturing Population of England, its Moral, Social and Physical Conditions and the Changes which have arisen from the Use of Steam Machinery 1833.* — Derselbe, *Artisans and Machinery.* London 1836.

Ungünstiger für sie war ihr Verhältnis zur Gesetzgebung. Wie ich bemerkt habe, hatten unter der Königin Anna die Tories ein Gesetz durchgesetzt, das ein gewisses Maß von Landbesitz zur Vorbedingung für den Eintritt ins Parlament machte und nur wenige, näher bestimmte Ausnahmen zuließ. Die wichtigsten neuen Industriepplätze, wie Birmingham, Manchester, Leeds waren ohne alle Vertretung. Die Gesetzgeber aber ordneten die Wirtschaftspolitik vielfach in einseitigem agrarischen Interesse. Das Streben der neu entstandenen Fabrikantenklasse ging also vor allem nach Anteil an der Gesetzgebung.

Am schlechtesten war ihre gesellschaftliche Stellung. Wie gesagt, die Fabrikanten waren größtenteils aus der Arbeiterklasse hervorgegangen. Wie diese waren sie, wenn auch nicht ausnahmslos, so doch in der Mehrzahl ungebildet, ungeschliffen in ihren Manieren, sinnlich in ihrer Erholung, in ihren Genüssen in keiner Weise über die der ihnen Untergebenen erhaben.

Wir haben zwei übereinstimmende Schilderungen ihres Charakters aus jener Zeit. Die eine von Thomas Carlyle, die andere von Gaskell. Nach Carlyle kennen sie keine andere Hölle als Mißerfolg, keine andere Moral als die Paragraphen des Handelsrechts. Ihr Verhältnis zu ihren Arbeitern ist beendet, wenn sie ihnen den geringstmöglichen Lohn, auf den sie sie nach Lage des Markts herabdrücken konnten, ausbezahlt hatten. Nach Gaskell war es damit leider noch nicht zu Ende. Ebenso wie sie die Lage des Arbeitsmarktes in wirtschaftlicher Beziehung ausnutzten, nutzten sie ihre wirtschaftliche Übermacht in ihrer Herrschaft über das persönliche Leben ihrer Arbeiter aus. Die Fabriken, in denen sie Mädchen und Frauen beschäftigten, wurden für sie zum Harem. Kein Mädchen, das wagen konnte, ihrem Begehren zu widerstehen. Ja es wird berichtet, daß die heranwachsenden Söhne einer ganzen Anzahl der neuen Fabrikantenfamilien infolge ihrer geschlechtlichen Ausschweifungen verkamen und untergingen.

Da ist die Figur begreiflich, welche der Fabrikant in den englischen Romanen der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts spielt. Er gilt nicht als Gentleman. Er wird als ein Mensch geschildert, der in geschmacklosem, übertriebenem Prunk seinen Reichtum zur Schau trägt, der jedweder edelmütigen Regung des Herzens bar, seinen einzigen Genuß im Verfolgen wüster Leidenschaften findet.

Diesen Arbeitgebern stehen die Arbeiter gegenüber. Auch sie sind *Homines novi*; und nur zu geringem Teil sind sie aus früheren gewerblichen Arbeitern hervorgegangen. Meist sind sie ehemalige Hausindustrielle des platten Landes, die die Landwirtschaft aufgegeben haben. Andere sind zugezogene ländliche Arbeiter und Bauern, die durch die Einhegungen aus ihrem Besitz vertrieben worden sind. Dazu kommen Kinder und jugendliche Arbeiter, welche, worauf ich noch zurückkommen werde, die Armenhäuser des ganzen Landes an die Arbeitgeber der Fabrikgegenden verkauften. Nach Aufhören der napoleonischen Kriege finden wir entlassene Soldaten als Fabrikarbeiter. Aber die Masse bildete die eigene Inzucht der Industrie. Das Zusammendrängen von so vielen Menschen an wenigen Orten, die Art und Weise des Arbeitens in überheizten Räumen, die dadurch hervorgerufene geschlechtliche Frühreife, das schlechte Beispiel, die Auflösung der Familien und der moralischen Bande, regelloses, frühes Heiraten und der nur zu wahre Satz Diderots „rien ne peuple comme la misère“ hatten eine kolossale Zunahme der Geburtenziffer zur Folge. Schon Arthur Young berichtet¹⁾, daß in einzelnen Fabrikstädten die Bevölkerung so rasch zunehme wie in den Kolonien. Ich habe oben schon die Zahlen angegeben, um die unter dem Einfluß dieser Entwicklung die englische Bevölkerung wuchs.

Diese neu entstandene Arbeiterbevölkerung war ohne jedwede Aussicht auf gewerbliche Selbständigkeit. Bei Abschluß des Arbeitsvertrages diktierte aus noch darzuliegenden Ursachen der Arbeitgeber einseitig die Arbeits-

1) Arthur Young, *Political Arithmetic*, 67, Anmerkung.

bedingungen. Ihre Herrschaft auch über das persönliche Leben der Arbeiter war schrankenlos. Die Dauer der Arbeitszeit war ganz in die Willkür des Arbeitgebers gestellt. Wir hören von einer Ausdehnung des Arbeitstags in einigen Gewerben bis auf 20 Stunden. Dazu ein erschreckender Zustand der Arbeitsräume, eine entsetzliche Zahl von Unfällen und ein Wuchern gewerblicher Krankheiten, große Sterblichkeit, Degeneration der Geborenen, Verkrüppelungen der Kinder, Auflösung der Familie. Die Frau arbeitet für Erwerb, das häusliche Leben und die Erziehung verkommen.

Dabei hatte das im 38. Kapitel geschilderte Speenhamland-System zur Herabdrückung des Arbeitslohns auf Kosten der Armensteuerepflichtigen und zur Herabwürdigung der Arbeiter zu unterstützten Armen geführt. Die Lebensmittel waren schlecht und teuer. Das Trucksystem hatte sich vielfach zur infamsten Ausbeutung entwickelt. Die Wohnungsverhältnisse waren scheußlich. Die Wohnungen wurden zu Ausgangspunkten von Epidemien und sittlichen Verkommens. Dazu kam eine geistige und religiöse Absonderung der Arbeiterklasse. Das Sektenwesen war das einzige, worauf der den ihr Angehörigen gebliebene Rest von Gesittung beruhte. Bis in die 40er Jahre des 19. Jahrhunderts herrschte unter den englischen Arbeitern furchtbare Rohheit.

Aber trotz dieses Tiefstands der Bildung der Mehrzahl der Arbeitgeber und Arbeiter ist England von 1760 bis in die 70er Jahre des 19. Jahrhunderts das in der Welt wirtschaftlich führende Land gewesen. Ich möchte drei Ursachen dafür bezeichnen.

Als erste, daß England das Land gewesen ist, in dem die Ergebnisse der Wissenschaft zuerst auf die Technik der Industrie, des Landwirtschaftsbetriebs und des Verkehrs Anwendung gefunden haben. Das hat den Großbetrieb in allen diesen Wirtschaftszweigen zur Herrschaft gebracht. Die größten Wirkungen haben die Naturwissenschaften hervorgerufen, indem sie den Verkehr zu einer Sache des Großbetriebs gemacht haben. Als Folge davon ist es

möglich geworden, Produkte von jedem Umfang und Gewicht in die entlegensten Gegenden zu verfrachten; dadurch haben sie einerseits die Beschaffung der Rohstoffe, die die Massenproduktion der neuen Technik brauchte, zu niedrigen Kosten ermöglicht, andererseits deren Massenprodukten den ganzen Erdball zum Absatzmarkte gemacht. Sie haben die wirtschaftliche Revolution ermöglicht, deren erste Wirkung es gewesen ist, England die Mittel zu liefern, die es aus dem Riesenkampfe mit Frankreich an der Wende des 18. und 19. Jahrhunderts als Sieger haben hervorgehen lassen.

Denn der Reichtum, den England vermöge der vorgeführten Fortschritte in der Technik seiner Produktion angesammelt hat, ist die Grundlage der zweiten Ursache geworden, die es in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zum wirtschaftlich führenden Land gemacht hat, der Tatsache, daß es von 1793 bis 1815 das einzige Land in Europa gewesen ist, dessen Boden nie von einem feindlichen Heere heimgesucht worden ist. Sein Reichtum hat ihm ermöglicht, seinen kontinentalen Alliierten die Subsidien zu zahlen, vermöge deren sie Heere aufstellen konnten, die, wenn auch noch so oft geschlagen, durch ihr bloßes Auftreten sei es in Italien, Deutschland, Rußland Napoleon davon abgehalten haben, einen ernsthaften Landungsversuch in England zu wagen.

Es gibt allerdings Engländer, welche diese Subsidien ganz anders würdigen. Unter Hinweis auf dieselben meinen sie, daß England die Hauptlast der Kriege gegen das revolutionäre und napoleonische Frankreich getragen habe. Nun sind die Opfer, die diese Kriege dem englischen Volke auferlegt haben, allerdings enorm gewesen. Sie haben dem Staate 830 Millionen £ gekostet, und der Heroismus ist bewundernswert, mit dem ein Volk von damals rund 10 Millionen eine solche Last getragen hat. Aber die Subsidien haben nur einen geringfügigen Teil der Kriegskosten ausgemacht, noch nicht ganz 6,32 Proz., nämlich £ 52 478 356¹⁾. Diese 6,32 Proz. sind der rentabelste Teil

1) Browning, The domestic and financial condition of Great Britain. 450.

der Kriegskosten gewesen; denn sie haben die Invasion Englands verhindert. Weit empfindlicher aber als die Steuerlast und Schuldenlast, die der Krieg einem Volke auferlegt, sind die Nachteile, welche die Invasion eines Territoriums für dessen Bewohner mit sich bringt. Deutschland ist unter den Wirkungen der französischen Revolutionskriege völlig verarmt. Auch haben die englischen Staatsmänner zur Zeit Napoleons die Bedeutung davon, daß ihr Land von einer Invasion frei blieb, wohl erkannt. Gerade die von England seinen Alliierten gezahlten Subsidien haben ihm den außerordentlichen Vorsprung vor seinen Konkurrenten gebracht, daß es zu einer Zeit, da alle übrigen Länder von Kriegsscharen überzogen wurden, das einzige Land gewesen ist, das seiner Wirtschaft ungestört leben konnte. Dagegen hat es in jener Zeit die Überlegenheit seiner Flotte benutzt, um den Holländern Kapland, den Franzosen den Rest ihrer Kolonien und seinen Konkurrenten im Seehandel ihre Handelsflotte wegzunehmen. Es hat durch die Wegnahme nicht nur feindlicher Schiffe, sondern der Schiffe selbst der Neutralen — man erinnere sich an Kopenhagen — erreicht, daß, wie Cobden sich später ausgedrückt hat, so oft England sich mit irgendeiner Macht im Kriege befand, kein Schiff einer anderen Nation anders als auf der Flucht vor englischen Schiffen gesehen worden ist.

Die dritte Ursache, die dazu geführt hat, England im 19. Jahrhundert zum reichsten Lande der Welt zu machen, ist die systematische Durchführung gewesen, welche das Grundprinzip der befreienden Nationalökonomie, das Prinzip der Wirtschaftlichkeit, im englischen Wirtschaftsleben gefunden hat. Indem sie für jeden ohne Ausnahme als sein „heiligstes und unverjährbares Recht“ in Anspruch nahm, alle seine Fähigkeiten zur Befriedigung seiner Bedürfnisse betätigen zu dürfen, wo immer sich dazu Gelegenheit bot, so lange er das gleiche Recht anderer nicht verletzte, und die Abschaffung aller Gesetze verlangte, die, aus dem eigennützigen Streben der jeder Reform wider-

strebenden Privilegierten hervorgegangen, dem widersprachen, hat sie nicht nur den Forderungen des zur Anerkennung gelangten Naturrechts, sondern nicht minder denen der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit entsprochen. Auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens zeigten sich dessen überkommene Regelungen als veraltet und im Widerspruch mit dem, was Lebensbedürfnis des entstehenden Großbetriebs war. Engherzig und starr waren sie ein Hemmnis seiner freien Entwicklung und schienen nur die Ausführung Adam Smiths zu bestätigen, daß die angebliche Fürsorge des Gesetzgebers für das Wohl des einzelnen nicht bloß eine Heuchelei, sondern eine unverschämte Anmaßung sei; lehre doch der Eigennutz einen jeden am besten, was ihm dienlich sei; natürlicher- oder vielmehr notwendigerweise führe ihn die Bedachtnahme auf seinen eigenen Vorteil, solange er nur das gleiche Interesse aller anderen, ihren Vorteil zu wahren, beachte, zu dem, was zugleich für das Ganze das Ersprößlichste sei.

In der Tat hat die Beseitigung der Schranken, die das Aufsteigen Aller im Interesse einzelner Privilegierter hemmten, zu einer solchen Entfesselung aller Talente geführt, daß der Einfluß der beiden vorgenannten Ursachen sich voll auswirken konnte. England ist zu Anfang des 19. Jahrhunderts die industrielle Werkstätte der Welt und der Mittelpunkt des Weltverkehrs geworden und das wirtschaftliche Vorbild, dem alle übrigen Nationen nacheiferten.

Die Anerkennung des Prinzips der Wirtschaftlichkeit hat in England durch die Philosophie Jeremias Benthams und seiner Schule, der Utilitarier¹⁾, wesentliche Förderung erfahren. Der Einfluß derselben auf das öffentliche Leben Englands kann nicht überschätzt werden. Sie sind die Träger der großen Reformen der englischen Rechtspflege gewesen; sie haben die Rechtsprechung in Zivilstreitig-

1) Von ihnen handelt Leslie Stephen, *The English Utilitarians*. 3 vols. London 1900. — Siehe auch Edward Lytton Bulwer, *England and the English*. Leipzig 1834. 347 ff. 374 ff.

keiten auch den Minderbemittelten zugänglich und die Strafrechtspflege menschlich gemacht. Zu Benthams Schülern gehörten die großen Juristen Romilly und John Austin, ferner Grote, der Geschichtsschreiber Griechenlands, und der Philosoph Bailey. Das ganze wirtschaftliche Denken Englands ist in der Zeit, da der Aufschwung seiner Volkswirtschaft den aller anderen Länder übertraf, durch die Schriften der oben genannten Nationalökonomten Ricardo, James Mill, Mac Culloch, Senior, John Stuart Mill, die sich sämtlich als Benthams Schüler bekannt haben, bestimmt worden. Die neu entstandenen industriellen Kreise, die sich durch diejenigen, die von dem Kriege Vorteil gezogen hatten, in allen ihren Interessen geschädigt sahen, fanden in Benthams Lehre die Formeln für den leidenschaftlichen Krieg gegen soziale Mißbräuche, der das 19. Jahrhundert in England charakterisieren sollte.

Jeremias Bentham stammte aus der Zeit vor der französischen Revolution. Seine Gedanken wurzelten in demselben Materiale, das deren vornehmste Parteigänger beherrscht hatten. Exklusive Gesellschaftskreise erachtete er als Monopolisten. Sie fanden keine Gnade oder Duldung vor seinen Augen; denn sie dachten nur an sich, nicht aber an das Ganze und nahmen keinen Anstand, ihr Interesse auf Kosten des Interesses des Ganzen zu verfolgen. Benthams Grundgedanke aber war, das jeder sich dem Interesse der Gesamtheit unterzuordnen habe. Nur ist er bei Begründung dieser Forderung nicht wie Adam Smith von angeborenen Menschenrechten ausgegangen. Er hat dieselben Forderungen, die aus diesen abgeleitet wurden, mit der Pflicht aller Regierungen, für das größte Glück der größten Zahl zu sorgen, ebenso wirksam, wenn nicht wirksamer begründet.

Das erste Kapitel von Rousseaus *Contrat Social* beginnt mit den Worten: „Der Mensch ist frei geboren, und überall ist er in Ketten“. Die ersten Worte der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung lauten: „Alle Menschen sind frei geboren und bleiben frei und gleichen Rechts“, und ihr vierter Artikel besagt: „Freiheit besteht

darin, das zu tun, was einen anderen nicht verletzt, daher hat der Gebrauch der natürlichen Freiheit jedes Menschen keine anderen Schranken als diejenigen, welche anderen Mitgliedern der Gesellschaft den Genuß derselben Rechte sichern.“ Eben dies ist der Grundgedanke der sogenannten „Ideen von 1789.“ Danach erscheint als Endziel, die Freiheit jedes einzelnen zu sichern. Das hat Bentham als Unsinn verworfen. Niemand sei frei geboren; jeder Geborene sei lange Zeit Kind. Statt „alle Menschen sind frei“ sollte es heißen: „Alle Menschen sollten frei sein“; aber es gehe nicht an, Freiheit als ein abstraktes Recht hinzustellen, denn damit gelange man in Widerspruch zum Gesetz, da alles Gesetz Zwang voraussetze; ein jeder erlange Freiheit, indem er die Freiheit anderer beschränke. Somit bedeuteten absolute Rechte der einzelnen soviel wie Anarchie. Kein Gesetz könne gerechtfertigt werden, außer durch seine Wirkungen, d. h. seinen Nutzen. Man setze an die Stelle von natürlichem Rechte „Nützlichkeit“, so gelange man zu einem vernünftigen Prinzip, indem die Erfahrung lehre, was nützlich ist, d. h. was zum größten Glücke der größten Zahl führe.

Alle Menschen erstreben nämlich, glücklich zu sein. Wie schon Hutcheson, Beccaria, Graf Buat, Priestley und andere erachtet daher Bentham als Maßstab einer moralischen Handlung, das Maß, in dem sie zum Glück der größten Zahl führt, und als Ziel aller Regierung die Verwirklichung des größten Glücks der größten Zahl. Das hat denn die Utilitarier mit denen, die aus dem Rechte aller Menschen auf Freiheit ihre Forderungen ableiteten, im praktischen Leben doch wieder zusammengeführt. Ihr Ausgangspunkt von dem größten Glück der größten Zahl hat sie zu der Forderung geführt, daß keine Ungleichheit der Rechte bestehe, außer wo ein Nachweis für die Berechtigung der Ungleichheit erbracht werden könne. So wurde Benthams Lehre die Brücke, die über alle Trümmer, welche die Revolution geschaffen, die Philosophie des alten Jahrhunderts in das neue übertragen sollte, sobald nach wiederhergestelltem Frieden die gegen

alles, was mit der Revolution zusammenhing, natürlich und künstlich entstandene Erregung wieder der nüchternen Erwägung Platz machte.

In der Katholiken-Emanzipation¹⁾ im Jahre 1829, in der Parlamentsreform von 1832, in der Sklavenbefreiung im Jahre 1834, und dem Siege des Freihandels im Jahre 1846 haben die Utilitarier die ersten Triumphe ihrer Prinzipien erlebt. Weit längere Zeit war nötig, Rechtsgleichheit für die neue Gesellschaftsschicht zu erringen, deren Wiederansiedlung unter Cromwell begonnen und im 18. Jahrhundert immer größere Fortschritte gemacht hatte, um im 19. weitgehenden Einfluß im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben Englands zu gewinnen, für die Juden.

Ich habe im dreißigsten Kapitel erzählt, daß Cromwell die Wiederansiedlung der seit Eduard I. aus England verbannten Juden geduldet hat. Er hat dies entgegen den Wünschen der von ihm befragten Geschäftswelt und Geistlichkeit getan²⁾. Die von ihm zugelassenen Juden waren zumeist Sephardim³⁾, d. h. Juden spanischen oder portugiesischen Ursprungs, viele darunter Marranos, d. h. Krypto-Juden, die vor der Inquisition geflüchtet waren. Ihre Flucht nach England war zum Teil eine Nebenwirkung des gegen Holland gerichteten Navigationsgesetzes⁴⁾. Durch dieses war den nach Wiedereroberung Brasiliens durch die Portugiesen im Jahre 1654 nach Neu-Amsterdam geflüchteten Juden der Handel mit England unmöglich geworden. Daher ihr Wunsch, in England aufgenommen zu werden. Alle Sephardim haben viel Gold und Silber nach England gebracht, daher hat sie Cromwell trotz des Widerspruchs der Londoner Kaufleute gehalten. Auch hat er sie, ähnlich wie die mittel-

1) Leslie Stephen II, 57 ff.

2) Albert M. Hyamson, A History of the Jews in England. London 1908. 158—178, 189—211.

3) Ebenda 171.

4) Ebenda 180, 192.

alterlichen Fürsten, zu Missionen in auswärtigen Angelegenheiten verwendet¹⁾. Einer von ihnen, Carvajal, ist als Reeder und Heereslieferant zu großem Reichtum gelangt, und er und seine beiden Söhne haben 1655 als die ersten Juden das englische Bürgerrecht erlangt²⁾.

Das Navigationsgesetz ist auch der Grund gewesen, warum die Mehrzahl der Juden in Holland in dem Streite zwischen Parlament und Krone mit den Stuarts sympathisiert haben³⁾. Nur als sie glaubten, in Cromwell den befreienden Messias erblicken zu können, der ihnen das Bürgerrecht in England verschaffen würde, hatten viele ihre Stellungnahme geändert. Nach Cromwells Tod haben einige Karl II. mit beträchtlichen Geldmitteln zur Wiedererlangung seines Throns unterstützt⁴⁾. Als Karl II. in London einzog, zählte die dortige jüdische Gemeinde 35 Familien, darunter 4 Konvertiten zum Judentum⁵⁾. Aber der alte Haß der Londoner Kaufleute gegen fremde Händler richtete sich jetzt besonders gegen die Juden. Doch haben Karl II. und Jakob II. sie gegen die Intrigen der Londoner geschützt.

Das hat zur Steigerung der Einwanderung von Juden in England geführt, und namentlich nach der „glorreichen Revolution“ hat diese zugenommen. Sie stieß nach wie vor auf die Abneigung der Londoner Kaufleute, die es auch durchsetzten, daß selbst die längst eingebürgerten Juden die höheren Zölle, die seit dem Mittelalter von Fremden zu entrichten waren, bezahlen mußten⁶⁾. Ein Zeichen, daß ihr Verhältnis zur City sich gebessert hatte, ist, daß sie später jedem Lord Mayor am Tage seiner Installation ein Stück Silbergerät und fünfzig Guineen dargebracht haben⁷⁾. Die Haupteinwanderung von Juden nach 1689 bestand aber nicht mehr aus Sephardim, sondern aus

1) Hyamson, 176, 177. 2) Ebenda 172.

3) Ebenda 189. 4) Ebenda 214, 215, 226.

5) Ebenda 212. 6) Ebenda 283 ff.

7) Ebenda 236.

Ashkenazim. So nannte man die Juden, die aus Deutschland, Polen, Rußland kamen¹⁾. Sie waren in der Mehrzahl arm, verursachten große Ausgaben, und, wenn es früher die Handelseifersucht und der religiöse Gegensatz waren, welche der Einwanderung von Juden im Wege gestanden hatten, so kam jetzt die Furcht vor Anschwellen der Armenlast hinzu. Zunächst lag die Unterstützung der armen Juden den jüdischen Gemeinden selbst ob, und das hat den durch Wohlhabenheit und Bildung einerseits und Armut und Unbildung andererseits bestehenden Gegensatz zwischen den auch rituell verschiedenen Sephardim und Ashkenazim gesteigert. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts wird die Zahl der Juden in London als 8000 angegeben²⁾.

Die reichen Sephardim haben sich fast ausschließlich in London niedergelassen. Die Niederlassung von Ashkenazim in London wurde wesentlich durch einen Beschluß der Altermänner von London behindert, wonach kein Jude ohne Vermögen sich da ansiedeln durfte³⁾. Das wurde der Anlaß zur Entstehung jüdischer Gemeinden in Portsmouth und Hull, dann auch an anderen Orten in der Provinz. Die da wohnenden armen Ashkenazim waren meist Hausierer, die die Ware der reicheren Ladeninhaber vertrieben, bis sie soviel hatten, um selbst Läden eröffnen zu können. Dann finden wir sie als Goldschmiede, aus denen später Bankiers wurden, die mit Edelmetall handelten⁴⁾.

Während der zwei Jahrhunderte nach Wiederzulassung der Juden finden wir unter jeder Regierung einen Juden, der den jeweilig Herrschenden als Finanzmann besondere Dienste geleistet hat⁵⁾; unter Wilhelm III. den Juden Suasso und den Juden Medina, den Heereslieferanten Wilhelms, wofür er, der erste Jude, in den Ritterstand erhoben worden ist. Er ist unter der Königin Anna wegen Bestechung des Herzogs von Marlborough noch berühmter

1) Hyamson 238 ff.

2) Ebenda 244.

3) Ebenda 230.

4) Ebenda 246.

5) Ebenda 269 ff.

geworden. Andere Juden standen Walpole und Pelham als Berater und Gläubiger zur Seite. Zur Zeit des Einfalls des Prätendenten Karl Eduard ließen die niederen Juden sich in der Miliz einschreiben; von den 12 großen Kaufleuten, welche die englische Bank vor dem Ansturm auf ihre Kasse retteten, waren zwei Juden.

Diese politische Haltung der Juden hat dann Anlaß zu den Anläufen der Regierung gegeben, die englischen Juden zu naturalisieren. Schon 1740 war ein Gesetz erlassen worden, das ihre Naturalisierung ermöglichte¹). Das Gesetz war nicht auf Widerstand gestoßen; es ließ noch einige Punkte übrig, in denen die Rechte der Juden von denen der Christen sich unterschieden. Was aber hauptsächlich der Anlaß zu einer neuen Naturalisations-Vorlage wurde, war der Ehrgeiz Samson Gideons, des Hauptgläubigers der Regierung, Mitglied der grundbesitzenden Aristokratie zu werden²). Ihm zu Liebe hat die Whigregierung 1753 einen Gesetzentwurf im Parlament eingebracht, der die Naturalisation von Juden durch dasselbe ausdrücklich ermöglichte. Trotz heftiger antisemitischer Hetze ist er in beiden Häusern zur Annahme gelangt und Gesetz geworden. Aber nun brach im ganzen Lande ein Sturm aus, der die Regierung angesichts einer bevorstehenden Neuwahl einschüchterte, und 1754 wurde das Gesetz wieder abgeschafft³). Samson Gideon hat sein Ziel nicht erreicht.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, besonders nach der Teilung Polens, hat die Einwanderung von Juden so zugenommen, daß auf Antrag der Synagoge Erschwerungen derselben stattfanden⁴). Zu Beginn des 19. Jahrhunderts hat die Zahl der Juden in London 20 000 betragen; dazu kamen noch 5—6000 in der Provinz. Der Unterschied zwischen Sephardim und Ashkenazim bestand noch in London. Die ersteren reich, in Kultur von den Christen in nichts verschieden, sahen auf die letzteren,

1) Hyamson 271 ff. 2) Ebenda 278/9.

3) Ebenda 273—7. 4) Ebenda 294.

die in Kleidung, Sprache, Reinlichkeit, Höflichkeit und Umgangsformen alles zu wünschen übrig ließen¹⁾, etwa wie die vornehmen Wiener Juden vor dem Weltkrieg auf die Einwanderung von Juden aus Galizien. Man hätte sie gern durch einen Schutzzoll beschränkt. Eine Konferenz, die 1804, um eine Vereinigung der Sephardim und Ashkenazim herbeizuführen, stattfand, ist damals gescheitert, ihr Ziel ist erst 1870 erreicht worden²⁾.

Für das Jahr 1830 wird die Zahl der Juden in England auf 30 000 beziffert, wovon 10 000 in der Provinz gelebt haben sollen. Die Juden in London bestanden aus einer ziemlich starken Klasse von Reichen, einer sehr kleinen Mittelklasse und sehr vielen Armen³⁾. Sie waren vom Detailhandel in der City noch ausgeschlossen, zu dem sie erst 1831 zugelassen worden sind. Ebenso war ihnen die Anwaltschaft noch nicht zugänglich; der erste jüdische Barrister ist erst 1833 zugelassen worden. Noch war es zweifelhaft, ob ein Jude Land besitzen könne. Desgleichen bestanden noch die mannigfachsten Rechtsungleichheiten zu ihren Ungunsten an den Universitäten, in der Armee, in der Flotte, vor allem aber im aktiven und passiven Wahlrecht. Erst 1835 haben sie das aktive Wahlrecht zum Parlamente erlangt. In demselben Jahre ist auch ein Jude Sheriff von Middlesex, 1845 nach harten Kämpfen ein Jude Altermann von London und 1855 ein Jude Lord-mayor von London geworden. Das waren große Errungenschaften vom Standpunkt der Gleichberechtigung. Aber noch immer fehlte die Möglichkeit, ins Parlament gewählt zu werden. Das wurde, seit O'Connell 1829 die Katholiken-Emanzipation durchgesetzt hatte, von den Juden als Ungerechtigkeit besonders lebhaft empfunden. Und doch lag die Sache bei ihnen anders. Die Katholiken waren alt eingesessene Landeskinder, die man ihrer früher besessenen Rechte beraubt hatte; die Juden waren eingewanderte Fremde. Jene waren, wenn auch nicht Angehörige der Staatskirche, so doch Christen; die Juden waren Gegner

1) Hyamson 300. 2) Ebenda 308/9. 3) Ebenda 319.

des Christentums. Vor allem aber waren die Juden Konkurrenten. In wunderbarer Mischung finden wir bei den Gegnern ihrer Zulassung ins Parlament alle aus diesen Gegensätzen sich ergebenden traditionellen Vorstellungen, religiöse Einwendungen und kleinliche Konkurrenzfurcht, vereint. Erst 1847 ist es dem Baron Lionel de Rothschild, dem damals in der Geschäftswelt führenden Manne, gelungen, und zwar von der City, dem alten Gegner der Judenbefreiung, als erster Jude ins Parlament gewählt zu werden. Aber erst 1858 hat er das Recht erhalten, seinen Sitz ordnungsmäßig einzunehmen. Erst 1866 ist es durch eine Änderung des von den Parlamentsmitgliedern abzulegenden Eides allen Juden möglich geworden, Mitglieder des Parlaments zu werden. 1886 ist der Sohn des eben genannten Rothschild als Lord ins Oberhaus eingezogen.

Aber der Einfluß, den die Juden auf das öffentliche Leben in England erlangt haben, ist viel älter als die Beseitigung ihrer politischen Minderberechtigung, besonders wenn man den der getauften Juden mit in Betracht zieht. Einer der letzteren, Benjamin Disraeli, ist sogar Führer der konservativen Partei geworden und dabei doch so warmer Vertreter jüdischer Denkweise geblieben, daß er in Spanien und Portugal zurzeit der Inquisition dieser sicher zum Opfer gefallen wäre; später ist er wiederholt Premierminister geworden, und hat als solcher Bischöfe und Erzbischöfe und sogar die Königin von England zur Kaiserin von Indien gemacht. Nach 1866 finden wir auch die ungetauften Juden als Minister in England und in den Kolonien¹⁾, und der kurz verflossene Vizekönig von Indien, Lord Reading, ist Jude. Die Juden sind heute in allen Städten Großbritanniens, in denen Geschäfte zu machen sind, zu finden²⁾.

Die Überwindung des leidenschaftlichen Hasses, mit dem die Emanzipation der Juden seit dem Auftauchen des

1) Hyamson 342.

2) Siehe die Karte über die Verbreitung der Juden in Großbritannien im Jahre 1907 im Anhang von Hyamson.

Gedankens ihrer Wiedermalassung in der Zeit Cromwells zu kämpfen hatte, ist lediglich dem Fortschreiten des Utilitarianismus in England zu danken. Wie Bentham, trotz aller Bekämpfung durch Philosophen und Politiker, durch seinen Einfluß auf die ausgezeichnetsten Juristen seiner Zeit die englische Rechtspflege den Anforderungen der Gerechtigkeit und Humanität näher gebracht hat als in anderen Ländern, so hat er durch die oben genannten Nationalökonomten, die sich alle als seine Anhänger bekannt haben, auch in wirtschaftlichen Dingen die Engländer utilitarisch denken gelehrt, und in den großen politischen und wirtschaftlichen Befreiungskämpfen, von denen die Rede sein wird, ist das größte Glück der größten Zahl der leitende Gedanke gewesen, der zum Siege geführt hat. Heute denkt die große Mehrheit der Engländer bewußt oder unbewußt utilitarisch.

Das zeigt sich auch in der Emanzipation von den mittelalterlichen Wuchergesetzen, die unter dem Einfluß Bentham's und seiner Schüler stattgefunden hat. Ich habe im 32. Kapitel erzählt, wie spät sich England von den mittelalterlichen Zinsverböten frei gemacht und sie durch Beschränkungen der Zinshöhe ersetzt hat. Obwohl schon Sir William Petty auch diese als ebenso töricht verurteilt hat, wie wenn man den Wechselkurs durch Gesetz regeln wollte, haben sie nicht nur fortbestanden, sondern selbst Adam Smith hat sie im Widerspruch mit seinen eigenen allgemeinen Grundsätzen noch verteidigt¹⁾. Darauf hat Bentham 1787 seine Verteidigung der Zinsfreiheit geschrieben und in einem respektvollen Briefe an Adam Smith dessen Grundsätze mit unwiderlegbarer Logik auf die Geldleihe zur Anwendung gebracht. Die Schrift gehört zu den heiligen Büchern der klassischen Nationalökonomie, aber erst 1844 hat das Parlament ihren Forderungen, was die Bank von England angeht, genügt, und

1) Wealth of Nations II. Buch, Kap. 4 i. f.

2) Defence of Usury, showing the Impolicy of the Present Legal Restraints of the Terms of Pecuniary Bargains.

erst 1854 hat es im 17. und 18. Vict. c. 90 allen Geldverleihern gestattet, Zinsen entsprechend der jeweiligen Lage des Geldmarkts zu fordern.

Von einer anderen Neuerung, zu der der fortschreitende Utilitarismus geführt hat, von der Auflösung der letzten aus einer Vielheit von Personen bestehenden Wirtschaftseinheit, der Familie, in einander unabhängig gegenüber stehende Individuen wird erst später die Rede sein.

Aber nicht alle Erwartungen der befreienden Lehre haben sich verwirklicht. Nicht alle Individuen sind nach Beseitigung der alten Schranken zur größtmöglichen Entfaltung ihrer Persönlichkeit gelangt. Wäre es richtig, was Adam Smith schreibt, daß die natürliche Begabung der Menschen von Natur aus sehr gering und der Unterschied zwischen dem späteren Philosophen und dem späteren Lastträger viel mehr die Wirkung der verschiedenen Bedingungen sei, in denen der eine und der andere aufgewachsen, so wäre seine Verurteilung jeder besonderen Fürsorge für die in der Produktion Tätigen unangreifbar; der freie Wettbewerb Aller würde, wie er meinte, Alles sowohl zum Besten der Einzelnen wie des Ganzen gefügt haben. Allerdings das Wort, das Schiller dem Karl Moor in den Mund legt „das Gesetz hat noch keinen Mann groß gemacht; die Freiheit allein brütet Kolosse aus“, hat sich glänzend bewährt. Es muß als Triumph für Adam Smith in Anspruch genommen werden, daß die große Mehrzahl der Führer im modernen Wirtschaftsleben aus dem Arbeiterstande aufgestiegen ist; das waren die ökonomisch Ausgezeichneten. Aber anders stand es mit der großen Masse der nur mit ökonomischen Durchschnittseigenschaften Begabten und mit den unter dem Durchschnitt Befindlichen. Die ersteren waren, sich selbst überlassen, in Gefahr, in jeder Beziehung in willenslose Abhängigkeit von jenen Kolossen zu gelangen, welche die Freiheit ausbrütete, und die letzteren sanken in menschenunwürdiges Elend herab. Die Voraussetzung dafür, daß die ungehemmte Verfolgung des persönlichen Vorteils jedes Einzelnen auch zum größten

Wohle Aller führe, war eben nicht gegeben. Sie wäre gewesen, daß die sympathischen Instinkte aller Einzelnen ausreichend wären, um eigennützige Übergriffe in das Recht anderer, ihre Fähigkeiten zur größtmöglichen Ausbildung und Entfaltung zu bringen, zu hindern. Daß Adam Smith sich bewußt war, daß sie dazu nicht ausreichen, zeigt die sein ganzes Werk durchziehende Polemik gegen die Privilegien, die sich Sonderinteressenten auf Kosten der Gesamtheit verschafft hatten. Die Entfesselung der wirtschaftlich Starken hatte aber, wo die Privilegien gefallen waren, eine weit größere Differenzierung in der Gesellschaft als die früheren Privilegien verursacht. Die wirtschaftlich Schwächeren wurden von ihnen oft schonungslos ausgebeutet und sanken tiefer als zuvor.

Da ist überall die Erkenntnis zum Durchbruch gelangt, daß es ein Fehler ist, die Freiheit nur in der Negation von Schranken zu sehen, welche die Entwicklung des Einzelnen und ihn in der Verfolgung seiner Interessen hemmten, daß sie vielmehr auch einen positiven Inhalt voraussetze, nämlich das Recht der Einzelnen, sich selbst eine Ordnung zu geben, welche ihnen die Verfolgung ihres Vorteils und die Entfaltung ihrer Fähigkeiten gewährleiste, wo immer diese durch die Übermacht von Stärkeren bedroht sind.

Diese Erkenntnis ist sowohl in der Theorie wie im praktischen Leben durchgedrungen.

Allerdings sind Bentham und seine oben genannten Schüler Gegner jedweder Staatseinmischung in das Wirtschaftsleben und strenge Vertreter der Konkurrenz der Einzelnen gewesen. Das ist zu begreifen, da sie bloß staatliche Vorschriften und Organisationen vor Augen hatten, die zugunsten relativ weniger Privilegierter erlassen waren und mit den Bedürfnissen der Zeit in jeder Beziehung im Widerspruch standen. Aber indem Bentham die Wirkungen einer Ordnung des gesellschaftlichen Lebens statt abstrakter Rechte der Einzelnen zum Maßstab nahm, hat er notwendig eine neue Methode zur Geltung gebracht. An die Stelle der Deduktion aus dem individualistischen Natur-

recht und dem Streben nach dem größtmöglichen Gewinn, das jeden einzelnen beseele, trat die Induktion aus der Erfahrung, und zwar begnügte sich Bentham nicht etwa mit der oberflächlichen Geschichtsbetrachtung Burkes, sondern verlangte systematische Beobachtung der Tatsachen des Lebens mit der Genauigkeit des Naturforschers. Das mußte zur Rechtfertigung positiver Organisationen zur Verwirklichung des größten Glücks der größten Zahl führen, wo immer die nach Beseitigung der alten Ordnung eintretende schrankenlose Konkurrenz der Einzelnen die Vergewaltigung der Schwachen durch die Starken zur Folge hatte.

Im praktischen Leben haben sich daher die Utilitarier, wie wir noch sehen werden, als Gönner Robert Owens und als eifrige Verteidiger der Koalitionsfreiheit der Arbeiter hervorgetan, und selbst Senior, der die Kenntnis der Tatsachen als für die Nationalökonomien unnötig erklärt hatte, ist nach Kenntnis derselben aus einem Gegner der Arbeiterschutzgesetzgebung ein Befürworter ihrer Ausdehnung geworden. Später haben die Anhänger von Auguste Comte, dessen Lehre, daß es sich in der Politik weniger um Rechte der Einzelnen, als um deren Ausübung handle, mit der Lehre Benthams viel Verwandtschaft hat und auch manche eifrige Benthamiten zu Comtisten gemacht hat, zu den wirksamsten Vorkämpfern von staatlichen und freiwilligen Organisationen der Arbeiter gehört, wo die Einzelnen sich selbst überlassen, ganz außerstande waren, ihr Interesse wahrzunehmen.

Das Streben nach positiver Organisation, um der Anarchie zu steuern, die nach Beseitigung der alten Ordnung auf verschiedenen Gebieten des Wirtschaftslebens eingerissen ist, hat sich auf diesen allen geltend gemacht. Nicht als ob alle, die sich darin betätigten, die größtmögliche Entfaltung des Einzelnen wie des Ganzen als Ziel verfolgt hätten, noch weniger daß sie alle Utilitarier gewesen wären. Zunächst ist das Streben nach Organisation reaktionär aufgetreten, und zwar nicht nur bei den depossedierten Privilegierten; es ist begreiflich, daß, nach-

dem die atomisierende individualistische Politik die übelsten Folgen gehabt hatte, der Gedanke auch der Arbeiterschaft und vieler ihrer Gönner zunächst auf die alten Ordnungen, die man verlassen hatte, zurückging, daß sie deren Entartung und Unverträglichkeit mit den Forderungen des fortschreitenden Lebens vielfach vergaßen und nur des Guten gedachten, das sie gebracht hatten, und daß sie dieses in verklärendem Lichte erblickten.

Daneben sind dann Forderungen getreten, welche, den Blick in eine utopistische Zukunft gerichtet, neue Organisationen erstrebten, welche das Individuum entseelt nur als ein jeder Eigenart bares Rädchen im großen Triebwerk des Ganzen gelten lassen würden, und einen Zustand herbeizuführen suchten, in dem Alles fehlen würde, was das Leben erst lebenswert macht.

Allmählich haben sich im Gegensatz zu diesen Strömungen aus den konkreten Bedürfnissen heraus Neuorganisationen entwickelt, die im Einklang waren sowohl mit den Errungenschaften der Technik als auch mit den Ansprüchen des Individuums auf Sicherung der Entfaltung seiner Persönlichkeit, mit anderen Worten mit der positiven Seite der Freiheit.

Wir finden solche Bestrebungen der Neuorganisation auf den verschiedensten Gebieten des Wirtschaftslebens und bei den verschiedenen Klassen der Staatsangehörigen, beim Bürgertum, bei der Arbeiterklasse, bei den Angehörigen der britischen Kolonien. Dementsprechend ergibt sich die folgende Gliederung des für die Zeit seit 1760 zu behandelnden Stoffs.

Ich werde zunächst die Befreiung schildern, die das englische Wirtschaftsleben von den Fesseln des Merkantilsystems gefunden hat. Es ist dies die Zeit des Aufstiegs des englischen Bürgertums zur Herrschaft in Gesellschaft und Staat.

Ich werde dem die Darlegung der Neuorganisation des Wirtschaftslebens, um die Freiheit der wirtschaftlich

Schwachen zu sichern, folgen lassen. Es ist die Zeit des Aufsteigens der Arbeiterklasse.

Ich werde mit der Befreiung der Kolonien von der Vormundschaft des Mutterlands und der Schilderung schließen, wie die über die Grenzen Großbritanniens hinausstrebende britische Jugend den Grund legt nicht nur zur Schaffung einer britischen Weltwirtschaft, sondern auch zur Überziehung aller fünf Weltteile mit angelsächsischer Kultur.

41. Kapitel.

Die englische Staatswirtschaft, einschließlich des Bankwesens, von Pitt bis zum Sturze Peels.

Die äußere und innere Politik Englands in der Zeit nach Adam Smith hat auf seine Staatsfinanzen, durch diese auf Englands Geldumlauf und damit auf sein gesamtes Wirtschaftsleben einen solchen Einfluß geübt, daß es nötig ist, einen Überblick über ihre Entwicklung zu geben, bevor zur Betrachtung der großen Änderungen geschritten wird, die seitdem in den einzelnen Wirtschaftszweigen eingetreten sind.

Die Persönlichkeit, die während dieser Zeit bis gegen Ende der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts England beherrscht, ist der jüngere Pitt, solange er lebt durch seine Tat, nach seinem Tode durch den Geist, den er der englischen Politik aufgeprägt hat. Georg III. hat den Vierundzwanzigjährigen 1783 zum Premierminister und Schatzkanzler des britischen Reiches ernannt. Pitt ist dies ohne Unterbrechung bis 1801 geblieben. Als der König sich nicht zur Katholikenemanzipation, in der er eine „jakobinische Sache“ sah, verstehen wollte, hat Pitt seinen Abschied genommen. Er hat 1804 abermals die Zügel der Regierung ergriffen. 1805 hat er sein neunzehntes und letztes Budget im Parlament eingebracht. Er ist am 23. Januar 1806 gestorben, nachdem Trafalgar England die absolute Herrschaft zur See und Austerlitz Frankreich die absolute Herrschaft über den europäischen Kontinent gebracht hatte.

Seine lange Regierung zerfällt in zwei sich scharf scheidende Abschnitte. Der erste beginnt 1783 und endet 1793 mit dem Ausbruch von Englands Krieg mit dem revolutionären Frankreich; der zweite dauert von da bis 1805.

Wenn Pitt auch mit einem aus Tories bestehenden Ministerium regierte, so wäre es doch falsch, ihn selbst als Tory zu bezeichnen. Er war Pitt, und bald stand hinter ihm das ganze Land, die Tory-Universität Oxford und ebenso der whiggistische Stadtrat von London. Sein ungewöhnliches Maß von Kenntnissen und sein Fleiß ermöglichten es seiner herrischen Natur, seinen Willen zur Geltung zu bringen. Der edelste Zug seines Geistes war seine umfassende Humanität. Er war der erste Minister, der erkannte, daß Freiheit und Erweiterung des Handelsverkehrs die beste Bürgschaft für Frieden zwischen den Nationen sind.

Die Jahre vor Kriegausbruch sind Jahre großer wirtschaftlicher Blüte für Großbritannien gewesen. Der Pariser Friede von 1763 hatte den englischen Außenhandel von jeder Bedrohung durch Feinde befreit. Die Fortschritte der Technik in Landwirtschaft, Gewerbe und Verkehr konnten sich voll geltend machen. Die Ausfuhr nahm zu. Der Wechselkurs stand meist über pari. Der Goldvorrat betrug nach Tooke¹⁾ $20\frac{1}{2}$ Millionen £. Nun war für Pitt Gelegenheit, sich als der Schüler Adam Smiths zu bewähren, als der er sich bekannte. Daß er dies 1786 durch Abschluß des Meistbegünstigungsvertrags mit Frankreich getan hat, habe ich schon erzählt²⁾. Es wurde darin bestimmt, daß es den Untertanen beider Länder gestattet sein solle, ohne obrigkeitliche Bewilligung in dem anderen Lande zu reisen; er beseitigte fast alle Handelsverbote und verringerte die Einfuhrzölle. Es war ein prinzipieller Bruch mit dem die Merkantilpolitik beherrschenden Geiste der Feindseligkeit. Aber auf dem Gebiete der Staats-

1) T. Tooke, *Thoughts and Details on the High and Low Prices of the last Thirty Years*. London 1823, I 22.

2) Siehe oben S. 37.

finanzen war Pitt zunächst durch deren Mißhandlung unter Walpoles Nachfolgern gebunden. Er hat ein chronisches Defizit vorgefunden; sein Ziel war, Überschüsse zu erzielen.

Zu dem Zweck hat er die Ausgaben beschränkt und tapfer Steuern eingeführt. Er hat aber auch Smiths Lehre berücksichtigt, daß bei mäßigen Steuer- und Zollsätzen der Verbrauch größer ist und Schmuggel und Defraudationen so abnehmen, daß größere Einnahmen als bei übertrieben hohen erzielt werden. Um den Antrieb zum Schmuggel zu mindern, hat er die Zölle herabgesetzt. An die Stelle des Eids über den Wert der eingeführten Ware setzte er eine einfache schriftliche Angabe, wobei er der Regierung das Recht vorbehielt, die Ware mit 10 Proz. Zuschlag an sich zu nehmen. 1787 hat er die Zollgesetze konsolidiert; durch mehr als 3000 Parlamentsbeschlüsse hat er einen einheitlichen Zolltarif in alphabetischer Ordnung hergestellt. Die Akzise hat er vereinfacht, die Steuererhebung verbessert und einen großen Teil der schwebenden in fundierte Schuld verwandelt. 1792 war er so weit, daß er die auf den Ärmern ruhenden Steuerlast erleichtern konnte. In der glänzenden Rede, in der er dies ankündigte, hat er ausgesprochen, daß er fünfzehn Jahre Frieden erwarte. Wären sie ihm, gleich Walpole, vergönnt gewesen, so hätte er vielleicht schon die großen Reformen vorgenommen, die Peel und Gladstone Ruhm bringen sollten.

Da hat Frankreich am 1. Februar 1793 England den Krieg erklärt. Pitt hat ihn anfangs leicht genommen. Er erwartete einen baldigen siegreichen Ausgang; Frankreich erschien bankrott; England trat in den Krieg reicher als alle Nationen. Aber er hat die Wucht der Leidenschaft eines um Freiheit im Innern wie nach Außen kämpfenden Volks unterschätzt. Er ist dann, als er dies, durch bittere Erfahrungen belehrt, erkannte, im Kriege ebenso verschwenderisch, wie vorher sparsam im Frieden gewesen.

England hat den Krieg zusammen mit kontinentalen Verbündeten geführt und, wie sein Vater im siebenjährigen Kriege die Franzosen in Nordamerika durch Subsidien,

die er an Friedrich den Großen bezahlte, besiegt hat, so hat der jüngere Pitt Österreich, Rußland, Schweden, Preußen durch Subsidien unterstützt. Man hat ihm deshalb Vorwürfe gemacht. Aber wie im vorigen Kapitel dargetan worden ist, sind diese Subsidien der für England vorteilhafteste Teil seiner Kriegsausgaben gewesen. Der Fehler Pitts bestand in ganz anderem.

Als Pitt 1783 die Regierung übernahm, hat er eine seiner Hauptaufgaben in der Minderung der sich damals auf 238 484 870 £ belaufenden Staatsschuld gesehen, und bis zum Ausbruch des Kriegs hat er in der Tat eine Minderung derselben um 4751 261 £ bewerkstelligt. Aber der Krieg hat alle seine guten Vorsätze über den Haufen geworfen. Pitt ließ sich durch Dr. Price verführen, 1786 einen neuen Tilgungsfond ins Leben zu rufen. Price hatte ausgeführt¹⁾, daß, wenn alljährlich aus den Staatseinnahmen ein bestimmter Kapitalbetrag zum Ankauf von Staatsschuldverschreibungen verwendet werde und die auf diese fallenden Zinsen regelmäßig demselben Zwecke dienen, der so entstehende Tilgungsfond mit Zinseszins anwachsen werde; auch die größte Staatsschuld werde so fast schmerzlos getilgt. Als ob nicht aller Zins den Überschuß eines Produktionsertrags über die auf die Produktion verwendeten Kosten und aller Zinseszins den Nichtverbrauch dieses Überschusses zur Voraussetzung hätte. Hier aber wurde kein Überschuß erzielt; vielmehr mußten fortwährend neue Anleihen aufgenommen werden, um die laufenden Ausgaben zu decken, und jedem Shilling, der dem Tilgungsfond zugeführt wurde, entsprach ein Anwachsen der Schuld um einen weiteren Shilling: dazu kamen noch die Kosten der Verwaltung des Tilgungsfonds. Dr. Price dagegen erklärte es für die größte Torheit,

1) *An Appeal to the Public on the Subject of the National Debt.* By Richard Price D. D. F. R. S. New ed. London 1774. — Derselbe, *The State of the Public Debts and Finances at Signing the Preliminary Articles of Peace.* London 1783. — Derselbe, *Postscript to a Pamphlet etc.* (d. h. zur vorstehenden Broschüre). London 1784.

wenn man während des Krieges, auch wenn die Ausgaben weit mehr als die Einnahmen betrügen, den Tilgungsfond aufheben würde. Er hat seine Lehre zu veranschaulichen gesucht, indem er berechnete, wie viel Goldkugeln von dem Umfang der Erde angehäuft worden wären, wenn man zu Beginn unserer Zeitrechnung einen Groschen auf Zinseszins angelegt hätte; als ob das Geld eine immanente Kraft besäße, auch wo keine Überschüsse erzielt werden, Zinsen zu bringen. Das war eine geistige Spielerei, die man einem der Wirklichkeit fremden Theologen, wie Dr. Price, verzeihen konnte. Unbegreiflich aber ist es, daß zwanzig Jahre lang alle Parteien in einem Parlamente, in dem so viele geschäftstüchtige Männer saßen, auf die Täuschung hereinfließen, den Tilgungsfond während der ganzen Dauer des Kriegs gegen Frankreich aufrecht halten und glauben konnten, daß sie die öffentliche Schuld minderten, während diese um den Betrag, der dem Tilgungsfond zugeführt wurde, größer sein mußte als der Betrag, um den sie ohnedies anwuchs. Erst der Professor der Mathematik in Aberdeen, Robert Hamilton hat in einer 1813 zuerst veröffentlichten Schrift¹⁾ die Illusion zerstört. Unterdessen hatte die öffentliche Schuld infolge der fortwährenden Anleihen, die der Krieg notwendig machte, unablässig zugenommen. Zur Zeit des Friedens von Amiens, 1802, war sie auf 528 839 277 £ gestiegen; zur Zeit des Pariser Friedens von 1815 betrug sie 864 822 441 £²⁾).

Die nach 1793 aufgenommenen Anleihen sind zunächst klein gewesen; nach 1795 wurden sie exzessiv. Zwischen 1798 und 1800 fand eine leichte Abnahme statt, um 1800 wieder auf $20\frac{1}{2}$ und 1801 auf 28 Millionen zu steigen³⁾. Ich habe schon im zweiten Bande⁴⁾ den Schaden hervor-

1) An Inquiry concerning the Rise and Progress the Redemption and Present State, and the Management of the National Debt of Great Britain and Ireland. By Robert Hamilton L. L. D. 3. ed. Edinburgh 1818.

2) Browning 530.

3) Siehe Browning 516.

4) Band II 35.

gehoben, der dem Staate daraus erwuchs, daß alle diese Anleihen zu 3 Proz., d. h. unter pari aufgenommen wurden. Nicht als ob Pitt nicht gern höhere Zinsen gezahlt hätte, wenn er bei höherem Zinsfuß Geld bekommen hätte. Allein die Kapitalisten fürchteten eine Konvertierung, wenn der Zinsfuß sinke¹⁾. Die Folge war, daß Pitt für 271 Millionen £, die er verschrieb, nur 202 375 000 £ erhalten hat²⁾.

Was Pitt während des Kriegs seinem Lande an Steuern aufgebürdet hat, bildet einen Wirrwar der erdenklichsten Belastungen³⁾. Es gibt kein Besitztum, keinen notwendigen Verbrauchsgegenstand und keinen Luxusartikel, ja keinen Rohstoff und kein Halbfabrikat der Industrie, keine Dienstleistung von Juristen, Notaren oder deren Schreibern, die nicht direkt oder indirekt zur Steuer herangezogen worden wären. Auch die Erbschaften von Seitenverwandten, auf die schon A. Smith als geeignete Steuerobjekte aufmerksam gemacht hatte, wurden besteuert. Aber all das war unzureichend, um die Kosten von Heer und Flotte und die Beträge, die an Subsidien an Englands Alliierte gezahlt werden mußten, zu decken. An sich war es, wie Baring bemerkte⁴⁾, gleichgültig, ob das Geld, das zu diesem Zweck ausgeführt werden mußte, für den Unterhalt britischer Truppen im Ausland oder zur Zahlung der Ausgaben der Flotte im Mittelmeer und in Lissabon oder als Subsidie hinausging, dagegen war es nicht gleichgültig, ob der ausgeführte Betrag weniger oder mehr als Englands Guthaben aus seinem Außenhandel betrug.

Während der ersten beiden Kriegsjahre haben die Zahlungsverpflichtungen ans Ausland nur geringen Einfluß auf den Wechselkurs gehabt, da sie durch Warenausfuhr gedeckt wurden. Auch bestanden die Subsidien hauptsächlich in der Lieferung von Munition⁵⁾. Aber 1795 war die Ernte schlecht, was eine große Korneinfuhr notwendig machte⁶⁾. Dazu kam, daß an Subsidien an Österreich

1) *Andréadès* 181.

3) Siehe *Dowell II.*

5) *Browning* 435.

2) *Ebenda* 177.

4) Zitiert bei *Andréadès* 180.

6) *Andréadès* 179—202.

£ 4 600 000 und zur Deckung von Flottenausgaben £ 4 702 818 ins Ausland gesandt werden mußten. Außerdem hatte die Bank von England, entgegen ihrem Statut, das ihr ohne Genehmigung des Parlaments dem Staate Darlehen zu gewähren verbot, zwischen 1794 und 1797 der Regierung auf die Einnahmen aus der Landsteuer £ 4 077 000 und auf die aus der Malzsteuer £ 1 854 000 gegen Schatzwechsel und £ 2 144 400 gegen Konsols vorgeschossen. Die großen Geldsendungen ins Ausland haben eine Verschlechterung des Wechselkurses zur Folge gehabt. Darauf hat die Bank ihre Notenausgabe eingeschränkt; als Folge gerieten die Provinzialbanken, die mit Noten der Bank ihre eigenen Noten einzulösen pflegten, in Verlegenheit; die Geschäftswelt hatte Schwierigkeiten, ihre Wechsel diskontiert zu erhalten, und die Direktoren der Bank von England, voll Sorge wegen des Schwindens ihrer Reserve, beschränkten den auf die Diskontierung zu verwendenden Betrag für jeden kommenden Tag. Aber Pitt brachte, entgegen seinen der Bank gemachten Zusagen, immer weitere Schatzwechsel zur Diskontierung, und die Direktoren gaben nach platonischen Protesten nach. Im Dezember 1796 war die Edelmetallreserve der Bank so herabgegangen, daß es fraglich wurde, ob sie ihrer Verpflichtung zur Noteneinlösung werde nachkommen können. Als dann zu Anfang 1797 eine Handvoll Franzosen landete, brach eine Panik aus, und es entstand eine stürmische Nachfrage nach Münze. Darauf hat die Bank auf Befehl des Staatsrats, dem der König auf Pitts Wunsch präsiert hatte, am 27. Februar 1797 die Einlösung ihrer Noten eingestellt und das Parlament hat am 3. Mai 1797 durch ein Gesetz die Bank bis zum 24. Juni 1797 ihrer Pflicht zur Noteneinlösung entbunden. Dabei wurden ihre Noten aber nicht zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt; es blieb dem Publikum überlassen, Zahlung in Noten abzulehnen.

Fast gleichzeitig kamen die Subsidienzahlungen an Österreich in Wegfall; es war durch seine Niederlagen in Deutschland und Italien am 18. April 1797 zu Friedenspräliminarien, denen am 17. Oktober ein Friede folgte,

gezwungen; 1798 hat England keine Subsidien gezahlt¹⁾. Es ist bemerkenswert, daß jeder Friede, zu dem die geschlagenen Alliierten Englands genötigt wurden, zur Verbesserung seines Wechselkurses und der Abschluß jeder neuen Koalition zur Wiederverschlechterung desselben, dafür aber zum Fernhalten der Franzosen von einer Invasion geführt haben.

Nach der Niederlage Österreichs stand England im Kampfe gegen Frankreich zunächst allein. Pitt war sich unterdessen des Fehlers, als er die Gefahr des Kriegs unterschätzte, bewußt geworden; die erhöhten Anstrengungen, welche die Weiterführung des Kriegs erheischte, zusammen mit den Ereignissen, welche die Einstellung der Noteneinlösung seitens der Bank veranlaßt hatten, haben Pitt genötigt, nunmehr, ohne auf die Aufnahme von Anlehen zu verzichten, in steigendem Maße in der Besteuerung den Schwerpunkt bei Beschaffung der Kriegskosten zu suchen. Vom Herbst 1797 datiert sein erster Versuch, das Einkommen direkt zu besteuern. Nachdem eine Dreiklassensteuer (Triple Assessment Tax) nicht die erwarteten Erträge ergeben hatte, hat Pitt 1799 den epochemachenden Schritt getan, eine nach den verschiedenen Arten des Einkommens gegliederte direkte Steuer im Betrage von 10 Prozent alles Einkommens über 200 £ zu erheben; die Einkommen zwischen 200 und 60 £ unterlagen verschiedenen geringeren Prozentsätzen; Einkommen unter 60 £ blieben steuerfrei²⁾. Daneben wurden die alten Steuern teils unverändert weiter erhoben, teils erhöht, und neue wurden eingeführt. Die Steuerlast stieg von £ 20 654 650 im Jahre 1797 auf £ 30 202 915 in 1798 und £ 35 229 968 in 1799, während der Betrag der neu aufgenommenen Anlehen von 32,5 Millionen £ im Jahre 1797 auf 17 Millionen in 1798 und 18,5 Millionen in 1799 zurückging³⁾.

Aber Pitts Bekehrung zu kräftigerer Besteuerung kam angesichts der Anforderungen der während der ersten

1) Browning 450.

2) Dowell II 223—226.

3) Browning 516.

Kriegsjahre angeschwollenen Kriegsschuld zu spät. Dazu kam der zweite Koalitionskrieg gegen Frankreich von 1799 bis 1801. Abermals mußten Subsidien gezahlt werden. Sofort als dies bekannt wurde, begann der Wechselkurs wieder zu sinken. Unglücklicherweise kam die Notwendigkeit großer Korneinfuhr hinzu. Als Folge der großen Goldausfuhr sanken die Banknoten um 3 Proz. unter pari. Noch ungünstiger waren die folgenden Jahre. Erhöhte Subsidienzahlungen an Rußland und Österreich und eine Mißernte vergrößerten die Passivität der Handelsbilanz, und die Banknoten fielen um 6 Proz. in ihrem Werte gegen Gold¹⁾. Das hat den Betrag der Kriegskosten erheblich gesteigert. Nun wurden sowohl sehr hohe Summen durch Steuern erhoben, als auch aufs neue große Beträge durch Anleihen aufgenommen²⁾. Dazu kam, daß die Bank, um eine Erneuerung ihres Privilegs, das 1812 ablief, bis 1833 zu erlangen, dem Staate ein zinsloses Darlehen für drei Jahre gewähren mußte. Das Opfer wurde ihrer Edelmetallreserve entnommen und drückte sie schwer³⁾.

Der Friede von Lunéville von 1801 hat nicht zur Erholung der Banknoten geführt, da eine gleichzeitige Mißernte neue Geldsendungen ins Ausland nötig machte. Dabei zeigte der Friede, den Frankreich 1801 mit Neapel abschloß, durch welchen den britischen Schiffen die neapolitanischen Häfen verschlossen wurden, daß Frankreich einen maritimen Bund gegen den englischen Handel plante. Da hat, nachdem Pitt 1801 seinen Abschied genommen hatte, sein Nachfolger Addington 1802 den Frieden von Amiens mit Frankreich geschlossen. Nun war es wieder möglich, englische Industrieprodukte ungefährdet auf dem Kontinente einzuführen; Gold kam wieder ins Land; gleichzeitig war die Ernte günstig; die Handelsbilanz wurde wieder aktiv; die Banknoten stiegen wieder auf pari⁴⁾.

Sofort wurde nun die Einkommensteuer von 1799

1) Browning 438.

2) Ebenda 516.

3) Andréadès 206, 207.

4) Browning 439.

wieder beseitigt. Die Offenbarung der persönlichen Verhältnisse, die sie mit sich bringt, hat sie von je verhaßt gemacht; sie war nur wegen der Kriegsnot ertragen worden. Wie aber stand es mit den Noten der Bank von England? Die Bank war der Pflicht, sie einzulösen zuerst nur für sechs Wochen, dann bis Anfang der nächsten Parlamentssession, dann bis zur Wiederkehr des Friedens enthoben worden. Nun war der Friede da. Aber das Gesetz, das die Bank ihrer Einlösungspflicht enthob, blieb bis 1819 in Kraft.

Der Friede von Amiens hat sich nur als ein Waffenstillstand erwiesen. Im Mai 1803 hat England Frankreich wieder den Krieg erklärt. Nun wurde die Einkommensteuer wieder eingeführt; doch wurden statt 10 nur mehr 5 Proz. des Einkommens erhoben. Gleichzeitig wurden weitere Verbrauchssteuern eingeführt. Pitt, der im Mai 1804 wieder Minister geworden ist, hat die Einkommensteuer auf $6\frac{1}{2}$ Proz. und das „Ministerium aller Talente“, das nach seinem Tode im Januar 1806 ans Ruder kam, hat sie wieder auf 10 Proz. erhöht.

Während der Jahre 1803 und 1804 haben keine Subsidienzahlungen und auch kein Sinken des Wechselkurses stattgefunden, und die Banknoten standen *pari*¹⁾. Aber 1805 kam die dritte Koalition mit den üblichen Subsidienzahlungen an die Alliierten, und der Wechselkurs sank um 4 Proz. 1806 dekretierte Napoleon die Kontinentalsperre. Spanien stand damals auf seiten Frankreichs; das hat zur Eröffnung Südamerikas für den englischen Handel geführt; die Nordamerikaner spielten den Zwischenhändler. Es wurden 1805 für £ 11 011 409, 1806 für £ 12 389 488 und 1807 für £ 11 846 513 englische Industrieprodukte nach den Vereinigten Staaten ausgeführt, nicht für deren Verbrauch, sondern zur Weiterverschiffung nach den spanischen Kolonien und auch nach dem europäischen Kontinent²⁾. Die Folge war starke Aktivität der englischen Handelsbilanz,

1) Browning 439, 440.

2) Ebenda 442.

die England in Stand setzte, nicht um den Krieg fortzusetzen, sondern auch bei Mißernte Korn einzuführen, ohne die Parität der Banknoten mit Gold zu gefährden¹⁾). Doch das englische Ministerium hat diese Zusammenhänge nur unvollkommen begriffen; es ist den Vorstellungen der englischen Reeder erlegen, die in dem amerikanischen Zwischenhandel lediglich eine ihre Sonderinteressen gefährdende Konkurrenz sahen, und im November 1807 hat es jene törichten Verordnungen (Orders in Council) erlassen, welche den Blockadezustand über die Häfen feindlicher Nationen verhängten und den Schiffen neutraler oder befreundeter Nationen unter Androhung der Konfiskation von Schiff und Ladung verboten, in feindlichen Häfen einzulaufen. Das Ministerium glaubte damit den Feinden die Mittel zu entziehen, die ihren Schatz füllten; statt dessen hat es damit dem englischen Geldumlauf seine damalige Grundlage entzogen; denn der amerikanische Zwischenhandel wurde dadurch unmöglich gemacht, England wurde des südamerikanischen und kontinentalen Edelmetalls, das die Amerikaner ihm zugeführt hatten, beraubt und seine Banknoten wurden damit großer Entwertung ausgesetzt. Die Ausfuhr nach Amerika sank 1808 auf £ 5 241 739, was nicht durch Edelmetall sondern durch Wareneinfuhr beglichen wurde, während gleichzeitig nahezu 3 Millionen £ nach der pyrenäischen Halbinsel zum Unterhalt der dort kämpfenden Truppen gesandt werden mußten. Durch deren Erfolge, sowie durch das Versprechen einer Subsidie von £ 1 400 000 wurde dann Österreich bestimmt, Frankreich abermals den Krieg zu erklären, und als es besiegt war, trat an die Stelle der Subsidienzahlung an Österreich die an den König von Schweden. Dabei machte abermals eine Mißernte große Korneinfuhr nötig. Aus diesen verschiedenen Ursachen sollen 1810 nicht weniger als 7 Millionen £ in Gold nach dem Kontinent verschickt worden sein²⁾). Dazu kam, daß die Bank von England Spekulanten

1) Browning 443.

2) Ebenda 443—445.

in einem Maße Kredit gewährt hatte, wie dies vor 1797 nie stattgefunden haben würde. Es wird berichtet, daß sie 1810 21 und die Provinzialbanken 30 Millionen £ ohne genügende Sicherheit in Noten ausgegeben hätten. Die Folge von all dem war, daß die Guinea nicht unter 26 und 27 s zu haben war, und der Wechselkurs fiel¹⁾).

Das hat das Ministerium alarmiert. Es hat einen Ausschuß mit der Untersuchung der Ursachen der Geldentwertung und der Verschlechterung des Wechselkurses betraut. Vernommen wurden Bankdirektoren, Privatbankiers, Kaufleute, unabhängige Zeugen. Man war über folgende Punkte einig: 1. Der Münzpreis für eine Unze Gold war £ 3 17 s 6 d; man konnte aber auf dem Markte Gold nicht unter £ 4 10 s die Unze haben. 2. Der Wechselkurs war gesunken. 3. Der Notenumlauf war in Zunahme, das Gold war aus dem Verkehr verschwunden. Man stritt: 1. Ob eine Entwertung der Noten oder eine Wertsteigerung des Goldes stattgefunden habe. Die Mehrheit war ersterer Meinung. Es gab zwar in England nicht zweierlei Preise, einen höheren, wenn man in Noten, einen niedrigeren, wenn man in Gold zahlte, und dies obgleich die Banknoten nicht zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt worden waren; aber man kaufte im Inland nur gegen Noten; ins Ausland mußte man in Gold zahlen, und die Guinea kostete 26 und 27 s. — 2. Man stritt über den Einfluß der Notenzunahme auf den Wechselkurs. Infolge der Wertverschiedenheit von Noten und Gold war der Wechselkurs für England ungünstig, obwohl die Ausfuhr um mehr als 16 Millionen £ mehr betrug als die Einfuhr. Das Ausland kaufte die englischen Noten billig und bezahlte damit seine Einkäufe. 3. Man stritt über den Einfluß, den eine Abnahme der Notenausgabe auf den Preis des Goldes und den Wechselkurs haben würde. Die Bankdirektoren machten geltend, daß eine Abnahme ebensowenig den Goldpreis mindern und den Wechselkurs bessern könne, wie deren Zunahme den Goldpreis steigern und den Wechselkurs verschlechtern.

1) *André* adès 219, 220.

Aber es war klar, daß eine Minderung der Notenausgabe den Wert der Noten wie gegenüber allen Waren, so auch gegen Gold steigern mußte, und daß damit, wenn nur die Minderung ausreichend groß war, auch die Parität im Wechselkurs wieder hergestellt würde. Man stritt 4. über die hinsichtlich der Notenausgabe zu befolgende Politik, insbesondere ob diese verschieden sein solle, je nachdem die Noten einlösbar oder nicht einlösbar seien. Die Bankdirektoren hielten jedwede Regelung auch bei Nichteinlösbarkeit für unnötig, da eine Überemission von Noten unmöglich sei, so lange Noten nur bei Gewährung kurzfristiger, zu bestimmter Zeit rückzahlbarer Darlehen von unzweifelhafter Sicherheit ausgegeben wurden; denn bei Rückzahlung der Darlehen strömten sie von selbst an den Emissionsort zurück. Das wurde von den Gegnern nicht bestritten; doch wurde geltend gemacht, daß in der Zwischenzeit zwischen der Ausgabe und der Rückkehr die Noten in den Geldumlauf einträten. Wenn die Noten nicht einlösbar seien, könnten sie bis zur Rückzahlung des Darlehens zur Bank nicht zurückkehren; bevor das Darlehen zurückgezahlt sei, würden neue Notenausgaben die guten Wirkungen der Rückzahlung neutralisiert haben, so führe die Nichteinlösbarkeit zu einer progressiven Steigerung des Geldumlaufs und damit der Preise. Eine Herabsetzung des Wertes der Münze auf den der Noten wurde als öffentlicher Treubruch abgelehnt. Das einzige Heilmittel sei die Wiederaufnahme der Einlösung seitens der Bank. Dies im wesentlichen der Gedankengang des berühmten „Edelmetallberichts“ (Bullion Report)¹⁾.

Das Unterhaus hat den Bericht abgelehnt und auf Antrag des Ministers Vansittart entgegen allem gesunden Menschenverstand beschlossen, daß Dinge, die im Umtausch gegen ein und dieselbe Sache von ungleichem Wert sind, nichtsdestoweniger von gleichem Wert seien; es hat entgegen allen Tatsachen die Gleichwertigkeit der Note und der Goldmünze gleichen Nominalbetrags beschlossen. Der

1) *Andréadès* 220—229.

Beschluß hat üble Folgen für alle Gläubiger gehabt; denn um der Fiktion Geltung zu verschaffen, wurde nun nachgeholt, was 1797 unterblieben war, und die Banknote zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt; alle in Gold gemachten Darlehen wurden nun in entwerteten Banknoten zurückgezahlt.

Die Kämpfe der Engländer auf der pyrenäischen Halbinsel, die Subsidienzahlungen an Rußland 1812 und der wegen der „Orders in Council“ mit den Vereinigten Staaten 1812 entbrannte Krieg haben immer größere Anforderungen an die Finanzen des Vereinigten Königreichs gestellt. Es wurden aufgebracht¹⁾ in £:

im Jahre	durch Steuern	durch Anlehen	im Ganzen
1811	64 763 870	27 416 829	92 180 699
1812	63 169 854	40 251 684	103 421 538
1813	66 925 835	54 026 822	120 952 657
1814	69 684 192	47 159 697	116 843 389
1815	70 403 448	46 087 603	116 491 051

1812 hat die Entwertung der Banknoten 25 Proz. betragen²⁾. Das Jahr 1813 hat die größten Opfer gekostet, Die Subsidien stiegen 1813 auf £ 5 315 826, 1814 auf £ 11 294 416 und haben 1815 £ 10 024 624 betragen³⁾. Die Banknoten waren 1813 um 30 Prozent entwertet⁴⁾; eine Guinea war eine Seltenheit.

Erwägt man, daß die Bevölkerungsziffer Großbritanniens 1811 nur 12 596 803 Menschen betrug, so erhellt, daß das britische Volk Erstaunliches geleistet hat. Ohne die technischen Fortschritte, die es im 18. Jahrhundert gemacht hat, wären diese Leistungen nicht denkbar gewesen.

Der Friede von 1814 hat eine große Ausfuhr britischer Erzeugnisse zur Folge gehabt. Mit ihr beginnt eine Erholung der Banknote. Ihre Entwertung hat Ende 1814 nur mehr 8 Proz. betragen⁵⁾. Aber als die Feindselig-

1) Browning 517.

2) Ebenda 447.

3) Ebenda 450.

4) Ebenda 448.

5) Ebenda 449.

keiten wieder begannen, ging der Wechselkurs sofort wieder auf 25 unter pari herab. Der Friede von 1815 hat dann zu einer außerordentlichen Steigerung der Ausfuhr geführt, so daß die Entwertung der Banknote Ende 1815 nur mehr 5 Proz. betragen hat. In demselben Jahre ist, wovon noch die Rede sein wird, die Korneinfuhr verboten worden, so lange der Preis des Quarters Weizen unter 80 s stehe, und, obwohl die Subsidienzahlungen 1816 noch fort dauerten und sich in diesem Jahre auf £ 11 035 248 beliefen, wurde dies doch durch die Größe der Ausfuhr aufgewogen. Dazu kam, daß auch die Wirkungen, der Zahlungseinstellung von nicht weniger als 240 Provinzialbanken in den Jahren 1814, 1815 und 1816 sich geltend machten. Die Provinzialbanken hatten bis zum Jahre 1813 in der unbankmäßigsten Weise ihre Noten dem Verkehr aufgezwungen unter enormen Kosten und in den meisten Fällen zu ihrem eigenen Ruin. Von der Zahl sämtlicher im Jahre 1813 vorhandenen Provinzialbanken kam auf je $10\frac{1}{2}$ eine, die bankrott wurde. Tausende und Abertausende, die sich als wohlhabend erachtet hatten, verloren ihr Vermögen; es war wie in Frankreich nach dem Zusammenbruch von Law. Aber das Verschwinden der Noten der Provinzialbanken in den Jahren 1814—1816 hat den Notenumlauf stark vermindert. Dadurch stieg der Wert der Noten. 1816 standen sie nahezu wieder pari mit Gold¹⁾. Aber ihre Entwertung seit der Einstellung der Noteneinlösung bis zum Ende des Kriegs hat der Nation durch Minderung des Werts, den sie in Steuern und Anlehen erhielt, und durch Steigerung dessen, was sie an Zinsen zu zahlen hatte, rund 100 Millionen £ gekostet²⁾.

In dem ersten Budget nach Wiederherstellung des Friedens ist trotz des Protestes der Regierung die Einkommensteuer wieder beseitigt worden. Wie verhaßt sie war, zeigt, daß das Unterhaus auf Antrag Broughams be-

1) Mac Culloch in Note IX zu seiner Ausgabe des *Wealth of Nations*, 497, 498.

2) Browning 519.

schloß, daß alle darauf bezüglichen Bücher und Akten vernichtet werden sollten¹⁾. Der Wegfall der Steuer bedeutete zusammen mit dem der aus Rücksicht auf die klagenden Landwirte beseitigten Malzsteuer und dem einiger Zölle eine Minderung der Staatseinnahmen um 18 Millionen £. Das mußte ersetzt werden. Nicht nur daß alle übrigen während des Kriegs erhobenen Steuern beibehalten wurden, sie wurden teilweise erhöht und neue Steuern wurden eingeführt. Besonderen Anstoß hat die Erhöhung der Steuer auf Seife erregt; sie gehörte zu den vier von Adam Smith besonders verpönten Verbrauchssteuern und war nur mit der äußersten Kriegsnot gerechtfertigt worden. Was alles trotz hergestellten Friedens mit Steuern belegt war, mag man aus dem Spott entnehmen, den Sydney Smith 1820 in *The Edinburgh Review* über die Finanzkunst des reaktionären Ministeriums ergoß²⁾:

„Wir können den Bruder Jonathan mit den unvermeidlichen Folgen allzu großer Ruhmsucht bekannt machen. Steuern auf alles, was in den Mund geht, den Rücken deckt und die Füße schützt. Steuern auf alles, was angenehm ist, zu sehen, zu fühlen, zu riechen oder zu schmecken. Steuern auf Wärme, auf Licht, auf Verkehr. Steuern auf alles über oder unter der Erde, auf alles, was aus dem Ausland kommt oder zu Haus erzeugt wird. Steuern auf die Rohstoffe, Steuern auf jeden Wert, der ihnen durch die sie veredelnde Arbeit der Menschen neu hinzugefügt wird. Steuern auf die Sauce, die den Appetit reizt, und auf den Heiltrank, der die Gesundheit wieder herstellt; auf den Hermelin, der den Richter schmückt, und auf den Strick, mit dem der Verbrecher gehenkt wird; auf das Salz des Armen und das Gewürz des Reichen, auf die Messingbeschläge am Sarge des Toten und auf den Brautschmuck der Heiratenden; zu Bett oder bei Tisch, ruhend oder essend, liegend oder sitzend, müssen wir zahlen. Der Schulbub peitscht seinen besteuerten Kreisel; der bartlose Jüngling tummelt sein besteuertes Pferd mit besteuertem Zügel auf besteuertem StraÙe; und der sterbende Engländer, der seine mit 7 Proz. besteuerte Medizin in einen mit 15 Proz. besteuerten Löffel gießt, sinkt zurück auf sein baumwollenes Bett, für das er 22 Prozent bezahlt hat, und stirbt in den

1) Dowell II 263. — Buxton I 13.

2) Zitiert bei Dowell II 259, 260.

Armen eines Apothekers, der eine Lizenz von 100 Pfund Sterling für das Privileg, ihn zu Tod heilen zu dürfen, bezahlt hat. Dann wird sein ganzes Vermögen zur Steuer herangezogen in Betrag von 2—10 Prozent; außer der Erbschaftssteuer werden hohe Gebühren verlangt, um ihn zu begraben. Seine Tugenden werden der Nachwelt auf besteuertem Marmor verewigt, und er wird dann zu seinen Vätern versammelt, um nicht mehr besteuert zu werden.“

Aber kein Gedanke an eine rationelle Steuerreform. Bezeichnend ist, daß im Gegenteil 1819 noch neue Steuern eingeführt wurden, um die Illusion des Tilgungsfonds aufrechtzuerhalten¹⁾.

Wie aber stand es mit der Wiederaufnahme der Barzahlung seitens der Bank? Die Einstellung derselben war nur bis zur Wiederherstellung des Friedens genehmigt worden; auch hatte die Bank sich auf die Wiederaufnahme vorbereitet. Aber die Handelsbilanz wurde wieder passiv. Infolge der schlechten Ernte von 1816 hatte trotz des Korngesetzes von 1815 eine große Korneinfuhr stattgefunden. Auch hatten die kontinentalen Länder sich gegen Überschwemmung mit englischen Industrieprodukten durch Zölle zu schützen begonnen, und infolge davon und der Entlassung des größeren Teils der Armee war die Arbeitslosigkeit groß. Das hat die Wiederaufnahme der Noteneinlösung verzögert. Infolge des schlechten Ernteausfalls in allen Ländern stiegen in allen die Preise. Die Bank kaufte in der Erwartung, ihre Noten einlösen zu müssen, Gold auf. Aber in ganz Europa war die Konkurrenz um Gold groß. Daher wurde die Wiederherstellung der Barzahlung hinausgeschoben, und, um den Bedürfnissen der Geschäftswelt entgegenzukommen, stieg 1818 die Notenausgabe auf 31 Millionen £. Handel und Gewerbe erhielten dadurch einen mächtigen Antrieb; der Wechselkurs besserte sich und stand im Frühjahr 1819 wieder nahezu pari²⁾. Um diese Zeit erhielt das Toryministerium durch den Beitritt Cannings, Huskissons und Peels eine etwas liberalere Färbung. Peel wurde beauftragt, dem

1) Dowell II 265. — Buxton I 14.

2) Browning 452 ff.

Parlamente einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den der 1. Mai 1823 als Tag der Wiederaufnahme der Barzahlung festgesetzt wurde. Der Bank wurde darin verboten, ohne vorherige parlamentarische Bewilligung der Regierung irgendwelchen Vorschuß zu gewähren. Auch wurde den Provinzialbanken untersagt, ihre eigenen Noten mit Noten der Bank von England einzulösen. Peels Gesetzentwurf wurde 1819 Gesetz (59. Geo. III. c. 78). Die Bank von England kam dem darin festgesetzten Termine zuvor. Sie hat bereits am 1. Mai 1821 die Einlösung ihrer Noten wieder aufgenommen¹⁾).

Aber mit dem Verbote, daß die Provinzialbanken ihre Noten mit Noten der Bank von England einlösten, waren die durch sie verursachten Schwierigkeiten des Geldumlaufs keineswegs behoben. Noch bestand das 1709 durch den Monopolgeist der Bank von England veranlaßte Verbot, in den Grafschaften Notenbanken, bestehend aus mehr als 6 Teilhabern zu errichten. Hätte die Bank von England dann wenigstens selbst Filialen in der Provinz gegründet! Da dies nicht geschehen, war eine Unzahl kleiner Banken, die Noten ausgaben, entstanden. Sie haben sich nicht darauf beschränkt, ihre Noten in Diskontierung solider Wechsel in Umlauf zu bringen, sondern sie in der unbankmäßigsten Weise dem Verkehre aufgedrängt. Das hat die übelsten Folgen gehabt, als nach 1821 drei reiche Erntejahre aufeinander folgten. Handel und Gewerbe machten glänzende Geschäfte. Den Banken wurden 1822 durch Gesetz gestattet, ihre Notenausgaben zu vergrößern. Der Zinsfuß fiel. Die Regierung war imstande, ihre 5proz. Anlehen in 4 und dann in 3 $\frac{1}{2}$ proz. zu konvertieren. Damit die Regierung den Staatsgläubigern, die in die Konvertierung nicht willigen wollten, ihr Kapital zurückzahlen könne, hat die Bank ihr 1824 5 Millionen £ vorgeschossen. Es sind 135 Millionen £ 5proz. und 80 Millionen £ 4proz. Schulden konvertiert worden. Das Ministerium ließ Ende der Session 1823 den König in seiner Thronrede das Land

1) *Andréadès* 241, 242.

zu der allgemeinen Blüte beglückwünschen und diese Glückwünsche Ende 1824 und sogar noch zu Beginn 1825 wiederholen. „Niemals“, ließ es ihn sagen¹⁾, „hat es in der Geschichte dieser Nation eine Zeit gegeben, in der sich die großen Interessen des Staats in so blühendem Zustand befanden“. Doch bald hatte das Land zu klagen, daß es allzu glücklich gewesen. In der Finanzwelt war zu hören: „John Bull kann viel ertragen, nicht aber 2 Prozent“. Die Folge des niederen Zinsfußes waren riskante Anlagen. Die Vergrößerung der Notenausgabe, die das Gesetz von 1822 auch den Provinzialbanken erlaubt hatte, hat dies erleichtert²⁾. Brücken, Kanäle, Docks wurden gebaut, Gesellschaften zum Bau von Eisenbahnen gegründet, Banken, Gesellschaften, Aktiengesellschaften aller Art ins Leben gerufen. Es entstanden aber nicht bloß Unternehmungen, die, wenn sie auch den Aktionären nichts brachten, doch dem Ganzen nützlich waren; die Spekulationswut hat wie 1720 zur Zeit der Südsee-Gesellschaft zu den unsinnigsten Gründungen von Aktiengesellschaften geführt.

Von besonderem Einfluß waren politische Vorgänge, die die Spekulation bis zum Siedepunkt treiben sollten. Seit dem Aussterben der Spanischen Habsburger war es englische Politik, nicht zu dulden, daß Frankreich die Herrschaft über die spanischen Kolonien erlange. Unter einem kräftigeren Regiment als dem der letzten Habsburger wäre Gefahr gewesen, daß das Verbot, daß andere Länder außer Spanien mit dessen Kolonien Handel trieben, dem England durch Schmuggel begegnet war, streng durchgeführt werde. Nun hatten sich in der Zeit von 1810 bis 1825 die spanischen und portugiesischen Kolonien in Mittel- und Südamerika in unabhängige Staaten verwandelt. Das war ein Verstoß gegen das Legitimitätsprinzip, das auf dem Wiener Kongreß proklamiert worden war. Auf dem Kongreß zu Verona hatte die hl. Allianz das bourbonische

1) Browning 455, 456.

2) Andréadès 248, 249.

Frankreich beauftragt, dasselbe in dem gegen Ferdinand VII. rebellierenden Spanien wieder zur Geltung zu bringen; es war sogar Gefahr, daß die Franzosen die spanischen Kolonien besetzten. Britischer Außenminister war Canning. Er war dagegen gewesen, daß die Franzosen in Spanien einmarschierten, um den Absolutismus wieder herzustellen, und auf sein Geheiß hatte der Herzog von Wellington Verona verlassen, als der Kongreß den Franzosen dazu den Auftrag gab. Aber er suchte einen Krieg Englands mit der hl. Allianz zu vermeiden; doch sollte Spanien, wenn die Franzosen es unterwürfen, ein Spanien ohne Westindien sein. Da bot das Vorgehen der Vereinigten Staaten von Amerika einen Ausweg. Sie hatten die Unabhängigkeit der spanischen Kolonien anerkannt. Canning suchte, trotzdem der Kriegszustand zwischen England und den Vereinigten Staaten eben erst aufgehört hatte, Anschluß an sie. Er gab den Anstoß zu der Botschaft des Präsidenten Monroe vom 2. Dezember 1823, die allen europäischen Mächten verbot, sich in amerikanische Angelegenheiten einzumischen, und den Grundsatz aussprach, daß die amerikanischen Kontinente nicht länger Gegenstand für neue europäische Niederlassungen seien¹⁾. Das bedeutete den Eintritt der Vereinigten Staaten in die Weltpolitik. Seine Begründung mit dem prinzipiellen Gegensatz, in dem sich ihre Politik zu dem Legitimitätsprinzip der hl. Allianz befände, verkündete ein neues ethisches Prinzip in der Politik. Dabei hat sich Monroes Botschaft nicht bloß gegen den gemeinsamen Gegner, die hl. Allianz, gewandt, sondern auch, wo sie die Begründung neuer europäischer Kolonien in Nord- und Südamerika ausschloß, England eine Warnung erteilt. Das stieß denn auch hier auf heftigen Widerspruch. Dagegen sind die Auslassungen, die sich gegen eine Einmischung der hl. Allianz und Frankreichs in Südamerika wandten, in der englischen Presse mit Jubel begrüßt worden. Frankreich unterließ den Feldzug nach

1) Leonard Axel Lawson, *The Relation of British Policy to the Declaration of the Monroe Doctrine*. New York 1922.

Amerika. Im Dezember 1824 hat die britische Regierung Mexiko, Buenos Aires und das Kolumbien Bolivars als unabhängige Staaten anerkannt.

Nun erfolgte eine Riesenspekulation in mexikanischen und südamerikanischen Unternehmungen. Die Länder, welche die populäre Phantasie seit dreihundert Jahren als von unerschöpflichem Reichtum angesehen hatte, waren endlich dem legitimen Handel Englands zugänglich. Alle von den dortigen Regierungen ausgeschriebenen Anlehen wurden gezeichnet. Auch wurden zahlreiche Verträge über die Ausbeutung von Edelmetallbergwerken mit den dortigen Regierungen abgeschlossen. Die Aktien der Bergwerksgesellschaften gingen schnell in die Höhe, so die der Anglo-Mexican Mining Co., die zu £ 10 das Stück ausgegeben waren, innerhalb eines Monats auf 43—150 £, die zu £ 70 ausgegebenen der Real del Monte auf £ 550 und £ 1350¹⁾. 1825 hat Lord Lauderdale festgestellt, daß 200 Millionen £ in Gesellschaften aller Art in Mexiko und Südamerika angelegt worden seien²⁾. England schien im Wohlstand zu schwimmen. Aber je mehr das Jahr 1825 fortschritt, umso mehr zeigte sich dies als Illusion. Die südamerikanischen Regierungen kamen ihren Verpflichtungen nicht nach; auch die Privatunternehmungen in Mittel- und Südamerika schlugen größtenteils fehl, und dasselbe gilt für diejenigen, in die man sich zu Hause kopflos gestürzt hatte.

Der ganze Taumel war dadurch möglich geworden, daß die Provinzialbanken in der leichsinnigsten Weise ihren Notenumlauf erweitert hatten. Der Betrag der 1825 in Umlauf befindlichen Noten der Provinzialbanken wird auf 50 Proz. höher als 1823 geschätzt. Schon im Sommer 1824 war der Wechselkurs gesunken. Aber noch im September 1825 war in London kein Mangel an Zahlungsmitteln fühlbar. Die Vergrößerung der Notenmenge der Bank von England, welche diese der Regierung zur Konvertierung ihrer Anlehen vorgeschossen hatte, wirkte der

1) *Andréadès* 251.

2) *Ebenda* 250.

Goldentnahme entgegen. Schließlich mußte die andauernde Goldentnahme aber zu einer Einschränkung der Notenausgabe führen; das wurde bald darauf in der Provinz gefühlt, wo die Spekulationsexzesse stattgefunden hatten. Darauf Bankerotte und Schwinden allen Kredits. Man stürmte die Banken, um die von ihnen ausgegebenen Noten einzulösen. Das Gold, das man erhob, verwandte man nicht in Geschäften, sondern sandte es ins Ausland, um es dort in verzinlichen auswärtigen Anlehen anzulegen. Innerhalb sechs Wochen wurden infolge des Sturms auf die Banken nicht weniger als 70 Provinzialbanken bankrott. Es entstand Knappheit im Geldumlauf, was die weitere Ausgabe von Noten der Bank von England im Betrag von 8—10 Millionen £ notwendig machte. Gleichzeitig wurden Zehntausende von Wechseln, die dazu gedient hatten, den vorausgegangenen Aufschwung zu ermöglichen, nicht eingelöst¹⁾.

Diese Tatsachen haben das Parlament überzeugt, daß die für die Provinzialbanken in England und Wales gültigen Bestimmungen verfehlt seien. Unter Zustimmung der Bank von England wurde 1826 ein Gesetz mit großer Mehrheit beschlossen, durch welches die Bestimmung, die die Zahl der Teilhaber an einer Provinzialbank auf 6 beschränkte, beseitigt wurde. Das Gesetz von 1826 hat die Errichtung von Notenbanken mit einer beliebigen Zahl von Teilhabern außerhalb eines Umkreises von 65 englischen Meilen von London gestattet. Damit war die Möglichkeit gegeben, in der Provinz Aktienbanken, die Noten ausgaben, zu errichten. Außerdem hat das Gesetz die Bank von England ermächtigt, in der Provinz Filialen zu errichten. Um das Hauptmittel, dessen die Provinzialbanken sich bedient hatten, um ihre Noten dem Verkehr aufzudrängen, zu beseitigen, wurde die Ausgabe von Noten, die auf weniger als 5 £ lauteten, verboten²⁾.

1) Mac Culloch a. a. O.

2) Andréadès 253.

Es wäre aber irrig, den Banken allein die Schuld an der vorausgegangenen Krise zuzuschreiben. So lange sich Leute finden, die sich an so unsinnigen Gründungen beteiligen, wie z. B. an einer Aktiengesellschaft zur Hebung der Schätze, welche die Ägypter bei ihrer Verfolgung der fliehenden Israeliten verloren, als die Wogen des roten Meeres über ihnen zusammenschlugen¹⁾, wird kein Banksystem vor Krisen bewahren. Und ebenso irrig wäre die Annahme, daß mit der Zulassung von Aktienbanken in den Grafschaften der Krisengefahr vorgebeugt gewesen sei. Eine geringe Zahl kapitalkräftiger Bankteilhaber, die sachverständig sind, bietet an sich eine größere Garantie gegen unvernünftige Spekulationen als eine Aktienbank unter Leitung von verhältnismäßig nur wenig beteiligten Direktoren. Die weitere Geschichte wird dies zeigen.

Um dieselbe Zeit, da der geschilderte Aufschwung und der darauf folgende Zusammenbruch stattfanden, haben die Männer, die, als sie in das Ministerium Liverpool eintraten, den Übergang zu einem auf vernünftiger Überlegung statt auf Instinkt beruhenden, konservativem Regimente einleiten sollten, Huskisson und Robinson, die Grundlage geschaffen, auf der Peel zwanzig Jahre später seine große Finanzreform aufbauen konnte. Sie haben begonnen, das Publikum zum Freihandel zu erziehen²⁾. Während des Kriegs hatte man, wie wir gesehen haben, ohne viel Nachdenken alles, worauf man die Hand legen konnte, mit Zöllen und direkten und indirekten Steuern getroffen und die Steuersätze dabei außerordentlich hoch bemessen. Das hatte Schmuggel und Defraudation in einem Maße rentabel gemacht, daß die Staatseinnahmen darunter litten. Jedermann sympathisierte mit dem Schmuggel und war bedacht, den Akzisebeamten zu betrügen. Huskisson minderte die Steuersätze auf Branntwein um mehr als die Hälfte, und der Steuerertrag wuchs. Bei Seide allerdings ging die Herab-

1) *Andréadès*, 250, Note 2.

2) Siehe für den Beleg der folgenden Ausführungen im Texte: *Dowell* II 272—294; *Buxton* I 20—23.

setzung des Einfuhrzolls nicht weit genug, um den Schmuggel unrentabel zu machen. Immerhin hat Huskissons Vorgehen den Anstoß zur Reduktion der Zölle auf andere ausländische Produkte gegeben. Um den heimischen Produzenten gegenüber der ausländischen Konkurrenz Ersatz zu schaffen, wurden gleichzeitig die Zölle auf Rohstoffe herabgesetzt. Die Salzsteuer wurde vermindert und schließlich abgeschafft. Dasselbe gilt für die sogenannten Union Duties, d. h. Zölle auf den Verkehr zwischen Großbritannien und Irland. Die Stempelgebühren bei der Rechtsprechung, die im Widerspruch mit der Bestimmung der Magna Carta „nulli vendemus rectum aut justitiam“ zu einer Besteuerung derjenigen, die Recht suchten, und damit zu einer Prämie für Rechtsverletzer geworden waren, wurden beseitigt. Trotz der Depression, die, wie geschildert, Ende 1825 und 1826 stattgefunden hat, haben die Herabsetzungen und Beseitigungen dieser und anderer Abgaben dazu geführt, daß Robinson 1826 sagen konnte, die Einnahmen während der vorausgegangenen drei Jahre seien auf £ 155 440 500 veranschlagt gewesen und £ 156 838 500 seien während der Zeit eingenommen worden.

Als nach dem Ende von Liverpools Ministerium und den kurzlebigen Ministerien Canning und Robinson das Tory-Ministerium Wellington von 1828—30 die Regierung übernahm, sind die Freunde Cannings in das Ministerium eingetreten und haben die in den letzten zehn Jahren unter Liverpool eingeschlagene Finanzpolitik fortgesetzt. Der Tilgungsfond, der in den vorausgegangenen Jahren schon gemindert worden war, wurde nun ganz beseitigt. Die Seidenzölle wurden herabgesetzt, und trotz einer Revolte der Seidenweber in Spitalfields und Coventry wurde die Herabsetzung beibehalten. 1830 erschien die Schrift Sir Henry Parnells über Finanzreform¹⁾. Er trat darin für die Abschaffung aller Steuern auf Rohstoffe sowie der Akzise auf heimische Produkte ein und für die Herab-

1) On financial reform. By Sir Henry Parnell, Bart. M. P. 1. ed. 1830. 4. ed. 1832.

setzung der Einfuhrzölle auf fremde Industrieerzeugnisse. Er widersprach aufs energischste dem ganzen Schutzsystem sowohl zugunsten von Korn als auch jedweder anderen Ware. Er verlangte die Herabsetzung von Steuern, die zwar an sich berechtigt, doch in ihren Sätzen zu hoch seien, wie die Zölle auf solche „Luxuswaren“ wie Tee, Zucker, getrocknete Früchte, aber auch diejenigen auf Tabak, Wein, Spirituosen. Er trat ferner energisch für Ersparnisse ein, besonders in den Heeres- und Flottenausgaben. Aber in der Erkenntnis, daß keinerlei Ersparnisse ausreichen würden, um den durch die von ihm befürworteten Beseitigungen und Herabsetzungen von Steuern verursachten Einnahmeausfall zu decken, schreckte er nicht davor zurück, die Wiedereinführung einer Einkommensteuer von $1\frac{1}{2}$ —2 Prozent zu fordern. Die Schrift hat auf die öffentliche Meinung und die Fortführung der Finanzreform großen Einfluß gehabt. Es wurde endlich, wie schon Adam Smith gefordert hatte, die Steuer auf Leder beseitigt. Die Biersteuer hatte nur das verkaufte Bier getroffen, das von den Gutsbesitzern für den eigenen Gebrauch gebraute Bier dagegen freigelassen. Die hohe Besteuerung des für den Verkauf gebrauten Biers hatte zur Konzentration der Brauerei in wenigen reichen Händen geführt. Um deren Monopol zu brechen, wurde unter Jubel der Bevölkerung die Biersteuer abgeschafft.

Aber das genügte nicht, um nach der französischen Julirevolution dem Tory-Kabinett seine durch Wellingtons Erklärung gegen Parlamentsreform verlorene Popularität wieder zu verschaffen. Wellingtons Erklärung hat zum Sturze der Konsols an der Börse geführt. Den tötlichen Schlag hat Parnell dem Tory-Ministerium versetzt durch seinen vom Parlamente angenommenen Antrag, die Zivilliste Wilhelms IV. herabzusetzen. Das Ministerium Wellington ging, und die Whigs kamen endlich wieder ans Ruder. Sie sind mit kurzer Unterbrechung bis 1841 daran geblieben, haben während dieser Zeit viel Gutes gestiftet, vor allem die Parlamentsreform von 1832 durchgesetzt, aber für die Finanzen hat der Regierungswechsel keine

prinzipielle Bedeutung gehabt. Die Whigs hatten ihre noch von Fox zur Schau getragene Ablehnung Adam Smiths längst vergessen. In The Edinburgh Review waren sie sogar die eifrigen Verkünder seiner Lehren geworden. Es wurde, solange das Wirtschaftsleben im Aufsteigen war, an der seit Huskisson in Smiths Sinn begonnenen Finanzreform prinzipiell nichts geändert. Das Erlöschen des Methuen-Vertrags im Jahre 1831 war ganz in diesem Sinne. Es ermöglichte dem Schatzkanzler, von jederlei Art von Wein, Kapwein ausgeschlossen, gleich hohe Zölle zu erheben. Die Papiersteuer wurde abgeschafft, die Steuer auf Zeitungen herabgesetzt. Aber die Ausgaben wuchsen. 1833 war eine Anleihe von 20 Millionen £ aufgenommen worden, um die Sklaverei abzuschaffen. Dann hatte England von 1836—39 wieder unter einer Krise zu leiden, und die Postreform Sir Roland Hills von 1839 hat die Einnahmen der Postverwaltung zunächst auf Null herabgedrückt. Die Einführung der Vorauszahlung des Portos seitens des Absenders mittels einer Briefmarke hat zwar eine Ersparnis herbeigeführt, aber sie hat nicht ausgereicht, den Ausfall in den Einnahmen decken, den das Einheitsporto innerhalb des Reichs von 1 Penny für alle Briefe von weniger als einer halben Unze Gewicht, das dem Handel großen Nutzen bringen sollte, der Postverwaltung verursacht hat. Jahr für Jahr überschritten die Staatsausgaben die Einnahmen, und nun fehlte die sachkundige Hand, das Defizit zu beseitigen. Man griff zu dem aufgegebenen Mittel zurück, die Zölle und Akzisen zu erhöhen, und erlebte aufs neue die Wahrheit des von Swift ausgesprochenen Satzes, daß in der Zollarithmetik zwei und zwei nicht immer vier sondern oft nur eins machen. 1841 spottete Peel über den damaligen Finanzminister Baring als über den auf einem leeren Kasten sitzenden Schatzkanzler, der nach einem Budget angle. Nun kam er selbst ans Ruder und mit ihm die Konservativen, d. h. an Stelle der instinktmäßig am Alten festhaltenden Tories eine Richtung, die die rechts stehenden Kreise an der Herrschaft zu erhalten suchte, indem sie die mit den fortschreitenden Verhältnissen un-

vermeidlich werdenden Neuerungen in deren Sinne vorzunehmen suchte.

Sir Robert Peel hat nichts anderes getan, als das von Sir Henry Parnell entworfene Programm durchgeführt. Aber gerade darin besteht sein Verdienst, daß er die Notwendigkeit, es durchzuführen, erkannt und sich dafür eingesetzt hat. Denn keinem anderen als jemandem, der so wie er das Vertrauen der Besitzenden in Stadt und Land besaß, wäre es möglich gewesen, die verhaßte Einkommensteuer zur Annahme zu bringen, und nur wenn sie angenommen wurde, waren die übrigen Reformen möglich, die die Förderung von Handel und Gewerbe zur Voraussetzung hatte. Peel hat 1842 eine Einkommensteuer von 7 d im £ oder von 3 Prozent nach dem Muster der Pittschen von 1799, die 1816 beseitigt worden war, für vier Jahre zur Annahme gebracht. Der Ertrag wurde auf 3 770 000 £ geschätzt. Dafür wurden Zölle auf Rohstoffe und Halbfabrikate beseitigt oder herabgesetzt und zwar in 750 von 1200 Zollpositionen. Das Ergebnis war eine beträchtliche Zunahme des Steuerertrags. Im Jahre 1844 nahm die Volkswirtschaft neuen Aufschwung. Die Consols, die bei Peels Amtsantritt auf 89 gestanden hatten, stiegen auf nahezu pari. In den folgenden Jahren ist Peel auf der eingeschlagenen Bahn weitergeschritten. Die Einkommensteuer wurde nach Ablauf der vier Jahre auf weitere drei verlängert. Eine neue Tarifreform beseitigte nicht weniger als 450 Positionen aus dem Zolltarif, hauptsächlich Zölle auf Rohstoffe, sowie sämtliche Ausfuhrzölle. Die Reform erstreckte sich auch auf die Akzise. Die Steuer auf Glas und ebenso die auf versteigertes Eigentum verschwanden von der Steuerliste.

Die Whigs waren 1830 ans Ruder gekommen, um die Parlamentsreform durchzuführen. Es ging ihnen gut, solange der auf diese folgende wirtschaftliche Aufschwung andauerte. Sie haben während der Zeit einige große Fortschritte, die uns noch beschäftigen werden, durchgesetzt. Dagegen haben sie, als sie nach dem kurzen Intermezzo des ersten Ministeriums Peel 1835 wieder ans Ruder

kamen, nichts Rühmliches vollbracht. Sie haben sich der Krise, die von 1836—39 andauerte, nicht gewachsen gezeigt. Diese Krise hat sich auf dem Gebiete von Geld und Kredit abgespielt und hat die erörterten, in dieser Zeit bestehenden Schwierigkeiten der Schatzkanzler begreiflicher Weise vermehrt.

In der nach 1833 folgenden Zeit wirtschaftlichen Aufschwungs sind die Mängel der Bankgesetze von 1826 zutage getreten¹⁾. Abermals hat Überspekulation stattgefunden, diesmal mehr in heimischen Unternehmungen, aber auch in Anleihen fremder Länder. Das hat zu einer raschen Zunahme von Provinzialbanken, die Noten ausgaben, geführt. 1834—35 hatte ihre Zahl nur 53 betragen; 1835—36 stieg sie auf 100, die viele Filialen, oft weit entfernt von ihrer Zentrale, hatten. Man kann sagen, daß an 180—200 Plätzen Bankgeschäfte mit Notenausgabe betrieben wurden. Die Folge war eine außerordentliche Zunahme von Kreditumlaufsmitteln, aber nicht nur von Banknoten, sondern auch von Schecks, Wechseln u. dgl. Um dieselbe Zeit nahm Präsident Jackson in den Vereinigten Staaten eine Geldreform vor, zu der er viel Geld brauchte. Amerika verkaufte Wechsel und Schuldverschreibungen in England, um sich Gold zu verschaffen. Auch nach Irland wurde Gold ausgeführt. Die Menge der umlaufenden Geldsurrogate nahm zu, und der Wechselkurs ging zurück. Als die Goldklemme begann, suchten die Provinzialbanken sich Gold zu verschaffen, indem sie Wechsel, die sie diskontiert hatten, zur Bank von England brachten, um sie dort rediskontieren zu lassen; aber die Bank verweigerte die Rediskontierung von Wechseln, welche die Aktienbanken diskontiert hatten. Das war für diese ein harter Schlag. In Lancashire, das sich stark an amerikanischen und irischen Anlagen beteiligt hatte, brach die Krisis aus. Um den Zusammenbruch zu verhüten, hat die Bank von England £ 1 170 000 vorgeschossen, und, als

1) Siehe für die folgende Darstellung der Krise Mac Culloch a. a. O. und Andréadès 263 ff.

1837 die gleiche Not in London sich fühlbar machte, hat sie 6 Millionen £ hergeliehen. Die Gelder wurden zurückgezahlt; Gold füllte die Bankreserven; schon schien die Krise überwunden. Da führten die elendesten aller Ernten 1838 und 39 zu großer Goldausfuhr. Der Wechselkurs und die Metallreserve der Bank von England gingen weiter herab. Dazu kam, daß in den vorausgegangenen Jahren in Frankreich, Amerika und Belgien große Überemissionen stattgefunden hatten. 1838 hat die belgische Bank die Zahlung eingestellt, und in diesem Augenblick war die Leitung der Bank von England so übel beraten gewesen, den Diskontsatz herabzusetzen. Die Edelmetallreserve der Bank sank im August 1839 auf £ 2406 000 herab. Es drohte Bankrott. Er wurde vermieden, indem das Bankhaus Baring Brothers auf zwölf Pariser Bankiers Wechsel im Betrag von 2 Millionen £ zog, die von der Bank von Frankreich diskontiert wurden. Eine ähnliche Abmachung mit Hamburg hat £ 900 000 gebracht¹⁾.

Darauf hat Peel eine Klausel in dem Bankgesetz von 1833 benutzt, um die Wiederkehr dieser Gefahren zu verhüten. In diesem Jahre mußte das Privileg der Bank von England erneuert werden. Das war benutzt worden, um folgende Neuerungen zu treffen. In dem Gesetze 3 u. 4 Will. IV. c. 90 wurden 1. die Noten der Bank zum gesetzlichen Zahlungsmittel gemacht, eine Bestimmung ohne große praktische Bedeutung, da Personen, die Noten in Zahlung empfangen, ohnedies nicht imstande waren, sie abzulehnen. 2. Die Bank wurde von der Geltung der Wuchergesetze ausgenommen. 3. Die Regierung zahlte der Bank ein Viertel des Betrags zurück, den sie der Bank schuldete. Ihre Schuld ist dadurch auf £ 10 890 000 vermindert worden. Dafür wurde der Betrag, den der Schatzkanzler der Bank alljährlich für die Verwaltung der Staatsschuld zahlte, auf £ 131 000 herabgesetzt. 4. Die Bank hatte von nun an dem Schatzkanzler genaue Angaben über ihren Edelmetallvorrat, die Menge ihrer im Um-

1) *Andréadès* 268.

lauf befindlichen Noten und die Summe ihrer Depositen zu machen. Die London Gazette sollte monatlich die Bilanz des vorhergehenden Vierteljahrs veröffentlichen. 5. Die Aktienbanken in London sollten das Recht haben, Schecks auszugeben, was die Bank ihnen bestritten hatte. Endlich 6. wurde das Bankprivileg bis 1855 erneuert, jedoch mit dem Vorbehalt, daß die Regierung es, wenn gewisse Bedingungen gegeben seien, nach Ablauf von zwölf Jahren aufheben könne¹⁾.

An diesen Vorbehalt hat Peel nach der Krise von 1836—39 angeknüpft. An sich hätte man gern die Notenausgabe der Aktienbanken und Privatbankiers in der Provinz ganz unterdrückt. Aber dem standen sowohl populäre Vorurteile als auch die Sonderinteressen einer einflußreichen Klasse im Wege. Ein dahin gehender Antrag wäre im Parlamente nicht durchgegangen. Man mußte vorsichtig vorgehen. Peel hat die Schwierigkeiten durch den an die Vorschläge von S. J. Loyd (dem späteren Lord Overstone)²⁾ sich anschließenden 7 and 8 Vict. c. 32 von 1844 überwunden. Entsprechend diesen Vorschlägen ist für die Bank von England eine vollständige Trennung von Notenausgabe und Vornahme von Bankgeschäften angeordnet worden. Während es den Direktoren überlassen ist, die Bankgeschäfte nach Diskretion zu betreiben, ist die Notenausgabe folgendermaßen beschränkt: Der Bank wurde erlaubt, Noten bis zum Betrag von £ 14 000 000 gegen Deckung durch Staatsschuldverschreibungen (von denen die Schuld von £ 11 015 100, die sie der Regierung geliehen hat, einen Teil bildet) auszugeben; für jeden Betrag darüber ist Volldeckung in bar vorgeschrieben. Infolgedessen ist es für die Notenausgabeabteilung unmöglich, die Notenausgabe zu vergrößern, ohne in gleichem Maße ihren Vorrat an Münze und Edelmetall zu vergrößern, oder den letzteren zu vermindern, ohne in gleichem Maße den

1) *Andréadès* 261, 262.

2) Siehe *Tracts and other Publications on metallic and paper currency*, by the Right Hon. Lord Overstone, London 1858.

von der Abteilung zur Betreibung von Bankgeschäften in Umlauf gesetzten Betrag von Noten zu mindern. Es ist nicht länger in der Macht der Bank, im Fall irgendwelcher Not, in der sie sich befinden mag, die Menge von metallenen Umlaufsmitteln durch Papiergeld zu ersetzen. Es wird mehr Umsicht in der Leitung der Bank als früher von den Bankdirektoren erfordert.

Außerdem wurde durch das Gesetz von 1844 das Notenprivileg der Bank, das sich bis dahin nur auf London und einen Umkreis von 65 englischen Meilen erstreckt hatte, auf ganz England und Wales, jedoch nicht auf Schottland und Irland ausgedehnt, indem den Provinzialbanken nicht gestattet wurde, ihre Notenausgabe zu vermehren. Diese sollte vielmehr von der Zentralbank absorbiert werden. Die Noten wurden entsprechend dem Gesetze von 1833 zum gesetzlichen Zahlungsmittel in England und Wales erklärt; die Bank selbst sollte gezwungen sein, ihre Noten jederzeit auf Verlangen einzulösen. Endlich wurde die Bank verpflichtet, alles ihr angebotene Geld zu einem festgesetzten Preise zu kaufen¹⁾.

Die Banken von Schottland und Irland sind 1845 durch die Gesetze 8 and 9 Vict. c. 38, 37 einer auf denselben Prinzipien aufgebauten Ordnung unterworfen worden.

Bei Behandlung einer späteren Zeit wird gezeigt werden, inwieweit der durch das Peelsche Bankgesetz erstrebte Zweck durch dasselbe erreicht worden ist.

Von dem letzten parlamentarischen Siege Peels, der für die Fortsetzung seiner Finanzreform von der größten Bedeutung gewesen ist, wird im 46. Kapitel gesprochen werden, von der Abschaffung der Kornzölle im Jahre 1846, sowie von seinem Sturze in demselben Jahre, zu dem eben dieser Sieg den Anlaß gegeben hat.

1) Edgar Jaffé, Das englische Bankwesen, 2. A. Leipzig 1910, 11, 12.

42. Kapitel.

Die Abschaffung der Sklaverei.

Unter den Bewegungen, die nach Beendigung des Kriegs gegen Frankreich zur Neuordnung der britischen Volkswirtschaft auf Grundlage der Freiheit geführt haben, muß an erster Stelle die für Abschaffung der Sklaverei behandelt werden; war sie doch nur die Wiederaufnahme einer Bewegung, die schon in den letzten Dezennien des 18. Jahrhunderts begonnen hat und in der Friedenszeit Pitts schon triumphiert hätte, wenn nicht der 1793 ausgebrochene Krieg dieser ein unerwartetes Ende bereitet hätte. Aber nicht nur deshalb. Der Erfolg dieser Bewegung bedeutet einen Wendepunkt in der Wirtschaftsgeschichte Englands und damit der Welt. Mit ihr sind zum ersten Male neben dem Gesichtspunkte der Erzielung des größtmöglichen Gewinns Gesichtspunkte der Menschlichkeit zur Geltung gelangt, allerdings „nicht eher, als bis die ökonomischen Grundlagen und Voraussetzungen der Sklaverei gefallen waren“¹⁾. Aber immerhin sie haben, wenn auch erst nach hartem Kampfe, schließlich doch triumphiert und die bei ihrer Durchführung angewandte neue Methode der direkten Beeinflussung von Regierung und Parlament durch Massenpetitionen und Massenversammlungen ist für alle späteren wirtschaftlichen und politischen Bewegungen in England vorbildlich geworden.

1) Dr. Franz Hochstetter, Die wirtschaftlichen und politischen Motive für die Abschaffung des britischen Sklavenhandels i. J. 1806/07, Leipzig 1905. 4.

Ich habe oben erzählt, wie in England, dem Lande, in dem die wirtschaftliche Entwicklung schon im 16. Jahrhundert zum Verschwinden der Leibeigenschaft geführt hat¹⁾, doch für Vagabunden die Sklaverei noch als Strafe wenigstens im Gesetzbuch bestehen geblieben ist, wie schon unter Elisabeth der Handel mit geraubten Negern begonnen hat, wie Cromwell selbst unterworfenen Iren und Schotten nach Westindien als Sklaven verkauft hat, wie unter den Stuarts der Sklavenhandel unter königlicher Protektion in Aufnahme kam, wie im 18. Jahrhundert das protestantische England mit den katholischen Mächten Spanien und Frankreich um das Monopol im Negerhandel Krieg geführt und der ältere Pitt, der spätere Lord Chatham, in der Förderung des Sklavenhandels eine seiner Hauptaufgaben gesehen hat. Ich habe von den mit dem Raube von Negern in Afrika und den mit ihrer Verfrachtung nach den Kolonien verbundenen Greueln berichtet. Letztere übertrafen sogar die mit der Sklaverei selbst verbundenen Leiden. In der Agitation für das Verbot des Sklavenhandels haben besonders zwei Dinge die Öffentlichkeit sehr erregt: die Abbildung des Grundrisses eines für den Sklaventransport gebauten Schiffs und ein zwischen den Eigentümern eines Sklavenschiffs und dessen Versicherern geführter Prozeß. Als der Eigentümer bemerkt zu haben glaubte, daß unter seiner Ladung Krankheit herrsche, hatte er unter dem Vorwand, daß der Wasservorrat nicht reiche, 132 ins Meer werfen lassen. Der Vorwand war erlogen. Aber wenn die Neger an Krankheit starben, traf der Verlust den Eigentümer; wenn die Ladung über Bord ging, um das Schiff zu retten, traf er den Versicherer²⁾. Die Zustände an Bord aber waren bei der Art des Baues der Sklavenschiffe derart, daß der Tod für den Neger keine Schrecken hatte.

1) Anders in den schottischen Bergwerken. Die in Schottland in Kohlengruben und Salzbergwerken beschäftigten Arbeiter waren *glebae adscripti* bis 1775 und sind erst 1799 vollständig frei geworden. Siehe die Anmerkung Mac Cullochs in seiner Ausgabe des *Wealth of Nations* 172.

2) Lecky, *Hist. of Engl.* VI 286.

Viele begannen aus Verzweiflung den Hungerstreik und die Schiffsärzte hatten fortwährend zu tun, um dem zu begegnen. Anderen gelang es, trotz aller dagegen ergriffenen Maßregeln, sich in die See zu stürzen, und man sah die Untergehenden mit erhobenen Armen in Jubel ausbrechen, daß sie ihre Freiheit wiedererlangt hätten¹⁾.

Die Ersten, welche in der Neuzeit aus ethischen Gründen gegen die Sklaverei prinzipiell Stellung genommen haben, sind edel gesinnte Missionare gewesen und Gelehrte, Dichter, Schriftsteller, Weltreisende, darunter Godwin, Baxter, Montesquieu, Raynal, Rousseau und selbst Necker, vom Standpunkt der allgemeinen Menschenrechte²⁾. Ein ganz besonderes Verdienst aber haben sich die Quäker erworben, die als die ersten mit dem Sklavenhandel, weil im Widerspruch mit der allgemeinen und christlichen Moral, gebrochen haben, sowie John Wesley, das Oberhaupt der Methodisten. An den Assoziationen, die die Quäker gegen Sklaveneinfuhr und für Sklavenbefreiung um 1770 in Nordamerika gebildet haben, haben auch Angehörige anderer kirchlicher Gemeinschaften teilgenommen; auch Benjamin Franklin hat sie warm unterstützt; dann haben sich auch in England interkonfessionelle Gesellschaften zur Sklavenbefreiung gebildet. John Wesley aber hat 1774 seine Gedanken über Sklaverei veröffentlicht, worin er diese aufs schärfste verurteilt hat und durch Entfaltung eines neuen sittlichen Enthusiasmus in der englischen Nation die philanthropische Bewegung in Fluß gebracht hat, die im 19. Jahrhundert den Schwarzen in den Kolonien und den weißen Arbeitern daheim zugut kommen sollte.

Ihren ersten und zwar einen entscheidenden Erfolg hat in England die Auflehnung gegen die Sklaverei 1772 erzielt. Lange Zeit hatte unter den Juristen Streit geherrscht, ob die Sklaverei in England gesetzlich sei. Zahl-

1) Lecky a. a. O. 288.

2) Siehe für das Folgende Lecky VI 279 ff. und V 64 ff. Das Hauptwerk ist Thomas Clarkson, History of the Rise, Progress and Accomplishment of the Abolition of the Slavetrade by the British Parliament, 1808; 2. erweiterte Auflage 1839.

reiche Sklaven, die nach England gebracht worden, waren ihren Herren, wenn sie davon liefen, gewaltsam zurückgegeben, ja selbst als verkäuflich angezeigt worden. Noch 1729 war ausgesprochen worden, daß ein aus Westindien nach Großbritannien gebrachter Sklave damit nicht frei werde, sondern gezwungen werden könne, in die Kolonien zurückzukehren. Doch das wurde von Granville Sharp, einem der frühesten und verdientesten Kämpfer für die Befreiung der Sklaven, angefochten. Als 1772 ein Negersklave namens Somerset, der, nach England gebracht, seinem Herrn entlaufen war, gewaltsam nach Jamaika zurückgebracht wurde, hat Sharp den Fall vor den obersten Richter, Lord Mansfield, gebracht und dieser nach langer Erwägung den grundlegenden Satz ausgesprochen, daß jeder Sklave die Freiheit erlange, sobald er englischen Boden berühre. Aber anders stand es in den Kolonien und mit der Sklaveneinfuhr dorthin. Noch 1774 hat die englische Regierung es verhindert, daß der gesetzgebende Körper von Jamaika die übergroße Sklaveneinfuhr aus Gründen der Sicherheit einschränke, „weil der Sklavenhandel dem Wohlstande der Nation zugut komme“ und noch 1776 erhielt D. Hartley, Quäker und Mitglied des Parlaments, auf seinen Antrag, den Sklavenhandel, weil im Widerspruch mit Gottes Gebot und den Rechten der Menschen, zu unterdrücken, die Antwort, der Sklavenhandel sei gegenwärtig für jede europäische Nation notwendig.

Es waren hauptsächlich zwei, oder wenn man will drei Momente, welche der Beseitigung des Sklavenhandels in England im Wege standen: das eine ist die durch eine hundertjährige Politik großgezogene Vorstellung, daß ein wesentlicher Teil des Reichtums Englands auf dem Sklavenhandel beruhe, und die Furcht, daß dieser bei Verbot desselben seinen Konkurrenten, besonders dem „Erbfeind“ Frankreich zufallen werde. Damit im Zusammenhang stand die Rücksicht auf die westindischen Pflanze, die ein lebhaftes Interesse an der fortwährenden Erneuerung ihres menschlichen Arbeitstieres durch frische Zufuhr hatten;

man fürchtete, sie könnten ihre Sympathien den Konkurrenten zuwenden. Das zweite Moment war der heftige Widerstand der am Sklavenhandel beteiligten Sonderinteressenten in England. Sie waren der Zahl nach zwar wenige, was für die Agitation ein Vorteil war, aber ihr Reichtum war außerordentlich. Ihr Hauptsitz war in Liverpool, das von den 407 000 Negern, die in den 11 Jahren 1783—93 in seinen Schiffen verfrachtet wurden, einen jährlichen Gewinn von £ 298 462 bezogen hat; nächst in Bristol; dann erst kam London. Sie verfügten über die Mehrheit im Oberhaus.

Im Jahre 1785 hat Tucker eine Schrift veröffentlicht, in der sich bemerkenswerte Stellen¹⁾ über den Sklavenhandel befinden. Die Zahl der bei Betrieb desselben begangenen Morde, sagt er, übertreffe alles Feststellungsvermögen. „Nichtsdestoweniger empören Vernunft und Menschlichkeit sich vergebens. Der Handel mit Menschenblut wird nicht nur ungestraft betrieben, sondern sogar mit Zustimmung, Billigung und selbst mit Beistand der britischen Gesetzgebung, und wird voraussichtlich nie unterdrückt werden, bis der Nachweis erbracht ist, daß Sklaverei wirtschaftliche Verschwendung bedeutet, und daß Zucker bei freier Arbeit billiger erzeugt werden kann.“ Tucker sagt, daß die Sklaven von den englischen Pflanzern schlechter als von denen aller übrigen Nationen behandelt würden, und daß die englischen Pflanzler daher glaubten, sich auch gegen Revolten durch größere Strenge schützen zu müssen. Sie seien mehr ihre eigenen Herren, ihre eigenen Gesetzgeber, Richter und ausführende Beamte als die irgendeiner anderen Nation. Würden doch auch in Europa die Leibeigenen in absolutistischen Staaten besser als in der polnischen Adelsrepublik behandelt. Außerdem wohnten die Pflanzler in unverhältnismäßig großer Zahl in England, und ihre Verwalter in Westindien hätten alles Interesse, die Klagen der Sklaven vor ihren Herren zu verbergen.

1) Reflections on the present Matters in Dispute between Great Britain and Ireland. 10—12.

Der erste ernstliche Angriff auf den Sklavenhandel und die mit der Negersklaverei verbundenen Greuel kam erst, als Thomas Clarkson, ein vierundzwanzigjähriger Kandidat der Theologie, 1786 mit der Veröffentlichung seiner Schrift über die Negersklaverei seine lebenslängliche Arbeit zugunsten der Neger begann. Sein Verdienst ist es, durch unermüdliche Tätigkeit die Tatsachen ermittelt zu haben, welche die öffentliche Meinung für die Abschaffung gewannen. Ein ähnliches Verdienst hat sich Zacharias Macaulay erworben; und um dieselbe Zeit gelang es, William Wilberforce für die Vertretung der Abschaffung im Parlamente zu gewinnen.

Wilberforce hatte eine große gesellschaftliche Stellung in London vermöge außerordentlicher gesellschaftlicher Gaben, großen Reichtums, seiner Vertretung Yorkshires, der größten Grafschaft, im Parlamente, vor allem aber vermöge seiner intimen Freundschaft mit dem jüngeren Pitt. Dieser hat sie ihm auch bewahrt, nachdem Wilberforce sich den evangelischen Erweckten angeschlossen hat. Er war kein Redner wie Pitt, Fox, Burke oder Sheridan, aber völlig imstande, die Einzelheiten eines verwickelten Stoffs den Zuhörern klar zu machen, und von unangreifbarer Reinheit in seinen Motiven und selbstloser Aufopferung für das, was er für richtig hielt. Er hat 1787 die Beseitigung des Sklavenhandels vor das Parlament gebracht. Um dieselbe Zeit wurde in London die „Gesellschaft zur Beseitigung des Sklavenhandels“ unter dem Vorsitz von Granville Sharp gegründet; sie bestand zumeist aus Quäkern.

Es war sehr klug von Clarkson, Wilberforce und Sharp, ihr Ziel zunächst auf die Unterdrückung des Sklavenhandels zu beschränken. Hätten sie die völlige Abschaffung der Sklaverei verlangt, so hätten die kolonialen Gesetzgebungen mitzureden gehabt; für die Beseitigung des britischen Sklavenhandels stand die Zuständigkeit des Mutterlands außer Zweifel. Zunächst erstreckte die Gesellschaft ihre Tätigkeit auf Gewinnung der öffentlichen Meinung. Leicht verständliche Flugschriften schilderten die Greuel

der Sklavenwirtschaft. In unzähligen Versammlungen wurde unter Vorführung der Folterwerkzeuge, mit denen die unglücklichen Neger gepeinigt wurden, im ganzen Lande das Mitleid erregt. 1788 standen die Aussichten der Sache vortrefflich. Nicht weniger als 103 Petitionen, die das Verbot des Sklavenhandels verlangten, wurden an das Parlament gerichtet; das war nur erst wenig im Vergleich zu den folgenden Petitionsstürmen, aber enorm zur Zahl der vorher in einer und derselben Sache an das Parlament gerichteten Petitionen. Es befanden sich darunter Petitionen der Stadt London und der meisten führenden Städte Englands und Schottlands. Selbst eine Petition von Bristol verlangte die Abschaffung.

Darauf wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die mit dem Sklavenhandel verbundenen Übel zu mindern. Im Februar 1788 wurde ein Ausschuß des Geheimen Rats eingesetzt, der eine gründliche Untersuchung derselben vornehmen sollte. Im Mai hat Pitt selbst an Stelle des erkrankten Wilberforce eine Resolution beantragt, die das Unterhaus verpflichtete, frühzeitig in der nächsten Session die Petitionen in Betracht zu ziehen. Fox und Burke erklärten sich emphatisch für ein sofortiges Verbot des Sklavenhandels; jede Verzögerung sei ein Verbrechen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen, und wenige Wochen später hat Sir William Dolben ein Notgesetz eingebracht, das bestimmt war, in der Zwischenzeit die Schrecken der Überfahrt zu mindern. Pitt trat energisch dafür ein; auch wurde es, trotz des leidenschaftlichen Widerspruchs der Vertreter von Liverpool und im Oberhause seitens Lord Thurlows, Gesetz. Nun hätte man erwarten können, daß ein Gesetz, das von einem der mächtigsten Minister, die England je gehabt hat, und von den Führern der Opposition verteidigt und von einem beispiellosen Enthusiasmus der Bevölkerung getragen wurde, über alle Gegnerschaft triumphiert hätte. Aber 1787 und 1790 kam es zu nichts als zu einer Erneuerung von Dolbens Gesetz. Trotzdem Wilberforce auf Grund des nunmehr erschienenen Berichtes des Ausschusses des Geheimen

Rats einen einschneidenden Gesetzentwurf im Parlamente einbrachte, der von Pitt, Fox und Burke aufs wärmste verteidigt wurde, haben die genannten Momente, der enorme Betrag des im Sklavenhandel angelegten Kapitals, die Furcht vor den westindischen Pflanzern und die Sorge, der Sklavenhandel, wenn den Briten verboten, werde den Franzosen zufallen, die Annahme verhindert. Und doch waren in Frankreich Lafayette, Mirabeau, Brissot, Clavière, Condorcet auf Grund der Menschenrechte für die Beseitigung des Sklavenhandels. Eine Vorlage wurde in der Nationalversammlung eingebracht. Aber in Frankreich war es wie in England. Hier fürchtete man, ein Verbot werde England zugute kommen, das den Handel rasch monopolisieren werde. Mirabeau sagte Clarkson, daß von den 1200 Mitgliedern der Nationalversammlung 300 für die Abschaffung stimmen würden, aber noch 500 mehr, wenn sie unzweideutige Beweise hätten, daß auch England den Sklavenhandel abschaffen würde.

Um diese Zeit begann die Furcht vor der französischen Revolution und ihren Prinzipien großen Einfluß auf die öffentliche Meinung Englands zu gewinnen. Da die Beseitigung des Sklavenhandels in Frankreich auch von den Jakobinern verlangt wurde, wurde sie in England als Jakobinertum verschrien. Als Wilberforce im April 1791 einen Gesetzentwurf, der das Verbot weiterer Sklaveneinfuhr nach Westindien bezweckte, im Unterhause einbrachte, blieb er trotz der Verteidigung durch Pitt und Fox mit 88 gegen 163 Stimmen in der Minderheit. Es war kein Trost, daß alle bedeutenden Männer der Minderheit angehörten. Nun aber zeigte sich der Ernst der auf die Abschaffung des Sklavenhandels gerichteten Bewegung, indem die Masse in allen Teilen Englands auf den Genuß von Zucker als dem Erzeugnisse von Sklavenarbeit verzichtete, und 1792 nicht weniger als 519 Petitionen für Beseitigung des Sklavenhandels und nur 4 für seine Beibehaltung und eine für seine Regelung ans Parlament gerichtet wurden. Aber eben diese Petitionen erregten Widerstand gegen das, was sie verlangten. Nicht nur daß alle Mit-

glieder der hannöverschen Dynastie der Abschaffung des Sklavenhandels ebenso feindlich gegenüberstanden, wie die Stuarts ihn eifrig begünstigt hatten, man erblickte in den Petitionen eine Gefährdung der Unabhängigkeit des Parlamentes. Dazu kam die Besorgnis, welche die in dem französischen St. Domingo ausgebrochenen Negerunruhen erregten; es herrschte dort ein Zustand von Anarchie und Unsicherheit, wie ihn die Phantasie nicht ärger ausmalen konnte. Das verstärkte die steigende Angst ob der Vorgänge in Frankreich. Pitt selbst scheint eine Zeitlang in seiner Befürwortung der Beseitigung des Sklavenhandels wankend geworden zu sein. Als aber Wilberforce im April im Parlament den Antrag auf sofortige Abschaffung stellte, traten alle seine Bedenken zurück. Er hielt jene Rede, die seine Gegner Fox, Windham, Grey für die beredteste Leistung, die sie je gehört hätten, erklärten. Die Debatte dauerte bis 6 Uhr morgens, und während Pitt schließend prophezeite, daß nach Beseitigung des Sklavenhandels die widerstrebende Gerechtigkeit Europas endlich für die lange Agonie Afrikas Ersatz leisten werde, indem es diesem umnachteten Kontinente das Licht der Zivilisation und Kenntnis bringe, brachen plötzlich die Strahlen der aufgehenden Sonne durch die Fenster des Hauses; Pitt begrüßte sie mit den Versen Virgils:

Nos . . . primus equis Oriens afflavit anhelis,
Illic sera rubens accendit lumina Vesper¹⁾.

Er schloß, indem er emphatisch erklärte, daß er jedem Antrage, der die Abschaffung auch nur für eine Stunde verzögere, sich widersetzen würde.

Aber das Haus entschied sich mit 193 gegen 125 Stimmen für allmähliche Beseitigung. Im Jahre 1796 sollte der Sklavenhandel aufhören. Aber auch dieser Beschluß scheiterte am Widerstande der Sonderinteressenten im Oberhause, und im nächsten Jahre brach der Krieg

1) Uns haucht an der früheste Morgen auf schnaubenden
Rossen,
Dort entzündet der Abend errötend verspätete Lichter.

gegen Frankreich aus, und Reformen aller Art wurden unpopulär. Vergeblich beantragte Wilberforce, wenigstens die Lieferungen von Sklaven an fremde Kolonien zu verbieten. Im Lande wie im Parlamente sah man nunmehr in der Agitation für Beseitigung des Sklavenhandels nur Jakobinertum. Als es zu Anfang 1794 in Paris bekannt geworden, daß Martinique und Guadalupe vor den überlegenen britischen Streitkräften in Westindien hatten kapitulieren müssen, hatte der französische Nationalkonvent das Dekret vom 4. Februar 1794 erlassen, das die Sklaverei und den Sklavenhandel in den französischen Kolonien abschaffte. Es ist unter stürmischen und theatralischen Auftritten zustande gekommen. Danton frohlockte: „Heute ist der Engländer tot; Pitt und seine Helfershelfer sind vernichtet.“ Er hat freilich nur das Entgegengesetzte erreicht. Das Dekret hatte in St. Domingo zur Folge, daß die Eigentümer der Plantagen erschlagen oder zur Flucht nach England oder Amerika getrieben, oder von den Kommissaren des Wohlfahrtsausschusses zu Hunderten nach Paris geschafft wurden, um als Feinde der Republik vor das Revolutionsgericht gestellt zu werden. Die Plantagen wurden verwüstet, Fabriken und Handel kamen in Verfall, das Vermögen der Flüchtlinge und Verhafteten wurde mit Beschlagnahme belegt. Von den französischen Kolonien verbreitete sich der Aufstand nach den englischen, einschließlich Jamaika. Die ganze weiße Rasse im Archipel schien bedroht. Das hat in England den Gegnern der Abschaffung des Sklavenhandels wirksame Argumente geliefert. Nichtsdestoweniger ist es Wilberforce noch 1794 gelungen, im Unterhause einen Antrag durchzubringen, der den Sklavenhandel mit Fremden verbot; aber er ist im Oberhause gescheitert, und in den folgenden Jahren scheiterten die Anträge Wilberforces auch im Unterhause, nicht gegen starke Mehrheiten, aber bei zahlreichen Stimmenthaltungen. Man begnügte sich damit, den Gouverneuren der Kolonien in einer Adresse zu empfehlen, die Wohlfahrt der Neger zu fördern, auf daß der Sklavenhandel unnötig werde. Man dachte dabei, durch Inzucht von Sklaven in den Kolonien

die Notwendigkeit frischer Zufuhr von Negern zu ersetzen. Das 18. Jahrhundert endete mit der vorübergehenden Niederlage einer Sache, die 12 Jahre früher am Vorabend ihres Triumphes zu stehen schien.

Es läßt sich noch heute nicht mit Bestimmtheit sagen, was Pitt bewogen hat, es trotz seiner zündenden Rede so weit kommen zu lassen. An der Ehrlichkeit seiner Gegnerschaft gegen den Sklavenhandel haben die Führer der Bewegung Wilberforce und Clarkson selbst nie gezweifelt. Aber der Umschlag der öffentlichen Meinung gegen Nachahmung irgendwelcher in Frankreich ergriffener Maßnahmen war nach der Hinrichtung Ludwigs XVI. und Marie Antoinettes zu groß. Alles schien als jakobinisch, was dort geschehen war, und obwohl es nahelag, auf die Heranziehung der Ausbreitung des Negeraufstands von den französischen auf die englischen Kolonien zu erwidern, daß sie die Strafe sei dafür, daß das Parlament verweigert hatte, dem Sklavenhandel Einhalt zu tun, und daß die Neger statt zu den Jakobinern zu Großbritannien gehalten hätten, hätte man früher auf Wilberforce, Clarkson und Zacharias Macaulay gehört, hat der Kampf auf Leben und Tod, in dem sich England damals mit Frankreich befand, doch Pitt veranlaßt, alles zu vermeiden, was ihn mit dem Könige und der öffentlichen Meinung in Konflikt bringen oder die politische Situation gefährden konnte. Dazu kam, daß die Franzosen, nachdem sie 1802 im Frieden von Amiens die Kolonien, die ihnen die Engländer genommen, wiedererhalten hatten, die Sklaverei dort wieder zuließen. So hat der Sklavenhandel nicht nur fortbestanden, sondern noch außerordentlichen Aufschwung genommen. Aber 1806 war die Schlacht bei Trafalgar geschlagen worden. England war die unbestrittene Herrin der Meere; kein neutrales, geschweige denn ein feindliches Schiff konnte es wagen, sich im Widerspruch zu seinem Gebote hinauszuwagen. Damit war alle Gefahr, daß bei einem Verbote des Sklavenhandels für britische Schiffe fremde ihn hätten betreiben können, beseitigt. Und bald nach Trafalgar starb Pitt, und es kam das „Ministerium

aller Talente“ und mit ihm Fox ans Ruder. Noch waren der König und die königliche Familie heftige Gegner der Abschaffung des Sklavenhandels, und solche saßen auch im Kabinette. Aber Fox ist von je aus idealen Gründen, aus rein menschlichen, wie aus Rücksicht auf das Interesse des Ganzen, ein begeisterter Vorkämpfer der Sklavenbefreiung gewesen. Jeder wußte, daß er eher auf die Macht verzichten, als nachgeben werde. Der Wechsel hat sich sofort fühlbar gemacht. Durch zwei alsbald im Parlament eingebrachte Gesetzentwürfe wurde britischen Schiffen jedweder Sklavenhandel mit fremden und mit britischen Kolonien verboten, und von beiden Häusern wurde eine Resolution angenommen, welche sie verpflichtete, in dem Bemühen um die schleunigste Beseitigung des britischen Sklavenhandels fortzufahren, bis sie erreicht sei, und an den König wurde eine Adresse gerichtet, er möge mit den fremden Mächten über die vollständige Unterdrückung des Sklavenhandels verhandeln. „Hätte ich in meinem Leben weiter nichts getan, als dieses Werk zu vollenden“, hat Fox am 10. April 1806 im Unterhause gesagt, „so hätte ich meine Pflicht erfüllt.“ Er ist wenige Monate später, im Oktober 1806 mit den Worten, er sterbe glücklich, gestorben. Aber sein Nachfolger, Lord Grenville, verlor keine Zeit, das Versprechen Pitts, das dieser so viele Jahre lang unerfüllt gelassen hatte, auszuführen. Die Abschaffung wurde 1807 fast ohne Widerspruch beschlossen, und auf dem Wiener Kongreß hat dann England durchgesetzt, daß ihm die Kontrolle seiner Konkurrenten, die es inzwischen nur tatsächlich geübt hatte, von dem versammelten Europa zugesprochen wurde¹⁾. Damit war der Sklavenhandel für die Angehörigen aller europäischen Staaten verboten und der erste Schritt zur Beseitigung der Sklaverei überhaupt getan.

1) Goethe (vgl. Eckermann, Gespräche mit Goethe) hat sich am 1. September 1829 dahin geäußert, als seien die Engländer gegen den Sklavenhandel nur aufgetreten, um fremde Konkurrenz im Sklavenhandel abzuhalten. Es wäre richtiger gewesen, zu sagen, um ihr Verbot des Sklavenhandels aufrecht halten zu können.

Nach dem Kriege hat sich das Bestreben der Freunde der Neger auf die völlige Abschaffung der Sklaverei gerichtet¹⁾. Wilberforce war nun zu alt, um an der darauf gerichteten Bewegung aktiv teilzunehmen. 1823 wurde die Antisklaverei-Gesellschaft gegründet. Sie entwickelte eine lebhaft Agitation unter Führung von Fowell Buxton. Zu den Quäkern, Methodisten, Evangelisch-kirchlichen kamen jetzt als Gegner der Sklaverei die Radikalen, Deisten, Demokraten und die Utilitarier, die einen auf Grund von Deduktionen aus den angeborenen Menschenrechten, die Utilitarier²⁾ nicht, weil die Neger und der Weiße beide zum Genus Mensch gehören, sondern weil die Erfahrung lehre, daß der Neger Fähigkeiten und Empfindungen hat, die ihn geeignet machen, Eigentum zu besitzen, Ehen einzugehen, Buchstaben zu erlernen usw. Es fehlte für sie also jeder Grund, ihren Grundsatz, daß es Aufgabe der Regierung sei, für das größte Glück der größten Zahl zu sorgen, nicht auf sie auszudehnen. Unter den Whigs wurde Brougham einer der wirksamsten Agitatoren und gewann seine berühmte Wahl als Nachfolger von Wilberforce in der Vertretung von Yorkshire ebenso sehr auf Grund seines Eintretens für die Sklavenbefreiung wie auf Grund seines Eintretens für Parlamentsreform. Der alte Wilberforce aber befreundete sich, trotzdem er ein Konservativer war, mit dieser, weil er einsah, daß nur ein reformiertes Parlament Aussicht auf die Befreiung der Sklaven bringe.

Gegner derselben waren, wie bei jeder von idealen Motiven getragenen Bewegung, alle, die an nichts anderes als an egoistische Beweggründe glauben. Dabei hatten die Sklavenbefreier aber keinen so heftigen Widerstand zu überwinden wie den von Liverpool und anderen Seestädten seinerzeit der Beseitigung des Sklavenhandels entgegengesetzten. Um so größer war der der westindischen Pflanzer. Sie hatten sich nach dem Aufhören frischer

1) Siehe G. M. Trevelyan, *British History in the 19th Century* 253 ff.

2) Leslie Stephen, *The English Utilitarians* I 291.

Sklavenzufuhr auf die Züchtung von Sklaven geworfen und behaupteten, daß die Zuckerproduktion durch Sklavenarbeit bedingt sei; die Sklavenbefreiung bedeute das Ende des Wohlstands der westindischen Kolonien. Dies war nicht ganz unbegründet. Dabei war die finanzielle Bedeutung der westindischen Kolonien für England damals weit größer als heute, wenn auch nicht mehr so groß wie zur Zeit, da die Abschaffung des Sklavenhandels in Frage stand. Damals war sie größer als die von Irland. Wäre der Widerstand, den die Pflanzer leisteten, weniger absolut gewesen, so hätte er der Sklavenbefreiung gefährlich werden können. Aber sie lehnten jedwede Besserung des Loses der Sklaven ab. Ihre fortdauernde Brutalität bei Behandlung der Sklaven und der Missionare, in denen sie Agenten der Gesellschaft für Sklavenbefreiung sahen, steigerte die Erbitterung der öffentlichen Meinung in England gegen die Fortdauer der Sklaverei.

Immerhin war, solange das Parlament nur die Vertretung der grundbesitzenden Aristokratie und weniger mit dieser verbündeten Kaufleute war, an Sklavenbefreiung nicht zu denken. Erst das reformierte Parlament hat sie 1833 beschlossen. England hat den Pflanzern zwanzig Millionen Pfund Sterling als Entschädigung für das, was sie im Erwerbe von Sklaven aufgewendet hatten, gezahlt. Die Pflanzer erklärten dies für zu wenig; sie bezifferten ihren Verlust auf 43 Millionen. Auch sind einige Pflanzer bankrott geworden, da der westindische Neger nach seiner Befreiung es vorzog, arm zu bleiben, als fleißig zu arbeiten. Die Zuckerplantagen in Kuba und Brasilien, wo die Sklaverei fortbestand, nahmen nun großen Aufschwung und der Schmuggel von Negern dahin aus Afrika wurde trotz aller Gegenmaßnahmen wieder lebendig. Noch mehr gingen die Zuckerplantagen zurück, als die Konkurrenz des europäischen Rübenzuckers aufkam.

Die Sklavenbevölkerung aber bestieg in der Nacht vor dem 1. August 1834, an welchem Tage alle Sklaven innerhalb des Britischen Reiches frei werden sollten, die Hügel-

auf den westindischen Inseln, um den Aufgang der Sonne zu erwarten, der ihnen, als deren Strahlen über die See hinglitten, die Freiheit bringen sollte¹⁾. Wilberforce, dessen Tätigkeit vor den Augen der Öffentlichkeit die Verdienste der grundlegenden Befreier Granville Sharp, Clarkson und Zacharias Macaulay etwas verdunkelt hat, war unterdessen gestorben und ist in der Westminster Abtei unter den großen Staatsmännern Englands begraben worden.

1) Trevelyan, a. a. O. 254.

43. Kapitel.

Pauperismus und Armengesetzgebung.

Die Sklavenbefreiung ist den schwarzen Arbeitern in den Kolonien zu gute gekommen. Wie stand es daheim mit den weißen, die man „die arbeitenden Armen“ zu nennen pflegte?

Ich habe im 25. Kapitel erzählt, welchen Wandel das Elisabethsche Armengesetz seit der Restauration durchgemacht hat. Es hatte dem Arbeiter einerseits ein gesetzliches Recht auf Unterstützung verliehen, andererseits bestimmt, daß er für seinen Unterhalt arbeiten solle. Dementsprechend hatte es zwischen arbeitsfähigen und nicht-arbeitsfähigen Armen unterschieden, und während es das Kirchspiel zur Unterstützung der letzteren verpflichtete, war es gegen die Arbeitsfähigen, die Unterstützung in Anspruch nahmen, zunächst mit grausamen Strafen vorgegangen, was noch grausamer wirkte, als es unter Karl II. den Arbeitern erschwert wurde, den Arbeitsmarkt aufzusuchen, an dem Nachfrage nach ihrer Arbeit bestand. Unter Georg I. ist dann 1723 bestimmt worden, daß die Kirchspiele berechtigt sein sollten, ein jedes für sich oder in Verbindung mit anderen, Arbeitshäuser zu errichten, in denen diejenigen, die arbeiten wollten, aber keine Arbeit fanden, für die Kirchspiele arbeiten sollten, und daß kein Armer, der sich weigere, in das Arbeitshaus aufgenommen zu werden, Anspruch auf Unterstützung erheben könne. Aber ich habe auch erzählt, wie die Unterscheidung zwischen arbeitsfähigen und nichtarbeitsfähigen Armen

nicht länger haltbar war, als Tausende von Bauern infolge der Art und Weise, wie in England die Gemeinheitsteilung stattfand, von der Scholle vertrieben wurden, als infolge der Fortschritte der industriellen Technik viele, die im Gewerbebetriebe tätig gewesen waren, brotlos wurden und als das im Gefolge des Kriegs mit den Neu-England-Staaten in Amerika eingetretene Elend Zahllose unterstützungsbedürftig machte. Es war nicht Arbeitsscheu, was die so unterstützungsbedürftig Gewordenen von der Arbeit zurückhielt; sie hätten gern gearbeitet, hätten sie jemand gefunden, der ihrer begehrte. Dem wurde 1782 im sogenannten Gilbert's Act Rechnung getragen, der die Unterscheidung zwischen arbeitsfähigen und nichtarbeitsfähigen Armen insofern fallen ließ, als er zwar der Vereinigung mehrere Kirchspiele das Recht gab, für nichtarbeitsfähige Arme ein Armenhaus zu errichten; aber dieses Armenhaus war nicht mehr ein Arbeitshaus, in dem Arbeitsfähige beschäftigt werden sollten; der Armenpfleger sollte die Arbeitsfähigen von Haus zu Haus auf die Suche nach Arbeit senden; wer sie beschäftigte, hatte ihnen Kost und 6 d per Tag zu geben, wozu das Kirchspiel 4 d zuschoß; das war das „Rundesystem“.

Da war 1793 der Krieg mit Frankreich ausgebrochen. Er hat zu einer unerhörten Steigerung der Getreidepreise und diese einerseits zur Steigerung der Löhne, andererseits zur Zunahme des Großgrundbesitzes durch Bauernlegen geführt. Ich habe im zweiten Bande erzählt, wie 1795 die Friedensrichter von Berkshire dies zum Anlaß genommen haben, in dem sogenannten Speenhamland Act of Parliament aus der Armenunterstützung eine Methode zu machen, den Arbeitgebern auf Kosten der Armensteuerpflichtigen billige Arbeitskräfte zu verschaffen. Wenn der Gallon Laib Brot aus Mehl zweiter Güte 1 Shilling koste, sollte der Lohn des Arbeiters aus der Armenkasse auf einen Betrag gebracht werden, daß der Mann für seinen eigenen Unterhalt 3 Shilling die Woche und $1\frac{1}{2}$ Shilling für den Unterhalt seiner Frau und jedes Mitgliebes seiner Familie erhalte. Das war während des Kriegs erträglich gewesen.

Es war die Zeit der Hochkonjunktur für den getreidebauenden Großgrundbesitz und die Zeit, da die aufblühende Großindustrie den von der Scholle vertriebenen Bauern Beschäftigung bot. Auch haben Tausende in Armee und Flotte Unterhalt gefunden. Anders, als 1815 der Friede geschlossen wurde. Nun fanden die vertriebenen Bauern nicht mehr Arbeit in den Fabriken; das aus Großgrundbesitzern bestehende Parlament hat, wie noch zu erzählen sein wird, 1815 die Einfuhr von Korn verboten, solange der Preis des Quarters Weizen nicht 80 s betrage; da England dem Ausland sein Getreide nicht abnahm, konnte dieses ihm auch seine Fabrikate nicht abnehmen, und infolge der Verarmung der breiten Massen der Bevölkerung durch den Krieg begegnete die britische Industrie auch daheim keiner zahlungsfähigen Nachfrage. Viele Fabriken wurden geschlossen. Zu den Arbeitslosen, welche durch die Vertreibung der Bauern vom Land und diesen Stillstand der Fabriken geschaffen wurden, kamen noch die, welche die Auflösung der britischen Streitkräfte nach beendigtem Kriege zur Folge hatte. 300 000 Mann wurden entlassen¹⁾, darunter auch jener Teil der Armee Wellingtons, der nur mittels der neunschwänzigen Katze in Ordnung gehalten werden konnte, Verbrecher und Trunkenbolde, welche Badajoz geplündert und die Eroberung von Ciudad Rodrigo und San Sebastian durch wilde Missetaten geschändet hatten²⁾. Jetzt wurden sie auf die Heimat losgelassen, wo sie weder auf dem Lande noch in der Stadt Arbeit finden konnten.

Die Zahl der Arbeitslosen war im Verhältnis zur Größe der Bevölkerung außerordentlich groß. Da hat das Speenhamland-System in Verbindung mit dem durch den Gilbert Act von 1782 geschaffenen Rundesystem zur Degradation der Arbeiterschaft Englands zu Paupers, d. h. unterstützten Armen, geführt. Ein Arbeiter konnte keine Unterstützung erhalten, außer wenn er hilflos war, und

1) J. L. and Barbara Hammond, *The Town Labourer* 105.

2) C. W. Oman, *Wellington's Army* 212—213.

ohne daß er Unterstützung erhielt, konnte er keine Beschäftigung finden; denn wer wäre bereit gewesen, einem Arbeiter 10 s die Woche zu zahlen, wenn er den Mann, der ihm von der Armenpflege zugewiesen wurde, um die Hälfte haben konnte! Dabei galt noch immer, wenn auch gemildert, das Niederlassungsgesetz, das den Arbeiter hinderte, den Markt aufzusuchen, an dem seine Arbeit begehrt wurde. Von den Folgen des Gesetzes von 1782 für die in den Fabriken beschäftigten Kinder wird noch später die Rede sein.

Schon bevor der Friede wiederhergestellt war, hatte die Arbeitslosigkeit zu Aufständen in den nördlichen und mittleren Grafschaften geführt, die nur durch Militär unterdrückt werden konnten. Im November 1811 hatten sie sich in Nottinghamshire unter den dortigen Strumpfwirkern wiederholt. Sie hatten unter dem Kommando eines wahrscheinlich nur in der Einbildung existierenden Hauptmanns Ludd — daher ihre Bezeichnung als Ludditen — die Maschinen, in denen sie ihren unmittelbaren Feind sahen, zerstört, und Lord Castlereagh, der in allem Jakobinertum sah, hat 1812 das Gesetz im Parlament eingebracht, das die Zerstörung von Maschinen mit dem Tode bedrohte. Das hat dem jugendlichen Lord Byron zu seiner Jungfernrede im Oberhause Anlaß gegeben.

„Auf die Einzelheiten dieser Revolten einzugehen“, sagte er, „wäre überflüssig. Dem Hause ist bekannt, daß jedwede Art von Verbrechen, Blutvergießen ausgenommen, begangen worden ist. Während der kurzen Zeit, die ich jüngst in Nottinghamshire zugebracht habe, sind nicht zwölf Stunden vergangen ohne neue Gewalttat. Aber während diese Verbrechen, wie zugegeben werden muß, in beunruhigendem Maße verübt werden, kann nicht bestritten werden, daß sie aus Umständen unerhörter Not entstanden sind. Wenn uns gesagt wird, daß diese Leute sich verbündet haben nicht nur zur Vernichtung ihres eigenen Wohlergehens, sondern geradezu der Mittel ihrer Existenz, dürfen wir vergessen, daß es die bittere Politik, der vernichtende Krieg der letzten achtzehn Jahre ist, was ihre Wohlfahrt, Eure Wohlfahrt, aller Menschen Wohlfahrt vernichtet hat, jene Politik, die mit ‚großen Staatsmännern, die nicht mehr sind‘, ihren Anfang genommen, die Toten überlebt hat, um den Lebenden bis

in die dritte und vierte Generation zum Fluche zu werden? . . . Das Land leidet zurzeit unter dem doppelten Nachteil einer unnützen militärischen und einer hungernden Bevölkerung. Ihr nennt diese Leute Pöbel, verzweifelt, gefährlich und unwissend, und scheint der Ansicht zu sein, der einzige Weg, sie zu beruhigen, sei, ein paar ihrer überflüssigen Köpfe abzuschlagen. Aber selbst ein Pöbel vermag besser durch eine Mischung von Versöhnlichkeit und Stärke zur Vernunft gebracht zu werden als durch Steigerung seiner Aufregung und Verdoppelung von Strafen. Seid Ihr Euch unserer Verpflichtungen gegenüber dem Pöbel bewußt? Es ist der Pöbel, der Eure Felder bearbeitet, der Euch in Euren Häusern dient, der Eure Schiffe bemannt und Eurem Heere die Rekruten liefert, der Euch instand gesetzt hat, der ganzen Welt die Spitze zu bieten, und der auch Euch die Spitze bieten kann, wenn Vernachlässigung und Unglück ihn zur Verzweiflung treiben. . . . Niemals habe ich unter der despotischen Regierung der Ungläubigen solch' schmutzige Erbärmlichkeit gesehen wie seit meiner Rückkehr zum eigensten Herzen eines christlichen Landes. Wie wollt Ihr dieses Gesetz zur Durchführung bringen? Könnt Ihr ein ganzes Land in seine eigenen Gefängnisse einsperren? . . . Aber stellt Euch einen dieser Männer vor, so wie ich sie gesehen habe, abgemagert durch Hunger, stumm vor Verzweiflung, gleichgültig für ein Leben, das Eure Herrlichkeiten für geringer erachten als den Preis eines Strumpfwirkerrahmens, stellt Euch diesen Mann vor, fortgerissen von seinen Kindern, für die er außerstande ist, Brot zu beschaffen, vor ein Gericht geschleppt, um wegen dieses neuen Vergehens gegen ein neues Gesetz prozessiert zu werden, so fehlen doch noch zwei Dinge, um ihn zu überführen und zu verurteilen, und die sind nach meiner Meinung zwölf Metzger als Geschworene und ein Jeffreys als Richter.“

Byron hat mit seiner Rede im Oberhause nichts erreicht. Die Todesstrafe wurde beschlossen. Im Leben hat er Recht behalten. Als nach dem Frieden die Arbeitslosigkeit zunahm, nahm die Zerstörung von Maschinen durch „Ludditen“ noch zu.

Aber die „arbeitenden Armen“ waren nicht die einzigen Opfer. Wenn auch, wie ich im zweiten Bande¹⁾ dargelegt habe, das, was die Arbeiter an Armenunterstützung erhielten, in Weizen ausgedrückt, gesunken war, so war die

1) Band II, 444.

Summe dessen, was dafür verausgabt worden, doch enorm gestiegen. Sie betrug¹⁾:

im Jahre	Bevölkerung	Armensteuer in £	pro Kopf der Bevölkerung
1760	7 000 000	1 250 000	3 s 7 d
1784	8 000 000	2 000 000	5 s 0 d
1803	9 216 000	4 077 000	8 s 11 d
1818	11 876 000	7 870 000	13 s 3 d

Unter dieser Steigerung haben die ärmeren Armensteuerpflichtigen, die selbst keine Arbeiter beschäftigten und, wo das Speenhamland-System herrschte, genötigt wurden, einen Teil der von ihren reicheren Nachbarn geschuldeten Löhne zu zahlen, schwer gelitten; daher sich auch begreift, daß das System in Northumberland und Durham nicht zur Anwendung kam; bei der großen Zahl der dort beschäftigten Grubenarbeiter wäre die Abwälzung eines Teils des Lohns auf die Armensteuerpflichtigen unmöglich gewesen.

Angesichts der Steigerung der Armensteuer hat das Parlamentsmitglied Curven 1817 die Einsetzung einer Kommission beantragt, um die Wirkungen der bestehenden Armengesetze zu untersuchen. Die Armensteuer sei zu einer Methode der Lohnzahlung geworden. Die Kommission hat am 4. Juli Bericht erstattet und darin gesagt, daß, wenn es so weiter ginge, die Steuer das Eigentum, auf das sie gelegt sei, auffressen werde. Trotz der Schärfe dieser Sprache ist der praktische Erfolg schwächlich gewesen. Es wurde weder an dem gesetzlichen Anspruch der Armen auf Unterstützung noch an dem Rechte der Friedensrichter, einen Teil der Lohnzahlung den Armensteuerpflichtigen aufzubürden, etwas geändert. Die Gesetze von 1818 und der Sturges Bourne's Act von 1819 enthalten nur Verbesserungen in der Technik der Verwaltung, und von dem Gesetze von 1819 erscheint für unsere Betrachtung nur wichtig, daß nach demselben neben dem durch den Gilbert's

1) Für die Ziffern siehe P. F. Aschrott, Das englische Armenwesen in seiner historischen Entwicklung, Leipzig 1886, 24 und 24 Anm. 2.

Act von 1782 geschaffenen Armenhause das 1597 für arbeitsfähige Arme eingeführte Arbeitshaus wieder hervortritt. Bei der Gewährung der Unterstützung und besonders bezüglich der Art derselben treten die armenpolizeilichen Prinzipien, d. h. die Abschreckung wieder in den Vordergrund. Das gilt auch für weitere bis zum Jahre 1834 erlassene Gesetze. Wie man im 16. und 17. Jahrhundert das Heilmittel für die durch das Bauernlegen geschaffene Not in der Bestrafung der Notleidenden gesehen hat, so suchten die unter dem Anwachsen der Armensteuer Leidenden abermals in schlechter Behandlung der Armen ein Heilmittel, und die 1824 im Vagrants Act gegen die Vagabunden getroffenen Strafbestimmungen atmen den Geist des Gesetzes Heinrichs VIII. (27th Hen. VIII c. 25) und des Gesetzes der Elisabeth (39. Eliz. c. 4) über die Bestrafung von „Schurken, Landstreichern und arbeitsfähigen Bettlern“, wovon im zweiten Bande die Rede war¹⁾. Die darin festgesetzten Strafen sind:

1. Korrektionshaus mit harter Arbeit bis zu 1 Monat für „faule und unordentliche Personen“, wozu jeder zu rechnen ist, der imstande ist, sich und seine Familie ganz oder teilweise durch Arbeit oder andere Mittel zu erhalten, und dies vorsätzlich verweigert oder versäumt, so daß er selbst oder ein Familienglied, das auf Unterhalt Anspruch hat, der Armenkasse zur Last fällt. Unter diese Rubrik fallen insbesondere Personen, die umherziehen und sich an öffentlichen Orten hinstellen und betteln oder Kinder dazu gebrauchen.

2. Korrektionshaus mit harter Arbeit bis zu 3 Monaten für Schurken und Vagabunden. Hierzu gehören alle Rückfälligen der ersten Klasse, ferner Vagabunden, die in unbewohnten Gebäuden u. dgl. ohne sichtbare Mittel des Unterhalts vorgefunden werden.

3. Korrektionshaus mit harter Arbeit bis zu 1 Jahr und Zulassung von Peitschenhieben bei männlichen Personen für unverbesserliche Schurken, d. h. alle Rückfälligen der

1) Band II S. 132, 137.

zweiten Klasse, sowie für Schurken und Vagabunden, die, ergriffen, dem Polizeibeamten Widerstand leisten.

Vergegenwärtigen wir uns das Armensteuersystem, wie es 1832, d. h. siebenunddreißig Jahre nach Einführung von Unterstützungsausschüssen, beschaffen war. Ich halte mich dabei an den Bericht der königlichen Kommission zur Untersuchung des Armenwesens von 1832—34¹⁾).

Danach ist das Schlimmste der Mangel an Einheit in der Armenpflege gewesen. Der Gilbert Act von 1782 wie der Sturges Bourne's Act von 1819 hatten es in das Belieben der Kirchspiele gesetzt, ob diese von ihren Bestimmungen Gebrauch machen wollten. Die Folge davon war große Verschiedenheit in der Armenpflege mitunter in den einander nächstliegenden Kirchspielen.

Der Bericht beginnt damit, daß die Mittel, die nach dem Armengesetze der Elisabeth bestimmt seien, Kinder und erwerbsfähige Personen an die Arbeit zu setzen und den Arbeitsunfähigen Unterstützung zu gewähren, zu Zwecken verwendet würden, welche dem Buchstaben und dem Geiste des Gesetzes zuwider seien und die Moral der Arbeiter untergrüben. „Die große Ursache der Mißverwaltung des Armengesetzes ist der Wunsch vieler unter denen, welche die Kirchspielgelder verwalten, daraus Vorteil für sich zu ziehen . . . So erklärt sich, daß die, welche den Unterstützten Beschäftigung geben, für ein System eingenommen sind, das ihnen ermöglicht, ihre Arbeiter zu entlassen und wieder einzustellen je nach ihrem täglichen, ja stündlichen Bedarf, das sie instand setzt, den Lohn auf das Minimum, ja darunter zu drücken von dem, was ein Unverheirateter zum Leben braucht, und, anderen die Zahlung eines Teils und mitunter fast das Ganze des Lohnes, den ihre Arbeiter erhalten, zuzuschieben . . . auch dienen hohe Armensteuern dazu, eine Herabsetzung der Pachtrente zu verlangen, hohe Löhne dagegen nicht . . . Die

1) First Report of the Commissioners for inquiring into the Administration and Operation of the Poor Laws in 1834. Reprint 1885.

meisten Gutsbesitzer scheinen Denkweisen und Gefühle und Gewohnheiten angenommen zu haben, die sie gänzlich ungeeignet machen, irgendwelche wirkliche und umfassende Besserung herbeizuführen.“ Doch darf man sich nicht vorstellen, daß diese Mißbräuche ausnahmslos herrschten; andererseits waren sie nicht auf das Land beschränkt. Aber „in den Städten“, sagt der Kommissionsbericht, „findet sich das Zuschußsystem weniger, wahrscheinlich weil die Fabrikanten eine zu kleine Zahl unter den Armensteuerpflichtigen ausmachen und daher in der Armenverwaltung geringeren Einfluß haben als die Landwirte auf dem Lande; aber selbst in den Städten kommt es in beträchtlichem Maße vor.“

Was die Art der gewährten Unterstützung angeht, so findet sich die Aufnahme von Arbeitsfähigen in ein Arbeitshaus nur selten. Die Arbeitshäuser werden entweder als baufällige Häuser geschildert mit wenigen Insassen, meist ganzen Familien, die dort behaglich ohne ordentliche Beschäftigung zusammenwohnen, oder als prächtige Neubauten, in denen die Insassen weit über die Verhältnisse eines gewöhnlichen selbständigen Arbeiters leben. Es fehle im Arbeitshause allenthalben an Disziplin.

Zumeist ward Unterstützung außerhalb des Arbeitshauses gewährt, indes auch hier nur ausnahmsweise durch Beschäftigung seitens des Kirchspiels. Das hätte sich für dieses zu teuer gestellt. Es hätte ein besonderes Aufsichtspersonal nötig gemacht, da die Arbeiter ohne Aufsicht nicht gearbeitet hätten. Auch war da, wo für das Kirchspiel gearbeitet wurde, die Arbeit schlecht und lässig und für das Kirchspiel unvorteilhaft; außerdem aber sagt der Bericht: „Beschäftigung durch das Kirchspiel bringt keinem Einzelnen Vorteil. Da die meisten übrigen Unterstützungsmethoden den Arbeitgebern ermöglichen, einen Teil des Lohns ihrer Arbeiter auf das Kirchspiel abzuwälzen, ziehen sie solche vor, bei denen sie unter der Maske der Mildtätigkeit einen Gewinn ziehen können.“ Im Jahre 1832 sind daher von 7 Millionen £, die an Armen-

steuer erhoben wurden, nur £ 354 000 auf Beschäftigung durch das Kirchspiel verwendet worden.

Auch Unterstützung in Naturalien wurde nur wenig gegeben. Wo sie gegeben wurde, bestand sie in Zahlung von Wohnungsmiete, oder in Verabreichung von Scheinen, die zum Empfang von Kleidungsstücken oder Materialien berechtigten. Dabei wird geklagt, daß, wo das Kirchspiel die Miete für die Armen bezahlte, ein lebhafter Handel in schlechten alten Häusern sich entwickelt habe, an dem die Armenaufseher besonders beteiligt seien; auch wo Scheine, die zum Bezug von Materialien berechtigten, gegeben wurden, lauteten sie zumeist auf die Geschäfte der Armenaufseher.

Als Regel bestand die Unterstützung in Geld und zwar in der Form von Zuschüssen des Kirchspiels zu dem von ihm festgesetzten Normallohn. Das geschah entsprechend dem geschilderten Speenhamlandsystem. An einigen Orten kam es nur gelegentlich in Anwendung; an anderen war es das System des Distrikts und wurde durch die Behörden erzwungen. Häufig wurde dabei das sogenannte Ticket-System angewendet, d. h. der unterstützte Arme erhielt einen Schein (Ticket) auf einen zu seiner Annahme bereiten Gutsbesitzer oder Fabrikanten, auf Grund dessen dieser den Arbeiter auf Kosten des Kirchspiels in der Weise beschäftigte, daß sich die Gemeinde verpflichtete, die Differenz zwischen dem Lohne, den der Arbeitgeber zahlte, und dem, was dieser nach dem vom Kirchspiel festgesetzten Normallohn zu fordern hatte, zu zahlen. An einigen Orten fanden regelmäßig Versteigerungen unbeschäftigter Armen statt¹⁾. Endlich kam es vor, daß die Armensteuerpflichtigen übereinkamen, „daß jeder von ihnen Arbeiter, die im Kirchspiel heimatberechtigt waren, beschäftigen und entlohnen solle, im Verhältnis nicht zu seinem Bedarf an Arbeitskräften, sondern zu seiner Rente, oder seiner Steuerpflicht, oder zur Zahl der Pferde, die er zum Pflügen

1) Report P. P. 347 p. 20.

brauchte, oder zur Zahl der von ihm angebauten acres oder nach irgendwelchem anderen Maßstabe.“

Dazu kam, daß auch nach der Milderung, welche das Niederlassungsgesetz Karls II. erhalten hatte, noch immer die Kirchspiele das Recht hatten, einen unterstützungsbedürftig gewordenen Arbeiter, der nicht in ihnen das Heimatrecht hatte, an seinen Geburtsort zurückzuverweisen. Auch kam es vor, daß Arbeiter, wenn Gefahr war, daß sie unterstützungsbedürftig würden, vom Kirchspiel ein kleines Geschenk erhielten, damit sie sich in ein anderes Kirchspiel begäben.

Die Folge dieser Ordnung war, daß die Unterstützten jeden Sinn dafür verloren, daß der Empfang von Unterstützung herabwürdigte. War das zu verwundern? „Ein Pauper“, d. h. unterstützter Arbeiter, sagt der Kommissionsbericht, „hat die ganze Sicherheit des Sklaven, seinen Unterhalt zu finden, ohne wie dieser der Bestrafung ausgesetzt zu sein. Solange er unverheiratet ist, erhält er allerdings nicht mehr als die bloße Lebensnotdurft; aber er braucht nur zu heiraten, und sein Einkommen wächst. Selbst dann ist es ungenügend, eine Familie zu ernähren; aber es steigt mit der Geburt jeden Kindes. Wird seine Familie zahlreich, so wird das Kirchspiel sein hauptsächlicher Zahlmeister. Ein Mann mit einer Frau und sechs Kindern, der den Anspruch hat, daß sein Lohn auf 16 s wöchentlich erhöht werde, ist in seiner Gemeinde, in der die den Einzelnen gezahlten Löhne 10 oder 12 s nicht übersteigen, ein nahezu unverantwortliches Wesen. Alle übrigen Gesellschaftsklassen sind dem Wechsel von Hoffnung und Furcht ausgesetzt; er allein hat nichts zu gewinnen noch zu verlieren. . . Ist es ein Wunder, daß die Ungebildeten ein System billigen, das allen Schwächen ihrer Natur entgegenkommt, das den Jungen zu heiraten ermöglicht, das den Besorgten Sicherheit bietet, den Trägen Ruhe und den Liederlichen Straflosigkeit¹⁾?“ Der Zuschuß des Kirchspiels zum Lohn wurde als ein Recht angesehen, das dafür

1) Report. 37.

entschädigen solle, daß der Lohn unter dem vom Kirchspiele festgesetzten Normallohne stehe. Desgleichen erachteten die Unterstützten die Beschaffung geeigneter Arbeit als eine Pflicht des Kirchspiels, auf deren Erfüllung sie Anspruch hätten. Daher auch Unruhen und Zusammenrottungen, ja Brandstiftungen und andere Verbrechen, wo die Kirchspiele ihren Ansprüchen nicht genügten.

Schlimm war die Rückwirkung auf die selbständigen Arbeiter. Der Arbeitslohn wurde durch das Zuschußsystem auf ein Minimum herabgedrückt. Er überstieg selten den Betrag des von den Gemeinden festgestellten Normallohns. Es kam vor, daß der Lohn mit Zuschuß sogar mehr als der des selbständigen Arbeiters betrug.

Den Besitzenden war diese künstliche Niederhaltung des Lohns vorteilhaft. Der Gutsbesitzer erhielt zahlreiche Arbeiter, die das Kirchspiel ihm im Winter durchfüttern mußte. Der Fabrikant erhielt billige Arbeiter und für deren Beschäftigung noch Vergütung aus der Kasse des Kirchspiels. Der Ladenbesitzer gewann durch die Ausstellung von Bezugsscheinen, die auf seinen Laden lauteten.

Aber trotzdem litten auch die Besitzenden. Die Arbeit wurde schlecht geleistet, und die Armenlast wurde unerträglich. In manchen Fällen blieben ganze Strecken unangebaut, um der Armensteuer zu entgehen. In Cholesbury in Buckinghamshire stieg diese, bis das Kirchspiel verlassen wurde. 1801 hatte die Steuer £ 10 11 s betragen, und es gab nur einen Armen. 1816 war die Steuer auf £ 99 4 s, 1831 auf £ 150 5 s, 1832 auf £ 367 gestiegen. Das war die letzte Erhebung. Die Gutsbesitzer verzichteten auf ihre Renten, die Pächter auf ihre Pachtungen, der Geistliche auf den zu seiner Pfründe gehörigen Acker und den Zehnten. Die Besitzenden rissen aus und überließen das Kirchspiel den Armen. Der Geistliche, der blieb, suchte, so gut er konnte, Abhilfe zu schaffen, indem er die benachbarten Kirchspiele um zeitweilige Hilfe anging. Er schlug vor, das Land des Kirchspiels unter die Armen zu verteilen; wenn die Armen in der Zwischenzeit Hilfe er-

hielten, hoffte er, daß die Armen imstande und bereit sein würden, sich selbst zu erhalten.

Fragt man nach der Schuld, daß es so weit gekommen, so kann die Antwort nur lauten: hier hat ein Mißbrauch der Selbstverwaltung stattgefunden, wie er ärger nicht gedacht werden kann. Alle daran Beteiligten bedienen sich ihrer in ihrem Sonderinteresse, von den Friedensrichtern angefangen bis zu den Armenaufsehern und Armenpflegern. In dem Lehrlingsgesetze der Elisabeth von 1562 (5th Eliz. c. 4) war bestimmt worden, daß die Friedensrichter und Stadtmagistrate jährlich auf den allgemeinen Sitzungen nach Ostern die Löhne festsetzen sollten, so daß „der gedungenen Person, sowohl in Zeiten des Mangels wie des Überflusses ein hinlänglicher Lohn zuteil werde.“ Das war schon im 18. Jahrhundert nicht mehr beachtet worden, und als die Arbeiter zu Beginn des 19. die Beachtung des Gesetzes verlangten, hatte man es 1809 für die Wollindustrie und 1814 allgemein abgeschafft. Man hat die Lohnregelung durch Behörden für unmöglich erklärt. Und während man sich weigerte, den Lohn durch die Obrigkeiten feststellen zu lassen, den die Arbeitgeber bezahlen sollten, hat man Normallöhne in den Kirchspielen durch die Sonderinteressenten festsetzen und diese bestimmen lassen, welche Zuschüsse die Armensteuerpflichtigen zu den von den Arbeitgebern gezahlten Löhnen zu zahlen hätten, damit die Normallöhne erreicht würden! In welcher Weise Friedensrichter, Armenaufseher, Armenpfleger, kurz alle an der Armenverwaltung Beteiligten davon Vorteil zogen, geht aus der vorstehenden Schilderung hervor, die auf Grund der Angaben im Kommissionsberichte von 1832 bis 1834 entworfen ist. Doch war das Interesse der Grundbesitzer, daß andere einen Teil der von ihnen geschuldeten Löhne zahlten, nur eines unter den Sonderinteressen, das ihren Widerstand gegen eine Parlamentsreform hervorgerufen hat, von der eine Beseitigung dieser Mißbräuche zu befürchten war. Trotzdem über die Reformbedürftigkeit der Armengesetzgebung seit Dezennien kein Zweifel bestand, konnte erst das 1832 reformierte Parlament die

Einsetzung einer königlichen Kommission zur Untersuchung ihrer Wirkungen erreichen.

Mitglieder dieser Kommission waren die Bischöfe von London und Chester, ferner Sturges Bourne, Henry Bishop, Henry Gawler, W. Coulson, James Traill, N. W. Senior und Edwin Chadwick. Durch die beiden letzteren hat die Lehre des Malthus Einfluß auf die Vorschläge der Kommission und das diesen entsprechende Gesetz von 1834 erlangt.

Ich habe schon oben¹⁾ von Malthus gesagt, daß er auf der bekannten Tatsache, daß die Menge der gegebenen Nahrungsmittel die Zunahme der Bevölkerung beschränkt, die Lehre aufgebaut habe, daß die Bevölkerung ausnahmslos zunehme, wo die Unterhaltsmittel sich mehren. Er hat den Trieb der Menschen, über das Maß der vorhandenen Lebensmittel Kinder zu erzeugen, als eine „konstante Größe“ betrachtet, dessen Wirkung nur durch Elend und Laster eingedämmt werde. Das vorhandene Elend sei somit nicht die Folge fehlerhafter positiver Gesetze sondern eines Naturgesetzes. Da die Menschen die Eigenschaft hätten, sich rascher zu vermehren als die Nahrungsmittel, dienten Elend und Laster zur Wiederbeseitigung der zuviel Geborenen. In der zweiten Auflage seiner Theorie der Bevölkerung hat er als weitere Schranke gegen Überbevölkerung die moralische Enthaltbarkeit hinzugefügt; wo sie fehle, finde sich an dem festlichen Tisch der Natur für ungeladene Gäste kein Platz, und die Natur befehle ihnen, zu verschwinden, denn sie hätten ja vor ihrer Geburt nicht die Gesellschaft gefragt, ob sie sie haben wollte²⁾. Für die Praxis ergab sich daraus die notwendige Folge, daß jede Art von Armenunterstützung verwerflich sei, denn sie führe zur Untergrabung des Verantwortlichkeitsgefühls der Armen. Also fort mit dem Elisabethschen Armengesetz, und dem darin festgesetzten Recht der Armen auf Unterstützung. Malthus hat diesen Schluß selbst gezogen.

1) Siehe oben 37, 38.

2) Dieser Satz ist in späteren Auflagen weggelassen.

Nun geht aus den Kommissionsberichten von 1832 bis 1834 über die Zustände der Armenverwaltung unwidersprechlich hervor, daß es nicht ein Naturgesetz, sondern eine schamlose Handhabung positiver Gesetze war, was die Degradation der englischen Arbeiterschaft und das unerträgliche Anwachsen der Armenlast verschuldet hatte. Auch ist es nicht richtig, daß der Geschlechtstrieb um so wirksamer ist, je mehr der Nahrungsspielraum zunimmt. Schon Diderot hatte im Jacques le Fataliste geschrieben: „Rien ne peuple comme la misère“, und das benachbarte Irland hatte dies den Engländern schlagend bewiesen¹⁾. Auch ist nicht nur die Prophezeiung Mac Cullochs, daß Frankreich in einem halben Jahrhundert infolge des gleichen Erbrechts in das Grundeigentum das größte Armengehege in Europa sein werde, durch die Tatsachen glänzend widerlegt worden, es hat auch die mit Zunahme des Wohlstands eingetretene Abnahme der Geburtenziffer in allen Ländern Europas, in Amerika und Australien, ohne daß von zunehmender moralischer Enthaltsamkeit die Rede sein kann, die Lehre von der „konstanten Größe“ Lügen gestraft. Mit Zunahme des Wohlstandes ist allenthalben die vorsorgende Klugheit gewachsen²⁾. Aber den Besitzenden zur Zeit, da die Reform der Armengesetzgebung als unerläßlich erkannt wurde, kam die Malthusische Lehre als Trost. Nach ihr hatte man sich ob des herrschenden Elends, das in jener Zeit seinen größten Tief-

1) W. T. Thornton hat 1846 ein Buch „Overpopulation and its remedy“ veröffentlicht. Einer seiner Hauptgedanken (siehe p. 121) ist, daß Elend nicht nur die Wirkung, sondern der Hauptförderer von Übervölkerung ist. Siehe auch J. St. Mill, Economy bk. II ch. XIII. § 3. Auch Hewins (English Trade and Finance chiefly in the seventeenth century, 1892, 117) schreibt: „Die Betrachtung des 17. und 18. Jahrhunderts deutet darauf, daß unter einer gewissen Lebenshaltung eine weitere Verschlechterung der Lage zur Zunahme der Bevölkerung treibt.“

2) Siehe meine Abhandlung „Die Bevölkerungslehre“ in meinem Buche „Konkrete Grundbedingungen der Volkswirtschaft“. Leipzig 1924. 196—323.

stand erreicht hatte, keine Vorwürfe zu machen. Es war die Folge fehlender Moral der unteren Klassen, vermöge deren ein Naturgesetz ungehemmt waltete. Man mußte nur die Armenunterstützung, wenn nicht ganz abschaffen, so doch möglichst abschreckend gestalten; anders lasse die Moral der unteren Klassen sich nicht verbessern.

Diese Anschauungen wurden von Senior und Chadwick geteilt und haben durch sie auf die Reformvorschläge der Kommission weitgehenden Einfluß geübt. An dem Grundprinzip des Elisabethischen Armengesetzes, der Pflicht des Staates für die Arbeitsunfähigen und die Kinder zu sorgen und die Arbeitsfähigen an die Arbeit zu setzen, haben die Kommissionsvorschläge¹⁾ trotz Malthus und seiner Anhänger allerdings festgehalten, desgleichen an der Armenverwaltung nicht durch den Staat selbst, sondern durch lokale Körperschaften. Aber um Einheit in der Verwaltung zu sichern, hielt man die Errichtung einer Zentralbehörde mit ausgedehnten Befugnissen gegenüber den Lokalbehörden für nötig. Ihre Aufgabe sah man in der Leitung und Kontrolle der gesamten Armenverwaltung des Landes. Dadurch sollte bewirkt werden, daß jede Art von Unterstützten im ganzen Lande gleich behandelt würde, damit die Abwanderung von einem Kirchspiel in andere gemindert, Unzufriedenheit unter den Unterstützten vermieden und die Armenverwaltung der Kontrolle des Parlaments in größerem Maße unterworfen werde. Von Wichtigkeit war, daß neben Organen der Selbstverwaltung auch besoldete Beamte mit der Armenpflege betraut werden sollten.

Für die Arbeitsfähigen wurde als Grundsatz aufgestellt, daß die ihnen gewährte Unterstützung sie weder wirklich noch scheinbar besser stellen dürfe als die unterste Klasse der selbständigen Arbeiter.

Das Arbeitshaus wurde als einziges Mittel empfohlen, durch welches die Durchführung dieses Grundsatzes ge-

1) Siehe die treffliche Zusammenfassung der Kommissionsvorschläge in „English Poor Law Policy, by Sidney and Beatrice Webb. London 1910. Chapt. I.

sichert werden könne. Die Bereitwilligkeit, darin Aufnahme zu finden, galt als der Prüfstein wirklicher Unterstützungsbedürftigkeit.

In den Arbeitshäusern soll nach den Vorschlägen der Kommission eine völlige Trennung der darin aufzunehmenden Klassen, und zwar nicht in verschiedenen Teilen eines und desselben Gebäudes, sondern in verschiedenen Gebäuden stattfinden, um eine besondere Behandlung der alten und wirklich Arbeitsunfähigen, der Kinder, der arbeitsfähigen Frauen und der arbeitsfähigen Männer zu ermöglichen. Die Alten sollten darin ihre Unterstützung, ohne von denen, die lärmten, gestört zu werden, erhalten; die Kinder sollten in ihrem Hause erzogen und die Arbeitsfähigen zu solcher Arbeit angehalten und solcher Disziplin unterworfen werden, daß die Faulen und Lasterhaften abgeschreckt würden. Die in den Arbeitshäusern geforderte Arbeit sollte normal produktiv und frei von allem, was davon abschrecken würde, sein. Die Zentralbehörde sollte ermächtigt sein, einen Höchstbetrag des Verbrauchs per Kopf innerhalb der Arbeitshäuser festzusetzen; den Lokalbehörden sollte gestattet sein, diesen Betrag zu ermäßigen, wenn dies ohne Gefahr geschehen könne.

Außerhalb des Arbeitshauses sollte keine Unterstützung außer ärztlicher Hilfe und Unterrichtung der Lehrlinge gewährt werden, und dieses Verbot sollte innerhalb zweier Jahre durchgeführt sein. In der Zwischenzeit sollte die gewährte Unterstützung statt in Geld in Naturalien, aber auch diese nur in notdürftigstem Maße gewährt werden. Die so Unterstützten sollten für das Kirchspiel so hart und für geringeren Lohn als die selbständigen Arbeiter für private Arbeitgeber arbeiten.

Nach der Darstellung des Ehepaars Webb ist es wahrscheinlich, daß der Kommissionsbericht unter den Arbeitsfähigen den erwachsenen Mann verstanden hat, der imstande war, auf dem Arbeitsmarkte gleichviel zu welchem Lohne Beschäftigung zu finden, zusammen mit Weib und Kindern unter sechzehn Jahren.

Die Vagabunden, meint der Kommissionsbericht, würden aufhören, zur Last zu fallen, wenn sie gleich den Arbeitsfähigen behandelt würden. Die Schwierigkeit war nur, dies durchzusetzen. Daher empfiehlt der Bericht, die Zentralbehörde anzuweisen, Bestimmungen über die Unterstützung von Vagabunden und entlassenen Gefangenen zu erlassen.

Bezüglich der Behandlung unterstützungsbedürftiger Frauen bestehen Zweifel, ob der Kommissionsbericht dafür war, daß auch ihnen außerhalb des Arbeitshauses keine Unterstützung gereicht werde. Die Frau wird durchweg wie das Kind behandelt, und es wird angenommen, daß sie ihrem Manne folge. Frauen, die ins Arbeitshaus aufgenommen wurden, wurden in zwei Klassen unterschieden: in alte und wirklich arbeitsunfähige und in arbeitsfähige. Über die schwierigen durch Witwen, verlassene Weiber, Frauen abwesender Soldaten, Frauen von Männern in anderen Kirchspielen oder einem anderen Lande, gleichviel ob mit oder ohne Kinder, entstehenden Fragen schweigt der Bericht. Dagegen widmet er unehelichen Müttern große Aufmerksamkeit. Seine Vorschläge laufen darauf hinaus, die unehelichen Mütter ebenso zu behandeln wie die Witwen mit ehelichen Kindern. Der Kommissionsbericht empfiehlt, den vermeintlichen Vater jeder Verpflichtung der vom Kirchspiel aufgewendeten Kosten zu entbinden. Entsprechend seinem rigorosen Standpunkt sagt er: „ein uneheliches Kind soll das sein, wozu es nach der Anordnung der Vorsehung bestimmt zu sein scheint, eine Last für seine Mutter, und wo diese es nicht erhalten kann, für deren Eltern“.

Über die Unterbringung von Kindern als Lehrlinge soll die Zentralbehörde entsprechende Vorschriften erlassen; Kinder, die ins Arbeitshaus aufgenommen werden, sollen daselbst in einem besonderen Gebäude unter einem besonderen Aufseher untergebracht und von einer geeigneten Person unterrichtet werden.

Der Kommissionsbericht enthält keine Vorschläge über

die Behandlung von Kranken; er bestimmt nichts über ihre etwaige Verpflegung in einem Spital; hier soll die Unterstützung außerhalb des Arbeitshauses nach wie vor gestattet sein. Dasselbe gilt für die Alten und Arbeitsunfähigen; wo sie im Arbeitshause Aufnahme finden, soll ein besonderes Gebäude für sie vorgesehen werden, in dem sie sich ihrer Unterstützung „erfreuen“ mögen.

Außerdem enthält der Bericht einige dürftige Bestimmungen über die Unterstützung von Auswanderung und die Gewährung von Darlehen. Jede Arbeitsfähigen gewährte Unterstützung soll als ein Darlehen gelten.

Das Gesetz, 4 and 5 Will. IV. c. 76, das 1834 auf Grund dieses Berichts erlassen worden ist, enthält nur geringe Abweichungen von den Kommissionsvorschlägen, von denen man später zurückgekommen ist. Man nahm an, daß die durch das Gesetz geschaffene Zentralbehörde die Vorschläge der Kommission durchführen werde. Das Parlament begnügte sich damit, ihr weitgehende Vollmacht und fast schrankenlose Diskretion im Gebrauch derselben zu gewähren.

Von den auf Grund der Vorschläge der neu geschaffenen Zentralbehörde getroffenen Änderungen im englischen Armenrecht erscheint mir der sogenannte Peels Act 9th and 10th Vict. c. 66 vom Jahre 1846 als der wichtigste. Danach soll niemand mehr aus einem Kirchspiel ausgewiesen werden dürfen, in dem er fünf Jahre lang vor dem Antrage auf Ausweisung gewohnt hat. Damit war die Ungerechtigkeit beseitigt, daß jemand, der an einem Orte während seiner besten Jahre gearbeitet hatte, wenn unterstützungsbedürftig geworden, an seinen Heimatsort zurückgeschickt werden konnte, an dem ihn vielleicht niemand mehr kannte. Auch wurden Armenbeamte, die durch Geld, Versprechungen oder Drohungen eine Person veranlaßten, in ein anderes Kirchspiel zu ziehen, um eine Verschiebung der Unterstützungspflicht herbeizuführen, durch das Gesetz mit Strafe bedroht¹⁾. Das war eine Änderung im Nieder-

1) Aschrott, 75, 76.

lassungsgesetz Karls II., wie sie durch die „industrielle Revolution“ längst notwendig geworden war. Der Ort, dem die Arbeit eines Menschen zu gut gekommen war, sollte ihm auch helfen, wenn er nicht mehr arbeiten konnte. Indes enthielt das Gesetz einen Fehler, der von vielen Fabrikherrn und Großgrundbesitzern schnell erkannt und reichlichst ausgenutzt wurde. Es hatte die Unterstützungspflicht nicht dem Orte zugewiesen, an dem der Arbeiter gearbeitet, sondern gewohnt hatte. Sofort errichteten Arbeitgeber Arbeiterwohnungen in benachbarten Kirchspielen; die Großgrundbesitzer suchten deren Errichtung in ihren Kirchspielen zu verhindern. Das hat dann ein erneuertes Eingreifen der Gesetzgebung notwendig gemacht. Aber erst durch das Gesetz 24th and 25th Vict. c. 55 von 1861 ist ein wesentlicher Fortschritt erzielt worden, indem es einen Teil der Armenlast von dem Kirchspiele auf den Armenverband der Kirchspiele übertrug. Auch hat dieses Gesetz den Zeitraum, innerhalb dessen ein Armer nicht mehr ausgewiesen werden konnte, von 5 auf 3 Jahre herabgesetzt und dabei bestimmt, daß Aufenthalt in irgendeinem Teile des Armenverbandes dieselbe Wirkung haben solle wie der in dem einzelnen Kirchspiele¹⁾.

Die Grundlage des Armenrechts ist aber das Gesetz von 1834 geblieben. Gegenüber den Zuständen, wie sie seit 1795 geherrscht hatten, hat es in der Tat einen großen Fortschritt bedeutet. Blickt man aber auf die Entwicklung der Armenpflege seit den Anfängen des Christentums, zu dem sich England mit Emphase bekennt, zurück, so findet man eine merkwürdige Wandlung.

Die christlichen Anschauungen über Eigentum und Recht der Armen auf Unterstützung scheinen nur als eine Fortbildung derjenigen der mosaischen Vorschriften²⁾. Danach galt Gott als der einzige Eigentümer und die Ein-

1) Aschrott 86.

2) Siehe die Ausführungen und Belege in meiner Schrift „Die Arbeiterversicherung gemäß der heutigen Wirtschaftsordnung.“ Leipzig 1879.

zeln nur als Nutznießer des Gott gehörigen Eigentums. Für diese Nutznießung sollten sie sowohl den Leviten als auch den Armen bestimmte Anteile an allem Gute, an beweglichem wie an unbeweglichem, abgeben. Die Armen hatten an den Ertrag eines bestimmten Teils der Felder, der Ackerecke (Peah), an die Nachlese, den Armenzehnt und an Almosen dasselbe Recht, wie der Eigentümer an das Seine. Diese Auffassung ist im wesentlichen auch die des Christentums. Sie herrschte bei Kirchenvätern, Kanonisten und Scholastikern. Seit dem 3. Jahrhundert war es der Bischof, dem die milden Gaben der Gläubigen für die Erhaltung der Armen abgeliefert wurden; der Bischof war aber nur der Verwalter, nicht der Eigentümer des so entstehenden Kirchenvermögens. Dieses wird sogar als *patrimonium pauperum* bezeichnet. Nur das Notwendigste sollte auf den Unterhalt des Klerus und zu Kultuszwecken verwendet und lieber die heiligen Gefäße verkauft als die Armen in Not gelassen werden. Mit der Ausbreitung der Kirche und ihrer Anerkennung durch den Staat haben aber Luxus des Klerus und Prachtliebe im Kultus immer mehr zugenommen. Dadurch ist der Anteil der Armen am Kirchengut mehr und mehr verringert worden, bis, um den Armen überhaupt einen Anteil zu retten, bestimmt worden ist, daß der Bischof ein Viertel des Kirchenguts, ein anderes Viertel der Klerus erhalten, ein drittes Kultuszwecken dienen und das letzte Viertel den Armen verbleiben solle. Aus dem *patrimonium* wurde die *quarta pauperum*.

Mit der Anerkennung der Kirche durch den Staat sind die Bischöfe auch vom Staate als Patrone der Armen und Elenden anerkannt worden, und in einer Zeit der Grausamkeit und des Massenelends hat die Kirche in der großartigsten Weise ihr Amt als Hort der Unterdrückten und Elenden erfüllt. Ich habe schon im ersten Bande¹⁾ den Beschluß des II. Konzils von Tours Cap. V von 567 erwähnt, durch den die Bischöfe die Städte und Ortschaften ver-

1) Band I 389.

pflichtet haben, für die darin wohnenden Armen zu sorgen und nicht zu dulden, daß sie als Bettler das Land durchzögen. Damit hat die Kirche zuerst den Grundsatz aufgestellt, von dem das moderne Armenwesen seine Entwicklung genommen hat. Vielleicht daß darin der erste Anfang des Versuchs zu erblicken ist, die Armenpflege von dem ursprünglichen in erster Linie bestimmten Kirchenvermögen auf andere Schultern zu wälzen. Jedenfalls ist bekannt, in welchem Maße die Kirche verweltlichte. Daß ihr Vermögen Armengut sei, erinnerte sie sich nur mehr, wenn es galt, dasselbe gegen Eingriffe räuberischer Fürsten zu verteidigen oder fromme Schenkungen zur Mehrung desselben zu veranlassen. Gegen diese Verweltlichung der Kirche haben sich dann im 12. Jahrhundert die Bewegungen zur Verwirklichung des „Armen Lebens“ gewendet, die in der Vermählung des Franciscus von Assisi mit der „seit elfhundert Jahren“ verlassenen und verschmähten Armut¹⁾ ihren Abschluß gefunden haben. Sein Schüler Giacomone da Todi dichtete das Lied zu deren Preis. Doch konnte diese Reaktion der fortschreitenden Verweltlichung der Kirche nicht Einhalt tun. Nur mehr von den Klöstern wurden die Werke der Wohltätigkeit geübt und von diesen in sehr wenig befriedigender Weise; durch ihr Almosengeben wurde der Bettel geradezu großgezogen. Da hat in England die Reformation die Klöster, nicht aber die Armut aufgehoben, und der Eigentümer war nicht mehr bloßer Nutznießer eines Gott gehörigen Guts, sondern besaß, was er hatte, als Eigentümer kraft eigenen Rechts. Das Bauernlegen hat um die Wende des Mittelalters, wie wir gesehen haben, nach Aufhebung der Klöster besonders viel Bettler und Vagabunden erzeugt und nach den drakonischen Gesetzen Heinrichs VIII. und des Protektorats zum Armengesetz der Elisabeth und dessen weiterer Ausbildung geführt. An die Stelle der Klöster trat, wie Disraeli beißend gesagt hat, das Arbeitshaus. Wir haben dessen Wandlungen seit dem 17. Jahrhundert im

1) Dante, Paradies XI 58 ff.

Vorstehenden kennen gelernt; durch das Armengesetz von 1834 ist dieses zu einem Hause des Schreckens geworden, in dem die Armut als solche bestraft wird. Die Schilderungen über die darin nach Erlaß des Armengesetzes von 1834 herrschenden Zustände, die Friedrich Engels in seinem 1845 erschienenen Buche „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ mit Dokumenten belegt hat, ist nur allzu zutreffend. Dickens hat in seinem „Oliver Twist“ auch solche Kreise durch ihre Darlegung erschüttert, die das zeitgenössische Leben nur aus Romanen kennen lernen. Es ist vorgekommen, daß Arme, die einmal in einem Arbeitshause gewesen, lieber auf der Straße starben, als es wieder zu betreten¹⁾.

Aber kein Zweifel, der Pauperismus, wie ihn die Armenpolitik von 1795 bis 1834 groß gezogen, hatte zu einer Degradation der englischen Arbeiterwelt geführt, daß wir selbst so warme und energische Vertreter von deren Interessen wie Francis Place als Befürworter des Gesetzes von 1834 finden. Und vielleicht ist seine Strenge auch unentbehrlich gewesen, um die englischen Arbeiter aus dem Sumpfe, in den sie geraten waren, zur Selbständigkeit zu erheben. Zunächst allerdings hat es die furchtbarste Erbitterung unter der Arbeiterbevölkerung hervorgerufen. Von konservativer wie von radikaler Seite wurde die Wiederbeseitigung verlangt. In Cobbett²⁾ erhielt das Verlangen den wirksamsten Wortführer. Die revolutionären Bewegungen, von denen ich zu erzählen haben werde, haben in dem Gesetze ihre wirksamste Stütze gefunden.

1) Vgl. für die Fortdauer dieser Vorkommnisse bis in die neueste Zeit: Sidney and Beatrice Webb, *The Break-up of the Poor Law*. London 1909. 70, 325, 326.

2) C. D. H. Cole, *The Life of William Cobbett*. London 1924. Chapt. XXV.

44. Kapitel.

Der Sieg des Mittelstands.

Ich muß hier in die Darlegung der wirtschaftlichen Entwicklung Englands ein politisches Kapitel einschalten. Es ist notwendig zu deren Verständnis. Nicht nur daß weder Sklavenbefreiung noch neue Armengesetzgebung ohne Parlamentsreform durchzusetzen gewesen wären, die ganze Abkehr vom Merkantilismus zum Freihandel, der der wirtschaftliche Aufschwung Englands im 19. Jahrhundert zu danken ist, hat sie zur Voraussetzung gehabt.

Im 31. Kapitel¹⁾ habe ich das Parlament in der Zeit nach der „glorreichen“ Revolution als einen Klub geschildert, dessen Mitglieder in ihrer Mehrheit von den großen grundbesitzenden Familien ernannt wurden. Ich habe von der Korruption unter Walpole gesprochen, der nicht davon zurückstand, bei wichtigen Abstimmungen Mitgliedern Geldbeträge in die Hand zu drücken, um die Mehrheit zu erlangen. Zur Bestechung durch die Parteien war unter Georg III. die durch die Krone gekommen²⁾. Ein Hauptmittel, um Mitglieder zu gewinnen, war, daß man ihnen einträgliche Stellen verlieh; zur Zeit Chathams waren 192 Parlamentsmitglieder Regierungsbeamte³⁾. Der Einfluß der Krone, der als eine Prärogative nahezu verschwunden war, war durch Korruption des Parlaments wieder lebendig geworden. Dabei wuchs der Einfluß der

1) Band II 242 ff.

2) Lecky, Hist. of Engl. III 163 ff.

3) Ebenda 171.

Sonderinteressen mit Zunahme des Reichtums des Landes. Die Summen, die damals auf Parlamentswahlen verausgabt wurden, waren Vermögen. In der Wahl für Westmoreland und Cumberland soll jeder der Streitenden £ 40 000 verausgabt haben; die für Northampton hat jede der beiden Parteien mindestens £ 30 000 gekostet¹⁾. Im ersten Jahrzehnt Georgs III. begannen die „Nabobs“, d. h. die durch Ausbeutung Ostindiens reich Gewordenen eine große Rolle im englischen Leben zu spielen. Sie bezahlten für einen Sitz im Parlament £ 3000, viele £ 4000, einige sogar £ 5000. „Seit einigen Jahren“ sagte Chatham 1770 in einer seiner Reden²⁾, „ist ein Reichtum in dieses Land eingeströmt, der von vielen üblen Folgen begleitet gewesen ist, denn er war nicht das ordnungsgemäße, natürliche Ergebnis von Arbeit und Fleiß. Die Reichtümer Asiens sind über uns ausgeschüttet worden und haben uns nicht nur asiatischen Luxus, sondern, wie ich fürchte, auch asiatische Regierungsgrundsätze gebracht. Ohne Verbindungen, ohne natürliches Interesse am Land, sind die, welche fremdes Gold ins Land gebracht haben, so durch einen Sturzbach privater Bestechung ins Parlament gedrungen, gegen den kein erworbenes privates Vermögen aufkommen konnte“. Es war, wie Lecky sagt³⁾, nur natürlich, daß Männer, die in englischer Politik meist ganz unbewandert und dafür gleichgültig waren, und deren Denkweise durch Aufwachsen inmitten eines Lebens von Gewalt und Despotismus gebildet war, und die sich lediglich ihrer persönlichen Interessen halber ins Parlament hatten wählen lassen und zwar mittels schamloser Bestechung, daß diese bereit waren, jeden Eingriff in die Verfassung zu unterstützen. Als Regel schlossen sie sich der Partei der „Freunde des Königs“ an. Einige Fälle von

1) Walpoles Memoirs of George III. III 198, zitiert bei Lecky III 172.

2) Chatham's Correspondence III 405, zitiert bei Lecky III 172.

3) Lecky III 171.

Bestechung waren so toll, daß das Parlament selbst einschritt.

Aber auch ohne Bestechung hätte das Unterhaus so, wie es zusammengesetzt war, nicht den Namen einer Volksvertretung verdient¹⁾. Von den 513 Parlamentsmitgliedern für England und Wales waren 254 von weniger als 11 500 Wählern und 56 von nur rund 700 Wählern gewählt; von diesen 56 hatte keiner eine Wählerschaft von 38 Wählern und 6 hatten eine Wählerschaft von nur 3 Wählern. Die Grafschaft Middlesex hatte mit Einschluß von London und Westminster nur 8, Cornwall dagegen hatte 44 Vertreter. Die lebhaft emporkommenden Städte Manchester und Birmingham waren im Parlament unvertreten. Dabei war die Vertretung von England und Wales noch mehr eine Volksvertretung als die von Schottland.

Man hatte dies ertragen, so lange das Unterhaus die Wünsche des Volkes berücksichtigte. Den ersten Sturm gegen die Korruption hat die Vergewaltigung der Wähler von Middlesex entfesselt, als das Unterhaus den dreimal mit steigender Stimmenzahl gewählten John Wilkes nicht nur immer wieder seines Sitzes für verlustig, sondern sogar eigenmächtig dessen Gegenkandidaten für den gesetzlichen Vertreter von Middlesex erklärte. An diesem Tage, 1769, ist der Radikalismus in England geboren worden. Eine Beschwerdeschrift von London und Westminster sagte kühn: „Es gibt eine Zeit, da es klar erweislich ist, daß Parlamentsmitglieder aufhören, Volksvertreter zu sein. Diese Zeit ist gekommen. Das Unterhaus ist keine Vertretung des Volks“. So bedenklich Wilkes persönlich gewesen ist, so ist er doch, wie Green sagt²⁾, das Hauptwerkzeug geworden, die drei größten Verbesserungen der englischen Verfassung herbeizuführen. Er hat in der Nation die Überzeugung der Notwendigkeit einer Parlamentsreform durch seine Verteidigung der Rechte der Wähler gegen den Despotismus des Unterhauses geweckt; er war der Führer in dem Streite, der

1) Ebenda 172.

2) J. R. Green, Geschichte des englischen Volks II 365.

der Geheimhaltung der Parlamentsverhandlung ein Ende gemacht hat; er zuerst hat das Recht der Presse, öffentliche Angelegenheiten zu besprechen, beansprucht.

Als zu Beginn des Jahres 1770 Chatham ein Nachlassen in der Krankheit, die ihn so lange dem Oberhause fern gehalten, erlaubte, wieder daselbst zu erscheinen, hat er sofort einen Gesetzentwurf eingebracht, um die Anmaßung des Unterhauses für ungesetzlich zu erklären. Er ist der erste Staatsmann gewesen, der offen für Parlamentsreform eingetreten ist¹⁾. Nach seinem Plane sollte eine Vertretung stattfinden nach Maßgabe des Anteils eines jeden an den öffentlichen Lasten. Doch waren seine Vorschläge betreffend die verrotteten Wahlflecken sehr zahm. Sie galten als ein Eigentum gleich anderen Vermögensobjekten, und die Bestochenen selbst erachteten es als einen ihnen von Rechtswegen zustehenden Anspruch, bestochen zu werden. Chatham war nur für Infusion von so viel neuem Blut, daß es möglich werde, die eingewurzelten alten Übel zu ertragen. Aber auch dieser maßvolle Reformvorschlag fand keinen Beifall, weder bei den Tories und den „Freunden des Königs“, noch bei den Whigs, und die Radikalen waren nur erst schwach im Hause wie im Lande.

Die erste Agitation für Parlamentsreform fällt in die Jahre 1780 bis 85. Sie fand statt unter den Freisassen von Yorkshire, sie war keine demokratische Bewegung, die den Einfluß der bürgerlichen oder Arbeiterklasse zu mehren suchte; sie war gegen Georg III. gerichtet, wollte eine bessere Regierung und zu dem Zweck, unter Beseitigung der verrotteten Wahlflecken, eine Vermehrung der Zahl der Grafschaftsvertreter. Pitt und Fox haben die Bewegung begünstigt. Der Herzog von Richmond trat sogar für die Gewährung des allgemeinen Stimmrechts ein²⁾. Aber die Parlamentsreform fiel durch³⁾; und ebenso erging es

1) Lecky III 178—180.

2) Lecky IV 208.

3) Ebenda 281.

Pitt, als er 1785 einen Gesetzentwurf für Parlamentsreform einbrachte¹⁾. Pitt hat darauf seine Reformpläne aufgegeben.

Eine zweite Reformbewegung entstand nach dem Falle der Pariser Bastille; Fox und die Liberalen unter den Whigs hatten im Gegensatz zu Burke die Begründung einer konstitutionellen Monarchie in Frankreich begrüßt und billigten die Bewegung. Ihre Träger waren Dr. Price und Dr. Priestley, beide nonkonformistische Prediger, beide Anhänger Rousseaus. Price war ein zu seiner Zeit angesehener Statistiker; als den geistigen Urheber von Pitts Tilgungsfond haben wir ihn bereits kennen gelernt. Priestley war einer der angesehensten Naturforscher seiner Zeit. Er agitierte für Parlamentsreform, war für Abschaffung der Testakte und billigte öffentlich den Verlauf der französischen Revolution bis zum Sommer 1792. Dafür sind durch den von der lokalen Geistlichkeit der Staatskirche aufgehetzten Pöbel von Birmingham sein Haus und seine wissenschaftlichen Instrumente zerstört worden. Die von den Nonkonformisten getragene zweite Reformbewegung war vor Ende 1791 durch Gewalttätigkeit des Pöbels beendet.

Aber zu Beginn des folgenden Jahres erhob sich unter dem Volke selbst das Verlangen nach einer von ihm selbst gewählten Regierung, welche die Verbesserung seiner Lage in die Hand nehmen sollte. Sein Evangelium wurden die Schriften von Thomas Paine; von Haus aus war er Quäker; er war nach Amerika ausgewandert und hatte dort in einer Broschüre „Common Sense“ die Kolonisten zum Abfall angefeuert. Nach England zurückgekehrt, hat er in seiner Schrift über die „Rechte des Menschen“, die in zehntausenden von Exemplaren von den bisher vom politischen Leben Ausgeschlossenen gelesen wurde, Burke geantwortet. Danach sollte das Land von gewählten Vertretern, die in einer oder zwei Kammern tagten, regiert werden. Die Regierung sollte im Interesse der Masse des Volkes geführt

1) Lecky V 60 ff.

werden. Die aus den Steuern den Reichen gezahlten Pensionen sollten zusammen mit dem Ertrag einer progressiven Einkommensteuer auf die Erziehung der Bevölkerung, Altersunterstützung und Mutterschaftsversicherung verwendet werden. Das waren die kriminellen Vorschläge Paines. Mit Ausnahme seines Verlangens nach Einführung der republikanischen Staatsform ist der größere Teil derselben heute verwirklicht.

Um diese Zeit entstanden zwei Gesellschaften zur Hebung der Lage des Volks. Das eine war die von dem Schuhmacher Hardy gegründete „Korrespondierende Gesellschaft“. Sie agitierte für Selbsthilfe des Volks. Das andere die von dem jugendlichen Grey, dem späteren Reformminister, gegründete Gesellschaft der „Freunde des Volks“, deren Programm war, dem Volke zu helfen.

Die „Korrespondierende Gesellschaft“ verlangte allgemeines Stimmrecht und jährliche Parlamentswahl. Sie verbreitete Paines Schriften und hatte ihr Hauptquartier in London. Sie trat nur für Parlamentsreform ein, aber man sah darin eine Vorbereitung der Republik. Die „Gesellschaft der Volksfreunde“ hat die Folge gehabt, die Einheit der Whigpartei in inneren Fragen zu zerstören. Sie lehnte Paine ab, war aber für Parlamentsreform. Fox hat, indem er sich ihr anschloß, seine eigene Carrière zerstört, aber die Zukunft des liberalen Gedankens gerettet. Fox und seine Anhänger gehörten immerhin zur Aristokratie; das hat das Fortleben einer Reformpartei möglich gemacht.

Nach Ausbruch des Krieges gegen Frankreich triumphtierte die Reaktion. Wer irgend etwas an der makellosen Verfassung Englands ändern wollte, wurde als Jakobiner verschrien. Die Rettung von Thron und Altar wurde das Losungswort. Die Freiheit der Rede wurde unterdrückt. Grausame Strafen wurden über die Reformer verhängt. Paine, Priestley, Godwin, Spence und andere wurden gerichtlich verfolgt, ihre Schriften wurden verboten; in einem der Hetzprozesse, die angestrengt wurden, wurde z. B. ein Fabrikant angeklagt, weil er seinen Ar-

beitern aus Paines Buch über die Menschenrechte vorgelesen habe. 1794 wurde Hardy wegen Gründung der „Korrespondierenden Gesellschaft“ der Prozeß gemacht. Er wurde dank der Beredsamkeit Erskines freigesprochen, und London, obwohl antijakobinisch, jubelte laut ob der Freisprechung; die City wollte von gesetzwidrigen Verurteilungen nichts wissen.

Im übrigen war das Vorgehen der Regierung in voller Übereinstimmung mit dem Sinne der Bevölkerung. Der Krieg gegen Frankreich hatte eine Begeisterung hervorgerufen, die sich zum fanatischsten Militarismus steigerte. Es wimmelte von Spionen und Lockspitzeln. Die Folge war eine Fülle von Prozessen wegen Majestätsbeleidigung und Hochverrat. Selbst das Verlangen nach Parlamentsreform führte nun zu derartigen Anklagen, und die darob Angeklagten konnten sich nur vor Verurteilung retten, indem sie vor Gericht Stellen aus den Reden Pitts und Sheridans vorlasen, die zeigten, daß sie nichts anderes verlangten, als was diese früher gefordert hatten. Aber nicht immer war der Ausgang so glücklich. Nach der Hinrichtung Ludwigs XVI. wurde, wer für Parlamentsreform eintrat, eingesperrt und nach der Botany Bay verschickt; die Erinnerung daran hat mächtig zur Förderung des Radikalismus beigetragen.

Wie immer machte auch der Pöbel den Umschwung mit. Früher hatte er John Wilkes zugejubelt; jetzt gehörte er zu den reaktionären Hetzern. Im Jahre nach der Zerstörung von Priestleys Haus in Birmingham zerstörte der Pöbel die Häuser der Nonkonformisten und der bürgerlichen Reformfreunde in Manchester. Die Wirtshäuser, in denen Radikale verkehrten oder gar Versammlungen abhielten, wurden boykottiert, und die Schankwirte veröffentlichten, um den Boykott abzuwenden, Erklärungen, worin sie ihre gute Gesinnung beteuerten¹⁾.

Alle öffentlichen Versammlungen waren verboten außer denen, die ausdrücklich von den Behörden erlaubt waren;

1) Solche Erklärungen sind in dem Buche von Prentice, Manchester von 1792—1832, abgedruckt.

die Behörden aber bestanden aus leidenschaftlichen Parteigängern der Tories. Die „Korrespondierende Gesellschaft“ wurde verboten, ebenso die Gewerkvereine der Arbeiter. Die Habeas Corpus Acte wurde suspendiert. Zahlreiche Personen, gegen die keine Beweise erbracht werden konnten, lagen während der letzten Jahre des 18. Jahrhunderts in Haft¹⁾. Fox und seine Anhänger schwiegen.

Der Umschwung ging von den Arbeitern aus. Auch ist dies begreiflich. Die wirtschaftliche Entwicklung seit dem letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts hatte ihre Lage unerträglich gemacht. Da waren die Gemeinheitsteilungen und Zusammenlegungen der landwirtschaftlichen Betriebe. Cobbett, der Bauer, schreibt²⁾: „Sie haben die Klasse der kleinen Bauern nahezu ausgelöscht; von einem Ende Englands zum anderen sind jetzt die Häuser, die ehemals von kleinen Bauern und ihren glücklichen Familien bewohnt waren, verfallen, alle Fenster (wegen der Fenstersteuer) bis auf eines oder zwei verschlossen; sie lassen gerade Licht genug ein, auf daß der Tagelöhner, dessen Vater vielleicht ein kleiner Bauer gewesen, seine halbnackten und halbverhungerten Kinder sehen kann, während er von seiner Tür aus das Land ringsum überblickt, das zugunsten seines reichen und übergroß gewordenen Herrn von den Mitteln des Luxus überfließt.... Wir nähern uns täglich einem Zustand, in dem es nur mehr zwei Klassen von Menschen gibt, Herren und kriechende Abhängige.“ In der Industrie aber, in der die von ihrer Scholle Vertriebenen Arbeit und Nahrung suchten, herrschte noch eine durch keinerlei schützende Gesetzgebung beschränkte Fabriktyrannie. An die Stelle der Lohnregelung durch die Behörden, die jedem ein angemessenes Auskommen gab, war die Degradierung der Arbeiter zu Almosenempfängern getreten; die Magistrate weigerten sich, die Truckverbote auszuführen, und Koali-

1) Trevelyan 71.

2) Political Register, vom 15. März 1806, zitiert von Cole 105.

tionen zur Besserung der Arbeitsbedingungen wurden als Verschwörungen bestraft. Es fanden ferner massenhafte Arbeiterentlassungen infolge von Absatzstockungen statt. Die infolge geradezu blödsinniger Spekulation — hatte man doch sogar Schlittschuhe nach Rio de Janeiro gesandt! — hervorgerufene Handelskrise von 1809 hatte massenhafte Arbeiterentlassungen zur Folge¹⁾, die noch durch die Absatzstockungen infolge der Kontinentalsperre und der Orders in Council verstärkt wurden; in Bolton sanken die Löhne auf 5 s die Woche; die Einfuhr von Baumwolle war um 27 Millionen Pfund zurückgegangen; in Manchester standen 32 Baumwollfabriken still²⁾. Nachdem der Friede gekommen, hat dann auch die Nachfrage der Regierung nach Getreide, Kleidung und Waffen für die in Spanien kämpfenden Truppen aufgehört, und ebenso war die des verarmten Europas zurückgegangen³⁾. Dazu kam die schon erwähnte Entlassung von 300 000 Mann⁴⁾. Die Arbeitslosigkeit nahm in noch nie dagewesenem Maße zu, und, während Massen auf der Straße hungerten, hatte man 1815 noch das Korngesetz erlassen, um die Getreidepreise hoch zu halten. Die ganze Gesetzgebung seit 20 Jahren war gegen die Arbeiter gewesen. Daher ihr Haß gegen die Wahlfleckenhändler und ihr Verlangen nach Parlamentsreform.

Aber die Aristokraten, welche durch die Revolution von 1689 die Herrschaft in England erlangt hatten, sahen in ihrem politischen Monopole die Verfassung. Von den verrotteten Wahlflecken, Bestechung und Sinekuren schlecht zu sprechen, galt als Aufruhr. Ihnen gegenüber haben die „Gemeinen von England“, wie William Cobbett das Volk nannte, in diesem einen Führer gefunden, wie er englischer nicht gedacht werden konnte. Carlyle hat ihn den Muster John Bull des Jahrhunderts genannt. Alle Theorie war ihm nichts. Er war ganz Anschauung und Gefühl, dabei von unerschütterlichem Mut in der Vertretung dessen, was er jeweilig als recht erkannte. Das ist nicht immer

1) L. and B. Hammond, *The Town Labourer* 101.

2) Ebenda 103. 3) Ebenda 104.

4) Ebenda 105.

dasselbe gewesen. Aber so oft er sich auch in seinem Urtheil geändert hat, seine Lauterkeit und Unbestechlichkeit sind nie in Zweifel gezogen worden, und in einem ist er stets derselbe geblieben, in seiner Leidenschaft für das Wohlergehen der breiten Masse des Volks.

Cobbett war der Sohn eines Bauern in Surrey, und Bauer ist er in seinem Denken, Empfinden und Streben bis zum Ende seiner Tage geblieben. Die Lage der ländlichen Bevölkerung ist ihm besonders am Herzen gelegen; so wie er sie in seiner Jugend verklärend gesehen hatte, wollte er sie wieder herstellen. Als echter Bauer ist er, wie er jung war, Hochtory gewesen. Die Theorien Paines hat er mit besonderem Ingrimme bekämpft. Dann wurde er Soldat, ging dann nach den Vereinigten Staaten, wurde dort Schriftsteller und hat sich zu einem vielbewunderten Meister der englischen Sprache und zum einflußreichsten Journalisten seiner Zeit entwickelt. Aber die Angriffe, die er gegen die führenden Radikalen richtete, machten den Boden Amerikas für ihn zu heiß, und, 37 Jahre alt, ist er im Juli 1800 wieder in England eingetroffen. Hier hatte die Regierung seine Tätigkeit in den Vereinigten Staaten mit Interesse verfolgt, und der Antijakobiner wurde von ihr als Bundesgenosse mit offenen Armen empfangen. Aber die Freundschaft konnte keine dauernde sein. Cobbett hat es ehrlich gemeint, als er gegen die alles überwuchernden Mißbräuche, die Bestechung der Mitglieder des Parlaments durch gut bezahlte Stellen, die einträglichen Sinekuren¹⁾, die Bestechung bei den Wahlen, die nach Mitgliedern des Oberhauses, denen sie gehörten, benannten Wahlflecken zu Felde zog; als er aber sah, daß seine Bundesgenossenschaft nur zur Verteidigung der bestehenden Mißwirtschaft begehrt wurde, wurde aus dem Antijakobiner ein Radikaler.

Das Organ, in dem Cobbett seine wechselnden Widersacher bekämpfte, war das Political Register²⁾. Wie The

1) Selbst der Minister Addington, der spätere Lord Sidmouth, hat 1802 seinem zwölfjährigen Söhnchen eine Sinekure im Wert von £ 3000 verliehen. Cole 109.

2) Mit ihm hat Cobbett als Antijakobiner begonnen; es

Edinburgh Review 1807 bezeugt, hat er durch dasselbe größeren Einfluß geübt, als alle übrigen Journalisten zusammen. Um diese Zeit wurden die Freunde parlamentarischer Reform häufige Besucher in Cobbetts Hause, von ihrem Veteranen dem Major John Cartwright (1740—1824), der schon 1780 für Parlamentsreform eingetreten war, angefangen bis zu deren damaligem Vertreter im Parlamente Sir Francis Burdett. Eine Broschüre, durch die bekannt wurde, daß Beförderungen in der Armee durch Bestechung der Mätresse des Höchstkommandierenden, des Herzogs von York, erreicht würden, erregte 1809 begreifliches Aufsehen. Cobbett wütete in seinem Organe. Seine Angriffe waren vernichtend. Der Herzog legte das Oberkommando nieder. Die Regierung schäumte. Cobbett war unangreifbar. Doch lauerte nun die Regierung, ihn bei anderer Gelegenheit zu fassen. Sie sollte sich bald bieten. Englische Milizsoldaten hatten wegen ihrer Tornister mit ihren Offizieren Streit und um ihre Entlassung gebeten. Das wurde als Meuterei gedeutet, und das Kommando ließ die Wortführer durch deutsche Söldner, die, während die englischen Truppen in Spanien kämpften, in England Dienst taten, auspeitschen. Das hat Cobbett zu einem Ausbruch menschlicher und patriotischer Entrüstung veranlaßt, der, stilistisch ein Meisterwerk, alles an Leidenschaft übertraf. Er ist darauf zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Er hat sie abgesessen und, was damals noch tunlich war, vom Gefängnis aus seine Zeitung weiter herausgegeben; nach zwei Jahren hat er das Gefängnis wie ein Triumphator verlassen.

Um 1809 ist auch Jeremias Bentham ein Radikaler geworden. Seine Hauptbeschäftigung war die Beschaffung einer politischen Philosophie für radikale Reformer geworden, und sein Katechismus für Reformer hat die wärmste Beewunderung seitens seiner Schüler gefunden¹⁾.

hat alle seine Wandlungen mitgemacht. Für seine zahlreichen übrigen literarischen Unternehmungen siehe die zitierte Biographie Cobbetts von Cole.

1) Leslie Stephen, *The Utilitarians* I 282.

Er, der die Erklärung der Menschenrechte als Unsinn verurteilte, bekannte sich doch vom Standpunkt, daß das größte Glück der größten Zahl der Maßstab von Recht und Unrecht sei, zu ihrem Ergebnis. Er hat damals auch Owens Bestrebungen in New Lanark aus Philanthropie unterstützt, und ist in Beziehungen zu Burdett, dem Vertreter der Parlamentsreform im Parlament, und auch zu Cobbett getreten¹⁾. Aber Cobbett war der absolute Gegensatz zum Doktrinarismus der Utilitarier. Begreiflich, daß beide keine Freude aneinander gefunden haben. Jene waren reine Abstraktion, Cobbett bloß Tatsache, und während jene sich in Gedankengängen bewegten, die nur den Gebildeten verständlich waren, schrien die Tatsachen in einer auch dem Ungebildeten nur zu verständlichen Sprache nach Parlamentsreform. Die aus den angegebenen Gründen nach Wiederkehr des Friedens gesteigerte Not hat Bestrebungen erzeugt von Brandstiftungen und Maschinenzerstörungen angefangen bis hin zu den friedlichen Versuchen Owens, die Gesellschaft auf kommunistischer Grundlage umzugestalten, und zu den Anfängen einer Arbeiterschutzgesetzgebung, deren Wirkung eben durch die herrschende Korruption vereitelt wurde. Cobbett gebührt das Verdienst, die Massen von Brandstiftungen und Maschinenzerstörungen abgebracht zu haben²⁾. „Um diese Zeit“, schreibt Samuel Bamford, „erlangten die Schriften William Cobbetts plötzlich großen Einfluß; sie wurden am Herde nahezu jeder Hütte in den Fabrikdistrikten von Süd-Lancashire, Leicester, Derby und Nottingham, auch in vielen schottischen Fabrikstädten gelesen. Ihr Einfluß wurde alsbald sichtbar. Er lenkte seine Leser zur wahren Ursache ihrer Leiden — Mißregierung, und zu deren wahrem Heilmittel — Parlamentsreform. Aufstände wurden alsbald selten, und von da ab haben sie nie wieder ihre frühere Popularität bei den Arbeitern dieses Landes erlangt“³⁾. Und gegen-

1) Ebenda 216, 217.

2) Siehe bes. Pol. Register vom 30. Nov. 1816.

3) Bamford, Passages in the Life of a Radical. I 8.

über den vorgeschlagenen friedlichen Heilmitteln schrieb Cobbett, alle Leiden des Volks, wirtschaftliche und soziale, seien nur Symptome der herrschenden Korruption. Das Alpha und Omega aller Besserung sei die Parlamentsreform. „England enthält das elendeste Volk der Erde. Es ist der Sitz größerer menschlicher Leiden, größerer körperlicher und geistiger Qual, als je vorher erhört worden ist. Aber nicht der Ersetzung der Handarbeit durch Maschinen, nicht der Neigung eurer Arbeitgeber zur Unterdrückung, nicht den Erpressungen der Bäcker und Schlächter, der Müller und Landwirte, der Korn-, Butter- und Käsehändler, nicht diesen oder ähnlichen Ursachen dürft ihr euer großes und namenloses Elend zuschreiben. Arbeiterschutzgesetzgebung, Koalitionsfreiheit, Sanitätsgesetze, Schulgesetze, Gesetze wider die Verfälschung von Nahrungsmitteln, Steuerreform, Befreiung vom Druck der Landeskirche, ja wenn nötig ein völlig neues soziales System, diese und alle anderen guten Dinge muß ein reformiertes Parlament schaffen; daher wir dieses vor allem haben müssen, sonst werden wir nichts erreichen.“

Aber die Whigs waren für die Reform noch nicht zu haben. Ihr Führer Grey, der 1782 mit Fox für Parlamentsreform eingetreten war, und sie 1832 zum Siege führen sollte, hatte 1810 gesagt, er werde die Reformfrage erst wieder aufnehmen, wenn das englische Volk sie „ernsthaft und von Herzen“ aufgenommen haben werde¹⁾; er fürchtete, daß seine Partei sich spalten werde. Es gab aber nur erst wenige Radikale und, wer radikal war, wurde von dem Lord Sidmouth gewordenen Addington ganz im Stile der heiligen Allianz verfolgt. Sidmouth hat 1817 die Aufhebung der Habeas Corpus Acte durchgesetzt und Cobbett sagen lassen, wenn er es aufgeben würde, zu schreiben, und sich auf sein Landgut zurückziehen wolle, würde ihm die Regierung für den Verlust in seinen Einnahmen schadlos halten. Darauf ist Cobbett im März 1817 heimlich nach Amerika entflohen und hat

1) Trevelyan 226.

sein Political Register von dort aus herausgegeben. Als die Zeit, für deren Dauer die Habeas Corpus Acte aufgehoben war, ihrem Ende nahte, hat dann Sidmouth den Lockspitzel Oliver durchs Land geschickt; er solle Aufstände anzetteln, die den Vorwand für die Verlängerung der Aufhebung der Habeas Corpus Acte liefern sollten. Auch hat ein Aufstand in Derbyshire stattgefunden, der mit der Hinrichtung dreier Führer und der Deportation zahlreicher anderer für Lebenszeit oder längere Perioden endete. Cobbett hat Sidmouth wegen des Aufstands in Derbyshire aufs schärfste verurteilt und ist mit Francis Burdett zerfallen, weil dieser sich der wegen des Aufstands Angeklagten nicht annahm. Er ist zwei Jahre in Amerika geblieben und erst, nachdem die Habeas Corpus Acte wieder in Kraft getreten war, von dort zurückgekehrt. Als Sühne für die Angriffe, die er zur Zeit, da er Hochtory war, gegen den lebenden Paine gerichtet hatte, hat er die Gebeine des Toten nach England gebracht.

Als Cobbett in England eintraf, hat er eine sehr veränderte Lage vorgefunden. Nachdem die Habeas Corpus Acte wieder in Kraft getreten war, hatten zahlreiche Massenversammlungen stattgefunden, in denen das allgemeine Stimmrecht verlangt wurde, am 16. August 1819 eine auf dem St. Peters-Feld in Manchester. Es waren etwa 60 000 Männer, Weiber und Kinder, die da versammelt waren. Redner war der radikale Agitator Henry Hunt. Es ging alles in vollkommener Ordnung vor sich. Auch hatte der Magistrat die Versammlung nicht verboten. Doch hatte er aus Vorsicht Truppen, und zwar, da die Miliz im Verdacht stand, mit den Arbeitern zu sympathisieren, die aus Wohlhabenden bestehende Kavallerie herangezogen; sie hatte die Versammlung umstellt. Kaum hatte Hunt zu sprechen begonnen, da wurde der Magistrat angesichts der großen Menge, die er vor sich sah, von Schrecken erfaßt und gab Befehl, ihn zu verhaften. Da er auf Widerstand stieß, drang die Kavallerie auf die Menge ein und machte von ihren Säbeln Gebrauch. Elf Personen, darunter zwei Weiber, wurden getötet, über hundert durch Säbelhiebe und

mehrere hundert durch die Hufe der Pferde verwundet, darunter über hundert Weiber¹⁾).

Diese Schlacht bei Peterloo, unter welchem Spottnamen das Niederreiten einer unbewaffneten Menge seitdem in der Geschichte lebt, hat die Lorbeeren von Waterloo in den Augen des englischen Volks beschmutzt. Von ihr datiert ein Umschwung in seiner politischen Stimmung. Allerdings blieb in den Kreisen der Regierung der alte Geist noch drei Jahre lang vorherrschend. Sidmouth brachte die berüchtigten sechs Knebelgesetze, „Six Acts“, im Parlamente ein, die gegen die Reformbewegung, und deren letzter, der Zeitungen gewisser Art besteuerte, direkt gegen den zurückgekehrten Cobbett gerichtet war. Aber die Empörung eines großen Teils des Bürgertums über Peterloo war nachhaltig. Auch hat der Erlaß des die industriellen Interessen schwer schädigenden Korngesetzes von 1815, von dem alsbald die Rede sein wird, und die Hoffnungslosigkeit, von einem auf dem Großgrundbesitz aufgebauten Parlamente seine Wiederbeseitigung zu erlangen, die Mittelklassen zu Freunden der Parlamentsreform gemacht; und ganz besonders wirkte dahin, als die Whigs in den Ehewirren des Prinz-Regenten, der bald darauf als Georg IV. den Thron bestieg, die Partei der Prinzessin Karoline nahmen und die glänzende Beredsamkeit Broughams von dem Toryministerium die Einstellung des Ehescheidungsprozesses der Prinzessin erzwang. Der Prozeß hat eine große Anzahl ehrbarer Bürgerlicher zu Gegnern der Tories gemacht und den Parlamentsreformern genähert.

Um diese Zeit begann auch der Einfluß Benthams und seiner Anhänger in der Reformfrage fühlbar zu werden. Sie waren als Vertreter des Axioms vom größtmöglichen Glück der größten Zahl aufrichtige Arbeiterfreunde, und wir werden ihre Verdienste um Beseitigung der Koalitionsverbote noch kennen lernen. Auch ist James Mill, auf den Benthams Mantel fiel, gleich in der ersten Nummer der von den Benthamisten 1824 gegründeten Westminster Re-

1) Trevelyan 189.

view dem verrotteten Parlamente energisch auf den Leib gegangen. Ihre Hauptwortführer sind die oben geschilderten klassischen Nationalökonomten gewesen. Wie dort gesagt, war in ihren Augen der Träger allen Fortschritts das Kapital. Durch dessen Zunahme sahen sie auch die Hebung der unteren Klassen bedingt. Alles, was sie hemmte, hinderte auch diese. Wenn sie für Koalitionsfreiheit der Arbeiter eintraten, war es, weil sie der Überzeugung waren, daß die Koalitionen aufhören würden, wenn sie nicht mehr verboten wären. Das eigene Interesse der Arbeitgeber werde diese veranlassen, ihren Arbeitern allzeit die bestmöglichen Arbeitsbedingungen zu gewähren. Der Träger des Kapitals aber war der Mittelstand, das Bürgertum. Bei James Mill findet sich ein unbegrenztes Vertrauen in die Weisheit des Mittelstandes, nicht geringer als bei dem Whig Macaulay¹⁾. Daher bedeutet für die Utilitarier Parlamentsreform so viel wie Verlegung des Schwergewichts des Parlaments in den Mittelstand. Das allgemeine Stimmrecht könnte einen Zwiespalt zwischen diesem und den Arbeitern zur Folge haben und damit deren Glück selbst störend beeinflussen²⁾.

Solche Lehren mußten den Mittelstand für die Parlamentsreform einnehmen, und Sir Francis Burdett, ihr alter Vorkämpfer, wurde immer lauer, je populärer die Bewegung wurde³⁾.

Als dann 1822 mit dem Selbstmorde Castlereaghs der Hauptvertreter der Prinzipien der heiligen Allianz aus dem Ministerium Liverpool verschwunden war, haben Canning, Huskisson, Peel und mit ihnen die Ideen Adam Smiths. Einfluß in demselben erhalten, und wenn Canning auch für Parlamentsreform selbst unzugänglich war, so hat er doch als Außenminister im Kampfe der südamerikanischen Rebellen gegen Spanien das Prinzip der Volkssouveränität anerkannt; auch dies mußte auf die Denkweise des eng-

1) Leslie Stephen, *The Utilitarians* II 97.

2) Ebenda III 35.

3) Cole 222, 307 ff., 376.

lischen Volkes zurückwirken. Als dann 1827 mit Canning's Tod die auf ihn gesetzten Hoffnungen einer besseren Wahrnehmung der bürgerlichen Interessen schwanden, trat das Bürgertum wieder in die Opposition gegen die Regierung wie in der Zeit vor dem großen Kriege. Die Wirkung zeigte sich, als Wellington nach Canning Premierminister geworden war, in der Haltung der „Canningiten“ im Ministerium. Als 1828 die Tories sich weigerten, das Wahlrecht gewisser Wahlflecken, die es wegen größtlicher Bestechung verloren hatten, den Städten Manchester und Birmingham, die im Parlamente nicht vertreten waren, zu übertragen, sind Huskisson, Palmerston und Melbourne aus dem Ministerium ausgetreten. Das hat auf die öffentliche Meinung tiefen Eindruck gemacht¹⁾.

Von nun an traten die bürgerlichen Kreise offen für Parlamentsreform ein. Im Januar 1830 hat Thomas Attwood den Birminghamer politischen Verein zur Agitation für eine nicht näher definierte Parlamentsreform gegründet, dem sowohl Bürgerliche als auch Arbeiter angehörten. Wirtschaftlich waren die Zeiten schlecht. Cobbett erfreute sich zum zweiten Male großen Einflusses beim Volke. Diesmal hörten nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Bürgerlichen und die Pächter auf ihn. So verschieden die Ziele waren, welche die Reformfreunde verfolgten, im Verlangen nach Beseitigung der verrotteten Wahlflecken waren alle einig. Alle waren gegen deren Eigentümer. Heftigen Widerstand gegen eine Reform leisteten nur die Geistlichen der Staatskirche; sie befürchteten deren Abschaffung.

Da kam aus Frankreich die Nachricht über die Julirevolution. Diesmal konnte die französische Revolution nicht wie 1792 als Schreckbild benutzt werden. Es waren keine Jakobiner, sondern der Bürgerkönig Louis Philippe, der triumphierte. Die erste Wirkung war, daß bei der allgemeinen Wahl, die im August 1830 aus Anlaß des Todes Georgs IV. stattfand, die Opposition zahlreiche Sitze gewann. Es folgte die Revolution in Belgien. Die ganze

1) Trevelyan 226.

Nation war aufs höchste erregt. Das Elend war außerordentlich. Brandstiftungen seitens der ruinierten ländlichen Bevölkerung fanden wieder statt, und in den Industriebezirken des Nordens exerzierten die Arbeiter in Vorbereitung des sozialen Kriegs. Als das neue Parlament zusammentrat, tadelte der neue König Wilhelm IV. in seiner Thronrede die belgische Revolution, und der Herzog von Wellington erwiderte auf Lord Greys Vorwurf, daß sie kein Versprechen einer Parlamentsreform enthalte, daß das herrschende System der Vertretung sich des vollen Vertrauens des Landes erfreue. Darob außerordentliche Aufregung im Parlament und im Lande. Grey hielt jetzt die Zeit für gekommen, die Parlamentsreform wieder aufzunehmen. Er entfaltete das Banner „Friede, Ersparnis, Reform“. Wellington unterlag bei der Abstimmung, und Grey wurde zur Bildung des neuen Kabinettes berufen. Es bestand mit Ausnahme von Brougham und dem jugendlichen Macaulay aus lauter Angehörigen aristokratischer Familien¹⁾.

Noch bevor dieses Ministerium an seine Reformaufgabe herantrat, wurde es sozialpolitisch auf eine Probe gestellt, die es in wenig erfreulicher Weise bestanden hat. Schon 1830, als noch Wellington am Ruder war, hatte in den südlichen Grafschaften eine Bewegung unter den ländlichen Arbeitern begonnen, die als deren letzter Aufstand bezeichnet wird²⁾. Das immer mehr anwachsende Elend hatte in Kent, Sussex, Buckinghamshire, Berkshire, Hampshire, Wiltshire zur Zerstörung von Arbeitshäusern und Dreschmaschinen geführt, und die hungernden Arbeiter durchzogen das Land und verlangten die Erhöhung ihrer erbärmlichen Löhne auf 12 s die Woche. Die übrigen Gesellschaftsklassen sympathisierten mit ihnen. Selbst die Pächter lehnten ein Einschreiten der Miliz gegen die Auf-

1) Trevelyan 227—232.

2) Siehe bei L. and B. Hammond, *The village labourer 1760—1832*, das XI. Kapitel. — S. a. B. Webb, *History of Trade Unionism* 144 ff.

ständigen ab; auch die Küstenwache war nicht dazu zu bewegen, und es war sehr schwierig, Truppen gegen sie zusammenzubringen. Aber eben dies erregte die Furcht der oberen Klassen; ihre Stimmung schlug um, und über tausend Arbeiter wurden vor Gericht gestellt. Die Gefängnisse waren übervoll, und es erfolgten barbarische Verurteilungen zu Tod und Deportation, oft wegen Kleinigkeiten und auf Grund mangelhafter Beweise. Das Prozeßverfahren war ebenso empörend wie die Urteile, die gefällt wurden. Selbst mit der Armut zu sympathisieren, machte verdächtig, und eine Petition an den König zu richten, galt als erschwerender Umstand, der zur Deportation führte. Drei Schiffe brachten die Verurteilten nach Australien, zwei nach Van Diemens Land, eines nach Süd-wales, im ganzen 457 aus 13 Grafschaften. Es wurden drei Verurteilte wegen Teilnahme an Aufständen, in denen nur ein Mann und dieser durch die Yeomanry getötet worden war, gehängt. Die Erinnerung an diese Rache der Grundeigentümer an verhungern den Arbeitern, weil sie höhere Löhne verlangten, lebt noch heute in der Landbevölkerung von Wiltshire.

Die so grausam Verurteilten sollten in einem Prozeß gegen Cobbett, zu dem ihre Verurteilung den Anlaß gab, gerechtfertigt werden. Unter ihnen befand sich ein acht-zehnjähriger Bursche namens Thomas Goodman. Wegen Brandstiftung angeklagt rettete er sein Leben, indem er im Gefängnis erklärte, der Gedanke der Brandstiftung sei ihm durch das Lesen der Schriften Cobbetts angeregt worden. Die Folge war, daß die Partei der Grundeigentümer erklärte, die Aufstände hätten nicht in der Not der Arbeiter ihre Ursache, sondern in aufreizenden Reden und Schriften, und das neu installierte Ministerium Grey, statt die barbarischen Urteile zu mildern, stellte aus Angst, man könne Reform mit Jakobinertum verwechseln, außer einem Schriftsteller Richard Carlile auch William Cobbett vor Gericht. Der Erstere hatte, weil er Schriften von Paine und Hone veröffentlicht hatte, schon 6—7 Jahre im Gefängnis zugebracht. Er hatte 1831 einen Aufruf an die Landarbeiter

veröffentlicht, in dem sich der Satz fand: „Je zahmer ihr geworden seid, um so mehr seid ihr gedrückt und verachtet worden, um so mehr trampelt man auf euch herum.“ Er wurde zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Cobbett wurde wegen der Schilderung der Zustände in seinem Political Register angeklagt¹⁾. Sie war nicht in aufreizender Sprache geschrieben; aber sie schilderte die Wahrheit, und die Wahrheit war aufreizend. Cobbett ließ alle Minister als Zeugen vorladen. Er sprach während vier und einhalb Stunden. Greville, der dem Prozeß für den Geheimen Rat beiwohnte, schrieb über ihn, „seine Unverschämtheit und Leidenschaftlichkeit waren unerträglich, aber er hielt eine gute Rede.“ Er warf die Anklage auf seine Ankläger zurück und verlangte von den Geschworenen nicht Gnade, sondern daß sie Richter seien zwischen diesen und ihm. Den Minister Melbourne brachte er in Verlegenheit durch die Frage, was die Ursache für die dem Goodman gewährte Begnadigung gewesen sei. Sein größter Erfolg war, als er Lord Brougham als Zeugen aufrief; denn der Lord Chancellor der Whigs mußte bekennen, daß er während der Unruhen Cobbett um die Erlaubnis gebeten hatte, seinen 1816 an die Ludditen gegen die Zerstörung von Maschinen geschriebenen Brief wieder zu drucken und zu verbreiten. „Wenn“, so schloß er seine Rede, „ich genötigt sein sollte, mein Leben in einem stinkigen Kerker, in den man mich zu werfen die Macht hat, zu enden, soll mein letzter Atemzug verwendet werden, Gott zu bitten, mein Land zu segnen, und die Whigs zu verfluchen auf ewig. Die Rache vermache ich meinen Kindern und den Arbeitern Englands.“

Cobbett hat nicht in den stinkigen Kerker wandern müssen. Die Geschworenen saßen die ganze Nacht und wurden am Morgen entlassen, ohne zu einem Urteil gelangt zu sein. Die Regierung wagte keinen zweiten Prozeß. Der Bericht über den stattgehabten wurde als Broschüre verbreitet und war für Cobbett so viel wie ein Freispruch und eine Verurteilung für die Regierung. Aber die Brand-

1) Cole 362—371.

stiftungen dauerten fort, und während der Jahre 1831 und 1832 hat das Political Register weiter darüber berichtet, und der letzte Kampf um die Parlamentsreform fand statt, während Mieten und Häuser noch flammten.

Lord John Russell hat seine Reformbill am 1. März 1831 im Unterhause eingebracht¹⁾. Daß danach alle verrotteten Wahlflecken ohne jedwede Entschädigung ihrer Eigentümer beseitigt werden sollten, war, streng geheim gehalten worden. Als es bekannt wurde, stieg die Popularität des Ministeriums auf den Höhepunkt. Die Tories verstummten vor Entsetzen. Sie hatten eine schwächliche Maßnahme erwartet. Auch unter den Whigs fanden sich viele, die mit Unwillen sahen, daß ihre Privilegien Benthamschen Prinzipien geopfert werden sollten. Der Gesetzentwurf erlangte in der zweiten Lesung eine Mehrheit von nur einer Stimme; bei der dritten Lesung unterlag die Regierung. Das Parlament wurde aufgelöst, und die Neuwahl ergab eine Mehrheit von 136 für den Gesetzentwurf; aber im Oberhaus wurde er mit 41 Stimmen abgelehnt. Nun übten sich im Norden die Arbeiter in Waffen gegen das Oberhaus, und im Süden brannten Nacht für Nacht Scheunen. Die Fabrikanten und die City verlangten die Ernennung neuer Peers, um den Widerstand des Oberhauses zu brechen, und es war klar, daß, wenn es zu einer Revolution käme, die Arbeiter etwas anderes verlangen würden als das Stimmrecht der Zehn-Pfund-Haushälter. Grey blieb fest, und der nur unerheblich abgeänderte, wieder eingebrachte Gesetzentwurf erlangte auch im Oberhause eine Mehrheit in zweiter Lesung. Nun aber nahmen die Lords die Bill in die Hand, um sie in dritter Lesung in ihrer Weise zu ändern. Darauf trat das Kabinett zurück, da der König die Ernennung neuer Peers verweigerte. Er beauftragte den Herzog von Wellington, ein Tory-Kabinett zu bilden. Wäre er erfolgreich gewesen, so wären die politischen Vereine des Landes nach London marschiert. Hier nun griffen die Utilitarier ein. Francis Place erkannte,

1) Trevelyan 235—239.

daß dies eine gefährliche Sache sein würde, und gab als Lösungswort aus, „um den Herzog zu hindern geht nach Gold“¹⁾. Darauf wurden in den Maitagen 1832 für £ 1 800 000 Noten bei der Bank von England zur Zahlung eingereicht²⁾. Wellington brachte kein Ministerium zustande. Der König aber konnte Grey zur Wiederannahme der Kabinettsbildung nur durch ein schriftliches Versprechen bewegen, so viel Peers zu ernennen, als zur Durchbringung der Reform nötig seien. Die Drohung genügte, und die Reformbill wurde Gesetz.

Die Bedeutung der Reform lag in der Ersetzung der Ernennung von Parlamentsmitgliedern durch Eigentümer von Wahlflecken durch Wahl seitens der Bevölkerung in mehr als 200 Wahlkreisen. Die durch die Entziehung des Wahlrechts gewonnenen Sitze dienten teils zur Verleihung des Wahlrechts an große Städte, teils zur Mehrung der Grafschaftsvertreter. Das Wahlrecht erhielten alle Haushälter, die ein Haus im jährlichen Mietwerte von £ 10 inne hatten. Auch die Pächter erhielten das Wahlrecht, aber ohne geheime Abstimmung, so daß der Einfluß der Grundeigentümer in ungebührlichem Maße aufrecht erhalten wurde. Die Gewalt, die bis dahin den Großgrundbesitzern allein zugestanden hatte, wurde dadurch zwischen ihnen und den bürgerlichen Klassen geteilt. Die Arbeiter, die die Hauptlast des Kampfes getragen hatten, erhielten kein Wahlrecht.

Das Whigministerium, das mit Grey ans Ruder gekommen ist, hat nicht nur das Parlament, sondern auch die Munizipien reformiert. Es hat eine Reform des Erbrechts durchgeführt, vermöge deren statt der Familie das Individuum zum Träger des Rechts am liegenden Gute geworden ist, die Negersklaverei abgeschafft, das Armengesetz von 1834 erlassen, das erste Arbeiterschutzgesetz,

1) Graham Wallas, *The Life of Francis Place*. London 1898. 306, 310.

2) Browning, *The domestic and financial position of Great Britain*. 1834. p. 461.

das Fabrikinspektoren eingeführt hat und dadurch erst wirksam gewesen ist, durchgesetzt; davon wird noch zu sprechen sein. Durch die Parlamentsreform ist aber vor allem erst das möglich geworden, wodurch der Reichtum Englands einen Aufschwung nehmen sollte, der alles bisher Erhörte übertraf, der Triumph des Freihandels.

Doch bevor ich diesen erzähle, muß ich erst von dem reden, was den Aufschwung des Außen- und Binnenhandels Englands technisch ermöglicht hat, von der Entwicklung seines Verkehrswesens in der Zeit nach Wiederherstellung des Friedens im Jahre 1815. Wenn meine Darstellung dabei bis in die neueste Zeit sich erstreckt, so geschieht dies, um spätere Wiederholungen zu vermeiden. Die Grundlagen auch der späteren Entwicklung sind in der Zeit des Aufstiegs des Bürgertums gelegt worden.

45. Kapitel.

Eisenbahnen, Schnellsegler, Dampfschiffe.

Ich habe im 37. Kapitel dargelegt, wie der große wirtschaftliche Aufschwung, den England seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts genommen hat, ohne die Fortschritte im Bau der Landstraßen, ohne die Verbesserungen in der Flußschiffahrt und vor allem ohne den Kanalbau nicht möglich gewesen wäre. Ohne sie hätten die landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnisse Englands nicht den Absatz gefunden, ohne den die neue Technik in Landwirtschaft und Gewerbe, welche in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts das Wirtschaftsleben revolutioniert hat, tote Erfindung geblieben wäre. Landstraßen, Flußschiffahrt und Kanäle, so verdienstlich ihre Verbesserungen und ihr Bau waren, würden aber außerstande gewesen sein, den Anforderungen zu genügen, welche die riesenhaft steigende Produktion des 19. Jahrhunderts an die Beförderung ihrer Erzeugnisse stellte. Eine kurze Vorführung ihres Schicksals wird dies zeigen.

Der Bau von Landstraßen, deren Kosten durch Erhebung von Chausseegeldern gedeckt werden sollten (*turnpike roads*), war sehr kostspielig¹⁾. Nach James Ander-

1) Ich folge im wesentlichen den Angaben E. A. Pratts, *A History of Inland Transport and Communication in England*. London 1912. 312 ff. — Siehe auch Edward Cleveland Stevens, *English Railways, their Development and their Relation to the State*. London 1915. — J. H. Clapham, *An Economic History of Modern Britain. The Railway Age*. Cambridge 1926.

son kostete er £ 1000 per englische Meile. Die Treuhänder der zum Bau und zur Instandhaltung der Landstraßen gegründeten Vereinigungen (turnpike trusts) pflegten Anleihen aufzunehmen, um die ersten Ausgaben zu decken; die Verzinsung sollte aus dem Ertrag der Chausseegelder stattfinden. Aber 1835 sind die alten Verpflichtungen der Gemeinden zum Straßenbau, weil sie außerstand waren, die Herstellung und Instandhaltung der Landstraßen zu sichern, beseitigt worden. Das war für die zur Fürsorge für die Landstraßen gebildeten turnpike trusts ein großer Verlust. Ihre Schulden stiegen; 1839 haben sie 9 000 000 £ betragen. Darauf haben die Trusts ihre Gebühren erhöht und die Stellen, an denen solche erhoben wurden, phantastisch vermehrt. Das hat den Verkehr auf den Landstraßen erheblich verteuert. Besonders sind es die Landwirte gewesen, die darunter gelitten haben. Dabei war die Wegeverbesserung elend, denn 50 Proz. der erhobenen Gebühren gingen auf die Verzinsung der Schulden; es kam vor, daß nach Bezahlung der Zinsen für die Verbesserung der Straßen nichts übrig blieb. Zu den Verwaltungskosten, dem Aufwand für Verzinsung und dem auf die Straßen kam noch, daß die Chausseegeldpächter auch Gewinn ziehen wollten. Die Pacht wurde dem Meistbietenden zugeschlagen. Es wird von einem Zollpächter namens Lewis Levy berichtet, der die Erhebung der Chausseegelder im Umkreis von 60—80 englischen Meilen von London für 4—500 000 £ gepachtet hat; die Pachtung muß also so viel für ihn wert gewesen sein. Dabei waren die Straßen nach einer Aussage von 1819 noch immer nahezu unpassierbar. Das war trotz der durch Telford und Mac Adam herbeigeführten Verbesserung die Folge der mangelhaften Instandhaltung der Straßen. Diese aber hatte ihre Ursachen in den trotz der Mehrung des Verkehrs und der den Benutzern auferlegten Lasten bestehenden finanziellen Schwierigkeiten der Trusts. Darauf wurden in den zwanzig Jahren 1821—1841 verschiedene Versuche gemacht, die Lage der Trusts zu verbessern. 1841 ist der General-Turnpike-Act erlassen worden, der die Friedensrichter ermächtigte, den Trusts zu befehlen, einen

Teil der auf den Hauptstraßen erhobenen Abgaben auf deren Verbesserung zu verwenden. Aber den Trusts wurde dadurch keine Erleichterung gebracht. Die Chausseegelder dienten nur zur Verteuerung des Verkehrs und damit zur Erschwerung der Konkurrenz mit dem Ausland; ein Teil derselben wurde durch die Verwaltungskosten und die Verzinsung aufgefressen; die Straßen wurden nicht besser. In Wales ist es 1843 zu einem großen Aufstand gekommen, bei dem die Drehkreuze auf den Straßen zerstört worden sind. Darauf hat das Parlament den Trusts in Wales einen Vorschuß von £ 200 000 zu 3 Proz. bewilligt, während die Engländer, die nur gemurrt hatten, länger auf Hilfe warten mußten. Bis 1864 ist die Bureaukratie des Ministeriums des Innern mit der Genehmigung des Aufhörens der Turnpike-trusts zögernd gewesen; da hat das Unterhaus einen Ausschuß eingesetzt, der die ganze Verwaltung dem Innenministerium abgenommen hat. Nach 1864 sind jährlich auf 1000—1800 englischen Meilen Landstraße die Chausseegelder beseitigt worden. Als Folge ist eine große Last auf die Gemeindesteuerpflichtigen gefallen; die Kirchspiele hatten wieder wie ehemals die Kosten zu tragen. Abhilfe ist erst 1882 gekommen. Von da ab wurde jährlich ein Viertel der Kosten der Landstraßen, auf denen kein Chausseegeld erhoben wurde, den Kirchspielen vom Parlamente bewilligt, von 1888 ab die Hälfte. Von 1882—8 sind £ 1 534 189 bewilligt worden. Nach dem Gesetze über lokale Selbstverwaltung von 1888 sollten vom 1. April 1889 ab die Landstraßen, auf denen kein Chausseegeld erhoben wurde, von den Grafschaftsräten erhalten werden. Entsprechend dieser Übernahme der Kosten der Straßenerhaltung erst durch die Kirchspiele, dann durch die Grafschaften sind auch die Vereinigungen zur Deckung der Straßenkosten durch Chausseegelder (turnpike trusts) verschwunden; 1864 hat es noch 1048, 1886 nur mehr 20, 1890 noch 5, 1896 nur mehr 1 gegeben.

Die Kanäle, deren Leistungen für die englische Volkswirtschaft seit dem Bau des Bridgewater-Kanals bis gegen Mitte des 19. Jahrhunderts nicht hoch genug ein-

geschätzt werden können, haben unter zwei Nachteilen gelitten¹⁾, die sie untauglich machten, den Anforderungen des steigenden Verkehrs zu genügen. Der eine besteht in der Schattenseite dessen, worin die große Stärke der englischen Volkswirtschaft beruht. Diese verdankt alles der individuellen Initiative Privater. So ist auch im Kanalbau alles durch Unternehmungen Privater entstanden. Wo immer sich die Aussicht einer gewinnbringenden Anlage zeigte, entstanden in jedem Distrikt, unabhängig von einander, Kanalgesellschaften. Daher die Abwesenheit jedweden Systems im Kanalbau. Der zweite Nachteil lag in der Terrainbeschaffenheit Englands. Sie hat zum Bau von Kanälen von wenig über Meereshöhe bis zu 600 Fuß über der See genötigt. Beides hat zusammengewirkt, um den Bau von Kanälen von verschiedener Weite und von verschiedenen Schleusendimensionen je nach der Höhe über dem Meere zu veranlassen. Daraus sind, als man daran ging, durch Verbindung der Kanäle der Systemlosigkeit in ihrer Anlage abzuhelpen, mitunter unüberwindliche Schwierigkeiten erwachsen.

Die Terrainverschiedenheiten haben eine Schleuse durchschnittlich auf je $1\frac{1}{4}$ englische Meile, im ganzen 2377 Schleusen nötig gemacht. Sie haben die Benutzung der Kanäle sehr verteuert. Andere Verteuerungen sind durch Aquädukte verursacht worden, die über Täler und Flüsse hergehen, als technische Leistungen bewundernswert, die aber ebenso wie die vielen Umwege, zu denen das Terrain genötigt hat, sehr große Kosten verursacht haben. Außerdem hat der Kohlenbergbau in manchen Distrikten die Kanäle unterminiert, wodurch weitere Kosten entstanden.

Dabei ist es doch nur ein Teil der Produzenten in Landwirtschaft, Bergbau und Industrie, denen die Kanäle zu gut kommen, nur diejenigen, die direkt an den Kanälen

1) Pratt 294 ff.

liegen; für alle anderen kommen zu den Frachtkosten auf dem Kanale noch die von und zum Kanale hinzu.

Allen den Unvollkommenheiten des Verkehrs auf Landstraßen und Kanälen hat der Bau von Eisenbahnen Abhilfe gebracht. Ihre Entwicklung ist sehr langsam vor sich gegangen. Das hängt mit ihren technischen Voraussetzungen zusammen. Eine Eisenbahn verlangt dreierlei: einen Schienenweg, auf dem die Wagen bewegt werden, eine bewegende Kraft und die Verwendung der letzteren auf die Bewegung der Wagen. Diese drei Dinge sind nicht gleichzeitig ins Leben getreten. Aber erst durch ihr Zusammenwirken ist die Eisenbahn, wie wir sie kennen, entstanden¹⁾.

Der Verbrauch von Steinkohle hat schon im 13. Jahrhundert begonnen; aber jahrhundertlang war er auf Schmiede und Kalkbrenner beschränkt. Im 16. Jahrhundert wurde die Steinkohle besonders von Newcastle am Tyne aus zur See nach den verschiedenen Hafenstädten Englands, besonders nach London verfrachtet, und, wie wir im 2. Bande gesehen haben, ging sie zur Zeit der Elisabeth von dort aus auch schon ins Ausland. Unter Jakob I. ist ihr Verbrauch auch schon in den englischen Privathaushalt eingedrungen, und es wurden im 17. Jahrhundert schon Tausende von Arbeitern im Kohlenbergbau beschäftigt. Eine große Schwierigkeit bestand im Verbringen von Kohle nach den Schiffen. Der Transport geschah in Karren oder auch in Körben auf dem Rücken von Pferden. Die Straßen waren, wie geschildert, unter aller Kritik²⁾. Noch schlimmer stand es für die Gruben, die nicht wie die von Newcastle an der See gelegen waren. Hier war die Kohle fast wertlos, da sie nicht von der Grube fortgebracht werden konnte. Um die Schwierigkeiten des Trans-

1) Dies wird gut ausgeführt von A. P. Usher, *An Introduction to the Industrial History of England*, 431 ff.

2) Die Lohnerhebungen J. H. Claphams, p. 75, über die Trefflichkeit der englischen Straßen sind angesichts der im 2. Bande 421, 422. wiedergegebenen Zeugnisse der Zeitgenossen unverständlich.

portes der Kohle auf den elenden Straßen zu überwinden, hat man sich durch Legen von Brettern oder auch Schienen geholfen, über die sich unförmliche Kohlenwagen bewegten. Das zuerst 1630 in Newcastle am Tyne. 1676 sind im Newcastler Distrikte solche Bahnen schon allgemein im Gebrauch. Das war der erste Anfang von etwas wie Schienen.

Von dem Auflegen von dicken Brettern, Trams, auf die Straßen stammt der Name Trambahn, der den Straßenbahnen geblieben ist, auch nachdem die Bretter längst durch eiserne Schienen ersetzt worden waren.

Die ersten Schienen, die an die Stelle der Bretter traten, waren von Holz, dann von Gußeisen. 1854 begann man Eisenschienen mit stählerner Oberfläche zu fertigen; zehn Jahre später hat man sie ganz aus Stahl hergestellt.

Schon 1725 hat man große Erdwälle aufgeschüttet und kostspielige Brücken gebaut und Tunnel gebohrt, um ein möglichst gleichmäßiges Abfallen des Wegs von den Gruben zum Tyne und zur Küste hervorzurufen. Um 1750 soll es kaum eine Kohlengrube ohne ihre eigenen Schienenwege gegeben haben.

Um solche Bahnen zu legen war die Erlaubnis der Grundbesitzer nötig, über deren Grundstücke sie gingen. Sie war nur gegen Bezahlung zu erlangen; in einzelnen Fällen mußte bis zu £ 500 für die Erlaubnis bezahlt werden. Wo eine öffentliche Straße gekreuzt wurde, brauchte man die Genehmigung des Parlaments. Diese Notwendigkeit wurde die Regel, als die Kanalgesellschaften anfangen, ihre Kanäle durch Schienenwege zu ergänzen. Dies begann Mitte des 18. Jahrhunderts; solche Schienenwege wurden von den Kanalgesellschaften gebaut, wo es galt, Kanäle zu verbinden, wenn der Bau eines Verbindungskanals zu kostspielig gewesen wäre.

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts war es üblich, daß die Kanalgesellschaften um die Ermächtigung zum Bau von Schienenwegen einkamen, und wenn sie davon keinen

Gebrauch machten, konnten andere dies tun und auf ihre Kosten solche Schienenwege anlegen, auch wenn die Grundeigentümer, deren Land sie überschritten, damit nicht einverstanden waren; doch mußten diese entschädigt werden. Der Gebrauch dieser Schienenwege stand dann allen, deren Fahrzeuge dazu dienlich waren, gegen die Entrichtung von Gebühren offen.

Aber die freundliche Stellung der Kanalgesellschaften gegen die Trambahnen hat schon 1799 sich zu ändern begonnen, und es ist ihr Widerstand gegen sie durchgedrungen. Damit hat die von den Kanalgesellschaften angefeindete direkte Konkurrenz von Schienenweg und Kanal aufgehört; sie hat erst mit dem großen Kampfe um das Gesetz für den Bau einer Eisenbahn zwischen Liverpool und Manchester 25 Jahre später wieder begonnen.

Zwischen 1801 und 1825 sind nicht weniger als 29 eiserne Schienenwege in den verschiedenen Teilen Großbritanniens im Gebrauch gewesen. Es gab kaum eine Grafschaft ohne einen solchen. Aber die meisten dienten noch der Verbindung von Gruben, Hüttenwerken, Kanälen und Flüssen. Die erste Eisenbahn im heutigen Sinne ist 1801 für den Verkehr zwischen Wandsworth und Croydon vom Parlament bewilligt worden. Als Vorbild bei solchen Bewilligungen dienten die Kanalgesetze.

Alle diese Eisenbahnen waren noch Pferdebahnen. Die erste mechanische Kraft, die an Stelle der animalischen bei der Fortbewegung der Wagen trat, ist aber noch nicht die der Lokomotive gewesen, sondern die einer stehenden Dampfmaschine, die durch Kabel mit den Wagen verbunden war. Die erste Lokomotive ist 1801 von Richard Trevistick erfunden worden. Sie hatte viele Fehler im einzelnen und konnte nur auf kurze Entfernungen laufen, auch mit Pferden noch nicht konkurrieren. Auch hat Trevistick sie noch nicht für den Gebrauch auf Schienenwegen nutzbar gemacht. Er glaubte an die Zukunft der Lokomotive auf der Landstraße und dachte an die Ersetzung der Stage-Coaches durch Dampfswagen; sie sollten wie die heutigen Automobile auf den Landstraßen laufen. Auch ist in den

zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts eine Anzahl dazu tauglicher Dampfwagen gebaut worden. Einer wurde 1827 gebaut, der zwei Jahre lang in der Nachbarschaft Londons verkehrte und 20—30 englische Meilen in der Stunde zurücklegte. Die Eigentümer der Kutschenlinien erfaßte die Angst ob der Konkurrenz. Auf ihre Veranlassung hin hat sich 1831, also noch nach Eröffnung der ersten Eisenbahnlinie, ein Parlamentsausschuß mit den Dampfwagen beschäftigt und ihnen eine große Zukunft prophezeit, wenn noch einige Verbesserungen stattfänden. Aber dazu waren die Landstraßen im allgemeinen zu schlecht.

Während man sich so im Süden mit den Kraftwagen beschäftigte, haben die Ingenieure im Newcastler Distrikt ihre Aufmerksamkeit der Anwendung der mechanischen Kraft auf das Ziehen von Wagen auf Schienenwegen zugewendet. Sie sind nicht die eigentlichen Erfinder von Lokomotiven gewesen, aber sie waren die Erfinder des Verkehrs auf Eisenbahnen mittels Lokomotiven. Die Hauptfigur unter ihnen war Georg Stephenson. Er hat seinen ihm vorausgegangenen Zeitgenossen viel verdankt. Sein Hauptverdienst war, vollkommen zu machen, was sie mangelhaft gemacht hatten. Er war ein selfmademan, nie um Auskunftsmittel verlegen, wo sich Schwierigkeiten in der Durchführung seiner Pläne ergaben, eminent praktisch. 1816 hat er ein Patent auf eine neue Art Schienen erhalten, die er sofort in Gebrauch nahm. Dann erkannte er die große Bedeutung, die es für die Minderung des Reibungswiderstandes der Schienen hat, wenn die Eisenbahnstraßen möglichst eben sind. Das hat ihn auf die Zweckmäßigkeit der Ausgleichung des Straßenniveaus und der Tunnelbauten gebracht.

Im September 1825 ist die Eisenbahn zwischen Stockton und Darlington eröffnet worden. Auf ihr fand der erste, mittels einer Lokomotive betriebene Personenverkehr auf einer Eisenbahn statt; sie hat dem Kohlentransport hauptsächlich gedient und nur erst 12 englische Meilen in der Stunde zurückgelegt; aber es war die Möglichkeit der Ersetzung der animalischen durch mechanische

Zugkraft durch sie erwiesen. Sie hat ferner eingeführt, daß die Wagen statt von den Benutzern von der Eisenbahngesellschaft gestellt wurden, und dargetan, daß die Idee, die Eisenbahn von jedwedem mittels eigenen Lokomotiven und Wagen befahren lassen, unpraktisch sei; denn wenn auch das Parlament befahl, daß Fremden die Benützung des von einer Gesellschaft gebauten Schienenwegs mit eigenen Lokomotiven zu gestatten sei, so verfügten diese damit noch nicht über die nötige Wasserzufuhr, Schuppen, Wartensäle; sie hat die Anerkennung vorbereitet, daß der Dampftransport auf Eisenbahnen vermöge der Natur der Dinge dem Eigentümer der Bahnlinie zustehen müsse.

Aber keine geringeren Schwierigkeiten wie die allmähliche Vereinigung der drei genannten Elemente des Eisenbahnverkehrs hat die Überwindung des Widerstandes gemacht, den Sonderinteressenten dem Bau von Eisenbahnen entgegengestellt haben¹⁾. Er hat seinen Anfang genommen, als Liverpool und Manchester durch eine Eisenbahn verbunden werden sollten, die beiden Städte, deren Verbindung durch den Bridgewater-Kanal seiner Zeit durch Sonderinteressenten hatte vereitelt werden sollen; und mit derselben Rücksichtslosigkeit wie damals zogen auch diesmal die um die Schädigung ihrer persönlichen Interessen Besorgten gegen den Fortschritt im Interesse des Ganzen ins Feld.

Das Projekt einer Eisenbahn zwischen Liverpool und Manchester hat in der großen Unzufriedenheit der Kaufmannschaft mit den bis dahin bestehenden Verbindungen seinen Ursprung gehabt. Sowohl die Fluß- als auch die Kanalverbindung zwischen den beiden Städten war technisch und ökonomisch mangelhaft. Die Frachttarife der Kanalgesellschaft waren exorbitant. Der Reinertrag des Bridgewater-Kanals bezifferte sich auf £ 100 000 jährlich. Der Unterschied der bisherigen Pferde-Eisenbahn und der projektierten Dampfbahn zwischen Liverpool und Manchester war, daß jene den Kanälen Waren zugeführt hatte,

1) Siehe für das Folgende Pratt, Chapt. XVIII—XXI.

während diese als Konkurrent auftrat. In dem Prospektus, den ein Komitee am 29. Oktober 1824 veröffentlicht hat, wird den Kanalgesellschaften nicht vorgeworfen, daß sie den Bedürfnissen der Handelswelt nicht entsprechen könnten, sondern daß sie es im Besitze ihres Verkehrsmonopols nicht für nötig hielten, dies zu tun. Darauf haben alle großen Kanalgesellschaften Zirkulare erlassen, in denen sie jede Kanal- und Flußschiffahrtsgesellschaft aufforderten, jedes Eisenbahnprojekt im Lande, wo immer der Bau einer Eisenbahn in Aussicht genommen werde, im Keime zu ersticken. Ihre Dividenden waren enorm. Die einzelner Gesellschaften haben 75 Proz. betragen. Außer den Kanalinteressenten protestierten die Grundbesitzer, teils weil sie ihr Monopol in Versorgung der umliegenden Märkte durch Zufuhr aus entlegenen Gegenden zu verlieren, teils weil sie eine Störung der Einsamkeit ihrer Parks und Schlösser fürchteten. Ihren vereinten Bemühungen ist es gelungen, 1825 den ersten Gesetzentwurf, der die Bahn Liverpool-Manchester genehmigen sollte, zu Fall zu bringen. Erst 1826 ging er durch, nachdem man den Treuhändern des Bridgewater-Kanals 100 Aktien der Eisenbahn verehrt hatte.

Die Unternehmer der Bahn waren lange zweifelhaft, ob die Zugkraft von stehenden Dampfmaschinen mittels Kabel oder durch Lokomotive geliefert werden sollte. Schließlich entschied man sich für die Lokomotive. Stephenson wurde mit dem Bau der Bahn beauftragt, und die von seinem Sohne Robert zusammen mit Booth gebaute Lokomotive „Rocket“ erlangte im Wettkampf mit drei anderen einen epochemachenden Sieg. In dem Preisausschreiben war verlangt worden, daß die Lokomotive 12 englische Meilen in der Stunde zurücklege, sie legte 29 in einer Stunde zurück. Der erste Zug ging am 14. Juni 1830 von Liverpool nach Manchester in $1\frac{1}{2}$ Stunden.

Der Kampf der Sonderinteressenten gegen den Bau von Eisenbahnen hat sich wiederholt, so oft eine neue Linie gebaut werden sollte.

Die Handelswelt begrüßte den Ausbau des Eisenbahn-

netzes, die wohlerworbenen Interessen, nicht nur die Aktionäre der Kanalgesellschaften, sondern ebenso die Grundbesitzer und die Presse eiferten dagegen. Die Presse erging sich in den törichtsten Angriffen auf die Freunde der Eisenbahnen und zwar selbst in den angesehensten Organen. So wurde Thomas Gray, der 1820 ausgesprochen hat, daß ein allgemeines Eisenbahnnetz das ganze Land überziehen und Kanäle, Eilwagen und Postwagen verdrängen werde, im Quarterly Review vom März 1825 als Visionär, der keine Beachtung verdiene, verhöhnt. Das war noch milde. Man schilderte den Bau von Eisenbahnen als einen skandalösen Angriff auf das Eigentum. Kein Feld, das nicht zersplittert werde; die Quellen würden austrocknen, die Wiesen unfruchtbar werden, die Vegetation aufhören. Die Kühe würden keine Milch mehr geben, die Pferde aussterben, der Ackerbau still stehen, die Häuser durch Eisenbahnwälle erdrückt werden. Grundeigentümer, Pächter, Gärtner, welche die Märkte versorgen, Gastwirte würden ruiniert werden. Die Vorräte der Fabrikanten würden durch die Funken der Lokomotive in Bränd geraten, Hunderttausende, einschließlich der Kanalaktionäre, würden an den Bettelstab kommen, und dies alles im Interesse einiger Weniger. Dabei nahmen die Angreifer keinen Anstoß, wenn sie in demselben Atem fortfuhren, übrigens würden die Lokomotiven nicht ziehen, denn, wenn auch ihre Räder sich drehten, würden sie doch vermöge ihres Gewichts auf demselben Fleck bleiben.

Am stärksten war der Widerstand der Grundeigentümer. In dem Maße, in dem die Hetze gegen den Eisenbahnbau zunahm, stiegen die Preise, die sie für ihr Land, über das die Eisenbahnen geleitet wurden, beanspruchten. Sie standen außer allem Verhältnis zum tatsächlichen Werte desselben. Es waren einfach die höchsten Preise, die sich erpressen ließen. Gaben die Eisenbahnen nicht nach, so wurde das Gesetz, das ihren Bau genehmigen sollte, im Parlamente abgelehnt. Die Geschäftswelt aber war am Bau der Eisenbahnen aufs äußerste interessiert. Ihr ganzer Außenhandel war gefährdet, wenn es nicht gelang, ihre

Fabrikate billig an die Küste zu bringen. Aber eben dies verstärkte den Widerstand der Grundeigentümer. Als die Bahn, die Birmingham und London verband, gebaut werden sollte, von der der ganze Absatz Birminghams nach Portugal, Spanien, Italien abhing, gelang es, das genehmigende Gesetz zwar im Unterhause durchzubringen, im Oberhause aber erst, nachdem es den Unternehmern gelungen war, den Widerspruch der Grundeigentümer zu beseitigen. Das Land hat sie als Regel das Zweifache seines Wertes gekostet; es kam aber auch vor, daß für rein landwirtschaftliches Land im Werte von £ 5000 £ 120 000 gezahlt werden mußten. In einem Falle schlugen die Unternehmer dem Grundbesitzer, der eine Störung seines Besitztums fürchtete, vor, sie wollten einen Tunnel bauen, um seinen Park zu umgehen; der Tunnel sollte £ 50 000 kosten. Gebt mir den Preis des Tunnels, war die Antwort, und ich lasse meinen Widerstand fallen. Man einigte sich auf £ 30 000. Man wird an die Zeiten der Raubritter erinnert, da diese von ihren Burgen aus den Reisenden auflauerten. Oft haben aber auch Städte Widerstand gegen den Bau von Bahnen erhoben und sich ausbedungen, daß die Bahn nicht unter einer gewissen Entfernung von ihnen vorbeiführe. Doch hat es auch Ausnahmen von der geschilderten Wegelagerei gegeben. So hat der Herzog von Bedford einer Eisenbahn £ 150 000 freiwillig zurückgegeben, als er fand, daß die Bahn den Wert seines Besitztums erhöht habe, und Lord Taunton hat ihr von £ 35 000 15 000 zurückgegeben, da sein Besitz nicht so viel gelitten habe. Aber das waren Ausnahmen. Sie ändern nichts an der Tatsache, daß die Gesellschaft London—Birmingham für Land und Entschädigungen durchschnittlich £ 6 300 für die englische Meile, die Great Western £ 6696, die London and South Western £ 4000 und die Brighton-Gesellschaft £ 8000 zu zahlen hatten¹⁾. Zu diesen Kosten kamen noch die Ausgaben, die die Erlangung der Genehmigung der Bahn einer Linie verursachten. Sie haben

1 Pratt 254.

bei 16 Linien zusammen nicht weniger als £ 683 488 betragen¹⁾. Mitunter haben die Gründer einer Gesellschaft ihr Geld ausgegeben und doch nicht die Genehmigung erlangt.

Diese den Landeigentümern und den Advokaten zu zahlenden Kosten sind die Ursache, warum der Eisenbahnbau in England mehr gekostet hat als in allen anderen Ländern der Welt. Es haben die durchschnittlichen Kosten per englische Meile betragen in England £ 55 712, in Deutschland nur £ 22 821, in Frankreich £ 28 611, in Belgien £ 37 088, in den Niederlanden £ 17 350, in Dänemark 10 884, in den Vereinigten Staaten von Amerika £ 15 071, in Kanada £ 12 022²⁾).

Diese Teuerkeit der englischen Bahnen war eine Folge der schon bei Erörterung der Kanalgesellschaften hervorgehobenen Tatsache, daß in England alles der Privatunternehmung überlassen ist. An sich hätten die Unternehmer jede Bahn bauen können, hätte aller Boden, über den der Schienenweg führte, ihnen gehört. Da die Natur der Dinge dies ausschloß, mußten sie mit den Eigentümern, deren Land sie in Anspruch nahmen, Privatverträge abschließen. Die Festsetzung ihrer Bedingungen überließ der Staat, der seine Aufgabe lediglich im Schutze der persönlichen Freiheit und des Eigentums sah, den Parteien. Außerdem aber brauchte man die Genehmigung des Parlaments, da die Bahnen öffentliches Eigentum in Anspruch nahmen.

Doch hatte die Gleichstellung der Eisenbahnen mit anderen Privatunternehmungen seitens des englischen Staats einen noch größeren Nachteil: er kannte auch für ihre wirtschaftliche Beurteilung keine anderen Gesichtspunkte als die, welche für jedes Privatunternehmen, das des Bäckers, Schusters, Schneiders zur Geltung gelangt waren. Die neue Nationalökonomie kannte nur ein Mittel gegen mangelhafte Befriedigung der Bedürfnisse und Überteurung durch Gewerbetreibende: die Konkurrenz. Die Geschäftswelt hatte

1) Porter, Progress of the Nation, 334.

2) Pratt 293.

die Eisenbahnen als Schutz gegen den Mißbrauch der Monopole der Kanalgesellschaften begrüßt; das Parlament fürchtete ein neues Monopol im Verkehrswesen und suchte Schutz dagegen in dem allgemeinen Heilmittel, der Konkurrenz. Zuerst glaubte es, sie zu sichern, indem es den Eisenbahnen nur die Schienenwege als Eigentum zuerkannte und ihnen auferlegte, daß sie jedem gestatten müßten, gegen die Entrichtung von Gebühren mit eigener Lokomotive und Wagen sie zu benützen. Aber aus bereits genannten Gründen hat man dies bald als untunlich erkannt, und ein Parlamentsausschuß hat dies 1840 auch ausgesprochen. Darauf hat das Parlament in seiner Furcht vor einem Monopol der Bahnen die Kanäle in ihrem Wettkampf mit diesen zu stärken gesucht, so 1845 der 8. and 9. Vict. c. 28 u. 46. Aus demselben Grunde begünstigte man Vereinbarungen zwischen den Kanälen. Man glaubte, daß eine Teilung in den Leistungen zwischen Kanal und Eisenbahn in der Weise eintreten werde, daß auf den Kanälen schwere und sperrige Güter, auf den Eisenbahnen die leichteren verfrachtet würden. Aber das Gegenteil trat ein. Kohle, Eisenstein u. dgl. wurden auf der Eisenbahn verfrachtet, während auf den Kanälen Gegenstände des häuslichen Verbrauchs transportiert wurden. Von der den Kanalgesellschaften erteilten Erlaubnis, sich zu verschmelzen, konnte nur in zwei Fällen Gebrauch gemacht werden. Das Hindernis lag in der Verschiedenheit der Breite der Kanäle und in der durch die Terrainverschiedenheit Englands bedingten großen Zahl von Schleusen, wodurch die Benutzung der Kanäle, wie schon bemerkt, sehr verteuert wurde; es war zu verwundern, daß die Kanäle überhaupt noch Fracht erhielten. Endlich suchte die Regierung dem befürchteten Monopol vorzubeugen, indem sie zum Bau konkurrierender Linien ermunterte. Nun aber zeigte sich, daß Adam Smiths Lehre von der allein seligmachenden Konkurrenz ebensowenig wie für die Arbeiter, wie sich noch zeigen wird, für das fixe Kapital zutrifft. Sie kann, soweit sie überhaupt richtig ist, nur für Produktionsverhältnisse, wie sie zur Zeit A. Smiths vorherrschten, Geltung

beanspruchen. Sie setzt nämlich voraus, daß der Unternehmer sein Kapital aus einem Unternehmen, das nicht den üblichen Gewinn abwirft, ohne Verlust zurückziehen könne, um es in anderen, gewinnbringenden anzulegen. Das trifft im allgemeinen in Unternehmungen zu, in denen, wie zur Zeit A. Smiths als Regel, das umlaufende Kapital im Betriebe vorherrscht. Bei den Eisenbahnen aber war der überwiegende Teil des angelegten Kapitals in den Schienenwegen, Bahndämmen, Brücken fixiert. Brachte es nicht den üblichen Gewinn, so konnte man es nicht zurückziehen, um es in rentableren Anlagen nutzbar zu machen. Es kam einmal vor, daß eine Eisenbahngesellschaft, weil sie nicht auf ihre Kosten kam, den Betrieb einstellte; ihre Schienen wurden als altes Eisen verkauft, ihre übrigen Kapitalanlagen waren gänzlich verloren; ihre Verluste waren enorm. Diese Unfähigkeit das Kapital zurückzuziehen hat die Eisenbahnen, wie die Arbeiter, die, wenn der Lohn ihre Produktionskosten nicht mehr deckt, ihr Arbeitsangebot vom Markt nicht zurückziehen können, statt zur Konkurrenz zu deren Gegenteil, zur Koalition gezwungen. Darauf hat James Morrison schon 1836 im Parlamente aufmerksam gemacht und beantragt, daß das Parlament darauf aus sein solle, die kolossale Kapitalverschwendung, die im Bau konkurrierender Linien liege, zu verhüten, sich dagegen das Recht vorbehalten solle, die ganze Gebarung der Eisenbahnverwaltungen periodisch einer Untersuchung zu unterziehen und ihre Frachtsätze zu prüfen. Aber ein diesen Gedanken entsprechender Gesetzentwurf ist in der zweiten Lesung im Unterhause gescheitert, und ebenso erging es einem von Wellington 1836 im Oberhause eingebrachten Gesetzentwurfe. Die Eisenbahninteressenten protestierten: die Regierung habe nie etwas getan, um den Bahnbau zu fördern, wohl aber habe sie ihnen im Interesse der Beförderung der Post unerhörte Lasten auferlegt sowie hohe Steuern; infolgedessen müßten sie höhere Fahrpreise fordern. Im Jahre 1844 wurde eine Steuer von 5 Proz. der Einnahmen aus dem Personenverkehr, welche für die ärmeren Fahrgäste, für die Passagiere dritter Klasse, die an-

fänglich in* offenen Wagen ohne Bänke transportiert wurden, besonders drückend gewesen waren, für sogenannte Parlamentszüge beseitigt. Das waren Züge, in denen die Fahrgäste dritter Klasse in gedeckten Wagen mit Bänken untergebracht wurden, die an jeder Station hielten, und für welche kein höherer Fahrpreis als 1 penny für die englische Meile erhoben werden durfte.

Nachdem die Gesetzentwürfe Morrisons und Wellingtons gescheitert waren, hat die Regierung ihre Politik, durch Ermunterung des Baus vieler kleiner, meist miteinander konkurrierender Linien dem Monopol vorzubeugen, weiter verfolgt. Es fehlte jeder Versuch, ein Eisenbahnnetz ins Leben zu rufen, das den Bedürfnissen des Landes entsprochen hätte. Die Folge war eine große Verschwendung von nationalem Kapitale. Es entstanden unzählige, voneinander unabhängige Linien, die, unfähig sich zu halten, von den großen verschluckt wurden. Darauf hat ein Ausschuß unter Vorsitz von Gladstone, der damals Handelsminister war, berichtet, daß nach seiner Auffassung in Zukunft neue Eisenbahnlinien nicht lediglich mit Rücksicht auf ihre lokale Bedeutung, sondern als Glieder eines großen nationalen Verkehrssystems zu beurteilen seien. Dementsprechend wurde im August 1844 eine eigene Abteilung des Handelsamtes damit betraut, über alle Pläne zum Bau neuer Eisenbahnen zu berichten, um den Ausschüssen für Privatgesetze Direktiven zu geben. Das geschah zu einer Zeit, da das Interesse an Eisenbahnen nach der Reaktion auf die wilde Spekulation von 1836/7 sich wiederzubeleben begann. Die sehr vernünftigen Vorschläge des Gladstoneschen Ausschusses stießen auf so heftigen Widerspruch der Projektenmacher, daß die Regierung es aufgab, sie weiter zu verfolgen; es blieb beim Alten, d. h. bei der Beurteilung der einzelnen Linien nicht nach nationalen, sondern lokalen Interessen. Das Unterhaus beschloß, der unbeschränkten Konkurrenz von Eisenbahnlinien freien Lauf zu lassen; es fehlte ihm jede staatsmännische Voraussicht. Es folgte die Eisenbahnmanie von 1845/6. 1843 waren 24 Eisenbahngesetze beschlossen worden; 1844 stieg

ihre Zahl auf 37, 1845 auf 248; in der darauf folgenden Session wurden 815 Anträge, den Bau neuer Linien zu genehmigen, gestellt. Es wurden extravagante Preise für Aktien und Interessenscheine gezahlt. Der darauf folgende Zusammenbruch hat jede vorher wohlhabende Familie in der Hauptstadt berührt und viele in Armut gebracht.

Im Jahre 1850 ist der Erlaß eines Gesetzes nötig geworden, das die Auflösung von Eisenbahngesellschaften erleichterte. Von 8592 englischen Meilen Eisenbahnen, die 1845—47 genehmigt worden waren, sind 1560 auf Grund dieses Gesetzes nicht gebaut worden; 2000 sollen ohne parlamentarische Genehmigung ungebaut geblieben sein. Unter ihnen waren solche, die lediglich, um bestehenden Eisenbahnlinien Konkurrenz zu machen, hatten gebaut werden sollen. Die bestehenden Gesellschaften dachten an Schutz und fusionierten mit denen, die, um mit ihnen zu konkurrieren, ins Leben gerufen worden waren. Es ist sogar vorgekommen, daß der Bau von Eisenbahnlinien beantragt wurde, nur damit man, nachdem die Genehmigung dazu erlangt war, das erlangte Recht zum Bahnbau an die Linien, denen sie Konkurrenz machen sollten, verkaufe.

Die Eisenbahnmanie und der durch Fusionen veranlaßte Aufwand haben einige Gesellschaften genötigt, zu den drückendsten Bedingungen Geld aufzunehmen, zu 10 bis 30, ja bis zu 50 Prozent. Als Folge sind die Aktien vom Juli 1845 bis April 1848 auf die Hälfte gesunken.

Es schien allgemein, daß es nötig sei, die Prüfung der von Privaten eingebrachten Entwürfe von Eisenbahngesetzen durch bessere Einrichtungen zu ersetzen; aber die vielfach ausgezeichneten Berichte der von Gladstone eingesetzten Spezialabteilung des Handelsamts waren Arbeiten nur für den Papierkorb. Ich gehe hier nicht auf den Versuch ein, durch eine Kommission die Tätigkeit dieser Spezialabteilung zu ersetzen. Sie hat 1851 wieder aufgehört; ihre Funktionen wurden dem Handelsamt übertragen; es blieb bei der Genehmigung des Eisenbahnbaus durch Privatgesetze und ihren Mißständen, und die Konkurrenz der vielen kleinen Bahnen, die als Schutz gegen das Monopol

der großen dienen sollten, hat zu ihrem Gegenteil, zum Aufsaugen der kleinen durch die großen geführt. 1872 ist ein gemeinsamer Ausschuß von Ober- und Unterhaus zu folgenden Beschlüssen gekommen:

„Die Fusionen haben nicht die Übel mit sich gebracht, die man erwartet hat. Eine Konkurrenz zwischen Eisenbahnen gibt es nur in beschränktem Maße und kann auf dem Wege der Gesetzgebung nicht aufrecht erhalten werden. Die Koalition von Eisenbahngesellschaften nimmt zu und wird wahrscheinlich zunehmen, sei es durch Fusion, sei es auf andere Weise.“

Damit haben beide Häuser des Parlaments bestätigt, daß das allein seligmachende Prinzip der Konkurrenz versagt, wo immer es vermöge der Natur der Dinge unmöglich ist, sich vom Markte zurückzuziehen, wenn man nicht auf seine Kosten kommt.

Es wäre erstaunlich gewesen, wenn das Monopol, dessen Berechtigung für die Eisenbahnen vom Parlament anerkannt worden ist, nicht zu sehr lebhaften Klagen Anlaß gegeben hätte. Auch ist über die Höhe der Tarife, die Güterklassifikation bei deren Festsetzung, über den Einfluß, den die Eisenbahndirektoren auf Leben und Sterben der einzelnen wirtschaftlichen Unternehmungen durch Differenzialtarife und das Gewähren oder Versagen von Anschlußgleisen geübt haben, ununterbrochen geklagt worden. Es würde den Rahmen dieses Werks überschreiten, dies im einzelnen zu erzählen; das ist Sache einer Spezialgeschichte der englischen Eisenbahnen¹⁾.

Es wäre zu verwundern, wenn die stattgefundenen Mißbräuche nicht das Verlangen nach Verstaatlichung hervorgerufen hätten, und in der Tat zeigt die Geschichte der deutschen Eisenbahnen viele Vorzüge des Staatsbahnsystems; so vor allem die Planmäßigkeit in dem Ausbau des Eisenbahnnetzes, die in England so völlig gefehlt und zu so großer Kapitalverschwendung in dem Bau über-

1) Für die Zeit bis 1875 hat dies Gustav Cohn, Untersuchungen über die englische Eisenbahnpolitik, 2 Bände, Leipzig 1874, 1875, geleistet.

flüssiger Linien geführt hat. Allein auch in Deutschland sind unter dem Einfluß von Parlamentariern, auf deren Partei man hören mußte, manche Bahnen gebaut worden, die sich nicht rentieren. Auch in Deutschland hat man durch Differenzialtarife einzelne Unternehmungen begünstigt, wodurch andere Interessen geschädigt wurden. Ich erinnere an die Begünstigung des von Stroußberg in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts in Berlin erbauten Viehhofs durch Tarife, vermöge deren es billiger war, Vieh aus Ostpreußen nach Berlin zu verfrachten als nach dem auf dem Wege dahin liegenden Landsberg a. d. W., das bis dahin der Viehmarkt für ostpreußisches Vieh gewesen war. Ich habe es erlebt, daß in Oberschlesien an eine Koksanstalt von der Staatsbahn das Ansinnen gestellt wurde, ihr zu gestatten, durch ihr Terrain einen mehrere Meter tief liegenden Schienenstrang zu legen, durch den ihr Terrain in zwei ungleiche Hälften zerschnitten und die kleinere Hälfte trotz gebauter Brücken unbrauchbar geworden wäre. Die Koksanstalt erklärte sich entgegenzukommen bereit, wenn man ihr die kleinere Hälfte abkaufe, und ging aus einem Prozesse, den sie angesichts des Widerstands der Staatsbahn gegen diese anstrebte, siegreich hervor. Da erklärte die Staatsbahn, sie werde der Koksanstalt das Anschlußgeleise entziehen, wenn sie auf ihrem Rechte bestehe, und, da das Geleise für die Anstalt das Wichtigere war, mußte sie nachgeben. Auch ist es zur Zeit der preußischen Verfassungskonflikte in Breslau vorgekommen, daß dem Chef eines der angesehensten Kaufhäuser, der als Vorsitzender der altliberalen Partei deren Protest gegen den Verfassungsbruch unterzeichnet hatte, Tags darauf von der preußischen Bank die Diskontierung von Wechseln verweigert wurde. Man denke sich das gleiche auf die Gewährung von Differenzialtarifen angewendet; es könnten dadurch ganze Provinzen für ihre politische Haltung belohnt oder bestraft werden. Dabei glaube man nicht, daß solche Vorgänge ausgeschlossen würden, wenn die Staatsbahnverwaltung unter die Kontrolle des Parlaments gestellt würde. Denn die Mehrheitsparteien

sind gegenüber Angehörigen der Minderheiten oft noch tyrannischer als eine auf ihre Selbstherrlichkeit eifersüchtige Bureaukratie. Es ist kein System vollkommen; eine stete Wachsamkeit der Interessenten und der öffentlichen Meinung ist bei jedem notwendig.

Die Länge der Ende des Jahres 1849 im Vereinigten Königreiche von Großbritannien und Irland vollendeten Eisenbahnlinien hat 5996 englische Meilen betragen, wovon 4656 auf England, 846 auf Schottland, 494 auf Irland gekommen sind¹⁾. Heute ist England von einem dichten Netze von Eisenbahnlinien bedeckt; auch in Schottland und Irland sind alle wirtschaftlich wichtigen Orte durch Eisenbahnen verbunden. Ihre Länge hat 1915 im Vereinigten Königreiche 23 709, in England und Wales 16 418, in Schottland 3882, in Irland 3409 englische Meilen betragen²⁾.

Angesichts dieser Entwicklung und der oben hervorgerufenen Schwächen des Kanalverkehrs ist der Gedanke verkehrt, daß dieser wieder belebt werden könne. Die, welche dafür eintreten, wollen dadurch nur einen Druck auf die Eisenbahnfrachten ausüben.

Ebensowenig wie die Kanäle konnten die Eilwagen mit den Eisenbahnen konkurrieren³⁾. Die höchste Blüte des Eilwagenverkehrs ist in die Zeit von 1820—36 nach den Straßenverbesserungen von Telford und MacAdam gefallen. Es hat 1836 mehr als 3000 Kutschen auf den Landstraßen gegeben, von denen die Hälfte ihre Reise in London zu beenden pflegte. Es gab Kutschen-Unternehmer, die nach der Eröffnung der Linien Liverpool-Manchester und Birmingham-London das Ende des Eilwagenverkehrs kommen sahen, ihr Material rechtzeitig veräußerten, den Frachtverkehr von und zu der Bahn monopolisierten und Millionäre geworden sind. Andere, die sich durch die Hetze gegen die Bahnen bestimmen ließen und nicht an ihre Zu-

1) Porter, Progress etc. 330.

2) Statistical Abstract for the United Kingdom, 1918. 334 ff.

3) Pratt, Chapt. XXIV.

kunft glaubten, wurden bankrott. Das Aufhören des Eilwagenverkehrs, der manche romantische Reize hatte, ist im Interesse der unglücklichen Pferde sehr erfreulich gewesen. Nach 4 Jahren Dienst waren sie unbrauchbar, auf einigen Routen mit besonders schlechten Straßen schon nach 2 Jahren. Oft brachen sie die Beine oder fielen, von einem Herzschlag getroffen, tot um¹⁾.

Gleichzeitig mit den geschilderten Fortschritten im Binnenverkehr, die es den Unternehmern gestatteten, ihre Erzeugnisse auf dem billigsten Wege zur Küste zu bringen, haben nicht geringere Fortschritte in der Seeschifffahrt ihnen gestattet, die von ihnen benötigten Rohstoffe zu immer sinkenden Preisen nach Britanniens Küsten zu bringen und ihre Erzeugnisse an die Tore aller an der See gelegenen Länder in allen Weltteilen zu führen. Wie die Wegverbesserung, der Bau der Kanäle und der eines ganz Großbritannien und Irland umfassenden Eisenbahnnetzes sind auch alle Fortschritte in der Seeschifffahrt Englands privater Initiative zu danken²⁾.

Zur Zeit Walter Raleghs sind die holländischen Schiffe den englischen weit überlegen gewesen; sie haben nur ein Drittel der Mannschaft der englischen gebraucht. Dann hat die Ostindische Gesellschaft zahlreiche große Schiffe gebaut, gleich geeignet große Warenmengen zu fassen und sich gegen kriegerrische Konkurrenten und gegen Seeräuber zu wehren. Aber unter dem Schutz ihres Monopols fand ihrerseits keine weitere Entwicklung im Schiffbau statt. Dagegen haben um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts große Fortschritte im Schiffbau im Verkehr mit Westindien stattgefunden, sowohl was Konstruktion der Schiffe als auch deren Schnelligkeit betrifft. Hier gab es kein Monopol, das auf Errungenschaften auszuruhen gestattete. Die Konkurrenz entwickelte den sogenannten Free Trader, der einen großen Fortschritt im Schiffbau, neue Methoden in Ausrüstung und Ersparnisse im Betriebe

1) Pratt 327.

2) Siehe für das Folgende Adam W. Kirkaldy, *British Shipping, its History Organization and Importance*. London 1919.

bedeutet hat. Der Ostindienfahrer war der Vorläufer des modernen Linienschiffes, der Freetrader des modernen Cargo tramps. Als das Monopol der Ostindischen Gesellschaft fiel, waren es Schiffe von 600 bis 800 Tonnengehalt, die dahin fuhren.

Als nach Beendigung der Napoleonischen Kriege der Handel zunahm, hat dies zu einem Wetteifer in der Verbesserung der Seeschifffahrt zwischen England und den Vereinigten Staaten von Amerika geführt. Sie hat während der ganzen ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zur Abschaffung der Navigationsgesetze im Jahre 1849 gedauert. Es gab eine Zeit, da es schien, daß die Vereinigten Staaten in diesem Wettkampf die Sieger sein würden. 1815 war die Handelsschifffahrt Großbritanniens doppelt so groß wie die der Vereinigten Staaten; von 1830 an stieg der Tonnengehalt ihrer Schifffahrt; um 1850 hat er nur mehr $\frac{3}{4}$ Millionen Tonnen weniger als die englische betragen; und 1861 war die Differenz auf $\frac{1}{4}$ Million gesunken. Da kam ein Umschlag zugunsten der Engländer.

Die Hauptzentren der britischen Schifffahrt nach Westindien sind nach 1815 London, Bristol und Liverpool gewesen. Die Schiffe waren verhältnismäßig klein, aber sehr brauchbar. Sie brauchten nur ein Minimum von Mannschaft, dabei war ihr Ladungsinhalt im Vergleich mit den größeren und teureren Schiffen groß, und sie waren von nicht geringerer Schnelligkeit. Ihre geringere Größe erlaubte ihnen, jeden Hafen aufzusuchen, wo für den Handel etwas heraus kam; sie waren also ausgezeichnet als Frachtschiffe. Ihr Fehler war ihre verhältnismäßig große Deckbreite. Die Konkurrenz der amerikanischen Schnellsegler hat die englischen Reeder zu Verbesserungen in der Schiffskonstruktion genötigt. Sie wurden aber erst vorgenommen, als mit der Beseitigung der Navigationsgesetze und der vier Jahre danach erfolgten Freigabe auch des britischen Küstenhandels die amerikanische Konkurrenz bis in die britischen Häfen fühlbar wurde. Die Amerikaner haben allerdings die Abschaffung der britischen Navigationsgesetze nachgeahmt. Diese ist im Juni 1849 erfolgt; vom

Oktober 1849 ab haben auch die Vereinigten Staaten fremde Schiffe zugelassen; aber sie haben diese Erlaubnis nicht wie die Briten auch auf den Küstenhandel erstreckt — und Küstenhandel ist nach ihrer Auslegung aller Handel zwischen ihren atlantischen Häfen bis zu denen im Stillen Ozean, obwohl man dazu das Kap Horn und fremde Küsten umschiffen muß; seit der Eröffnung des Panamakanals hat dies noch größere Bedeutung erlangt.

Als die Rivalität in der Seeschifffahrt zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien begann, war das britische Frachtschiff von dem Typus, den der Handel mit Westindien entwickelt hatte, nach heutigen Begriffen sehr klein, es faßte nur 350—700 Tonnen. Aber es war aus hartem Holze gebaut im Gegensatz zum amerikanischen, das aus weicherem, also viel billigerem Holz hergestellt und viel länger im Verhältnis zur Breite war. Die Schiffe waren ausgezeichnete Segler, aber ihre Stärke war langen Seereisen nicht gewachsen. Billigkeit und Schnelligkeit waren auf Seite der Amerikaner, aber Stärke und Sicherheit auf Seite der Briten. Die ersteren Eigenschaften hatten den Vereinigten Staaten den Vorsprung vor Großbritannien gebracht. Da hat ein britischer Reeder Green 1850 den Challenger gebaut, ein Segelschiff von außerordentlichen Eigenschaften als Segler, und da es stärker als die amerikanischen Schiffe war, gab es größere Sicherheit, daß die Ware gut ankam; 1856 schlug das in Greenock gebaute Schiff *The Lord of the Isles* die zwei schnellsten amerikanischen Segler auf der Fahrt von China nach London. Darauf hat Großbritannien wieder die Oberhand über die Vereinigten Staaten erhalten.

Das hat aber noch eine zweite Ursache gehabt. 1859 ist das erste eiserne Schiff, der *Tubalcain*, 787 Tonnengehalt, in Liverpool gebaut worden.

Es ist im zweiten Bande erzählt worden, daß Henry Cort 1786 das Walzen von Eisen erfunden hat. 1787 schon hat John Wilkinson ein Kanalschiff aus Eisen hergestellt. Erst 1817 ist am Clyde das erste eiserne Schiff gebaut worden, es war 61 Fuß lang; von 1819 ab ist es auf dem

Kanal in Gebrauch gewesen; es hat 70 Jahre gehalten. Aber lange Zeit haben Vorurteile den Gebrauch eiserner Schiffe auf dem Meere gehindert. Man fürchtete die Ablenkung des Kompasses durch das Eisen, und, als das erste eiserne Schiff, das eine Seefahrt unternahm, in einem dichten Nebel bei Dublin scheiterte, erschien dies wie eine Bestätigung der Befürchtung.

Die gebauten eisernen Schiffe waren um ein Viertel leichter als die hölzernen von gleichem Tonnengehalt und hatten um 30 Proz. weniger Wasserverdrängung; sie konnten entsprechend mehr Fracht als die hölzernen aufnehmen und boten die Möglichkeit, weit größere Schiffe zu bauen. Auch hatten, als die Dampfmaschine ihren Wettkampf mit dem Segel begann, die hölzernen Schiffe weit stärkere Vibrationen infolge der Dampferschraube als die eisernen.

Das erste Dampfschiff ist bekanntlich bereits im 17. Jahrhundert von Papin in Marburg erfunden worden. Es war ein kleines Dampfboot, das am Hinterteile von einem Rade fortbewegt wurde. Papin ließ es in die Fulda bringen, entschlossen, die Weser hinab und durch die Nordsee nach England zu fahren. Er ist nur bis Münden gekommen; dort haben Schiffer, welche in seiner Erfindung eine Bedrohung ihres Gewerbes erblickten, das Boot zerschlagen, und damit hatte die Dampfschiffahrt für 125 Jahre ein Ende gehabt. Es herrscht Streit zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien, wem das Verdienst um ihre erfolgreiche Wiederbelebung zukommt. 1802 hat das Dampfschiff Charlotte Dundas die ersten erfolgreichen Fahrten auf dem Forth und Clyde Kanal gemacht. Robert Fulton hat 1807 die Clermont in New York gebaut; sie war 133 Fuß lang. Sie fuhr regelmäßig zwischen New York und Albany. 1812 fuhr der in England gebaute Dampfer Komet regelmäßig zwischen Amerika und Europa. 1820 wurde der erste Dampfer aus Eisen in England gebaut; er war 120 Fuß lang, und dampfte über den Kanal die Seine hinauf bis Paris.

Die aus Eisen gebauten Dampfschiffe machten den

Segelschiffen eine Konkurrenz, der sie auf die Dauer nicht gewachsen gewesen sind. Eine Zeitlang wurden die Schnellsegler noch beim Transport gewisser Waren bevorzugt, so beim Transport von Tee. Man glaubte, daß das Aroma des Tees beim Transport auf einem Dampfschiff leiden würde. Da hat 1863 ein Dampfer von 1250 Tonnen Gehalt, Robert Lowe, eine Teeladung in vortrefflicher Verfassung von Hankow nach London gebracht, womit der Beweis erbracht war, daß Dampfer für den Teetransport geeignet seien. Die Schnellsegler haben dann noch acht bis zehn Jahre lang Tee gebracht. Aber dann ist die Verfrachtung von Tee auf die Dampfschiffe übergegangen. Die Segelschiffe wurden nur mehr im Handel mit Australien gebraucht. Bis Ende des 19. Jahrhunderts ist der Viermaster noch im Gebrauch geblieben. Seine Fähigkeit, Frachten aufzunehmen, war enorm gewachsen. Aber im Vergleich zum Dampfer war das Segelschiff unregelmäßig. Mitunter fuhr ein Schnellsegler in 60, mitunter in 100 Tagen, je nach dem Winde, während die Dampferlinien Fahrpläne veröffentlichen können, die so zuverlässig wie die der Eisenbahnen sind. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts sind die Segelschiffe aus dem britischen Dienste verschwunden. Was noch da war, wurde nach fremden Ländern verkauft.

Die dritte Ursache, warum Amerika im Wettkampf mit Großbritannien zurückgeblieben ist, war der 1861 ausgebrochene amerikanische Bürgerkrieg. Bis 1864 war infolgedessen die amerikanische Seeschifffahrt lahm gelegt, und nach wiederhergestelltem Frieden triumphierte in Amerika das allem Außenhandel feindliche Schutzzollsystem in einem Maße, daß die Seeschifffahrt der Vereinigten Staaten notwendig darunter leiden mußte. Ist doch einer der Führer der amerikanischen Schutzzollpartei so weit gegangen, zu wünschen, daß alle Leuchttürme abgerissen würden, um die Einfuhr von Fremdwaren in den Vereinigten Staaten unmöglich zu machen, während in die Zeit nach 1861 der höchste Aufschwung der englischen Seeschiff-

fahrt infolge der Vollendung des Freihandels in England fällt.

Zur Übersicht über die Fortschritte der britischen Seeschifffahrt seit Beginn des 19. Jahrhunderts mögen folgende Zahlen¹⁾ dienen über die Schiffe und deren Tonnengehalt, die seit 1802 in den Häfen des Vereinigten Königreichs aus fremden Ländern eingelaufen und dahin ausgelaufen sind.

	Eingelaufen			
	Britische		Fremde	
	Schiffe	Tonnen	Schiffe	Tonnen
1802	7 806	1 333 005	3 728	480 251
1815	8 880	1 372 108	5 314	746 985
1820	11 285	1 668 060	3 472	447 611
1830	13 548	2 180 042	5 359	758 828
1840	17 883	3 197 501	10 198	1 460 294
1849	23 646	4 884 210	13 426	2 035 690

	Ausgelaufen			
	Britische		Fremde	
	Schiffe	Tonnen	Schiffe	Tonnen
1802	7 471	1 177 224	3 332	457 580
1815	8 892	1 398 688	4 701	751 377
1820	10 102	1 549 508	2 969	433 328
1830	12 747	2 102 147	5 158	758 368
1840	17 633	3 292 984	10 440	1 488 888
1849	22 328	4 785 428	15 275	2 299 060

Zur Veranschaulichung der Verdrängung der britischen Segelschifffahrt durch Dampfschiffe diene folgende Übersicht²⁾ über den Tonnengehalt der in Häfen des Vereinigten Königreichs nach und aus fremden Ländern und britischen Besitzungen aus- und eingelaufenen Schiffe:

(Siehe Tabelle S. 190.)

Es erhellt, daß in Großbritannien die Segelschifffahrt weit rascher zurückgegangen ist, als bei anderen Völkern im Verkehr mit dem Vereinigten Königreiche.

1) Entnommen aus Porter 397, 398.

2) Zusammengestellt aus den Statistical Abstracts for the United Kingdom.

190 Verdrängung des Segelschiffes durch den Dampfer.

	1870	1880	1890	1900	1910
Britische					
Dampfer	13 341 058	30 976 037	49 023 775	61 755 995	78 926 015
Segel	11 731 122	10 372 947	4 949 337	2 408 183	889 015
Summe	25 072 180	41 348 984	53 973 112	64 164 178	79 815 030
Fremde					
Dampfer	1 731 273	6 237 905	12 661 234	29 996 788	51 205 189
Segel	9 836 729	11 149 174	7 649 523	5 816 079	3 010 039
Summe	11 568 002	17 387 079	20 310 757	35 812 867	54 215 228

	1913	1916
Britische		
Dampfer	92 535 308	47 891 358
Segel	714 265	629 301
Summe	93 249 573	48 520 654
Fremde		
Dampfer	68 602 566	44 800 387
Segel	2 957 442	2 457 479
Summe	71 560 008	47 257 866

46. Kapitel.

Der Triumph des Freihandels.

Die geschilderten Fortschritte in allen Zweigen des Wirtschaftslebens hatten Großbritannien zum leistungsfähigsten Lande der Welt gemacht, und trotzdem herrschte in den auf den Frieden von 1815 folgenden Jahrzehnten hier eine Not, die Cobbett schreiben ließ, England berge das elendeste Volk der Erde. Was nützte es, daß es alle Fabrikate, die der Mensch brauchen kann, billiger als alle Länder herstellen konnte? Sie lagen da unverkäuflich. Der Friede hatte den großen Aufträgen während der Kriegszeit ein Ende gemacht. Trotz aller Verbesserungen des Binnenverkehrs und der Seeschifffahrt konnte das Ausland Englands billige Fabrikate nicht kaufen; es war in den zwanzig vorausgegangenen Kriegsjahren verarmt, hatte nichts was es als Gegenwert geben konnte als Getreide, und diesem waren infolge der Korngesetze von 1815 die britischen Häfen verschlossen; im Inland aber war die Masse für die Produkte, die sie selbst hergestellt hatte, nicht zahlungsfähig, da trotz deren Billigkeit ihre Löhne dazu nicht ausreichten, und hunderttausende Arbeitslose überhaupt keine Löhne erhielten und von entwürdigender Armenunterstützung lebten. Die britischen Firmen brachen zu hunderten zusammen, und die Zahl der Arbeitslosen, welche die Auflösung der Armee mit sich gebracht hatte, wurde dadurch noch vermehrt.

Zum Verständnis der englischen Getreidehandelspolitik im 19. Jahrhundert sei folgendes in Erinnerung gebracht.

Ich habe im 31. Kapitel erzählt, daß Wilhelm III.

den Großgrundbesitzern, um ihr Interesse für seinen unsicheren Thron zu gewinnen, 1689 zu den hohen Einfuhrzöllen, deren sie sich bereits erfreuten, auch noch die Ausfuhrprämie gewährt habe, nach der sie verlangten. Die Wirkung war, wie gezeigt worden ist, ein außerordentliches Aufblühen des Ackerbaues. Nicht als ob die Ausfuhrprämie die Getreidepreise in England erhöht hätte, diese standen in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts niedriger als im 17.; aber so war dies auch in Frankreich, wo die entgegengesetzte Getreidehandelspolitik herrschte. Die Erklärung gibt für beide Länder die Betrachtung der Regenmengen¹⁾; die Zeit der sinkenden Preise in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts war eine Periode der Trockenheit, die in Ländern mit Seeklima steigende Erträge zu bringen pflegt. Ebenso waren die englischen Getreidepreise nach Einführung der Ausfuhrprämie nicht stetiger als zuvor; man könnte also nur sagen, daß die Preise ohne sie noch mehr geschwankt haben würden. Wie dem aber auch sein mag, jedenfalls glaubte man, die Ausfuhrprämie bewahre die Landwirte in überreichen Erntejahren vor allzu großem Sturze der Getreidepreise. Man faßte Mut, dem Landwirtschaftsbetriebe größere Kapitalien zuzuwenden. Nach zweifacher Richtung trat eine Änderung in der Landwirtschaft ein. Man fing an, zu intensiverer Wirtschaft überzugehen. Aus jener Zeit datiert, wie im zweiten Bande²⁾ dargelegt worden ist, die Entstehung der Norfolkter Fruchtwechselwirtschaft, die es möglich machte, daß zwei Ähren wuchsen, wo vordem nur eine gewachsen war³⁾. Weit umfassender aber war die Bedeutung der Ausdehnung des Anbaus auf unfruchtbare Böden. Es begann jene Periode systematischer Urbarmachung bisher unangebauten Landes, wodurch

1) Siehe über Klimaschwankungen und deren Einfluß auf die landwirtschaftlichen Erträge: Lujó Brentano, Agrarpolitik 2. Aufl. Stuttgart und Berlin 1925. 49 ff.

2) Band II S. 396.

3) Vgl. Rowland E. Prothero, The pioneers and progress of english farming. London 1888.

das dem Getreidebau dienende Areal Englands mehr als verdoppelt wurde.

Dieses ganze System war aber nur haltbar, solange die Bevölkerung nicht noch rascher zunahm, als der Ertrag der Landwirtschaft. Dies geschah mit dem Aufblühen der Industrie. Unter dem ihr gewährten Schutze war sie so getrieben worden, daß sie des Schutzes auf dem inneren Markte bald nur mehr in einzelnen Zweigen bedurfte. Weit wichtiger wurde für sie, den auswärtigen Markt zu erobern, und dieses ihr Interesse wurde mehr und mehr das Interesse des Landes. Am Ausgang des 17. Jahrhunderts waren Gewerbe- und Handeltreibende nur erst ein verschwindender Bruchteil der gesamten Bevölkerung gewesen; gegen Ende des 18. Jahrhunderts lebte bereits die Hälfte der Bevölkerung von anderem als der Landwirtschaft¹⁾. Dabei war es infolge der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und des Aufschwungs des Handels nun möglich, aus Preußen und Polen den Markt mit billigem Getreide zu versorgen.

Das ist auf den Gang der Getreidehandelspolitik nicht ohne Einfluß geblieben.

Als mit dem Eintritt der regnerischen Periode um die Mitte des 18. Jahrhunderts die Getreidepreise fort und fort stiegen, haben Unruhen zur vorübergehenden Aufhebung des Ausfuhrprämiengesetzes geführt, bis es bei fortwährend steigender Getreideeinfuhr 1773 praktisch bedeutungslos wurde. Denn wenn ein Gesetz von 1773 auch noch die Ausfuhrprämie von 5 s per Quarter Weizen beibehielt, wenn der Inlandpreis unter 44 s stand, und ein weniger liberales Gesetz von 1791 sogar noch Prohibitivzölle vorschrieb, solange der Inlandpreis unter 50 s stand, und an der Ausfuhrprämie, wenn der Inlandpreis 44 s nicht erreichte, festhielt, so waren die Getreidepreise doch seit 1773 durchschnittlich über dem Satze gestanden, bis zu dem die Ausfuhrprämie bezahlt werden sollte. Die Getreidepreise sind in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts,

1) Siehe oben 49.

wie folgt, gestiegen¹⁾: von 1745—55 hat der Quarter Weizen 21 s $2\frac{1}{2}$ d gekostet, von 1755—65 39 s $3\frac{1}{4}$ d, von 1765—75 51 s $3\frac{3}{4}$ d, von 1775—85 47 s $8\frac{1}{2}$ d, von 1785 bis 1795 54 s $3\frac{3}{4}$ d. 1793 war Krieg mit Frankreich, der bis 1815 dauerte. Nun war von Getreideausfuhr außer zu Kriegszwecken überhaupt nicht mehr die Rede; was man für die steigende Bevölkerung brauchte, war Einfuhr. Aber mit Ausnahme einer geringfügigen Zufuhr in einigen wenigen Jahren²⁾ war England nun vollständig auf den Ertrag seiner Landwirtschaft angewiesen. Jetzt stieg der Durchschnittspreis für die Zeit von 1795 bis 1805 auf 81 s $2\frac{1}{2}$ d, für die von 1805 bis 1815 auf 97 s 6 d; in einzelnen Jahren aber stieg der Preis auf 120 s, ja vorübergehend auf 156 s 2 d der Quarter. Die Folge war zunächst ein kolossales Steigen der Gewinne der Pächter, dann aber alsbald der Pachtrenten und der Grundstückspreise. Eine wilde Bodenspekulation trat ein, denn die Renten stiegen um das Doppelte, Fünffache und mehr, und große Vermögen wurden durch Kauf und Verkauf von Land gemacht. Dabei die Blütezeit des kapitalistischen Großbetriebs und der Landwirtschaft. Sie äußerte sich erstens in den Einhegungen der Gemeinländereien und zweitens in der Zusammenlegung von kleinen Pachtungen zu großen und in dem Beginn der Verwandlung der noch vorhandenen bäuerlichen Betriebe in kapitalistische Großbetriebe durch systematisches Aufkaufen von Bauernland durch die Inhaber der großen in Gewerbe, Handel und den Kolonien erworbenen Vermögen. Wir haben dies im 36. Kapitel kennen gelernt.

Allein die Ausdehnung des Landwirtschaftsbetriebs auf die unfruchtbarsten Böden blieben nur so lange rentabel, als die das letzte Dezennium des 18. und das erste

1) Mac Culloch in den Noten zu seiner Ausgabe des *Wealth of Nations*, 525.

2) 1809 hat Napoleon mit Rücksicht auf seine Landwirte trotz der Kontinentalsperre die Einfuhr von Getreide aus Frankreich und den Niederlanden nach England gestattet. Der Weizen kostete 1809 in England 106 s der Quarter.

des 19. Jahrhunderts beherrschende feuchte Klimaperiode andauerte und dementsprechend Teuerungspreise bezahlt wurden; denn nur bei Teuerungspreisen wurden die Produktionskosten des auf den nunmehr angebauten armen Böden erzielten Getreides und die Zinsen des teuer erkauften Landes gedeckt. Solche Teuerungsjahre waren die Jahre seit 1795, besonders aber die Jahre 1810—15. Der Preis stieg bis zu M. 60 der Doppelzentner. Darauf wurden selbst die schlechtesten Böden zum Anbau genommen, denn alles glaubte an den Fortbestand dieser Preise. Darauf eine glänzende Ernte im Jahre 1813. Noch standen die Preise auf der durch die vorausgegangenen Mißjahre hervorgerufenen Höhe. Die Regierung ordnete öffentliche Dankgebete an für den Segen. Aber der Segen war zu groß für die Nachfrage. Der Ertrag war im Verhältnis von 20:26, die Nachfrage nur in dem von 20:21 gestiegen¹⁾. Die Folge war, daß die Preise um 30—50 Proz. unter die Produktionskosten vieler Landwirte herabgingen. Und nun fiel Napoleon und mit ihm die Kontinental Sperre, und man fürchtete ein weiteres Sinken der Preise infolge von Zufuhr kontinentalen Getreides. Aber das Landinteresse hatte die Klinke der Gesetzgebung in der Hand; es wurde das Korngesetz von 1815 erlassen, das jede Getreideeinfuhr verbot, solange die Preise nicht den Stand erreicht hätten, den man als unerlässlich zur Deckung der Produktionskosten einschließlich der Renten ansah. Dieser Preis wurde für den Quarter Weizen auf 80 s beziffert, d. h. 36 Mark der Doppelzentner²⁾.

Dieses Gesetz stand in schneidendem Gegensatz zu den Interessen der Industrie und damit des Landes. Denn nur mehr 34 Proz. der Bevölkerung waren jetzt an der Landwirtschaft interessiert³⁾, und der Schwerpunkt von Volks- und Staatswirtschaft lag längst in der Industrie.

Die Existenz dieser Industrie aber erschien durch das

1) Wm. Jacob, *An inquiry into the causes of agricultural distress*. London 1817. p. 107.

2) Quarter gerechnet gleich 224 kg Weizen.

3) Siehe oben S. 49.

Gesetz auf das äußerste gefährdet. Nicht etwa weil sie durch dasselbe genötigt wurde, höhere Löhne zu zahlen; die englischen Löhne sind seit der Beseitigung der Kornzölle nicht gesunken, sondern der durchschnittliche Nominallohn ist im Verhältnis von 61:100, der durchschnittliche Reallohn in dem von 43:100 gestiegen. Die Gefährdung der englischen Industrie durch die Kornzölle kam vielmehr von den industriellen Schutzzöllen des Kontinents, welche durch die englischen Agrarzölle begünstigt wurden. Während der Kontinentalsperre hatten auf dem Kontinente einzelne Industrien sich zu entwickeln begonnen. Als nun die Sperre fiel, errichteten die Länder des Kontinents, vor allem Deutschland und Frankreich, hohe industrielle Schutzzölle gegen England. Die englische Industrie litt also unter einem Doppelten: einerseits hatte sie nur einen ungenügenden Absatz zu Haus infolge der niedrigen Löhne und Verdienstlosigkeit ihrer eigenen Arbeiterbevölkerung, andererseits war ihr der Zugang zu den kontinentalen Märkten durch das auf dem Kontinent herrschende Schutzsystem versperrt. Während die Massen in England außerstand waren zu kaufen, stapelten die mit ihrer Hilfe hergestellten Waren sich in unverkäuflichen Mengen auf.

Da sagten die englischen Industriellen, wer verkaufen will, muß auch kaufen. Die Völker des Kontinents können unsere Industrieprodukte nicht kaufen, wenn nicht auch wir das von ihnen kaufen, was sie zu bieten haben. Gegen unsere Industrieprodukte können sie uns aber nur Rohprodukte bieten, da wir die Industrieprodukte billiger herstellen als sie. Treten wir also in friedliche Beziehungen zu den Kontinentalen und nehmen wir für unsere Industrieprodukte ihr Korn. Eine solche Politik wird die glücklichsten Folgen haben. Unsere große Nachfrage nach Getreide wird unsere Nachbarn bewegen, ihr Kapital auf die Produktion von Korn oder auf diejenigen Gewerbe zu verwenden, in denen sie ausgezeichnet sind. Unsere Industrieprodukte werden damit verkäuflich, und gleichzeitig werden wir verhindern, daß die Kontinentalen ihr Kapital in den Industriezweigen anlegen, in denen unsere Stärke liegt,

und daß uns Rivalen entstehen, die uns verderblich werden können. Also vor allem Beseitigung der Kornzölle!

Dementsprechend entsandten alsbald nach Erlaß des Korngesetzes von 1815 die Handels- und Gewerbekammern Petitionen an Parlament und Regierung, und Ricardo schrieb seine berühmte Schrift¹⁾ über den Einfluß eines niederen Getreidepreises auf den Kapitalgewinn. Darin führet er aus, daß die Rente niemals neuen Wert schaffe, sondern nichts anderes sei als eine Aneignung bereits geschaffenen Wertes. Der Preis des Getreides werde bestimmt durch die Produktionskosten des Getreides auf den unfruchtbarsten und ungünstigst gelegenen Grundstücken, welche in Anbau genommen werden müßten. Niedriger könne er nicht stehen, da eine Produktion auf diesen sonst nicht stattfinden könne. Betrage er aber so viel, so bezögen alle Eigentümer von fruchtbareren oder besser gelegenen Grundstücken einen Überschuß über ihre Kosten, eine Rente. Diese werde um so größer, je mehr man mit Anwachsen der Bevölkerung genötigt werde, zum Anbau schlechterer Grundstücke fortzuschreiten. Würde man durch Meliorationen die Erträge der schlechtesten Grundstücke steigern, so würde die Rente der besseren Grundstücke sinken. Dasselbe würde der Fall sein, wenn man das Erzeugnis fruchtbarer Grundstücke des Auslands zu billigeren Kosten einführe. Denn durch beides würden die Produktionskosten des unter den ungünstigsten Verhältnissen beschafften Getreides und damit die Rente sinken. Während also das Interesse der Bevölkerung dahin gehe, mit dem Ertrage immer fruchtbarer Grundstücke versorgt zu werden, gehe das Interesse der Grundeigentümer dahin, daß ihre Versorgung durch den Anbau immer unfruchtbarer Grundstücke statfinde, und mit logischer Folgerichtigkeit zog Ricardo den Schluß: „Das Interesse des Grundeigentümers ist stets dem jeder anderen Klasse der Gesellschaft entgegengesetzt.“

1) An Essay on the Influence of a Low Price of Corn on the Profits of Stock, with Remarks on Mr. Malthus's last Two Publications. By David Ricardo, Esq. London 1815.

Allein das Parlament vor 1832 war ein Parlament von Großgrundbesitzern¹⁾ und erblickte in den Landwirten die Säule des Staatswesens und in den Getreidezöllen das Mittel, diese Säule aufrecht zu erhalten. Darauf hat dann Lord Byron in seinem „bronzenen Zeitalter“ in Worten geantwortet, die alsbald von Tausenden wiederholt werden sollten:

„Ach Gott, das Land! Mein Lied es klag' ihn an,
 Der Landesfeind ist statt Landedelmann.
 Ihn, der zuletzt den Kriegeſruf ſchweigen ließ,
 Ihn, der zuerſt den Frieden Krankheit hieß.
 Wofür erſchuf ihn Gott in ſeinem Zorn?
 Für Fuchsjagd, Wahlen und für teures Korn.
 Korn aber muß, wie alles Ird'sche, fallen,
 Wie Kaiſer, Feldherr und der Markt vor Allen.
 Und wenn Ihr fallen müßt mit jeder Ähre,
 Weſhalb denn ſtörtet Ihr Napoleons Sphäre?
 Er war der große Triptolem. Sein Feuer
 Fraß Reiche bloß und hielt Getreide teuer.
 Er war es, deſſen Alchymie fürs Land
 Den Stein der Weiſen, „hohe Renten“, fand.
 Als er geſtolpert über die Kalmücken,
 Da lagen auch die Kornpreis' auf dem Rücken.
 Ach, daß man ihn ans Eiland ſchmieden ließ!
 Der Mann war zehnmal mehr wert in Paris.
 Wahr iſt es, Gold und Blut floß grenzenlos;
 Doch wer hat das verſchuldet? Der Franzos;
 Korn ſtand doch hoch, der Pächter zahlte bar,
 Und jeder Morgen galt ſo viel per Jahr.
 Ach wo iſt jetzt das edle Zahltagſbier?
 Der dicke Pächter, wo ſein Bankpapier?
 Das Pachtgut, das Euch nie auf Lager blieb?
 Das Sumpfland, wo man Weizenbau betrieb?
 Die Sehnsucht nach dem Ablauf jeder Pacht?
 Das Rentenſteigern? — Friede ward gemacht!
 Das „Landbauinter-eſſe“ — (doch vielleicht
 Iſt's richtiger, wenn man den „Landbau“ ſtreicht,) —
 Der Landherrn Eigennutz, er fleht Erbarmen,
 Sonſt trifft der Überfluß wohl gar den Armen.

1) Im Oberhauſe haben 10 Lords einen Proteſt gegen das Geſetz zu Protokoll gegeben. Es iſt abgedruckt in Mac Culloch's Literature of Political Economy 76—78.

Hinauf, ihr Renten, höher müßt ihr klimmen,
 Das Kabinett verliert sonst ihre Stimmen;
 Patriotismus, zart gesinnter, reiner,
 Wird, wenn die Preise fallen, um so kleiner,
 Denn fort sind Fisch und Brot, die einst so teuer,
 Ihr Meer versiegt, und aus des Ofens Feuer.
 Von dem was Ihr vergeudet, bleibt hienieden
 Nichts als: Nun schränkt Euch ein und seid zufrieden.
 Wer das nicht will — er hat sein Teil, er gehe
 Damit Fortunas Rad sich weiter drehe;
 Nun lasset Eure Tugend Lohn sich sein,
 An dem, was vorbereitet Ihr, sich freun.
 Ihr Cincinnatus? Nein; Diktator auf dem Gut
 Zogt Renten Ihr von Andrer Heldenblut!
 Eur' Pflugschar war das Schwert in Söldners Hand,
 Eur' Feld gedüngt durch Blut in fremdem Land,
 In Euren Scheunen sicher, tat't Ihr senden
 Die Brüder hin zur Schlacht — wofür? für Renten!
 Jahr aus Jahr ein votiert mit offenen Händen
 Blut, Schweiß, des Armen Letztes Ihr — für Renten!
 Ihr brülltet, aßet, tranket, schwört zu enden
 Im Tod fürs Vaterland — und lebt, wofür? für Renten!
 Der Friede tat in Zorn die Freude wenden
 Der Teurungspatrioten — Krieg hieß Renten!
 Doch Lieb' fürs Vaterland und dessen Schatz verschwenden,
 Wie reimt sich das? — der Reim darauf ist Renten!
 Und werden denn die Schuld zurück sie spenden?
 Nein; nieder alles, nur hinauf die Renten!
 Ihr Unglück, Glück, Wohl, Wehe, Anfang, Enden,
 Sein, Hoffen, Andacht — Renten! Renten! Renten!

Unter den Schriften, die zur Verteidigung des Korn-
 gesetzes erschienen sind, ist die von William Jacob¹⁾
 wohl die sachverständigste. Sie hat für deutsche Leser be-
 sonderes Interesse, weil im Kampfe um die deutschen Ge-
 treidezölle an der Wende des 19. und 20. Jahrhunderts
 von agrarischer Seite den Argumenten Jacobs wenig hin-
 zugefügt und noch weniger von dem, worin Jacob ge-
 irrt hat, verlernt worden ist.

1) Considerations on the Protection required by British
 Agriculture, and on the Influence of the Price of Corn on Ex-
 portable Productions. By William Jacob, Esq. London 1814.

Der Freihandel, führt Jacob aus, ist völlig unfähig, Großbritannien mit der erforderlichen Getreidemenge zu versorgen, denn alle übrigen Länder zusammengenommen haben nicht so viel Getreide übrig, um Großbritannien auch nur ein Viertel seines Jahresbedarfs zu senden, und selbst wenn sie es hätten, gäbe es nicht so viel Schiffe, um die Menge zu transportieren. Großbritannien ist somit darauf angewiesen, seinen Getreidebedarf selbst zu erzeugen. Auch ist es sehr wohl dazu imstande. Nach Aussage der erfahrensten Landwirte dürfte es ein leichtes sein, seinen Ernteertrag noch um ein Drittel zu steigern. Die britische Landwirtschaft vermag also ohne jede Schwierigkeit eine noch weit größere Bevölkerung zu ernähren. Die Ursache, warum die Landwirtschaft nicht ebenso große Fortschritte wie die Industrie gemacht hat, ist lediglich Mangel an Kapital. Um dieses ihr zuzuführen, ist der Schutz der Landwirtschaft nötig. Alle anderen britischen Erwerbszweige sind durch Zölle geschützt, warum soll der Landwirtschaft allein Schutz nicht zu teil werden? Ist doch der größere Teil der Bevölkerung und des Kapitals an ihrem Gedeihen interessiert; denn hat der Landwirt Geld, hat's die ganze Welt. Nun soll die Klasse, welche England groß gemacht, der Grundeigentümer, in seinen Renten verkürzt werden, während der Kapitalist, der Kaufmann, der Industrielle, die seinen ungeschmälert behält! Wenn ein Einkommen gemindert zu werden verdient, so ist es das der Kapitalisten. Ohne Schutz können die Landwirte, selbst wenn sie gar keine Rente zu zahlen hätten, nicht länger bestehen, und muß das britische Volk daher verhungern. Die Landwirtschaft wird den Kornbau aufgeben und sich der Viehzucht zuwenden, von welcher doch nur ein Viertel der Menschen, die der Kornbau ernährt, zu leben vermag. Die erst urbar gemachten kalten Tonböden werden außer Kultur gesetzt werden; dann wird es den leichten Böden ebenso ergehen; es wird Raubbau stattfinden, und die Bodenkräfte werden verfallen. Die Lage der ländlichen Arbeiter wird verschlechtert werden, die Armensteuer steigen, die Bauern und die wichtige Gesellschaftsklasse

der kleinen Pächter zugrunde gehen. Unter gesteigerter Abwanderung der ländlichen Arbeiter nach der Stadt werden dann auch die städtischen Arbeiter leiden. Die Bevölkerungszunahme wird zum Fluche werden. Das Hemmnis, welches ihr hohe Getreidezölle entgegenstellt, wird fehlen, bis es zu spät ist, und eine unerhörte Menge Arbeitsloser wird das Ende sein. Zum Schluß dann eine Aufforderung zum Zusammengehen der schutzzöllnerischen Industriellen und der Agrarier. Alle Interessen sind mit der Gewährung eines höheren Kornzolls identisch; nur das Exportinteresse ist feindlich. Allein niemals kann die britische Volkswirtschaft auf die Ausfuhr britischer Industrieprodukte begründet werden; denn es ist völlig irrig, vorauszusetzen, daß es stets Länder geben werde, bereit, ihr Getreide gegen britische Industrieprodukte auszutauschen. Vielmehr beginnen die Abnehmer, selbst Industrieprodukte herzustellen. Ebenso ist die Voraussetzung, daß das Ausland, selbst wenn es so viel Getreide liefern könne, wie Großbritannien brauche, dies auch liefern wolle. Es wird von Großbritannien exorbitante Preise fordern oder gar die Ausfuhr von Getreide dahin verbieten. In Kriegszeiten aber wird die Abhängigkeit von der auswärtigen Getreidezufuhr Großbritanniens Untergang sein.

Aber die Erfahrung hat über die Wirksamkeit des von Jacob empfohlenen Heilmittels und die Richtigkeit seiner Argumente gerichtet. Wie er selbst einräumt¹⁾, hatte die britische Landwirtschaft nach dem Korngesetze von 1815 praktisch das Monopol auf dem heimischen Markte. Wäre es geeignet gewesen, die Notlage der britischen Landwirte zu beseitigen, so hätte es also volle Gelegenheit gehabt, diesen Zweck zu erfüllen. Was aber trat ein? „Man hatte erklärt, daß 80 s der Quarter und die entsprechenden Preise für andere Getreidearten die niedrigsten Preise seien, bei denen das Land weiter bebaut werden könne, und hatte das Gesetz in der sicheren Erwartung erlassen, daß die Preise

1) Vgl. W. Jacob, Tracts relating to the Corn Trade and Corn Laws, including the Second Report ordered to be printed by the Two Houses of Parliament. London 1828, p. 107.

nie unter diese Sätze herabgehen würden. Alle Parteien hegten diesen Glauben, und bei Verkauf wie bei Verpachtung richteten sich danach die Bodenpreise wie die Pacht-schillinge¹⁾. Wirklich stieg im Gefolge einer Mißernte der Quarter Weizen wieder von 57 s 1 d auf 120 s 5 d. Die Folge war die bitterste Not. Tausende waren arbeitslos. Hungertod starrte ihnen ins Antlitz. Große Unruhen setzten das Land in Schrecken. Die gewerblichen Arbeiter zerschlugen in Verkennung der Ursachen der Not die Maschinen. Die ländlichen Arbeiter glaubten an eine Verschwörung der Pächter, durchzogen in Banden das Land und verbrannten, um sich zu rächen, die Getreidemieten auf den Feldern, die Scheunen und Pächterhäuser und demolierten die Läden von Bäckern und Metzgern. Für die Landwirte freilich war es ein Gnadenjahr, aber das letzte. Bald kam mit veränderter Witterung der Umschlag. Es kam eine Anzahl überreicher Erntejahre, und mit ihnen begann jene Zeit ununterbrochener Not der englischen Landwirte, die so lange andauerte, als die Kornzölle währten. Und dabei zeigte sich der Nachteil, der die unausbleibliche Folge ist, wenn bei überwiegend industrieller Bevölkerung Kornzölle die ausländische Zufuhr nahezu ausschließen. Da Großbritannien dem Ausland das Korn, das dieses billiger liefern konnte, nicht abnahm, konnte das Ausland auch keine britischen Industrieprodukte kaufen. Folglich Stockung der Ausfuhr der industriellen Produkte, Arbeiterentlassungen, Lohnherabsetzungen, Rückgang des industriellen Absatzes im Inland, kolossales Anwachsen der Armenlast, Arbeiterrevolten, Umsturbewegung. In der Landwirtschaft aber trotz des Monopols die fortwährende Klage, daß die Preise nicht hoch genug seien, um die Produktionskosten zu decken und so viel Gewinn zu gewähren, daß die Produzenten davon leben könnten.

Nicht weniger als 5 Ausschüsse hat das Parlament zwischen 1820 und 1836 mit der Feststellung der Ursachen

1) G. R. Porter, *The Effect of Restrictions on the Importation of Corn, Considered with Reference to Landowners, Farmers and Labourers*. London 1839, p. 12.

dieser Not der Landwirte und der Auffindung eines Heilmittels betraut¹⁾). Schon der Ausschuß von 1821 erkannte klar das Unheil, welches das Gesetz von 1815 geschaffen hatte, und sein von Huskisson verfaßter Bericht führte energisch aus, daß es vergebliches Bemühen sei, der Landwirtschaft durch Kornzölle helfen zu wollen²⁾). Desgleichen wurde die Wissenschaft mehr und mehr einstimmig in der Beurteilung der Kornzölle.

Im Jahre 1823 war Huskisson Handelsminister geworden und hat seinen Ruf als Schüler des jüngeren Pitt damit gerechtfertigt, daß er mit den alten Zollgesetzen, die zusammen 1100 Seiten füllten, aufgeräumt, 400 alte Zollgesetze aufgehoben, eine Anzahl Zölle auf Rohstoffe herabgesetzt und die Zollgesetzgebung in 11 Gesetze zusammengedrängt hat. Aber an das Korngesetz von 1815 hat er trotz seines Berichtes von 1821 nicht zu rühren gewagt. Noch war bei den im unreformierten Parlamente maßgebenden Großgrundbesitzern der Glaube an die allein seligmachende Kraft der Schutzzölle zu groß. Aber was tun, um der Landwirtschaft zu helfen? Mehr als das Monopol auf dem heimischen Markte konnte man der britischen Landwirtschaft nicht geben; dieses hatte ihr das Gesetz von 1815 bereits verschafft; man hätte also höchstens zur Ausfuhrprämie zurückkehren müssen, etwas, was der Stand der britischen Getreidepreise gegenüber denen des Auslands und die Rücksicht auf die Konkurrenzfähigkeit der Industrie auf dem Weltmarkte ausschloß. Man redete sich also ein, der Fehler sei nur die Folge davon, daß das Gesetz von 1815 die Getreidespekulation unter-

1) Siehe Dr. Hermann Levy, Die Not der englischen Landwirte zur Zeit der hohen Getreidezölle. Stuttgart 1902.

2) Report from and Minutes of Evidence taken before the Select Committee of the House of Commons on the Depressed State of Agriculture. London 1821. Dieser Bericht gab Ricardo, der Mitglied des Ausschusses war und nicht in allem mit den in seinem Berichte ausgesprochenen Ansichten einverstanden war, Anlaß zu seiner Schrift „On Protection to Agriculture“. London 1822.

bunden habe, und erging sich im Lobe der wohltätigen Wirkungen der Spekulation. Um sie zu heben, ersetzte man 1828 das Gesetz von 1815 durch eine gleitende Zollskala, wodurch ein mit dem Steigen der Getreidepreise sinkender, mit ihrem Sinken steigender Zoll eingeführt wurde. Da begann die trockene Witterungsperiode wiederzukehren und, als in ihrem Gefolge die Ernten noch reichlicher wurden und die Preise weiter fielen, beschuldigte man die Spekulation, die man gerufen, als die Ursache¹⁾. Dabei brachte die Skala nicht einmal die erhoffte Stabilität der Preise; sie schwankten von 1826 bis 1839 um 126 %²⁾. Nichtsdestoweniger war an eine Beseitigung der Korngesetze unter dem nichtreformierten Parlament nicht zu denken, und ihre Existenz hat mächtig zur Förderung der Agitation für Parlamentsreform beigetragen.

Aber auch mit der Reform des Parlaments im Jahre 1832 war der Sieg noch nicht errungen. Denn zunächst brachte die Reform nur eine Regierung der Whigs anstelle der Tories. Das Bürgertum war aber nur ein Teil der Whigs; ein großer Teil derselben bestand aus Grundbesitzern, und diese, so weit sie sonst von den Tories sich schieden, in der Verehrung für hohe Renten bestand kein Unterschied zwischen den beiden.

Unterdessen wurde die Lage der Industrie und der in ihr Beschäftigten immer verzweifelter. Ungeheueren Massen von Waren lagen aufgestapelt, unverkäuflich, während die Arbeiter sich im tiefsten Elend befanden. In Lancashire und Yorkshire, in Sheffield und Birmingham standen die arbeitsfähigsten Leute ohne Beschäftigung.

Da gründeten 1838 sieben Personen in Manchester nach dem Muster der Antisklaverei-Gesellschaft die Antikornzoll-Liga³⁾. Die Seele dieser Liga war Richard Cobden⁴⁾, der

1) Vgl. Diehl, Über die Frage der Einführung beweglicher Getreidezölle etc. in Conrads Jahrb. III. F. XIX, 334, 335.

2) Siehe Porter, Effect of restrictions etc. p. 17.

3) Ashworth, H., Recollections of Richard Cobden and the Anti-Corn-Law League. 1876.

4) Siehe John Morley, The Life of Richard Cobden. 2 vols. London 1881.

Sohn eines Freisassen, dessen Besitz der Konzentrierung des Grundbesitzes in wenigen Händen zum Opfer gefallen war. Er hat in seiner Kindheit die Schafe gehütet und keinen anderen Unterricht als Lesen, Schreiben und Rechnen erhalten. Höhere Bildung hat er erst in späteren Jahren durch eigene Anstrengung sich erworben. Mit 15 Jahren war er als Kommis in ein Baumwollgeschäft eingetreten, hatte dann als dessen Reisender Frankreich, Belgien und die Schweiz besucht, und dann in Manchester eine eigene Kattundruckerei errichtet. Auf Grund seiner auf seinen Reisen mit scharfer Beobachtung gesammelten Kenntnissen hat er 1836 und 1837 zwei Broschüren¹⁾ geschrieben, in denen er gegen die mit der merkantilistischen Lehre von der Handelsbilanz eng verquickte Lehre vom politischen Gleichgewicht und die darauf beruhende Seetyrannie Englands zu Felde zog und, wie einst Tucker, zeigte, daß es nicht von militärischer Überlegenheit abhängt, daß man Abnehmer für seine Waren finde, sondern davon, daß man billiger und besser als andere produziere; durch den Aufwand für Armee und Flotte, den die auf der Lehre vom politischen Gleichgewicht beruhende Einmischungspolitik verursache, würden aber die Produktionskosten für England verteuert. Die beiden Schriften hatten in der diplomatischen Welt großes Aufsehen erregt. Bekämpfte Cobden die Kornzölle mit unwiderstehlicher Logik, so hatte die Liga ihr mächtigstes Organ in einem anderen Baumwollfabrikanten, in John Bright²⁾ aus Rochdale. Es gibt in der politischen Geschichte kaum etwas ähnlich ungetrübt Schönes wie das Zusammenwirken Cobdens und Brights in ihrem Kampfe gegen die Kornzölle. Sie haben in gewisser Beziehung einander ergänzt. Jeder hatte überreiche Gaben seiner Art; vereint bildeten sie eine unüberwindliche Macht. Cobden war die Weisheit, die überzeugende Kraft, die Initiative; Bright die Pracht hin-

1) Wiederabgedruckt in *The political Writings of Richard Cobden*. Vol. I. London 1867.

2) G. M. Trevelyan, *John Bright*. London 1913.

reißender Beredsamkeit. Aber Bright hatte noch mehr. Er war ein Quäker, und zwar der kampffroheste Quäker, der je gelebt hat, und eben diese Kampffreudigkeit sollte sehr viel beitragen zum Siege der Sache, für die beide eintraten. Doch waren die Waffen, mit denen sie den Riesenkampf ausgefochten haben, nicht die der physischen Gewalt. Sie schlugen den Riesen, gegen den sie ankämpften, mit der siegreichsten aller Waffen, mit Tatsachen.

„Ich war in Leamington“, so erzählt Bright selbst, „und Herr Cobden besuchte mich. Ich befand mich im tiefsten Schmerze — fast möchte ich sagen, am Abgrund der Verzweiflung —, denn das Licht und der Sonnenschein meines Hauses war erloschen. Alles, was von meiner jungen Frau, abgesehen von dem Andenken an ein heiliges Leben und ein allzu kurzes Glück, geblieben war, lag stumm und kalt in dem Raume über uns. Herr Cobden besuchte mich als mein Freund und, wie ihr Euch denken könnt, sprach er zu mir die Worte des Beileids. Nach einiger Zeit blickte er auf und sagte: Es gibt tausende und abertausende von Häusern in England, in denen im gegenwärtigen Augenblicke Weiber und Mütter und Kinder Hungers sterben. Jetzt wenn der erste Paroxysmus des Schmerzes überwunden, möchte ich Ihnen raten, mit mir zu gehen, und wir wollen uns nie zufrieden geben, bis die Korngesetze abgeschafft sind.“

Und da gingen die beiden Männer hinaus und entfesselten eine Agitation, wie sie selbst zur Zeit der Agitation für Parlamentsreform nicht erhört worden war.

Hunderttausende wurden von den Industriellen aufgebracht, um, wie Cobden sich ausdrückte, durch Hingabe eines Theiles ihres Vermögens das übrige zu retten. Hunderttausende von Schriften wurden mit Hilfe dieser Mittel Woche für Woche durchs Land verbreitet. In Manchester wurde auf dem Feld von St. Peter, dem Platze der berühmtesten Schlacht von Peterloo, die Freihandelschule errichtet, weil kein Raum groß genug war, um die Versammlung zu fassen; in London mietete man für denselben

Zweck die größten Theater; an Hunderten von Orten wiederholten Tag für Tag die beredtesten Zungen die Argumente gegen die Korngesetze. Eine mächtige Unterstützung erhielt die Antikornzoll-Liga in dem teilnehmenden Interesse der Frauen Englands und der Geistlichkeit, und in Ebenezer Elliot erstand der Liga der begeisterte Antikornzolldichter.

Erbittert war der Widerstand der Grundeigentümer. Aber, was sie an Scharfsinn auch aufbieten mochten, um ihre Gegner zu widerlegen, angesichts der hungernden Massen waren die Argumente nur der Art, daß sie, wie Carlyle sagte, nicht nur die Engel im Himmel, sondern auch die Esel auf Erden zum Weinen brachten. Und angesichts dieses Hungers vermochten auch nichts die Deklamationen der Chartisten, die vor der Beseitigung der Kornzölle als vor einem Mittel zu Lohnherabsetzungen warnten.

Ganz England schien über dem erbitterten Kampf in Trümmer zu gehen. Auch fehlte es nicht an Exzessen und jenen peinlichen Szenen, wie sie Agitationen, welche eine Gesellschaft bis in ihre Grundfesten erschüttern, zu begleiten pflegen. Ein Irrsinniger machte ein Attentat auf Sir Robert Peel, den leitenden Minister. Da erhob sich Peel im Parlament und beschuldigte Cobden, der von dem Attentate noch nichts wußte, er stelle ihn vor dem Lande hin als das Ziel für Meuchelmörder. Es war die bitterste Stunde im Leben Cobdens; denn viele von seinen Freunden rückten von ihm ab, und nahezu von allen verlassen stand er der Entrüstung des tobenden Unterhauses preisgegeben.

Doch der Tag, der ihm Genugtuung bringen sollte, war nahe. Ich habe oben¹⁾ von der Hilflosigkeit der Whigs gesprochen, dem chronisch gewordenen Defizit abzuhelpfen. Sie hatten auf eine Erhöhung der Zölle zurückgegriffen, die doch schon Huskisson als ein verfehltes Mittel, um der Finanznot abzuhelpfen, erkannt hatte. Aber die Zoll-erhöhung von 1840 hat nicht die ersehnte Hilfe gebracht.

1) S. 97.

Der darauf 1841 ans Ruder gekommene Peel hat Huskissons Finanzreform wieder aufgenommen und an Zöllen hinweggefegt, was dieser gelassen hatte, und den Ausfall in den Staatseinnahmen durch Wiedereinführung der Einkommensteuer ersetzt. An die Beseitigung der Getreidezölle hat er sich freilich ebensowenig wie Huskisson herangewagt; hatte er doch seine Partei hinter sich, eben weil er es unternommen hatte, sie zu verteidigen. Doch ist es bezeichnend, daß er angesichts des Steigens der Getreidepreise, das der seit Ende der dreißiger Jahre wiedereingetretene Regenfall mit sich gebracht hatte, und der leidenden hungernden Massen schon 1842 nicht daran denken konnte, selbst auf den herabgeminderten Zollsätzen von 1828 zu bestehen, sondern 1842 eine neue gleitende Skala mit niedrigeren Zollsätzen an die Stelle setzte.

Mit Peels Finanzreform von 1842 war bereits das Schicksal der Getreidezölle besiegelt. Mit der Abschaffung aller industriellen Schutzzölle war das Argument Jacobs beseitigt, daß, wenn alle anderen Erwerbszweige durch Zölle geschützt würden, nicht einzusehen sei, warum die Landwirtschaft allein schutzlos sein solle. Der Gegensatz zwischen dem industriellen Bürgertum und dem aristokratischen Grundbesitz wurde um so schärfer, als es in England keinen Bauernstand mehr gab, der den Großgrundbesitz im Widerstand gegen die Beseitigung der Getreidezölle unterstützte. Ich habe erzählt, wie er dem Hochstand der Getreidepreise zum Opfer gefallen ist, der den in Handel und Industrie erworbenen Reichtum veranlaßt hat, die Bauern auszukaufen, die den Fortschritt der landwirtschaftlichen Technik nicht mitmachen konnten¹⁾. Es gab

1) G. W. Perry, *The peasantry of England*. An appeal to the nobility, Sergy and gentry, London 1846, schreibt p. 19: „Aber diese Klasse von Personen (die bäuerlichen Eigentümer) ist längst dahin, einige vereinzelte Fälle ausgenommen.“ Die deutsche Agitation für Getreidezölle hat die Lüge verbreitet, der englische Bauernstand sei infolge der Abschaffung der Getreidezölle zugrunde gegangen, und, wie mir von einem Schüler eines Berliner Gymnasiums mitgeteilt worden ist, haben ihm dies

nicht mehr weder den alten Freisassen, noch den kleinen Pächter, sondern nur mehr den ländlichen Arbeiter. Seine Armut und sein Hunger ließen ihn in der Verbilligung des Brots die Rettung suchen, und sein Elend war eines der wirksamsten Agitationsmittel der Antikornzoll-Liga, wenn sie ihn auf der Tribüne ihrer Versammlungen hinstellte in seinem Arbeitskittel mit eingefallenen Wangen, um zu sagen: „ich bin geschützt und verhungere“.

In den Reden, mit denen Peel von 1842 bis 1845 Jahr für Jahr sein Budget im Parlament einbrachte, hat er sorgfältig vermieden, etwas gegen die Kornzölle zu sagen. Er ist aber in diesen Jahren zum Freihandel mit Korn bekehrt worden, indem er gewissenhafterweise sich weder den Tatsachen noch den Argumenten verschloß, mit denen Cobden ihm im Parlamente gegenübertrat. Nichts bezeichnender, als jene Worte, die er als Premier eines Tags, als Cobden mit unwiderstehlicher Logik auf ihn eindrang, unter Zusammenkrumpelung seiner Notizen, seinem Kollegen zuflüsterte: „Sie müssen antworten; ich kann nicht.“

Im Frühjahr 1845 war Peel in seinem Innern zur Preisgabe der Kornzölle bekehrt. Aber er hatte die Regierung übernommen, um sie aufrecht zu erhalten. Er plante eine Auflösung des Parlaments, um vor der Wiederwahl seinen veränderten Standpunkt bekannt zu geben. Da haben zwei Ereignisse die Durchführung dieser Absicht vereitelt. Das eine war der sehr schlechte Ausfall der Ernte in England infolge furchtbarer Regengüsse. Er hat es nur zu traurig erwiesen, daß die auf 25 Proz. der Bevölkerung herabgesunkenen heimischen Landwirte nicht mehr imstande waren, die täglich anwachsende Industriebevölkerung zu ernähren.

sogar seine Lehrer gelehrt, während Arthur Balfour, der spätere Führer der konservativen Partei, jetzt Earl of Balfour, schon 1893 in seinen *Essays and Adresses*, p. 203, geschrieben hat, daß es, wenn es 1846 noch Bauern gegeben hätte, weit schwieriger gewesen sein würde, die Beseitigung der Kornzölle durchzusetzen. Damit übereinstimmend Graf Herbert Bismarck in seiner Rede im Deutschen Reichstag am 16. Januar 1896.

„Jede neue Million, die dazu kommt“, so rief John Bright am 19. Dezember 1845, „sind so viele Argumente für die Antikornzoll-Liga, soviel emphatische Verurteilungen der Korngesetze. Ich sehe sie gegenwärtig vor dem Auge meiner Seele, in Reihen gestellt, alte Männer und Kinder, wie sie alle bei der Regierung um Brot flehen; einige unter ihnen, wie sie den Streichen des Hungers zu entrinnen suchen, indem sie schreien und tumultuieren, immer aber noch mit uns argumentieren; andere unter ihnen, wie sie dahinsterben, stumm und klaglos. Hunderttausende sind im Vereinigten Königreiche Hungers gestorben, seit wir von der Regierung die Abschaffung der Korngesetze verlangten. Und obwohl die Großen und Mächtigen die nicht beachten mögen, die stumm leiden und schweigend dahin sterben, so registriert doch der Engel des Gerichts¹⁾, der von allem Kenntniss nimmt, ihr geduldiges Leiden und die schwere Schuld derer, durch die sie geopfert wurden.“

Und kaum waren diese Worte verklungen, so trat ein zweites Ereignis ein, eine furchtbare Hungersnot in Irland. Hunderttausende wurden dahingerafft und außer Landes getrieben. Es war unmöglich, die Menschen in Massen dahinsterben zu lassen, während fremdes Korn nur darauf wartete, eingeführt zu werden. Der Ruf nach Abschaffung der Kornzölle, nach völliger und sofortiger, erhob sich als ein Schrei des Entsetzens. Die Whigs unter der Führung Lord John Russells ließen alle Bedenken fallen, und Peel, außerstand, alle seine Kollegen im Kabinett für freie Getreideeinfuhr zu gewinnen, verzichtete auf die weitere Führung der Regierung. Aber Russell fürchtete, daß es ihm nicht möglich sein würde, das Oberhaus zur Abschaffung der Kornzölle zu bewegen. Er lehnte die Kabinettbildung ab, und Peel mußte sich nochmals dazu bequemen, sie zu übernehmen. Er tat es diesmal mit der erklärten Absicht, die Kornzölle abzuschaffen. Wellington, der Führer der Tories im Oberhaus, blieb ihm treu, und sein Einfluß reichte aus, um die

1) Bright sagt: The recording angel.

Abschaffung zu sichern. Im Juni 1846 hat das Unterhaus sie beschlossen. Von 1850 ab sollte nur mehr eine Registergebühr von 45 Pfennigen pro 1 dz Weizen bei dessen Einfuhr erhoben werden, und auch diese wurde später beseitigt.

Als das Ergebnis der Abstimmung im Unterhause verkündet wurde und Peel eine begeisterte Ovation wegen seiner Befreiung des Volkes von einer der drückendsten Lasten zuteil wurde, hat er, der Cobden jene bittere Stunde bereitet hatte, wieder gutgemacht, was er damals gesündigt hat; er hat den ihm gereichten Lorbeer von sich gewiesen, da dieser Cobden allein zustehe. In seinem eigenen Lager aber hat sein Vorgehen zu einer Spaltung geführt, der er selbst zum Opfer gefallen ist. Der ehrgeizige Disraeli, der es doch besaß, hatte die Gelegenheit benutzt, sich der Führung der Unversöhnlichen der konservativen Partei zu bemächtigen, und durch die heftigsten Philippiken die Herrschaft seines alten Führers im Unterhause vernichtet. An demselben Abend, da unter Führung des Herzogs von Wellington das Oberhaus der Abschaffung der Kornzölle zustimmte, erlag Peel im Unterhause einer Koalition der Whigs, die nach der Regierung strebten und der nach Rache strebenden schutzzöllnerischen Konservativen im Unterhause.

„Geschichtlich sind“, wie ein neuerer Geschichtsschreiber der englischen Landwirtschaft¹⁾, ein Konservativer, das Urteil über die Wirkung der britischen Kornzölle zusammenfaßt, „die Getreidezölle verknüpft mit einer Periode andauernder, nie dagewesener Not, mit agrarischem Jobbertum und sinnloser Spekulation in Land, mit Bankrott und Zahlungsunfähigkeit der Landwirte, mit Degradation und Pauperismus der Landarbeiter, mit extravagant hohen Armenlasten, mit Brandstiftung und Hungertod, und zwar mit Hungerqualen hervorgerufen und verlängert durch eine Gesetzgebung im Interesse eines einzelnen Erwerbszweigs. Das war der Preis, den die Nation zahlte für den Versuch, Preise und Grundrenten künstlich zu steigern.“

1) Prothero 163.

Was aber war die Wirkung der Beseitigung der Getreidezölle für die englische Landwirtschaft?

Während der Zeit, da sie Geltung hatten, war die öffentliche Aufmerksamkeit fortwährend durch Klagen der notleidenden Landwirtschaft und durch Enquêtes zur Feststellung der Ursachen ihrer Not und der Mittel zu deren Abhilfe in Anspruch genommen gewesen; dagegen wurde von 1846—1876 kein Antrag auf Untersuchung der Lage der Landwirtschaft im Parlamente gestellt. Vielmehr waren die auf Abschaffung der Kornzölle folgenden dreißig Jahre die Zeit der größten Blüte, welche die englische Landwirtschaft überhaupt je gehabt hat. Die Renten stiegen, statt zu fallen. Zwischen 1857 und 1878 stiegen sie um nicht weniger als 20 Proz.¹⁾, auf den besten viehzuchttreibenden Pachtungen Schottlands von 1862 bis 1878 sogar um 50 bis 70 Proz.²⁾. Der Grund dieses Wohlbefindens war nicht etwa, daß die Getreidepreise höher gewesen wären als zur Zeit der Kornzölle; sie waren im großen und ganzen weder höher noch erheblich niedriger. Aber die Beseitigung der Kornzölle hat mit der Vorstellung aufgeräumt, daß man selbst auf den unfruchtbarsten Böden Getreide bauen müsse, um den heimischen Getreidebedarf im Inland zu decken. Man gab, da die Kornzölle gefallen waren, endlich die trügerische Hoffnung auf, daß die Getreidepreise wieder so hoch steigen würden, um dies rentabel zu machen. „Nieder das Korn, hoch das Horn“ wurde die Losung. Statt in den Getreidebau verlegte man den Schwerpunkt der Landwirtschaft fortan in ein gemischtes System von Korn und Futterbau; der Getreidebau machte sich bezahlt mit Hilfe der Viehzucht; in Fleisch veredelt wurde das Korn verkauft. Die Arbeiterbevölkerung war für animalische Produkte kauffähig geworden. „Vor dreißig Jahren, so schrieb Caird³⁾, hat wahrscheinlich nicht ein

1) James Caird, *The landed interest and the supply of food*. 4. ed. London 1880. 96 ff.

2) Report on the present state of agriculture of Scotland. Edinburgh 1878, p. 100.

3) Caird, *The landed interest etc.* 29.

Drittel der Bevölkerung dieses Landes mehr als einmal in der Woche animalische Nahrung zu sich genommen. Heute genießen beinahe Alle solche Nahrung einmal am Tage. Der fabelhafte Aufschwung, den die britische Volkswirtschaft mit dem Übergang zum Freihandel genommen hat, hat der Landwirtschaft eine kauffähige Nachfrage nach animalischen Produkten gebracht, wie sie sie vordem niemals besessen hatte, und die Viehpreise stiegen¹⁾.“

Vor allem aber trat in der Landwirtschaft nunmehr an die Stelle des Herkommens die Wissenschaft. Welche Fortschritte hatte diese nicht seit Townshend und Bakewell gemacht! Allein bisher hatten nur wenige Auserlesene sich ihrer bedient; die Zunahme der landwirtschaftlichen Produktion Großbritanniens war wesentlich extensiv gewesen; intensive Bestellung war auf verhältnismäßig wenige Betriebe beschränkt geblieben. Die Jahre von der Abschaffung der Kornzölle bis Ende der siebziger Jahre brachten keine neuen technischen Fortschritte, aber die allgemeine Anwendung der bereits gemachten. Cairds Broschüre³⁾ „Intensive Wirtschaft der beste Ersatz für Schutzzölle“ wies den Weg. Schwerpunkt der intensiveren Landwirtschaft wurde der Futterbau. Er ermöglichte mehr Vieh zu halten, besser zu düngen, er verdreifachte so den Kornertrag, indem er nunmehr erst ermöglichte, mit Vorteil nicht nur reiche, sondern auch vordem wertlose, leichte Böden wirtschaftlich zu nutzen. Er führte zur Zuchtwahl in der Viehzucht. Er nötigte zur Drainierung zäher, feuchter Böden und zur Herbstbestellung. Er wurde, indem er zur Mehrung des Viehstands führte, zu einer Wohltat für den Arbeiter, der nun nicht länger bei herannahendem Winter entlassen wurde. Geologie, Chemie, Mechanik kamen dem landwirtschaftlichen Fortschritt zu Hilfe. Bessere Ställe wurden gebaut. An die Stelle des Weidegangs trat die Stallfütterung. Die Viehzahl nahm enorm zu. Nichts zeigt

1) Caird, ebenda 28, 29.

2) High farming, under liberal covenants, the best substitute for protection. By James Caird, farmer, Baldoon. Edinburgh and London 1849.

deutlicher den nach Abschaffung der Kornzölle eingetretenen Fortschritt der britischen Landwirtschaft zu größerer Intensität als die Tatsache, daß, obwohl Ertrag und bestellte Fläche zunahmen, die landwirtschaftliche Bevölkerung abnahm. Es wurde möglich, mit weniger Arbeit weit größere Produktionsmengen zu liefern.

Die geschilderte Blüte der britischen Landwirtschaft hat ihren Höhepunkt im Jahre 1874 erreicht. Von da ab erwuchsen ihr Schwierigkeiten, gleich denen, unter welchen seitdem die Landwirtschaft aller europäischen Kulturländer bis zum Ausbruch des Weltkriegs gelitten hat, und zwar aus denselben Ursachen, infolge der seit Mitte der 70er Jahre zunehmenden russischen und überseeischen Getreidekonkurrenz. Sie begannen mit den regnerischen Jahren, die den Höhepunkt an Niederschlägen im Jahre 1879 erreicht haben. Früher waren die Mißernten, welche die regnerische Periode hervorrief, von hohen Preisen begleitet gewesen, welche dem Landwirt den Ausfall der Ernte mehr als ersetzten. Seitdem die Zufuhr von außen wesentlich aus Ländern kam, in welchen die Klimaschwankungen die entgegengesetzte Wirkung auf die Ernte ausübten wie in Großbritannien, glied der Überfluß von dort den britischen Mangel in Mißjahren aus. Also Mißernte und dabei noch niedrige Getreidepreise, die infolge der wachsenden Zufuhr immer weiter herabgingen! So wurde denn die britische Landwirtschaft abermals notleidend, und wieder begegnen wir 1880 und 1895, wie zur Zeit der Kornzölle, Kommissionen, welche sich mit der Untersuchung der Ursachen und Heilmittel befaßten. Die Notlage war aber weder größer als die landwirtschaftlichen Notstände zur Zeit der monopolistischen Beherrschung des heimischen Marktes durch die britische Landwirtschaft, noch auch als sie in den Ländern war, in denen bei hohen Kornzöllen die notleidenden Landwirte laut klagten. Und selbst Disraeli und der langjährige konservative Premierminister Lord Salisbury haben die Rückkehr zu Getreidezöllen für unmöglich erklärt.

Auf die Beseitigung der Kornzölle im Jahre 1846 ist

die weitere systematische Durchführung des Freihandels in England gefolgt. 1849—54 hat die Beseitigung der Navigationsgesetze und des Kolonialmonopols des Mutterlands stattgefunden. Das Budget Gladstones von 1853 hat die Zollfreiheit für alle Rohprodukte und Halbfabrikate gebracht und die Zölle auf gebrauchsfertige Waren auf 10 Proz. ihres Wertes in maximo herabgesetzt. Indes noch immer wurden gewisse Industrien, die an sich nicht lebensfähig waren, durch Schutzzölle künstlich am Leben erhalten, wie die Seidenweberei. Sie waren ein Hindernis für die völlige Entfaltung derjenigen Industriezweige, für welche die geeigneten Bedingungen der Blüte im Lande gegeben waren; den beim Abschluß von Handelsverträgen wurde stets auf jene ihr Dasein nur kümmerlich fristende Gewerbe Rücksicht genommen, und Schutzzölle wurden zu ihren Gunsten ausbedungen, welche hinderten, daß das Ausland jene Schutzzölle fallen ließ, welche die Ausfuhr der Produkte der blühenden Gewerbe Großbritanniens hinderten. Den Erfolg dieser freihändlerischen Handelspolitik hat Gladstone in seiner berühmten Budgetrede vom 16. April 1863 folgendermaßen gefeiert:

„Die Einkommensteuer, zu 7 Proz. im £ in den Jahren 1842/43, welche nur für Großbritannien Geltung hatte und auch in Großbritannien nur für Einkommen von £ 150 und mehr, war in den von mir genannten Schedeln veranlagt für einen Gesamtbetrag von Einkommen, welcher £ 156 000 000 erreichte. Auf eben derselben Basis und mit denselben Beschränkungen betrug 1860/61 das eingeschätzte Einkommen £ 221 000 000. Auch ist mir nicht bekannt, daß irgendeine Änderung in der Einrichtung der Steuer stattgefunden hat oder irgendeine Verbesserung in der Art ihrer Erhebung, welche irgendwie die Verschiedenheit erklären könnte. Im Gegenteil; es sind von Zeit zu Zeit durch die Gesetzgebung Zugeständnisse und Erleichterungen gewährt worden, welche, soweit sie von Einfluß sind, eher entgegengesetzt wirken würden. Der Unterschied beträgt jedoch nicht weniger als £ 65 000 000 jährliches Einkommen oder $\frac{2}{7}$ des gesamten besteuerten jährlichen

Einkommens des Landes auf der angegebenen Basis. Dies ist ein höchst bemerkenswertes Resultat; allein es ist ein Zug dieses Resultats, der bei sorgfältiger Betrachtung noch bemerkenswerter ist, und dies ist das beschleunigte Zunahmeverhältnis in dem letzten Teile dieser Periode Ich vergleiche zwei Perioden, die eine derselben vor 1853 und die andere seit 1853, dem Jahre, in dem die Basis geändert wurde. In den zehn Jahren von 1842 bis 1852 inkl. hat sich das steuerpflichtige Einkommen des Landes, so genau wir dies ergründen können, um 6 Proz. vermehrt; aber in den 8 Jahren von 1853—61 hat das Einkommen des Landes auf der angenommenen Basis abermals um 20 Proz. zugenommen. Dies ist eine Tatsache so außerordentlich und staunenswert, daß sie beinahe unglaublich erscheint.“

Darauf fährt Gladstone fort, daß die von ihm angeführten Zahlen sich nur auf diejenigen bezögen, die Einkommensteuer bezahlten, also nicht auf die Arbeiterbevölkerung, die dazu nicht veranlagt worden war, daß er aber „mit Schmerz und großer Besorgnis auf dieses außerordentliche und beinahe berauschende Wachstum sehen würde, wenn er glauben müßte, daß es auf diejenige Klasse von Personen beschränkt sei, die als in angenehmen Verhältnissen befindlich zu bezeichnen ist“, daß aber aus mannigfachen und unzweideutigen Zeugnissen hervorgehe, „daß in den letzten 20 Jahren eine derartige Vermehrung der Mittel der Arbeiterbevölkerung zum Leben stattgefunden habe, daß man sie beinahe für beispiellos in der Geschichte jeglichen Landes und jeglichen Zeitalters erklären könne.“ Das aber waren die Wirkungen einer nur erst unvollkommenen Durchführung des Freihandels. Noch größer waren die ihrer Vollendung.

Cobden hat die Beseitigung der Kornzölle durchgesetzt, indem er das Werk A. Smiths in der Hand ihre Nachteile und die Vorzüge des Freihandels dargetan hat. Smith aber spricht nur von dem internationalen Austausch von Gütern, die das eine Land besser oder billiger als das andere erzeugt. Hier ist augenscheinlich, daß der staatliche Schutz die nationalen Produktivkräfte von der für die Zunahme

des nationalen Wohlstands vorteilhaftesten Verwendung in eine minder ergiebige ablenkt und den Gewinn der nationalen Produktion, den der Gesetzgeber zu steigern beabsichtigt, statt ihn zu vergrößern, verkleinert. Die Nachfolger Smiths, der Oberst Torrens¹⁾ und David Ricardo²⁾, haben den Nachweis erbracht, daß es sogar im Interesse einer Nation liegen kann, eine Ware aus dem Ausland einzuführen, auch wenn sie diese selbst billiger als das Ausland herzustellen vermag.

Das klingt zunächst paradox: nichtsdestoweniger ist es richtig. Um es an einem Beispiele aus dem Leben zu veranschaulichen: Die englische Baumwollindustrie ist durch gewisse klimatische Vorzüge der Westküste Großbritanniens und infolge des Fehlens von Schutzzöllen, vermöge dessen die Herstellung einer Feingarnspinnerei dort vor dem Kriege £ 60 000 weniger als z. B. in Frankreich gekostet hat, besonders begünstigt³⁾. Aber nicht bloß feine, sondern auch gröbere Garnnummern kann Großbritannien billiger herstellen als die Länder des Kontinents und die Vereinigten Staaten; doch ist sein Vorsprung bei der Herstellung feinerer Garne um ein Vielfaches größer als der von gröberen Garnnummern. Dementsprechend hat es den Schwerpunkt seiner Baumwollverarbeitung in die Herstellung der feineren Garnnummern verlegt und bezog vor dem Weltkriege einen großen Teil der gröberen, die es brauchte, aus Frankreich, Deutschland, Österreich, Amerika. Daher die bezeichnende Tatsache, daß, während im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts die britische Baumwollindustrie ihre Spindelzahl beinahe um den Gesamtbetrag der französischen und deutschen Spindeln zusammen vermehrt hat, und in derselben Zeit in ihr so viel Kapital neu

1) Colonel Torrens, *The Economists refuted*. London 1808. — Derselbe, *External Corn Trade*. 3. ed. London 1826. Preface VII und Text 364. Vgl. dazu John St. Mill, *Principles of Political Economy*. bk. III 17 § 2 Anmerkung.

2) *Principles of Pol. Economy* 1817.

3) Siehe R. M. R. Dehn, *The German Cotton Industry*. Manchester 1913, 32, 37, 43.

angelegt worden ist wie in der deutschen Baumwollindustrie überhaupt angelegt ist, der Verbrauch der nichtbritischen Baumwollindustrie an roher Baumwolle um $5\frac{1}{2}$ Millionen, der der britischen nur um 600 000 Ballen gestiegen ist¹⁾. Dies zeigt: Die Engländer haben nicht alle groben Garne, die sie brauchten, selbst gefertigt, sondern sie teilweise von Frankreich, Deutschland, Österreich, Amerika gekauft, obwohl sie selbst sie billiger herstellen konnten; denn indem sie sich auf feine Garnnummern konzentrieren, die sie an die genannten Länder verkaufen, kommen sie die groben Nummern billiger zu stehen, als wenn sie sie selbst herstellten. Um zusammenzufassen: Wir verbrauchen, indem wir fremde Waren verbrauchen, stets Produkte des eigenen Landes; es kostet uns das eingetauschte Gut daher nicht, was es den Fremden gekostet hat, noch auch was es uns kosten würde, wenn wir selbst es unmittelbar herstellten, sondern was uns das Gut gekostet hat, das wir dafür hingeben. Es ist nicht der Unterschied in den Produktionskosten einer und derselben Ware, sondern der im Verhältnis der Produktionskosten der gegeneinander vertauschten Waren in den verschiedenen Ländern, was die Waren bestimmt, die in den verschiedenen Ländern hergestellt und gegeneinander vertauscht werden.

Diese unter dem Namen Ricardos verbreitete Lehre ist in England seit den fünfziger Jahre in wachsendem Maße zur Anwendung gekommen. Es war relativ leicht, diese weiteren Fortschritte des Freihandels zu erzielen, nachdem das einflußreichste schutzzöllnerische Interesse Englands, das agrarische, besiegt war. Prinzipiell durchgeführt ist das Freihandelsprinzip im englisch-französischen Handelsvertrage von 1860 seitens Großbritanniens²⁾. Er hat eine Umgestaltung des englischen Tarifs gemäß den folgenden Prinzipien gebracht:

1) Siehe im Londoner Economist vom 27. Nov. 1909, p. 1101, den Brief von F. Hindley Smith, Lever Bridge Mills, Bolton.

2) Siehe über die Vorgänge, die zu seinem Abschlusse geführt haben, I. A. Hobson, Richard Cobden, The International Man. London, Chapt. X.

1. Keine Schutzzölle, sondern nur reine Finanzzölle, d. h. keine Zölle auf Waren, die auch im Inland erzeugt werden, sondern nur Zölle auf Waren, welche im Inland nicht erzeugt werden und auch solche nur auf einige besonders ergiebige Gegenstände des Massenverbrauchs, und daneben noch sogenannte Ausgleichzölle, d. h. Zölle auf Waren ausländischen Ursprungs genau im Betrag der Besteuerung, welcher dieselben Waren, wenn im Inland erzeugt, unterworfen sind. Die einzigen Einfuhrzölle, die bis zum Weltkrieg im Vereinigten Königreiche erhoben worden sind, waren solche auf die Einfuhr von Kakao, Kaffee, Zichorie, getrocknete Südfrüchte, Melasse, Zucker, Tee, Tabak, Wein; ferner Ausgleichzölle auf Bier, Glukose, Spirituosen, Chloroform, Chloralhydrat, Kolodion, Äther, Äthyl, Seife, bei deren Herstellung Spiritus verwendet wird, Spielkarten.

2. Bis zum Frieden von Versailles keinerlei differenzielle Behandlung der Nationen bei Veranlagung der Finanzzölle. An ihre Stelle ist die Meistbegünstigungsklausel getreten. Ihr Wesen besteht darin, daß die vertragschließenden Staaten sich zusagen, ihre Angehörigen, Waren und Schiffe gegenseitig nicht ungünstiger behandeln zu wollen als diejenigen dritter Staaten.

Im Jahre 1902 ist eine Registrierungsgebühr von nicht ganz 45 Pfennigen pro 1 dz Getreide und kurz vorher ein Ausfuhrzoll auf Kohle von 1 s pro Tonne aus finanziellen Gründen wieder eingeführt worden; beides ist dann wieder beseitigt worden.

Die Ziffern der Wohlstandstatistik zeigen nicht nur die Berechtigung der oben wiedergegebenen Ausführungen in Gladstone Budgetrede von 1863, sondern gleichzeitig, daß das, was er 1863 nur für die seit der Abschaffung der Kornzölle verflossenen 12 Jahre berichten konnte, in noch viel höherem Maße zutrifft, seitdem 1860 alle Schutzzölle in Großbritannien und Irland beseitigt worden sind. Von 1855/59 bis 1910/14 ist die Einfuhr aus fremden Ländern nach dem Vereinigten Königreiche von 129 auf 532 Millionen Pfund Sterling, die Ausfuhr nach fremden Ländern

von 79 auf 295 Millionen Pfund Sterling gestiegen. Dabei ist zu bemerken, daß der Handel des Vereinigten Königreichs während dieser Zeit mit seinen Kolonien weit hinter dem Handel mit ihm völlig fremden Ländern zurückgeblieben hat. Nach Sir George Paish¹⁾ hat 1910 das britische, in anderen Ländern angelegte, Kapital 3 192 000 000 Pfund Sterling betragen. Davon kamen £ 1 554 152 000 auf die britischen Kolonien und Indien und £ 1 637 483 000 auf fremde Länder; von den auswärtigen Anlagen kamen 53 Proz. auf Amerika, 16 Proz. auf Asien, 14 Proz. auf Afrika, 12 Proz. auf Australien, 5 Proz. auf Europa. Diese Anlagen haben, als sie gemacht wurden, die Ausfuhr britischer Produkte vermehrt; die Verzinsung der im Ausland angelegten Kapitalien ist eine der Ursachen der Steigerung der Einfuhr fremder Produkte in das Vereinigte Königreich gewesen.

Während die Bevölkerung von Großbritannien und Irland von 1845 bis 1902 von 28 auf 42 Millionen Seelen gestiegen ist, wird das Wachstum ihres Vermögens in der gleichen Zeit von 4 Milliarden auf 15 Milliarden Pfund Sterling geschätzt²⁾. Im Jahre 1845 kamen 143, im Jahre 1902 357 Pfund Sterling auf den Kopf der Bevölkerung. Und daß Gladstone auch darin recht gehabt hat, als er 1863 sagte, daß dieses außerordentliche und beinahe berauschende Wachstum des britischen Wohlstands nicht auf die besitzenden Klassen beschränkt ist, beweist die Statistik Bowleys³⁾, wonach sich der durchschnittliche Nominallohn der britischen Arbeiterklasse von 1840—91 im Verhältnisse von 61:100, der durchschnittliche Reallohn in derselben Zeit im Verhältnis von 43:100 und von 1840 bis 1900 im Verhältnis von 50:100 erhöht hat.

1) Great Britain's Capital Investments in Individual, Colonial and Foreign Countries. *Journal of the Royal Statistical Society*, Vol. 74, part II (January 1911) pp. 186, 187.

2) Siehe Giffen, *The Growth of Capital*, London 1889, und *Essays in Finance*, 2 vols. London 1904.

3) A. L. Bowley, *Wages in the United Kingdom in the nineteenth Century*. Cambridge 1900.

Es kamen auf den Kopf der Bevölkerung

		1840	1881	1882
Speck und Schinken	Pfund	0,01	13,93	8,85
Butter	"	1,05	6,36	6,72
Käse	"	0,92	5,77	5,20
Korinthen und Rosinen	"	1,45	4,34	4,32
Eier	Zahl	3,63	21,65	23,04
Kartoffeln	Pfund	0,01	12,85	9,33
Reis	"	0,90	16,32	13,49
Kakao	"	0,08	0,31	0,34
Kaffee	"	1,08	0,89	0,88
Korn, Weizen }	"	42,47	216,92	241,21
Weizenmehl }				
Rohzucker	"	15,20	58,92	62,10
raffinierter Zucker	"	—	8,44	8,38
Tee	"	1,22	4,58	4,67
Tabak	"	0,86	1,41	1,42
Wein	Gallon	0,25	0,45	0,41
Spirituosen	"	0,97	1,08	1,07

„Diese wunderbare Tabelle“, schrieb Sir Robert Giffen, als er sie auf Grund der amtlichen Statistik über die eingeführten und die der inneren Besteuerung unterworfenen Waren veröffentlichte¹⁾, spricht für sich selbst. Da einige der aufgeführten Artikel auch im Inland hergestellt und einer Besteuerung nicht unterworfen waren, hat die Zunahme des Durchschnittsverbrauchs noch mehr betragen.

Hören wir zum Schlusse, was J. A. Froude, ein Gegner der Freihändler und ihrer Politik, in seinem Buche über Disraeli²⁾, den Führer der konservativen Rebellion gegen Sir Robert Peel wegen seines Übergangs zum Freihandel, geschrieben hat:

„Das Land hatte sich für Freihandel entschieden, und ein lang dauernder, den Handel beseelender Wind kommerzieller Blüte schien zu zeigen, daß die Manchesterschule schließlich doch recht gehabt hat. In dieser Frage war

1) Essays in Finance, by Robert Giffen. Second Series. London 1886. 388. Ich habe Giffens Berechnungen für 1881 für das Jahr 1882 ergänzt, um zu zeigen, daß es sich 1881 nicht um zufällige Erscheinungen handelte.

2) In seinem Buche The Earl of Beaconsfield 9th ed. London 1905. p. 149, 150.

das Urteil gegen Disraeli gefallen, und die Wählerschaften blieben gegen ihn. Mehr als alles, was Cobden prophezeit hatte, traf zu. Wissenschaft und Technik kamen seiner Politik zu Hilfe. Die Eisenbahnen wurden billiger, und die Entfernung verschwand. Der Ozean verlor seine Schrecken und wurde zur bequemen und sicheren Hochstraße, und England mit seinen Hilfsmitteln wurde ohne Schranken mehr denn je sein Beherrscher. Aus- und Einfuhr wuchsen mit fabelhafter Schnelligkeit, und der Wohlstand übertraf die wildesten Hoffnungen der Antikornzoll-Liga. Zoll auf Zoll wurde abgeschafft und dennoch nahmen die Einnahmen zu. Die Bevölkerung vermehrte sich wie die Bienen, und trotzdem stiegen die Löhne. Neue Städte schossen auf wie Pilze, und die glücklichen Besitzer des Bodens sahen ihr Einkommen ohne irgendwelche Anstrengung ihrerseits verdoppelt. Selbst die Landwirte gediehen, denn Zeit war nötig, bevor Amerika, Rußland und Indien den Marktpreis des Getreides herabdrücken konnten. Fleisch stieg im Preise, die landwirtschaftlichen Produkte jeder Art stiegen, mit ihnen stiegen die Grundrenten und der Bodenwert. Der Wochenlohn des landwirtschaftlichen Arbeiters stieg um 1 s oder 2, und das landwirtschaftliche Interesse, das vom Untergang bedroht erschien, gedieh wie nie zuvor. Altheas Füllhorn war überströmend von Überfluß; alle Klassen nahmen kostspieligere Gewohnheiten an im Glauben, daß der Vorrat unerschöpflich sei. Die Grundherren selbst gaben ihren Schrecken auf, und man konnte sie sagen hören, daß der Freihandel doch keine so üble Sache sei.“

47. Kapitel.

Vollendung der Entwicklung zum Individuum als Wirtschaftseinheit.

Ich habe in jedem Abschnitte meiner Darlegung der wirtschaftlichen Entwicklung Englands auch die Änderungen vorgeführt, die in der Periode, die er behandelt, im Erbrecht vor sich gegangen sind; denn sie sind von grundlegender Bedeutung für das gesamte Wirtschaftsleben gewesen. Im 21. Kapitel habe ich von der Kritik gesprochen, die seit dem 17. Jahrhundert an der Primogeniturerbfolge und in verstärktem Maße an der englischen und schottischen Art der Bindung des Grundbesitzes geübt worden ist. Man hat sie aus politischen, wirtschaftlichen und ethischen Gründen verurteilt. Ich habe dabei auch von den Verteidigern gesprochen, welche Primogenitur und Gebundenheit des Grundbesitzes seit 1689, seit Beginn der Herrschaft der Aristokratie, seitens der Parteigänger derselben gefunden haben. Der Gegensatz zwischen Gegnern und Verteidigern ist gegen Ende des 18. Jahrhunderts, als die Gedanken, die in Frankreich zur Revolution geführt haben, auch in England Widerhall fanden, heftiger geworden. Vorkämpfer auf beiden Seiten waren Burke und Paine, und ihre Ausführungen haben in dieser wie in anderen Fragen über die Grenzen Großbritanniens hinaus gewirkt. Als aber nach Beginn der Schreckensherrschaft in Frankreich der Umschlag der ursprünglich freundlichen Stimmung der Engländer gegenüber der französischen Revolution ein-

trat¹⁾, hat bei der großen Mehrzahl der Engländer Burke über Paine gesiegt, und die Furcht vor ähnlichen Vorgängen wie in Frankreich hat auf dem Gebiete des Erbrechts wie auf allen anderen jeden Gedanken an eine Reform des Bestehenden verstummen lassen. Nach 1815 aber hatten die reaktionären Regierungen Castlereaghs und Liverpools und insbesondere die Kornzölle dem Industrie und Handel treibenden Bürgertum den Gegensatz seiner und der Interessen des Großgrundbesitzes auf allen Gebieten in steigendem Maße zum Bewußtsein gebracht; da ist auch der Kampf um das Erbrecht wieder erwacht. Zuerst ist er, wie im 17. und 18. Jahrhundert, theoretisch geführt worden; dann tritt er im Parlament uns entgegen und in öffentlichen Versammlungen und Presse. Wenn man die Reden Cobdens und Brights liest, kann man sich nicht des Eindrucks erwehren, daß sie für Freihandel kämpfen nicht bloß wegen der wirtschaftlich und sozial schädlichen Wirkungen der Kornzölle, sondern als Vorkämpfer des Bürgertums im Kampfe gegen die Vorherrschaft des Großgrundbesitzes. Diese aber wurzelte nach der Auffassung von deren eigenen Verteidigern in der Primogeniturerbfolge in Liegenschaften und in dem englischen Rechte, einen Lebenden und einen noch nicht Geborenen zum Erben einzusetzen, sowie in den schottischen Fideikommissen. Daher das steigende Verlangen nach deren Beseitigung und nach Freihandel nicht nur mit fremden Völkern, sondern auch nach Freihandel daheim im Land.

Um dieses Verlangen richtig zu würdigen, ist es nötig, sich zu vergegenwärtigen, wie beschaffen das englische Erbrecht nach 1815 gewesen ist.

Das englische Erbrecht unterscheidet zweierlei Art des Besitzes. Blackstone beginnt seine Ausführungen über das Eigentum mit den Worten: „Gegenstand des Eigentums sind die Sachen im Gegensatz zu den Personen, und die Sachen sind von zweierlei Art: solche, die mit einer

1) Vgl. W. A. Mackinnon, On the rise, progress and present state of public opinion. 2. ed. London 1828. 124 ff.

Liegenschaft verbunden sind, things real, liegendes Gut, und solche, die nur einer Person zustehen, things personal, bewegliches Vermögen. Zum Begriff des liegenden Gutes gehören zwei Erfordernisse: dauernde Herrschaft des Eigentümers und Unbeweglichkeit des Objekts. Wo eines dieser Merkmale fehlt, besteht kein reales, sondern nur ein persönliches Recht.“

Zum liegenden Gute gehören: 1. Land, einschließlich der mit Wasser bedeckten Flächen; 2. Gebäude; 3. dauernde Rechte auf Rentenbezug vom Land. Es gehören also dazu nicht nur ländliches, sondern auch städtisches Eigentum, ferner nicht nur körperliche Güter, sondern auch unkörperliche Rechte, sobald sie nur dauernd und an eine unbewegliche Sache geknüpft sind; ferner Anteile an Unternehmungen, die mit Land verknüpft sind, wie Bergwerkskuxe, Kanalaktien, Anteile am Eigentum einer Straße.

Zum persönlichen Eigentum gehören vor allem alle beweglichen Sachen; aber nicht bloß diese, sondern auch alle Rechte am Land, sobald sie zeitlich beschränkt sind, sogenannte chattels real, so z. B. alle Rechte am Land auf Grund einer Verpachtung, auch wenn die Verpachtung sich auf 999 Jahre erstreckt. Ein Grundstück, das jemandem auf 999 Jahre verpachtet ist, gleichviel ob es ein ländliches oder städtisches Grundstück ist, gleichviel ob unbebaut oder bebaut, gehört nicht zum liegenden Gute, sondern zum persönlichen Eigentum, und unterliegt nicht den für ersteres, sondern den für letzteres gültigen Bestimmungen¹⁾.

1) Erst neuere Gesetze haben neben dem realen ein persönliches Eigentum an Kanalaktien, Bergwerkskuxen u. dgl. eingeführt; wo nämlich das Eigentum am Kanal, am Bergwerk, an der Straße einer juristischen Person übertragen ist, sind die Anteile der einzelnen Mitglieder der Korporation persönliches Eigentum, unterliegen dem für dieses und nicht dem für reales Eigentum geltenden Rechte, so daß also z. B. Kanalaktien alten Stils nach den für reales Eigentum gültigen Bedingungen, Kanalaktien neuer Art nach den für persönliches Eigentum gültigen Bestimmungen vererbt werden. Vgl. (Samuel Bailey) *The right of primogeniture examined by a younger brother*. London 1837,

Dieser Unterschied zwischen liegendem Gute und persönlichem Eigentum, der, wie erhellt, weder mit dem Unterschiede von ländlichem und städtischem, noch mit dem von unbeweglichem und beweglichem Besitze zusammenfällt, liegt dem ganzen englischen Erbrechte zu Grund.

Die Erbfolge kann auf dreierlei Weise vor sich gehen: auf Grund von Intestaterbfolge, von Testament oder fideikommissarischen Substitutionen, d. h. in England der Einsetzung eines Lebenden und eines noch nicht Geborenen zum Erben, in Schottland auf Grund von Fideikommissen von der kontinentalen Art, wie dies im zweiten Bande¹⁾ dargelegt worden ist.

Für die Intestaterbfolge in liegendes Gut (real estate) galten von der Zeit Heinrichs III. bis 1834 für ganz England mit Ausnahme von Kent und den Orten, in denen sich die Erbfolge des Jüngsten erhalten hatte, und auch für Wales, seit Heinrich VIII. auch hier die Primogeniturerbfolge eingeführt hatte, folgende Regeln:

1. Die Person, die zuletzt im Besitz war, vererbte ihr liegendes Gut auf ihre Deszendenten in infinitum, niemals aber auf ihre Aszendenten²⁾. Das war ein Rest aus der Zeit, da die Hausgemeinschaft die Wirtschaftseinheit war. Wurde ein Familiengut unter die Söhne verteilt, und es starb einer der Söhne, so konnte sein Anteil nicht an den Vater fallen, denn er war im Besitze bereits vorangegangen. Wohl aber konnte der dem jüngeren Bruder zugewiesene Anteil an den älteren fallen; denn dieser Anteil war ja ein Teil des dem ganzen Hause zustehenden Familiengutes, um den die übrigen Brüder durch das Vorhandensein des Gestorbenen verkürzt worden waren, und der nach dessen Tode diesen wieder zufällt.

2. Die männlichen Deszendenten erben vor den weib-

p. 421. Stephen, *New Commentaries on the Laws of England*. 3. ed. vol. II. London 1853. 221, 222.

1) Band II 51—53.

2) *Hereditas nunquam naturaliter ascendit*. Glanvilla VII c. 1 § 10.

weiblichen. Auch diese Bestimmung hängt mit der alten Hausgemeinschaft zusammen¹⁾).

3. Wo mehrere männliche Deszendenten vorhanden sind, die dem Erblasser dem Grade nach gleich nahe stehen, erbt nur der Älteste, wo nur weibliche Deszendenten gleichen Grades vorhanden sind, erben sie zu gleichen Teilen. Der Ursprung dieses Vorzugs des Ältesten in dessen Mundium über die Hausgemeinschaft ist im ersten Bande²⁾ erörtert worden.

4. Bei der Erbfolge der Deszendenten herrscht Erbfolge nach Stämmen, nicht nach Individuen.

5. Noch 1834 galt der Satz: Wenn Deszendenten des letzten Inhabers nicht vorhanden sind, geht das liegende Gut auf diejenigen unter seinen Seitenverwandten über, welche vom Stamme des ersten Besitzers des Gutes sind. Dabei folgte der Bruder dem Bruder wohl bei ererbtem, nicht aber bei einem von diesem neu erworbenen Gute. Auch dies ist ein Überrest aus der Zeit, da die Hausgemeinschaft die Wirtschaftseinheit war. Nur wer vom Stamme des ersten Hausvaters, der ein Gut besessen hatte, war, gehörte zu der Familie, der das Gut gehörte, und konnte daher einen Anspruch darauf erheben. Was der einzelne jeweilige Inhaber selbständig erworben hatte, gehörte dagegen nicht zu jenem Familiengute, auf das solche Personen Anspruch erheben konnten, die vor dem Erwerbe des betreffenden Gutes eine besondere neue Familie begründet hatten.

6. Vor 1834 galt ferner: Der Seitenverwandte des letzten Inhabers, der das Gut erhält, muß der nächste Seitenverwandte desselben von Vater- und Mutterseite sein. Also nur Erbfolge des vollbürtigen Seitenverwandten, nicht des halbbürtigen; denn auch die letzteren waren aus einem anderen Hause als die Erbschaft.

7. Wenn die Erbschaft an Seitenverwandte kommt, so gehen die Seitenverwandten von männlicher Seite, d. h.

1) Siehe Band I 96.

2) Band I 129, 130.

Seitenverwandte von der Seite männlicher Vorfahren, so entfernt sie auch sein mögen, den Seitenverwandten von weiblicher Seite, so nahe diese sein mögen, vor, außer wo das Gut von weiblicher Seite kam. Dieser Satz ist nur eine Folge des fünften.

Die vorstehenden Bestimmungen zeigen, daß das englische Intestaterbrecht in das liegende Gut vor 1834 noch von den Anschauungen einer Zeit beherrscht war, in der nicht der einzelne, sondern die Großfamilie die Wirtschaftseinheit war und der jeweilige Inhaber des liegenden Guts dieses nicht kraft persönlichen Rechts, sondern nur als Vertreter der Familie besessen hat.

Ganz anders das Intestaterbrecht in persönliches Vermögen (*things personal*). Falls jemand ohne Testament starb, wurde seit dem 31. Edw. III. c. 11 einer der nächsten Verwandten des Verstorbenen zum Administrator des hinterlassenen persönlichen Vermögens ernannt, und seit dem 21. Hen. VIII. c. 5 wurde es zulässig, die Witwe zum Administrator zu ernennen. Der Administrator hatte die Fahrhabe (mit Ausnahme jedoch in der Stadt London und der Grafschaft York) gemäß den Verteilungsgesetzen 22 & 23 Car. II. c. 10 und 29 Car. II. c. 3 folgendermaßen zu verteilen: Zunächst — und dies ist eine auch für die Erbfolge in das liegende Gut (*things real*) höchst wichtige Bestimmung — sind alle Schulden des Verstorbenen aus der hinterlassenen Fahrhabe zu bezahlen. Bleibt dann noch ein Überschuß, so erhält die Witwe davon ein Drittel. Die übrigen zwei Drittel gehen zu gleichen Teilen an sämtliche Kinder oder in Vertretung verstorbener Kinder an deren Deszendenten. Sind keine Kinder oder Deszendenten derselben vorhanden, so erhält die Witwe die Hälfte; die andere Hälfte geht an die nächsten Verwandten von gleichem Grade und deren Vertreter. Ist keine Witwe vorhanden, so erhalten die Kinder alles. Sind weder Witwe noch Kinder vorhanden, so geht alles an die nächsten Verwandten gleichen Grades und deren Vertreter; allein unter Seitenverwandten werden Vertreter nicht

weiter zugelassen als die Kinder der Brüder und Schwestern des Verstorbenen¹⁾).

Der Widerspruch, in dem diese Ordnung des Intestaterbrechts im Gefolge der mit der wirtschaftlichen Entwicklung eintretenden Auflösung der Großfamilie mit dem Rechtsgefühl und den Bedürfnissen des an ihre Stelle tretenden Individuums trat, hat dazu geführt, daß dieses es immer weniger dem Intestaterbrechte überließ, die Nachfolge in seine Hinterlassenschaft zu bestimmen. Es hat sich in steigendem Maße der Veräußerungsfreiheit und der Testierfreiheit bedient, um sein Vermögen dem Intestaterbrechte zu entziehen. Dieses kam nur mehr als Ausnahme zur Geltung²⁾).

Allein die aus dem Mundium des Ältesten über die Hausgenossen herausgewachsene Primogeniturerbfolge hat aus den im ersten und zweiten Bande dargelegten Gründen den Kampf gegen die Anerkennung der Individuen als Wirtschaftseinheiten nicht aufgegeben. Wir haben gesehen, wie sie in England durch Einsetzung eines Lebenden und eines

1) Es hat für unsere Betrachtung kein Interesse, auf die besonderen Rechtsgewohnheiten, die bis ins 19. Jahrhundert in der Stadt London und in Yorkshire, in Schottland und Wales bezüglich der Verteilung der Fahrhabe herrschten, einzugehen.

2) Auf dem Kontinente sind vielfach die irrigsten Vorstellungen über Ursprung und Wirkungen des englischen Erbfolgesystems verbreitet. Weder ist, wie Graf Montalembert, *De l'avenir politique de l'Angleterre*, Paris 1856, p. 100, schrieb, die Primogeniturerbfolge „wie jeder weiß“, aus der Testierfreiheit hervorgegangen; eher ließe sich sagen, diese sei durch die Primogeniturerbfolge hervorgerufen worden (vgl. Pollock 59). Noch auch ist das englische Erbfolgesystem, wie Leplay und seine Schule es darstellen, eine Säule der väterlichen Autorität; die durch entails gefestigte Primogeniturerbfolge bedeutet, wie dies seit Bacon bis heute immer wieder hervorgehoben worden ist, vielmehr eine ernste Gefährdung derselben, und die Testierfreiheit bietet auf dem Gebiete, das die entails ihr lassen, dafür nur unvollkommenen Ersatz. Das Muster einer mißverständlichen Darstellung der Entwicklung des englischen Erbfolgesystems und der sie bestimmenden Ursachen bietet das in seinem Ziele äußerst anerkennenswerte Werk von G. Albert, *La liberté de testes*, Paris 1895.

noch nicht Geborenen zum Erben und in Schottland durch Fideikomnisse von der festländischen Art den Landbesitz allen zukünftigen Erstgeborenen sowohl gegenüber den Taten und Missetaten des jeweiligen Inhabers, als auch gegenüber den Ansprüchen der Nachgeborenen in alle Zukunft zu sichern suchte. Es geschah dies im Interesse des *splendor familiae*, aber auf Kosten der Nachgeborenen und besserer landwirtschaftlicher Kultur.

Warum die Nachgeborenen sich dies haben gefallen lassen, ist im 21. Kapitel beantwortet worden. Wie im Mittelalter die Entstehung der Primogeniturerfolge wesentlich zum Aufkommen der Simonie beigetragen hat¹⁾, so im 17. und 18. Jahrhundert zu der maßlosen Korruption in der Stellenbesetzung in Staat und Kirche, zu den Ausplündereien Indiens durch die jüngeren Söhne und Neffen, die als Beamte dahin geschickt wurden, und zu der des heimischen Volks durch Sinekuren²⁾. Nicht minder nachteilig waren sie für die Grundbesitzverteilung und die Bewirtschaftung des Bodens.

Die beiden letzteren Wirkungen der Primogeniturerfolge und der Gebundenheit des Bodens sind in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts aus Anlaß der Entwicklung, welche die schottischen Fideikomnisse seit 1695 genommen hatten, Gegenstand ernster Betrachtungen gewesen. Es waren in den 60 Jahren seit Erlaß des Fideikommißgesetzes von 1685 bis 1745 nicht weniger als 500 Fideikomnisse gegründet worden. Sir John Dalrymple, der Verteidiger der Fideikomnisse, war der Meinung³⁾, daß 1764 ein Fünftel des Landes von Schottland fideikommissarisch gebunden sei. Es war die Gefahr, daß, wenn keine Maßregel dagegen ergriffen würde, alsbald der größere Teil des Landes von Schottland durch das Streben derer, die eine „Familie begründen“ wollten, dem Verkehr entzogen werde, eine Gefahr, die nur zu sehr verwirklicht worden

1) Band I 130.

2) Band II 55—61.

3) *Considerations on the Policy of Entails in a Nation*, Edinburgh 1765, p. 13.

ist¹⁾. Die Zeit war vorauszusehen, da die Fideikomnisse eine Grausamkeit für alle bedeuten würden, die, willens Land zu erwerben, außer stande sein würden, verkäufliches Land zu finden.

Dabei forderte die steigende Bevölkerungsziffer größere landwirtschaftliche Erträge. Sie konnten nur durch Meliorationen erzielt werden. Solche konnten aber nicht durch die Pächter vorgenommen werden, denn die Fideikomnisse schlossen die dazu erforderlichen Pachtverträge für lange Dauer aus; und der Fideikommißinhaber konnte sie nicht vornehmen, denn wenn er starb, bevor das auf Meliorationen verwendete Kapital amortisiert war, ging dieses seinen nachgeborenen Erben verloren. Ebenso nachteilig waren die Wirkungen der Fideikomnisse auf den Kredit. Sie hafteten nicht für Schulden, die nach dem Tode des Stifters kontrahiert worden waren. Das einzige, was dem späteren Fideikommißinhaber zur Verfügung stand, war somit Personalkredit. Daher denn die Gläubiger bei seinem Tode häufig große Verluste erlitten. Naturgemäß wurden dadurch die Kreditbedingungen für den Fideikommißinhaber ungünstiger. So in allen Verfügungen, wie sie die Lage seiner Familie und die Verbesserung seines Gutes erfordert hätten, gehemmt, war die Lage des Fideikommißbesitzers trotz scheinbaren Reichtums die einer glänzenden Armut. Dabei pflegte das Publikum an ihn Ansprüche zu stellen, als wäre er ein reicher freier Eigentümer. So war die Folge der Fideikomnisse, statt der Familie Sicherung zu geben, oft geradezu deren Not, und oft befanden sich

1) Nach Mac Culloch, einem anderen Verteidiger der Fideikomnisse, betrug die Zahl der Fideikommißgründungen in Schottland

von 1765—1785	272
1785—1805	360
1805—1825	459
1825—1846	479.

Nach ihm war es wahrscheinlich, daß 1846 mehr als die Hälfte des Landes von Schottland fideikommissarisch gebunden war. Von der weiteren Konzentration des schottischen Grundbesitzes in den folgenden Jahrzehnten wird später die Rede sein.

die Renten des Fideikommißguts für die Lebensdauer des Inhabers im Sequester der Gläubiger. Selbst Sir John Dalrymple schrieb 1764: „Die meisten Fideikommißinhaber befinden sich in beengten Geldverhältnissen, denn die meisten leben über ihr Einkommen“, und Mackenzie hatte, als er für das Gesetz von 1685 eintrat, das Fideikommiß in Schottland einführte, diese als Förderer frugalen Lebens hingestellt!

Die Bemühungen der Fideikommißbesitzer, sich den ihnen auferlegten Fesseln zu entziehen, die Schädigungen ihrer Gläubiger und die Vermögensverluste, denen die Pächter ausgesetzt waren, haben zu so vielen Prozessen den Anlaß gegeben, wie keine andere gesetzliche Ordnung. Das hat einen der ersten Juristen Schottlands und dabei um die Landwirtschaft hochverdienten Mann, Lord Kames¹⁾, veranlaßt, der Korporation der Advokaten einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die aus dem Fideikommißgesetz von 1685 entspringenden schädlichen Folgen verhüten sollte. Die ewige Dauer der Bindung durch Fideikommiße sollte beseitigt, den Fideikommißinhabern sollte ermöglicht werden, Pachtverträge²⁾ abzuschließen, die über ihre Lebensdauer hinaus bindend wären, und Vorsorge für Weib und Kind zu treffen. Die schottische Gesetzgebung wäre der englischen dadurch näher gebracht worden. Nicht nur die ganze Korporation der Advokaten, vier Mitglieder ausgenommen, stimmte dem Gesetzentwurf zu, ganz Schottland war auf der Seite dieser Bemühungen³⁾. Allein es gelang einer sehr kleinen, aber äußerst einflußreichen Partei unter Führung Dalrymples, die Annahme des vorgeschlagenen Gesetzentwurfs zu hintertreiben. Alles, was erreicht wurde,

1) Nach Mac Culloch, *On succession to property vacant by death*, London 1848, p. 57 war Lord Kames der Urheber des Gesetzentwurfs.

2) Vgl. über die berühmten Pachtklauseln des Lord Kames: J. Anderson, *Essays relating to agriculture and rural affairs*, London 1798, III 86.

3) Siehe Dugald Stewart, *Lectures on political economy*, ed. by Sir W. Hamilton, Edinburgh 1877, II 203, 204.

war das Gesetz von 1770 (10 Geo. III. c. 51) betreffend die Ermunterung von Meliorationen des Bodens. Es wurde davon wenig Gebrauch gemacht, denn wenn es auch ermöglichte, unter gewissen Bedingungen lange Pachtverträge rechtsgültig abzuschließen, und die Fideikommißinhaber den übrigen Erben ihres Pachtvorgängers für alle Gelder haftbar machte, welche dieser auf die Melioration des Guts verwendet hatte, solange ihr Betrag nicht den vierfachen Jahresbetrag der Fideikommißrente überschritte, so konnte doch der Inhaber des Fideikommisses nicht meliorieren, ohne Kredit in Anspruch zu nehmen. Den Kapitalisten aber gab das Gesetz nicht genügende Sicherheit, vorgeschossenes Geld wieder zu erhalten. Immerhin ist das Gesetz von 1770 bedeutsam, insofern es zeigt, wie sehr die fortschreitende wirtschaftliche Entwicklung zur Lockerung der Gebundenheit drängte.

Der Kampf, der sich in den sechziger Jahren des 18. Jahrhunderts in Schottland abgespielt hat, hat etwas Symbolisches für den Verlauf der Debatte über das Erbsystem bis auf unsere Tage. Auf der einen Seite stehen die Vertreter der allgemeinen Interessen, welche die Erstgeburtserbfolge, teils mit naturrechtlichen Gründen, teils mit Rücksicht auf ihre Wirkungen bekämpfen, auf der anderen Seite die Vertreter des Sonderinteresses einer kleinen Partei, die das Unhaltbare ihrer volkswirtschaftlichen Begründung durch Berufung an romantische Gefühle und Vorurteile zu verdecken suchen. Da diese kleine Partei aber die mächtige ist, dringen ihr gegenüber keine Vernunftgründe durch, bis die Bedürfnisse der fortschreitenden Entwicklung erzwingen, den Forderungen der Vernunft Rechnung zu tragen.

Um diese Zeit hat Montesquieu, wie er seine Hauptanregungen aus dem Studium der englischen Verhältnisse gezogen hat, angefangen, seinerseits auf die aufgeklärten Geister in England mächtig zurückzuwirken. Wie er über die Primogeniturerbfolge gedacht hat¹⁾, sagt Nr. 119

1) Die deutschen Befürworter des Anerbenrechts, die durch keinen allzu großen Ballast von Gelehrsamkeit beschwert zu sein

seiner *Lettres persanes*: „Der Geist der Eitelkeit ist es, der zur Einführung des ungerächten Erstgeburtsrechts in Europa geführt hat, das der Zunahme der Bevölkerung so ungünstig ist, indem es die Fürsorge des Vaters auf ein einziges seiner Kinder konzentriert und sein Augenmerk von allen anderen ablenkt; denn es nötigt ihn, um die Stellung eines einzigen zu festigen, sich der selbständigen Niederlassung mehrerer zu widersetzen, und zerstört die Gleichheit der Bürger, auf der der Volkswohlstand beruht.“ Ebenso wie Montesquieu, wie Lord Kames¹⁾ und alle die Männer, die sich seit Beginn des 17. Jahrhunderts gegen Primogeniturerbfolge geäußert haben, wie Shakespeare, Bacon, Coke, Harrington, Blackstone, Horace Walpole, Bishop Berkeley, dachte Gibbon, als er den Römern nachrühmte²⁾: „das unverschämte Vorrecht der Erstgeburt war bei ihnen unbekannt.“

Alles, was seit zweihundert Jahren gegen Erstgeburtserbfolge und Fideikommiss vorgebracht worden ist, findet sich bei A. Smith im zweiten Kapitel des dritten Buchs seiner Untersuchung über Natur und Ursachen des Reichtums der Nationen zusammengefaßt. Das Kapitel trägt die bezeichnende Überschrift: „Entmutigung des Ackerbaus in dem früheren Zustand Europas nach dem Falle des rö-

pflügen, haben ein Zitat aus dem Geist der Gesetze (livre 26 ch. VI), das die Schule Leplays gegen die Zwangsteilung des Code Napoléon anzuführen pflegt: „Das Naturrecht verpflichtet die Väter, ihre Kinder zu ernähren, nicht aber sie zu Erben zu machen“, häufig dahin ausgebeutet, als sei Montesquieu gegen das gleiche Erbrecht der Kinder gewesen. Die Stelle will aber nichts anderes sagen, als daß das Erbrecht nicht ein Ausfluß des positiven Rechts (*droit civil ou politique*) sei; denn er hatte die verschiedensten Erbfolgesysteme bei den verschiedensten Völkern gefunden. Wie er über die Primogeniturerbfolge dachte, zeigt die im Texte wiedergegebene Stelle aus den *Lettres persanes*.

1) Vgl. seine 1746 veröffentlichten *Essays upon several subjects concerning British Antiquities* und den Anhang zu seinen 1774 veröffentlichten Skizzen zur Geschichte des Menschen.

2) *History of the Decline and Fall of the Roman Empire* Chapt. 44. II.

mischen Reichs.“ Im vierten Kapitel des dritten Buchs, betitelt: „In welcher Weise der Handel der Städte zur Verbesserung des Landes beitrug“, kommt er nochmals auf die Erbfolge zurück und bezeichnet Erstgeburterbfolge und Fideikomnisse als ein Haupthindernis des Landbaus in Europa. Die erstere läßt die Teilung nicht zu, das Fideikomiß nicht die Veräußerung. Beide beruhen auf dem Streben nach Macht. Daher verwenden die Inhaber großer Güter, wenn sie Kapital haben, dieses auf den Ankauf von noch mehr Land; da ihr Ansehen um so größer ist, je mehr Land sie besitzen. Aber als Regel haben sie kein Kapital, da sie ihr Einkommen auf äußeren Glanz und Luxus verwenden. Sie sind daher selten große Landverbesserer und ihr Land als Regel schlechter bewirtschaftet als das kleiner Besitztümer. Dabei wird das Angebot von Land durch sie beschränkt und der Boden dadurch verteuert, und noch mehr durch das Streben der „neuen Reichen“ nach Landbesitz, das sie erwecken.

Adam Smith hat von 1764 bis 1766 in Frankreich gelebt. Hier hatte in der zweiten Hälfte der Regierung Ludwigs XIV. der Verfall des Großgrundbesitzes begonnen¹⁾. Die verarmten und verschuldeten Besitzer ungeheurer Güter besaßen nicht die Mittel, sie zu bebauen. Die Güter waren zu Wüsten, bedeckt mit Gestrüpp, geworden. Niemand wollte sie ihnen abkaufen außer dem kleinen Mann; seine Genügsamkeit und sein nie versiegender Fleiß setzten ihn allein instand, die enorme darauf ruhende Last zu tragen. Das Streben der Großgrundbesitzer ging daher dahin, ihr Land im kleinen an Bauern zu verkaufen. Um 1760 war bereits ein Viertel des Lands in ihr Eigentum gelangt. Hand in Hand mit dieser Entwicklung waren die Theorien der Schriftsteller gegangen. Der Besitz von Grundeigentum erscheint ihnen als der natürliche Ausfluß der Persönlichkeit des Einzelnen. Schon Boisguillebert²⁾ ergeht sich

1) Siehe Doniol, *Histoire des classes rurales en France*. Paris 1867. 425, 451—471.

2) *Le Détail de la France. Économistes financiers du 18^e siècle*. Éd. Daire. Paris 1851. 180.

im Lobe der Produktionskraft jener Einzelnen, die im Besitze eines kleinen Grundeigentums, dem sie ihre Sorgfalt widmen, erhebliche Bodenverbesserungen vornehmen. Man sammelte und verkündete die Fälle, in denen solche kleine Eigentümer zu anderen Zeiten Erfolg gehabt, man schilderte ihr Gedeihen in anderen Ländern und sprach von der Hoffnung ihre Wiederauferstehung zu sehen. Von ihnen erwartete Montesquieu¹⁾ das Heilmittel gegen Entvölkerung. Vor Allem aber predigten dies die von Voltaire so gerühmten *Considérations sur le gouvernement de la France* des früheren Ministers Marquis d'Argenson²⁾ von 1740 den Wiederaufbau des Staatswesens auf moralisch und ökonomisch freien Individuen. Er bezeichnete es als den größten Schaden, der einem Felde zustoßen könne, wenn es von einem anderen als seinem Eigentümer bestellt werde; sein Ideal war, daß derjenige, der das Land bebaut, den Boden als Eigentum besitze. Selbst Rousseau, der das Eigentum am heftigsten angegriffen hat, schrieb im *Émile*: „Ich brachte ihm zum Bewußtsein, daß er seine Zeit, seine Arbeit, seine Gedanken, seine Person hineingesteckt habe, daß in diesem Lande etwas von ihm selbst stecke, was er gegen jedweden, wer immer es sei, verteidigen könne, ebenso wie er seine Hand von jedem zurückziehen dürfe, der es ihm gegen seinen Willen vorenthalten wolle.“ In einem Quesnay zugeschriebenen Buche tritt der Verfasser³⁾ dafür ein, daß es möglichst viele Grundeigentümer gebe; weit wünschenswerter als eine geringe Anzahl großer Güter seien viele kleine. Konzentration des Bodens in wenigen Händen führe zur Verarmung des Staats. Dergleichen hatte der Marquis de Mirabeau im *L'ami des*

1) *Esprit des Lois* XXIII c. 28.

2) *Considérations sur le gouvernement ancien et présent de la France*. Amsterdam 1765. 284. Gegen Primogenitur und Fideikommiss 281.

3) (Bellial des Vertus.) *Essai sur l'administration des terres*. Paris 1759, p. II—VIII, 7.

hommes¹⁾ geschrieben, daß der Boden gar nicht genug geteilt werden könne.

Unter dem Eindruck der französischen Zustände und dem Einfluß seiner französischen Freunde scheint A. Smith sein Lob des kleinen bauerlichen Eigentümers geschrieben zu haben. Konnte doch selbst Arthur Young, der sein Lebenlang aus ökonomischen Gründen für den Großgrundbesitz und die Ersetzung kleiner durch große Pachtungen Propaganda gemacht hat, als er vor Ausbruch der Revolution Frankreich bereiste, den gleichen Eindrücken sich nicht entziehen. Er sieht²⁾ voll Begeisterung den glänzenden Zustand der Landwirtschaft in den Gegenden kleinbäuerlichen Besitzes. „Gib einem Manne“, schreibt er, „den sicheren Besitz eines trostlosen Felsens, und er wird ihn in einen Garten verwandeln; gib ihm bloß neunjährigen Besitz eines Gartens, und er verwandelt ihn in eine Wüste.“ Umgekehrt hat er bei Beschreibung der Güter des Herzogs Larochefoucauld, des Prinzen von Soubise und des Herzogs von Bouillon, Güter, die inmitten der besten Absatzgelegenheit von Frankreich lagen, den berühmten Satz geschrieben³⁾: „Wo immer man über einen Grand Seigneur stolpert, selbst über einen, dessen Vermögen Millionen beträgt, kann man sicher sein, sein Land als Wüste zu finden.“

Als 1776 der „Reichtum der Nationen“ erschien, war Burke noch der begeisterte Vorkämpfer der Freiheit. Er und Smith hatten ihre beiderseitigen Werke stets sehr bewundert. Burke liebte und verehrte Smith im höchsten Maße und sprach mit der größten Begeisterung von seinen Schriften. Umgekehrt hat Smith von Burke gesagt: „Burke ist der einzige Mensch, der mir je begegnet ist, der über wirtschaftliche Fragen genau so denkt wie ich,

1) *L'ami des hommes*. Avignon 1772. chap. V. Vgl. auch I 57, 58. Erst später ist Mirabeau ein Verteidiger des Großgrundbesitzes geworden. Vgl. Loménie, *Les Mirabeau*. Paris 1879. II 170—172.

2) A. Young, *Travels in France*. Ed. M. Betham-Edwards. London 1889. p. 109, 53, 54.

3) Ebenda 70, 71.

ohne daß vorher irgendwelche Besprechungen zwischen uns stattgefunden hätten.“ Gelegentlich Burkes Wahl zum Rektor der Universität Glasgow ist er acht bis zehn Tage dort gewesen, die er in Gesellschaft von Smith verbracht hat¹⁾. Danach ist die Annahme wohl erlaubt, daß Burke in jener Zeit auch Smiths Verurteilung der Primogeniturerbfolge und der Fideikomnisse geteilt habe. Aber 1790 ist Smith gestorben, und in demselben Jahre hat Burke seine „Betrachtungen über die Revolution in Frankreich und das diesbezügliche Vorgehen gewisser Gesellschaften in London“ veröffentlicht. Darin eine Verherrlichung ererbten Reichtums und des damit verbundenen Rangs²⁾ und eine Ausführung, daß die Argumente, die in Frankreich gelegentlich der Beseitigung der Feudalität ins Feld geführt worden seien, „daß die Bestellung des Bodens, und nicht wurmstichige Pergamente und törichte Fideikomnisse, den wahren Anspruch auf Erbfolge in das Eigentum gäben“, zur Erschütterung allen Eigentums sowie der Rechte des Königs führen würden³⁾. Kein Werk, das auf die Stimmung von ganz Europa während der nächsten Dezennien größeren Einfluß geübt hätte als Burkes Betrachtungen über die französische Revolution.

Sie haben aber auch die nicht minder berühmte Verteidigung der Menschenrechte durch den Verfasser des „Gesunden Menschenverstands“ Thomas Paine hervorgerufen. So warm Burke für die Aristokratie eingetreten war, so heftig eiferte Paine gegen sie und insbesondere gegen die sie stützende Primogeniturerbfolge. „Die Natur und der Charakter der Aristokratie“, so schrieb er⁴⁾, „äußert sich in diesem Rechte. Es ist ein Recht im Widerspruch mit dem Naturrecht, und die Natur selbst

1) John Rae, *Life of Adam Smith*, London 1895. 387.

2) *The Works of the Right Hon. Edmund Burke*, vol. V. London 1808, p. 108.

3) Ebenda 396, 397.

4) Thomas Paine, *Right of man; being an answer to Mr. Burke's Attack on the French Revolution*. London 1848. 34; siehe auch 130, 148.

schreit nach seiner Beseitigung. Führt Gerechtigkeit in der Familie ein und die Aristokratie fällt. Durch das aristokratische Recht der Primogeniturerbfolge werden in einer Familie mit sechs Kindern fünf ausgesetzt. Die Aristokratie hat nie mehr als nur ein Kind. Die übrigen werden erzeugt, um verzehrt zu werden. Sie werden den Kannibalen als Beute hingeworfen, und der natürliche Vater bereitet das unnatürliche Mahl. Wie alles, was gegen die Natur des Menschen ist, die Interessen der Gesellschaft mehr oder weniger berührt, so auch dies. Alle Kinder, denen die Aristokratie die Anerkennung verweigert — und es sind dies alle bis auf das älteste — werden als Regel, gleich Waisen, die der Armenunterstützung anheimfallen, der Fürsorge durch die Gesamtheit überlassen, nur daß diese mehr kostet als die Waisenversorgung. Unnötige Ämter und Regierungs- und Hofstellen werden auf Kosten der Gesamtheit geschaffen, um sie zu erhalten. Mit was für elterlichen Gefühlen kann der Vater oder die Mutter ihre nachgeborenen Kinder betrachten? Von Natur sind sie Kinder und gemäß der Ehe sind sie Erben; aber vermöge der Aristokratie sind sie Bankerte und Waisen. Sie sind Fleisch und Blut ihrer Eltern in einer Hinsicht, und in anderer sind sie in nichts mit ihnen verwandt. Um die Eltern ihren Kindern und die Kinder ihren Eltern, die Verwandten einander und den Menschen der Gesellschaft wiederzugeben und um das Monstrum der Aristokratie in der Wurzel auszurotten, hat daher die französische Konstitution das Recht der Primogeniturerbfolge zerstört. Hier denn liegt das Ungeheuer; und Herr Burke mag ihm die Grabschrift schreiben.“

Allein was Burke schrieb, war nicht die Grabschrift. Er hat die Primogeniturerbfolge darauf für eine Säule der aristokratischen Verfassung Englands erklärt¹⁾: „Ohne Frage hat sie die Wirkung — und zwar, wie ich meine, die äußerst glückliche Wirkung — der Gesamtheit des Grundbesitzer-

1) Edmund Burke, *Appeal from the new to the old Whigs*. Works vol. VI. London 1823. p. 186.

interesses Bedeutung, Gewicht und überwiegenden Einfluß über andere zu sichern.“

Von da ab wurden diese Äußerungen der beiden Männer der Ausgangspunkt der Beurteilung zweier verschiedener Parteien. Die von Paine wurde bestimmend für diejenigen, welche eine Ersetzung des aristokratischen Regiments in England durch eine Demokratie anstrebten, und seine an Harrington anklingenden Ausführungen über die Ungerechtigkeit in der Familie, welche nur durch eine neue Ungerechtigkeit gegenüber der Gesamtheit ausgeglichen werde, sollten in den Argumenten der kommenden Dezennten unzählige Male wiederkehren; umgekehrt wurde, wie die ganze Verurteilung Frankreichs und der Demokratie durch Burke, so auch seine Auffassung vom Stande, der grundbesitzenden Aristokratie als der Säule der Machtstellung Englands und der Primogeniturerbfolge als der Säule der Machtstellung der englischen Aristokratie Glaubensartikel von deren Parteigängern. In der allem Französischen und Demokratischen feindlichen Stimmung, welche Pitts Kriege hervorgerufen hatten, hatten aber die letzteren die Oberhand. In welchem Maße der Kriegsausbruch auch in den Kreisen der Intellektuellen Verwirrung erzeugt hat, zeigt, daß, während Pitt noch am 17. Februar 1792 im Unterhause die oben erwähnte Lobrede auf A. Smith gehalten hatte, seine Lehren bereits 1793 im Oberhause gegen den Vorwurf, den Grundsätzen bürgerlicher Regierung, der Moral und Religion zu widersprechen, verteidigt werden mußten; und Dugald Stewart, der in demselben Jahr seinen Vortrag über A. Smith vor der Royal Society of Edinburgh gehalten hat, hat 1810 erklärt, daß er darauf habe verzichten müssen, in demselben eine Analyse seiner Lehren zu geben, da es in jener Zeit, „selbst unter Männern von Talent und Bildung“ nicht ungewöhnlich gewesen sei, absichtlich die philosophischen Doktrinen der Nationalökonomie mit jenen Erörterungen der obersten Grundsätze der Regierung zu verwechseln, die damals unglücklicher-

weise die öffentliche Meinung zu erregen begannen.“ Selbst das Wort „politische Ökonomie“ galt als verdächtig¹⁾.

Nun hat auch Arthur Young bereut²⁾, was er im ersten Bande seiner Reise in Frankreich in Lobpreisungen der kleinbäuerlichen Besitzer und über die Besitztümer der feudalen Großgrundbesitzer gesagt hatte. Auch standen seine früheren Ausführungen über die Unfähigkeit des kleinbäuerlichen Besitzers, die von ihm mit Recht angepriesenen technischen Fortschritte in der Landwirtschaft vorzunehmen, damit in Widerspruch; und so wurde auch er zum Lobredner der Primogeniturerbfolge und der Fideikomnisse. Auch brachte die Entwicklung, welche die Grundbesitzverhältnisse nahmen, eine Bestätigung seiner Lehren und schien zu zeigen, daß A. Smiths Anpreisung des kleinbäuerlichen Besitzes für England nicht zutrefte. Während die Rentabilität des Großgrundbesitzes infolge der technischen Betriebsfortschritte, der Gemeinheitsteilungen und der enormen Steigerung der Getreidepreise stieg, sind die Bauern, die mit Ausnahme von Kent allenthalben unter der Herrschaft eines Erbrechts standen, das einem einzigen Erben den ganzen Grundbesitz zusprach und sogar mit allen Schulden des Erblassers die Erben des persönlichen Vermögens belastete, aus denselben Gründen, die den Großbesitz rentabel machten, zugrund gegangen. Sie konnten die Betriebsfortschritte nicht mitmachen und, um dem drohenden Ruin zu entgehen, haben sie als Regel den durch die Entwicklung der Großindustrie reich Gewordenen ihren Besitz zum Kauf angeboten. Diese kauften sie gierig auf, legten sie zu großen Gutskomplexen zusammen und banden diese durch Substitutionen und Fideikomnisse, um in den Stand der politisch und sozial herrschenden Klassen Eingang zu erlangen. Sie erhielten dann dafür noch den Dank der Verkaufenden. Nichtsdestoweniger ist es durchaus schief, wenn Froude von den

1) John Rae, *Life of A. Smith* 292.

2) A. Young, *Voyages en France*, par Lesage. Paris 1882, II 216 ff.

englischen Bauern sagt¹⁾: „Sie sind dahin, die Mehrzahl von ihnen dahin, weil sie es für gut fanden, zu gehen.“ Denn die Bauern verkauften selten, weil sie Besseres vor Augen sahen, sondern weil sie verhindern wollten, daß es ihnen schlechter gehe. Ich habe schon im zweiten Bande davon gesprochen, wie die vom Lande Abwandernden ein wesentlicher Bestandteil der Arbeiterschaft der aufkommenden industriellen Großbetriebe geworden sind, wie andere ausgewanderten und andere die Armenhäuser bevölkerten.

Unter den Männern der Wissenschaft sind mir aus der Zeit des Kriegs nur zwei bekannt, die an der Richtigkeit der Ausführungen A. Smiths unentwegt festhielten: Dugald Stewart²⁾ und Jeremias Bentham. Stewart, der umfassendste und gleichzeitig kritisch schärfste Vertreter der Theorie des gesunden Menschenverstandes, stellte den reuigen Ausführungen A. Youngs über die schlechte Landwirtschaft und üble Lage der meisten französischen Bauern des Ancien Regime den Hinweis entgegen, daß diese nicht in einem Lande mit freiem Grundstückverkehr, sondern inmitten eines durch Primogeniturerbfolge und Fideikomnisse der Großgrundbesitzer beschränkten Landangebots und dadurch künstlich gesteigerter Bodenpreise lebten³⁾. Aber der Einfluß Dugald Stewarts war auf seine Zuhörerschaft in den Jahren 1785 bis 1810 beschränkt; seine Vorlesungen über politische Ökonomie sind erst 1856 veröffentlicht worden⁴⁾. Dagegen fing der Einfluß Benthams in den zwanziger

1) Short studies on great subjects. 3. Series. p. 292.

2) Dugald Stewart (1753—1828) war von 1785 bis 1810 Professor der Moralphilosophie in Edinburgh als Nachfolger Adam Fergusons. Nach Leslie Stephen, *The English Utilitarians* I 142 ff. hat er auf die Utilitarier beträchtlichen Einfluß gehabt.

3) Dugald Stewarts works, ed. by Sir W. Hamilton, 1854—1856. I 151, II 201.

4) Dugald Stewarts works, Vol. VIII and IX. Zu seinem Zuhörern gehörten Jeffrey, Horner, Cockburn, Mackintosh und als einer der letzten Lord Palmerston.

Jahren des 19. Jahrhunderts an, sich in der Erbfolgefrage geltend zu machen.

Ich habe im 40. Kapitel über Bentham's Grundprinzip, daß die Verwirklichung des größten Glücks der größten Zahl das Ziel sein müsse, nach dem jede Regierung zu streben habe, gesprochen und dabei gesagt, daß dies die Formel gewesen sei für den leidenschaftlichen Krieg gegen soziale Mißbräuche, der das England des 19. Jahrhunderts kennzeichne. Ein solcher Mißbrauch war in Bentham's Augen auch das geltende Recht über Liegenschaften. Unter Bezugnahme auf Adam Smith und das, was er die treffenden Wahrheiten der Nationalökonomie nannte, hat er sich ganz besonders gegen die Primogeniturerbfolge und die fideikommissarische Bindung der Güter gewandt¹⁾, Er verwies dabei auf die Notwendigkeit, um die Erträge zu steigern, Kapital in den Grund und Boden zu stecken, und wie dies unterbleibe, wo der Grundeigentümer durch fideikommissarische Bindung in der freien Verfügung über sein Land beschränkt sei. Ganz besonders aber stand die Primogeniturerbfolge in Widerspruch mit den in seinen berühmten Abhandlungen über die Gesetzgebung aufgestellten Axiomen der Glücksempfindung²⁾. Ihre Verwerf-

1) Siehe *The Works of Jeremy Bentham* ed. John Bowring. Edinburgh 1843. I 333, III 68.

2) *Bentham's Works* I 304. — *Traité de législation civile et pénale*, par J. Bentham, publiés en français par E. Dumont. Paris 1802, II 18—28. Diese Axiome stimmen in ihrem Grundgedanken mit dem von Daniel Bernoulli in einer 1738 veröffentlichten Abhandlung (siehe D. Bernoulli, *Versuche einer neuen Theorie der Wertbestimmung von Glücksfällen*. Herausgegeben von A. Pringsheim mit einer Einleitung von Dr. L. Fick. Leipzig 1896) ausgeführten Gedanken überein, daß der Wert eines Vermögenszuwachses für eine Person um so geringer ist, je größer ihr Stammvermögen ist. Es läßt sich nicht sagen, ob Bernoullis Abhandlung Bentham bekannt gewesen ist. Jedenfalls aber ist seine Ausführung früher als die 1812 von Laplace veröffentlichte *Théorie analytique des probabilités*, die ganz auf dem Boden des Bernoullischen Gedankengangs steht. Man kann sagen, Bernoulli hat mit seiner Deduktion aus dem Gesetze des mit der Größe des Besitzes abnehmenden Werts

lichkeit ergab sich aus diesem mit mathematischer Folgerichtigkeit. Sie erscheint als etwas, was besonders zur Minderung des „größtmöglichen Glücks der größten Zahl“ führt, da das, was der Erstgeborene durch seine Bevorzugung gewinnt, von ihm auf Kosten der übrigen Erben gewonnen wird, ohne sein Glück in dem Maße zu steigern, in dem das Glück dieser durch ihre Benachteiligung gemindert wird¹⁾.

Der Maßstab, den Bentham mit seiner Formel vom größten Glück der größten Zahl als Ziel der Regierung aufstellte, hat die einzelnen Fragen des praktischen politischen Lebens aus Fragen der Leidenschaft zu solchen des Urteils, aus Fragen bloßer Willkür zu solchen des Erkennens gemacht. Damit wurden sie das Banner, um das alle sich scharten, die in ehrlicher Entrüstung darüber

der neu hinzukommenden Besitzgröße die praktische Verwendbarkeit der Lehre vom Grenznutzen dargetan, lange bevor diese formuliert worden ist. Es ist dies um so bemerkenswerter, als Benthams unmittelbare Schüler so sehr in der Kostenwertlehre Ricardos befangen waren, daß sie sich, so sehr sie sich der Ausführung Benthams als des wirksamsten Kampfmittels bei ihren praktischen Bestrebungen bedienten, gar nicht des Gegensatzes dieser Kostenwertlehre und der Axiome Benthams bewußt geworden sind.

1) Um eine Vorstellung davon zu geben, wie die durch die Primogeniturerbfolge ausgeschlossenen jüngeren Söhne über diese dachten, sei der Anfang des ersten Kapitels von *Adventures of a younger Son*, 3 vols, London 1831 hier wiedergegeben: „Meine Geburt war ein Unglück. Als Vagabund gebrandmarkt und verschrien kam ich zur Welt; denn ich war ein jüngerer Sohn einer Familie, die so stolz auf ihr Alter war, daß auf ihrem Stammbaum viele Jahrhunderte zurück selbst Gicht und Hypotheken als alte Erbstücke aristokratischen Ursprungs und daher verzeichnet waren. In einem solchen Hause war ein jüngerer Sohn gleich dem Jungen eines Werwolfs in den Tagen des guten Königs Edgar, da man einen Preis auf seinen Kopf setzte. Es hat Gesetze gegeben, welche den Eltern befehlen, ihre schwächlichen Kinder zu töten; und eine spartanische Mutter hätte, da sie das Leben ihres des Bewußtseins noch entbehrenden Kindes zerstörte, mit Othello sagen können: „Ich, der ich grausam bin, bin dabei barmherzig. Ich möchte Deine Qualen nicht verlängern.“ Es wäre dies gerecht und barmherzig gewesen im

entflammten, in welch' schamloser Weise die herrschende Klasse unter dem Schlagwort der nationalen Interessen ihre Sonderinteressen verfolgte. Romantisch verklärend hatte Burke 1791 geschrieben²⁾: „Eine wahre natürliche Aristokratie repräsentiert nicht ein Sonderinteresse im Staat und kann vom Staat nicht getrennt werden. Sie ist ein wesentlicher integrierender Teil jedes richtig konstituierten Gemeinwesens.“ Ihr Verhalten, hat er gesagt, werde aus dem Gefühle geleitet, „daß man als ein Lehrer seiner Mitbürger in den höchsten Fragen gelte, und daß man als Mittelsmann zwischen Gott und Menschen handle.“ Aber wie wenig entsprachen die schönen Worte der Wirklichkeit! Der Herzog von Sutherland hatte den uralten Clanbesitz seines Stammes in sein Privateigentum verwandelt; auf der Stätte, aus der jahrhundertlang die Clansgenossen hervorgegangen waren, die ihr Leben für ihren Clanshäuptling gelassen, weideten Schafe, während die vertriebenen Clansleute, den Haß im Herzen, nach Amerika zogen, um dereinst an der britischen Aristokratie furchtbare Rache zu nehmen. Diese hatte während des Kriegs gegen Frankreich nicht in der Verdoppelung, nein in der Verfünffachung ihrer Grundrente geschwelgt, welche die hohen Preise ihr auf Kosten der Armen und Ärmsten abwarfen, und rücksichtslos kleine Betriebe vernichtet und Gemeinländereien sich angeeignet, um diese Renteneinnahmen noch weiter zu steigern. Nach dem Frieden hatte sie es gar für das Gesamtinteresse erklärt, daß dieses ihr Sonderinteresse durch künstliche Beschränkung der Getreideeinfuhr des weiteren gewahrt werde; und um die Sonderinteressen auch für die Zukunft sicherzustellen, hat sie es gerade damals auch für das Gesamtinteresse erklärt, daß sie die Zu-

Vergleich zu dem grausamen Gesetz der Primogenitur.“ Verfasser war Edward John Trelawny, englischer Philhellene und Freund Byrons und Shelleys, geb. 1792; er trat schon im 11. Jahre in die englische Marine und führte während des Kriegs gegen Frankreich ein abenteuerliches Leben. Sein Roman ist teilweise autobiographisch. Er starb 1881.

1) Appeal from the new to the old Whigs. Works VI 217.

sammensetzung des Parlaments bestimme. Kirche und Recht waren zu den beiden Pfeilern geworden, welche diese unter dem Namen des Gesamtinteresses sich bergende Ausbeutung stützten. Wehe dem, der den Mut hatte, gegen diese allgemeine Heuchelei aufzutreten! Ich habe oben erzählt¹⁾, wie es Cobbett ergangen ist; und nicht nur ihm. Wir lesen²⁾ von zwei Arbeitern, die, weil sie seine Broschüren verteilten, unter den gegen Vagabunden erlassenen Gesetzen öffentlich ausgepeitscht worden sind, und daß 1819 ein Mann ins Gefängnis geworfen worden ist, weil er Paines Schriften verbreitet habe, wobei sich dann herausstellte, daß es eine Gegenschrift gegen Paine war, die er verteilt hatte!

Die Primogeniturerbfolge und die Fideikomnisse haben 1820 in Malthus einen weiteren Verteidiger gefunden. Ohne die romantischen Gesichtspunkte Burkes preiszugeben, hat er in seiner Irrlehre, daß jede Verbesserung in der Lage der Bevölkerung zu deren Vermehrung führe, die sie alsbald wieder in das frühere Elend herabdrücke, ein neues Argument für die Bevorzugung des Erstgeborenen zu liefern geglaubt. Als Folge der Abschaffung der Bevorzugung des Ältesten im französischen Erbrecht prophezeit er in seinen 1820 zum ersten Male veröffentlichten Grundsätzen der politischen Ökonomie³⁾, daß Frankreich am Ende des 19. Jahrhunderts ebenso bemerkenswert wie durch seine ungleiche Güterverteilung durch seine außerordentliche Armut und sein Elend sein werde. Er warnt England vor Beseitigung der Primogeniturerbfolge und der Fideikomnisse. Bereits habe der große Grundbesitz abgenommen; was noch bleibe, bleibe den Kaufleuten und Industriellen als Triebfeder des Erwerbs. Ohne Primogeniturerbfolge werde es wahrscheinlich wenig

1) Siehe oben S. 159.

2) J. L. and B. Hammond, *The Town Labourer 1760 bis 1832*. London 1917. p. 72/73.

3) *The Principles of Political Economy, considered with a View to their Practical Application*. By the Rev. T. R. Malthus. A. M. London 1820.

große Kapitalien unter den Kaufleuten geben. Sie diene zur Entwicklung der Energie der jüngeren Söhne. Aber selbst wenn eine gleichmäßigere Grundbesitzverteilung zu größerer Zunahme des Reichtums führe, sei sie politisch nicht wünschenswert. Auf der Aristokratie beruhe die englische Verfassung und die Aristokratie auf der Erbfolge des Erstgeborenen.

Es ist heute nicht mehr nötig, bei der Unhaltbarkeit der Rechtfertigung der Primogeniturerbfolge und der Fideikomnisse durch das Malthussche Bevölkerungsgesetz zu verweilen. Sie ist ein schlagender Beleg für die Gefährlichkeit der deduktiven Methode in Fragen der ökonomischen Politik. Aber wie John St. Mill erzählt¹⁾, galt in den zwanziger Jahren das Populationsprinzip des Malthus eben so sehr als ein Banner und Einigungspunkt des „philosophischen Radikalismus“, wie irgendeine Ansicht, die von Bentham ausging. Vielleicht erklärt dies, warum Mac Culloch in der Erbfolgefrage von Bentham abwich. Er hat 1824 im *Edinburgh Review* eine Verteidigung der Erstgeburterbfolge und der Fideikomnisse veröffentlicht, die sich ganz im Fahrwasser von Malthus bewegt. Sie hat eine vernichtende Kritik durch John Austin im *Westminster Review* vom Oktober 1824 gefunden. Die gleichfalls von Malthus beeinflussten Ausführungen von Th. Chalmers²⁾ zugunsten der Primogeniturerbfolge und der Fideikomnisse sind zu unselbständig, um größere Beachtung zu verdienen.

Dagegen muß ein 1824 für Schottland erlassenes Gesetz (5. Geo. IV. c. 87) erwähnt werden, das die Verfügungsfreiheit des Fideikommißinhabers im Interesse seiner Familie zu erweitern suchte. Durch dasselbe wurden Fideikommißerben ermächtigt, die Jahresrente des Fideikommisses bis zum Betrage eines Drittels zugunsten ihrer

1) John Stuart Mills Selbstbiographie. Aus dem Englischen von Dr. Carl Kolb. Stuttgart 1874. S. 87.

2) *On Political Economy in connexion with the Moral State and Moral Prospects of Society.* By the Rev. Thomas Chalmers, D. D. Glasgow 1832.

Frau, weibliche Fideikommißerben sogar bis zur Hälfte zugunsten ihres Gatten zu belasten. Desgleichen sollten Fideikommißerben das Fideikommis zugunsten ihrer nachgeborenen Kinder belasten können, und zwar bis zum Betrag einer Jahresrente für ein Kind, von zwei Jahresrenten für zwei, von drei Jahresrenten für drei und mehr Kinder. Sein Fideikommißerbe sollte, wenn er wegen Erfüllung dieser Verpflichtungen verklagt würde, sich durch Abtretung eines Drittels seiner Jahresrente bis zur Tilgung seiner Schuld frei machen können. Es ist von dem Gesetze nicht viel Gebrauch gemacht worden¹⁾, da es die Gefahr der Administration des Gutes durch gerichtliche Kuratoren, um die Erfüllung der Verpflichtungen des Fideikommißinhabers zu sichern, mit sich brachte. Aber es ist ein Zeichen für die fortschreitende Erkenntnis der Ungerechtigkeit der Fideikommisse gegen Frau und nachgeborene Kinder.

Ernster war ein Versuch der Kommission, die 1829 bis 1833 den Stand des Rechts über liegendes Gut untersuchte, den Übelständen, welche die schottischen Fideikommisse gezeigt hatten, zu begegnen²⁾. Von dieser wurde bereits dargelegt, daß es in Schottland bald kein Grundstück mehr zu kaufen geben werde. Dabei würde den Fideikommißinhabern die Melioration ihrer Grundstücke erschwert, denn sie hätten nicht die dazu nötigen Mittel und könnten auch dazu kein Geld aufnehmen, da die Grundstücke nicht dafür hafteten. Daher die fideikommissarisch gebundenen Grundstücke sich in schlechterem Zustande als die freien befänden. Diese Nachteile würden durch den Vorteil einer erblichen Aristokratie nicht auf-

1) Patrick Irvine, *Considerations on the inexpediency of the law of entail in Scotland*. 2. ed. Edinburgh 1827. 90—94.

2) Vgl. *Four Reports of Commissioners on the Law of England respecting Real Property, with Appendices*. 1829—33. Die 1840 in Wien erschienene Schrift „Vom Ackerbaue und von dem Zustande der den Ackerbau treibenden Klassen in Irland und Großbritannien“ II 102 ff. enthält Auszüge über die schottischen Fideikommisse aus diesen Berichten.

gewogen. Es wurde daher eine Änderung der Gesetze beantragt, die die schottischen Fideikomnisse den englischen Substitutionen näher gebracht hätte. Ein dementsprechender Gesetzentwurf wurde im Unterhause mit knapper Mehrheit angenommen, im Oberhause aber einstimmig verworfen.

Dagegen haben die Berichte dieser Kommission zu dem Gesetze 3 and 4 Will. IV. c. 106 von 1834 geführt, das von tiefgreifender prinzipieller Bedeutung gewesen ist. Ich habe oben die seit Heinrich III. für die Intestaterbfolge in liegendes Gut geltenden Regeln mitgeteilt und bei jeder hervorgehoben, wie sie sich nur als Rest einer Zeit erklären lasse, in der die Hausgemeinschaft die Wirtschaftseinheit gewesen ist. Das Gesetz von 1834 hat mit allen diesen Resten aufgeräumt. Nach ihm gilt nicht mehr die Familie des letzten Inhabers, sondern der letzte Inhaber als der Ausgangspunkt. Es dringt die Auffassung durch, daß er das Gut nicht mehr als Vertreter der Familie, sondern kraft eigenen, individuellen Rechts besitze. Daher das Prinzip: maßgebend für die Intestaterbfolge sei die Abstammung von einer Person, die das Gut durch eigene individuelle Tätigkeit erworben hat, — von dem Käufer. Der letzte Inhaber wird nicht mehr wie bis dahin präsumiert, als ob er das Gut von einem anderen ererbt, sondern — solange nicht das Gegenteil nachgewiesen wird — als ob er es gekauft habe. Also das Individuum als Träger des Rechts steht nunmehr im Vordergrund, nicht mehr die Familie, das Haus. Es ist nur eine Folge dieses veränderten Ausgangspunktes, daß nunmehr nicht bloß solche Güter vererbt werden, deren Besitz der Verstorbene bereits angetreten hatte, sondern auch diejenigen, in deren Besitz zu treten er nur den Anspruch hatte, z. B. auf Grund eines Kaufvertrags; selbst wenn die Kaufsumme noch nicht erlegt war, konnte sein Erstgeborener nunmehr doch auf das gekaufte Gut allein Anspruch machen und die Entrichtung des Kaufschillings aus dem hinterlassenen Miteigentum erzwingen. Desgleichen, wenn jemand auf Grund testamentarischer Einsetzung ein Gut übernimmt,

wird er nun nicht mehr behandelt, als sei er Erbe auf Grund von Abstammung, sondern auf Grund von Kauf, da jedes Testament eine Veräußerung sei. Es ist ferner eine Folge, daß, falls Deszendenten fehlen, die Aszendenten nun nicht mehr ausgeschlossen sind; sondern sie erben unmittelbar hinter dem Deszendenten und vor den Geschwistern. Die Geschwister erben nunmehr erst nach den Aszendenten und nur in Ableitung ihres Rechts von dem Rechte dieser. Demgemäß sind auch die halbbürtigen Verwandten nicht mehr ausgeschlossen; die *ex parte paterna* Verwandten folgen unmittelbar hinter den vollbürtig Verwandten desselben Grads; die *ex parte materna* Verwandten folgen unmittelbar hinter ihrer Mutter. Daher nun aber viel häufiger ein Verfall der Erbschaft wegen fehlender Erben; da ja nicht weiter als bis auf den letzten Käufer des Guts zurückgegangen wird und der letzte Inhaber desselben als Käufer präsumiert wird, solange nicht das Gegenteil nachgewiesen wird, fehlt es weit häufiger an erbberechtigter Deszendenz. Daher eine besondere gesetzliche Bestimmung, der 22 and 23 Vict. c. 35 s. 29 erlassen wurde, um dieser Folge abzuhelpen.

Durch das Gesetz 3. and 4. Will. IV c. 106 ist also der Bruch mit der alten Auffassung erfolgt, daß nicht der einzelne, sondern seine Familie der Eigentümer des von ihm besessenen Landes sei. Auch wird das Verfahren zur Aufhebung von Familienstiftungen vereinfacht. All' dies bedeutet den beginnenden Abschluß des Triumphes des Individuums über die Familie als Wirtschaftseinheit.

Allein an der Primogeniturerbfolge in das Land, wo kein Testament vorliegt, wird nichts geändert. Und doch macht die fortschreitende Entwicklung das immer dringender nötig. Denn immer höher steigt der Wert des städtischen Grundbesitzes, und auch für diesen gilt ja die ausschließende Intestaterbfolge des Erstgeborenen. Trotzdem, als 1836 der erste Antrag auf Gleichstellung der Intestaterfolge in das Land mit der in persönliches Eigentum im Unterhaus eingebracht wird, wird er gegen eine verschwindende Minderheit abgewiesen. Die Änderung sei

überflüssig, denn in 99 von 100 Fällen finde keine Intestaterbfolge statt. Wollte man sie aber vornehmen, so falle damit ein Odium auf die Begünstigung der Erstgeborenen durch Testamente und Fideikomnisse; auf dieser aber beruhe die Grundlage der englischen Verfassung, die Aristokratie.

Dabei ist eines auffallend. Auch in den Reden der Freunde des gleichen Erbrechts ist von seiner Bedeutung für die bauerlichen Grundeigentümer niemals die Rede. Der Bauernstand war eben zum größten Teile schon verschwunden. Und im *Edinburgh Review* vom Oktober 1840 heißt es: „Fast alles Land ist in große Besitztümer unter verhältnismäßig wenige Familien verteilt; und es sind nicht die großen, sondern die kleinen Eigentümer, welche verschwinden.“

Für die nächsten Jahre tritt die Frage der Erbfolgeordnung ganz zurück hinter die alles absorbierende Frage der Beseitigung der Kornzölle. Erst gegen Schluß der Antikornzollagitation beginnen Cobden und Bright sich auch gegen die Erstgeburterbfolge als die Hauptstütze des von ihnen bekämpften Großgrundbesitzes zu wenden. Allein der plötzliche Abmarsch von Sir Robert Peel und Lord John Russell in das Lager des Freihandels und der darauffolgende Fall der Kornzölle haben ihre wenigstens vorübergehende Entwaffnung gebracht. Dann aber wendet sich die öffentliche Diskussion der Frage mit erneuter Lebhaftigkeit zu. Namentlich ist es die in Schottland durch die Fideikomnisse hervorgerufene Aufsaugung des Lands, die die öffentliche Aufmerksamkeit erregt. Das hat Mac Culloch veranlaßt, seine Verteidigung der Primogeniturerbfolge in neuer vermehrter, wenn auch nicht verbesserter Auflage erscheinen zu lassen¹⁾; er überbietet darin Malthus, indem er, trotzdem die entgegengesetzten Erfahrungen ihn belehrt haben könnten, sich zu dem Satze versteigt, daß Frankreich infolge der starken Volksver-

1) J. R. Mac Culloch, *A Treatise on the Succession to Property vacant by Death*. London 1848.

mehrung, die das gleiche Erbrecht mit sich bringe, das größte Armenhege in Europa sein werde.

MacCullochs Schrift hat weder auf die Gesetzgebung Einfluß gehabt — vielmehr datiert vom 14. August 1848 das erste Gesetz, das unter gewissen Voraussetzungen die Aufhebung von Fideikommissen in Schottland ermöglicht — noch auch hat sie die Wirkung gehabt, der Agitation für Beseitigung der Erstgeburtserbfolge und der Fideikommissen Einhalt zu tun. Im Gegenteil. Trotz ihres Bekenntnisses zur Malthusschen Bevölkerungslehre sind W. Th. Thornton¹⁾ und John Stuart Mill²⁾ energisch für die Wiedererneuerung des ausgestorbenen Bauernstandes eingetreten, und schon vorher hatte man zu demselben Zwecke die Zeugnisse anerkannter französischer Autoritäten über die wohltätigen Wirkungen des gleichen Erbrechts in Grundeigentum veröffentlicht³⁾. Aber noch bis gegen Ende der sechziger Jahre blieben die Bemühungen der wirtschaftlichen Reformer ohne jedweden Erfolg. Von 1850—66 sind fünf Gesetzentwürfe im Unterhause eingebracht worden, welche die Beseitigung der Erstgeburtserbfolge ab intestato bezweckten⁴⁾. Es wäre nur eine Wiederholung von all' dem, was seit Jahrhunderten gegen dieselbe und zu ihrer Verteidigung vorgebracht worden ist, wollte ich den Inhalt der Debatten hier wiedergeben. Es genüge, daß die Anträge sämtlich abgelehnt worden

1) A Plea for Peasant Proprietors with the Outlines of a Plan for their Establishment in Ireland by William Thomas Thornton. 1848, 2. ed. 1874.

2) Principles of Political Economy. Erste Auflage 1848. bk. I ch. X. § 3 II ch. VI and VII.

3) The Aristocracy of Britain and the Laws of Entail and Primogeniture judged by recent French Writers; being Selections from the Works of Passy, Beaumont, O'Connor, Sismondi, Buret, Guizot, Constant, Dupin, Say, Blanqui and Mignet: showing the Advantage of the Law of equal Succession. London 1844. Vgl. dazu Peter Reichensperger, Die Agrarfrage. Trier 1847. 375 ff.

4) Von Locke King am 21. März 1850, am 14. Februar 1854, am 15. März 1855, am 17. Februar 1859, am 6. Juni 1866.

sind als Schädigung der aristokratischen Verfassung Englands und des legitimen Einflusses der Großgrundbesitzer im Staate. Aber um eben diesen Einfluß zu brechen, wurde ja eine neue Erweiterung des Stimmrechts verlangt. Als schlagende Begründung dieser Forderung haben Cobden und Bright im November 1863 in Rochdale über die entsetzliche Lage der englischen Landarbeiter unter der Herrschaft der Aristokratie und des sie stützenden Intestaterbrechts und der Fideikomnisse gesprochen und die Erweiterung des Stimmrechts als Mittel zur Erreichung des Freihandels in Land und damit zur Beseitigung dieses Elends gefordert. Es ist ein Zeichen der Erbitterung, welche die herrschende Klasse darob erfüllte, daß ihre Presse, an ihrer Spitze der Herausgeber der „Times“, die beiden Dioskuren darauf beschuldigte, die Erweiterung des Stimmrechts als ein Mittel anzupreisen, sich des Landes der Großgrundbesitzer zu bemächtigen, um es unentgeltlich unter die Armen zu verteilen. Cobden stand damals auf der Höhe seines Ruhms, und der Angriff erregte ungeheures Aufsehen. Cobden hat darauf in einem Briefe an die „Times“, Bright am 26. Januar 1864 in einer großen Rede über die Verteilung des Grundbesitzes geantwortet, in der er alle die Übelstände, die das Intestaterbrecht und die Fideikomnisse zur Folge hatten, mit packender Anschaulichkeit dem Volke vorführte¹⁾; und bald darauf, am 16. Oktober 1866, folgte seine noch berühmtere Rede zugunsten der Erweiterung des Stimmrechts, die in den Schlachtruf ausklang: „Wenn eine Klasse versagt hat, versuchen wir's mit der Nation²⁾.“

Unter dem Einfluß der Agitation für Parlamentsreform hat sich auch eine lebhaftere literarische Bewegung gegen die Erstgeburtserbfolge entwickelt. Es folgten hintereinander vortreffliche Aufsätze von Neate, Newman, Cliffe

1) *Speeches on Questions of Public Policy by the Right Hon. John Bright, M. P., edited by J. E. Thorold Rogers. Authors Popular Edition. London 1869. 445 ff.*

2) Ebenda 384.

Leslie und in dem ersten Parlamente nach der Reform von 1867 hat 1869 ein neuer Entwurf zur Beseitigung der Erstgeburtserbfolge ab intestato zum ersten Male die Mehrheit im Unterhause erlangt¹⁾. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß er damit noch nicht Gesetz geworden ist.

Allein mächtiger als das Wollen selbst der Mächtigsten ist die Gewalt der natürlichen Entwicklung²⁾. Sie hat zur Abbröckelung Steinchen um Steinchen an dem vielhundertjährigen Bau der britischen Erbfolgeordnung geführt. Es ist nicht möglich, hier allen literarischen Ausführungen gerecht zu werden, welche diesen Entwicklungsprozeß begleitet haben. Folgendes waren die Hauptmomente, welche die Abbröckelung bewirkt haben:

Das erste ist der wachsende Reichtum der bürgerlichen Klassen infolge des im Gefolge des Freihandels unerhörten Aufschwungs von Handel und Industrie. Damit gewann die bürgerliche Anschauung der Rechtsgleichheit nicht nur mehr und mehr Anhänger und durchsäuerte in steigendem Maße selbst die Aristokratie, es stieg auch der industrielle und städtische Grundbesitz sprunghaft im Werte. Ein Erbrecht, das ihn einem einzigen Kinde zuerkannte, war damit unverträglich.

Das zweite Moment — eine Folge des ersten — waren die sukzessiven Parlamentsreformen, durch welche die Herrschaft der Aristokratie im Staate gebrochen wurde.

Das dritte war die Notwendigkeit, ein immer größeres Kapital in den Boden zu investieren, um die Landwirtschaft zu größtmöglichen Erträgen zu führen. Dies setzte eine Verfügungsfreiheit der Grundbesitzer voraus, wie sie weder englische Entails und noch weniger schottische Fideikomnisse gestatteten. Auch entstand ein Widerspruch zwischen dem landwirtschaftlichen Bedürfnisse größerer Kapitalverwendung in den Boden und der Primogeniturerb-

1) Antragsteller waren Locke King, Bouverie, Hinde, Palmer, Headlam.

2) Ich gebe in den folgenden Seiten 254—264 wieder, was ich schon 1899 in meiner Erbrechtspolitik 201—208 veröffentlicht habe.

folge: denn kein Vater war bereit, auch noch sein übriges Vermögen in das Land zu stecken, da dies nur einem seiner Kinder zukam und alles auf Meliorationen Verwendete dem Erbteil seiner übrigen Kinder entzogen wurde.

Ein viertes Moment war der Schrecken, der die Bevölkerung ergriff, als einerseits eine Bewegung, welche die Bodenverstaatlichung verlangte, eine wachsende Zahl von Anhängern fand, andererseits die Zählung der Grundeigentümer, welche zur Widerlegung ihrer Anklagen auf Antrag des Oberhauses stattfand, deren Behauptungen in der Hauptsache bestätigte. Das New Domesday-Buch¹⁾ für 1874/5 zeigte damals 4208 Eigentümer in England und Wales 53,7 Proz., 251 046 Eigentümer 34,6 Proz., 703 289 0,43 Proz. und 14 459 öffentliche Körperschaften 4,2 Proz. des landwirtschaftlich nutzbaren Landes besaßen; der Rest des Bodens war Unland. Die Gesamtzahl der Eigentümer mit einem Besitz von mehr als 1 acre = 0,405 ha betrug 251 046 bei einer Bevölkerung von 22 712 266 im Jahre 1871. Noch abnormer zeigte sich die Verteilung in Schottland. Ein Eigentümer, der Herzog von Sutherland, besaß allein 1176 343 acres, 22 weitere schottische Grundeigentümer besaßen Land von 100 000 bis 437 696 acres, weitere 83 Land von 20 000 bis 100 000 acres. 2584 Eigentümer besaßen in Schottland mit einer Bevölkerung von 3 360 018 im Jahre 1871 96,78 Proz., 5461 in Irland mit einer Bevölkerung von 5 412 377 in demselben Jahre 87,90 Proz. der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche.

Diese amtlichen Feststellungen haben tiefen Eindruck im Lande gemacht. Zwar hat es nicht an Panegyrikern der Aristokratie gefehlt, die voll Begeisterung in dieser Konzentration des Grundbesitzes die Garantie der Zukunft

1) Die Statistik des „New Domesday Book“ leidet an schweren Gebrechen; vgl. darüber Arthur Arnold, *Free Land*, London 1880; John Bateman, *Great Landowners of Great Britain and Ireland*, und George C. Brodrick, *English Land and English Landlords*. London 1881, p. 157 ff. Die Ziffern im Text sind unter Berücksichtigung der von diesen Schriftstellern geübten Kritik wiedergegeben.

Englands erblickten. Der Gewaltverehrer Froude erging sich in einem Dithyrambus über den Nutzen eines grundbesitzenden Adels, und der Antrag auf Einführung der gleichen Intestaterbfolge in das Grundeigentum hat noch zweimal, 1876 und 1878, eine Niederlage im Unterhause erlitten. Andererseits nahmen die Schüler von Cobden und Bright die Gelegenheit wahr, Cobdens Vermächtnis zur Ausführung zu bringen. Sie lenkten die Aufmerksamkeit des Publikums auf die Bestätigung hin, welche Smiths Lehren über die Wirkungen der Erstgeburterbfolge auf die Konzentration des Grundbesitzes durch die amtliche Aufnahme gefunden. Es erschienen die Werke von Kay und Arnold, von Brodrick und Shaw Lefevre. Noch eindringlicher indes als die Argumentation dieser Schriftsteller zeigte die Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Aristokratie, wie fragwürdig die Antwort war, die Dr. Johnson 1791 gegeben¹⁾: man möge mit Mitteln gegen die fideikommissarische Gebundenheit warten, bis deren Nachteile allgemein empfunden würden.

Die Schwierigkeiten der Aristokratie bei Versorgung ihrer jüngeren Söhne und ihrer Töchter waren während des ganzen Jahrhunderts von Jahrzehnt zu Jahrzehnt gestiegen. Die Bildung hatte zugenommen. Mit dem Wachstum des Reichtums der bürgerlichen Klassen waren auch ihre Kinder gebildeter geworden und hatten sich mehr Angehörige derselben in Kirche und Recht und Armee zu den Stellen gedrängt²⁾. Vielfach übertrafen sie die Kinder

1) Siehe Boswells *Life of Johnson*. 1791. Boswell: I expressed my opinion, that the power of entailing should be limited thus; that there should be one-third, or perhaps one-half, of the land of a country kept free from commerce; that the proportion allowed to be entailed should be parcelled out, so that no family could entail above a certain quantity. Johnson: Why, sir, mankind will be better able to regulate the system of entails, when the evil of too much land being locked up by them is felt, than we can do at present when it is not felt.

2) Siehe darüber die Ausführungen John St. Mills bereits in der Oktobernummer des *Edinburgh Review* von 1840 in seinem Aufsatz über das Verhältnis von England und Frankreich und das Schwinden der beide Länder trennenden Vorurteile.

der Vornehmen an Talent und Kenntnissen. Dann war die Parlamentsreform von 1832 gekommen. Das alte Protektionssystem bei Vergebung der Stellen wurde nun mehr und mehr unhaltbar. Es kam die Anstellung auf Grund der besten Noten, die im Examen erlangt wurden. Nur in der Armee bestand noch der Stellenkauf. Aber selbst dieser bot angesichts des wachsenden Reichtums des Bürgertums nicht mehr das Monopol der Offiziersstellen, und nach der Parlamentsreform von 1867 fiel auch der Stellenkauf. Die Verfügung der Aristokratie über den Steuersäckel war also täglich beschränkter geworden; die liberalen Berufsarten wurden immer überfüllter; mehr und mehr wurde der Großgrundbesitz genötigt, die Last seiner eigenen großen Familie selbst zu tragen. Schon seit den dreißiger Jahren waren selbst von den vornehmsten Familien Verbindungen zur Versorgung ihrer Töchter gesucht worden, die man noch eine Generation früher mit Enttötung zurückgewiesen hätte. Was aber mit den Töchtern, die keinen Mann fanden, und mit den jüngeren Söhnen? Das Staatswesen hatte aufgehört, das Fideikommiß der jüngeren Söhne zu sein; folglich blieb nichts übrig, als ihnen einen steigenden Anteil am Fideikommiss des ältesten Sohns zu gewähren. Denn eine Aristokratie pflegt stets bis zur Grenze, als Regel sogar über die Grenze ihres Einkommens zu leben: die englische Aristokratie bildete keine Ausnahme von dieser Regel; es blieb ihr also kein anderes Mittel, als den Erben bei jeder Wiedererneuerung der Stiftung in stärkerem Maße zugunsten der Nachgeborenen zu belasten.

Dieses Bedürfnis hat seit dem Regierungsantritt der Königin Victoria zu einer Reihe von Gesetzen¹⁾ geführt, die sowohl in England als auch in Schottland Schritt für Schritt die Verfügungsfreiheit des Fideikommißinhabers über das Gut erweitert haben. Es war dies unentbehrlich, wenn die Erträge durch Meliorationen und den Ab-

1) 19 & 20 Vict. c. 20; 21 & 22 Vict. c. 77; 27 & 28 Vict. c. 45; 37 & 38 Vict. c. 33; 40 & 41 Vict. c. 18.

schluß langer Pachtverträge sollten gesteigert werden; namentlich die Möglichkeit langer Pachtverträge mußte geschaffen werden. Denn da der hypothekarische Kredit durch die Fürsorge für die Nachgeborenen mehr und mehr in Anspruch genommen wurde, blieb dem Großgrundbesitzer als Regel kein Raum, seinen Besitz auch noch zum Zwecke von Meliorationen zu belasten. Das Meliorieren mußte also in der Hauptsache den Pächtern überlassen werden, und ohne lange Pachtverträge konnten diese ihr Geld nicht in Meliorationen fremden Eigentums stecken. Ohne Lockerung der fideikommissarischen Gebundenheit waren lange Pachtverträge aber nicht möglich.

Allein diese Reformen waren unzureichend, um der wachsenden Not der Grundbesitzer zu begegnen. Die wachsende Verfügungsfreiheit des Fideikommißinhabers gab ihm allerdings steigende Einnahmen. Diese ermöglichte ihm auch, der wachsenden Zinsenlast, welche die Versorgung der Nachgeborenen ihm auferlegte, zu begegnen. Die wachsende Schuldenlast war erträglich, so lange seine Einnahmen in noch höherem Maße stiegen. Trotz der Abschaffung der Kornzölle war dies bis in die Mitte der siebziger Jahre der Fall. Da kam eine internationale Konkurrenz auf dem landwirtschaftlichen Markte, wie sie bis dahin noch nicht dagewesen. Sie brachte dem englischen Grundbesitze statt steigender, sinkende Einnahmen. Die Gebundenheit der Güter durch Familienstiftungen wurde unerträglich. Die Verschuldung zur Versorgung der Nachgeborenen verschlang den größten Teil der Rente. Es wurde dringend nötig, das Zerschlagen des Guts und den Abverkauf von Teilen zum Zweck der Schuldentilgung zuzulassen.

Von da ab begann der Gedanke einer Umgestaltung der Erbfolge auch in der britischen Aristokratie Eingang zu finden. Angesichts der sinkenden Erträge des landwirtschaftlichen Großbetriebs versprach der Verkauf des Grundeigentums im kleinen ein gutes Geschäft¹⁾. Dabei gewann

1) Siehe auch die Mitteilung des Grafen Herbert Bismarck im Deutschen Reichstage am 16. Januar 1896, ein sehr gescheiter

die Meinung Anhänger, daß die Wiedererneuerung eines Standes bäuerlicher Besitzer durch Beseitigung der Erstgeburterbfolge die Zahl derer vermehren werde, die an dem Fortbestand des Grundeigentums ein Interesse hätten, und angesichts der zunehmenden Propaganda für Verstaatlichung des Bodens war dieser Bundesgenosse willkommen.

So kam es, daß der Kanzler eines konservativen Ministeriums, Lord Cairnes, im Jahre 1882 den Settled Land-Act¹⁾ zur Annahme brachte, ein Gesetz, durch welches der Inhaber eines durch Stiftung gebundenen Guts das Recht erhielt, dieses zu verkaufen, zu verpachten, sowie andere Verwaltungsakte vorzunehmen, auch wenn in der Stiftung nichts derartiges vorgesehen ist. Voraussetzung ist dabei nur, daß der Inhaber die Interessen sämtlicher durch die Stiftungsurkunde berechtigten Parteien wahrnehme. Der jeweilige Fideikommißinhaber kann also seinem nachberechtigten Vermögenserben nicht etwa den Vermögenswert entziehen und anderweitig darüber verfügen. Dies könnte er nur mit dessen Einwilligung tun. Aber an dem Stoffe, an dem dieser Vermögenswert haftet, kann er auch ohne Zustimmung seines Rechtsnachfolgers ganz beliebige Änderungen vornehmen. Er kann Teile des Guts verkaufen, vorausgesetzt, daß er den Erlös entweder auf Verbesserung des Restguts oder auf Heimzahlung von Schulden verwendet; er kann das Gut sogar ganz verkaufen und seinem Nachfolger statt des Landes den erzielten Kaufschilling hinterlassen. Nur den Hauptwohnsitz samt dem dazu gehörigen Parke vermag er nicht ohne gerichtliche Genehmigung zu verkaufen.

Einem weiteren konservativen Lordkanzler, Halsbury, war es vorbehalten, 1887 einen Entwurf im Oberhause durchzusetzen, der das gebundene Eigentum automatisch in freies verwandelt. Ferner haben Gesetze von 1848, englischer Staatsmann, der seine Besitzungen verkauft habe, habe ihm gesagt, daß er mit diesem Verkaufe ein gutes Geschäft gemacht habe.

1) 45 & 46 Vict. c. 38, amendiert durch 47 & 48 Vict. c. 18; 50 & 51 Vict. c. 30; 52 & 53 Vict. c. 36; 53 & 54 Vict. c. 69.

1875 und 1882 die fideikommissarische Gebundenheit des schottischen Grundbesitzes, wenn auch nicht in demselben Maße wie die des englischen, gelockert.

Das sind Neuerungen von außerordentlicher Tragweite. Seit Einführung des Feudalsystems hatte das Recht das Land als etwas durchaus verschiedenes von anderem Vermögen behandelt. Mit Rücksicht darauf war eine besondere Erbfolgeordnung in das Land anerkannt worden. Nun hat man nicht etwa das Recht, Familienstiftungen zu machen und Vermögen fideikommissarisch zu binden, beseitigt. Das kann man nach wie vor tun. Aber Land wird für Fideikommißzwecke genau so wie andere Kapitalien behandelt. Fideikommissarisch gebundenes Land kann jeden Augenblick in jedwede andere Form von Vermögen verwandelt werden. Land gilt dem Gesetze lediglich als der Träger eines Vermögenswerts gleich jedem anderen. Die Gebundenheit des Bodens durch Fideikomnisse ist damit beseitigt.

Mit dieser großen Veränderung ist denn auch der Hauptgrund beseitigt worden, der bisher der Gleichstellung der Intestaterbfolge in Land mit der in anderes Vermögen im Wege gestanden. Daß die bisherige Intestaterbfolge in Land eine Ungerechtigkeit ist, die sich nicht einführen ließe, hätte sie sich nicht historisch herausgebildet, wird heute selbst von Konservativen zugestanden. Daß sie auch so, wie sie sich herausgebildet hat, dem heutigen Rechtsgefühl widerspricht, zeigt, daß nach dem Zeugnisse Seniors von hundert Testamenten, die er gemacht habe, neunundneunzig lediglich den Zweck hatten, an die Stelle der Begünstigung des Erstgeborenen die gleiche Erbfolge zu setzen. Aber bisher hatte man stets gezögert, die Erstgeburterbfolge ab intestato zu beseitigen aus Furcht, es würde damit auch die moralische Grundlage der fideikommissarischen Bindung von Land erschüttert werden, und damit wanke die Aristokratie und mit dieser die Verfassung. Nachdem seit 1882 die Besonderheit in der Behandlung des Landes bei Fideikommissen verschwunden ist und das Land nur mehr als ein Wertobjekt gleich jedem

anderen gilt, war der Anlaß zu solcher Besorgnis gefallen. Seitdem jeder Fideikommißinhaber sein Land jeden Augenblick in ein anderes Wertobjekt verwandeln kann, ist Vermögen in der Form von Land offenbar nicht mehr die Grundlage der Aristokratie. Dementsprechend finden wir, daß 1889 der konservative Lordkanzler Halsbury im Oberhause und 1893 die liberale Regierung im Unterhause die gleiche Intestaterbfolge auch in Land in drei Lesungen zur Annahme gebracht hat. Es ist richtig, in keinem der beiden Fälle hat die Regierung ihre Gesetzentwürfe bis in das Stadium, in dem sie Gesetz wurden, gefördert. Allein prinzipiell haben beide Häuser sich für die gleiche Erbfolge ausgesprochen. Ihrer Verwirklichung dürfte heute um so weniger im Wege stehen, als mit den Reformen des Oberhauses, die vor Ausbruch des Weltkriegs von beiden Häusern beschlossen worden sind, der Hauptgrund, der für die Erstgeburtserbfolge ins Feld geführt wurde, daß sie die Stütze der Aristokratie und damit der englischen Verfassung sei, in Wegfall gekommen ist. England ist heute eine Demokratie. Man darf daher erwarten, daß was von Erstgeburtserbfolge heute in England noch vorhanden ist, ebenso verschwinden wird, wie es in den Vereinigten Staaten und in allen englisch redenden Kolonien längst verschwunden ist. Das Land gehört dem Volke, ist heute der Ruf der bürgerlichen liberalen Partei, und in diesem Punkte wird zwischen ihr und der Arbeiterpartei ein Unterschied nicht bestehen, auch wenn ihre Anschauungen über die Zukunft verschieden sind.

Ich habe oben ausgeführt, daß durch das Gesetz 3 and 4 Will. IV. c. 106 von 1834 der prinzipielle Bruch mit der alten Auffassung erfolgt sei, daß nicht der jeweilige Besitzer, sondern seine Familie der Eigentümer des von ihm besessenen Landes sei. Die Gesetzgebung seit Beginn der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, die dem jeweiligen Inhaber eines im Interesse seiner Familie gebundenen Guts die nahezu volle Verfügungsfreiheit über dieses gewährt hat, hat die Entwicklung von der Wirtschaftseinheit, die aus einer Vielheit von Personen bestand,

zum Einzelnen nahezu vollendet. Noch mehr ist dies durch die Gesetzgebung geschehen, die das Recht der verheirateten Frau, über ihr Vermögen zu verfügen, geändert hat. Nach dem Gemeinen Rechte Englands bilden Mann und Frau eine Wirtschaftseinheit. Land, das der Frau vor der Ehe gehört hat, gilt nach demselben als einer aus Mann und Frau bestehenden Person gehörig. Die Frau kann ohne Zustimmung des Mannes nicht darüber verfügen. Diese Bestimmungen sind noch heute das Gemeine Recht. Aber sie haben nicht die Billigung der Billigkeits-Gerichtshöfe (Courts of Equity) gefunden. Diese betrachten Mann und Frau als zwei selbständige Wirtschaftseinheiten mit gesonderten Interessen und Rechten. Ihre Auffassung hat in der neuen Gesetzgebung triumphiert. Zwei Gesetze, der Married Women's Property Act von 1882 und das ebenso benannte Gesetz von 1907 haben der verheirateten Frau die volle Freiheit gegeben, unbewegliches und bewegliches Vermögen zu erwerben, zu besitzen und darüber zu verfügen, als wenn sie nicht verheiratet wäre. Der Kanzleigerichtshof (Court of Chancery) schützt die verheiratete Frau sogar dagegen, daß sie sich von ihrem Manne überreden läßt, zu seinen Gunsten über ihr Vermögen zu verfügen. Die Bestimmungen des Gemeinen Rechts gelten nur noch für Frauen, die vor dem 1. Januar 1883 geheiratet haben, für Land, das ihnen vor diesem Tage gehört hat.

Damit ist auch die letzte aus einer Vielheit von Personen bestehende Wirtschaftseinheit verschwunden, und das Individuum, von dem die klassische Nationalökonomie als dem Anfang alles Wirtschaftslebens ausgeht, durch die Entwicklung endlich der Mittelpunkt desselben und auch die Ehefrau wirtschaftlich frei geworden. Der Triumph des Individualismus über alle frühere Gebundenheit ist vollendet.

48. Kapitel.

Die Fehler in Adam Smiths Auffassung vom Arbeitsvertrag.

Es wäre ein Irrtum zu glauben, daß, was in den vorstehenden Kapiteln erzählt worden ist, alles gewesen sei, was das Bürgertum und die bürgerlichen Nationalökonomten zur Befreiung des Wirtschaftslebens von den überkommenen Schranken getan haben, oder, daß sie nicht auch für die Interessen der Pächter und landwirtschaftlichen Arbeiter eingetreten seien. So haben sie insbesondere gegen die Ungerechtigkeit protestiert, welche dem Jagdvergnügen des Grundeigentümers nicht nur die Ernte des Pächters opferte, sondern auch das Wildern mit barbarischen Strafen bedrohte¹⁾. Das Wildern galt nicht als Diebstahl, weder in den Augen des Gesetzes noch in denen des Volks, da es in der Aneignung von Tieren bestand, die, bevor sie ergriffen waren, niemandem gehörten; es wurde aber eher härter als Diebstahl bestraft, und junge Burschen, die dabei ergriffen, wurden ins Gefängnis gesteckt, aus dem sie mit dem Brandmal „vorbestraft“ herauskamen und dann tiefer und tiefer sanken. Cobbett hat gegen die „Wildgesetze“ und ihre tyrannische, entwürdigende Durchführung durch die landbesitzenden Magistrate seine dröhnende Stimme erhoben²⁾; auch der jugendliche John St.

1) Siehe John Locke, Esq., M.P.G.C. A Treatise on the Game Laws of England and Wales. 5th ed. London 1866.

2) Cobbetts Political Register March 29th, May 17th, May 31st. 1823.

Mill hat gegen sie in dem Westminster Review geschrieben¹⁾. 1838—42 waren, so hat John Bright in einer Pächterversammlung ausgeführt²⁾, Jahre der Mißernte, die eine große Getreideeinfuhr notwendig machte; was aber das Wild gleichzeitig auf den Feldern vernichtete, würde die ganze Getreideeinfuhr unnötig gemacht haben, und selbst der auf ganz anderem geistigen Boden stehende Thomas Carlyle war ein erbitterter Gegner der Wildgesetze. „Er werde den Tag segnen“, schrieb er³⁾, „an dem das letzte Rebhuhn geschossen und der einzige Jäger, der noch bliebe, Kammerjäger geworden sei.“ Aber all' dies hat nichts oder wenig erreicht. Im Jahre 1869 haben in England und Wales noch 8894 Verurteilungen wegen Übertretung der Wildgesetze bei Tag und 521 wegen Wilderns bei Nacht stattgefunden⁴⁾. Erst 1880 haben die Pächter das Recht, Hasen und Kaninchen auf dem von ihnen gepachteten Land zu töten, erhalten. Im übrigen war der Kampf gegen die Wildgesetze, und auch soweit sich das Bürgertum der ländlichen Arbeiter annahm, doch nur ein Nebengefecht in seinem großen Kampfe gegen die grundbesitzende Aristokratie, und wenn seine Kämpfe auch der Gesamtheit zu gute gekommen sind, so doch in erster Linie dem Bürgertum. Während diese Kämpfe ausgefochten wurden, haben aber bereits andere begonnen, in denen eben dieses Bürgertum eine dem Rechtsgefühl und den Interessen der Gesamtheit ebenso widersprechende Haltung gegenüber den unteren Klassen wie die der grundbesitzenden Aristokratie ihm gegenüber eingenommen hat.

Ich habe im zweiten Bande⁵⁾ von dem Lehrlingsgesetze der Elisabeth gesprochen, das eine Pflicht der Unbemittelten, sei es in der Landwirtschaft, sei es in einem Gewerbe Dienst zu nehmen, ausspricht. Niemand sollte

1) Siehe seine Selbstbiographie 80.

2) Speeches of John Bright, Popular Edition 440.

3) Siehe v. Schulze-Gaevernitz, Zum sozialen Frieden I 204.

4) Return as to Game Convictions in 1869.

5) Band II 125—128.

eine Person für weniger als ein ganzes Jahr dinge, mit beiderseitiger vierteljährlicher Kündigung. Niemand sollte als Meister oder Arbeiter irgendeines der im Gesetze aufgeführten Gewerbe — es sind wohl alle damals vorhandenen Gewerbe gewesen — betreiben, der nicht 7 Jahre als Lehrling dazu herangebildet worden. Jeder Haushalter durfte Lehrlinge annehmen; wer indes 3 Lehrlinge hatte, mußte einen Gesellen halten und für jeden Lehrling über 3 wieder einen. Die Arbeitszeit wurde festgesetzt auf 12 Stunden im Sommer und auf vom Tagesanbruch bis Nacht im Winter. Der Lohn sollte jährlich von den Friedensrichtern und Stadtmagistraten festgesetzt werden, und zwar so, daß „der gedungenen Person sowohl in Zeiten des Mangels wie des Überflusses ein hinlänglicher Lohn zu Teil werde.“ Diese Behörden sollten auch alle Streitigkeiten zwischen Meistern und Lehrlingen schlichten und die letzteren beschützen. Arbeitgeber, welche mehr als den festgesetzten Lohn zahlten, sollten mit 10, Arbeiter, welche einen höheren Lohn nahmen, mit 21 Tagen Gefängnis bestraft werden.

Ich habe schon gesagt¹⁾, daß das Gesetz, da seine Bestimmungen dem Verlangen der nach unbeschränkter Ausnützung ihrer Kapitalien drängenden Arbeitgeber nicht entsprochen hätten, schon 10 Jahre nach seinem Erlasse in weitem Umfang nicht beachtet worden sei, und unter den Stuarts habe die Regierung es für unpolitisch gehalten, gegen die Übertreter des Gesetzes einzuschreiten. Auch unter der Hannöverschen Dynastie ist das Gesetz mehr und mehr nicht mehr durchgeführt worden²⁾. Aber formell war es noch bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Kraft.

Mit seinen Bestimmungen war fast alles gegeben, wofür die Arbeiter im 19. Jahrhundert kämpfen sollten: Stetigkeit der Beschäftigung, Regelung des Angebots der Arbeit, Normalarbeitstag, Lohnminimum; das einzige, was fehlte, war die Anerkennung der Gleichberechtigung der

1) Band II 128.

2) Siehe auch G. M. Trevelyan, *British History in the Nineteenth Century*, 12.

Arbeiter mit den Arbeitgebern. Als mit Beginn der industriellen Revolution die Arbeiter in steigendem Maße in Not gerieten, und noch mehr, als mit dem Speenhamland System ihre systematische Pauperisierung begann, haben sie sich des noch zu Recht bestehenden Lehrlingsgesetzes der Elisabeth erinnert und verlangt, daß die Friedensrichter es durchführten. Aber wir haben gesehen, wie die Friedensrichter zwar keinen Anstand nahmen, den Betrag festzustellen, der nötig sei, damit ein Arbeiter mit seiner Familie sein Leben friste, und anzuordnen, daß, was am Lohne zur Bestreitung dieses Minimums fehle, von den Armensteuerepflichtigen zugeschossen werde, daß sie aber zu bestimmen verweigerten, daß die Arbeitgeber entsprechende Löhne zahlen sollten. Da haben die Arbeiter an das Parlament Petitionen gerichtet, in denen sie um die Durchführung des Gesetzes der Elisabeth baten, und als auch dieses ihre Petitionen unberücksichtigt ließ, haben sie die Arbeit eingestellt, um zu erzwingen, daß das noch rechtgültige Gesetz angewandt werde¹⁾. „Im Augenblick, daß sie fanden, daß ihre Petition berücksichtigt werde, und irgend Ursache zu der Hoffnung, daß ihre Beschwerden in Betracht gezogen würden, zu haben glaubten“, sagte Sheridan²⁾, „hörten alle Koalitionen auf, und ihre Zuversicht auf Abhilfe stützte sich gänzlich auf die Gerechtigkeit und Liberalität des Parlaments.“ Aber das Parlament hörte wie die Friedensrichter auf die Lehren der befreienden Nationalökonomie nur, wo sie der Mehrung des Reichtums der Reichen günstig waren, nicht aber auf die zugunsten der Arbeiter. A. Smith hatte gegen die Einmischung der Gesetzgebung in den Arbeitsvertrag protestiert, weil, wo sie stattfindet, stets die Arbeitgeber ihre Ratgeber seien; er hatte aber aus dem gleichen Grunde auch alle Koalitionsverbote verurteilt. Man wiederholte mit Eifer, was Adam Smith über Angebot und Nachfrage gelehrt hatte und über die Unmöglichkeit, Preise und Löhne im Widerspruch damit

1) L. Brentano, Die Arbeitergilden der Gegenwart I 102 ff.

2) Hansard, Parl. Deb. IX 534—537.

festzusetzen, aber man ignorierte seine Verurteilung der Koalitionsverbote, erließ die weit schärferen Koalitionsverbote von 1799 und 1800 und bestrafte die Arbeiter, die nicht Ungesetzliches, sondern nur die Durchführung bestehender Gesetze wollten, in einer das Rechtsgefühl aller unparteiisch Denkenden empörenden Weise, wie noch zu erzählen sein wird. Dann wurden für ein Gewerbe nach dem anderen gesetzliche und zünftige Bestimmungen, welche Lehrlingszahl und Lohnsätze regelten, auf Andrängen der Arbeitgeber beseitigt. 1803 wurde das Lehrlingsgesetz zuerst für die Wollindustrie auf ein Jahr außer Kraft gesetzt; diese Aufhebung wurde in jedem darauf folgenden Jahre bis 1809 erneuert; 1809 wurde es für das Wollgewerbe und 1814 für alle Gewerbe trotz des Protestes von 300 000 Arbeitern auf Grund der Petitionen von 2000 Arbeitgebern dauernd abgeschafft. Den Grund hat ein Mitglied des Parlamentsausschusses von 1806 folgendermaßen ausgedrückt¹⁾: Man sei der Ansicht, daß seine Aufrechterhaltung „die Bestimmung des Preises der Arbeit in die Macht derer legen würde, welche die Mittel zum Arbeiten besäßen.“

Adam Smith hatte gegen die Beschränkungen, welche das Lehrlingsgesetz der freien Betätigung des Arbeiters auferlegte, mit fast denselben Worten geeifert, wie die, mit denen Turgot die Beseitigung des französischen Zunftwesens begründet hatte. Das Vermögen des Armen liege in der Stärke und Geschicklichkeit seiner Hände; ihn hindern, sie so zu gebrauchen, wie ihm dies am vorteilhaftesten scheine, ohne seine Nachbarn zu schädigen, sei eine Verletzung dieses seines heiligsten Eigentums. Daher er und seine Schule dafür eintreten, daß der Arbeiter wie andere Warenverkäufer ihre Waren, so seine Ware, die Arbeit, beliebig verwerten könne. Indem die Gesetzgebung das Lehrlingsgesetz beseitigte und gleichzeitig alle Koalitionen der Arbeiter und nominell auch der Arbeitgeber

1) Report and Minutes of Evidence on the State of the Woollen Manufacture of England, July 4th 1806, p. 178.

verbot, huldigte sie der von den Physiokraten und Adam Smith vertretenen und in Frankreich in dem Gesetze vom 14./17. Juni 1791 noch weit kräftiger zur Geltung gelangten Anschauung, daß das Volkswohl auf der unbeschränkten Konkurrenz aller Einzelnen beruhe, daher jedwede Vereinigung von Verkäufern und Käufern, von Arbeitern und Arbeitgebern zu verbieten sei. Im Schatten dieser von idealen Gesichtspunkten getragenen Vertretung angeblicher Arbeiterinteressen haben die Arbeitgeber den freien individuellen Arbeitsvertrag als die beste Sicherung ihrer Interessen gegenüber den Arbeitern verteidigt und tun dies noch heute. Die Arbeiter dagegen sind bei Abschluß individueller Arbeitsverträge dem Willen der Arbeitgeber völlig preisgegeben gewesen und haben trotz strengster Strafandrohungen an der Wahrung ihrer Interessen mit vereinten Kräften unentwegt festgehalten. Sie haben weit früher als die großen Betriebe, in denen enorme Kapitalien fixiert sind, die bei rückgehender Nachfrage zurückzuziehen gleichfalls unmöglich ist, erkannt, daß das einzige Mittel gegen jedwede Unfähigkeit der einzelnen, ihre Produktion und das Angebot ihrer Ware der Nachfrage anzupassen, in der Aufhebung ihrer Vereinzelung durch Organisation besteht.

Worin bestehen die Vorteile und Nachteile, welche Adam Smiths Lehre vom freien Arbeitsvertrag den Arbeitern gebracht hat?

Kein Zweifel, daß die Auffassung der Gesetzgebung vom Arbeiter als einem Verkäufer, vom Arbeitgeber als einem Käufer ein großer sozialer Fortschritt gewesen ist. Das alte für Arbeitgeber und Arbeiter bis dahin maßgebende Herrschafts- und Dienstverhältnis ist dadurch in ein reines Vertragsverhältnis zwischen Gleichberechtigten verwandelt und die Freiheit und Selbständigkeit des Arbeiters zur rechtlichen Grundlage des Arbeitsverhältnisses gemacht worden. Aber damit waren noch nicht, wie Smith, seine Schule und die von ihnen beeinflusste Gesetzgebung annahmen, alle Bedingungen gegeben, die notwendig sind, damit die Arbeiter zum Bezug des für ihre

persönliche Entwicklung unentbehrlichen, ausreichenden, gesicherten und unabhängigen Einkommens gelangen. Diese Annahme beruhte auf zwei fundamentalen Voraussetzungen, die irrig waren, und außerdem vergegenwärtigte sie sich weder die Nachwirkungen, welche das Jahrhunderte währende Herrschaftsverhältnis des Arbeitgebers über den Arbeiter auf die Stellung beider zueinander ausübte, noch auch berücksichtigte sie die Rückwirkung der mit der industriellen Revolution eingetretenen Änderungen in der Technik auf das Arbeitsverhältnis.

Die eine jener fehlerhaften Voraussetzungen bestand in der Annahme einer natürlichen Gleichheit der Menschen. Ich habe darüber schon gesprochen¹⁾. Es gibt zwei Extreme. Es gibt mit ausgezeichnet ökonomischen Eigenschaften begabte und unter dem Durchschnitt befindliche Menschen und dazwischen die große Masse der mit Durchschnittseigenschaften ausgestatteten, den Mittelschlag. Auch was die Wirtschaft angeht, haben nur die mit ausgezeichneten ökonomischen Eigenschaften Begabten jenen außerordentlichen Fleiß, jene nie ermüdende Ausdauer und jene Genauigkeit in der Wahrnehmung des ökonomischen Vorteils, welche zur Erzielung des höchsten Reinertrags notwendig sind, während die große Masse, ohne ihr ganzes Streben auf den Erwerb zu konzentrieren, vor allem ein regelmäßiges, ausreichendes und unabhängiges Einkommen wünscht. Und ist die volle Freiheit auch die Lebensbedingung der Entfaltung aller Kräfte der wirtschaftlich Ausgezeichneten, so wird doch die große, mit wirtschaftlichen Durchschnittseigenschaften begabte Masse ohne Organisation niemals auch nur das Mittelmaß der Entfaltung erreichen.

Die zweite fehlerhafte Annahme war die, daß die Arbeit eine Ware wie jede andere und der Arbeiter ein Warenverkäufer wie jeder andere sei. Allein läßt sich auch nicht mit Recht sagen, die Arbeit sei nicht eine Ware — denn sie wird, und zwar regelmäßig, gekauft und ver-

1) Siehe oben S. 67.

kauft —, und ist demgemäß der Arbeiter unzweifelhaft ein Warenverkäufer, so ist doch ebenso unbestreitbar, daß Arbeit und Arbeiter als Ware und Warenverkäufer Besonderheiten besitzen, welche die Arbeit von allen anderen Waren unterscheiden. Denn was ist die Arbeit? Die Nutzung der Arbeitskraft. Die Arbeitskraft aber ist nichts anderes als der Mensch selbst, insofern er seine Fähigkeiten, seine geistigen wie seine körperlichen, zum Erwerbe wirtschaftlicher Güter verwendet; die Arbeit also ist nichts anderes als die Nutzung vom Menschen selbst¹⁾. Nun

1) Sismondi, Rossi, Karl Marx, im Gefolge des letzteren die deutsche Sozialdemokratie und auch viele andere, die sich unkritisch ausdrücken, sprechen vom Arbeitsvertrage als von einem Vertrage, in dem die Arbeitskraft verkauft wird. Dies ist fehlerhaft. Denn was ist die Arbeitskraft? Die Sozialdemokratie selbst gibt darauf die richtige Antwort, indem sie sie als den Inbegriff der physischen und geistigen Fähigkeiten des Menschen, soweit er diese auf die Produktion verwendet, auf faßt. Der Inbegriff der physischen und geistigen Fähigkeiten des Menschen ist nichts anderes als der Mensch selbst. Wäre es die Arbeitskraft, die im Arbeitsvertrage verkauft wird, so wäre der Arbeitsvertrag somit ein Vertrag über den Verkauf des Menschen selbst. Daß er dies nicht ist, hat Marx selbst betont. Er hat ausgeführt, damit der Geldbesitzer das, was der Arbeiter zu verkaufen hat, als Ware vorfinde, dürfe sich dieser in keinem rechtlichen Abhängigkeitsverhältnisse befinden, sondern müsse freier Eigentümer seiner Ware sein, dem Geldbesitzer als freier Verkäufer gleichberechtigt gegenüber treten. Dann heißt es wörtlich bei Marx: „Die Fortdauer dieses Verhältnisses erheischt, daß der Eigentümer der Arbeitskraft sich selbst nur für bestimmte Zeit verkaufe; denn verkauft er sich in Pausch und Bogen ein für allemal, so verkauft er sich selbst, verwandelt sich aus einem Freien in einen Sklaven, aus einem Warenbesitzer in eine Ware. Er als Person muß sich beständig zu seiner Arbeitskraft als zu seinem Eigentum und daher seiner eigenen Ware verhalten, und das kann er nur, so weit er sie dem Käufer stets nur vorübergehend und nur für einen bestimmten Zeitraum zur Verfügung stellt, zum Verbrauch überläßt, also durch ihre Veräußerung nicht auf sein Eigentum an ihr verzichtet“. Deutlicher kann nicht gesagt werden, daß es nicht die Arbeitskraft, d. h. der Mensch selbst, ist, was im Arbeitsvertrage verkauft wird. Es gibt keinen Verkauf von Eigentum nur für bestimmte Zeit.

steht jede Nutzung, sowohl die von Kapital als auch die von der Arbeitskraft, in so engem und untrennbarem Zusammenhang mit dem Genutzten, daß dessen Schicksal vollständig durch das seiner Nutzung bestimmt wird und umgekehrt, so daß diese Nutzung gar nicht möglich ist ohne vollkommene Herrschaft über das Genutzte, und umgekehrt alles, was das Genutzte beeinflußt, auf die Nutzung den gleichen Einfluß übt. Während aber beim Verkauf anderer Nutzungen das Genutzte selbst eine Ware ist, produziert, um bestimmten Zwecken zu dienen, ist beim Verkauf der Arbeit das Genutzte, dessen Nutzung verkauft wird, die Person des Verkäufers; und hierin, daß beim Verkauf anderer Waren die Person des Verkäufers etwas von der verkauften Ware völlig Gesondertes ist, daß beim Verkauf der Arbeit das Genutzte, dessen Nutzung verkauft wird, nicht Ware, sondern Selbstzweck und Zentrum des ganzen Wirtschaftssystems, d. h. der Mensch ist, liegt der Unterschied, welcher die Arbeit von allen anderen Waren tief einschneidend scheidet.

Zu dieser einen Besonderheit der Ware, die der Arbeiter verkauft, kommt dann die weitere Eigentümlichkeit, welche sich mit der Person des Arbeitsverkäufers regelmäßig verbunden findet, daß, während der Besizende, der andere Waren verkauft, einmal seine Arbeitskraft,

Wer sein Eigentum verkauft, verliert es für immer; das liegt im Begriffe des Verkaufs. Daher wo von der Überlassung der Verfügung über etwas für bestimmte Zeit die Rede ist, nicht von Verkaufen, sondern von Vermieten, d. h. vom Verkaufe der Nutzung gesprochen wird; so wenn jemand einem anderen sein Haus für ein Jahr oder sein Pferd für eine Stunde gegen Entgelt überläßt. So ist auch das, was im Arbeitsvertrage verkauft wird, nicht die Arbeitskraft, nicht der Mensch, sondern dessen Nutzung: die Arbeit. Für den Verkauf der Nutzung des Menschen oder die Dienstmiete gelten aber, wie schon die römischen Juristen gesagt haben, dieselben Regeln wie für den Kaufvertrag. (Vgl. *Princ. l. de locatione et conductione* 3. 24. — 1. 2. *D. loc. cond.* 19. 2. — *Gaius, Inst.* III 142). Schon *Maine, Village Communities* 3. et. London 1876, 190 hat hervorgehoben, daß die römischen Juristen sagen, daß dieselben Regeln, wie für den Kauf, für die Miete gelten.

von deren Nutzung, und dann eben jene anderen Waren, von deren Verkauf er leben kann, hat, der Arbeiter als Regel nichts hat als seine Arbeitskraft und deshalb, um sein Leben zu fristen, zum ununterbrochenen Verkauf seiner Arbeit gezwungen ist.

Die Wirkungen dieser Eigentümlichkeiten der Arbeit als Ware und des Arbeiters als Warenverkäufers auf den Arbeitsverkauf sind, wo die mit Durchschnittseigenschaften begabte Masse der Arbeiter bei Festsetzung der Bedingungen des Arbeitsvertrages ein jeder auf sich allein gestellt ist, die folgenden:

Während beim Verkauf jeder anderen Ware der Verkäufer durch Anpassung der Produktion und des Angebots an die Nachfrage den Preis beeinflussen kann, bestimmt beim Arbeitsvertrag der Käufer einseitig den Preis und die übrigen Verkaufsbedingungen: denn da das Genutzte, dessen Nutzung die Ware Arbeit ist, der Mensch ist, dieser aber ohne Rücksicht auf das Verhältnis von Angebot und Nachfrage zur Welt kommt und seine Armut ihn zwingt, die Nutzung seiner Arbeitskraft fortwährend zu Markt zu bringen, ist der Arbeiter völlig einflußlos auf das Angebot und muß sich daher jeden Preis und jedwede Verkaufsbedingungen seiner Arbeit gefallen lassen.

Während der Verkauf anderer Waren die Person und das persönliche Leben des Verkäufers in keiner Weise berührt, ist der Arbeitsvertrag nicht bloß Kaufvertrag über die Ware Arbeit, sondern gleichzeitig Vertrag über Begründung eines Herrschaftsverhältnisses über die Person des Arbeitsverkäufers; denn da jeder, der die Nutzung von etwas kauft, dadurch notwendig die Herrschaft über das Nutzung Gebende erlangt, erwirbt der Käufer der Arbeit durch seinen Kauf auch die Herrschaft über die Arbeitskraft und damit auch über den ganzen Menschen, über seine Genußfähigkeit und seine Genüsse, über sein ganzes physisches, intellektuelles, moralisches und soziales Dasein, und die Bedingungen des Arbeitsvertrages bestimmen das Maß dieser Herrschaft. Während Krankheit, Invalidität, Altersschwäche und Tod des Verkäufers anderer Waren

deren Verkauf und den Unterhalt, den dieser abwirft, an sich nicht beeinflussen, bewirkt jede Störung im persönlichen Leben des Verkäufers der Arbeit eine Unterbrechung oder ein völliges Aufhören des Verkaufes derselben; und da der Arbeiter, der nichts als seine Arbeitskraft hat, zum ununterbrochenen Verkaufe der Nutzung derselben, um sein Leben zu fristen, gezwungen ist, gefährdet jedwede Stockung im Verkaufe der Arbeit, einerlei ob durch eine jener Störungen des persönlichen Lebens oder durch Mangel an Nachfrage verursacht, nicht nur die wirtschaftliche Existenz des Arbeiters und seiner Familie, sondern auch seine Fähigkeit, für sich und die Seinen für den Fall von Krankheit, Alter und Tod auf dem Wege der Versicherung sichere und ausreichende Fürsorge zu treffen: denn alles, was das Genutzte, d. h. hier die Person des Verkäufers, beeinflußt, übt den gleichen Einfluß auf die Nutzung, und infolge seiner Armut hat der Arbeiter nichts, um sein und seiner Familie Leben zu fristen und Versicherungsbeiträge zu zahlen, als den Verkauf der Nutzung seiner Arbeitskraft.

Die Eigentümlichkeiten der Arbeit als Ware und des Arbeiters als Warenverkäufers sind demnach die Ursache:

1. der tatsächlichen Abwesenheit der von der Gesetzgebung vorausgesetzten Freiheit und Gleichberechtigung des Arbeiters beim Abschlusse des Arbeitsvertrags und, dementsprechend, der einseitigen Bestimmung des Preises der Arbeit durch den Arbeitgeber;

2. der unbeschränkten Herrschaft, welche der Arbeitgeber durch seine einseitige Bestimmung der Bedingungen des Arbeitsvertrags über das physische, geistige und sittliche Dasein, die Ausgabenwirtschaft und das soziale und politische Leben des Arbeiters erlangt;

3. jener Unsicherheit der Existenz, welche, mehr als die Verschiedenheit in den Einnahmen, die Unbemittelten von den Wohlhabenden scheidet.

Diese drei sind die Hauptmißstände, unter denen die sich selbst überlassene und nicht organisierte, mit Durchschnittseigenschaften begabte Masse der Arbeiter heute leidet: denn wenn die gewerblichen Lohnarbeiter heute

noch andere Übelstände, wie schlechte und teure Nahrung und Wohnung und Ausschluß von den geistigen und sittlichen Gütern und von dem politischen Leben der Nation zu ertragen haben, so sind ihnen diese Leiden mit anderen wenig Bemittelten gemein, während die genannten drei die ihnen eigentümlichen Übelstände sind und die Beseitigung jener diejenige dieser voraussetzt.

Verfolgen wir die Wirkungen der Eigentümlichkeiten der Arbeit als Ware und des Arbeiters als Warenverkäufers in jeder der drei genannten Beziehungen.

1. Zunächst von ihren Wirkungen für den Arbeiter in seiner Eigenschaft als Verkäufer einer Ware, d. h. bei Festsetzung von Arbeitslohn und Arbeitszeit.

Nach der nationalökonomischen Auffassung, welche allen Gesetzen, welche den „freien Arbeitsvertrag“ einführten, zugrunde liegt, benimmt sich der einzelne Arbeiter etwa wie der Kapitalist, der für sein Kapital eine Anlage sucht. Er wählt seinen Beruf mit Rücksicht auf die zu erwartende Lohnhöhe. Sinkt der Lohn, so verläßt er seinen bisherigen Arbeitsort, um einen anderen mit höheren Lohnsätzen aufzusuchen. Sinkt der Lohn allenthalben, so geht er zu einem anderen lohnenderen Gewerbe über. Ist die Depression allgemein, so verringert er sein Angebot oder sollte es nach ihrer Empfehlung wenigstens tun, durch Minderung der Zahl der Kinder, die er zur Welt setzt, bis infolge der dadurch bewirkten Minderung des Angebotes von Arbeit der Lohn wieder steigt. Es kommt nur darauf an, dem Walten des Selbstinteresses des einzelnen, das ihn von selbst zu diesem Verhalten führt, kein Hindernis zu bereiten, und diese Welt ist die vortrefflichste aller Welten.

Diese Utopie ist wohl die verhängnisvollste gewesen, die je geträumt worden ist.

Wie der Arbeiter, ohne daß er dafür verantwortlich wäre, so kommt mit ihm seine Arbeitskraft auf die Welt, und die Not zwingt ihn, ihre Nutzung als Ware zu Markt zu bringen. Wo und in welchem Gewerbe er dies tut, hängt nicht ab von der Marktlage des Gewerbes, denn

seine Armut ermöglicht ihm weder diese zu kennen noch auszunutzen. Er bietet seine Arbeit in einem Gewerbe und an einem Orte entsprechend den Verhältnissen an, in die er hineingeboren wird. Hat er einmal ein Gewerbe erlernt, so ist es ihm schwer, oft unmöglich, zu einem anderen überzugehen, ja häufig gibt es aufeinanderfolgende Generationen, die trotz chronischen Sinkens ihres Gewerbes immer in demselben verharren. Desgleichen setzt ihn seine Armut außerstand, einen anderen Markt für seine Ware aufzusuchen. Das Utopischste aber ist, daß er imstande wäre, durch Beschränkung in der Nachkommenschaft auf den Arbeitsmarkt einzuwirken, denn würde auch der einzelne auf die Ehe völlig verzichten, so schüfe dies nur um so mehr Raum für die Nachkommenschaft anderer, und das Selbstinteresse des Einzelnen veranlaßt diese Anderen gerade, zu heiraten; denn einmal wird damit ihr Einkommen um das der Arbeiterin vermehrt, während fürs erste die Ausgaben in vereinter Wirtschaft geringer werden, und so dann kennen sie bei ihrer großen Armut außer den geschlechtlichen keine Genüsse; ich habe das Wort Diderots: *rien ne peuple comme la misère* schon einmal angeführt. Sinkt die Nachfrage nach Arbeit, so ist der vereinzelte Arbeiter ferner völlig außerstand, sein Angebot zu vermindern; im Gegenteil nimmt die Nachfrage ab, so nimmt sein Angebot notwendig zu, denn um zu der geringen Zahl zu gehören, die nun Beschäftigung findet, muß er mehr Arbeit für einen geringeren Preis als andere bieten. Dies führt zu einer Verlängerung der Arbeitszeit, d. h. zu einer Mehrung des Angebots von Arbeit, infolge deren noch mehr Arbeiter beschäftigungslos bleiben und der Lohn noch tiefer sinkt. So führt denn, einerlei was die Ursache des Sinkens sein mag, ob ein Ausfall in der Nachfrage nach dem Produkt oder die Einführung von Maschinen, ein jedes Sinken in der Nachfrage nach Arbeit zur Entstehung einer Reservearmee von Unbeschäftigten, die von der Armenpflege erhalten werden und deren Vorhandensein den Lohn der Beschäftigten drückt. Steigt aber die Nachfrage bis zu dem Maße, daß diese ganze Reservearmee

Beschäftigung findet und der Lohn steigt, so kommen Arbeiter aus anderen nahen Orten und Gewerben, vermehren das Angebot, und wenn der Rückschlag in der Konjunktur eintritt, ist die Reservearmee der Beschäftigungslosen um so größer geworden. So sind sie, wo der Arbeitsvertrag mit dem alleinstehenden Arbeiter abgeschlossen wird, ganz in die Hände des Arbeitskäufers, d. h. ihres natürlichen Gegners im Preiskampf gegeben; nur daß die unterste Grenze, unter die ihr Einkommen nicht sinken kann, durch Elend und Tod, die höchste Grenze, die es erreicht, durch ihrer Genossen Leichtsinn in der Kinderzeugung bestimmt wird.

2. Wirkungen für das persönliche Leben des Arbeiters.

Der Arbeitgeber kann durch Bestimmung der Bedingungen des Arbeitsvertrags eine Herrschaft über das persönliche Leben des Arbeiters in vierfacher Richtung ausüben.

Er kann erstens die Ausgabewirtschaft des Arbeiters in einer Weise beeinflussen, daß dieser, gleich einem Hörigen, von ihm abhängig wird. Dies kann er einmal durch Feststellung von möglichst wenigen und infolgedessen zeitlich weit auseinanderliegenden Lohnzahlungsterminen im Jahre bewirken. Hierdurch wird der Arbeiter, trotzdem er seinen Lohn bereits verdient hat, in die Notwendigkeit versetzt, seinen Lohn vom Arbeitgeber zu borgen; die Borgwirtschaft aber hat ein weniger sparsames Leben zur Folge und führt den Arbeiter meist zu einer wirklichen Verschuldung gegenüber dem Arbeitgeber, die ihn außerstand setzt, seine Stelle zu wechseln, und ihn damit, sowohl was die rein ökonomischen als auch die übrigen Arbeitsbedingungen angeht, dem Arbeitgeber ganz in die Hand gibt.

Der Arbeitgeber kann sodann den Arbeiter zur Annahme von Waren zu einem willkürlich berechneten Preise an Stelle des Geldlohns zwingen oder ihn nötigen, diesen in den ihm gehörigen Läden oder Schenken zu verausgaben.

Diese Nötigung kann eine stillschweigende sein, indem der Arbeiter infolge der Untrennbarkeit seiner Arbeit von

seiner Person dem Käufer seiner Ware persönlich an den Ort folgen muß, an dem dieser seiner Ware bedarf. Liegt dieser Ort, wie es nicht selten der Fall ist, isoliert von Städten und Dörfern, so kann der Arbeiter für die Befriedigung seiner und seiner Familie persönlichen Bedürfnisse auf die Benutzung von Verkaufsläden, die dem Arbeitgeber gehören, angewiesen sein; dieser kann dann den Arbeiter durch falsches Gewicht und schlechte Qualität der gelieferten Ware wucherisch ausbeuten, und selbst wo dies nicht geschieht, bietet der Besitz der Verkaufsläden, aus denen der Arbeiter seinen Warenbedarf entnehmen muß, dem Arbeitgeber in der Weigerung, Waren zu verkaufen, ein weiteres Mittel, um die Arbeiter zur Annahme beliebiger Arbeitsbedingungen zu bringen.

Jene Nötigung kann aber auch stattfinden, wo es nicht an anderen Verkaufsläden fehlt, entweder direkt, indem den Arbeitern verboten wird, ihre Einkäufe in den anderen Verkaufsläden zu machen, oder indem sie in Anweisungen, welche nur die Verkaufsläden der Arbeitgeber einlösen, bezahlt werden, oder indem die Lohnzahlung in Schenken, die dem Arbeitgeber oder seinen Angehörigen oder Beamten gehören, stattfindet und bis tief in die Nacht hinein hingezogen wird.

Die gleiche Herrschaft erlangt der Arbeitgeber ferner, wo die isolierte Lage des Ortes, an dem er der Ware des Arbeiters bedarf, diesen nötigt, in Wohnungen, die dem Arbeitgeber gehören, zu wohnen; und auch hier gibt, selbst wo diese Wohnungen vorzüglich und preiswürdig sind, die Androhung von Exmissionen dem Arbeitgeber ein neues Übergewicht bei Bestimmung der Arbeitsbedingungen.

Der Arbeitgeber erwirbt zweitens mittels der Arbeitsbedingungen einen weitgehenden Einfluß auf Gesundheit, Leib und Leben der Arbeiter. Denn infolge der Untrennbarkeit der Arbeit von der Person des Verkäufers ist der Ort der Nutzung der Arbeitskraft auch die Aufenthaltsstätte der Person des Arbeiters, und nötigenfalls muß er daher in schlecht ventilierten, mit Krankheitsstoffen gesättigten oder infolge von schändlicher Ökonomie des

Arbeitgebers, z. B. in Unterhaltung des Baus oder in Einfriedigung von Maschinen, gefährdenden Räumen Gesundheit, Leib und Leben aufs Spiel setzen.

Auch wird mit der Arbeitsstätte zugleich darüber bestimmt, an wessen Seite der Arbeiter seine Ware verkauft, und damit nicht nur darüber, ob durch die Ungeschicklichkeit oder Nachlässigkeit seines Nachbarn seine Arbeit gehemmt oder verdorben und dadurch sein Verdienst geschmälert wird, sondern auch darüber, ob dessen Unerfahrenheit oder Leichtsinn, wie z. B. in Bergwerken, ihm Leib und Leben gefährden.

Endlich bestimmt infolge der Untrennbarkeit von Arbeit und Person des Arbeiters derjenige, der die Dauer der Arbeitszeit festsetzt, auch über die physische Erschöpfung des Arbeiters; er bestimmt, ob das Kind, das die Arbeiterin unter dem Herzen trägt, lebensfähig und gesund geboren wird und von seiner Mutter genährt werden kann, ob aus dem Kinde und dem jugendlichen Arbeiter ein kräftiger Mann, ein gesundes Weib, ob aus dem erwachsenen Arbeiter frühzeitig ein Greis wird oder nicht.

Nicht minder bedeutungsvoll als für die physische sind drittens infolge der Untrennbarkeit von Arbeit und Person des Arbeiters Arbeitsstätte und Arbeitszeit auch für die sittliche und geistige Entwicklung der Arbeiterbevölkerung. Denn die Arbeitsstätte bestimmt, wie gesagt, ob der Arbeiter an der Seite eines Menschen arbeitet, dessen Lasterhaftigkeit und schlechtes Beispiel seinen Sitten Gefahr bringt. Die Bestimmung, wie viel Stunden gearbeitet werden soll, ob Überzeit oder ob Nacharbeit, bestimmt bei Kindern und jugendlichen Arbeitern nicht nur deren physische, sondern auch deren ganze moralische und intellektuelle Entwicklung, d. h. die ganze Zukunft der Nation. Sie bestimmt bei Erwachsenen nicht nur über die physische Erschöpfung des Arbeiters, sondern auch, ob er die Gelegenheiten, die ihm zu seiner geistigen und sittlichen Bildung geboten werden, benutzen kann, oder ob er die ganze Erholung seines müden, überreizten Körpers

in wüstem Schwelgen sucht; sie bestimmt ferner über das Familienleben des Arbeiters, über die Erziehung seiner Kinder, über die Erfüllung seiner politischen und religiösen Pflichten, kurz über sein ganzes Leben.

Endlich viertens hat es der Arbeitgeber da, wo die Arbeiter nicht organisiert sind, auch in seiner Macht, dem Arbeiter in bezug auf die Betätigung seiner politischen Gesinnung und religiösen Meinung beliebige Bedingungen zu stellen.

3. Wirkungen für die Sicherheit der wirtschaftlichen Existenz der Arbeiterklasse.

Da die Arbeitskraft die einzige Quelle des Arbeiter Einkommens und mit dem Menschen selbst, sofern er seine Fähigkeiten auf den Erwerb wirtschaftlicher Güter verwendet, identisch ist, bedrohen, wo die Regelung der Verhältnisse der mit Durchschnittseigenschaften begabten Masse der Arbeiter von der Gesetzgebung diesen selbst überlassen ist und diese auch nicht selbständig organisiert sind, notwendig alle Gefahren, von denen das Leben des Menschen umgeben ist, die wirtschaftliche Basis des Arbeiters und seiner Familie. So nimmt jede Krankheit dem, der auf seine Arbeit allein für den Unterhalt angewiesen ist, die Fähigkeit, sich und die Seinen selbst zu erhalten; Invalidität und Alter verweisen ihn für die Stillung seines Hungers und die Bedeckung seiner Blöße auf die Mildtätigkeit der Menschen; und wo sind die Mittel zum Begräbnis desjenigen, dessen einziges Mittel zur Bedürfnisbefriedigung seine Arbeit war, die für immer nun ruht, wo die Mittel zur Aufziehung der Kinder, welche diese Arbeit ernährte?

In gleicher Weise ist die wirtschaftliche Existenz der mit Durchschnittseigenschaften begabten Masse der Arbeiter bedroht, wo immer der Arbeiter bei Abschluß des Arbeitsvertrags auf sich allein angewiesen ist, so oft der Arbeitgeber den Arbeiter sei es wegen Mangels an Arbeit, sei es wegen einer Meinungsverschiedenheit über die Arbeitsbedingungen entläßt. Es bringt jede Entlassung den Arbeitern nicht nur Gefahr, in der Gegenwart brotlos zu werden, sie droht ihnen auch die Möglichkeit zu nehmen,

auf dem Wege der Versicherung Vorsorge zu treffen, für sich und die Ihren gegen die wirtschaftlichen Folgen von Krankheit, Alter und Tod. Denn sie müssen sich zu dem Zwecke zur periodischen Zahlung von Beiträgen von gewisser Höhe verpflichten und mit der Zahlung dieser Beiträge fortfahren, wenn ihre Versicherung gegen die wirtschaftlichen Folgen dieser Gefahren wirksam sein soll, solange diese ihnen drohen. Unterbrechen sie diese vor Eintritt der Gefahr, so erhalten sie trotz aller bis dahin von ihnen gezahlten Beiträge, wenn die Gefahr eintritt, nicht die benötigte Hilfe. Der Gefahr, durch Erkrankung, Alter und Tod des Arbeiters mittellos zu werden, sind der Arbeiter und seine Familie aber nicht bloß, solange der Arbeiter beschäftigt ist, sondern auch, wenn er außer Arbeit ist, ausgesetzt. Um sich gegen dieselbe wirksam zu versichern, muß der Arbeiter daher nicht bloß, so lange er beschäftigt ist, sondern auch, wenn er außer Arbeit ist, Beiträge zahlen. Wie aber soll der Arbeiter Schutz gegen die wirtschaftlichen Folgen von Krankheit, Alter und Tod auf dem Wege der Versicherung erhalten, wenn eine Entlassung aus der Arbeit ihn des einzigen Mittels beraubt, das ihm zur Zahlung von periodischen Beiträgen verfügbar ist?

Zu diesen in der Natur der Arbeit als Ware und des Arbeiters als Warenverkäufers wurzelnden Verschiedenheiten des Arbeiters von anderen Warenverkäufern kamen noch historische Ursachen, die es bewirkten, daß die Gleichstellung des Arbeiters mit jedem anderen Warenverkäufer nicht den Arbeitsvertrag des auf sich allein angewiesenen Arbeiters zu einem in Wirklichkeit freien Verträge gemacht hat.

Da stand auf der einen Seite der Arbeitgeber als Kontrahent. Zuerst war er der Herr des Arbeiters gewesen, dann der Angehörige eines privilegierten Standes, zu dessen Gunsten die frühere Gesetzgebung ein Lohnmaximum eingeführt hatte. Er war von Erinnerungen an diese seine frühere Stellung erfüllt. Nun sollte er nicht mehr diktieren, nicht mehr als Bevorrechteter dastehen, nur ein Gleich-

berechtigter sein. Schon A. Smith hat geschrieben: „Der Stolz des Menschen, ruft in ihm Herrschsucht hervor und nichts ärgert ihn so, als sich herablassen zu müssen, die, welche unter ihm stehen, zu überreden.“ Was nützte es, wenn die Gesetzgebung die Gleichberechtigung von Arbeitgeber und Arbeiter beim Abschluß des Arbeitsvertrages proklamierte! Die Arbeitgeber erkannten die Gleichberechtigung der Arbeiter nicht an. Sie sahen in deren Verlangen, bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen mitzureden, eine Überhebung und unerträgliche Unbotmäßigkeit. „Ich bin der Herr; wer nicht will, kann gehen“, wurde ihr Wahlspruch. „Wir werden niemals verhandeln.“ Er beanspruchte zwar als sein Recht, bei sinkender Nachfrage den Lohn entsprechend der Marktlage herabzusetzen, dagegen erblickte er eine unberechtigte Anmaßung im Verlangen der Arbeiter, den Lohn bei steigender Nachfrage zu erhöhen.

Ein zweiter historischer Fehler der Auffassung, die von der Konkurrenz freier Arbeiter deren Aufsteigen zu Wohlstand und Teilnahme an den Fortschritten der Kultur erwartete, war, daß Turgot und A. Smith bei ihren Postulaten, die mit der Abschaffung des Lehrlingsgesetzes Verwirklichung fanden, eine ganz andere gewerbliche Technik vor Augen hatten, als die, welche mit der industriellen Revolution die herrschende werden sollte. Was sie vor Augen hatten, waren die Verhältnisse des gewerblichen Kleinbetriebs. Abgesehen vom Bergbau gab es damals noch individuelle Arbeitsverhältnisse. Die weitaus vorherrschende gewerbliche Betriebsform war noch das Handwerk. Noch arbeitete man überwiegend für einen lokalen Markt. Die überwiegende Zahl der Handwerker waren Alleinmeister. Wo neben dem Meister Gesellen, Lehrlinge arbeiteten, war die Arbeit eines jeden technisch noch unabhängig von der des andern. Auch wo der Absatz auf entfernteren Märkten die Dazwischenkunft eines Kapitalisten notwendig machte, der statt des Verbrauchers dem Handwerker den Auftrag erteilte, war die Technik noch dieselbe wie im Handwerk. Nur mit der Manufaktur

mit ihrer Arbeitsteilung unter sich ergänzende Arbeiter finden wir die Anfänge einer gegenseitigen Abhängigkeit derselben. Aber noch ist sie nicht der Art, daß sie ein gleichzeitiges Arbeiten derselben und damit gemeinsame Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten voraussetzte. Noch ist die Arbeit Handarbeit. Der eine Arbeiter war, was Anfang, Pausen und Ende angeht, noch nicht abhängig von dem anderen. Auch waren die Wege noch so schlecht und der gesamte Verkehr noch so wenig entwickelt¹⁾, daß noch nicht einmal die Konkurrenz der nächsten Städte, geschweige denn eine auswärtige Konkurrenz dazu nötigte, für gleiche Arbeit möglichst gleiche Löhne zu zahlen. Noch war ein individueller Arbeitsvertrag möglich.

Aber mit der neuen Technik, welche die industrielle Revolution gebracht hat, war eine neue Macht entstanden, die Zusammenarbeiten forderte und die dem einen auferlegten Arbeitsbedingungen zu Arbeitsbedingungen für alle Beteiligten machte. Die Maschine verlangte gleichzeitigen Beginn der Arbeit, keinerlei Unterbrechung derselben seitens des einzelnen Arbeiters, gleichzeitige Pausen, gleichzeitiges Ende der Arbeit²⁾. Die Fortschritte in der Technik des Verkehrswesens haben ferner die Absatzverhältnisse vollständig revolutioniert. Alle Märkte der Welt sind zu einem Markt vereint worden; die Möglichkeit, am billigsten Orte zu kaufen und am teuersten zu verkaufen, hat zu einer Ausgleicheung der Preise auf den Märkten geführt, und damit auch in ökonomischer Beziehung individuell

1) Siehe oben 45. Kapitel.

2) Diese Wirkung wird schon von einem der frühesten Schriftsteller, die sich mit der durch die industrielle Revolution geschaffenen Lage der Arbeiter beschäftigen (*Moral and Physical Conditions of the Operatives employed in the Cotton Manufacture in Manchester* by James Philipp Kay, 1832, p. 24), mit folgenden Worten geschildert: „Solange die Maschine läuft, sind die Menschen, Männer, Frauen und Kinder durch Eisen und Dampf zusammengespant. Die menschliche Maschine — die schlimmstenfalls zusammenbricht und tausenderlei Leiden unterworfen ist — ist festgekettet an die eiserne Maschine, die keine Schmerzen und keine Müdigkeit kennt.“

verschiedene Arbeitsbedingungen unmöglich gemacht. Es gibt keine individuellen Arbeitsbedingungen mehr, und, wo die Arbeiter sich selbst überlassen und auch nicht organisiert sind, sind es die nicht Arbeitenden, die bereit sind, an die Stelle der Arbeitenden zu treten, welche deren Arbeitsbedingungen bestimmen.

So kam es, daß die Beseitigung der alten gewerblichen Ordnung statt zur größten Entwicklung der Kräfte Aller lediglich zur ungehemmten Herrschaft der ökonomisch Starken, der durch außerordentliche ökonomische Eigenschaften oder durch Reichtum Ausgezeichneten, führte. Statt einer größeren Anzahl, wie Smith es erwartet hatte, gelangte nur mehr eine kleine Minderheit zum selbständigen Gewerbebetriebe. Die ökonomisch Tüchtigsten unter den Arbeitern schwangen sich allerdings in die Klasse der Besitzenden empor. Ich habe davon schon oben¹⁾ gesprochen. Allein es kommt nicht darauf an, wie viele Arbeitgeber aus den Reihen der Arbeiter hervorgegangen sind, sondern auf die Zahl derjenigen, die, während sie früher selbständige Gewerbebetreibende geworden wären, nun zeitlebens Lohnarbeiter zu bleiben genötigt sind. Und der Mittelschlag, d. h. die große Masse der Arbeiter, verlor jede Aussicht auf selbständigen Gewerbebetrieb; eine große Anzahl kleiner Meister sank in die Stellung von Lohnarbeitern herab; und in der Gestaltung der Lage der Lohnarbeiter machten sich die Besonderheiten der Arbeit als Ware und des Arbeiters als Warenverkäufers, ihre unlösbare Verbindung mit der Person ihres Verkäufers und dessen regelmäßige Armut in der angegebenen Weise geltend.

Denn rücksichtslos wurde das Übergewicht, das diese Besonderheiten den Arbeitgebern beim Abschluß des Arbeitsvertrags über den Arbeiter geben, von der Mehrzahl der Arbeitgeber ausgenutzt. An Stelle der Regelung der Arbeitsbedingungen durch die Behörden, die man im Namen der Freiheit beseitigt hatte, trat nun die einseitige Fest-

1) Siehe oben S. 50.

stellung derselben durch den Arbeitgeber, und die Konkurrenz der Arbeitgeber untereinander nötigte sie, diese Bedingungen immer härter für die Arbeiter zu gestalten. Während früher die Zahl der Lehrlinge, die jemand beschäftigen durfte, in bestimmtem Verhältnis zur Zahl der gelernten Arbeiter stand, wurden jetzt die ausgelernten Arbeiter massenhaft entlassen und durch ebenso große Mengen von Lehrlingen ersetzt, die in den letzten Jahren der Lehrzeit für Lehrlingslohn dieselbe Arbeit wie die gelernten Arbeiter leisteten. Wo die Maschine im Gewerbebetrieb Anwendung fand, wurde die Arbeit der erwachsenen männlichen Arbeiter durch die von Kindern und Frauen verdrängt, und oft sahen sich jene für ihren Lebensunterhalt auf den Ertrag der Arbeit ihrer eigenen Kinder und Frauen verwiesen. Mit der Beseitigung der langen Dauer der Dienstzeit schwand die Stetigkeit in den Einnahmen und in der Beschäftigung. Wurde eine neue Fabrik gegründet, so wurden die Arbeiter erst durch außerordentlich hohe Löhne herangezogen. Allein mit jeder Erweiterung des Absatzkreises der Fabriken wuchs die Gefahr von Absatzstockungen. Periodisch traten Produktionskrisen ein, und bei jeder wurden Massen von Arbeitern entlassen. Tausende von Arbeitern, zur Arbeit bereit, durchzogen dann ohne Arbeit und Brot das Land, fielen der unter drückenden Bedingungen gewährten Armenunterstützung oder dem Gefängnis anheim; ihre Familien wurden aufgelöst, ihre Töchter der Prostitution, ihre Söhne dem Verbrechen in die Arme getrieben. Und mit dieser fortwährend drohenden Aussicht, entlassen zu werden, schwand auch jede Möglichkeit, daß sich die Arbeiter durch Beiträge zu Kranken-, Alters-, Sterbe-, Witwen- und Waisen-Kassen gegen die wirtschaftlichen Folgen der Gefahren, die das Leben des Menschen bedrohen, wirksam versicherten: es blieben die Kranken, die Altersschwachen, die zu Beerdigenden, die Witwen und Waisen der Armenpflege überlassen. Diejenigen aber, die in Arbeit blieben, mußten Lohnherabsetzung auf Lohnherabsetzung erleiden. Die Arbeiter sahen sich auf den notwendigsten Lebensunterhalt beschränkt, und

das Maß dessen, was als das Notwendigste galt, nahm fortwährend ab. Denn obwohl man erklärt hatte, daß die Arbeit nichts anderes sei als eine Ware, wurden die Arbeiter, die ihre Ware Arbeit vom Markte zurückzogen, um wie andere Warenverkäufer durch Verringerung des Angebots die Preise zu steigern, infolge der Koalitionsverbote, die noch lange nach Beseitigung der die Arbeiter schützenden Bestimmungen der alten gewerblichen Ordnung bestanden, ins Gefängnis gesetzt. Und auch nach Beseitigung der Koalitionsverbote bereiteten, wo die Arbeitgeber Eigentümer der Verkaufsläden und der Arbeiterwohnungen waren, die dadurch hervorgerufene Abhängigkeit oder, wo Hilfskassenzwang bestand, die Gefahr, bei Entlassung die durch Beiträge erworbenen Ansprüche auf Unterstützung zu verlieren, der Entstehung von Arbeiterorganisationen oft unübersteigliche Schwierigkeiten. Hat man doch im Juli 1844 im Norden von England in einer Woche vierzigtausend Grubenarbeiter aufs freie Feld verwiesen, um sie zum Aufgeben ihrer Koalition zu zwingen. Unter solchen Umständen aber war den Arbeitern jede Einwirkung auf die Lohnhöhe entrückt und die Möglichkeit, ihre Lage zu verbessern, entzogen. Wie durch das Schicksal schien festgestellt, daß an der durch die Fortschritte der Zivilisation gesteigerten Produktivität der Arbeit nur die Besitzenden Anteil haben, die Arbeiter von ihr ausgeschlossen sein, daß die Reichen immer reicher werden, die Armen stets gleich arm bleiben sollen.

Und an diese ökonomische Scheidung zwischen Besitz und Arbeit schlossen sich weitere Gegensätze auf anderen Gebieten. Nicht nur der Lohn, auch alle übrigen Arbeitsbedingungen wurden nun einseitig vom Arbeitgeber bestimmt. Unzählige Verunglückungen in Fabriken und Bergwerken legten Zeugnis ab von der Beschaffenheit der Stätten, in denen die Arbeiter zu arbeiten gezwungen wurden. Die offiziellen Erhebungen über die Lage der arbeitenden Klassen brachten erschreckende Enthüllungen über die durch das Zusammenarbeiten von Arbeitern jeglichen Alters und Geschlechts mit Lasterhaften hervor-

gerufenen sittlichen Gefahren, denen die in den Fabriken und besonders die in den Bergwerken beschäftigten jugendlichen und weiblichen Arbeiter erlagen. Die gleichen Folgen zeigte das Zusammenwohnen der Arbeiter jeglichen Alters und Geschlechts in denselben Häusern, oft denselben Räumen, das die Konzentration der Industrie an wenigen Orten mit sich brachte. Dabei führte jede Verbesserung in den Maschinen, obschon diese die frühere Arbeit von Tausenden verrichteten, statt zu einer Kürzung der Arbeitszeit zu deren steter Verlängerung. Tag und Nacht waren die Fabriken in Tätigkeit. Selbst Kinder vom zartesten Alter an wurden darin in wechselnden Serien von morgens bis abends und abends bis morgens, oft unter grausamen Züchtigungen, zur Arbeit angehalten. Die Arbeitszeit, selbst der jugendlichen Arbeiter und Frauen, stieg auf 16 bis 18 Stunden täglich und zwar auf so viel selbst bei der Arbeit in Bergwerken. Und so wurde den erwachsenen Arbeitern jeder Genuß ihres Daseins als Menschen unmöglich gemacht, und es entstanden unter denselben infolge ihres langen Verweilens in ungesunden Räumen und in ein und derselben Stellung und Beschäftigung den verschiedenen Gewerben eigentümliche Krankheiten, die sich sogar vererbten; die Erziehung der heranwachsenden Generation wurde unmöglich gemacht, ihre Gesundheit untergraben, ihr Körper verkrüppelt; es wurde ein Zustand erzeugt, bei dessen Fortbestehen eine bleibende Entartung der Menschenrasse einzutreten drohte. Nicht weniger drückend aber mußten die Arbeiter auch auf allen andern Gebieten des Lebens, namentlich auf politischem und religiösem Gebiete, die Macht der Arbeitgeber, beliebige Arbeitsbedingungen zu stellen, empfinden. Und während die Gesetzgebung die politische und religiöse Gleichberechtigung aller Gesellschaftsschichten anerkannte, mußten die Arbeiter nicht nur häufig nach dem Belieben des Arbeitgebers ihr Stimmrecht ausüben: sogar das Nichtlesen gewisser Zeitungen, die Nichtbeteiligung an gewissen Parteibestrebungen hat man zur Arbeitsbedingung gemacht.

Und als ob diese mit der Auslieferung des Arbeiters

an den Arbeitgeber unmittelbar verbundenen Übelstände noch nicht genug wären, um das Leben der Arbeiter unerträglich zu machen, hatten dieselben noch weitere gleich schlimme mittelbare Folgen. Mit ihrer infolge ihrer gedrückten Lage geringen Einsicht und ihrem das Existenzminimum kaum deckenden Einkommen verfielen die Arbeiter notwendig der Borgwirtschaft, mußten sie für ihren armseligen Lohn mit teuren, verdorbenen und gefälschten Nahrungsmitteln fürliebnehmen, und wurden sie in elende, verwairste Quartiere gedrängt, in denen nur physischer und sittlicher Schmutz und Unrat gedeihen und all die Gefahren, welche die Kultur und die Gesellschaft bedrohen, ihre furchtbare Brutstätte haben.

So kam es, daß eine Gesetzgebung, welche die persönliche Freiheit und die rechtliche Gleichheit der Arbeiter proklamierte, ihre Ansprüche auf eine größere Beteiligung an den Segnungen der Kultur als berechtigt anerkannte und ihnen zu diesem Behufe zu einer größeren Entwicklung ihrer Persönlichkeit zu verhelfen bestrebt war, das direkt Entgegengesetzte des von ihr Beabsichtigten hervorrief. Der Mangel jeglicher Erziehung der im zartesten Alter in den Fabriken beschäftigten Kinder, die durch die Beschäftigung der Frauen bewirkte Zerstörung des häuslichen Lebens, die gesellschaftliche Scheidung der Arbeiterklasse von den übrigen Gesellschaftsklassen vernichteten unter den Arbeitern alle Gesittung. Unter den in Massen an den Fabrikorten zusammengedrängten, den Arbeitgebern unterworfenen Arbeitern entstand ein besonderer Ideenkreis. Es entstanden innerhalb derselben Nation zwei Nationen, von denen die eine die herrschende, die andere die beherrschte war, von denen die eine eine hohe Kultur besaß, an der die andere nicht Teil hatte, von denen die herrschende die beherrschte fürchtete, die beherrschte die herrschende haßte, zwei Nationen, deren Interessen und Anschauungen so verschieden waren, daß sie sich trotz der Gemeinsamkeit der Sprache nicht mehr verstanden.

49. Kapitel.

Die Anfänge der Gewerkvereine.

Wenden wir uns nun zur Betrachtung der Mittel, die gegen die durch den freien individuellen Arbeitsvertrag entstandenen Mißstände ergriffen worden sind.

Das älteste darunter ist der Zusammenschluß der Arbeiter, um durch gemeinsames Eintreten für eine Ordnung von Angelegenheiten, die alle Arbeiter eines Gewerbes an einem Orte gleichmäßig angehen, Mißständen vorzubeugen oder entstandene zu beseitigen. Das Zusammenwirken der Arbeiter zu diesem Zwecke ist ebenso wie der Versuch, es durch Verbot zu hindern, weit älter als die Proklamation des freien Arbeitsvertrags. Was ich im ersten und zweiten Bande¹⁾ vorgeführt habe, zeigt, daß die Zünfte in England wie auf dem Kontinente in dem Maße, in dem sie im Laufe des 14. Jahrhunderts Einfluß auf das städtische Leben erlangt haben, denselben zur Erschwerung der selbständigen Niederlassung der Gesellen als Meister benutzt haben. Damit ist eine Klasse lebenslänglicher Lohnarbeiter mit Sonderinteressen entstanden; der Stand der Gesellen hörte auf, nur eine Durchgangsstufe zur Meisterschaft zu sein; er wurde für eine große Zahl ein Lebensberuf. Wie auf dem Kontinente haben in England diese Gesellen sich in besonderen Organisationen zusammengeschlossen, zu-

1) Band I 280—287, Band II 104—109. Siehe auch meine Arbeitergilden der Gegenwart I 57—88 und meinen Aufsatz „Entwicklung und Geist der englischen Arbeiterorganisationen“ in Brauns Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik VIII, 1895, 92—98.

nächst zu geselligen, religiösen und Unterstützungszwecken; aber alsbald beklagen sich die Meister, daß diese nur ein Deckmantel seien, unter dem sie bessere Arbeitsbedingungen, insbesondere bessere Löhne anstrebten: Die Meister erzielten Verbote der Gesellenbruderschaften. Aber schließlich sind diese in England wie auf dem Kontinente als die Organisationen der Gesellen anerkannt und als solche in die Zünfte eingegliedert worden und haben unter der Oberaufsicht der Zünfte der Wahrung der besonderen Klasseninteressen der Gesellen gedient. Auf das Verbot „unerlaubter Versammlungen, Bruderschaften, Ansammlungen und Aufläufe“ folgte nach Jahrhunderten auch hier die Bestimmung: „die Zunftvorsteher und ihre Besitzer sollen den Vorsteher der Gesellenschaft erwählen; sie sollen die Gesellschaft auf solche Weise regieren, wie dies in früheren Zeiten üblich gewesen ist¹⁾.“ England eigentümlich ist es, daß im 16. Jahrhundert in manchen Gewerben die zu Heimarbeitern herabgesunkenen kleinen Meister in die Gesellenverbände eintraten und dann in diesen die führende, die Gesellen, die selbst zu Heimarbeitern geworden waren, gar keine Rolle mehr spielten. Doch zeigt die Tatsache, daß 1720 für die Schneider, 1725 für die Tuchmacher, 1745 für die Färber, Walker und alle in der Hut-, Wollen-, Leinen-, Baumwolle-, Eisen- und Leder-, Pelz-, Hanf-, Flachs-, Mohair- und Seidenfabrikation Beschäftigten, 1766 abermals für die Schneider, 1773 für die Seidenarbeiter, 1796 für die in der Papierfabrikation Beschäftigten besondere Koalitionsverbote erlassen worden sind, daß in diesen Gewerben wenigstens das Selbstbewußtsein der Gesellen, das sie zum Zusammenschluß zur Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen geführt hat, nicht aufgehört hat. Da die verbotenen Gesellenverbände im damaligen England das Prinzip hatten, nichts zu Papier zu bringen, ist es nicht möglich, eine Geschichte derselben zu schreiben. Daneben gab es aber, wie die ausgezeichnete

1) Herbert, History of the twelve great Livery Companies of London. 1837. II 657.

Gewerkvereinsgeschichte des Ehepaares Webb zeigt ¹⁾, auch zahlreiche Fälle, in denen nicht verbotene Gesellenorganisationen in England, wie gleichzeitig in Deutschland, im Einvernehmen mit den Zünften der Meister bestanden. Dabei sei bemerkt, daß wir bei einer Anzahl englischer Gewerkvereine im 19. Jahrhundert, namentlich im Baugewerbe, dieselben Zeremonien finden, die in Deutschland der Reichschluß von 1731 den deutschen Gesellenladen zum Vorwurf macht und die auch der Compagnonnage in Frankreich aufweist; ihre Organisation ist ganz ähnlich wie die der deutschen Gesellenladen, und noch heute heißt, wie bei diesen, bei allen englischen Gewerkvereinen die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit „das Geschenk“ (donation).

Die angeführten Tatsachen legen es nahe, daß die ersten Gewerkvereine die Gesellenladen gewesen sind, die bei beginnender Differenzierung der Interessen von Meistern und Lohnarbeitern ins Leben getreten sind, zunächst um die besonderen Standesrechte der letzteren zu wahren; als dann die alte gewerbliche Ordnung fiel, war das Vorbild für den modernen Gewerkverein da. Es trat nur an die Stelle des Kampfes um das Standesrecht der um die Lebenshaltung und Gleichberechtigung. Aber nur den Rahmen, das Muster, den Geist haben die Gesellenladen der Zunftzeit den entstehenden Gewerkvereinen geliefert. Dagegen ist es nur in wenigen Gewerben, wie bei den Buchdruckern, vielleicht auch bei den Hutmachern und Schneidern, wahrscheinlich, daß ihre ersten modernen Gewerkvereine direkt aus alten Gesellenbruderschaften hervorgegangen sind.

Abgesehen von diesen wenigen Fällen sind die Koalitionen der Arbeiter im 18. und zu Anfang des 19. Jahrhunderts anfänglich ephemere gewesen. Die Feiernden wurden von den Gewerbsgenossen, die in Arbeit waren, unterstützt. War der Zweck erreicht oder war die Arbeits-einstellung mißglückt, so verschwand die Koalition wieder

1) Sidney and Beatrice Webb, *The History of Trade Unionism*. London 1894. Neue Auflage 1919. Chapt. I u. II. Ich zitiere im folgenden nach dieser.

mit dem Anlaß, der sie hervorgerufen hatte. Allein die auf diese Weise erhobenen Unterstützungen reichten bei lang dauernden Arbeitseinstellungen nicht aus. Auch waren die Summen, welche die Petitionen ans Parlament verschlangen, zu groß, um durch einmalige Beisteuern seitens armer Arbeiter gedeckt werden zu können. Vor allem hat die Wiederkehr der Mißstände eine dauernde Organisation zu ihrer Bekämpfung erfordert. Daher entstanden statt der anfänglichen ephemeren Koalitionen bleibende Vereine.

Diese Vereine umfaßten anfänglich alle Arbeiter eines Gewebes an einem Orte. Auch waren die Beiträge anfangs freiwillige. In Friedenszeiten erschlaffte dann das Gemeingefühl der Lässigeren, während die Eifrigeren oft verhältnismäßig hohe Beiträge zahlten: so entstanden engere, geschlossene Genossenschaften mit bestimmten festen Beiträgen unter den Eifrigeren. Im Falle von Zwistigkeiten mit Arbeitgebern schlossen sich aber die Arbeiter, die nicht Mitglieder waren, regelmäßig an die Genossenschaft an. Abgesehen von dem Petitionieren an das Parlament, der gerichtlichen Verfolgung von Arbeitgebern, die das Gesetz verletzten, und der Unterstützung der Feiernden bei Ausständen war ihr Zweck die Unterstützung von Genossen, die Arbeit suchend sich an andere Orte begaben, ferner die Unterstützung der kranken Genossen und die Bestreitung der Begräbniskosten der Gestorbenen.

Da kam die französische Revolution, deren stürmischer Verlauf, wie im Vorstehenden schon oft gesagt worden ist, die in England herrschenden Klassen mit Schrecken erfüllte. Ich habe schon von den vom Schuhmacher Hardy 1792 gegründeten Korrespondierenden Gesellschaften gesprochen¹⁾ und davon, daß er freigesprochen wurde, als die Regierung ihn 1794 vor Gericht stellte und seine Verurteilung zum Tode verlangte. Aber nicht immer war das Urteil so gnädig; es kam vor, daß Arbeiter, die einen Brief in Sachen gemeinsamen Vorgehens in Arbeitsangelegenheiten nach einem anderen Ort brachten, wie politische

1) Oben S. 146, 147.

Verbrecher behandelt wurden. Überhaupt haben die Richter im letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts angefangen, Handlungen, die, wenn von einem Individuum begangen, nicht ungesetzlich waren, wenn auf Grund von Verabredung von mehreren Arbeitern zur Wahrung ihrer Interessen begangen als Verstoß gegen das Common Law zu verurteilen¹⁾. Ursache war die Zunahme der Koalitionen unter den Arbeitern der verschiedensten Gewerbe. Man war sich nicht der Wandlung bewußt, die mit der Ersetzung der behördlichen Regelung der Arbeitsbedingungen durch den freien Arbeitsvertrag vor sich gegangen war. So lang die Behörden die Arbeitsbedingungen festgesetzt hatten, war eine Arbeitseinstellung zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen eine Auflehnung gegen die öffentliche Ordnung gewesen. Das hatte aufgehört, seitdem man die Arbeiter darauf verwiesen hatte, für ihre Arbeit, wie jeder Warenverkäufer für seine Ware, die nach der Marktlage bestmöglichen Bedingungen zu erzielen. Die Arbeit verweigern, wo der Arbeitgeber diese nicht bewilligen wollte, entsprach nunmehr dem jedem Arbeiter zustehenden Rechte. Statt dem Rechnung zu tragen, behandelte man die zunehmenden Arbeitseinstellungen als Auflehnung der Arbeiter gegen ihre Arbeitgeber; die Disziplin, welche im Interesse des Absatzes der Produkte und der Blüte des Handels notwendig sei, werde dadurch gefährdet; Koalitionen seien im Widerspruch mit dem Rechte des Arbeitgebers, „mit dem Seinen zu tun, was er wolle“. Das gleiche Recht des Arbeiters, über seine Arbeitskraft zu verfügen, wie er wolle, kam dagegen nicht auf. 1799 hat die Gesetzgebung (39 Geo. III c. 81) diese Auslegung des Common Law noch gekräftigt, indem sie jedwede Koalition schlechtweg verbot. Dieses Gesetz war der Ausfluß einer Panik. In drei Tagen wurde es durch das Unterhaus durchgepeitscht. Hansard berichtet von keiner Debatte. Im Oberhause dauerte auf Grund von Gegenpetitionen der Londoner Kattundrucker die Verhandlung länger. Gegner im Unter-

1) S. a. B. Webb, History of Trade Unionism 69.

hause waren nur Sir Francis Burdett und Benjamin Hobhouse, im Oberhause Lord Holland. Verantwortlich für das Gesetz waren Pitt und Wilberforce, der Sklavenbefreier¹⁾. Eine besonders gehässige Bestimmung des Gesetzes von 1799 war, daß danach Arbeiter gezwungen werden konnten, gegeneinander Zeugnis abzulegen. Im darauf folgenden Jahre 1800 wurden nicht nur die bestehenden alten Gesetze in einem neuen kodifiziert und auf alle Gewerbe ausgedehnt, sondern der freie Arbeitsvertrag in der Weise ausgelegt, daß zwar, wie Lord Jeffrey 1825 sagte²⁾, „ein einzelner Arbeitgeber das Recht hatte, jederzeit alle seine Arbeiter auf einmal, gleichviel ob 100 oder 1000, zu entlassen, wenn sie die von ihm gebotenen Löhne nicht annahmen, daß es dagegen zu einem Verbrechen der Gesamtheit dieser Arbeiter gemacht wurde, diesen Arbeitgeber gleichzeitig zu verlassen, wenn er es ablehnte, die von ihnen geforderten Löhne zu bezahlen“.

Allerdings hat das Gesetz auch Koalitionen der Arbeitgeber wie die von Arbeitern verboten. Aber ganz abgesehen davon, daß im gewerblichen Großbetrieb jeder einzelne Arbeitgeber eine Koalition bedeutet, wurde diese Bestimmung höchst parteiisch durchgeführt. „Es ist uns“, so heißt es im Unterhausberichte von 1824, „eine Reihe von Fällen vorgeführt worden, in denen Arbeitgeber wegen Koalierens zur Herabdrückung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit angeklagt wurden; aber kein Fall konnte beigebracht werden, in dem irgendein Arbeitgeber für diese Gesetzesübertretung bestraft worden wäre.“ Und wie selten mag es gelungen sein, koalierende Arbeitgeber überhaupt vor Gericht zu ziehen! Vor derselben Unterhauskommission wurde die Frage gestellt³⁾: „Ist es Ihnen je vorgekommen, daß ein Arbeitgeber von Arbeitern wegen Koalition angeklagt worden ist? — Nein; ich bin der Meinung, daß es nahezu unmöglich sein würde, einen

1) Siehe darüber J. L. a. B. Hammond, *The Town Labourer*, Chap. VIII.

2) S. a. B. Webb a. a. O. 72.

3) Report on Artizans and Machinery p. 47.

Arbeitgeber anzuklagen so, daß er verurteilt würde. Um überhaupt klagen zu können, muß Geld gesammelt werden; eine Geldsammlung setzt eine Vereinigung der Arbeiter voraus, und deshalb können sie von den Arbeitgebern belangt werden. Wenn, wie die jetzige Gesetzeslage ist, die Arbeiter die Arbeitgeber belangen würden, würde eine Gegenklage stattfinden. Die Koalitionsgesetzgebung zwingt die Arbeiter gegeneinander auszusagen, daher eine Klage stets wirksam ist. Kein Gesetz zwingt die Arbeitgeber gegeneinander auszusagen; so ist es nahezu unmöglich, es fertig zu bringen, daß ein Arbeitgeber verurteilt wird.“ Aber das war nicht die einzige Ungleichheit in der Behandlung von Arbeitern und Arbeitgebern. Die Arbeiter wurden von den Richtern nicht angehört und konnten nie auf ein vernünftiges Urteil rechnen. Sie konnten durch Anordnung der Behörden ins Gefängnis geworfen werden ohne Prozeß vor Geschworenen; die höchste Strafe gegen einen Arbeitgeber war eine Geldstrafe von £ 20.

Vernichtend ist die Kritik, die Cobbett im Political Register vom 30. August 1823 an den Koalitionsverboten geübt hat. In einem aufsehererregenden Briefe an William Wilberforce hat er den Leiden der schwarzen die der weißen Sklaven gegenübergestellt und eine vollständige Darstellung der Ungerechtigkeiten der Koalitionsverbote von 1799 und 1800 gegeben. Heute ist das Verdammungsurteil über ihre schreiende Ungerechtigkeit allgemein¹⁾ und selbst konservative Schriftsteller²⁾ haben kein Wort zu ihrer Rechtfertigung. Es war ein Glück für die Arbeiter, daß die englische Polizei damals außerordentlich schlecht war. Die Gesetze sind daher auch gegen Arbeiter nur hie und da zur Anwendung gekommen; wo dies aber geschah, waren die Strafen von empörender Grausamkeit. Nichtsdestoweniger haben sie die Koalitionsvereine nicht zu unterdrücken vermocht; sie haben nur ihren Charakter verändert. Die Koali-

1) Siehe z. B. Gladstone im Weekly Star No. 1, vol. 1 Febr. 6, 1892.

2) Siehe Cunningham, The Growth of English Industry and Commerce in Modern Times. Cambridge 1903. 732.

tionen hörten nicht auf; vielmehr wurden sie, zumal nachdem 1814 das Lehrlingsgesetz beseitigt worden war, allgemein; aber was früher offen war, wurde nunmehr geheim. Mir selbst haben Ende der sechziger Jahre noch Arbeiter erzählt, wie sie in ihrer Jugend Bücher und Protokolle ihres Gewerkvereins im Moorland von Bolton in Lancashire vergraben haben, wie bei der Aufnahme in den Verein furchtbare Eide geschworen wurden, und wie Arbeiter ins Zuchthaus geschickt wurden, bloß weil sie einen Brief, der um Unterstützung bat, an die in einer andern Stadt wohnenden Arbeiter getragen hatten. So wurden die Arbeiter, die sich der Selbsthilfe bedienten, auf die sie, seit die Gerichte und die Gesetzgebung die Regelung der Arbeitsbedingungen verweigerten, verwiesen waren, wie Verbrecher behandelt. Begreiflicherweise war die einzige Wirkung, die Gefühle der Arbeiter gegen die übrigen Gesellschaftsklassen zu verbittern, den Geist des Mißtrauens, des Hasses und der Verzweiflung unter ihnen zu säen, den Sinn für Recht und Unrecht in ihnen zu ertönen. Wurden sie doch bestraft, gleichviel ob sie eine einfache Koalition eingingen oder Gewalttaten begingen. Was Wunder, daß die im Kampfe ums Dasein aufs äußerste Bedrängten rücksichtslos die Mittel wählten, von denen ihre Kurzsichtigkeit die kräftigste Hilfe erwartete.

Im übrigen trug die gewerbliche Politik der Arbeiterorganisationen noch ein rein zünftlerisches Gepräge. Auch ist dies nicht zu verwundern. Es war die Zeit, da die alten gewerblichen Betriebsformen, das Handwerk und die Hausindustrie, im Todeskampfe mit dem aufkommenden Fabrikbetriebe sich befanden. Was war natürlicher, als daß die darunter leidenden Arbeiter zunächst an den Mitteln festhielten, in denen die vorausgegangenen Jahrhunderte das Heil erblickt und gefunden hatten: an der Beschränkung der Lehrlingszahl, am Ausschluß nicht richtig ausgebildeter Arbeiter, am gesetzlichen Lohnminimum, an Verboten von arbeitsparenden Maschinen! Von ihrem Proteste gegen letztere, der sich im Zerschlagen derselben äußerte, habe

ich schon gesprochen, sowie davon, daß sie damals keinen Freund außer Lord Byron gefunden haben¹⁾.

Aber bald sollten die Arbeiter einen wirksameren Freund finden. Das war Francis Place, eine der merkwürdigsten Figuren in der inneren Geschichte Englands²⁾. Er hat an dessen Wandlung aus einer durch wenige aristokratische Familien beherrschten in eine bürgerliche Gesellschaft und durch den Samen, den er ausgestreut hatte, noch viele Jahre nach seinem Tode in eine Demokratie den wirksamsten Anteil gehabt. 1771 geboren, hat er als Arbeiter in Kniehosen begonnen, war dann Schneidermeister geworden und hat ein gewinnbringendes Geschäft in Charing Cross betrieben. In seinem Laden neben dem Palaste des Herzogs von Northumberland haben einige der einflußreichsten Parlamentsmitglieder verkehrt. Er hat sie auf Grund von Tatsachenmaterial, das er mit unermüdlichem Fleiße sammelte und kritisch siebte, zur Durchsetzung der Reformen, für die er sich interessierte, fähig gemacht und durch seinen Rat geleitet. Er war ein politischer Taktiker ersten Ranges. Von seinem Einfluß mag eine Vorstellung geben, daß Owen ihn, wenn auch nicht zutreffend, als die Whig-Partei bezeichnet hat. Er war ein politisch Radikaler; in wirtschaftlichen Dingen war er einer der orthodoxesten Bekenner der klassischen Nationalökonomie, ein persönlicher Freund Benthams, James Mills, Ricardos, Mac Cullochs und Joseph Humes. Er war, wie das Ehepaar Webb sich treffend ausgedrückt hat³⁾, ein radikaler Individualist. Als solcher war er entrüstet über die Ungerechtigkeit der Koalitionsverbote und deren Handhabung. Aber es ist charakteristisch⁴⁾ für seine doktrinäre Befangenheit wie für die seiner Freunde, der genannten Nationalökonomien, daß sie für die Aufhebung der Koalitionsverbote eintraten, nicht etwa, weil sie erkannten, daß die Unfähigkeit ihre Ware, die Arbeit, bei sinkender Marktlage vom

1) Siehe oben S. 121.

2) Siehe *The Life of Francis Place, 1771—1854*, by Prof. Graham Wallas; 1. ed. 1898, revised 1918.

3) *Hist. of Trade Unionism* 96.

4) Siehe Graham Wallas 217.

Markte zurückzuziehen, die Arbeiter zum Gegenteil der Konkurrenz, zur Koalition, nötigte, sondern weil sie glaubten, die Arbeiter koalitierten sich nur aus Empörung über die Ungerechtigkeit, mit der sie von Parlament und Richtern behandelt würden, und alle Koalitionen würden mit der Beseitigung der Koalitionsverbote aufhören.

Schon 1810 hat Place, als einige Schneidermeister ein besonderes, drakonisches Koalitionsverbot gegen Schneidergesellen durchsetzen wollten, dies durch seine Aussagen vor einem Parlamentsausschusse vereitelt. Bemerkenswert ist, was er selbst darüber berichtet¹⁾: „Einige Schneidermeister haben mich darauf aufgesucht, um mir zu danken; aber kein Arbeiter kam zu mir, und auch später haben die Arbeiter nicht irgendetwas zur Abschaffung der Koalitionsverbote getan, außer einer kleinen Zahl, die in einer Gesellenherberge auf meinen Zuspruch eine Petition, die ich für sie aufgesetzt hatte, unterzeichnete.“ Diese Teilnahmlosigkeit der Arbeiter²⁾ erklärt sich aus dem intensiven Mißtrauen, das die Arbeiter dem unreformierten Parlamente entgegenbrachten. Sie sahen es als hoffnungslos an, etwas zu ihren Gunsten bei ihm zu erreichen, und waren nicht willens, für einen vergeblichen Versuch Opfer zu bringen. Außerdem war Place selbst ein Arbeitgeber und noch nicht als Freund der Arbeiter anerkannt.

Von 1814 an hat Place sich zehn Jahre lang der sorgfältigen Vorbereitung der Aufhebung der Koalitionsverbote gewidmet. Vielleicht, daß die Teilnahmlosigkeit der Arbeiter etwas war, was den Erfolg seiner Bemühungen erleichtert hat. Der Geist der Demagogenverfolgung, der

1) Bei Graham Wallas 202.

2) Cole, The Life of William Cobbett, 258, bestreitet diese Teilnahmlosigkeit der Arbeiter. Cobbetts schon erwähnter Brief an Wilberforce, der in den Fabrikdistrikten viel gelesen worden sei, habe viel zur Erweckung des Interesses der Arbeiter beigetragen. Aber Cole bestreitet nicht die Verdienste von Place und J. Hume. Cobbett selbst war, als er den Brief schrieb, kein Arbeiter mehr, und sein Brief datiert erst vom 30. Nov. 1823, also aus einer Zeit, da die Hauptarbeit für die Beseitigung der Koalitionsverbote fast getan war.

seit den Kriegen mit Frankreich England nicht weniger als die Länder der hl. Allianz geschändet hat, war im Aussterben. Gerade die Teilnahmslosigkeit der Arbeiter verhinderte, daß dieser Geist neue Nahrung erhielt, indem sie verhinderte, daß die Aufmerksamkeit der aussterbenden Demokratenhetzer der Frage sich zuwandte. Auch darf man nicht vergessen, daß die einstimmige Verurteilung der Koalitionsverbote durch die individualistischen Nationalökonomten, Malthus miteinbegriffen, und insbesondere ein ausgezeichnete Aufsatz des von Karl Marx viel geschmähten Mac Culloch im Edinburgh Review Nr. 78 auf die öffentliche Meinung von Einfluß waren. Die Hauptsache aber war die Geschicklichkeit, mit der Place und Hume durchzusetzen verstanden haben, daß ein Parlamentsausschuß, der zur Untersuchung der Beseitigung der Verbote der Auswanderung gelernter Arbeiter und der Ausfuhr von Maschinen eingesetzt war, auch mit der Aufhebung der Koalitionsverbote betraut wurde, und mit der Place Zeugen über die Ungerechtigkeit dieser Verbote und ihrer Handhabung, deren Aussagen überwältigend wirkten, vor diesen Ausschuß brachte. Der Handelsminister Huskisson, der sich für die damals notleidende Maschinenindustrie interessierte, und daher für Aufhebung des Verbots der Maschinenausfuhr war, leistete keinen Widerstand, und mit den Gesetzen, die das Auswanderungsverbot und das Verbot der Maschinenausfuhr beseitigten, ging fast unbeachtet auch die Abschaffung der Koalitionsverbote durch beide Häuser des Parlaments¹⁾. So kam es, daß 1824 durch den 5. Geo. IV. c. 95 bestimmt wurde, daß Arbeiter, die eine Koalition betreffend eine ihrer Arbeitsbedingungen eingingen, von nun an keinerlei Bestrafung wegen Verschwörung oder irgendwelcher anderer krimineller Untersuchung oder Bestrafung ausgesetzt sein sollten. Nur die

1) Der konservative Premierminister Lord Liverpool und der noch weit reaktionärere Lordkanzler Eldon erklärten im folgenden Jahre, als der Lärm wegen Zunahme der Koalitionen losging, daß sie gar nicht bemerkt hätten, daß die Koalitionsverbote abgeschafft worden seien.

Anwendung von Gewalt gegen Personen oder Eigentum, von Drohungen oder Einschüchterungen, sei es um andere zur Teilnahme an der Koalition, sei es um den oder die Arbeitgeber oder deren Beauftragten zur Bewilligung der Wünsche der Arbeiter zu zwingen, wurde mit Gefängnis, eventuell mit Gefängnis verbunden mit Zwangsarbeit nicht über 2 Monate bedroht.

Damit war der Anspruch der Arbeiter auf den Abschluß kollektiver Arbeitsverträge von der Gesetzgebung als berechtigt anerkannt.

Aber nun trat das Entgegengesetzte der Voraussetzungen Places, Mac Cullochs und Joseph Humes ein.

Die Zeit, da die Koalitionsverbote beseitigt wurden, war eine Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs und des gleichzeitigen Steigens der Lebensmittelpreise. Von einem Ende des Landes zum anderen fanden Arbeitseinstellungen statt, um Lohnerhöhungen zu erzielen. Place und Hume bemühten sich vergeblich, von Arbeitseinstellungen abzuhalten. Die Arbeitgeber wurden mit Schrecken erfüllt, als sie fanden, daß kein Gesetz mehr bestehe, das solche Arbeitseinstellungen verbot. Sie verlangten dringend nach Wiedereinführung der Koalitionsverbote. Das Ministerium geriet in Aufregung. Da beantragte Huskisson 1825 die Niedersetzung eines neuen Parlamentsausschusses zur Untersuchung der Koalitionen, und einen Augenblick schien es, als ob die Koalitionsfreiheit wieder beseitigt werden sollte. Aber waren die Arbeiter gleichgültig, als es sich um die Beseitigung der Koalitionsverbote handelte, so waren sie das Gegenteil gegenüber diesen reaktionären Bestrebungen. Sie bestürmten das Parlament mit Petitionen, und so unterstützt gelang es Hume, die Gesetzentwürfe der Arbeitgeber zum Scheitern zu bringen; die Koalitionsfreiheit wurde aufrecht erhalten, allein der Act von 1824 allerdings durch den 6 Geo. IV. c. 129 von 1825 ersetzt, der in wichtigen Punkten das Gemeine Recht über Verschwörungen für Koalitionen wieder in Kraft setzte. In der Tat erscheinen danach von Strafen nur befreit Personen, welche zusammenkommen, um die Löhne und die Arbeitszeit festzustellen,

welche die bei der Zusammenkunft persönlich Gegenwärtigen verlangen oder gewähren sollen und die eine Vereinbarung zu diesem Zwecke unter sich selbst treffen. Alle anderen Koalitionen oder Vereinbarungen zum Nachteil dritter Personen wurden wieder als Verschwörungen und für strafbar erklärt. Somit sollten als Verschwörungen behandelt werden alle Versammlungen oder Vereinbarungen über die Arbeitsbedingungen nicht anwesender Personen, ferner über die Personen, die ein Arbeitgeber beschäftigen oder nicht beschäftigen, über die Maschinen, die er verwenden sollte, ferner alle Vereinbarungen, mit einer bestimmten Person nicht zusammen zu arbeiten, sowie andere Personen zur Einstellung der Arbeit oder zur Nichtannahme von Arbeit zu bewegen. Kurz, es gab kaum eine Handlung, welche zur wirksamen Tätigkeit der Gewerkvereine notwendig ist, die nicht als Verschwörung behandelt werden sollte; dazu kam, daß die Strafe für Übertretung des Gesetzes von 2 auf 3 Monate erhöht und bestimmt wurde, daß eine Verurteilung auf Grund des Eides einer einzigen Person und ebenso auf Grund des Nachweises, daß Gefahr sei, daß der Angeklagte flüchtig gehe, sollte stattfinden können. Die Konzession, daß der Verurteilte an das Schwurgericht sollte appellieren können, wurde wenig geschätzt, weil die Geschworenen als Regel derselben Gesellschaftsklasse wie die Friedensrichter angehörten. Mit anderen Worten: das Recht auf den Abschluß kollektiver Arbeitsverträge blieb bestehen, aber wer davon Gebrauch machte, lief Gefahr, eingesperrt zu werden.

Nunmehr beginnt die Periode der tiefsten Entmutigung der englischen Arbeiterklasse. Ende des Jahres 1825 folgte auf den vorausgegangenen wirtschaftlichen Aufschwung der Niedergang und damit das Fehlschlagen der Arbeitseinstellungen. Damit brach nicht nur die damalige Gewerkvereinsbewegung zusammen; es schien der praktische Beweis erbracht, daß es unmöglich sei, auf Grundlage der von Place vertretenen klassischen Nationalökonomie die Lage der Arbeiter zu bessern, und so wandten diese sich revolutionären Bestrebungen zu.

Da war zunächst Cobbett mit seiner Agitation für Parlamentsreform. Mit Inbrunst schloß man sich der Bewegung an, von der man das allgemeine Wahlrecht erhoffte. Allein das Reformgesetz von 1832 brachte nicht das allgemeine Wahlrecht, und nun folgte eine Reihe teils sozialer, teils politischer revolutionärer Bestrebungen, die alle ihr Ziel nicht erreichen konnten.

Zunächst entstand eine neue Gewerkvereinsbewegung, die von 1829 bis 1834 in einem Anlauf den Himmel zu stürmen hoffte¹⁾. Bis dahin waren die Gewerkvereine als Regel nur lokale Vereine gewesen, und es hatte keine Zusammenfassung der Vereine der Arbeiter verschiedener Gewerbe in einer Organisation bestanden. Die neue Gewerkvereinsbewegung von 1829—34 erstrebte die Vereinigung der Arbeiter nicht bloß eines Gewerbes, sondern die der Arbeiter aller Gewerbe in einem Bunde. Als die wirtschaftliche Depression, die 1825 begonnen hatte, 1829 zu Ende ging, entstanden zunächst nationale Organisationen der Textilarbeiter und der Bauarbeiter. Yorkshire und Lancashire waren die Pioniere. Nach Fehlschlagen eines Streiks in Hyde bei Manchester im Jahre 1829 beschloß man die Gründung eines großen, alle Baumwollarbeiter des Vereinigten Königreiches umfassenden Vereins. Dieser ebnete dem Gedanken einer die Arbeiter aller Gewerbe umfassenden Organisation den Weg. Bald umfaßte sie etwa 150 Gewerkvereine. Es ist glaubhaft, daß hunderttausend Arbeiter ihr angehörten. Sie hatte ein eigenes Organ, die Volksstimme, die 30 000 Abonnennten zählte.

Der Gedanke eines die Arbeiter aller Gewerbe umfassenden Gewerkvereins rief große Aufregung bei den Arbeitgebern hervor. Aber so sehr er diese und die Regierung schreckte, der Mangel an Geldern machte die Organisation zu wenig mehr als einem Namen. Sie beschäftigte sich mit wenig mehr als mit dem von Sadler beantragten Fabrikgesetz, von dem im nächsten Kapitel

1) Siehe für das Folgende Sidney and Beatrice Webb, *The History of Trade Unionism*, Chapt. III.

die Rede sein wird. 1832 verschwindet die Organisation in Manchester; in Yorkshire und an anderen Orten besteht sie fort. Ihr Organ, die Volksstimme, geht ein.

Wohl aber entstanden nun nationale Organisationen der Arbeiter einzelner Gewerbe. Die wichtigste darunter war die der verschiedenen Zweige der Bauarbeiter. In ihr finden wir die Wiederkehr von Zeremonien bei Aufnahme von Mitgliedern, und die Abnahme von Eiden wie bei den Freimaurern. Die unverschämte Sprache des neuen Verbands brachte alle Arbeitgeber gegen ihn auf und bewirkte die Einführung des sogenannten „Dokuments“, d. h. einer schriftlichen Erklärung, die jeder von ihnen beschäftigte Arbeiter unterzeichnen mußte, daß er keinem Gewerkvereine angehöre.

Das wurde nun die Politik der Arbeitgeber allenthalben im Lande. Es würde zu weit führen, alle einzelnen Konflikte, die daraus entstanden, hier aufzuführen. Die Arbeitgeber sind regelmäßig als Sieger aus ihnen hervorgegangen. Owen fand nun Fühlung mit den Gewerkvereinen und predigte ihnen die Vereinigung aller Arbeiter in einer großen Organisation und eine Neuorganisation der Produktion, bei der alle individuelle Konkurrenz aufhöre. Gleich darauf, Januar 1834, entstand der große Nationale Consolidierte Gewerkverein. Unter den Maßnahmen, die er in Aussicht nahm, befindet sich das Pachten von Land, auf dem Arbeiter bei Arbeitseinstellung beschäftigt werden sollten. Innerhalb weniger Wochen trat eine halbe Million Arbeiter bei. Auch die armen Landarbeiter der südlichen Grafschaften, die Ende der zwanziger und zu Beginn der dreißiger Jahre so vermessen waren, eine Erhöhung des Lohnes auf 12 s die Woche zu verlangen, sind mit ihnen in Verbindung getreten und haben davon die Erfüllung ihrer Wünsche erhofft. Es taucht der Gedanke eines Generalstreiks aller Lohnarbeiter auf, um allen die größtmögliche Entfaltung ihrer Fähigkeiten zu sichern.

Diese Vorgänge regten das Publikum auf, noch mehr als im März 1834 infolge eines Streiks der Gasarbeiter Westminster mehrere Nächte lang im Dunkel lag. Unter

dem Einfluß dieses Schreckens ist auch die barbarische Verurteilung der Landarbeiter erfolgt, von der oben die Rede war¹⁾. Lord Melbourne, damals Minister des Innern, verteidigte das Urteil im Parlament und beauftragte den Nationalökonom W. N. Senior und einen Advokaten Tomlinson, ein Gutachten über Maßnahmen zur Unterdrückung der Gewerkvereine und zum Schutz der Arbeitswilligen zu erstatten. Da die Koalitionsfreiheit offen nicht abgeschafft werden konnte, empfahlen die Gutachter eine strengere Handhabung der Bestimmungen des Gemeinen Rechts über Verschwörung und Behinderung des Handels, die von dem Gesetze von 1825 wieder in Kraft gesetzt worden waren, ferner Bestrafung des Werbens zum Beitritt zu Gewerkvereinen, des Schildwachstehens bei Arbeitseinstellungen und Aussperrungen, Konfiskation des Gewerkvereinsvermögens. Die Whigregierung wagte es nicht, das Gutachten zu veröffentlichen. Ohne Verletzung der konstitutionellen Freiheiten konnte nichts geschehen. Daher lehnte die Regierung es ab, Spezialmaßregeln gegen die Gewerkvereine zu ergreifen; aber sie versäumte keine Gelegenheit, ihnen ihre Feindseligkeit fühlbar zu machen, und verwies die Arbeitgeber auf das Gemeine Recht. Gewerkvereine wurden, wo es irgend ging, wegen gesetzwidriger Verschwörung bestraft, selbst wenn sie nur ihren Arbeitgebern schrieben, daß ein Streik stattfinden werde u. dgl. Man erinnerte sich des 1797 erlassenen Gesetzes, das die Abnahme eines Eides seitens einer vom Gesetze nicht anerkannten Gesellschaft unter Strafe stellte und seiner Neueinschärfung durch eines der sechs Knebelgesetze des Lord Sidmouth. Auf Grund desselben sind die Landarbeiter verurteilt worden; ihr Verbrechen war, daß sie vom Großen Nationalverein Unterstützung erhofft hatten. Das Urteil hatte zur Folge, daß die Abnahme von Eiden seitens der Gewerkvereine aufhörte, einige wenige Gewerbe und Distrikte ausgenommen.

Der Zusammenbruch eines großen Streiks der Londoner

1) Siehe oben S. 158, 159.

Schneider wegen ungenügender Unterstützung und andere ähnliche Mißerfolge haben den Glauben an den Großen Nationalverein erschüttert. Die große Organisation, der eine halbe Million Arbeiter angehört hatte, war allenthalben im Kampfe um das „Dokument“ von den Arbeitgebern geschlagen worden. Die Folge war allenthalben im Lande eine Rückkehr zu lokalen Gewerkvereinen. Die Jahre 1830—1834 sind indes nicht ohne Einfluß auf deren Mitglieder gewesen. Ihre Ideen sind unter Owens Einfluß erweitert worden; sie wurden Idealisten, die an eine bessere Zukunft glaubten. Wo es aber zum Kampfe kam, waren sie noch die alten, die nichts kannten als Streik und Boykott; gefürchtet, gehaßt, verachtet, von den Besitzenden in jeder Weise unterdrückt und in entsetzlicher Armut. Ihre Organisationen waren schwächer geworden. Sie wurden jetzt nicht bloß bei sinkender, sondern auch bei steigender Nachfrage stets geschlagen.

Das steigerte Owens Einfluß auf die Gewerkvereine. Schon der Ausschuß des sterbenden Großen Nationalvereins hatte unter seinem Einfluß in einer Erklärung Arbeitsstreitigkeiten verurteilt und die Gründung von Produktivgenossenschaften befürwortet. Owen hoffte von den Gewerkvereinen, daß er mit ihrer Hilfe eine Organisation des Wirtschaftslebens herbeiführen könne, in der die individuelle Konkurrenz und die Verfügung des Eigentümers über die Produktionsmittel fehle. Er erhoffte die Erreichung dieses Zieles aber nicht von einer Sozialisierung der letzteren, sondern von der Verwandlung aller Unternehmungen in Produktivgenossenschaften. Owen glaubte, daß es möglich sei, durch Zusammenfassen aller Arbeiter in einer Gewerkvereinsorganisation den Übergang der privaten Betriebe in Produktivgenossenschaften herbeizuführen, dabei verwarf er aber alle Anwendung von Gewalt; vielmehr glaubte er, durch Erziehung den Charakter der Menschen so ändern zu können, daß sie dazu bereit seien, während sein begeisterter Anhänger William Benbow schon den Generalstreik als Mittel zur Verwirklichung von Owens Plänen befürwortete.

Der feste Glaube an diese Möglichkeiten hat die Gewerkvereine unverschämt in ihrem Auftreten gemacht. Sie fühlten sich entsprechend den Lehren Owens als diejenigen, denen die Leitung der Industrie von Rechts wegen zustehe, und dies zu einer Zeit, da selbst ein ehrerbietig vorgebragtes Verlangen der Arbeiter nach Besserung ihrer Arbeitsbedingungen als Anmaßung galt. Die Folge war hemmungslose Feindseligkeit der Arbeitgeber und der Regierung.

Ende August 1834 haben die Beziehungen Owens zu den Gewerkvereinen ihr Ende gefunden. Ich werde auf ihn und seine weitere Wirksamkeit im 52. Kapitel zurückkommen. Hier gilt es, den Verlauf der Gewerkevereinsbewegung zu erzählen. Sie war nicht tot, als Owen sich von ihr abwandte. Die Buchdrucker und Maschinenbauer hatten sich von der von ihm beeinflussten Bewegung ferngehalten. 1835 haben die Töpfer noch einen Sieg errungen, indem sie das „Grüne Buch“ durchsetzten, in dem die Preise für die einzelnen Leistungen festgelegt waren. Auch die Buchdrucker, die Spinner zu Preston, die Bleiarbeiter, Zimmerleute, Steinmetzen, Backsteinmaurer bewiesen durch ihre Forderungen das Fortbestehen ihrer Gewerkvereine. Da erfolgte 1837 der Aufsehen erregende Streik der Baumwollspinner in Glasgow, der einen langen Prozeß und strenge Strafen für die Führer zur Folge hatte. Nun zeigten sich die Wirkungen der zahllosen kriminellen Verurteilungen, welche die Anwendung der Bestimmungen des Gemeinen Rechts auf die Unterdrückung der Arbeiterkoalitionen zur Folge gehabt hatte. Die dadurch erzeugte Verbitterung hatte, wie vor 1824, zu Heimlichkeit und in einzelnen Fällen zu den scheußlichsten Greuelthaten auf Seiten der Arbeiter geführt, die sich bei den Baumwollspinnern von Glasgow bis zum Begießen Abtrünniger mit Vitriol gesteigert hatten. Zu derselben Zeit hatten die irischen Gewerkvereine in Dublin und Cork ein Monopol in verschiedenen Gewerben durchgesetzt und waren darüber in Konflikt mit O'Connell geraten. Er hat dies zu einem heftigen Angriff im Unterhause gegen die Gewerkvereine

im allgemeinen benutzt. Ein parlamentarischer Ausschuß zur Untersuchung der Wirkungen der Abschaffung der Koalitionsverbote wurde niedergesetzt. Er endete in 2 Bänden Zeugenaussagen ohne Bericht, und die Sache fiel.

Die dreißiger Jahre endeten mit dem größten Elend der Arbeiter. Die Mitgliedschaft der noch bestehenden Gewerkvereine nahm rapide ab. Dazu kamen noch törichte Streiks. Die Arbeiter waren vom Geiste tiefsten Mißvergnügens erfüllt. Dazu kam der Haß gegen das neue Armengesetz, gegen die Kornzölle, gegen allseitige Bedrückung durch die Besitzenden. Die Bestrebungen der englischen Arbeiter gingen nun auf Eroberung der politischen Gewalt durch die Arbeiterklasse, wovon sie ihre wirtschaftliche und soziale Emanzipation erwarteten. Davon im 53. Kapitel.

50. Kapitel.

Die Anfänge der Arbeiterschutzgesetzgebung.

Zu derselben Zeit, da die Koalitionsverbote erlassen wurden, waren schon Bestrebungen im Gang, um den Leben und Sittlichkeit gefährdenden Wirkungen der unbeschränkten Herrschaft, die der Arbeitgeber im Arbeitsvertrage über das Leben des Arbeiters erwirbt, entgegenzuwirken. Es gilt in diesem Kapitel, die Kämpfe zu erzählen, die ausgefochten werden mußten, um jener Wirkungen Herr zu werden. Sie haben schon vor der Beseitigung des Lehrlingsgesetzes begonnen.

Um eine den Charakter des Arbeiters als Menschen wahrende Bestimmung hat allerdings schon seit Cromwells Tagen nicht mehr gekämpft werden müssen. Das war das aus religiösen Gesichtspunkten erlassene Verbot jeglicher Sonntagsarbeit. Dadurch wurde allen Arbeitern, auch den erwachsenen männlichen, ein Ruhetag in der Woche gesichert.

Sodann sind Gesetze erlassen worden, welche die Matrosen gegen die unglaubliche Gewissenlosigkeit von Reedern in der Unterbemannung von Schiffen¹⁾ und Absendung seeuntüchtiger Schiffe, um mittels hoher Überversicherung aus ihrem Untergang Vorteil zu ziehen, schützen sollten. Das erste nach der Parlamentsreform zum Schutze der Matrosen erlassene Gesetz war der 3 a. 4 Wm. IV c. 88 vom 28. August 1833. Eine große Zahl

1) Siehe darüber L. J. a. B. Hammond, *The Town Labourer, 1760—1832*. London 1917, p. 29.

weiterer die Seeleute betreffenden Gesetze sind in der Zeit bis zur Parlamentsreform von 1867 erlassen worden¹⁾. Doch werden wir sehen, daß noch bis in die siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts über die ärgsten Mißbräuche geklagt wurde.

Die klassische Gesetzgebung zum Schutze von Leib, Leben, Gesundheit und der Möglichkeit, zum Anteil an den Segnungen der Kultur aufzusteigen, datiert aber erst von dem Aufkommen des Fabriksystems. Sie hat sich zunächst nur auf Kinder, dann auch auf jugendliche Personen und Frauen erstreckt, und daraus ist die Arbeiterschutzesetzgebung hervorgegangen²⁾, deren Aufgabe ist, die Grenzen zu ziehen, innerhalb deren dem Arbeitgeber gestattet ist, durch den Arbeitsvertrag eine Herrschaft über das persönliche Leben des Arbeiters auszuüben. Sie hat sich bis zum Weltkrieg nicht auf erwachsene männliche Arbeiter erstreckt. Man ging davon aus, daß diese auf dem Wege der Koalition imstande seien, selbst für sich zu sorgen; aber die Fortschritte der für jugendliche Arbeiter und Frauen erlassenen Gesetze haben, da es im Fabrikbetriebe keine individuellen Arbeitsbedingungen gibt, auch auf die Arbeitsbedingungen der erwachsenen Männer

1) J. M. Ludlow and Lloyd Jones, *Progress of the Working Class* 37, 38.

2) Der folgenden Darstellung liegen zu Grund: J. P. Kay M. D. *The Moral and Physical Condition of the Working Classes employed in the Cotton Manufacture in Manchester*. London 1832. — P. Gaskell, *The Manufacturing Population of England*. London 1833. — A. Ure, *The Philosophy of Manufactures*. London 1835. — P. Gaskell, *Artizans and Machinery*. London 1836. — John Fielden, *The Curse of the Factory System*. London 1836. — Alfred (Pseudonym für Samuel Kydd) *History of the Factory Movement*. 2 vols. London 1857. — Robert Owen, *The Life of Robert Owen*. 2. vols. London 1857. — 58. — John Malcolm Ludlow and Lloyd Jones, *Progress of the Working Class. 1832—1867*. London 1867. — O. Weyer, *Die englische Fabrikinspektion*. Tübingen. 1888. — B. L. Hutchins and A. Harrison, *A History of Factory Legislation*. London 1911. — L. J. and Barbara Hammond, *The Town Labourer. 1760—1832*. London 1917. Chapt. VIII.

zurückgewirkt. So sind die Sanitäts- und Sicherheitsvorschriften, die zum Schutze der Kinder, jugendlichen Personen und Frauen erlassen worden sind, auch den in den gleichen Räumen beschäftigten Männern zu gut gekommen; und auch die Beschränkung der Arbeitszeit der geschützten Personen mußte die Arbeitszeit der mit diesen zusammen beschäftigten Männer beeinflussen.

Alle diese Bestimmungen, die in das Arbeitsverhältnis direkt eingreifen, haben das Gemeinsame, daß sie dies nur tun, insofern der Arbeitsvertrag ein Herrschaftsvertrag ist. Hier handelt es sich nicht um Negation der Freiheit, sondern um die Negation der Bedingungen, welche mit der Freiheit im Widerspruch stehen. Ihnen gegenüber wurde es nicht bloß als Recht, sondern als Pflicht des Staats angesehen, einzutreten, um die Freiheit des Arbeiters zu wahren.

Doch gibt es auch Gesetze, die sich nach der Beseitigung der alten gewerblichen Ordnung im Jahre 1814 mit dem Arbeitsvertrage auch der erwachsenen männlichen Arbeiter beschäftigt haben, ohne der Idee nach in die Freiheit des Arbeitsvertrags einzugreifen. Dazu gehören vor allem die Truckverbote. Man versteht darunter die Bestimmungen, welche den Arbeitgebern verbieten, die Löhne ihrer Arbeiter anders als bar in der Währung des Landes auszuzahlen, ihnen persönlich oder auf Umwegen durch andere mit ihnen verbundene oder von ihnen abhängige Personen Waren zu kreditieren und Lebensmittel zu einem die Anschaffungskosten übersteigenden Preise zu verkaufen. Verträge, welche diesen Verboten zuwiderlaufen, sind für nichtig erklärt worden, desgleichen alle Vereinbarungen, durch welche die Arbeiter sich gegenüber ihren Arbeitgebern verpflichten, ihre Lebensbedürfnisse aus gewissen Verkaufsstellen zu entnehmen, sowie alle vertragsmäßigen Verpflichtungen der Arbeiter, ihren Verdienst zu bestimmten Zwecken zu verwenden; ausgenommen hiervon sind nur vertragsmäßige Beiträge der Arbeiter zu den sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen zum Besten der Arbeiter. Forderungen für kreditierte

Waren können weder eingeklagt noch auf den Lohn angerechnet werden.

Wie der Truck selbst, so finden sich auch Verbote desselben im Mittelalter für die Textilindustrie, in der am frühesten ein Großbetrieb stattfand; dann seit dem 16. und 17. Jahrhundert insbesondere im Bergwerksbetrieb und seitdem in allen Gewerben zeigten sie sich in dem Maße, in dem diese zum Großbetriebe übergingen, notwendig. Als es nun zur Abschaffung der alten gewerblichen Ordnung kam, blieben doch diese Verbote bestehen, denn A. Smith, der im übrigen alle staatlichen Eingriffe in die Lohnverhältnisse lebhaft verurteilte, nahm doch diese Bestimmungen in Schutz, „weil sie die Arbeitgeber nur zwingen in Geld den Wert zu bezahlen, den sie in Waren zu bezahlen vorgeben, aber nicht wirklich bezahlen.“ Das Argument ist nicht stichhaltig, indem die Truckverbote ja auch vertragsmäßige Abmachungen der Arbeiter, sich in Waren bezahlen zu lassen, für nichtig erklären. Allein es hat das Gute gehabt, daß 1831 relativ leicht ein neues scharfes Truckverbot zum Gesetz wurde. Nachträge zu demselben sind durch die Gesetze von 1870, 1872, 1874 und 1887 erlassen worden.

Zu den Gesetzen, welche die Erfüllung der im Arbeitsvertrage eingegangenen Verpflichtungen sichern sollen, gehören ferner die über den Bruch des Arbeitsvertrags.

Wir sind der seit dem schwarzen Tod in der englischen Gesetzgebung hervortretenden Auffassung von der Pflicht jedes arbeitsfähigen Armen, zu den von den Behörden vorgeschriebenen Bedingungen zu arbeiten, in den vergangenen Darlegungen wiederholt begegnet. Als Folge dieser Auffassung galt der Bruch des Arbeitsvertrags seitens des Arbeiters als ein Delikt gegen die öffentliche Ordnung, der seitens des Arbeitgebers nur als Bruch einer zivilrechtlichen Verpflichtung. Demgemäß wurde der erstere kriminell geahndet, während der Arbeiter bei letzterem nur Anspruch auf Schadenersatz hatte, den er aber nie einzutreiben vermochte.

Diese Verhältnisse standen mit der Ordnung des Ar-

beitsverhältnisses, wie sie 1814 zur Anerkennung gelangt ist, in schneidendem Widerspruch. Die Abschaffung des Lehrlingsgesetzes war im Namen der Rechtsgleichheit von Arbeitgeber und Arbeiter bei Abschluß des Arbeitsvertrages erfolgt. Hier aber völlige Ungleichheit. Die daraus fließenden Mißstände wurden noch dadurch verstärkt, daß der Friedensrichter, der das Urteil zu sprechen hatte, selbst Arbeitgeber war. Ich gehe nicht auf die ungenügenden Versuche ein, diese Mißstände zu beseitigen. Die endliche Regelung ist erst durch das Unternehmer- und Arbeitergesetz von 1875 erfolgt.

Doch wenden wir uns zur Betrachtung der Anfänge dessen, was man heute vor Augen hat, wenn man von Arbeiterschutzgesetzgebung spricht. Die Bewegung für den Erlaß einer solchen hat ebensowenig wie die für Beseitigung der Koalitionsverbote in Arbeiterkreisen ihren Anfang genommen. Diese waren damals zu tief gesunken, um sich selbst zu einer Bewegung aufrütteln zu können. Sie ging aus von Philanthropen und von den bürgerlichen Kreisen, die durch diese Übelstände in Mitleidenschaft gezogen wurden. Gegner waren die Fabrikanten, die Herr im Hause bleiben wollten, und den Untergang ihres Gewerbes von der Fürsorge für ihre Arbeiter in Aussicht stellten, sowie die doktrinären Nationalökonomten, die jede staatliche Einmischung in den Arbeitsvertrag als schädlich verurteilten. Nur für Kinder haben auch sie eine Ausnahme gemacht, und, da die Frauen Sklaven seien, solange sie dies seien, auch für diese. Doch es hat unter den Nationalökonomten auch Ausnahmen gegeben. So hat Malthus die Fabrikgesetze gebilligt, und selbst Mac Culloch hat damit sympathisiert. Und wenn die Freunde der Bewegung die Utilitarier als ihre angeblich natürlichen Feinde auch am grimmigsten haßten, so wurde schon oben¹⁾ betont, daß das Ziel der Utilitarier des größten Glücks der größten Zahl und ihre Methode, eine jede Maßnahme nach ihren Wirkungen zu beurteilen, diese zu Verteidigern

1) Siehe oben S. 69.

derselben machen mußte. Auch hat der Fabrikant John Fielden, einer der verdienstvollsten Förderer der Arbeiterschutzgesetzgebung, als radikaler Utilitarier geendet.

Die Übelstände, die zur Arbeiterschutzgesetzgebung geführt haben, sind älter als die industrielle Revolution. Sie gehen zurück auf die Bestimmung der Elisabethschen Armengesetzgebung, wonach die Kinder der Armen als Lehrlinge bis zum 21., bzw. 24 Lebensjahre untergebracht werden sollten. Das hat schon, bevor es Fabriken mit Maschinenbetrieb gab, zur Beschäftigung von drei- bis fünfjährigen Kindern in den Arbeitshäusern mit Wergzupfen geführt. Im Alter von 10 oder 11 Jahren wurden sie dann von den Armenverwaltungen an den mindestfordernden Arbeitgeber ausgetan; denn die Kirchspiele zahlten an die Arbeitgeber, die ihnen die Kinder abnahmen, Beträge bis zu £ 5; ihr Hauptstreben war, die in ihren Armenhäusern untergebrachten Kinder los zu werden. Aber es waren nicht nur Kinder aus Armenhäusern, die so frühzeitig ausgenutzt wurden. In der Hausindustrie war es gebräuchlich, daß die Eltern ihre Kinder beschäftigten, sobald sie kriechen konnten, und ihre Väter sollen die strengsten Lehrmeister gewesen sein. Auch habe ich schon im zweiten Bande¹⁾ von der Begeisterung gesprochen, in der sich Defoe über fünfjährige Kinder ergeht, die ihren eigenen Unterhalt verdienten, und eine Beschreibung der Zustände von England aus späterer Zeit spricht von den Kindern in Norwich, die im Alter von 6 bis 16 Jahren £ 12 000 im Jahre mehr, als sie kosteten, verdienten, und stellt sie ganz England als Muster hin. Doch haben schon damals nicht alle so optimistisch gedacht. Schon 1758 wird geklagt, daß die in den Armenhäusern befindlichen, Arbeitgebern überlassenen Kinder vernachlässigt und schlecht behandelt würden. Es wird dies als die Regel hingestellt. Ein Bericht des Unterhauses von 1767 über die Armenkinder hat entsetzliche Zustände enthüllt. In dem Philanthropen John Hanway ist ihnen ein früher Anwalt er-

1) Band II, 379.

standen. Auf seinen Antrag ist 1767 ein Gesetz erlassen worden, wonach alle Kinder unter 6 Jahren, die sich in den Armenhäusern von London befanden, für nicht weniger als 2 s 6 d die Woche in Pflege gegeben werden sollten. Aber welcher Art mag die Pflege gewesen sein, wenn weiter bestimmt wird, daß die Pflegerin 10 s erhalten soll, wenn das Kind nach einem Jahre noch lebt! Auch ist die damals den britischen Inseln eigentümliche Art, die Schornsteine zu reinigen, indem man kleine Jungen zwang, durch sie zu klettern, aus Dickens *Oliver Twist* bekannt¹⁾; 1788 wurde zum Schutze dieser Kinder ein Gesetz (28. Geo. III c. 48) erlassen, und 1796 hat Pitt in seiner Vorlage über die Armensteuer den von Michelet mißdeuteten Vorschlag gemacht, Kinder im Alter von 5 Jahren an die Arbeit zu setzen¹⁾.

All' dies hatte mit den Leiden, welche die Kinder in den Fabriken zu erdulden hatten, nichts zu tun, sondern war nur der Ausfluß des Strebens der Armensteuerpflichtigen, den mit dem geschilderten Verfall der Armenverwaltung sich steigernden Druck der Armensteuer zu mildern. Als der Fabrikbetrieb kam, wurde nur fortgesetzt, was er vorfand.

Der von Arkwright erfundene Kettenstuhl war auf eine mechanische Triebkraft berechnet. Vor der Verwendung der Dampfmaschine in der Baumwollspinnerei war diese Kraft das Gefäll von Bächen und Flüssen. Aus den Hütten und Häuschen, in denen sie von Frauen und Mädchen unter der Aufsicht ihrer Mütter betrieben worden war, wurde sie in große Fabriken an den Ufern von Bächen und Flüssen, die geeignet waren, Mühlräder zu drehen, verpflanzt. Tausende von Händen wurden nun plötzlich begehrt, und insbesondere waren die kleinen gelenkigen Finger von Kindern gesucht, um die frühere Arbeit von Erwachsenen zu verrichten. Wo aber diese Kinder finden an jenen in einsamen Tälern gelegenen Orten? Die Armen-

1) Siehe darüber ausführlich J. L. and Barbara Hammond, *The Town Labourer* 172—193.

2) *Parliamentary Register*, Febr. 12. 1796.

häuser der Kirchspiele haben die Antwort gegeben. Sie lieferten den Fabrikanten die nötigen Kinder nicht nur umsonst, sondern bezahlten sie noch, damit sie sie nahmen. Das Parlamentsmitglied Horner berichtete am 6. Juni 1815 im Unterhause von einem zwischen einem Londoner Kirchspiele und einem Fabrikanten in Lancashire abgeschlossenen Verträge, in dem der Fabrikant sich verpflichtete, auf je 20 gesunde Kinder ein *idiotes* zu nehmen. Die so verhandelten Kinder gingen, wenn auch nicht rechtlich, so doch tatsächlich in das Eigentum des Fabrikanten über. Es kam vor, daß bei dem Konkurs eines Falliten eine Anzahl solcher Kinder mit zur Versteigerung ausgesetzt und in den Blättern als Teil der Konkursmasse bezeichnet wurde. Wir haben das Zeugnis des großen Baumwollspinners Fielden aus Todmorden in Lancashire, daß es „die Regel war, daß der Fabrikant seine Lehrlinge kleidete, nährte und in einem sogenannten „Lehrlingshause“ in der Nähe der Fabrik unterbrachte. Aufseher wurden ernannt, deren Interesse es war, die Kinder aufs äußerste abzuarbeiten, da ihre Bezahlung im Verhältnis stand zur Arbeit, die sie erpressen konnten. Grausamkeit war die selbstverständliche Folge, und es sind überreichliche Beweise vorhanden, daß in vielen Fabriken, aber besonders, wie ich fürchte, in der schuldvollen Grafschaft, der ich angehöre, in Lancashire, die herzerreißendsten Grausamkeiten verübt wurden gegen die harmlosen und freundlichen Geschöpfe, die der Sorge der Fabrikanten anvertraut worden waren, daß sie durch übermäßige Arbeit zum Rand des Grabes abgemüht wurden, daß sie gepeitscht, gefesselt mit raffinierter Grausamkeit gefoltert wurden, daß sie in vielen Fällen bis auf die Knochen ausgehungert wurden, während sie durch Schläge zur Arbeit getrieben wurden und daß sie in einzelnen Fällen zum Selbstmord geschritten sind, um den Grausamkeiten einer Welt zu entinnen, in der sie, erst vor kurzem für sie geboren, ihre glücklichsten Augenblicke im Armenkittel und im Zwange des Arbeitshauses erlebt hatten.“

Dieses Zeugnis Fieldens steht nicht allein. Sein

Bericht gibt nur kondensiert, was Samuel Kydd in seiner unter dem Pseudonym „Alfred“ herausgegebenen Geschichte der englischen Fabrikgesetzgebung auf langen Seiten in entsetzlichen Einzelheiten erzählt. „Der Gewinn der Fabrikanten“, fährt Fielden nach der obigen Schilderung fort, „war enorm. Aber statt ihre Begehrlichkeit zu befriedigen, wurde diese nur gesteigert, und die Fabrikanten griffen zu einem Mittel, das ihnen die Möglichkeit zu geben schien, sich diesen Gewinn unbegrenzt zu verschaffen: sie griffen zur „Nachtarbeit“; nachdem sie eine Serie von Händen durch Tagesarbeit abgemüdet hatten, hielten sie eine andere Serie bereit, um während der Nacht weiterzuarbeiten. Die Tagesserie wurde in die Betten gelegt, welche die Nachtserie soeben verlassen hatte, und umgekehrt wurde die Nachtserie in die Betten gelegt, welche die Tagesserie am Morgen verließ. Es ist eine allgemeine Tradition in Lancashire, daß die Betten niemals erkalteten.“

Diese Verbrechen gegen die Natur rächte die Natur selbst. Die armen Kinder hatten gleich der irischen Witwe, von der Carlyle spricht, bisher vergeblich ihre Eigenschaft als Mitmenschen geltend gemacht. Sie hatten gerufen: wir sind euere Brüder und Schwestern, Fleisch von eurem Fleisch und Bein von eurem Bein; ein Gott hat uns gemacht; ihr müßt uns helfen. Aber man hatte mit Nein geantwortet. Es ist unmöglich zu helfen. Ihr seid nicht unsere Geschwister. Ihr seid bloßes Rohmaterial und zwar das billigste. Da bewiesen sie ihr Menschentum, allerdings auf ihre Weise. Ansteckende Krankheiten brachen unter ihnen aus und ergriffen nicht nur die Fabrikanten und ihre Familien, sondern die ganze Nachbarschaft. Die benachbarten Ortschaften und Städte gerieten in Aufregung. Die Zeitungen bemächtigten sich der Angelegenheit, und es entstand ein allgemeiner Aufschrei der Entrüstung, als die in den abgelegenen Tälern begangenen Scheußlichkeiten auch nur teilweise bekannt zu werden anfangen. Als 1784, ausgehend von den Baumwollfabriken in Radcliffe, die erste

derartige Epidemie ausbrach, haben die Friedensrichter von Lancashire einige Ärzte in Manchester mit der Untersuchung ihrer Ursachen beauftragt. Der Bericht des Dr. Percival sagt, es bleibe zweifelhaft, wo das Fieber seinen Anfang genommen habe. Aber es sei verbreitet und verstärkt worden durch das Zusammendrängen der Kinder, durch die faulen Ausdünstungen in den Räumen, ihre Entbehrung frischer Luft und die zu lange Arbeitsdauer, wie sie durch die Baumwollfabriken veranlaßt sei. Darauf haben die Magistrate der Grafschaft erklärt, daß sie in Zukunft verweigern würden, Kirchspiellehrlinge den Inhabern von Baumwoll- und anderen Fabriken zu verpflichten, in denen Kinder nachts oder länger als zehn Stunden bei Tag arbeiten müßten. Das war der erste Versuch von Behörden, die Arbeitsdauer der Kinder zu beschränken; die Magistrate waren auf Grund der Armen-gesetzgebung dazu berechtigt.

Aber dem Übel wurde dadurch nicht Einhalt getan. Es wuchs. Neue Epidemien brachen aus; und hatte der Eigennutz der Fabrikanten auch den Bemühungen einzelner Philanthropen bis dahin gespottet, so war er doch nicht imstande, der ob der Gefährdung Aller entstandenen Beunruhigung Trotz zu bieten. Sie willigten 1795 in die Errichtung eines Gesundheitsamts in Manchester, das am 25. Januar 1796 folgende von Dr. Percival verfaßte Resolution beschloß:

„Es ist bereits gesagt worden, daß der Zweck dieses Amtes ist, die Entstehung von Krankheiten zu verhüten, die Ausbreitung derselben zu verhindern und die Dauer bestehender durch Gewährung der den Kranken nötigen Hilfe und Linderung zu kürzen. In Erfüllung dieser Aufgabe hat das Amt seine Aufmerksamkeit vornehmlich den großen Baumwollfabriken in Stadt und Umgebung von Manchester zugewandt und fühlt es als seine Pflicht, der Öffentlichkeit das Ergebnis seiner Unternehmungen mitzuteilen.

„1. Es hat sich gezeigt, daß die Kinder und andere, welche in den großen Baumwollfabriken beschäftigt sind,

besonders empfänglich sind, von dem Fieber angesteckt zu werden, und daß die Ansteckung dann rasch um sich greift, und zwar nicht nur unter denen, die in denselben Räumen zusammengedrängt sind, sondern auch in ihren Familien und in deren Umgebung.

„2. Die großen Fabriken sind, selbst wo keine besonderen Krankheiten vorherrschen, als Regel der Konstitution der in ihnen Beschäftigten verderblich infolge der engen Einsperrung, die erfordert wird, infolge der schwächenden Wirkungen der heißen und unreinen Luft und wegen des Fehlens aktiver Bewegung, wie sie die Natur im Kindesalter und in der Jugend verlangt, um den Menschen zu kräftigen und unsere Spezies für deren spätere Pflichten geeignet zu machen.“

„3. Die unzeitige Nacharbeit und die ausgedehnte Tagesarbeit der Kinder hat nicht nur die Wirkung, die künftigen allgemeinen Lebenserwartungen und die Hoffnungen für die künftige Industrie zu vermindern, indem sie die Stärke unterminiert und die Lebensfähigkeit der aufkommenden Generation zerstört, sondern sie unterstützt nur zu häufig auch die Trägheit, Unwirtschaftlichkeit und Liederlichkeit der Eltern, welche entgegen der Ordnung der Natur von der Bedrückung ihrer Sprößlinge leben.“ — Ich muß hier einschaltend bemerken, daß der Bericht aus Manchester ist und aus dem Jahre 1796, also nachdem die Dampfmaschine in Baumwollfabriken schon teilweise zur Anwendung gekommen war, was, wie wir noch sehen werden, später eine allgemeine Zurückverlegung der Fabriken in volkreiche Orte zur Folge hatte, wobei dann die Fabrikanten nicht mehr lediglich auf die Kinder aus den Armenhäusern angewiesen waren.

„4. Hat sich gezeigt, daß die in Fabriken beschäftigten Kinder allgemein jeglicher Erziehungsgelegenheiten beraubt sind und von jeglichem Unterrichte in der Sittenlehre und in der Religion abgesperrt.

„5. Die vortrefflichen Einrichtungen, welche in einigen Baumwollfabriken bestehen, zeigen, daß viele der Übel in beträchtlichem Maße vermieden werden können; und wir

sind deshalb durch die Erfahrung gerechtfertigt und haben die Zusicherung der liberalen Eigentümer jener Fabriken, wenn wir eine Petition um parlamentarische Abhilfe in Vorschlag bringen — für den Fall, daß nicht andere Methoden denselben Erfolg versprechen —, auf daß ein allgemeines System von Gesetzen erlassen werde zur weisen, menschlichen und gleichmäßigen Regelung solcher Fabriken.“

Diese Resolutionen enthalten eine Kondensierung der mit unregelter Fabrikarbeit verbundenen Übelstände. Es ist bemerkenswert, daß schon in so früher Zeit gerade in Manchester, dem Herzen der modernen Industrie, der Ruf nach einer gesetzlichen Neuordnung der Arbeitsverhältnisse erhoben wird. Nicht minder beachtenswert ist, daß, wie das Vorgeführte zeigt, dieser Ruf nicht, wie die Widersacher der Arbeiterschutzgesetzgebung in allen Ländern so oft behaupten, seinen Ursprung in der Sentimentalität von Pseudophilantropen, in falscher Menschlichkeit und Samaritertum gehabt hat. Die Arbeiterschutzgesetzgebung hatte ihren Ursprung in dem Trieb der Selbsterhaltung der besitzenden Klassen.

Nachdem die mit den Fabriken verbundenen Übelstände Gegenstand der öffentlichen Diskussion geworden waren, wurden sie alsbald auch im Parlament erörtert. Wilbraham Bootle hat sie im Unterhause zuerst zur Sprache gebracht. Aber noch haben seine Anregungen nicht zu praktischen Maßregeln geführt. Doch das Schicksal der Kirchspiellehrlinge beschäftigte die Öffentlichkeit, nachdem sie einmal auf dasselbe aufmerksam geworden war, weiter. Selbst wo es den Kindern am besten ging, betrug ihr Arbeitstag 12 Stunden; in der Mehrheit der Fabriken betrug er 15. In einigen wurde Tag und Nacht mit Schichtwechsel in der Fabrik und in den Betten gearbeitet. Der Leiter des Armenhauses in Preston berichtete, daß, wenn eine Fabrik zum Stillstand kam, die Kinder auf die Landstraße gefahren und ausgesetzt wurden. Da hat im Jahre 1802 der erste Sir Robert Peel, in dessen Fabriken nach seiner eigenen Aussage durch übermäßige Arbeitszeit stark ge-

sündigt worden war, nachdem er auf deren Folgen für die darin beschäftigten Kinder aufmerksam geworden war, im Unterhause den Antrag auf gesetzlichen Schutz der Kirchspiellehrlinge gestellt. Er fand die Mehrheit völlig bereit, seinen Gesetzentwurf anzunehmen. Er ist am 2. Juni 1802 Gesetz geworden unter dem Titel: „Gesetz zum Schutze der Moral und Gesundheit der Lehrlinge und anderer, die in Baumwoll- und anderen Fabriken beschäftigt werden.“ Die Arbeitszeit ist dadurch auf 12 wirkliche Arbeitsstunden beschränkt und die Nachtarbeit in großen Fabriken ganz verboten worden. Auch enthält das Gesetz eine Anzahl anderer wohlgemeinter Bestimmungen. Doch lohnt es nicht dabei zu verweilen, denn es ist größtenteils ohne Wirkung geblieben, teils wegen ungenügender Durchführungsbestimmungen, vor allem aber, weil das Gesetz nur für Kirchspiellehrlinge und zwar nur für solche, die in Fabriken beschäftigt wurden, Geltung hatte. Es gab aber noch zahlreiche Handwerker, die in Hütten und Kellern arbeiteten. Sie bezogen nach wie vor Lehrlinge aus den Armenhäusern von London. Der Meister konnte sie nach wie vor beliebig ausnützen, denn das Gesetz von 1802 hatte für sie keine Geltung. Diese Hausweber hatten die unregelmäßigsten Gewohnheiten. Sie pflegten während der ersten Tage der Woche zu trinken, und während des Restes derselben durch übertrieben langes Arbeiten das Versäumte nachzuholen; dann wurden ihre eigenen und die aus den Armenhäusern bezogenen Kinder gezwungen, dasselbe zu tun. Vor allem aber blieb das Gesetz von 1802 unwirksam, weil ein neuer Fortschritt im Industriebetrieb seine schützenden Bestimmungen illusorisch machte. Das war die allgemeine Anwendung der Dampfmaschine als Triebkraft in der Baumwollindustrie.

Die Verwendung des Dampfes zum Betriebe der in der Baumwollindustrie verwendeten Maschinen hat die Notwendigkeit aufgehoben, die Fabriken in wasserreichen Tälern zu erbauen. Nun wurden Riesengebäude inmitten volkreicher Städte errichtet; statt der Pfarreilehrlinge verwendete man darin die Kinder der umwohnenden armen

Eltern; bei Verwendung derselben war man keinerlei gesetzlichen Beschränkungen unterworfen. Die Folge war, daß sich hier Mißstände ähnlich denen, die das Gesetz von 1802 hervorgerufen hatten, wiederholten. Entsetzt rief der erste Sir Robert Peel: „Solche beispiellose Ausdehnung des Arbeitstags der Armen wird von so ernstlichen Nachteilen für die heranwachsende Generation begleitet sein, daß ich nicht ohne Kummer daran denken kann, und so wird jene große Leistung britischen Erfindungsgeistes, welche die Maschinen unserer Fabriken zu so großer Vollendung gebracht hat, statt zu einer Wohltat für die Nation zu deren bitterstem Fluch.“

Diese Mißstände haben ungefähr gleichzeitig in Schottland und in England Agitationen für den Erlaß neuer schützender Gesetze hervorgerufen. In Schottland gingen sie aus von Robert Owen, in England von Sir Robert Peel. In New Lanark in Schottland hatte schon vor dem Gesetze von 1802 ein Fabrikant namens Dale durch vortreffliche Einrichtungen, die er für die in seiner Fabrik beschäftigten Kinder getroffen hatte, gezeigt, daß ein gewinnbringender Betrieb mit menschenfreundlichen Arbeitsbedingungen vereinbar sei: Dale hatte 1799 seine Fabrik an eine Gesellschaft verkauft, und Owen hatte deren Leitung übernommen. Kaum hatte er seinen Sitz in New Lanark aufgeschlagen, als er die bedeutendsten Veränderungen einführte, um die seiner Fürsorge anvertrauten Kinder in ihrer physischen und moralischen Lage zu verbessern und sein Erfolg hatte ihm viele Sympathien erworben; auch Bentham wurde dadurch bewogen, sich an dem Unternehmen als Aktionär zu beteiligen¹⁾. Auf einer Versammlung schottischer Baumwollspinner zu Glasgow, im Jahre 1815, schlug Owen vor, „die Baumwollspinner und Fabrikanten Schottlands sollten die Regierung bitten, den auf der Einfuhr von Baumwolle liegenden Zoll von 4 d und einem Bruchteil eines Penny zu beseitigen, gleichzeitig aber ein Gesetz zu erlassen, durch welches eine Altersgrenze fest-

1) Leslie Stephen, *The English Utilitarians* I 218.

gesetzt würde, unter der keine Kinder in Fabriken beschäftigt werden dürften, durch welches ferner die Arbeitszeit auf 10 Stunden täglich beschränkt und Zwangsunterricht in Lesen, Schreiben und Rechnen der beschäftigten Kinder angeordnet würde.“ Aber die schottischen Fabrikanten nahmen nur die geschäftliche Hälfte der Anträge Owens, und zwar einstimmig an, und die Regierung hat auch den Einfuhrzoll von 4 d auf das Pfund Baumwolle beseitigt und nur den Bruchteil eines Penny einstweilen noch beibehalten; die andere, auf den Schutz und die Schulbildung der Fabrikkinder gerichtete Hälfte des Owenschen Antrags dagegen wurde von den schottischen Fabrikanten abgelehnt.

Da hat der erste Sir Robert Peel auf Bitten Owens sich bereit erklärt, den Erlaß eines Zehnstundengesetzes im Unterhause in Anregung zu bringen. Das geschah am 6. Juni 1815. Nun aber erhob sich der heftigste Widerstand seitens der jeglicher Regelung der Fabrikarbeit feindlichen Fabrikanten. In der Hoffnung, die Widerstrebenden zu gewinnen, hat dann Peel am 3. April 1816 den Antrag gestellt, einen Ausschuß zur Untersuchung der Lage der in den Fabriken beschäftigten Kinder niederzusetzen. Was er enthüllte, war Entsetzen erregend. Es wurde über eine Arbeitsdauer bis zu 15 Stunden täglich berichtet. Als Regel wurde eine Arbeitspause auch für das Mittagessen gestattet; ihr Frühstück mußten die Kinder einnehmen, während die Maschine in Gang blieb. Es wurde von Fällen berichtet, in denen dieselben Kinder von 8 Uhr abends am Samstag bis 6 Uhr morgens am Sonntag arbeiteten und von Sonntag nachts 12 Uhr weiter arbeiten mußten bis 5 Uhr morgens am Montag. Jeden Sonntag morgen wurden die Kinder von 6 bis 12 Uhr damit beschäftigt, die Maschinen für die Woche zu reinigen. Von Schulunterricht konnte bei solcher Dauer der Arbeitszeit keine Rede sein. Die Kinder waren des Abends so ermüdet, daß sie ihr Nachtlager nicht mehr aufsuchen konnten, sondern sich sofort nach Schluß der Arbeit auf die Fußböden in den Fabriken hinlegten und einschliefen.

Auch Owen wurde von dem Ausschusse vernommen.

Welcher Gegensatz der Zustände in der von ihm geleiteten Fabrik zu den geschilderten! Bei ihm wurden keine Kinder unter 10 Jahren beschäftigt. Er hatte die Arbeitszeit von 14 auf 12 Stunden herabgesetzt und keinen Ausfall in dem Erträgnis erfahren. Dem entsprach seine Meinung, daß weder der Absatz im Inland noch nach dem Ausland leiden werde, wenn eine Verkürzung der Arbeitszeit allgemein eintrete. Der Gesundheitszustand der jugendlichen und erwachsenen Arbeiter werde sich heben, desgleichen würden ihre Kenntnisse zunehmen und die Armenlast erheblich sich mindern. Seine Erfahrungen seien dafür ein Beweis. Dabei betonte er, daß sie gezeigt hätten, daß eine Minderung der Arbeitszeit nicht gleichbedeutend sei mit einer Minderung der Arbeitsleistung; sie werde gutgemacht durch größere Leistungsfähigkeit, größere Tätigkeit, größere Arbeitslust der Beschäftigten.

Man sollte meinen, die Konstatierung solcher Tatsachen hätte zu sofortiger Annahme des von Peel beantragten Zehnstundengesetzes führen müssen. Aber seine Gegner brachten Zeugnisse von Ärzten bei, wonach für die Kinder nichts gesunder sei als Fabrikarbeit. Zur Beurteilung des Werts ihrer Aussagen seien drei derselben wiedergegeben:

Ein Chirurg namens Wilson wird gefragt: „Ist es nach Ihrer Ansicht als Arzt nicht notwendig, daß junge Leute etwas Erholung und Ausspannung während des Tags haben? Ist dies nötig für ihre Gesundheit?“ — Antwort: „Ich sehe die Notwendigkeit nicht ein“; und dann gibt er als Resultat seiner zwölfjährigen Erfahrung an, daß die Beschäftigung in Baumwollfabriken der Gesundheit ebenso zuträglich sei, wie die im Feldbau.

Ein Dr. Holmes aus Manchester wird gefragt: „Da Sie nicht in Gewißheit waren, ob ein Kind 23 Stunden ohne Nachteil arbeiten könne, würde sich Ihre Ungewißheit auch auf 24 Stunden erstrecken?“ — Antwort: „Dies setze einen äußersten Fall; er könne nur sagen, daß er keine Grenzen angeben könne.“

Ein Dritter, Namens Carbutt, gesteht geradezu ein,

daß er auf Anordnung der Fabrikanten die Gesundheit der Fabrikkinder untersucht habe und in Erwartung, von ihnen bezahlt zu werden, seine Aussagen mache.

Als die Frage im Unterhaus wieder erörtert wurde, wurden die Mißstände, die der freie Arbeitsvertrag den Fabrikkindern gebracht habe, abermals hervorgehoben. Die einzige gute Rede hielt dabei der jugendliche Peel, der spätere große Minister. Wenn die Angaben der Fabrikanten richtig seien, müsse man die Gesetzgebung um die Errichtung von Baumwollfabriken zur Förderung der Gesundheit der Untertanen Seiner Majestät besonders angehen. Die gegen ein neues Fabrikgesetz von den Fabrikanten gerichteten Bemühungen konnte seinen Erlaß nicht verhindern. Aber erst 1819 wurde es erlassen, und zwar in sehr abgeschwächter Gestalt. Von dem ursprünglich vom ersten Sir Robert Peel eingebrachten Zehnstundengesetz war nach vielen Kompromissen äußerst wenig übrig geblieben. Das Gesetz von 1819 war lediglich auf die Baumwollfabriken beschränkt. Seine wichtigste Bestimmung war, daß nach dem 1. Januar 1820 kein Kind unter 9 Jahren in einer Baumwollfabrik und niemand unter 16 Jahren länger als 12 Stunden täglich beschäftigt werden solle. Andere Bestimmungen wurden über Frühstücks- und Mittagspausen, sowie über die Reinigung der Fabrikräume getroffen. Die Strafe für Verletzung sollte nicht weniger als £ 10 und nicht mehr als £ 20 betragen.

In dem Zeitraume von 1819 bis 1833 sind dann noch 5 Gesetze zur Regelung der Kinderarbeit in Fabriken erlassen worden. Allein es lohnt nicht der Mühe, ihren Inhalt anzugeben, denn alle von 1802 bis 1833 erlassenen Arbeiterschutzgesetze sind ein toter Buchstabe geblieben, weil es das Parlament unterlassen hatte, das zu ihrer Durchführung nötige Beamtenpersonal zu schaffen. „Es ist Tatsache“, heißt es in dem Berichte der Fabrikinspektoren vom 30. April 1860, „daß vor dem Gesetze von 1833 Kinder und junge Personen abgearbeitet wurden die ganze Nacht, den ganzen Tag oder beide ad libitum“.

Die Folge war die völlige physische Entartung der

beschäftigten Kinder und jugendlichen Personen, besonders der weiblichen. Nach dem Zeugnis des Fabrikinspektors Robert Baker, der von 1828 bis 1832 als Arzt in Leeds praktizierte, „bestanden die erzeugten Entstellungen in nach innen gebogenen Knien, Plattfüßen und Verbildungen des Rückgrats. Die erstere dieser Verunstaltungen war in den Fabrikdistrikten als das „Fabrikbein“ allgemein bekannt. Es gab kaum eine Straße in irgendeinem derselben, wo es nicht zu sehen war“. Ein anderer Arzt berichtet aus Leeds: „Im Jahre 1832 hatte ich oft Gelegenheit, zur Mittagszeit, wenn die Stände sich zum Essen begaben, einen Distrikt zu durchschreiten. Die große Mehrzahl derselben waren blasse, schmale, abgemagerte, mutlos blickende Wesen, die keine Geneigtheit zur Fröhlichkeit zeigten“, ein Umstand, auf den der Panegyriker des Fabrik-systems, Dr. Ure, sich berief, um das gesittete Betragen der Fabrikkinder zu preisen. „Die Hüften der Erwachsenen“, fährt der Arzt fort, „waren breit, allein scharf und eckig, die Schultern spitzig, der Kopf nicht aufrecht, sondern gebeugt.“ Selbstverständlich war bei solcher Dauer der Arbeitszeit eine Erziehung unmöglich. Die Fabrikarbeiter jener Tage waren in der großen Mehrzahl völlig unwissend. Von Lesen und Schreiben keine Rede. Dementsprechend war der Gegenstand ihrer Gespräche beschränkt. Ihre Vergnügungen waren lärmend und roh. Wo immer es zu Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern kam, gab es gemeingefährliche Szenen. So wollten z. B. 1829 zur Zeit einer Absatzstockung einige Fabrikanten die Löhne herabsetzen. Die Antwort waren Zusammenrottungen. In Macclesfield kam es zu Angriffen und Beschädigungen der Fabriken; ein paar wurden in Brand gesteckt. Ebenso in Manchester. In Rochdale, heute eine Musterstadt, in der jegliche Art von Genossenschaft blüht, brachen die Weber in die Fabriken ein und zerstörten Webstühle und Maschinen. Fünfzehn Empörer wurden gefangen genommen, und als ein Versuch gemacht wurde, sie zu befreien, feuerte das Militär und tötete sechs Personen. Eine Fabrik wurde in Brand gesteckt. Das brennende Gebäude, berichtet ein

Augenzeuge¹⁾, war von Tausenden umgeben, deren Gesichter, von den aufschlagenden Flammen gerötet, eine grimmige Freude ausdrückten. Als das Feuer von Stockwerk zu Stockwerk sich seinen Weg bahnte und durch die langen Fensterreihen sich hinwälzte, brach die Menge in Jubel aus, und als die Flammen schließlich durch das Dach durchschlugen und mit fürchterlichem Geprassel zum Himmel leuchteten, tanzte die Menge voll Entzücken, jauchzte und schlug in die Hände wie in nicht zu unterdrückender Dankbarkeit für einen großen erlangten Sieg.

Ich habe schon gesagt, daß die Bewegung für eine Arbeiterschutzgesetzgebung nicht bei den Arbeitern ihren Anfang genommen hat. Die vor den dreißiger Jahren erlassenen Gesetze waren mehr das Werk von Männern, die außerhalb der Arbeiterklasse standen als dieser selbst. Ganz anders war dies mit der Bewegung der dreißiger Jahre. Die Parlamentsreform hatte für die Arbeiter nur die enttäuschende Einsicht gebracht, daß die Mittelklassen sie als Sturmbock gegen das politische Monopol der Grundbesitzer gebraucht hatten; vom Wahlrecht blieben sie ausgeschlossen. Daher große Erbitterung, wie wir noch sehen werden. Die Bewegung für Abschaffung der Sklaverei, bei der die Arbeiter die Liberalen gleichfalls gestützt hatten, hatte ihnen aber reichlich Gelegenheit gegeben, zwischen ihrer Lage und der der emanzipierten Schwarzen Vergleiche und aus diesen Folgerungen zu ziehen. Wenn auch die Leiter der Bewegung nach wie vor Angehörige der höheren Gesellschaftsklassen gewesen sind, so gebührt doch das Verdienst des mit den dreißiger Jahren beginnenden, schließlich triumphreichen Kampfes um das Zehnstundengesetz, sowohl was die Opfer angeht, die er heischte, als auch was die Segnungen angeht, die er dem Gemeinwesen gebracht hat, den Arbeitern selbst.

Angeregt wurde die Bewegung der dreißiger Jahre durch Richard Oastler. Seiner politischen Stellung nach

1) Lloyd Jones. Siehe *Progress of the Working Class* by J. M. Ludlow and Lloyd Jones p. 23.

war er Tory, seiner religiösen Überzeugung nach gläubiger Protestant; dabei war er voll Mitgefühl für die Leiden seiner Mitmenschen. „Der Altar, der Thron und die Hütte“ war sein Motto. An der Bewegung für die Sklavenbefreiung hatte er lebhaft teilgenommen. Auf seinen Armenbesuchen hatte er häufig die kränklichen und verkrüppelten Fabrikinder gesehen. Aber die Ursachen ihrer Leiden waren ihm unbekannt. Wenn er nachts heimkehrte und in tiefster Nacht die Fabriken erleuchtet sah und arbeiten hörte, hatte er dies als Zeichen der Wohlfahrt begrüßt. Von einem Besuche bei seinem Freunde John Wood, einem sehr reichen und wohlwollenden Tuchfabrikanten in Bradford in Yorkshire, ging seine Aufklärung aus. Als Oastler sich enthusiastisch zugunsten der Sklavenbefreiung in Westindien erging, erwiderte Wood, er wundere sich, daß Oastler sich der Fabrikinder nicht annehme und schilderte ihm das entsetzliche Überarbeiten der Kinder in den benachbarten Fabriken. Oastler wurde aufs tiefste ergriffen, und von dieser Szene datiert die Zehnstundenbewegung, die für die Arbeiterbevölkerung nicht nur Englands, sondern der ganzen modernen Welt segensreich werden sollte.

Oastler begann nun eine unermüdliche Agitation in Wort und Schrift. Trotzdem er Tory und Hochkirchler war, die Arbeiter dagegen Radikale und Dissenter, kam es zu einer Übereinkunft, in der die Arbeiter Oastler als das Haupt der Zehnstundenbewegung außerhalb des Parlaments anerkannten. Führer innerhalb desselben war Michael Thomas Sadler, ein anderer Tory. In einer vortrefflichen Rede vom 16. März 1832 — sie füllt ungefähr 60 Oktavseiten — hat dieser nach anschaulicher Schilderung der in den Fabriken herrschenden Mißstände einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Arbeit von Kindern unter 9 Jahren in Fabriken verbot, die Arbeit der 9 bis 18jährigen auf 10 Stunden täglich beschränkte, die Arbeit an Sonnabenden auf 8 Stunden festsetzte und alle Nachtarbeit der unter 20jährigen verbot. Ein Hauptpunkt, auf den er sich bei Begründung dieser Forderungen berief, war, daß eine Ver-

ordnung der Regierung vom 2. November 1831 die Arbeitszeit der erwachsenen Neger in Westindien auf 9, und der unter vierzehnjährigen Neger auf 6 Stunden beschränkt hatte. Wie könne man es da extravagant finden, wenn man eine Beschränkung der Arbeit der unerwachsenen weißen Sklaven auf 10 Stunden beantrage.

Es ist vielleicht nicht zufällig, daß Macaulay, der noch 1830 im *Edinburgh Review* das ungemischte Lob des Fabriksystems gesungen hatte, an demselben Tage, an dem Sadler seine Rede hielt, in einem Briefe an das Zehnstundenkomitee zu Leeds seine Zustimmung zu dem Gedanken eines Zehnstundengesetzes ausgesprochen hat. Im Unterhause aber war der Widerstand, den Sadler fand, so groß, daß er der Einsetzung eines Ausschusses zur Untersuchung der Lage der Fabrikarbeiter seine Zustimmung geben mußte. Es ging ein Aufschrei durch das Land und sogar durch Europa, als man die Leiden der kleinen Fabrikinder, die unter grausamer Behandlung 13 und 14 Stunden täglich arbeiten mußten, die Verwilderung der jungen Mädchen und die apathische Erschöpfung der früh gealterten Männer in lebhaften Farben vor Augen sah. Alle geschilderten Übelstände waren wirklich vorhanden. Aber es waren hauptsächlich Zeugen aus den Wollspinnereien in Yorkshire, und wenige aus den Baumwolldistrikten genommen worden.

Während dies zur Verschleppung der Erledigung der Frage im Parlamente den Anlaß gab, wurde die Agitation außerhalb des Hauses energisch betrieben. Umsonst wurde den Arbeitern vorgespiegelt, daß Verkürzungen der Arbeitszeit Verkürzungen des Lohnes bedeuteten; wenn nötig, wollten sie mit weniger Lohn zufrieden sein, aber was immer aus der Industrie werden möge, ihre Weiber und Kinder wollten sie vor sicherem Verderben bewahren. Oastler, der nun den Namen „Fabrikkönig“, den seine Feinde ihm als Schimpfname beigelegt hatten, als Ehrentitel angenommen hatte, veranstaltete allenthalben im Lande Massenversammlungen. Besonderen Eindruck machte eine Versammlung in York, zu der Zehntausende von Arbeitern

mit Weib und Kind aus allen Teilen der Grafschaft bei strömendem Regen im Schloßhof zusammenkamen, um die stürmischen Reden „König Richards“, wie sie Oastler nannten, anzuhören und energische Resolutionen zu fassen. Bald danach, am 4. Mai 1833, Samstag nachmittag, hielten Oastler und Sadler einen triumphierenden Einzug in Manchester, um die etwas zurückgebliebenen Arbeiter von Lancashire anzuregen. In einer großen Prozession zogen die Fabrikkinder, als sie gerade von der Arbeit kamen, einher, verkrüppelt, klein und blaß wie Gespenster, „ein Anblick“, wie ein Augenzeuge berichtet, „der zu den traurigsten gehörte, die je auf dieser Erde gesehen wurden, seitdem die Arbeit eine Lebenspflicht wurde. Als die Prozession vorbeimarschierte, waren die Leute, die auf beiden Seiten der Straße standen, von Entsetzen betroffen, und als sie in Peterloo, wo Sadler und Oastler Reden halten sollten, angelangt, eine Hymne anstimmten, in der sie Gott baten, diejenigen zu segnen, die für sie arbeiteten, lauteten die klagenden Stimmen wie ein Aufschrei zum Vater Aller, sie von der erdrückenden Tyrannei, unter der sie litten, zu erlösen. Als das Volk dies hörte, brach es, Männer und Weiber, in Tränen aus, und obwohl noch auf Jahre hinausgeschoben, war das Zehnstundengesetz von dieser Stunde an gesichert.“

Am 7. Juni 1832 war die Parlamentsreform Gesetz geworden, und mit der darauffolgenden Auflösung des Parlaments endete Sadlers Laufbahn. Er ist in das reformierte Parlament nicht gewählt worden. An seine Stelle wurde Lord Ashley, der spätere Lord Shaftesbury, zum parlamentarischen Führer der Bewegung erwählt, und sofort in der neuen Session hat er Sadlers Zehnstundengesetz wieder eingebracht. Es diente der Bewegung zum Vorteil, daß die Tories nach der Parlamentsreform von 1832 nach Rache an den Mittelklassen, die sie geschlagen hatten, dürsteten, daß ferner der gesamte Großgrundbesitz, Tories wie Whigs, eine populäre Gegenbewegung gegen die die Abschaffung der Kornzölle verlangende Bewegung der Fabrikanten brauchten, daß endlich einsichtsvolle Staats-

männer aller Parteien erkannten, daß gegenüber der revolutionären Bewegung der Chartisten, von der noch zu sprechen sein wird, Abhilfe der berechtigten Beschwerden der Arbeiterklasse unerläßlich sei.

So begann ein Kampf, der an Großartigkeit sich mit den größten sozialen Kämpfen, von denen wir wissen, vergleichen läßt. Es ist unmöglich, den Kampf in seinen Einzelheiten hier vorzuführen, so dramatisch das Interesse ist, das er bietet. Auf der Seite der Arbeiter ein bewundernswerter Aufwand von Heroismus und stiller Aufopferungsfreudigkeit, der durch gelegentliche Ausbrüche wilder Verzweiflung einzelner nur in um so helleres Licht gesetzt wurde; auf Seite der Fabrikanten Aufwand aller Mittel, welche ihr Besitz an die Hand gab, um die Wahrheit zu verdunkeln und die dringendsten Anforderungen der Menschlichkeit zum Schweigen zu bringen; auf Seite der ökonomischen Doktrinäre der Manchesterschule die auf irrigen Voraussetzungen beruhenden Argumente Adam Smiths gegen Staatseinmischung in das Wirtschaftsleben. Senior schrieb, daß in den zwei letzten Stunden des Arbeitstag der Unternehmerge Gewinn erzeugt werde; beschränke man den Arbeitstag von 12 auf 10 Stunden, so verschwinde der Unternehmerge Gewinn und damit sei der Untergang der englischen Industrie und der wirtschaftliche Niedergang Englands besiegt.

Schritt für Schritt verteidigten die Fabrikanten die Industrie gegen die von den Arbeitern geforderte gesetzliche Regelung. Schritt für Schritt und für jeden Industriezweig besonders mußten die Arbeiter den Schutz ihrer Kinder und Frauen gegenüber gewissenloser Habsucht erobern. Das Mittel, das sie anwandten, waren Demonstrationen, Versammlungen, Petitionen. Allein der hartnäckige Widerstand der Fabrikanten hatte nur eine Folge: indem er zum wiederholten Nachweis der Notwendigkeit der Fabrikgesetzgebung für jeden Industriezweig nötigte, diente er nur dazu, das Entsetzliche der Lage der in den Fabriken Beschäftigten in seinem ganzen Umfang zu enthüllen und das völlig Unzulängliche der Doktrin der jeder

Regelung widerstrebenden klassischen Nationalökonomien darzutun.

Das erste Gesetz, das aus diesem Kampfe hervorging, war das von 1833. Es verbot in allen Baumwoll-, Schafwoll-, Kammwoll-, Hanf-, Flachs-, Leinen-Spinnereien und Webereien den Personen unter 18 Jahren die Nacharbeit, d. h. die Arbeit zwischen 8 $\frac{1}{2}$ Uhr abends und 5 $\frac{1}{2}$ Uhr morgens; es unterschied zum ersten Male zwischen Kindern von 9—13 Jahren und jugendlichen Personen von 13—18 Jahren; für die ersten beschränkte es die Arbeitszeit auf 8, für die letzteren auf 12 Stunden im Tag. In Seidenfabriken sollten Kinder unter 13 Jahren 10 Stunden im Tag arbeiten dürfen und auch im Alter unter 9 Jahren Aufnahme finden. Täglicher Schulbesuch von mindestens 2 Stunden, sowie 2 ganze und 8 halbe Feiertage im Jahre wurden angeordnet. Die Alterszeugnisse sollten nicht mehr von den Eltern der Fabrikkinder, sondern von einem Arzte oder Chirurgen ausgestellt werden. Zur Durchführung des Gesetzes wurden vier Fabrikinspektoren bestellt, und ihnen eine mit der der Friedensrichter konkurrierende Strafgewalt erteilt. Die Regierung hat es als großes Verdienst für sich in Anspruch genommen, diese Inspektoren eingeführt zu haben, und mit vollem Rechte; denn vorher war von Beachtung der Bestimmungen der Gesetzgebung keine Rede. Als Übergangsbestimmung machte das Gesetz den Arbeitgebern das Zugeständnis, daß die Beschränkung der Arbeitszeit der Kinder unter 13 Jahren auf 8 Stunden täglich erst am 1. März 1836 in Kraft treten solle.

51. Kapitel.

Die Anfänge der Arbeiterversicherung.

Ich habe wiederholt schon hervorgehoben, daß mit Änderungen in der Erwerbsordnung auch Änderungen in der Fürsorge für die Notleidenden vor sich gehen. In welcher Weise mit dem im Gefolge der Einhegungen eingetretenen Bauernlegen und der seit 1760 begonnenen industriellen Revolution Änderungen in der Armenunterstützung stattfanden, haben wir kennen gelernt. Wir haben dann gesehen, daß die außerordentliche Steigerung der Armenlast, welche diese Änderungen gebracht haben, zu einem neuen Armengesetze geführt haben, auf Grund dessen Armenunterstützung nur mehr unter abschreckenden Bedingungen gewährt wurde. Das ließ sich logisch als eine Folge des freien Arbeitsvertrages begründen, zu dem die wirtschaftliche Entwicklung geführt hatte. Man konnte sagen: der Arbeiter hat nunmehr das Recht, die bestmöglichen Arbeitsbedingungen für sich zu erzielen; folglich ist er auch für die Fürsorge für sich und die Seinen im Falle von Krankheit, Invalidität, Alter, für die Fürsorge für sein Begräbnis, für seine Witwe und Waisen verantwortlich zu machen. Für diese Fürsorge sind in England die freien Hilfskassen, Friendly Societies, entstanden.

Ihre ersten Anfänge lassen sich historisch nicht nachweisen. Im ersten Bande habe ich von den Gilden gesprochen, die in der Unterstützung ihrer Angehörigen in aller Art von Not ihren Anfang genommen, die verstorbenen Mitglieder begraben und für ihr Seelenheil Gottesdienste

veranstaltet und für ihre Witwen und Waisen gesorgt haben. Außerdem waren die Genossen durch gemeinsame Gelage verbunden. Dieselbe Fürsorge haben dann auch die Kaufmannsgilden, die Zünfte, die Gesellenbruderschaften für ihre Angehörigen getroffen, und auch hier finden wir in Verbindung, damit gemeinsame Gastereien, feierliche Gottesdienste und Umzüge. Dabei haben wir gesehen: diese verschiedenen Arten von Gilden waren Wirtschaftseinheiten, deren Angehörige in ihren Beziehungen zueinander von jenem Geiste der Brüderlichkeit getragen waren, der die Angehörigen der Hausgemeinschaften, deren Nachbildung sie waren, erfüllt hatte. Dies brachte mit sich, daß nicht eine Abrechnung von Leistung und Gegenleistung bei Gewährung von Hilfe an die bedürftigen Genossen maßgebend war, sondern es wurde dem einzelnen nach Maßgabe seines als berechtigt anerkannten Bedürfnisses Hilfe zuteil. Zur Deckung der Kosten dienten regelmäßige Beiträge und außerordentliche Umlagen, die nach Bedarf erhoben wurden.

Als Heinrich VIII. und nach ihm der Protektor Somerset die Klöster aufhoben und ihr Vermögen konfiszierten, sind auch die Bruderschaften und Gilden ihrer Habsucht zum Opfer gefallen¹⁾. Auch hat, wie wir gesehen haben, die wirtschaftliche Entwicklung seit dem 16. Jahrhundert das Handwerk in steigendem Maße gegenüber modernen Betriebsformen in den Hintergrund gedrängt und damit zur Auflösung vieler Gilden geführt. Aber damit waren nicht auch die Bedürfnisse beseitigt, denen diese bisher gedient hatten; vielmehr haben wir gesehen, das 16. Jahrhundert war in England eine Zeit steigender Not des niederen Volks. Die Armengesetze Heinrichs VIII. und Eduards VI. waren barbarisch. Das Bedürfnis, Fürsorge zu treffen, um ihnen zu entfliehen, mußte in wachsendem Maße sich fühlbar machen.

Hasbach hat in seiner, wenn auch im Urteil oft sehr anfechtbaren, so doch als Stoffsammlung dankens-

1) 37. Hen. VIII c. 4 und 1. Edw. VI c. 14.

werten Geschichte der Entwicklung und Gesetzgebung des englischen Arbeiterversicherungswesens eine Anzahl von Hilfskassen der Minderbemittelten aufgeführt¹⁾, die sich direkt aus früheren Gilden entwickelt zu haben scheinen. Auch Ludlow, der verstorbene Chief Registrar of Friendly Societies, ist der Meinung, daß einige moderne Hilfskassen für Unbemittelte ohne Unterbrechung an die alten Gildeinrichtungen anknüpfen²⁾. Aber auch wo die modernen Hilfskassen sich nicht aus alten Gilden fortentwickelt haben, sind sie in ihrem Geiste entstanden und haben jene in ihren Einrichtungen nachgeahmt. Das gilt besonders in denjenigen, die sich als ihre Schwäche zeigen mußten, sobald die Gilden aufhörten, die Wirtschaftseinheiten zu sein, denen das ausschließliche Recht auf Handels- oder Gewerbebetrieb an einem Orte zustand, nämlich in der Gewährung von Unterstützung, nicht nach Maßgabe der von dem Einzelnen gezahlten Beiträge, sondern nach Maßgabe seines Bedürfnisses.

Die englischen Hilfskassen auf Gegenseitigkeit, Friendly Societies, sind am Anfang Kassen gewesen zur Versicherung gegen Arbeitsunfähigkeit jeglicher Art, vor allem für den Fall von Krankheit. Allein der Begriff von Krankheit war nicht begrenzt³⁾; er umfaßte Arbeitsunfähigkeit infolge von Unfall, Invalidität und Alter. Fast alle verbanden damit die Versicherung eines Begräbnisgeldes oder eines bestimmten Betrags beim Tode des Mitgliedes selbst, bei dem seiner Gattin und Kinder. Diese Unterstützungen wurden bestritten mittels regelmäßiger Beiträge und außerordentlicher Umlagen im Notfall, und diese wurden von den Mitgliedern erhoben, nicht nach Maßgabe der von einem jeden veranlaßten Gefahr, also nicht nach Maßgabe

1) Wilhelm Hasbach, Das englische Arbeiterversicherungswesen. Leipzig 1883. 23—29.

2) J. M. Ludlow, in seinem Aufsätze über Gilds and Friendly Societies im März- und Aprilheft von The Contemporary Review 1873.

3) Dr. J. M. Baernreither, Die englischen Arbeiterverbände und ihr Recht. I. Tübingen 1886. 150 ff.

der der Kasse durch das einzelne Mitglied der Kasse voraussichtlich erwachsenden Kosten, sondern gleichmäßig ohne Rücksicht auf Geschlecht, Alter und Gewerbe. Damit verbanden die neu entstandenen Hilfskassen die Pflege der Geselligkeit in Gelagen, veranstalteten Umzüge und Feste, was ihre solide finanzielle Fundierung weiter erschwerte, wenn nicht unmöglich machte, dafür aber auch neue Mitglieder anlockte. Solange der Beitritt junger stattfand, blieben die finanziellen Schwächen verschleiert; sie haben sich in dem Maße geltend gemacht, als die Mitglieder alt wurden und mehr Unterstützung in Anspruch nahmen; dann stiegen die Umlagen, und die Beiträge mußten erhöht werden; das hielt dann Jüngere vom Beitritt ab, und es erfolgte der Zusammenbruch.

Hasbach erwähnt Hilfskassen auf Gegenseitigkeit aus der Mitte des 17. Jahrhunderts unter Fuhrleuten und Seeleuten¹⁾. Auch berichtet er von Kassen, die von den nach Widerruf des Edikts von Nantes nach England geflüchteten Hugenotten gegründet worden sind. Bemerkenswert ist auch, was er von der Entstehung der Freimaurerei erzählt²⁾, weil der Orden der Freimaurer in den ihm nachgebildeten Orden der Minderbemittelten Nachahmung gefunden hat. Die Maurer hatten in England im Mittelalter eine Zunft. Ihre dahinsiechende Gilde sei im Anfang des 17. Jahrhunderts durch das Eindringen des italienischen Baustils vorübergehend wieder belebt worden. Vornehme Kunstfreunde seien als Mitglieder in ihre Gilde aufgenommen worden. Im Anfang des 18. Jahrhunderts habe man nicht bloß Werkmaurer und Architekten, sondern auch Personen aus verschiedenen Gewerben aufgenommen, die geeignet schienen, die Würde des Ordens aufrecht zu halten. Infolge dieses Beschlusses sei die Zunft in einen Verein mit geistigen und sittlichen Zwecken verwandelt worden. Gleichzeitig hätten die vier Londoner Logen eine Großloge konstituiert, und 1723 wurde der Freimaurer-

1) Hasbach 30.

2) Hasbach 41 ff.

orden durch die Bestimmung zentralisiert, daß ohne vorherige Zustimmung der Großloge keine Neuerung in der Gesellschaft vorgenommen werden könne. Aus der alten Maurerzunft sei in den Freimaurerorden die Aufgabe gegenseitiger Unterstützung übernommen worden, desgleichen das jährliche Fest, die periodischen Versammlungen, besondere Kleidung, allerlei Zeremonien, symbolische Gebräuche und einfältige Heimlichkeiten. Auch die drei Grade des Lehrlings, Gesellen und Meisters seien von der Zunft übernommen worden.

Die Freimaurerei hat nach Hasbach¹⁾ von Anfang an ein entschieden aristokratisches Gepräge gehabt; der hohe Adel gehörte der Loge an; auch scheint sie der Aufrechterhaltung des Protestantismus und der hannöverschen Dynastie gedient zu haben, was einen ihr feindlichen Orden der Gormagonen ins Leben gerufen hat. Ihr aristokratischer Charakter mußte die wohlhabenderen unteren Stände vom Eintritt abhalten; sie haben aber, in Nachahmung der Freimaurer, eigene Orden gegründet. Um 1745 treten in London und York die Logen der „Odd Fellows“ und „Foresters“ auf. Ihr Zweck war gegenseitiger Beistand in Not, gegenseitige Bildung und Unterhaltung und Aufrechterhaltung der Würde des Königs, d. h. wohl so viel wie der protestantischen Dynastie. Auch in dem ganzen Geheimniskram der Freimaurer waren sie deren Nachahmer.

Ich habe diese Orden und die Freimaurer, deren Nachahmung sie sind, hier erwähnt, weil aus ihnen die heute noch blühenden, hunderttausende Angehörige der Minderbemittelten umfassenden freien Hilfskassen gleichen Namens hervorgegangen sind. Aber ich betone, daß ihre Mitgliedschaft weit mehr minderbemittelte Angehörige des Bürgertums als der Arbeiterschaft umfaßt. Indes finden sich seit Beginn des 18. Jahrhunderts Hilfskassen auf Gegenseitigkeit auch unter den Arbeitern²⁾. Am Ausgang desselben waren sie sehr zahlreich in England und Wales

1) Hasbach 43, 44.

2) Hasbach 33.

und besonders in Schottland¹⁾). Alle diese Kassen hatten noch Eigenschaften, wie wir sie bei den Gilden kennen gelernt haben: Gleichmäßigkeit der Beiträge ohne Unterscheidung von Gefahrenklassen für Alter und Geschlecht, gesellige Zusammenkünfte, bei denen getrunken wurde, und Umzüge auf den Straßen. „Ich entsinne mich einer Gesellschaft“, schreibt Sir Frederik Eden²⁾, „in der von 46 Paragraphen 16 oder 17 sich auf Essen oder Trinken beziehen.“ Wie in den alten Gildestatuten werden in den Statuten der neuen Kassen die Mitglieder vor Streitsucht gewarnt. Einer der Paragraphen einer Gesellschaft zu Stapleton lautet³⁾: „Kein Mitglied soll an dem Festtag ein anderes reizen, indem es ihm Schimpfnamen zuruft oder Spott mit ihm treibt, oder Fleisch oder Knochen nach anderen oder ins Zimmer wirft; auch soll kein Mitglied ein anderes zum Späße füttern oder die Lebensmittel zum Ärger der Gesellschaft vergeuden. Wenn so etwas getan wird, sollen diejenigen, die es tun, einen Shilling bezahlen oder ausgeschlossen werden.“ Diese Bestimmung entspricht gleichartigen in alten Gildestatuten.

Entstehung und Entwicklung dieser Hilfskassen auf Gegenseitigkeit tragen, wie Baernreither mit Recht betont⁴⁾, in jeder Hinsicht die Spuren der Freiwilligkeit. Wir finden Kassen verschiedensten Ursprungs.

Einige verdanken ihre Entstehung dem erkannten Selbstinteresse der versicherten Arbeiter. So petitionieren schon im 18. Jahrhundert Kohlenträger und Seeleute, man möge eine Friendly Society für sie errichten⁵⁾). Sie wollen sich dadurch gegen Ausweisung aus den Gemeinden, in denen sie arbeiten, auf Grund des Niederlassungsgesetzes Karls II. schützen. Im 19. Jahrhundert haben die Schrecken des Armengesetzes von 1834 nicht wenig zur Gründung von freien Hilfskassen beigetragen.

1) Hasbach 34.

2) Sir Frederic Eden, *Observations on Friendly Societies*. 1801. 23, zitiert bei Hasbach 38.

3) Hasbach 38.

4) Baernreither 152/3.

5) Hasbach 30, 47, 58 ff.

Andere sind durch das Interesse der Armensteuerpflichtigen ins Leben gerufen worden¹⁾. Großgrundbesitzer und andere Armensteuerpflichtige haben Kassen unter der Arbeiterbevölkerung und den übrigen Angehörigen der unteren Klassen ihres Distrikts hervorgerufen, zu denen sie selbst Beiträge zahlten, und in denen sie als Ehrenmitglieder die Leitung übernahmen: Dorfklubs, Grafschaftsklubs. Von dem um die Eisenindustrie hochverdienten John Wilkinson²⁾ wird berichtet, er habe am 4. Februar 1788 an das Unterhaus eine Petition gerichtet, worin er sich beklagt, mit jeder Vergrößerung seiner Werke wachse der Betrag der Armensteuer, die er zu zahlen habe, und die Feindseligkeit der Armenaufseher, die die Arbeiter mit Ausweisung bedrohten. Er wolle daher für seine Arbeiter eine Unterstützungskasse gründen, so daß diese der Pfarrei nicht mehr zur Last fallen könnten, und bitte, nach Gründung derselben von der Armensteuer befreit zu werden³⁾.

Eine dritte Entstehungsursache war die Ausbeutung des Interesses der Arbeiter an Unterstützung durch das Sonderinteresse anderer⁴⁾. Besonders häufig sind Hilfskassen durch Wirte ins Leben gerufen worden, die dann deren Sekretäre wurden; eine Kundschaft von Zechern wurde dadurch in ihr Gasthaus gezogen. Andere Kassen verdanken ihren Ursprung Begräbnisunternehmern, wieder andere Leuten, die Kassen ins Leben riefen, bloß um deren Beamte zu werden. In späterer Zeit hat das Geschäftsinteresse von Aktiengesellschaften diese zur Gründung von Friendly Societies veranlaßt. Im 18. Jahrhundert stoßen wir auch schon auf Arbeitgeber, die Betriebskassen gründen, um durch sie ihre Machtmittel über ihre Arbeiter zu mehren.

Dabei war eine Folge des durchaus freiwilligen Ur-

1) Hasbach 56 ff.

2) Siehe Band II, 390.

3) Hasbach 49, Anm. 3.

4) Hasbach passim.

sprungs der Kassen eine unendliche Mannigfaltigkeit der Gestaltung¹⁾. Wie Pflanzen, je nach den konkreten Bedingungen, unter denen sie aufwachsen, verschieden sind, so die Friendly Societies. Bei jeder fand sich und findet sich eine besondere technische und administrative Organisation entsprechend den Verhältnissen, denen sie dienen soll. Da finden wir teilende Vereine der bei Ausführung vorübergehender Arbeiten Beschäftigten, die nach Vollendung derselben sich auflösen und den Kassenbestand teilen. Auch wenn in einem Vereine die älteren Mitglieder überwiegen, hört für die jüngeren das Interesse auf, dem Vereine noch weiter anzugehören, weil sie unverhältnismäßige Lasten für die älteren Mitglieder zu tragen haben; in solchen Fällen löst sich der Verein auf und teilt den Kassenbestand. Es finden sich ferner Kassen kapitalistischen Anstrichs von Kleinbürgern, die im Besitz eines guten Kassenbestands sich gegen Neueintretende abschließen, und Sparbanken für dieselben Kreise, ferner Hilfskassen für die Arbeiter besonderer Betriebe und Hilfskassen in Verbindung mit Gewerksvereinen.

Wie im Mittelalter die zünftigen Meister den Gesellenbruderschaften mit Mißtrauen begegneten, daß sie unter dem Vorwand der Fürsorge für Krankheit und andere Not und der Befriedigung von religiösen und Geselligkeitsbedürfnissen der Gesellen Lohnsteigerungen dienten, so ist man vielfach den entstandenen freien Hilfskassen mit gleichem Mißtrauen entgegengetreten. Dies besonders, als mit der Auflösung der alten gewerblichen Ordnung Koalitionen und Koalitionsverbote zunahmen. Andererseits aber ist, wie wir gesehen haben, infolge des Bauernlegens und der industriellen Revolution die Armenlast gegen Ende des 18. Jahrhunderts immer drückender geworden. Da fing man an, große Hoffnung auf deren Minderung durch Hilfskassen auf Gegenseitigkeit zu setzen. Es taucht sogar schon der Gedanke eines Arbeiterversicherungszwangs auf²⁾, und Townshend spricht bereits von der Er-

1) Baernreither passim.

2) Hasbach 53/54.

setzung der Armenpflege durch gegenseitige Versicherung. Die Entlastung der Armensteuerpflichtigen durch Hilfskassen hat von da ab die Schriftsteller beschäftigt und zur Betrachtung der Mißstände geführt, unter denen die bestehenden litten. Da hören wir von Zahlungsunfähigkeit infolge mangelhafter Beitragsberechnung, von Aufteilung der jährlichen Überschüsse statt der Anlage von Reserven, von Verschwendung der angesammelten Gelder in Trinkgelagen und Umzügen, von Willkür in der Verwaltung, vom Verlust der durch Beitragszahlung erworbenen Ansprüche auf Unterstützung durch Entlassung seitens des Arbeitgebers und von Verausgabung angesamelter Gelder statt in Kranken-, Alters-, Begräbnisunterstützung in Arbeitseinstellungen. Ganz besonders aber litten alle Arten von Hilfskassen darunter, daß sie nicht gegen Diebstahl und Defraudation seitens ihrer Beamten geschützt waren; denn das englische Recht verfolgt nicht den Diebstahl als solchen, sondern nur den, der an einer zum Besitz von Eigentum berechtigten Person begangen wird, und die Hilfskassen entbehrten dieser Berechtigung.

Das hat Rose, Wilberforce und Stanley veranlaßt, am 22. April 1793 einen Gesetzentwurf zur Förderung der Hilfskassen auf Gegenseitigkeit im Unterhaus einzubringen; er ist am 21. Juni angenommen worden, der 33. Geo. III. c. 54. Durch ihn wurden die freien Hilfskassen, Friendly Societies, zum ersten Male vom Gesetze anerkannt. Als Zweck derselben wird darin bezeichnet die Unterstützung in Krankheit, Invalidität, Alter, die der Witwen und Waisen der Mitglieder. Sie erhalten das Recht, im Namen ihrer Schatzmeister und Treuhänder zu klagen, und können verklagt werden. Es wird ihnen erlaubt, Geschenke anzunehmen. Die Zugehörigkeit zu einer Hilfskasse schützt gegen Ausweisung auf Grund des Niederlassungsgesetzes, solange der Nichtheimatberechtigte nicht tatsächlich dem Kirchspiele zur Last fällt. Jedoch soll niemand das Heimatrecht dadurch erlangen, daß er unter diesem Gesetze an einem Orte seinen Wohnsitz genommen hat oder die Armensteuern bezahlt. Auch soll kein Lehrling und kein

Dienstbote eines auf Grund dieses Gesetzes Geduldeten das Heimatrecht erlangen.

In diesem Gesetze wird der Anspruch der Mitglieder auf Selbstverwaltung anerkannt. 1794 haben sich 2873 Hilfskassen gemäß dem Gesetze registrieren lassen¹⁾, die meisten in Lancashire und London. Dagegen haben viele aus Mißtrauen gegen die Regierung sich aufgelöst und ihr Vermögen verteilt. Sechs Jahre nach Erlaß des Gesetzes ist unter lebhaftem Betreiben desselben Wilberforce, der bei aller Sympathie mit schwarzen Sklaven infolge der Vorgänge in Frankreich ein unerbittlicher Gegner aller Emanzipationsbestrebungen der weißen Arbeiter gewesen ist, das Verbot der korrespondierenden Gesellschaften erlassen worden, das die Ausbildung lokaler zu nationalen Hilfskassen notwendigerweise hemmen mußte. Die Gewerksvereine wurden verboten und nach ihrem Vermögen gefahndet. Sie verbargen sich mitunter unter der Maske von Friendly Societies. Auch sind Hilfskassen der Angehörigen anderer Gesellschaftsklassen bestrebt gewesen, von dem Gesetze von 1793 Nutzen zu ziehen²⁾. Nach Eden hat es, als er 1801 schrieb, in England und Wales 5117 eingeschriebene Hilfskassen gegeben, 414 in Yorkshire, 600 in Middlesex, 820 in Lancashire, 250 in London, 235 in Suffolk, je 188 in Surrey und Warwickshire. Die Durchschnittszahl der Mitglieder einer Kasse wird von Eden auf 90 geschätzt. Danach hätten in England und Wales damals 460 530 Personen zu Hilfskassen gehört. Der Durchschnittsbeitrag habe 13 s pro Mitglied betragen.

Aber die Erwartung, daß die eingeschriebenen Hilfskassen zur Erleichterung der Armenlast führen würden, wurde nicht erfüllt. Die Armensteuer schwoll nach wie vor an. Auch ist ihre Abnahme angesichts des 1795 eingeführten Speenhamlandsystems, wonach die Arbeitgeber einen großen Teil des Lohns ihrer Arbeiter durch die Armensteuerpflichtigen bezahlen ließen, nicht mög-

1) Hasbach 69/70.

2) Hasbach 72.

lich gewesen. Dabei wirkte der Krieg zerstörend auf die Hilfskassen. Ihre Mitglieder nahmen ab. Noch mehr hat sich die Lage der Arbeiter nach dem Kriege verschlimmert. Die Hilfskassen wurden nicht selten zahlungsunfähig. Als eine Ursache wurde der Mangel der Anpassung der Prämien an die Gefahr der Versicherten bezeichnet; ferner wurde über Vergeudung der Prämien in Gelagen geklagt; die Hauptursache bestand in unzureichenden Löhnen.

Da tauchte ein Rivale der Arbeiterversicherung auf, dem die Mängel, unter denen diese litt, fehlten: die Sparbank¹⁾. Sie ist aus Bemühungen von Damen und Geistlichen entstanden gemäß dem Grundsatz der Engländer, den unteren Klassen so weit zu helfen, daß sie sich selbst helfen können. Bei der Sparbank war keine Abstufung der Prämien nach Gefahrenklassen nötig; auch gab es dabei keine Gelage, bei denen die angehäuften Beiträge vertrunken wurden. Dabei enthielten diese von Angehörigen der höheren Klassen geschaffenen Gelegenheiten zur Anlage der Ersparnisse der Arbeiter die Bestimmung, daß einem erkrankten Einleger aus seinem Gelde nach Entscheidung der Leiter der Kasse eine wöchentliche Summe ausgeworfen werden könne. Das zeigt eine anfängliche Verbindung von Sparbank und Hilfskasse.

1814 ist zur Unterdrückung der Bettelei in Edinburg das Urbild der heutigen Sparkasse gegründet worden, und 1817 wurde zum Schutze der Sparbanken der 57 Geo. III. c. 130 erlassen. Die Verwaltung der Sparbanken ist durch dieses Gesetz den Arbeitern aus der Hand genommen worden. Den eingeschriebenen Hilfskassen wurde erlaubt, ihre Gelder in den Sparbanken anzulegen. Ein Jahr nach Erlaß des Gesetzes hat es schon 227 Sparbanken in England und Wales gegeben. Auch die höheren Klassen haben alsbald in die Sparbanken eingelegt. Ihre Wirkung für die Arbeiter hat Cobbett durch ihre Definition gekennzeichnet als Einrichtungen, um die Pfennige der Armen zusammen- und deren Eigentümer auseinanderzubringen.

1) Hasbach 82 ff.

In einer Zeit wie der nach dem Kriege mit Frankreich, da die individualistische Volkswirtschaftslehre das Denken der höheren Klassen im Sturme eroberte, war es begreiflich, daß die Sparbanken bei diesen weit größeren Beifall als die eingeschriebenen Hilfskassen fanden. Doch hat es 1815 925 429 Mitglieder von Hilfskassen in Großbritannien gegeben¹⁾. Auch wird im Bericht eines Ausschusses über die Armengesetze vom 4. Juni 1817 anerkannt, daß sie unter tüchtiger Leitung in einigen Kirchspielen viel Gutes gewirkt hätten. Um eine gute Verwaltung zu sichern, wird vorgeschlagen, Gemeindekrankenkassen zu gründen. Der Ausschuß erhofft davon eine allmähliche Verwandlung der Armenunterstützung in ein System der Armenversicherung²⁾. Ich gehe hier nicht auf die verschiedenen Gesetzentwürfe ein, zu denen die Ausschußberichte den Anlaß gaben, denn so viele gute Gedanken darin enthalten waren, sie kamen zu nichts. Das Wichtigste, was uns aus der Diskussion entgegentritt, ist das Verlangen nach Aufbau der Hilfskassen auf richtig bemessenen Prämien. Es hat 1819 zu dem Gesetze 59. Geo. III. c. 128 geführt, das die Friendly Society definierte als eine Hilfskasse für Fälle, deren Vorkommen der Berechnung auf dem Wege des Durchschnitts möglich ist. Der zweite Paragraph verbietet den Friedensrichtern, die Statuten einer Hilfskasse zu bestätigen, wenn nicht zwei berufsmäßige Kalkulatoren (actuaries) oder andere in Kalkulation bewanderte Personen sie geprüft und bezeugt hätten, daß die vorgesehene Prämientafel Beiträge und Unterstützungen in ein richtiges Verhältnis stelle. Teilung des Vermögens ohne Zustimmung der Kalkulatoren wird für ungesetzlich erklärt.

Aber durch das Gesetz konnten keine sicheren Grundlagen für die Prämienberechnungen geschaffen werden, so lange es an den dazu nötigen Aufzeichnungen fehlte. Außerdem aber hörten die Klagen über Mißstände bei den

1) Hasbach 107.

2) Hasbach 88.

Hilfskassen nicht auf. Noch immer hören wir von der Gründung von Kassen durch Bierwirte, die sich dann zu deren Sekretären wählen lassen, von Vertrinken der angesammelten Beiträge, von Leuten in London, die davon leben, daß sie Beamte der Hilfskassen werden und deren Amt sogar bei mehreren Kassen übernehmen, von Sekretären, welche die Kassen bestehlen, von elender Buchführung, von betrügerischem Ausschließen unterstützungsberechtigter Mitglieder, von Kassendiebstahl, gesetzwidriger Auflösung, schmachlichem Zusammenbruch. Liberale Fabrikbesitzer, welche die Gewerkvereine fürchten, verlangen die Unterdrückung der richtigsten Form der freien Hilfskassen, nämlich die der Kassen, welche Arbeiter nur eines Gewerbes umfassen, unter Angabe, daß sie die für Unterstützung in Krankheit und Not gesammelten Gelder in Arbeitseinstellungen verbrauchten. Desgleichen eifern gegen die freien Kassen „Tories, welche die Organisierung des Volks in freien Vereinen fürchten, Geistliche, welche über dem Wirtshausbesuch der Mitglieder den Nutzen der Hilfskassen übersehen, weiter die Patrone der Sparbanken, sowie die in volkswirtschaftlichen Dingen unwissenden Zeitungen“. Erwägt man weiter „die Nachlässigkeit, Unwissenheit, Gewissenlosigkeit der Friedensrichter, die krasse Ignoranz der vorgeblichen Aktuare, die Selbstsucht der Kassenbeamten, den Betrug der Sekretäre, dann versteht man den lebhaften Wunsch nach einer neuen gesetzlichen Regelung dieses Hilfskassenwesens“¹⁾.

Nach dem Scheitern mannigfacher, teilweise trefflicher Reformvorschläge ist es 1829 zu einem neuen Gesetze, dem 10 Geo. IV. c. 56 gekommen, das vorschreibt, daß alle fünf Jahre über Krankheit und Mortalität Bericht erstattet werden solle, weil korrekte Tabellen notwendig und die bisherigen Daten ungenügend seien. Die Friedensrichter dürfen die Statuten nur dann bestätigen, wenn sie der Überzeugung sind, daß die Prämientabellen die Sicherheit aller Mitglieder verbürgen. Auflösung eines Vereins soll nur

1) Hasbach 133.

bei Zustimmung von fünf Sechstel aller Mitglieder erlaubt sein. Zum Schutze der älteren gegen die jüngeren Mitglieder erhält jedes Mitglied für jede fünf Jahre seiner Mitgliedschaft eine Stimme mehr. Ungesetzliche Auflösung wird für nichtig erklärt. Die Treuhänder werden bei ungesetzlicher Auflösung wie bei Betrug bestraft. Alte Vereine müssen sich innerhalb dreier Jahre nach den Vorschriften dieses Gesetzes neu konstituieren.

Dann ist am 30. Juli 1834 ein neues Gesetz erlassen worden, der 5 Wm. IV. c. 40, der die wichtige Erlaubnis gibt, nicht nur sich selbst, sondern auch andere genannte Personen zu versichern, und der die Einschreibung von Hilfskassen gestattet, die irgendwelchen Zweck verfolgen, der nicht gesetzwidrig ist. Von weiteren Gesetzen nenne ich noch den 9 & 10 Vict. c. 27 vom 5. Juli 1846. Durch dasselbe sind die freien Hilfskassen zum ersten Male ausdrücklich von den Bestimmungen der Gesetze über korrespondierende Gesellschaften und über aufrührerische Versammlungen (39 Geo. III. c. 79 und 57 Geo. III. c. 19) ausgenommen worden. Das erstere dieser Gesetze hatte alle Vereine mit Zweigvereinen und alle Vereine, die Eide, Versicherungen und Erklärungen, die nicht vom Gesetz gestattet seien, abnahmen, verboten. Erst durch die Beseitigung dieser Verbote haben die großen Orden der Odd Fellows, Foresters, Druiden gesetzlichen Schutz erlangt. Außerdem schreibt das Gesetz Trennung der Kassen für die verschiedenen Versicherungszweige einer eingeschriebenen Hilfskasse vor, sowie daß alle 5 Jahre neben der Krankheits- und Mortalitätsstatistik eine Bilanz von jeder eingeschriebenen Hilfskasse an den Registrator aller Hilfskassen eingesendet werde. In dessen Person ist ein Beamter geschaffen worden, der für die Übereinstimmung der Statuten aller eingeschriebenen Hilfskassen mit dem geltenden Gesetze verantwortlich ist.

Die ganze Entwicklung der Gesetzgebung, seit sie sich 1793 zuerst mit den zur Fürsorge für Krankheit, Invalidität, Alter, Begräbnis, Witwen und Waisen gegründeten Kassen befaßt hat, zeigt ein Bemühen, die für deren Zahlungs-

fähigkeit nötige, gesunde mathematische und finanzielle Grundlage zu schaffen. All das war vortrefflich und hat den Kleinbürgern, welche Mitglieder solcher Klassen wurden, großen Segen gebracht. Für die Arbeiter aber waren diese Bestrebungen unzulänglich. Sie hatten zur Voraussetzung, daß der bei einer eingeschriebenen Hilfskasse Versicherte allzeit imstande sei, seine Versicherungsprämien zu zahlen. Die Annahme, daß dies der Fall sei, übersah die oben erörterte Eigentümlichkeit des Arbeiters als Warenverkäufers. Da er als Regel nichts hat, wovon er leben kann, macht jede Arbeitslosigkeit ihm unmöglich, Versicherungsbeiträge zu zahlen, und als Folge wird er durch jede Arbeitslosigkeit mit dem Verlust der durch seine bisherigen Beitragszahlungen erworbenen Unterstützungsansprüche bedroht. Damit wird die Macht des Arbeitgebers über den nicht organisierten Arbeiter beim Abschluß des Arbeitsvertrags ungemein erhöht. Denn fügt sich dieser nicht in die vom Arbeitgeber gewollten Arbeitsbedingungen, so verliert er mit eintretender Entlassung die Aussicht auf Unterstützung.

Bei Verbindung der verschiedenen Unterstützungszwecke mit Gewerkvereinen fällt diese Gefahr weg oder wird wenigstens in sehr großem Maße gemindert. Sie zahlen ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung und kennen nur einheitliche Beiträge für alle Arten von Unterstützungen. Dadurch wird selbst durch Arbeitslosigkeit infolge von Arbeitseinstellung und Aussperrung der Anspruch auf die verschiedenen Arten von Unterstützung nicht unterbrochen. Allerdings werden dabei alle für die verschiedenen Unterstützungen angesammelten Gelder bei Arbeitsstillstand verbraucht; dafür wird aber auch die Aussicht auf dessen Erfolg erhöht, und nach Wiederaufnahme der Arbeit werden die geleerten Kassen durch außerordentliche Umlagen wieder auf einen Stand gebracht, daß sie allen ihren Verpflichtungen zu genügen vermögen.

Selbstverständlich spottet dieses System jedweder auf individualistisch-kapitalistischer Grundlage aufgebauten Versicherung, und begreiflich knüpft daran auch die Be-

kämpfung der Gewerkvereine durch die Arbeitgeber an. Es zeigt sich in diesem Systeme ein Überrest der Art und Weise, wie zu Gildezeiten für Unterstützung der Gildemitglieder durch regelmäßige Beiträge und unregelmäßige Umlagen gesorgt wurde. Letztere machen, solange sie eingehen, alle auf Grund mathematischer Grundlage aufgebauten Prophezeiungen von Zusammenbruch infolge von Zahlungsunfähigkeit zu Schanden. Wir werden sehen, daß die bestgeordneten Gewerkvereine, eben wegen der Verstärkung ihrer Stellung in Arbeitsstreitigkeiten, trotz dieser Prophezeiungen an der Verbindung der verschiedenen Wohltätigkeitsunterstützungen mit der Unterstützung bei Arbeitslosigkeit jeglicher Art festgehalten haben und doch zahlungsfähig geblieben sind.

52. Kapitel.

Die Entstehung des englischen Sozialismus.

Wir haben gesehen, die Lage der arbeitenden Klassen ist in England nach dem Frieden von 1815 entsetzlich gewesen. Ich hatte von einer bis dahin unerhörten Arbeitslosigkeit zu erzählen. Dabei waren die Lebensmittel durch Kornzölle verteuert. Wenn die Arbeiter sich versammelten, um klagend ihre Stimme zu erheben, wurden sie niedergeritten. Die Ersetzung des Gesetzes von 1824, das die Koalitionsverbote abgeschafft hatte, durch das von 1825, das die Bestimmungen des Gemeinen Rechts über Verschwörungen und Behinderung des Handels wieder in Kraft setzte, und deren verschärfte Anwendung haben das Recht, durch Verweigerung der Arbeit bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen, mit so viel Fallstricken umgeben, daß es schwer war, davon Gebrauch zu machen, ohne ins Gefängnis zu kommen. Die Arbeiterschutzgesetze waren ungenügend, und selbst die ungenügenden wurden nicht durchgeführt. Die freien Hilfskassen berührten kaum die große Masse der Arbeiterbevölkerung in Krankheit, Invalidität, Alter und sonstiger Not. Die Parlamentsreform hatte statt des Wahlrechts auch der Arbeiter nur das der ihren berechtigten Ansprüchen am meisten widerstrebenden Klassen gebracht; statt dessen hatte sie zum Erlaß eines Armengesetzes geführt, nach dessen Bestimmungen den Hilfsbedürftigen Unterstützung nur in abschreckender Weise gewährt werden sollte.

Nach so vielen Enttäuschungen begannen gerade die intelligentesten unter den Arbeitern an der Möglichkeit, die Lage des englischen Volks auf Grund der bestehenden Ordnung zu bessern, zu verzweifeln. Ich habe schon davon gesprochen, daß Robert Owen 1834 mit ihnen in Fühlung getreten ist, und daß seine Lehre von einer Neuordnung der Gesellschaft statt auf Grund des Kampfes ums Dasein auf Grundlage der Moral dauernden Einfluß auf ihre Gedankenrichtung erlangt hat.

Wir haben Owen¹⁾ schon kennen gelernt, als er 1815 den ersten Sir Robert Peel veranlaßte, im Unterhause den Erlaß eines Zehnstundengesetzes zu beantragen. Aber nicht darin erschöpft sich seine Bedeutung. Auf ihn geht der englische Sozialismus zurück. Dabei ist eines zu beachten. Wenn von anderen Sozialisten mitunter gesagt worden ist, sie seien vorzügliche Theoretiker, aber schlechte Praktiker gewesen, so gilt das Umgekehrte für ihn. Er war von ungewöhnlichem praktischen Geschick, und seine große Klugheit in geschäftlichen Angelegenheiten, die ihn vom armen Lehrling zum Millionär aufsteigen ließ, verbunden mit einem unerschütterlich gütigen Charakter, hat ihm Erfolge bis in die konservativsten Kreise gebracht.

Robert Owen wurde 1771 in Newtown in Nordwales als Sohn eines Sattlers, der gleichzeitig Eisenkrämer und Postmeister war, geboren. Der frühreife Knabe wurde schon in seinem achten und neunten Lebensjahre von seinem Lehrer als Hilfskraft benutzt. Mit zehn Jahren wurde er bei einem Kaufmann in die Lehre gegeben und hat seitdem die Kosten seines Lebensunterhalts selbst be-

1) Für die Zeit bis 1824 siehe *The Life of Robert Owen* written by himself, with selections of his writings and correspondence. London 1857 und 1858. Vol. I und IA. Mehr ist nicht erschienen. — Lloyd Jones, *The Life, Times and Labours of Robert Owen*. London 1890. — Mrs. Sidney Webb (Beatrice Potter), *Die britische Genossenschaftsbewegung*. Leipzig 1893. 11—27. — Helene Simon, *Robert Owen*. Jena 1905. 2. A. 1925. — Frank Podmore, *Robert Owen*. London 1906. 2 vols. — M. Beer, *Geschichte des Sozialismus in England*. Stuttgart 1913. 177 ff.

stritten. Nachdem er einige Jahre als Kommiss in Ladengeschäften in London und Manchester tätig gewesen, hat man ihn schon 1790 in seinem neunzehnten Jahre, an letzterem Orte zum Direktor einer Feingarnspinnerei, die 500 Arbeiter beschäftigte, gemacht. Er interessierte sich besonders für die aufblühende Wissenschaft der Chemie; 1795 hat er sich selbständig gemacht, und es gelang ihm, die bis dahin wenig geschätzte amerikanische Baumwolle zum Spinnen der feinsten Garne zu verwenden. Er hat dabei 40 Proz. höhere Preise als die Konkurrenz erzielt.

Aber weit größeres Interesse als dem Geschäftsgewinn und der Technik widmete er den von ihm beschäftigten Menschen. Seine Klage war, daß man auf die Verbesserung der Maschinen äußerst bedacht gewesen sei, dagegen die „beseelten Maschinen, die so viel wunderbarer konstruiert sind“, vernachlässigt habe. Er kaufte 1797 die Fabrik des schon genannten David Dale in New Lanark in Schottland, heiratete dessen Tochter und übernahm 1800 die ganze Leitung der 2000 bis 2500 Personen beschäftigenden Fabrik.

Owens Grundanschauung war, daß alle Menschen von Natur gleich seien und nur durch die Verhältnisse, unter denen sie aufwüchsen, zu dem würden, wozu sie geworden seien. Der Charakter des Menschen werde nicht durch ihn, sondern durch die Verhältnisse für ihn bestimmt. Daher verdiene niemand weder Lob noch Tadel. Dementsprechend sein Verhalten zu der Arbeiterbevölkerung, mit der er zu tun hatte. Sie bestand aus üblen Elementen, zumeist Landstreichern und Deklassierten. Durch die zu Beginn des Fabriksystems herrschenden menschenunwürdigen Bedingungen war ihre Entartung verstärkt worden. Dabei begegneten Owens Bemühungen zwei große Schwierigkeiten. Die eine bestand in dem Mißtrauen der seinen Eingriffen in ihr verkommenes Leben widerstrebenden Arbeiter und in dem Widerstand der Geistlichkeit, die er sich durch seine Verneinung der Willensfreiheit zu Feinden machte, die zweite in dem Widerstreben seiner Gesellschafter.

Aber er ließ sich nicht irre machen. Er erhöhte die

Löhne, setzte die Arbeitszeit auf $10\frac{1}{2}$ Stunden herab, verbot die Verwendung von Kindern unter 10 Jahren. Er richtete Kinderschulen ein, gewährte unentgeltlichen Unterricht, der auf Anschauung und Beobachtung begründet wurde, schaffte Strafe und Belohnung ab; Knaben erhielten Unterricht im Turnen, Mädchen im Haushalt. Dabei sorgte es für unentgeltliche Vergnügungen. Die Fabrikräume wurden verschönert und gesundheitlicher eingerichtet; er bemühte sich, das ganze Fabrikdorf zu sanieren und die Ortsbevölkerung zu Reinlichkeit, Ordnung und Pünktlichkeit zu erziehen. Durch Errichtung eines Konsumvereins sorgte er für gute Waren zu billigen Preisen; desgleichen sorgte er für gute Wohnungen. Durch beides verloren die Schankstätten ihre Anziehungskraft. Die Arbeiterschaft wurde mäßiger, die Trunksucht mit ihren verderblichen Wirkungen verschwand. Kranken- und Alterspensionskassen wurden eingeführt. Besonders diente es zur Überwindung des Widerstands der Arbeiter, daß er 1806, als infolge des amerikanischen Embargo die Baumwollzufuhr aufhörte, zwar den Betrieb für 4 Monate einstellte, aber den vollen Lohn im Betrage von £ 7000 für das bloße Reinigen und Instandhalten der Maschinen weiterzahlte. Nun konnte er so weit gehen, sein Urteil über die wöchentliche Arbeitsleistung eines jeden Arbeiters durch ein über dessen Arbeitsstelle angebrachtes farbiges Holzzeichen öffentlich kundzugeben. New Lanark wurde ein Musterdorf, in dem Nüchternheit, Fleiß und Ehrbarkeit ihren Sitz nahmen. „Die Kinder“, erklärte er, „waren die glücklichsten menschlichen Wesen, die er je gesehen habe.“

Schwieriger waren die Beziehungen zu seinen Gesellschaftern. Sie sahen in ihm den Don Quixote der Philanthropie, einen Verrückten, der auf ihren Ruin bedacht sei, und verlangten Trennung. Owen machte ihnen den Vorschlag, ihm New Lanark für £ 84 000, d. h. £ 24 000 über seinen Kaufpreis zu überlassen. Seine Partner stimmten zu. Beim Abschluß ergab sich, daß die Firma nach zehnjährigem Bestande nach Abzug von 5 Proz. Kapitalzins mit einem Reingewinn von £ 60 000 gearbeitet

hatte, und dies zu einer Zeit, die eine völlige Betriebs-erneuerung einschloß. Aber seine neuen Teilhaber waren schlimmer als die alten. Sie verlangten Einstellung des Baues der Kleinkinderschule. Owen antwortete mit Niederlegung der Verwaltung; aber die Teilhaber verlangten Auflösung der Teilhaberschaft. Es kam zur Versteigerung von New Lanark. Bei dieser hat Owen es mittels Gründung einer neuen Gesellschaft angekauft. Sie bestand aus 13 Personen, darunter solchen von diametral entgegengesetzten Grundanschauungen, die mit Owen nur in dem Streben, die Arbeiterklasse zu heben, übereinstimmten, so der Quäker Allen, der eifrige Agitator gegen den Sklavenhandel und für allgemeinen Schulunterricht, und von diesem beeinflußt Jeremias Bentham. Seinen Höhepunkt erreichte Owens Sieg, als sich bei der Bilanz der vier vorangegangenen Geschäftsjahre nach Abzug der Kapitalzinsen ein Reingewinn von £ 160 000 ergab. Dies war 1813.

„Mit der uneingeschränkten Verfügung über den Reingewinn zum Wohle der Bevölkerung“, schreibt in ihrer Biographie Robert Owens die von ihm begeisterte Helene Simon, „beginnt eine neue Epoche von Owens Schaffen. Häuser, Straßen, Gärten und öffentliche Anlagen werden vermehrt und verschönert. Der Konsumladen verwandelt sich in ein großes Lager- und Warenhaus. Ein stattliches Gebäude wächst empor mit gemeinsamer Küche, einem Speisesaal, der ein Viertel der Bevölkerung faßt, Bibliothek, geräumigem Eßzimmer, Vortrags-, Konzert- und Tanzsaal; Bau und Ausstattung der Schule wird vollendet. Alle öffentlichen Gebäude erhalten Dampfheizung. Wie in den Fabriken wird auch hier jedes Erfordernis der Hygiene in der fortgeschrittensten Weise berücksichtigt. Mechanische Kraft gelangt in einer Vollkommenheit und in einem Umfang zur Anwendung, die über jeder Kritik steht. Unter anderem erfand Owen einen Aufzug, alle Waren ohne die Hilfe der Treppen hinauf und herunter zu befördern.“

Die Hauptleistung aber war die „Schule der Charakterbildung“. Die kleinen Kinder wurden, sobald sie laufen

konnten, in die Kinderschule aufgenommen, teils um die Mütter zu entlasten, teils um die Kinder vor schlechter Gewöhnung zu schützen. Daran schlossen sich Tages- und Abendschulen für die höheren Altersstufen. Und so groß war sein Erfolg, daß, bevor er die Leitung niederlegte, ein Gegner seiner philosophischen Anschauungen im Parlamente sagen konnte, in dem ehemals übel berüchtigten New Lanark, verwaltet wie es sei, von einem Manne mit Owens unglücklichen Anschauungen, sei während der letzten 14 Jahre kein Verbrechen vorgekommen. Es ist begreiflich, daß Owen hierin nur eine Bestätigung seiner Grundanschauung sah.

New Lanark wurde von allen Philanthropen besucht. Es wurde eine Weltberühmtheit. Owen wurde wegen seiner praktischen Erfolge von allen geschätzt, denen es mit der Besserung der Lage der Arbeiter ernst war, auch von denen, die wie die Utilitarier ausgesprochene Individualisten waren, oder die wie die Parlamentsreformer und Freihändler von der radikalen Änderung der Politik die Behebung der Notstände erwarteten. Owen hielt von ihnen nichts, da ihre Bestrebungen, wie er sagte, auf Unkenntnis der menschlichen Natur beruhten. Aber eben wegen der Ablehnung der Bestrebungen der Liberalen und Radikalen und ihrer Methoden fand der lebenswürdige Mann die Freundschaft der Konservativen. Sie sahen in dem Patriarchalischen seiner Ideen ein Gegengewicht gegen die von ihnen als destruktiv angesehenen Lehren des Liberalismus. Lord Liverpool und Lord Sidmouth, die Träger der Reaktion in England, begegneten ihm mit Ehrerbietung, und der für das Mittelalter begeisterte Poeta laureatus Southey trat für ihn ein. Selbst der spätere russische Kaiser Nikolaus I. pilgerte nach New Lanark. Der Herzog von Kent, der Vater der Königin Victoria, blieb bis zu seinem Tode sein treuester Anhänger. Owen sah den Tag nahe, da alle Kabinette Europas nach seinen Grundsätzen regieren würden. Da kam die Enttäuschung.

Owen hat schon 1813 in seiner Erstlingsschrift¹⁾

1) Wiederabgedruckt in seiner Autobiographie I 255 ff. —

„Die neue Auffassung von der Gesellschaft oder die Essays über das Prinzip der Charakterbildung“ seine Grundgedanken veröffentlicht. Sie bestehen aus drei leitenden Gesichtspunkten: dem schon genannten von der Unfreiheit des Willens; „jedes Kind kann in jeder Sprache, jedem Gefühl, jedem Glauben, jeder Sitte und Gewöhnung, die der menschlichen Natur nicht widerspricht, erzogen werden. Jeder Gemeinschaft, ja der ganzen Welt kann ihr Charakter von dem besten bis zum schlechtesten, dem unwissendsten bis zum aufgeklärtesten, durch geeignete Mittel gegeben werden.“ Als erste und lebenslänglich dauernde Ursache alles Handelns bezeichnet Owen zweitens das Streben nach Glück; das Glück jedes einzelnen aber besteht nur im Glück der Gesamtheit; bei fortschreitender Erkenntnis werde jeder erkennen, daß sein persönliches Glück nur wachsen könne in dem Maße, in dem er tätig sei, das Glück aller um ihn zu mehren. Damit diese Erkenntnis erreicht werde, ist nötig, daß die menschliche Vernunft von Kindheit an in die richtigen Bahnen geleitet werde; daher die entscheidende Bedeutung der Erziehung. Als Beweis für die Durchführbarkeit dieser Prinzipien beruft sich Owen auf das von ihm in New Lanark Erreichte.

Graham Wallas hat diese Schrift mit Recht als den Ausgangspunkt des modernen englischen Sozialismus bezeichnet. Es ist für die völlig apolitische Haltung Owens bezeichnend, daß er sie dem damaligen Regenten von England, dem späteren König Georg IV. gewidmet hat. Bei den individualistischen Nationalökonomien, so sehr sie Owen persönlich freundlich gesinnt waren, und bei der Geistlichkeit mußte sie auf Widerspruch stoßen. Die Folgen sollten sich zeigen.

Die beispiellose Arbeitslosigkeit nach dem Kriege hat 1816 das Unterhaus veranlaßt, einen Ausschuß zur Prüfung des Armenrechts einzusetzen. Owen wurde aufgefordert, einen schriftlichen Bericht über die Ursachen der Not und

Eine deutsche Übersetzung ist von Professor Oswald Collmann unter dem Titel „Eine neue Auffassung von der Gesellschaft“, Leipzig 1900, herausgegeben worden.

die Mittel zur Abhilfe einzureichen. Um diese Zeit war er durch seinen theoretischen Gegner, aber persönlichen Freund Francis Place auf den Plan der Armenbeschäftigung aufmerksam geworden, den John Bellers¹⁾ 1696 veröffentlicht hatte. Die Kenntnissnahme bestärkte ihn in seinem Plane, der mit dem von Bellers große Ähnlichkeit hatte. Was er erstrebte, war die allmähliche Einführung von „Heimatskolonien“ von zwei- bis dreitausend Menschen, welche Industrie und Ackerbau treiben, in Gütergemeinschaft leben und gleiche Rechte und Erziehung genießen sollten, es sollte mit anderen Worten das Land mit New Lanarks bedeckt werden, unter Fehlen des Unternehmers. Aber seine parlamentarischen Gegner erkannten, daß der Vorschlag weit mehr als die Beschäftigung der Armen im Schilde führe, und die Nationalökonomien im Parlament, zusammen mit den Liberalen und Radikalen, bekämpften den Vorschlag als staatliche Bevormundung und als unwirtschaftlich; denn in den Heimatskolonien werde mit der Gelegenheit zum Erwerbe von Eigentum auch der Arbeitspohn fehlen. Owens konservative Freunde waren im Unterhause nicht stark genug, um ihm vor dem Ausschuß Gehör zu verschaffen.

Aber Owen gab den Kampf deshalb nicht auf. Er stand damals im Zenith seines Ansehens. Seine Erfolge in New Lanark und die Verbindung von kaufmännischem Glanze mit dem Rufe persönlicher Großmut und grenzenloser Güte hatten ihn zum populärsten Manne in England gemacht. Nachdem er, um die öffentliche Meinung für sein neues System der Armenfürsorge zu gewinnen, in zwei Monaten £ 4000 auf die Verbreitung seines Vorschlags in Zeitungsartikeln verwendet hatte, beschloß er, eine öffentliche Versammlung einzuberufen, um mit seinen Gegnern

1) Proposals for Raising a Colledge of Industry of all useful Trades and Husbandry with Profit for the Rich, a plentiful Living for the Poor, and a good Education for Youth etc. By John Bellers. London 1696. Auch abgedruckt in Life of Robert Owen, vol. I A 155 ff.

abzurechnen. Owen hat uns nicht ohne Selbstgefälligkeit erzählt¹⁾, mit welcher Ehrerbietung er von Lord Liverpool und dessen persönlichem Sekretär Robert Peel, dem späteren Minister, empfangen worden sei, als er darum bat, Liverpools und der Mitglieder seines Kabinetts Namen als Mitglieder des Ausschusses zur Untersuchung seines Vorschlags aufführen zu dürfen, dessen Einsetzung er in seiner Versammlung beantragen wollte, und wie bereitwillig Liverpool die erbetene Erlaubnis erteilt habe. Die Versammlung fand am 21. August 1817 statt, trotz des heißen Tags war sie überfüllt und trotz sechsstündiger Dauer folgten die Zuhörer den Erörterungen voll Spannung bis zum Ende. Hier nun entwickelte Owen, im vollen Bewußtsein, daß ihn, was er zu sagen beabsichtigte, um seine ganze Popularität bei den herrschenden Klassen bringen werde, nicht nur seine wirtschaftlichen Forderungen, sondern verlangte auch Erleichterung der Ehescheidung, Einführung einer vernünftigen Regierung bei völliger Meinungsfreiheit, Abschaffung aller Strafen und deren Ersetzung durch vernünftige Behandlung des Verbrechers. Wodurch er aber seine hohen Gönner am meisten sich abwendig zu machen Gefahr lief, war, daß er alle bestehenden Religionen für Unsinn erklärte. Das Endziel aller Priester sei die Rettung der Seelen, und Sünde sei so viel wie ein Verhalten, das zur Strafe nach dem Tode führe; Immoralität sei aber nichts anderes als eine Krankheit, die zu heilen unsere Aufgabe sei, und Zorn über einen Sünder sei ebenso wenig angebracht wie Zorn über einen Kranken.

Zu seinem größten Erstaunen fand Owen, der erwartet hatte, in Stücke zerrissen zu werden, brausenden, nicht enden wollenden Beifall. Schon glaubte er, allem Aberglauben den Todesstreich versetzt zu haben.

Allein in den breiten Massen des Bürgerstands hat Owen am 21. August 1817 seinen Einfluß verloren. Er war für sie nur mehr der Ungläubige. Die Times, die über seine Bestrebungen bisher wohlwollend berichtet hatte, ver-

1) Autobiography I 157—159.

schloß ihm ihre Spalten. Geistliche stellten den Buchhändlern die Wahl, entweder den Vertrieb ihrer Werke oder den der Schriften Owens aufzugeben, und die Mehrzahl der Buchhändler gab letzteren auf. Bei der Regierung fand Owen nun keinen Boden mehr. Nur der Herzog von Kent blieb ihm treu. Eine 1819 unter seinem Vorsitz zur Verwirklichung des Owenschen Reformvorschlags gebildete Gesellschaft fand zwar noch den Beitritt angesehenen Leute, so Sir Robert Peels und Ricardos, und selbst des Erzbischofs von Canterbury, des Bischofs von London und anderer höherer Geistlichen, aber die £ 8000, die zu dem Zweck einliefen, waren zu seiner Verwirklichung ungenügend. Ebenso erging es einem 1822 unternommenen Versuche der britischen und ausländischen philanthropischen Gesellschaft für die dauernde Hebung der Arbeiterklasse.

Owen ist im Frühjahr 1818 nach dem Festland gereist und hat da sowohl in der französischen Gelehrtenwelt, bei den französischen Politikern, bei Oberlin, Pestalozzi und Fellenberg in der Schweiz, und in Deutschland bei Bethmann in Frankfurt die ehrendste Aufnahme gefunden. Gelegentlich eines Diners, das dieser zu Ehren Alexanders I. von Rußland gab, kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen Gentz und dem als Gast geladenen Owen. Owen wurde etwas ernüchtert, als Gentz ihm auf seine Darlegung der Möglichkeit, die Lage des Volks zu verbessern, erwiderte: „Wir wissen das sehr gut, aber wir wünschen nicht, die Massen wohlhabend und unabhängig zu sehen; wie könnten wir sie alsdann regieren.“ Trotzdem hat sich Owen noch zum Monarchenkongreß nach Aachen begeben, um ihm seine Denkschriften zu überreichen.

Der Mißerfolg Owens bei den Großen der Welt ist nicht ohne Einfluß auf sein weiteres Vorgehen geblieben. Sein Ziel blieb das alte: Befreiung aller Stände, friedliche, freiwillige Umwandlung des Bestehenden. Doch das Werk soll nun nicht mehr für die Arbeiter sondern von ihnen selbst vollbracht werden. Nach England zurückgekehrt hat er ihnen dies im März 1819 in einem Aufrufe auseinandergesetzt. 1820 schrieb er „Das soziale

System“, in dem er in ausgesprochenen Gegensatz zu der auf dem individualistischen Gewinnstreben aufgebauten Wirtschaftsordnung tritt. Der Mehrwert, den jeder Einzelne über seinen eigenen Unterhalt zu schaffen vermöge, sei, statt den Bedürfnissen aller zu dienen, in den Händen der Wenigen das Mittel zur Ausbeutung der Vielen geworden. Das „Soziale System“ enthält Owens erste unwundene Verurteilung des Privateigentums. In dezentralisierten, durch Güteraustausch und zu nationalen Zwecken verbundenen Arbeitsgemeinschaften soll nur noch das Alter über die Verschiedenheit der gesellschaftlichen Stellung entscheiden. In diesen Gemeinschaften, in denen alles dem Gebrauche diene und nichts der Anhäufung, außer zum Schutze der Mitglieder gegen Unfälle und schlechte Ernten, und zum Austausch gegen Gebrauchsgegenstände mit den Nachbargemeinschaften, könne kein Mensch den Wunsch haben, ein Mehr von irgendeinem Gute zu besitzen.

Owen hat das „Soziale System“ nicht in England, sondern erst sechs Jahre später in dem Organe der in Amerika begründeten kommunistischen Gemeinschaft New Harmony veröffentlicht. In der Zwischenzeit hat er sich der Durchbrechung der individualistischen Wirtschaft durch genossenschaftliche Versuche unter gleichzeitiger Wiederaufnahme der Leitung von New Lanark gewidmet. Hier aber hatte er harte Kämpfe mit seinen Partnern zu führen. Dem Quäker Allen erschien die ebenbürtige Rolle, die Owen der körperlichen Ausbildung, dem Tanzen und der Musik in der Erziehung zuerkannte, heidnisch. Die Schule wurde Owens Einfluß völlig entzogen; er sollte sich lediglich mit der wirtschaftlichen Leitung New Lanarks befassen. Damit verlor dieses Owens Interesse. 1828 verließ er die Stätte seines Wirkens und Ruhms. Mit ihm war die Seele der Fabriken gegangen. Der Gewinn nahm ab. „Die Stätte, die Könige besucht hatten“, schreibt Helene Simon¹⁾ „verlor ihre Anziehung“.

1) a. a. O. 72.

Vom 27. Januar 1821 bis zum März 1822 ist als Wochenblatt der „Economist“ erschienen, „ein periodisches Blatt zur Erklärung des neuen von Robert Owen entworfenen Systems der Gesellschaft und eines Assoziationsplans zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen, während sie in ihrer gegenwärtigen Tätigkeit verbleiben“. Im September 1821 ist darin die „Erklärung der Ursachen der Not“ erschienen. Sie sieht sie im Gewinn am Kostenpreise und will ihn auf dem Wege des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Konsumenten beseitigen. Durch gemeinsamen Einkauf soll zunächst der Gewinn am Zwischenhandel eingeschränkt und der organisierten Kundschaft der Vorteil des Großbezugs gesichert werden. Neben der Hebung der Lebenshaltung soll die Ersparnis am Einkaufspreis das Kapital für die allmähliche Eigenproduktion liefern, bis zur schließlichen Begründung von Siedlungen, in denen alle Spekulation und aller Handel der Gütererzeugung nach Maßgabe des Bedarfs weichen wird. Das Blatt hat einen unmittelbaren Ansporn zur Konsumvereinsbewegung¹⁾.

1825 hat Owen die kommunistische Ansiedlung des Württembergers Rapp im Wabashtale in Indiana erworben und da die kommunistische Kolonie New Harmony begründet. Eine bunte Gesellschaft scharte sich um ihn. 1827 hat Owen New Harmony unter Einbuße von vier Fünftel seines damaligen Vermögens wieder verlassen. Es war natürlich, daß sein Experiment hier, wo er auf Personen angewiesen war, deren Charakter er nicht von Kindheit an herangebildet hatte, sondern deren Geist von dem von ihm verpönten Gewinnstreben erfüllt war, zusammenbrechen mußte.

Während Owens Abwesenheit in Amerika haben die englischen Arbeiter zahlreiche Konsumvereine ins Leben gerufen. Sie mißfielen Owen nach seiner Rückkehr. Er nannte sie Handelsgesellschaften; Kaufen und Verkaufen habe mit seinem genossenschaftlichen Gemeinwesen nichts

1) Helene Simon 157—160.

zu tun. Erst später, nachdem sich gezeigt hatte, daß zahlreiche Mitglieder sich zu seinen Lehren bekannten, näherte er sich ihnen und nahm an ihren Bestrebungen lebhaften Anteil¹⁾.

Über Owens Teilnahme an der neuen Gewerkvereinsbewegung wurde schon oben²⁾ gesprochen. Seine Hoffnung, mit ihrer Hilfe seine kommunistische Umorganisation der Volkswirtschaft zu erreichen, ist mit der neuen Gewerkvereinsbewegung zusammengebrochen. Auch habe ich schon gesagt, daß die Arbeiter nach deren Zusammenbruch keine Geduld mehr hatten, auf die Umwandlung des Charakters der Menschen zu warten. Ihre Lage war zu drückend. Sie huldigten nach wie vor der Owenschen Lehre: Die Maschinen seien ein Fluch im Besitze des Kapitals, da alle Vorteile des technischen Fortschritts den Besitzern zufielen; sie würden ein Segen erst im Besitze von Genossenschaften. Aber während sie ökonomisch Oweniten blieben, wurden sie praktisch politische Reformer.

Es braucht nicht bloß dem milden Charakter Owens zugeschrieben zu werden, daß er jede Revolution und überhaupt jeden anderen Weg zur Verwirklichung seiner Ideen als den der allgemeinen Überzeugung aufs Entschiedenste verwarf. Da die Verwirklichung seiner Pläne eine Umwandlung aller Menschen voraussetzte, war es nur verständlich, einzusehen, daß sie nie durch Gewalt, sondern nur auf dem Wege der Überzeugung erreicht werden könne.

Er sandte eine Schar begeisterter Schüler ins Land, um sein neues Evangelium zu predigen, und da ihnen gleich ihrem Meister nichts ferner lag, als zu Haß und Gewalt gegen die Besitzenden aufzufordern, hat ihr Auftreten nicht schädlich gewirkt. Es hat sogar Gutes zur Folge gehabt. Owens und der Oweniten Propaganda hat mannigfache Kenntnisse unter den Arbeitern verbreitet, sie zum Nachdenken angeregt und ihrem Leben und Treiben eine

1) M. Beer 240.

2) Siehe oben 304.

ideälere Richtung gegeben. Vor allem aber: aus dieser Propaganda sind die Genossenschaften erblüht, die den Arbeitern so reichen Segen gebracht haben. Das ganze englische Genossenschaftswesen ist Owenschen Ursprungs; die ersten Genossenschafter waren Oweniten; ihre Versuche waren auf Owensche Ideen gegründet.

Zu diesen gehörte vor allem Owens Lehre vom gerechten Preise. Darunter verstand er, wie die Kirchenväter, einen Preis entsprechend den Kosten, den aufgewendeten Kosten der Arbeit wie denjenigen des Kapitals. Der Arbeit sollten nur die Kosten der Arbeit zuteil werden, aber er begriff darunter alles, was nötig sei, um den Arbeiter in leistungsfähigem Zustand zu erhalten und ihm die fortschreitende Vervollkommnung von Körper, Geist und Charakter zu ermöglichen; er schloß darin die Versicherung für Krankheit, Invalidität und Alter ein. Desgleichen sollten aber auch dem Kapital nur seine Kosten zuteil werden, und auch hierunter verstand er nur das, was nötig sei zur Ersetzung der Abnutzung, zur Versicherung gegen Verluste und Entwertung, sowie zur fortschreitenden Verbesserung der mechanischen Vorrichtungen. Dagegen sollte es keinen Kapitalgewinn über diese Kosten geben. Der Kapitalist, der die Produktion um dieses überschüssigen Gewinns willen leistete, sollte durch einen Beamten ersetzt werden, der auf Grund einer wissenschaftlichen Erforschung des Bedarfs diesem die Produktion anpaßte. Auf diese Weise hoffte Owen einerseits eine gerechte Verteilung der Güter herbeizuführen, bei der ein jeder das zur größtmöglichen Entfaltung seiner Persönlichkeit Notwendige erhielt, andererseits jenes chronische Unglück: die Aufeinanderfolge von Perioden des Aufschwungs und Niedergangs zu beseitigen.

Diesen Gedanken hat man in einer Weise zu verwirklichen gesucht, daß der Versuch notwendig scheitern mußte. Es wurden Arbeitsbörsen gegründet, in denen die Produkte entsprechend dem gerechten Preise Owens, d. h. entsprechend der Menge gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit, die ihre Herstellung gekostet hatte, gegen-

einander getauscht werden sollten. Jeder, der ein Produkt auf der Arbeitsbörse ablieferte, sollte eine Arbeitsnote erhalten, d. h. einen Schein, auf dem die Zahl Arbeitsstunden, die zur Herstellung nötig war, verzeichnet war. Für diesen Schein sollte er auf der Arbeitsbörse, d. h. in dem sogenannten Magazin, eine Ware, wie er sie brauchte und die gleich viel gekostet habe, erhalten. Es war die Zeit, da die Streikbewegung des Nationalgewerkvereins zusammengebrochen war. Darauf waren die Streiks als Mittel zur Emanzipation der Arbeiter in Mißkredit geraten; der genossenschaftliche Kommunismus Owens mit seiner Kulmination in den Arbeitsbörsen wurde das Ideal. Owen setzte seine Hoffnung auf die Verwirklichung seiner Projekte durch die Gewerkvereine, und diese ergingen sich voll Siegesgewißheit in den übermütigsten Reden. Allein es ist klar, daß die ganze Einrichtung, selbst wenn sie hätte glücken können, nur für Handwerker, die genußreife Produkte herstellten, hätte Bedeutung haben können, nicht aber für großindustrielle oder landwirtschaftliche Arbeiter. Doch es war ausgeschlossen, daß sie glücken konnte. Es fehlte eine wesentliche Voraussetzung ihres Gelingens: die planmäßige Anpassung der Produktion an den Bedarf. Bald gab es in dem Magazine eine Fülle nicht begehrter Waren, während das, was die Produzenten für das, was sie brachten, haben wollten, nicht zu haben war. Der Versuch, den Preis der Produkte nach der Größe der Herstellungskosten und nicht nach dem Maße, in dem sie begehrt wurden, zu gestalten, litt notwendig Schiffbruch. Ich selbst habe noch aus dem Munde alter Oweniten gehört, daß vor der Türe der Arbeitsbörse Händler saßen, die den enttäuscht aus dieser zurückkommenden Produzenten die empfangenen Arbeitsnoten für ein Spottgeld abkauften, um in dem Magazine dafür einzutauschen, was sie alsbald auf dem offenen Markte viel teurer wieder verkauften. Diese Erfahrungen der Jahre 1832—34 sind den seit den vierziger Jahren zur Entwicklung gelangten Genossenschaften, von denen noch die Rede sein wird, zu gut gekommen. Sie haben sie ver-

mieden, und in ihnen ist Owens Gedanke vom gerechten Preise verwirklicht worden.

Owen ist am 17. November 1858 gestorben. Als er den Tod nahen fühlte, hat er sich in seine Geburtsstadt begeben, um sich im Grabe seiner Eltern begraben zu lassen. Er hatte vor seinem Tode sein Ansehen bei den höheren Klassen eingeübt. Er war ein Mann von einigen richtigen und vielen unrichtigen Ideen. Einwendungen war er nicht zugänglich; er wiederholte denen, die sie machten, autoritativ stets dieselben Gedanken. Deshalb haben ihn alle bürgerlichen Parteien und die Geistlichen jeglicher Konfession als Langweiler gefürchtet. Zuletzt war er noch Spiritist geworden. Aber den Arbeitern hat, was an seinen Gedanken richtig war, wie wir sehen werden, großen Segen gebracht.

53. Kapitel.

Die Chartistenbewegung.

In seiner 1814 dem späteren Georg IV. gewidmeten „neuen Auffassung von der Gesellschaft“ hatte Owen geschrieben: „Wenn die gemäßigten und klarblickenden Männer aller Parteien nicht jetzt ihre Hilfe gewähren wollen, um diese (d. h. die von ihm verlangten) Veränderungen auf friedlichem Wege herbeizuführen, so ist für jeden ruhigen Beobachter offenbar, daß der Kampf der Arbeiter und aller im Elend lebenden Personen um jenen Grad von Glück, der für sie praktisch erreichbar ist, nicht mehr lang verzögert werden kann. Die wahre politische Klugheit gebietet also, diesen Ausbrüchen zuzukommen und durch wohlbegründete, erprobte und entscheidende Maßregeln die Nation von den Irrtümern ihrer heutigen Systeme zu befreien.“

Owen schrieb so, als er noch kein Sozialrevolutionär war, als er noch an eine Reform der Gesellschaft durch eine aristokratische Gesellschaft glaubte und Könige und der spätere Kaiser Nikolaus I. nach New Lanark pilgerten. Wir haben gesehen, wie seine Erwartungen getäuscht worden sind, und er aus einem Reformers der bestehenden individualistischen Wirtschaftsordnung zum Kommunisten geworden ist. Zu derselben Zeit, da das Gesetz von 1825 erlassen worden ist, das die Benutzung der gewährten Koalitionsfreiheit so gefährlich machte, daß sie schwer anzuwenden war, ohne eingesperrt zu werden, und da Owen nach Amerika zog, um die kommunistische Kolonie New Har-

mony zu begründen, ist in England die Chartistenbewegung entstanden, die von dem Gedanken getragen war, die Arbeiter müßten die politische Herrschaft erobern, um im Gegensatz zu dem von den Besitzenden vertretenen Prinzip der wirtschaftlichen Freiheit die Volkswirtschaft mittels der Staatsgewalt im Interesse der Arbeiter zu organisieren¹⁾.

Die Anfänge der Bewegung fallen in die Jahre 1825 bis 1830. In den Jahren 1831 bis Ende 1834 hat sie ihre theoretische Ausbildung erlangt. Ihre Bezeichnung als Chartismus datiert erst von 1834. In ihrem Verlauf zerfällt sie in zwei Hauptabschnitte 1836—1839 und 1840 bis 1848. Von da ab versiecht sie. Um 1854 ist sie ganz erloschen.

Der Mann, der auf die Denkweise der Chartisten den Haupteinfluß gehabt hat, war Thomas Hodgskin, ein früherer Marineoffizier²⁾. Er war in vieler Beziehung der Gegensatz zu Robert Owen. Er war individualistischer Nationalökonom. Das Studium Ricardos hatte ihn bereits 1820 zur Entwicklung der Lehre vom Mehrwert geführt, des unvermeidlichen Korrelats der Ricardoschen Arbeitswerttheorie, die später den Marxschen Sozialismus erzeugt hat, der, wie James Bonar treffend gesagt hat, als Gespenst der verstorbenen Ricardoschen Orthodoxie triumphierend auf deren Grab sitzt. Hodgskin hat 1825 eine Broschüre geschrieben „Labour defended against the claims of capital by a labourer“ (Verteidigung der Arbeit gegen die Ansprüche des Kapitals), worin er die bestehende Wirt-

1) Ich habe auf Grund von R. G. Gammage, *The History of the Chartist Movement from its Commencement down to the present time*, London 1854, in den Preußischen Jahrbüchern, XXXIII, 1874, zwei Aufsätze über die Chartistenbewegung veröffentlicht. Die Geschichte des Sozialismus in England von M. Beer, Stuttgart 1913, und *The Chartist Movement by the late Marc Hovell*, edited and completed by Professor T. F. Tout, Manchester 1925, haben endlich eine wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Darstellung des Verlaufs der Bewegung gegeben.

2) Siehe über ihn Elie Halévy, *Thomas Hodgskin*, Paris 1903.

schaftsordnung angriff und das Gesamtprodukt für die Arbeit in Anspruch nahm. In der Schrift des Oweniten William Thompson „Labour rewarded“ (die belohnte Arbeit) wurde Hodgskin insofern bekämpft, als seine Lehre Konkurrenz und Privatwirtschaft bestehen läßt; im übrigen huldigt Thompson der Lehre Owens über die Nichtberechtigung des Kapitalgewinns. 1827 wurde Hodgskin Lehrer der politischen Ökonomie am Mechanics' Institute in London. Den Inhalt seiner Lehren können wir nach seinem Buche „Popular Political Economy“, London 1827 beurteilen. Er besteht in der Beweisführung, daß das Kapital unproduktiv sei, daß das fixe Kapital von den Arbeitern erzeugt und mit schöpferischer Kraft versehen und das umlaufende täglich von den Arbeitern hervorgebracht werde, daß demgemäß den Arbeitern Alles, was produziert werde, gehöre und unter sie verteilt werden sollte.

Von 1827 an begegnet man den Gedanken Hodgskins in den Schriften und Reden der populären Agitatoren. Stimmt Hodgskin und der zum Kommunisten gewordene Owen auch in ihrer Verurteilung der bestehenden Güterverteilung überein, so bestand doch ein Gegensatz zwischen beiden hinsichtlich der Methode, wie eine Neuordnung zu erzielen sei. Während Owen von der Bemächtigung der politischen Gewalt durch die Arbeiterklasse nichts hielt, war Hodgskin politisch ein Revolutionär. Er hat den Klassenkampf zwischen Arbeiterklasse und Mittelklasse gepredigt, und schon oben wurde gesagt, daß die Anhänger Owens anfangen, an Stelle seines Voluntarismus die Parlamentsreform in den Dienst seiner ökonomischen Lehren zu stellen. Von 1831 an ist es insbesondere der Ire James Bronterre O'Brien, der im Sinne von Hodgskin den Klassengegensatz und die Verwirklichung von Owens kommunistischen Plänen durch ein aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangenes Parlament predigt. Auch der im Poor Man's Guardian vom 7. Januar 1832 abgedruckte Reim

„Der Lohn soll sein der Preis des Guts,
Ja der ganze Preis sei der Lohn;

Dann erhielten wir, die wir schaffen das Gut,
 Nach Gerechtigkeit alles als Lohn.
 Doch wenn der Preis in Rente zerfällt,
 In Steuer, Gewinn und Zehnt,
 Dann erhalten die, die geschaffen das Gut,
 Nichts, — gerade gar nichts am End.“

dürfte von einem Anhänger Hodgskins stammen.

So viel über die ökonomischen Ziele der Chartistenbewegung. Ihre äußere Geschichte ist eine rein politische. Sie soll hier nur in ihren Grundzügen skizziert werden.

Ich habe im 44. Kapitel erzählt, wie der Umschwung in der Stellung des Volkes zur Parlamentsreform von den Arbeitern ausgegangen ist, denen Cobbett unermüdlich vorhielt, das Alpha und Omega ihrer Befreiung aus der erbärmlichen Lage, in der sie sich befanden, sei die Reform des Wahlrechts. Auch habe ich dort schon gesagt, daß die Arbeiter die Hauptlast des Kampfes getragen haben, der zur Parlamentsreform von 1832 geführt hat. Aber Doherty, der Führer des „großen nationalen Gewerkvereins“ von 1833—34 hat schon 1831 geltend gemacht, daß das Volk nicht mit einer Parlamentsreform abgespeist werden dürfe, die ihm nichts nütze; es müsse die Angelegenheit selbst in die Hand nehmen, um die Regierung zu zwingen, das, was gerecht sei, zu tun; und wenn auch die Reformbill Lord Greys keinem einzigen Arbeiter das Wahlrecht zu bringen versprach, so galt es doch den Arbeitern als ausgemacht, daß das neue Parlament das Stimmrecht alsbald auch auf sie ausdehnen und eine Reihe von Gesetzen erlassen werde, nach denen sie in ihrem Interesse verlangten. Nur diesem vereinten Wirken der unteren Klassen und der Liberalen war die erzielte Reform zu danken gewesen.

Die vorstehenden Kapitel haben gezeigt, in welchem Maße die Arbeiter in ihren Erwartungen getäuscht worden sind. Ihr Koalitionsrecht wurde verschlechtert, die Gesetzentwürfe zur Regelung der Fabrikarbeit wurden nicht in ihrem Sinne erledigt, an die Stelle des Rechts der Armen auf Unterstützung trat ein Armengesetz, das die Ar-

mut als ein Verbrechen behandelte; die Bewegungen für den Erlaß eines Zehnstundengesetzes und gegen das neue Armengesetz hatten, nicht selten unter der Führung von Tories, die Masse gerade der Ärmsten und Ungebildeten erfaßt und zur Teilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten herangezogen. Dazu kamen gleichzeitig das Scheitern bedeutender Arbeitseinstellungen, ein Steigen der Preise und die wachsende Ausbreitung der kommunistischen Ideen von Owen und Hodgskin, sowie der Zorn über die Aufrechthaltung eines hohen Zeitungsstempels und über die gerichtlichen Verfolgungen der Herausgeber der ungestempelten Presse. Diesen ganzen Gärungsstoff in eine einzige Bewegung zu konzentrieren, war die Leistung Lord John Russells.

Bei Eröffnung der ersten Session nach dem Regierungsantritte der Königin Viktoria beantragte nämlich die kleine Anzahl Radikaler im Unterhause, wie Roebuck, Joseph Hume, O'Connell u. a., eine Reform des Wahlrechts. Lord John Russell erwiderte mit jener berühmten Finalitätserklärung, in der er die Parlamentsreform als mit dem Reformgesetze von 1832 definitiv abgeschlossen bezeichnete. Der Antrag erhielt nur 22 Stimmen gegen 501. Diese Finalitätserklärung machte das kleine Häufchen Radikaler außerhalb des Parlaments sehr populär. Sie wurden nun von der 1837 begründeten „Londoner Arbeitergesellschaft“, welche das alte Programm des Majors Cartwright von 1776 zu dem ihren gemacht hatte, zu einer Zusammenkunft eingeladen, und daraus ging die Volkscharte hervor, in deren sechs berühmt gewordenen Forderungen alles formuliert war, was der englischen Arbeiterbevölkerung für die nächsten 12 Jahre vor allem erstrebenswert erschien, nämlich Stimmrecht und Wählbarkeit aller erwachsenen Männer, geheime Abstimmung, jährliche Parlamente, Diäten der Abgeordneten und gleichmäßige Wahlbezirke. Mit unermüdlichem Eifer durchzogen alsbald die Sendboten der Londoner Arbeitergesellschaft die Provinzen, um die sechs Punkte den Arbeitern als das Evangelium ihres Heils zu verkünden.

Es hatten sich in den Provinzen noch aus der Zeit der Reformagitation viele radikale Vereine erhalten, welche die Charte sofort nach ihrem Erscheinen zum Feldgeschrei machten. Allein weit wichtiger für den Chartismus war, daß die Anhänger der vorgenannten sozialen Bewegungen, an der Besserung ihrer Lage unter der bestehenden Ordnung verzweifelnd, denen Gehör gaben, die alles Heil von der Reform des Wahlrechts versprachen. Freilich verlor die Bewegung dadurch die Unterstützung der radikalen Bourgeoisie, die bei ihrer Taufe Gvatter gestanden; Tatsache ist, daß in dem Maße, in dem die Anhängerschaft der Charte infolge des Beitritts der Anhänger jener Bewegungen wuchs, die radikale Bourgeoisie sich zurückzog. Es war dies einerseits begreiflich: denn die Heftigkeit, mit der nebeneinander gleich blödsinnige, reaktionäre und revolutionäre Ideen gepredigt wurden, mußte jeden, der an geordnetes Denken gewöhnt war, abschrecken; andererseits war es für die Bewegung verhängnisvoll: denn erhielt die Chartistenbewegung durch jenen Beitritt auch die wuchtige Unterstützung der Massen, die von ihrem Gelingen die sichere Rettung aus den Drangsalen erwarteten, in denen sie sich befanden, so sollte doch die Erfahrung zeigen, daß die unteren Klassen ohne Unterstützung der höheren keinerlei Fortschritt zu erreichen vermögen.

Über die Mittel, wie das allgemeine Stimmrecht zu erlangen sei, waren die Meinungen geteilt. Es standen sich eine Partei der moralischen Macht und eine Partei der physischen Gewalt gegenüber. An der Spitze der ersteren stand Lovett, der Sekretär der „Londoner Arbeitergesellschaft“; die ihr zugehörigen Arbeiter waren zumeist Oweniten und suchten durch Gewinnung der öffentlichen Meinung und durch Massenpetitionen ans Parlament das Ersehnte zu erlangen. Allein nachdem das Parlament über diese Petitionen zur Tagesordnung übergegangen war, erhielten die Anhänger der physischen Gewalt in der Bewegung das Übergewicht. An ihrer Spitze stand der Ire Feargus O'Connor. Gammage¹⁾ schildert ihn als einen

1) Gammage 51, 52.

Redner, der allen anderen überlegen war. Auf der Rednerbühne erschien er wie ein Riese. Über sechs Fuß hoch, kräftig und athletisch gebaut, von einer gewissen aristokratischen Haltung, war seine ganze Persönlichkeit geeignet, die Massen mit feierlicher Ehrfurcht zu erfüllen. Er war der allgemeine Abgott. Wenn er in Versammlungen das Wort ergriff, weckte der Donner seiner Stimme die Unaufmerksamsten und legte den Unruhigsten Stillschweigen auf. Seine Wirkung war unwiderstehlich. Leider war sein Verstand nicht seiner Rednergabe entsprechend.

Solange die Bewegung die Grenzen der Gesetzlichkeit einhielt, widerstand die Regierung dem Drängen der geängstigten Besitzenden nach polizeilichem Einschreiten, mochten die Redner in den Volksversammlungen auch auf die Fabriken verweisen, deren Ziegelsteine verkittet seien mit dem Blute von Weibern und Kindern, oder den Chartisten nicht als politische, sondern als eine Messer- und Gabelfrage bezeichnen. Hätten sie keine Beschwerden, erwiderte Lord John Russell auf das Verlangen nach Verkümmerung der Versammlungs- und Redefreiheit, so würden diese kolossalen Versammlungen bald ein Ende nehmen. Erst als die Agitatoren das Gesetz verletzten, indem sie zur Eroberung des Stimmrechts mit den Waffen aufforderten, schritt die Regierung ein. Alle Versammlungen bei Fackelschein wurden nun für ungesetzlich erklärt, und alle Personen, die sich daran beteiligen würden, mit Strafe bedroht. Bald hatten die Assisen reichlich mit der Aburteilung derjenigen zu tun, die von Versammlungen bei Fackelschein nicht lassen wollten.

Um dieselbe Zeit, da diese Prozesse begannen, trat am 4. II. 1839 in London der nationale Konvent zusammen, — das Volksparlament, das die Arbeiter gewählt hatten, um gegenüber dem Parlamente, das der gesetzliche Ausdruck der Besitzenden war, zu tagen. Als bald trennten sich die Gemäßigten unter den Anhängern der moralischen Macht. Die Zurückbleibenden dagegen beschlossen, das Volk zu befragen, ob es bereit sei, auf Anordnung des Konvents an einem bestimmten Tage alle Gelder aus den Spar-

kassen zurückzuziehen, alle Banknoten, deren man habhaft werden könne, der Bank von England zur Einlösung zu präsentieren, ferner gleichzeitig an allen Orten und in allen Gewerben die Arbeit einzustellen und endlich sich Waffen zu verschaffen, um die bedrohten Volksfreiheiten zu verteidigen. Bald sollten diese Beschlüsse eine praktische Bedeutung erlangen.

Die Chartisten hielten die Vorbereitungen, die sie trafen, in keiner Weise geheim. Die Regierung war von dem, was sie taten, wohl unterrichtet. Die Magistrate sandten aus allen Teilen des Landes Berichte über die Vorgänge in ihren Bezirken. Ein Glück, daß Lord John Russell damals Minister des Innern war. Er handelte im Sinne seiner Rede, in der er alles Einschreiten, so lange das Gesetz nicht verletzt werde, zurückwies. Seine klügste Handlung war, daß er dem Generalmajor Sir Charles J. Napier den Oberbefehl über die Truppen in Nordengland übertrug¹⁾. Der zukünftige Eroberer von Sind war nicht nur ein glänzender Offizier, sondern auch ein wahrer Gentleman und weiser und menschenfreundlicher Führer der Menschen. Unter einem anderen Kommandanten wäre es wahrscheinlich schon damals zu Blutvergießen in den aufgeregten Grafschaften des Nordens gekommen. Er aber sympathisierte mit den Leuten, deren wilden Projekten entgegenzutreten seine Pflicht war. Das hat ihn z. B. veranlaßt, in Manchester, das als Zentrum der revolutionären Bewegung galt, als er hörte, daß die Chartisten im Besitze von fünf Bronzekanonnen seien und sich mit verzweifelten Plänen trügen, einigen ihm bekannten Führern derselben privatim seine Artillervorbereitungen zu zeigen. Er begab sich zusammen mit dem Obersten Wemyss in die Versammlung auf dem Kersall Moor, und abgesehen von einigen leidenschaftlichen Reden erfolgte nichts. An anderen Orten verliefen die Dinge weniger harmlos.

Die Petition um die Charte, die von 1 280 000 Per-

1) Siehe über Sir Charles J. Napier: Sir W. F. P. Napier, *Life and Opinions of Sir C. J. Napier*, 1857. — M. Beer, a. a. O. 339. — Marc Hovell, 136, 139—142, 151—153, 184, 216.

sonen unterzeichnet war, war am 12. Juli 1839 vom Parlamente verworfen worden. Darauf kam es am 15. Juli in Birmingham zu einem Konflikt zwischen der Menge, die eine öffentliche Versammlung abhalten wollte, und der Polizei, infolgedessen 30 Häuser in Flammen aufgingen. Eine andere Folge des Parlamentsbeschlusses war, daß im nationalen Konvent nunmehr die Partei der physischen Gewalt die Oberhand erlangte, Benbows Gedanken des Generalstreiks aufnahm und dem Volke vom 5. August ab einen Monat zu feiern empfahl. Die Gewerkvereine wollten indes von diesem Gedanken nichts wissen, und so sah sich der Konvent genötigt, seinen Beschluß zurückzunehmen und die Idee des heiligen Monats aufzugeben.

Der unglückliche Ausgang dieser Idee wurde verhängnisvoll für den Konvent. Er fiel in Mißachtung und löste sich auf.

Unterdessen aber hatte die Regierung alle, welche wegen aufrührerischer Reden prozessiert werden konnten, vor die Assisen gestellt und die Verurteilten ins Gefängnis gesteckt. Die Nachricht, daß die Gefangenen schlecht behandelt würden, führte am 3. November 1839 zu einem gewaltsamen Befreiungsversuche in Wales, an dem 10 000 Bergleute teilgenommen haben sollen. Der Aufstand wurde kurzer Hand niedergeschlagen. Ende 1839 waren ungefähr 380 Chartisten, darunter sämtliche Führer, zu Gefängnisstrafen von 1 Monat bis 2 Jahren verurteilt. Dadurch wurde die Agitation gehemmt; die Versammlungen wurden seltener und weniger drohend, die Sprache der Redner gemäßigter, und eine große Anzahl chartistischer Zeitschriften, die große Verbreitung gehabt hatten, hörte auf oder führte ein elendes Dasein. Schon jubelte die Presse über das Ende des Chartismus, und die Whigs rühmten sich desselben als ihres Verdienstes.

Dies gab Thomas Carlyle Veranlassung zu seiner bitteren Schrift über den Chartismus¹⁾. „Aus den Zeitungen“, schrieb er, „hören wir, daß der Chartismus

1) Chartism 1839.

erstickt ist, daß ein „Reformministerium“ die Chimäre des Chartismus in der wirksamsten Weise unterdrückt hat. So sagen die Zeitungen —, und doch wissen alle Zeitungsleser, daß in der Tat nur die „Chimäre“ des Chartismus, nicht die Wirklichkeit desselben unterdrückt ist.“ Und an anderer Stelle: „Das Leben ist niemals ein Maientanz für die Menschen gewesen. Zu allen Zeiten war das Los der zu harter Arbeit geborenen stummen Millionen durch mannigfache Leiden, Ungerechtigkeiten, schwere Lasten, vermeidliche und unvermeidliche entstellt. Es war durchaus kein Spiel, sondern harte Arbeit, welche die Muskeln und das Herz wund machte . . . aber zu keiner Zeit seit den Anfängen der Gesellschaft ist das Los dieser selben stummen Millionen von Arbeitern so ganz unerträglich gewesen, wie es in den Tagen ist, die jetzt über uns dahingehen. Es ist nicht das Sterben, ja nicht einmal das vor Hunger Sterben, was den Menschen elend macht. Elend ist es, erbärmlich leben zu müssen, ohne zu wissen warum; an Herz und Seele müde und matt und doch vereinzelt und von einem kalten Laissez faire umgürtet zu sein; das ganze Leben hindurch langsam sterben zu müssen, eingekerkert in eine taube, tote, unendliche Gerechtigkeit, wie in dem verfluchten eisernen Bauche eines Phalarisstiers. . . . Der Chartismus bedeutet die erbitterte Unzufriedenheit, die wahnsinnig und wütend geworden ist. Es ist ein neuer Name für ein Ding, das viele Namen gehabt hat und noch haben wird. Der gellende, unartikulierte Schrei der Massen — ähnlich dem des Schmerzes und der Wut des stummen Tiers — enthält für das Ohr des Weisen die Bitte: führe mich, regiere mich; ich bin unvernünftig und elend und kann mich nicht selbst führen. Der wahnsinnige Chartismus wird nicht gänzlich nutzlos gewesen sein, wie es in der Tat kein Ding auf Erden ist, wenn er alle denkenden Männer der Gesellschaft genötigt haben wird, über diese Lebensfrage der Nation nachzudenken, die sonst nur zu leicht übersehen wird. Ist die Lage der arbeitenden Klassen Englands eine schlechte, eine so schlechte, daß verständige Arbeiter weder ruhig darin verharren können, wollen, ja selbst sollen?“

Die Redner und Redakteure der Chartisten saßen nun im Gefängnis. Aber die Massen, zu denen sie gesprochen, litten noch unter den Verhältnissen, gegen die sie gekämpft hatten, und waren noch von denselben Gefühlen beseelt. Unter diesen Umständen mußte die Bewegung bald wieder aufleben. Der Prozeß des letzten Chartistenführers hatte noch nicht begonnen, als bereits Anstrengungen zur Reorganisation der Bewegung gemacht wurden. Bis dahin waren alle Chartistenvereine lokal gewesen. Am 20. Juli 1840 trat in Manchester eine Versammlung von Delegierten derselben zusammen und beschloß die Verschmelzung aller lokalen Vereine zur „Nationalen Chartistenassoziation von Großbritannien.“ Die Basis derselben war selbstverständlich die Charte; bemerkenswert ist der ausdrückliche Beschluß, nur friedliche und konstitutionelle Mittel anzuwenden, um die Charte zum Landesgesetze zu machen. Bald darauf erhielt die Bewegung durch die Freilassung der Führer, die ihre Strafzeit abgebußt hatten, durch die Sympathie, die ihre Leiden während derselben erregten, und ihre Erbitterung gegen die Whigregierung neuen Impuls.

In dieser zweiten Phase der Chartistenbewegung ist es J. Bronterre O'Brien, der unter den Führern durch klarere sozialistische Ziele hervortritt. Er unterschied sich dadurch von vielen der Anhänger, daß er trotz der Unreife seiner wirtschaftlichen Pläne sich doch bewußt war, daß es sich bei der sozialen Bewegung nicht um ein Zurücklenken in die Geleise veralteter Wirtschaftspolitik, sondern um eine neue gesellschaftliche Organisation handle. Daher war er auch trotz aller Unbilden, die ihm persönlich von den Whigs widerfuhr, gegen jedes Bündnis mit den Konservativen. Den Gegensatz zu ihm bildete O'Connor. Er war für die Unterstützung der Tories, und die Protorypolitik O'Connors erwarb den Beifall der Menge. Daher der Name „Tory-Chartisten“. Bei der Parlamentswahl von 1841 verhalfen sie den Tories zur Mehrheit. Insbesondere eiferte O'Connor gegen alle Bestrebungen, die Arbeiterklasse innerhalb der bestehenden Ordnung wirt-

schaftlich, sittlich und geistig zu heben, weil dies das revolutionäre Ungestüm der Arbeiter hemmen könne, und seine Abgesandten erschienen häufig auf den Versammlungen der Antikornzolliga, um gegen diese zu protestieren. Überhaupt bestand eine wesentliche Tätigkeit seiner Anhänger darin, öffentliche Versammlungen zu sprengen.

Am 2. April 1842 trat ein neuer Konvent in London zusammen, um eine neue Petition um die Charte, die diesmal 3 300 000 Unterschriften erhalten haben soll, zu überreichen. Am 2. Mai wurde die Petition überreicht. Sechzehn Männer trugen sie durch die Straßen. Da sie zu groß war, um durch das Tor des Unterhauses zu gehen, wurde sie in Stücke zerteilt auf dem Fußboden des Hauses niedergelegt. Allein das Parlament weigerte sich, die Bittsteller an den Schranken des Hauses zu hören. Darauf erhielt die Partei der physischen Gewalt bei den Chartisten aufs neue die Oberhand. Am 5. August stellten die Arbeiter von Ashton die Arbeit ein und beschlossen, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis die Charte Gesetz sei. Andere Orte Lancashires folgten dem Beispiele. Große Abteilungen Arbeiter zogen nach Manchester und den übrigen Fabrikorten, riefen die Arbeitenden von der Arbeit und entfernten die Pfropfen (plugs, daher der Name plug-plot für die Bewegung) von den Kesseln der Dampfmaschinen. In kürzester Zeit hörte in Manchester und 50 Meilen im Umkreise alle Arbeit auf, außer in den Kornmühlen und in den Fabriken, deren Produkte ohne sofortige Bearbeitung verdorben wären. Indes enthielten sich nach den übereinstimmenden Aussagen aller Berichte, namentlich nach dem Zeugnisse Disraelis, der in seinem Romane Sybil diese Bewegung höchst ergreifend geschildert hat, die Arbeiter, mit ganz vereinzelt Ausnahmen, aller Exzesse. Dies hinderte nicht, daß die Bewegung am 22. August bereits zusammenbrach, indem der Streik in den übrigen Grafschaften nicht die erwartete Teilnahme fand. Der Streik führte zu einem Monsterprozeß vor den Assisen zu Lancaster, in dem 31 von den 59 Angeklagten verurteilt wurden. Aber wegen eines Formfehlers wurde das Urteil

kassiert und die Verfolgung aufgegeben, und dieser Formfehler war so groß, daß vielfach die Auffassung herrschte, die Regierung habe ihn mit Absicht begangen. Nur Thomas Cooper, das hervorragendste Talent, das die Chartistenbewegung hervorgebracht hat, wurde 2 Jahre ins Gefängnis gesetzt und dichtete darin sein „Fegefeuer der Selbstmörder“.

Nach dem Fehlschlagen des heiligen Monats erfolgten neue Versuche, die radikale Bourgeoisie und die Chartisten zu vereinigen. Sie scheiterten an Etikettefragen. Nachdem bald darauf auch Lovett und sein Anhang ausgeschieden waren, trat O'Connor mit einer Milchtöpfrechnung hervor, nach der die Arbeiter durch Aktieneinzahlung ein Landgut zu 4000 £ kaufen, dieses verpfänden und mit der geborgten Summe ein neues erwerben und so fortfahren sollten, bis sie alle Landgüter Englands in ihrem Besitze hätten. Trotz des Widerspruches der übrigen Chartistenführer wurde mit der Ausführung begonnen, und der Landplan beschäftigte nun vornehmlich die Bewegung, bis die französische Februarrevolution von 1848 sie aufs neue in revolutionäre Bahnen lenkte.

Ein neuer Konvent wurde gewählt, und trat in London zusammen. Eine neue Petition wurde angeblich von 5 700 000 Personen unterschrieben, und O'Connor machte sich anheischig, dieselbe an der Spitze eines Zuges von 150 000 Mann dem Unterhause zu überreichen. Auch fand am 10. April 1848 auf der Gemeindewiese von Kennington eine Versammlung — allerdings nur von 30 000 Mann — statt, um den Zug zu organisieren. Angesichts der außerordentlichen Maßnahmen der Regierung, ihrem Verbote des Zuges Nachdruck zu verleihen, unterließ aber O'Connor den Zug, fuhr die Petition in einer Droschke zum Parlament, wo sie geprüft und dargetan wurde, daß sie nur 1 975 469 Unterschriften enthielt, von denen noch dazu die meisten gefälscht waren.

Von da an wurde der Chartismus aus einem Gegenstande des Schreckens ein Gegenstand des Gelächters. Feargus O'Connor, der die Anwendung physischer Kraft

gepredigt, ohne selbst den Mut zu haben, sie anzuwenden, und seine Anhänger in Verschwörungen und Aufstände verwickelte, für die sie allein büßen mußten, hatte mit dem 10. April allen Einfluß verloren. Nachdem auch sein Landplan zusammengebrochen war, wurde er irrsinnig und endete im Irrenhause. Versuche seitens der übrigen Führer, namentlich seitens Ernest Jones', des Sohnes eines Adjutanten von Ernst August von Hannover, die Bewegung wieder zu beleben, waren umsonst.

Die Chartistenbewegung hat die große Wirkung gehabt, die englische Arbeiterklasse bis in den entlegensten Winkel des Landes aus den überkommenen Anschauungen der Unterwürfigkeit aufzurütteln und zum Bewußtsein ihrer besonderen Klasseninteressen zu bringen. Dies war ihr einziges bleibendes Ergebnis, und sie konnte kein anderes haben, weil sie über der Verfolgung der politischen Interessen die Hebung des wirtschaftlichen, sittlichen und geistigen Menschen vernachlässigte, ohne welche ein Sieg der Arbeiter nicht von Dauer sein konnte. Durch die Chartistenbewegung aufgerüttelt, schuf die englische Arbeiterklasse dann die Grundlage für ihre spätere Emanzipation, indem sie, unterstützt durch die höheren Gesellschaftsklassen, mit unvergleichlicher Energie dahin strebte, vorerst die wirtschaftlichen, sittlichen und geistigen Grundlagen derselben zu schaffen. Die Hauptmittel dazu waren die Arbeiterschutzgesetzgebung, die Genossenschaften und die Gewerkvereine. Doch bevor ich von der weiteren Ausgestaltung dieser Mittel spreche, muß ich von dem Umschwung sprechen, der sich in der Denkweise der höheren Gesellschaftsklassen anbahnte, und von denen, die ihn veranlaßt haben.

54. Kapitel.

Fabrikfeudalität und Fabrikantenadel.

In den Jahren 1836—1848 erschien ganz England in zwei Nationen gespalten, eine herrschende und eine beherrschte. Der Haß der beherrschten gegen die herrschende war so groß, daß es, wie das vorige Kapitel zeigt, zu Revolutionsversuchen gekommen ist, welche die ganze bestehende Ordnung bedrohten. Nach ihrem Scheitern im Jahre 1848 haben sie aufgehört. Das ist den Reformen zu danken, die seit Beginn der vierziger Jahre stattgefunden haben.

Es ist sehr schwierig, diese Reformen darzustellen.

Die eine Ursache ist, daß die infolge der seit 1760 eingetretenen Wirtschaftsrevolution brennend gewordene Arbeiterfrage das Leben von Staat und Gesellschaft in allen ihren Zweigen erfaßt. Als Folge müssen die eingetretenen Reformen in allen Zweigen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens verfolgt werden.

Die andere Schwierigkeit liegt in der charakteristischen Eigenart der englischen Sozialreform. Diese ist nicht etwa aus einem Regierungsplane hervorgegangen; sie ist nicht das Werk eines großen Staatsmanns oder auch nur eines wissenschaftlichen oder politischen Programms. Sie ist das Werk einer politisch und wirtschaftlich freien Gesellschaft, die einerseits den wirtschaftlich Starken die rücksichtslose Geltendmachung ihrer Kräfte, andererseits der ebenso rücksichtslosen Reaktion der vereinigten Schwachen volle Entfaltung gestattet.

Es sind unendlich viele Projekte und Versuche einer Sozialreform aufgetaucht und untergegangen. Es hat kein Interesse und wäre auch unmöglich, sie alle vorzuführen. Es genügt, sich auf diejenigen zu beschränken, die durch ihr Scheitern, wie durch ihr Gelingen praktische Bedeutung erlangt haben. Dabei ist bemerkenswert, daß kein Projekt und kein Versuch völlig geglückt ist. Vielmehr gelingen auch diejenigen, die bleibende Bedeutung erlangten, nur zum Teil, während sie zu einem anderen Teil scheitern. Vor allem ist eines charakteristisch: sie scheitern alle in dem Teile, der die Arbeiter „drunten“ zu halten bezweckt, gelingen dagegen in dem anderen.

Auch diejenigen, welche wenigstens teilweise zu Bedeutung gelangten, ist es nötig, systematisch zu ordnen. Eine chronologische Darstellung würde zu wenig Überblick und Urteil ermöglichen. Ich beginne mit den Bestrebungen, welche der modernen Entwicklung zunächst feindlich gegenüber getreten sind, durch die Verhältnisse gezwungen, das damit Unvereinbare fallen gelassen und in dem, was in ihrem Gedankenkreise berechtigt war, einen bleibenden Fortschritt herbeigeführt haben.

Vergegenwärtigen wir uns, um sie richtig zu würdigen, nochmals die Lage der Dinge um 1840.

Die erweiterten Absatzverhältnisse und die neue Technik hatten den Gewerbbetrieb revolutioniert. Aus den untersten Schichten der Bevölkerung hatten sich neue Männer zu Leitern der größten industriellen Betriebe emporgearbeitet, energische Charaktere, nunmehr die Hauptträger des englischen Nationalreichtums und damit der englischen Macht; mit Ungeduld strebten sie danach, der Aristokratie ihren Einfluß zu entreißen. Aber seit der Enttäuschung, welche die Parlamentsreform von 1832 den unteren Klassen gebracht hatte, war in ihrem Rücken bereits eine radikalere Partei unter den Arbeitern entstanden mit Gesellschaft und Staat umstürzenden Zielen.

Unter der Einwirkung dieser Strömungen entstand die Partei von Jung-England.

So nannte man eine Anzahl Angehöriger des höchsten englischen Adels, die eben von der Universität kam und in politischer, kirchlicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf jugendlich-enthusiastische Weise reaktionär war. Politisch zeigte sich dies in einer Schwärmerei für das absolute Königtum und seinen königlichen Blutzügen Karl I., sowie für den alten Adel Englands als den einzigen „Retter des Landes“, kirchlich in einer romantischen Vorliebe für den Kultus der katholischen Kirche, wirtschaftlich in der Bezeichnung von Industrie und Handel als den Fluch Altenglands. Berühmt wurde der Vers, in dem ein Anhänger des neuen Glaubens, Lord John Manners, der spätere Herzog von Rutland, diesen Gedanken naiven Ausdruck gab: „Laßt Reichtum, Handel, Recht und Wissen sterben, Nur unsern alten Adel nicht verderben.“

Dieser Schar bemächtigte sich Benjamin Disraeli. Er war 1804 in London als Sohn des Schriftstellers Isaak Disraeli und Enkel eines aus Venedig eingewanderten jüdischen Kaufmanns geboren. 1817 hatte er sich auf Rat des Dichters Rogers taufen lassen. Er ist von Jugend auf von leidenschaftlichem Ehrgeiz beseelt gewesen; von Jugend auf war er überzeugt, daß er das Zeug zu einem großen Manne in sich habe und berufen sei, einer zu werden. Nach der Parlamentsreform von 1832 hat er zuerst mit Hilfe der Radikalen ins Parlament zu gelangen versucht. Das schlug fehl, trotz der gleichzeitigen Veröffentlichung seines die Revolution verherrlichenden Epos¹⁾. Als es ihm 1837 gelang, gewählt zu werden, hatte er sich bereits den Konservativen genähert. Bei seinem ersten Auftreten im Parlamente wurde er ob seines exzentrischen Wesens ausgelacht. Doch hat ihn das nicht entmutigt. Er hat geantwortet, daß der Tag kommen werde, da man ihn hören werde. Für die Richtung, die seine Gedanken nunmehr verfolgten, ist die Rede ungemein bezeichnend, die er am 12. Juli 1839 gehalten hat, als die zweite Lesung des Antrags, die mit 1 280 000 Unterschriften bedeckte

1) *Revolutionary Epic*. London 1834.

Petition der Chartisten einer Kommission zu überweisen, in Frage stand. Lord John Russell hatte erklärt, die Regierung sei nicht gegen die freiheitlichen politischen Anschauungen der Petition, wohl aber gegen die drohende Haltung der Chartistenführer; sie glaube, daß kein Parlament, keine Regierung imstande sei, dem Volke dauerndes Wohlergehen, unberührt von den Schwankungen der Konjunktur zu sichern. Darauf Disraeli:

„Ich stimme mit dem edlen Lord (Russell) überein, daß die Petition auf dem Trugschluß beruht, daß politische Rechte soziale Glückseligkeit hervorbringen könnten. Wenn wir auch nicht das Heilmittel der Chartisten annehmen können, so dürfen wir doch nicht die Hände in den Schoß legen und das Vorhandensein einer Krankheit bestreiten. Ich glaube nicht, daß wir uns über das Wesen dieser Krankheit klar sind. Ich kann nicht annehmen, daß eine Bewegung, die einen nationalen Umfang annimmt, nur das Produkt einer Aufhetzung sei, die der edle Lord erwähnte. Ohne Zweifel mischt sich viel Aufhetzung in jede Volksbewegung; aber ich kann nicht glauben, daß eine Petition, die von weit mehr als einer Million Personen unterzeichnet ist, durch die gewöhnlichen Kniffe der Demagogen hervorgebracht werden könnte. An Demagogen hat es uns seit Jahren nicht gefehlt, und doch hatten wir bis jetzt keine derartige Bewegung. Die wirkliche Ursache dieser Bewegung besteht im Empfinden der Volksmassen, daß ihre bürgerlichen Rechte angegriffen wurden. Und ich behaupte, daß die Rechte des englischen Volkes wirklich angegriffen wurden: nicht aus böser Absicht, sondern infolge eines törichten Bestrebens, einer falschen Philosophie zu folgen und ein Regierungssystem einzuführen, das man die Monarchie der Mittelklassen oder das Bürgerkönigtum nennt. Für England bedeutet dieses System einen Bruch mit der Vergangenheit, der den Volksmassen die alten Vorteile nahm, ohne ihnen irgendwelche Kompensationen zu bringen. Ich gehöre nicht zu denen, die die Volkscharte dem neuen Armengesetz zuschreiben, aber es besteht doch ein enger Zusammenhang zwischen beiden. Sie entspringen beide derselben Ursache, der die meisten Übel geschuldet sind, an denen wir leiden. Dieser Ursache verdanken wir auch die Reformbill. Ich möchte mich deutlicher aussprechen: Ich dachte immer und denke auch noch heute, daß die alte Konstitution, die durch die Reformbill zerstört wurde, weder von ihren Verteidigern noch von ihren Angreifern genügend verstanden worden ist. Die alte Konstitution besaß ein vernünftiges Prinzip, das der neuen fehlt. Die erstere gab

einem kleinen Teil der Nation die politische Macht, aber sie legte ihm auch gewisse Bedingungen auf: er mußte die bürgerlichen Rechte der großen Masse schützen. Dieser Schutz der Schwachen war keine Ehrensache, sondern eine soziale Pflicht, die er erfüllen mußte. Die neue Konstitution hat die politische Macht einer neuen Klasse übertragen, ohne ihr soziale Pflichten aufzuerlegen. Und nur große Pflichten berechtigen zu einer großen Stellung. Es sind die sozialen Pflichten, die das Band bilden zwischen den Herrschenden und den Beherrschten. Nach der alten Konstitution übernahm die herrschende Minderheit die Verwaltung des Rechts, die Verwaltung der Kirchspiele, den Bau von Straßen und Brücken, den Oberbefehl über Miliz und Polizei, die Beschäftigung der Arbeitslosen, die Unterstützung der Notdürftigen: das waren die Pflichten, die die Besitzer der politischen Macht erfüllen mußten. Die neue herrschende Klasse erhielt die politische Macht und lehnte die Übernahme der sozialen Pflichten ab. Sie richtete eine billige und zentralisierte Regierung ein, die die sozialen Pflichten einschränkte und deren Erfüllung Staatsbeamten übertrug, die kalt und geschäftsmäßig zu Werke gehen. Die Armengesetznovelle ist das deutlichste Zeichen des Umschwungs. Die Unterstützung der Armen hörte auf, eine soziale Pflicht der herrschenden Minorität zu sein. Sie wurde eine degradierende Bettelei. Die neue Klasse lehrte den armen Arbeiter, daß er gar kein Recht habe auf Unterstützung, daß die Nation überhaupt gar keine Pflichten ihm gegenüber habe, daß jedermann für sich sorgen müsse. Mit einem Schlage empfanden die Massen, daß sie schutzlos dastünden und daß sie selber um Macht kämpfen müßten, um sich zu schützen. Die Folge dieses Empfindens ist die Charte Die Redner des Konvents und die Angeklagten in Birmingham wandten sich mit aller Deutlichkeit gegen die Mittelklassen, während sie den Adel nicht angreifen und in den Schrei gegen die Korngesetze nicht einstimmen. Ich weiß, daß diese Diskussion den beiden großen Parteien des Hauses nicht angenehm ist. Ich bedauere das, und ich schäme mich nicht, die Erklärung abzugeben, daß, obwohl ich die Volkscharte nicht billigen kann, ich mit den Chartisten sympathisiere. Sie bilden einen großen Teil unserer Mitbürger, und niemand kann bestreiten, daß sie unter zahlreichen Beschwerden leiden. Sehen wir uns das Parlament an. Wir tagen bereits fünf Monate. Und was haben wir für die Armen getan? Nichts! Die Regierung ist zufrieden; es ist in dieser Welt alles aufs beste eingerichtet; der Nation fehlt nichts. Die Regierung ist vollauf beschäftigt, neue Lords zu machen, neue Freiherren zu kreieren in einem Augenblick, wo der soziale Aufstand an unsere Tür pocht. Aus der Zerstörung

der alten Konstitution wird noch viel Unheil und Unehre für dieses Reich entstehen.“

Diese Rede mußte Disraeli die Türe zur vorgenannten Jugend des englischen Adels öffnen. Er bedurfte einer Gefolgschaft, sie entbehrte des Führers. Und in Disraeli erhielt sie den Führer und zwar einen glänzend begabten, die wunderbare Mischung eines zäh, rücksichtslos, ja gewissenlos sein Ziel verfolgenden Geschäftsmannes und eines durch beißenden Witz und orientalischen Phantasie-reichtum die gebildeten wie die ungebildeten Massen blendenden Charmeurs.

Von Disraeli kam das, was man das Programm der neuen Schule nennen kann. Dasselbe knüpft ostensibel an Lord Bolingbroke an. Auch bestand in der Tat nicht bloß hinsichtlich des Charakters, sondern auch der Umstände, in denen sich beide befanden, eine gewisse Ähnlichkeit zwischen dem glücklicheren Nachahmer und seinem erfolgloseren, aber geistig weit größeren Vorbild. Wie Disraeli so hatte auch Bolingbroke außerhalb der beiden großen Parteien des Landes gestanden. Der ehemalige Staatssekretär der Königin Anna und des Prätendenten Jakobs III. hatte zwar von der Maitresse Georgs I. seine Amnestierung erkauft; aber nach England zurückgekehrt hatte er gefunden, daß die regierende Whigaristokratie ihn voll Mißtrauen von allem Einfluß fern hielt und die von ihm verlassenen Tories ihn haßten. Da hatte er, um wieder zur Herrschaft zu kommen, die Partei „der Patrioten“ gegründet, und um dieser und vor allem sich selbst die königliche Gunst zu gewinnen, zeigte er der unter der Whigherrschaft seufzenden hannöverschen Dynastie das Ideal eines über den Parteien stehenden Königs, der sich mit den Interessen des Volkes identifiziert¹⁾. Indem er dies tue, werde er zu einem getreueren Ausdruck der Volkssouveränität als das Parlament; als solcher werde er

1) Vgl. insbesondere The idea of a patriot King in The Works of the late Right Honourable Henry St. John, Lord Viscount Bolingbroke. III. London 1754.

nicht bloß herrschen, sondern regieren, und zwar — trotzdem er die verfassungsrechtliche Freiheit des Volks nicht antaste —, ganz wie Elisabeth, unumschränkter regieren selbst als der absoluteste König. Außer von diesem frühesten Befürworter des „sozialen Königtums“ hat der betriebsame Disraeli, wie manche Stellen in seinen Schriften andeuten, auch von den verwandten Gedanken seiner deutschen Zeitgenossen Leo und Stahl manches bezogen. Auch soll hier nicht untersucht werden, wie weit St. Simons Ideen auf ihn von Einfluß gewesen sind.

Das Programm fand seinen theoretischen Ausdruck in Disraelis Schrift „Vindication of the English Constitution“; aber weit wirksamer wurde es durch die in zahllosen Exemplaren verbreiteten Romane Coningsby und Sybil vertreten.

Allein schon in dem England des 18. Jahrhunderts ohne legitime Dynastie, ohne ein dem Königtum blind ergebenes Heer, ohne geschulte Bureaukratie und ohne Staatseinnahmen, die von parlamentarischer Bewilligung unabhängig waren — war Bolingbrokes Ideal eine Utopie, die durchführen zu wollen die Erinnerung an Karl I. selbst den patriotischsten König abschrecken mußte. In der praktischen Politik des Englands der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts war für ein soziales Königtum noch weit weniger Raum. Auch war dies gewissermaßen für Disraeli ein Glück. Der Gedanke erschien damit nur als eine Phantasie unter vielen, mit denen der menschenkundige junge Streber seine aristokratische Gefolgschaft an sich fesselte. Das übrige Publikum lachte darüber als über einen geistreichen Einfall, der nicht ernsthaft zu nehmen sei. Selbstverständlich, daß ein so kluger Weltmann nicht ähnlich wie seine jugendliche aristokratische Gefolgschaft der Industrie und dem Handel den Krieg erklärte, sondern nur dem Geiste, der sie beseelte. Sein Programm war, nicht diese zu verderben, sondern dem romantisch-feudalen Geist untertan zu machen.

Was speziell die Arbeiterfrage angeht, so stand dieses Programm in Gegensatz zum Arbeitsverhältnis auf Grund

des Arbeitsvertrags unter Gleichberechtigten. Gleichheit sei in Wirklichkeit nicht vorhanden. Das Arbeitsverhältnis sei ein Herrschaftsverhältnis. Aus dieser Erkenntnis wurde aber nicht etwa die Folgerung gezogen, daß die vom Rechte anerkannte Gleichheit im Leben zu verwirklichen sei, sondern dieses Herrschaftsverhältnis sei das richtige, wenn es nur richtig ausgeübt werde, so wie nach der romantischen Vorstellung das Verhältnis der mittelalterlichen Grundherrn gegenüber ihren Hörigen war.

In dieser Vorstellung war ein Doppeltes enthalten: Einmal die Forderung, daß der Arbeitgeber in dem Lohnvertrag und der Lohnzahlung nicht sein Verhältnis zum Arbeiter als erschöpft ansehe; sie enthielt die Forderung musterhafter Fabrikeinrichtungen, so daß die die Gesundheit der Arbeiter bedrohenden Gefahren fortfielen. Die Forderung war um so leichter zu stellen, da die Partei aus Grundbesitzern bestand. Es waren damit ferner musterhafte sogenannte Wohlfahrtseinrichtungen, wie Kassen und Badehäuser gefordert, vor allem aber Einrichtungen, welche die Phantasie der ungebildeten Arbeiter lockten und fesselten, wie Spiele, Feste, Tänze. Dann könne der Lohn niedrig sein, wenn er nur regelmäßig gezahlt werde und für ein fröhliches Leben gesorgt sei.

Aber das Programm enthielt noch ein Zweites, die Maxime: Alles für die Arbeiter, nichts durch sie. Die Gleichberechtigung der Arbeiter beim Abschluß des Arbeitsvertrags sei, da sie direkt nicht beseitigt werden könne, durch Einrichtungen auszuschalten, die die Arbeiter schädigten, wenn sie davon Gebrauch machten. Kein Gedanke erschien verwerflicher als der, daß die Armen sich selbst bilden sollten; die Geistlichkeit und die Reichen sollten die Armen erziehen, die das, was man ihnen zu geben für gut finde, hinzunehmen und dafür dankbar zu sein hätten. Jeder Versuch der Arbeiter, sich selbst zu helfen, sei Eigenwille und persönliches Urteil, der Vater von Ketzerei, von Chartismus, Gewerkvereinen, Arbeits-einstellungen, französischen Revolutionen und dergleichen.

Diesem Gedankengang ist die Schaffung einer Reihe

von Einrichtungen während der folgenden Jahrzehnte entsprossen, wie musterhafte Arbeiterstädte¹⁾, reichlich ausgestattete Betriebskrankenkassen²⁾, Beteiligung der Arbeiter am Unternehmergeinn³⁾. Aber bei aller technischen Vollkommenheit haben sie die beabsichtigten sozialen Wirkungen nicht gehabt. Die englische Arbeiterschaft hat den Grundgedanken solcher Wohlfahrtseinrichtungen mit Entrüstung zurückgewiesen. Es handle sich dabei nur darum, die Arbeiter noch mehr zu Sklaven zu machen. Er verkenne, daß der Arbeiter verlange, aus seinem Elend in eine Lage emporgehoben zu werden, in der er selbst für sich sorgen könne. Alle die verschiedenen Wohlfahrtseinrichtungen aber hielten die Arbeiterklasse darnieder und sagten ihnen, daß sie drunten bleiben müßten. Man wolle nur Preisarbeiter großziehen, wie die Großgrundbesitzer Preisochsen und Preisschweine großzögen.

Ein ähnlicher Gedankengang, aber ohne den die Arbeiter erniedrigenden Beigeschmack, findet sich in den Schriften Thomas Carlyles⁴⁾. Sie enthalten den glänzendsten Protest des 19. gegen das 18. Jahrhundert. Gemeinsam ist ihnen mit Jung-England der Gegensatz zu den Utilitariern. Die Nationalökonomie bezeichnet Carlyle nur als die „widerwärtige Wissenschaft“, und der wirtschaftende Mensch der klassischen Nationalökonomie, der stets nur nach dem größten Gewinn strebt, ist ihm ein Gegenstand der Verachtung. Ihm gegenüber erscheint ihm, wie den Jung-Engländern, der mittelalterliche Grundherr im Verhältnis zu seinen Hörigen in einem verklärten, den Tatsachen wenig entsprechenden Lichte. Dabei ist seine Auffassung vom Adel grundverschieden von der von Jung-England. Im Gegensatz zu dem königlichen Märtyrer

1) Wohl die glänzendste war Saltaire; siehe darüber G. v. Schulze-Gaevernitz, Zum sozialen Frieden, Leipzig 1890, II 192 ff.

2) Baernreither a. a. O. 192.

3) Ebenda 195 ff. — Heinrich Frommer, Die Gewinnbeteiligung.

4) Siehe über ihn den ersten Band des eben genannten Werkes von G. v. Schulze-Gaevernitz.

Karl I. hat er das Andenken an Oliver Cromwells segensreiches Wirken wieder hergestellt. Er war Gegner der Kornzölle. Entgegen dem angeführten Reime des Lord John Manners sind ihm die Fälle, in denen Männer der Aristokratie auch heute noch große Ziele verfolgt haben, nur Ausnahmen. Aber sie können den Untergang ihres Standes nicht hindern, sie können höchstens bewirken, daß das Ende „eine friedliche Euthanasie sei, nicht ein jäher Zusammenbruch in den Gluten der Revolution.“ „Ja, meine rosigen, fuchsjagenden Brüder“ ruft er ihnen zu, „in euren frischen, üppigen Zügen offenbart sich mir entsetzlich bereits das hippokratische Gesicht“¹⁾.

Wir haben im ersten Bande gesehen, wie der Grundherr in allem und jedem das Aufsteigen des Hörigen gehemmt hat, wie keiner ein Handwerk erlernen, die Schule besuchen, ja selbst dem geistlichen Stande sich ohne seine Erlaubnis widmen durfte, wie er jederlei Abgaben, selbst das *merchetum carnis* von ihm erpreßt hat²⁾. All' dies übersieht Carlyle. Dem mittelalterlichen Grundherrn, der angeblich Freud und Leid, Gewinn und Verlust mit seinen Hörigen zusammen trug, stellt er den modernen Reichen gegenüber, der den Armen zwar zur Arbeit für seine Zwecke benutzt und, solange er für ihn arbeitet, natürlich am Leben erhält, aber dessen er sich entledigt, sobald er ihn entbehren kann und „glaubt durch die Bezahlung gewisser Shillinge und Pfunde seiner Verbindlichkeiten mit triumphierender Vollständigkeit ledig zu sein. Ist doch der Lohn, der versprochen war, bis auf den letzten Pfennig bezahlt.“ Das Schlimmste aber dabei sei, daß selbst das Gefühl einer weiteren Verpflichtung von Besitz und Macht fast in allen Kreisen verloren gegangen sei.

„Immer und immer wieder“, schreibt Schulze-Gaevernitz³⁾, „hat Carlyle seinen Landsleuten an das Herz gelegt, daß der Arbeitsvertrag die Beziehungen zwischen

1) Past and Present, Ausgabe von Kretzschmar 169, zitiert bei Schulze-Gaevernitz I 205.

2) Bd. I 143, 144.

3) a. a. O. I 215.

Arbeiter und Arbeitgeber nicht erschöpfe. Er wird hiermit der Vater jener großen Bewegung, welche seit der Mitte des 19. Jahrhunderts die Besitzenden ergreift und ihnen die Pflichten, welche aus dem durch die Gesellschaft gewährten und geschützten Besitz herfließen, in Erinnerung bringt, eine Bewegung, welche für die soziale Entwicklung Englands und insbesondere für die Herstellung eines friedlichen Verhältnisses zwischen den beiden Klassen von größter Wichtigkeit war.“ Was Carlyle will, ist, daß die modernen Arbeitgeber sich in „Hauptleute der Industrie“ verwandeln, welche die Führung der Arbeiter in allen ihren Bestrebungen übernehmen, nicht etwa zu reaktionären Zwecken; jeder Versuch der Rückführung vergangener Verhältnisse erscheint ihm innerlich unwahr und äußerlich erfolglos; sondern zu den Zielen, auf deren Erreichung die Arbeiter auf Grund der heutigen Gesittung berechtigten Anspruch haben.

Carlyles Einfluß, sowohl der unmittelbare seiner Schriften, als auch der durch die Schriften der großen Zahl, deren Gedankenrichtung durch ihn bestimmt worden ist, ist groß gewesen. Wir haben gesehen, die enorme Mehrzahl der großen Unternehmer des 19. Jahrhunderts ist aus den unteren Klassen emporgestiegen. Ich habe sie in ihrer Unkultur oben geschildert¹⁾. Sie kannten kein anderes Ziel, als möglichst rasch reich zu werden. Ihre Nachfolger zeigen bereits die vorteilhaften Wirkungen erworbenen Reichtums. Ein großer Teil hatte Universitäten besucht und da die auf diesen herrschenden geistigen Strömungen in sich aufgenommen. Nicht als ob alle Arbeitgeber, die in der sozialen Entwicklung Englands als Führer der Arbeiter sich Verdienste erworben haben, unmittelbare oder mittelbare Schüler Carlyles gewesen wären. Eine große Anzahl waren Quäker. Aber eine große Zahl der Maßnahmen, die von den englischen Arbeitgebern seit den vierziger Jahren ergriffen worden sind und die zur Überwindung des revolutionären Geistes, der die Chartisten erfüllt hatte, geführt haben, sind von Carlyleschen Haupt-

1) Oben 52.

leuten der Industrie ausgegangen, die erkannten, daß solche Maßnahmen gleichzeitig im Interesse der Arbeiter und Arbeitgeber gelegen seien.

Solche Maßnahmen bestanden vor allem in dem Ausschluß von Arten der Löhnung, durch die der Arbeiter um einen Teil des Preises seiner Anstrengungen gebracht wurde; dagegen in der Anerkennung, daß hoher Lohn nicht so viel heißt wie teure, und niedriger Lohn nicht so viel wie billige Arbeit, sondern daß Größe und Güte der Arbeitsleistung und Lohnhöhe auf die Dauer im Verhältnis stehen, in der Wahl von Lohnsystemen, die einerseits den Fleiß des Arbeiters anspornen, andererseits ihnen einen Lohn entsprechend ihrer Anstrengung sichern, in der Festsetzung der Arbeitsdauer auf ein Maß, bei dem einerseits die größte Arbeitsleistung erzielt, andererseits eine Grenze gezogen wird, bei der der Arbeiter aufhört, bloß Werkzeug und anfängt Mensch zu sein; in der Schaffung gesundheitsgemäßer Arbeitsräume, desgleichen in der Beschaffung besserer und billigerer Lebensmittel und Wohnungen, in Einrichtungen zur Gesundheitspflege und zur geistigen, sittlichen und ästhetischen Ausbildung der Arbeiter und ihrer Familien. Dies alles ohne den Hintergedanken, durch solche Mittel das Herrschaftsverhältnis über den Arbeiter zu festigen; vielmehr ging damit die rückhaltlose Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter bei Feststellung der Bedingungen des Arbeitsvertrags und ihrer bürgerlichen Freiheit Hand in Hand.

Der Einfluß Carlyles hat sich alsbald in der veränderten Haltung der Besitzenden zu den Bewegungen gezeigt, die zur materiellen, sittlichen und geistigen Hebung der unteren Klassen geführt haben. Wenden wir uns zu ihrer Betrachtung.

55. Kapitel.

Von der Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung auf die in den Bergwerken beschäftigten Kinder und Frauen bis zum Erlaß des Zehnstundengesetzes.

Die Geschichte einer Bewegung, die zur Beseitigung eines der ärgsten Notstände führte, unter denen die britische und irische Arbeiterschaft seit einem halben Jahrhundert litt, die der Antikornzollbewegung, habe ich schon erzählt. Sie ist in erster Linie eine Bewegung der bürgerlichen Klassen gewesen, und die Chartisten haben sie als solche bekämpft. Sie bestritten, daß der Freihandel für die Arbeiter von Interesse sei; Freihandel bedeute niedrige Lebensmittelpreise, und niedrige Lebensmittelpreise bedeuteten niedrige Löhne. Die Fabrikanten verlangten die Beseitigung der Kornzölle nur, um die Löhne herabzusetzen und damit die auswärtige Konkurrenz bestehen zu können. Die Lage der Arbeiter werde nach ihrer Beseitigung dieselbe wie vor derselben bleiben. Wir haben gesehen, daß dies falsch war, und in welchem Maße die Löhne nach Übergang vom Schutzzoll zum Freihandel gestiegen sind, und John Bright konnte am 16. Oktober 1866 in Glasgow in seiner Rede über die Klassenherrschaft in England sich auf Dr. Chalmers berufen, der gesagt hatte, daß nichts so geeignet sein würde, das Leben der britischen Gesellschaft zu verbessern, als die Abschaffung der Kornzölle. Ihre Abschaffung hat zur Beruhigung der Arbeiterklassen wesentlich beigetragen.

Aber einen nicht geringeren Anteil hat an dieser die weitere Ausbildung der Arbeiterschutzgesetzgebung gehabt, die in direktem Gegensatze zu denen erfolgt ist, denen das Verdienst um Beseitigung der Kornzölle zukommt. Ich habe oben¹⁾ gezeigt, wie das Fabrikgesetz von 1833 sichtlich bestrebt gewesen ist, die Interessen der Arbeitgeber möglichst zu schonen. Nichtsdestoweniger haben diese nach seinem Erlaß eine mehrjährige, geräuschvolle Agitation gegen dasselbe eröffnet. Je näher der 1. März 1836 kam, von dem ab Kinder von 9 bis 13 Jahren nur mehr 8 Stunden täglich sollten beschäftigt werden können, um so toller wurde die Bewegung. Auch ist es ihnen gelungen, die Regierung so einzuschüchtern, daß sie 1835 einen Gesetzentwurf im Unterhause einbrachte, nach dem bereits Kinder von 11 Jahren 12 Stunden täglich sollten abgearbeitet werden können. 35 000 Kinder unter 13 Jahren würden dadurch des Schutzes des Gesetzes von 1833 beraubt worden sein. Obwohl das Unterhaus mit einer Mehrheit von 2 Stimmen den Gesetzentwurf annahm, zog die Regierung angesichts des Sturms, der darob im Lande losbrach, denselben zurück; sie erklärte dem Gesetz seinen Lauf lassen zu wollen und, als der Fabrikant Hindley, ein Hauptbeteiligter an der Zehnstundenbewegung, 1836 einen Gesetzentwurf zur Verbesserung des schlecht durchgeführten Gesetzes von 1833 im Unterhause eingebracht hatte, gab Lord John Russell namens der Regierung das ausdrückliche Versprechen, daß sie auf der Durchführung des Gesetzes von 1833 bestehen werde.

Aber trotz dieses Versprechens wurde das Gesetz nicht durchgeführt. Dieses hat nämlich den Fabrikanten freigestellt in der 15stündigen Periode von $1\frac{1}{2}$ 6 Uhr morgens bis $1\frac{1}{2}$ 9 Uhr abends jede jugendliche Person und jedes Kind zu beliebiger Zeit die 12- bzw. 8stündige Arbeit beginnen, unterbrechen und enden zu lassen und ebenso den einzelnen Beschäftigten verschiedene Stunden zur Mahlzeit anzuweisen. Die Fabrikanten nützten dies zur

1) Oben 330.

Einführung eines Schichtwechselsystems, wonach die Arbeitenden einander nicht zu bestimmten Stunden ablösten, sondern die in einem Arbeitsraume an einer Maschine Beschäftigten mit den in einem anderen Raum an einer anderen Maschine Beschäftigten wechselten. Das hat die Buchführung über die Arbeit der einzelnen Beschäftigten sehr kompliziert gemacht, und es wurde damit den Fabrikinspektoren sehr schwierig, außer durch die Aussagen der Beschäftigten selbst festzustellen, ob diese überarbeitet worden waren. Die Fabrikinspektoren erklärten daher einstimmig, daß, solange dieser Schichtwechsel fort dauere, keine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit gegen den Willen der Fabrikanten durchgeführt werden könne. Das Schlimmste aber war die häufige Verweigerung der Durchführung des Gesetzes seitens der Friedensrichter, wo Fabrikanten deren Amt bekleideten, und die nur scheinbaren Verurteilungen, die sie vornahmen.

Das Whigministerium von 1837/38 zeigte sich gegenüber diesen offenen Rechtsverletzungen außerordentlich schwach. Da hat Lord Ashley es am 22. Juni 1838 im Unterhause beschuldigt, daß es sein Versprechen nicht gehalten habe; er wurde dabei von Peel unterstützt. Aber das Ministerium siegte mit einer Mehrheit von 8 Stimmen; diese Mehrheit war so gering, daß sie beinahe einem Siege Ashleys gleich kam. Darauf hat Ashley am 20. Juli in einer vortrefflichen Rede aus den Berichten der Fabrikinspektoren nachgewiesen, daß das Gesetz nirgends zur Ausführung komme, und eine Resolution beantragt, „daß dieses Haus aufs Tiefste bedauere, daß das Gesetz zur Regelung der Kinderarbeit in Fabriken, obwohl es sich als ungenügend und als für den Zweck, für den es erlassen ist, unwirksam gezeigt hat, so lange ohne Verbesserung geblieben ist“. Die Opposition beschränkte sich darauf, schlimme Wirkungen einer Beschränkung der Stundenzahl zu prophezeien; allein infolge des plötzlichen Übergangs O'Connells und seiner Schar zum Ministerium wurde die Resolution mit 121 gegen 106 Stimmen abgelehnt.

1839 hat dann das Whigministerium selbst einen Gesetz-

entwurf zur Verbesserung der Fabrikgesetze im Unterhause eingebracht, der sich indes nicht auf die Seidenindustrie erstrecken sollte. Lord Ashley beantragte die Ausdehnung auf die Seidenindustrie, und da das Haus ihm zustimmte, zog die Regierung ihren Entwurf zurück. Aber es zeigte sich angesichts der Chartistenbewegung immer dringender, daß etwas zur Besserung der Lage der Arbeiterklasse geschehen müsse. Das Ministerium schien daher bereit, Lord Ashley bis zu einem gewissen Grade seinen Willen zu lassen, und am 3. März 1840 fand er keinen Widerstand, als er einen Ausschuß beantragte, der die Wirkungen des Fabrikgesetzes untersuchen sollte. Nachdem dieser die Notwendigkeit einer Verbesserung der Fabrikgesetzgebung aufs neue erwiesen hatte, ging Ashley weiter. Er beantragte am 4. August 1840 die Ernennung einer kgl. Kommission, welche die Lage der in den bisher noch keiner gesetzlichen Regelung unterworfenen Industrien beschäftigten Kinder untersuchen sollte. Auch diesem Antrage wurde ohne Widerspruch zugestimmt.

Die Kommission hat im Jahre 1842 ihren ersten Bericht erstattet und zwar über die Lage der Arbeiter in den Kohlengruben, den Eisenbergwerken, den Zinn-, Kupfer- und Bleigruben¹⁾. Was er enthüllte, ist der Art, daß wie Lord Ashley im Unterhause sagte, „es nicht möglich ist, daß irgendein Mann, von welchem Stande er auch sein mag, wenn er nur ein Herz in der Brust hat, die Einzelheiten dieses grauenhaften Berichtes lesen konnte, ohne ein Gefühl der Scham gemischt mit Abscheu und Entsetzen zu empfinden.“ Wenn wir damit die Zustände in den kontinentalen, insbesondere den deutschen, Bergwerken

1) Siehe: Children's Employment Commission: First Report, Mines. 1842. Appendix. Part I and II. — Second Report, Mines 1843. — Midland Mining Commission: First Report, So. Staffordshire 1843. — Speeches of the Earl of Shaftesbury. London 1868. — Friedrich Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England. 289 ff. — Dr. F. Spencer Baldwin, Die englischen Bergwerksgesetze. Ihre Geschichte von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart 1894.

vergleichen, so zeigt sich der Unterschied zwischen dem staatlich geregelten und dem freien Arbeitsvertrag in erschreckendem Maße zu Ungunsten der Engländer. In Deutschland ist das Recht, Bergbau zu betreiben (Bergwerkseigentum) vom Rechte des Grundeigentümers getrennt. Jeder hat das Recht in fremdem Boden Bergbau zu treiben, selbst ohne Bewilligung des Grundeigentümers, wenn auch unter Entschädigung desselben und unter Aufsicht des Staats. Das Rechtsverhältnis zwischen dem Bergwerksunternehmer und dem zum Betrieb des Bergbaus nötigen Personal ist Gegenstand des Vertrags zwischen beiden; doch bestehen im öffentlichen Interesse bestimmte Vorschriften zugunsten der Bergleute, die durch Vertrag nicht geändert oder umgangen werden dürfen. In England dagegen ist das Recht des Bergbaubetriebs ausschließliches Recht des Grundeigentümers; es fehlten jegliche Schutzbestimmungen und jegliche Aufsicht. Die Folgen zeigt der Bericht: „Er hat“, wie W. N. Senior, der alte Gegner der Fabrikgesetzgebung, sich ausgedrückt hat, „das furchtbarste Gemälde von Habsucht, Selbstsucht und Grausamkeit der Kapitalisten und Eltern enthüllt, von Elend, Degradation und Verderb der Kinder und jugendlichen Personen, das jemals das Auge der Welt getroffen hat.“

In einzelnen Grafschaften wurden Kinder schon im Alter von 5, in anderen von 6, in wieder anderen von 7, in einer sogar schon im Alter von 4 Jahren zur Arbeit unter Grund genötigt und zwar sowohl Kinder männlichen wie weiblichen Geschlechts. Aus dem West Riding von Yorkshire wird ein Fall berichtet, in dem ein Grubenarbeiter sein dreijähriges Kind regelmäßig in die Grube mitnahm. Wenn das Kind durch die Arbeit erschöpft war, trug er es in seinem Arm nach Haus und legte es ins Bett. In England, Schottland und Wales wurden ebenso Mädchen wie Knaben im Alter von nur 5 Jahren unter Grund beschäftigt. Eine rühmliche Ausnahme hat nur Irland gemacht. In den irischen Gruben sind weder Kinder noch Frauen verwendet worden; Ashley hat dies als ein glänzendes Zeugnis

für die bekannte Warmherzigkeit des irischen Volkes bezeichnet.

Die Beschaffenheit der Räume, in denen gearbeitet wurde, war in den verschiedenen Bergwerkdistrikten sehr verschieden. Sie wurden in der Hauptsache von drei Dingen bedingt, von der Mächtigkeit der Flöze, der Ventilation und der Entwässerung. Die Größe der abgebauten Flöze hat zwischen 10 Zoll und 30 Fuß geschwankt. Wo das Flöz mächtig war, war hinreichend Raum vorhanden, wo dagegen dünn, würde es die Förderung von Erzen und Kohlen verteuert haben, hätte man außer dem Flöze auch noch einen Teil der anstoßenden Sand- oder Lehmschichten hinweggeräumt. Daher ließen die Unternehmer nur die Flöze ausgraben, und dadurch wurden die Gänge, die regelmäßig vier, fünf und mehr Fuß hoch waren, so niedrig, daß an aufrechtes Stehen nicht zu denken war. Der Arbeiter lag auf der Seite und brach mit seiner Hacke die Kohlen los, indem er den Ellenbogen aufstützte; daraus entstanden Entzündungen des Gelenks und in den Fällen, wo er knien mußte, dasselbe Übel an den Kniegelenken.

In manchen Gruben war die Luftzuführung völlig vernachlässigt; es waren gar keine Maßregeln getroffen, um die verdorbene, mit schädlichen Gasen gefüllte Luft zu reinigen. Das war die Regel in den Gruben mit engen Flözen. Ungenügende Ventilation vermehrt außerordentlich die Gefahr der Explosion.

Auch die Abzugskanäle waren in vielen Fällen äußerst mangelhaft. In Derbyshire z. B. gab es viele Gruben, in denen es so stark regnete, daß die Kinder in wenigen Minuten bis auf die Haut naß wurden, und zu gleicher Zeit war es so heiß, daß sie die Wärme ihrer Kleider kaum ertragen konnten, und in diesem nassen Zustand mußten sie 14 Stunden lang bleiben und dann vielleicht ein paar Meilen zu Fuß gehen, ohne ihre nassen Kleider zu trocknen oder zu wechseln. Im östlichen Schottland und in Wales waren Ventilation und Abzugskanäle schlecht und der allgemeine Zustand der Gruben sehr gesundheitsgefährlich.

Die Arbeit der Kinder und jugendlichen Personen war

von zweierlei Art: Türhüten und Schleppen der Kohlenkarren.

Die Türhüter waren die jüngsten Personen in den Gruben. Sie hatten die Lufttüren in den Strecken zu hüten. Um die Ventilation nicht zu stören, mußten diese geschlossen bleiben, außer wenn Personen durchgingen; davon war die Sicherheit der Grube abhängig. Vom frühesten Morgen, wenn die Arbeit begann, bis sie des Abends schloß, saßen da die Kinder im Dunkeln und hatten auf die Kohlenkarren zu lauschen, um die Türe rechtzeitig zu öffnen und zu schließen. Viele Kinder sagten, daß während des Winters Wochen vergingen, ohne daß sie das Licht des Tages einmal erblickten, außer an den Tagen, an denen nicht gearbeitet wurde.

Die nächstjüngste Klasse waren die Schlepper. Ihre Arbeit bestand darin, die Kohlenwagen vom Orte nach den Plätzen zu schaffen, von denen aus ihr Inhalt zu Tag gefördert wurde. Weiber und Kinder krochen auf Händen und Füßen, mit einem Geschirr um die Hüfte und einer Kette, die zwischen den Beinen durchlief, an die Kufe gespannt, durch die niedrigen Stollen, während ein anderes von hinten mit Kopf und Händen nachschob. Auf diese Weise arbeiteten Knaben und Mädchen im Alter von 7 bis 21 Jahren. Sie arbeiteten entweder ganz nackt, oder, wenn überhaupt, nur mit ein paar Hosen bekleidet, die alsbald durch die zwischen den Beinen durchlaufende Kette zerfetzt wurden. Selbst schwangere Frauen mußten auf diese Weise arbeiten und zwar noch am Tage ihrer Niederkunft. Es ist unmöglich, die Einzelheiten wiederzugeben, die der Bericht in dieser Beziehung enthüllte.

Die Dauer der Arbeitszeit der Kinder belief sich im Durchschnitt auf 12 Stunden, häufig auf 13, in Schottland sogar auf 15, 16, 17 und 18. Als Folge klagten die Kinder und jugendlichen Personen, die mit dem Schleppen der Kohlen und Erze beschäftigt waren, allgemein über große Müdigkeit. Selbst in den am rücksichtslosesten betriebenen Fabriken fand sich eine so allgemeine und weitgehende Abspannung nicht. Der ganze

Bericht liefert dazu auf jeder Seite Belege. Fast auf jeder Seite wird berichtet, daß die Kinder, sobald sie nach Haus kommen, sich auf den steinernen Fußboden vor dem Herde werfen und sofort einschlafen, daß sie keinen Bissen Nahrung mehr zu sich nehmen können und schlafend von den Eltern gewaschen und zu Bett gebracht werden müssen, ja daß sie sich unterwegs vor Müdigkeit hinwerfen und tief in der Nacht von ihren Eltern aufgesucht und schlafend gefunden werden. Es scheint allgemein gewesen zu sein, daß diese Kinder den größten Teil des Sonntags im Bette zubrachten, um sich von der Anstrengung der Woche einigermaßen zu erholen. Kirche und Schule wurden nur von wenigen besucht, und bei diesen klagten die Lehrer über große Schläfrigkeit und Abstumpfung bei aller Lernbegierde. Dasselbe fand bei älteren Mädchen und Frauen statt.

Dieses Überarbeiten und die geschilderte Art des Arbeitens haben auf den physischen Zustand der Arbeitenden zurückgewirkt. Der Bericht spricht von verkümmertem Wachstum, Verkrüppelung bei abnormer Ausbildung einzelner Muskeln, ferner von lokaler Irritation, schmerzhaften Anschwellungen und Geschwüren infolge des Drückens mit dem Kopfe. In vielen Fällen waren die Stollen naß, so daß die Arbeiter durch schmutziges oder salziges, die Haut gleichfalls reizendes Wasser von mehreren Zoll Tiefe zu kriechen hatten. Bei Frauen waren häufige Fehlgeburten die Folge, ferner fanden sich bei Arbeitern beiderlei Geschlechts eine Reihe eigentümlicher Krankheiten, die aufzuzählen zu weit führen würde, und endlich frühzeitiger Tod. Mit vierzig Jahren war nach allgemeiner Angabe der Grubenarbeiter ein Greis.

Aber noch schlimmer waren die moralischen Folgen des Mangels jeglicher Regelung der Arbeit. Unter der Tyrannei barbarischer Aufseher wurden die Arbeiter schon in frühester Jugend verderbt, und allgemein galten die Grubenarbeiter als der ungebildetste und roheste Teil der Arbeiterbevölkerung. Ihre Lebensweise rief eine völlige Gleichgültigkeit für ihr Leben hervor. Sie waren wild

und in ihren Vergnügungen ausschweifend bis zum Exzeß. Aber noch schlimmer als die Verderbnis der Männer war die der Frauen, denn sie führte zur Vergiftung des Lebens an der Quelle. Das über ihre Arbeit in den Gruben Gesagte läßt es als selbstverständlich erscheinen, daß dieselbe zur Erfüllung jeglicher weiblichen Pflichten im Hause, als Gattin und Mutter, untauglich machte. Im östlichen Schottland galt die Beschäftigung von Frauen unter Tag sogar für so entehrend, daß alle anderen Klassen von Arbeitern sich weigerten, Töchter von Grubenarbeitern, die unter Tag gearbeitet hatten, zu heiraten. Das ist begreiflich, wenn wir hören, daß die königlichen Kommissare nicht wagten, alle Einzelheiten über die Wirkungen der geschilderten Arbeitsweise auf die Moral der Frauen dem Druck zu übergeben.

Noch ist darüber zu sprechen, wie die Grubenarbeiter gedungen und bezahlt wurden. Es gab drei Systeme:

Der Eigentümer oder Pächter der Grube dinge und bezahlte sämtliche Arbeiter. Hier hatten die Grubenbeamten lediglich mit der Aufsicht über die Arbeit zu tun. Dieses System war in den großen Kohlenbezirken von Northumberland und Durham vorherrschend. Hier kamen Beschwerden über schlechte Behandlung der Kinder nur selten vor.

Oder der Unternehmer schloß Verträge mit gewissen Hauptarbeitern und überließ diesen, die anderen nötigen Arbeiter anzustellen und zu bezahlen. So in Yorkshire. Hier wurden die Kinder, die als Schlepper verwendet wurden, von den Kohlenhäuern gedungen. Nur die Türhüter wurden direkt von den Unternehmern angestellt. Dieses System hat zu großen Mißbräuchen den Anlaß gegeben.

Bei dem dritten Systeme schloß der Unternehmer einen Vertrag nur mit einer einzigen Person, „Butty“ oder Chartermaster genannt. Er hatte die Kohlen für einen bestimmten Preis pro Tonne hauen und bis an den Eingang des Schachts bringen zu lassen; sämtliche in der Grube arbeitenden Personen wurden von ihm angestellt und

standen völlig unter seiner Kontrolle. Dieses Zwischenmeistersystem fand sich in Staffordshire, Shropshire und Nordwales. Unter diesem Systeme waren Kinder und Erwachsene der Willkür des Butty anheimgegeben, dessen Interesse war, durch alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel möglichst viel Gewinn aus den Arbeitern zu erpressen. Das System war bei den Arbeitern sehr verhaßt und das Los der Kinder unter ihm besonders elend.

Auch im Bergbau hat die durch die Armengesetzgebung der Elisabeth veranlaßte Vergebung der in den Armenhäusern befindlichen Kinder an die mindestfordernsten Arbeitgeber eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Im Alter von 8 bis 9 Jahren wurden diese Kinder in die Gruben zunächst zur Probe geschickt; mit dem 9. Jahre wurden sie dann auf einen Zeitraum von 12 Jahren oder bis sie das 22. Lebensjahr erreichten, gedungen. Während dieser ganzen Zeit erhielten sie nichts außer Kleidung und Nahrung, obwohl sie im 14. Jahre an der Seite anderer Knaben, die 14 s die Woche erhielten, und im 17. mit freien Männern, die 20 bis 25 s die Woche verdienten, arbeiteten. Nichts zutreffender als die Worte Lord Ashleys „Keine größere Ungeheuerlichkeit ist zur Kenntnis des Parlaments eines freien Landes jemals gebracht worden.“

Um das Bild von der Lage der Grubenarbeiter zu vervollständigen, sei noch hinzugefügt, daß ihre Löhne bis auf geringe Ausnahmen im Verhältnis zu denen in anderen Beschäftigungen nicht niedrig und ihre Nahrung nicht gerade schlecht waren, daß jedoch ihr ungezügelter Lebenswandel und das im Bergbau besonders häufige Trucksystem diesen Lebenswandel in jeder Weise förderte, ja eine Änderung desselben hinderte und somit keinen Wohlstand der Arbeiter aufkommen ließ. Meist wurden die Löhne in Schenken bezahlt, die den Aufsehern gehörten. Auch war es häufig, daß die Grubenarbeiter nur 8, 9 oder 10 von 14 Tagen arbeiteten, die übrigen mit Trinken zubrachten und dann wieder Frau und Kinder in die Gruben trieben, um das Versäumte nachzuholen. So war es in den Kohlenbergwerken; in den Eisenbergwerken, den

Zinn-, Kupfer- und Bleigruben waren die Zustände nicht gut, aber besser. Doch war die Zahl der in diesen Gruben Beschäftigten im Vergleich zur Zahl der in den Kohlengruben Tätigen gering.

Unmittelbar nachdem der Bericht über die Zustände in den Bergwerken dem Parlamente vorgelegt worden war, am 7. Juni 1842, hat Lord Ashley einen Gesetzentwurf eingebracht, um Weiber gänzlich und Knaben unter 13 Jahren von der Arbeit unter Tag auszuschließen und alle Lehrverträge zu annullieren. Doch es gelang ihm nicht, damit durchzudringen. Das Bergwerksgesetz vom 10. August 1842 verbietet zwar die Arbeit von Personen weiblichen Geschlechts überhaupt und von Knaben unter 10 Jahren unter Tag, läßt aber die besonderen Lehrverträge bis zum 18. Jahre in Kraft und gestattet, künftighin Verträge für neu eintretende zehnjährige Lehrlinge auf die Dauer von 8 Jahren. Das Auszahlen der Löhne in den Wirtshäusern wird verboten, und die da gezahlten Löhne können von den Arbeitern nochmals gefordert werden. Die Regierung soll Bergwerksinspektoren zur Berichterstattung über die Beobachtung der Gesetze ernennen; sie haben indes keineswegs die ausgedehnten Befugnisse der Fabrikinspektoren erhalten. Das Gesetz enthält keine Beschränkung der Arbeitszeit, kein Verbot der Nachtarbeit, keine Bestimmungen über Schulpflicht und Alterszeugnisse; es ist nur durch das Verbot weiblicher und Kinderarbeit von wohltätigen Folgen für die Bergwerksbevölkerung gewesen¹⁾. Die sofortige Ausschließung der zahlreichen weiblichen Grubenarbeiter hat begreiflicher Weise vorübergehende Not gebracht, wie denn auch viele der ausgeschlossenen Arbeiterinnen das ungebundene

1) In Belgien haben die mit der Beschäftigung weiblicher Arbeiter unter Tag verbundenen Mißstände bis in die sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts fortbestanden. Die Berichte der dortigen Académie de Médecine liegen den Schilderungen in Zolas *Germinal* zu Grund. Es dient zum Ruhme der deutschen Bergaufsicht, daß in Deutschland Personen weiblichen Geschlechts niemals unter Tag beschäftigt worden sind.

Leben in den Gruben vermißt und deshalb über das Gesetz geklagt haben. Sollte man glauben, daß dies von den Grubenbesitzern gegen das Gesetz geltend gemacht worden ist?

Die auf Ashleys Antrag 1840 ernannte königliche Kommission hat 1843 ihren zweiten Bericht über die Lage der jugendlichen Arbeiter in den der Fabrikgesetzgebung noch nicht unterworfenen Gewerben veröffentlicht. Auch er hat erschreckende Mißbräuche in diesen sogenannten freien Industrien ans Licht gebracht. In vielen Gewerben arbeiteten Kinder im Alter von 4 bis 7 Jahren. Die Eltern schickten ihre Kinder so früh als möglich zur Arbeit, oft um Schulden an ihren Arbeitgeber durch deren Arbeit abzutragen. Lange Lehrverträge bis zum 21. Jahre, wonach der Lehrling nur Kost und Wohnung, aber keinen Geldlohn erhielt, fanden sich wie in der Fabrik- und Bergwerksindustrie. Dabei gab es keinen gesetzlichen Schutz der Lehrlinge gegen unbarmherzige Meister, wohl aber zahlreiche Verurteilungen von Lehrlingen wegen Kontraktbruchs; die Friedensrichter scheuten sich, auf Auflösung des Lehrlingsvertrags zu erkennen, damit die Lehrlinge nicht wieder dem Kirchspiele zur Last fielen. Die Kinder wurden, namentlich durch erwachsene Arbeiter, schlecht behandelt, besonders im Schlosserhandwerk in Wolverhampton. Die Arbeitsdauer betrug durchschnittlich 10 bis 12 Stunden. Es wird über große sittliche Verwilderung und Unwissenheit geklagt. Die Sonntagschulen waren ganz ungenügend, und die Abendschulen litten unter der Ermüdung der Kinder. Es herrschte große Armut und die Nahrung wird als schlecht geschildert. So war es namentlich in Nagel-, Nadel-, Spitzen-, Wirkwaren-, Tabakmanufakturen, Töpfereien und Kattundruckereien.

Diese „freien“ Gewerbe boten ein weit traurigeres Bild als die große in Fabriken betriebene Industrie, und die ungeregelte, lange Kinderarbeit wirkte wie eine Prämie für gewinnsüchtige Eltern. Da die Königliche Kommission nur den Auftrag hatte zu berichten, nicht aber den, Re-

formen vorzuschlagen, blieben die von ihr geschilderten Leiden der Arbeiter ohne gesetzliches Heilmittel bis zum Gesetze von 1864. Wir werden ihnen da wieder begegnen.

Während Ashley so bestrebt war, die Segnungen der gesetzlichen Regelung der Arbeit auch auf andere Gewerbe außer Fabrikindustrien auszudehnen oder doch ihre Ausdehnung auf diese Gewerbe anzubahnen, ließ er von seinen Bemühungen um ein Zehnstundengesetz für die Fabrikindustrien keineswegs ab. Da erlitt diese einen bedeutenden Schlag, indem sie für gewisse Zeit ihren Führer außerhalb des Parlaments, Richard Oastler, verlor. Er war in völlig ehrenhafter Weise in Schulden im Betrag von £ 2709 geraten und sein Gläubiger, der mit seiner Agitation gegen das Armengesetz von 1834 nicht einverstanden war, hatten ihn am 9. Dezember 1840 im Londoner Schuldgefängnis in Fleet Street einsperren lassen. Wenn er auch von dort seine Agitation für das Zehnstundengesetz nicht ohne Erfolg weiter betrieb, so wog dies doch den Verlust nicht auf, den die Bewegung erlitt, indem sie die Wirkung seiner zündenden Rede auf die Massen entbehrte. Auch in der allgemeinen Politik waren Änderungen eingetreten. 1841 war Sir Robert Peel anstelle des zurückgetretenen Whigministeriums an die Spitze eines konservativen Ministeriums berufen worden. Er hat Lord Ashley ein Ministerium angeboten; doch da Peel keine Versprechungen hinsichtlich des Zehnstundengesetzes geben wollte, hat Ashley abgelehnt, was seinen Einfluß bei den Arbeitern bedeutend verstärkt hat. Ich übergehe die Versammlungen für und gegen das Zehnstundengesetz und das vom Ministerium 1843 im Parlament eingebrachte Fabrikgesetz, das an seinen Bestimmungen über Schulunterricht in der Religion scheiterte. Wichtiger war, daß um diese Zeit Oastler durch eine öffentliche Subskription des Betrags, den er schuldete, aus dem Gefängnis befreit wurde und am 13. Februar 1844 in feierlichem Triumphzug dieses verließ, um seine Agitation wieder zu erneuern. Desgleichen hat es heute kein Interesse, bei dem Entwurfe zu verweilen, den Sir James Graham 1844 im Parlamente eingebracht

hat, der infolge sich widersprechender Abstimmungen des Unterhauses von der Regierung zurückgezogen werden mußte. Ernster war es mit einem neuen Entwurf, den Peel darauf eingebracht hat. Eine Bestimmung über die Dauer der Arbeitszeit fehlte in dem Entwurfe. In der Beratung verlangte Ashley von neuem die Festsetzung des zehnstündigen Arbeitstags für jugendliche Personen. Da stellte Peel die Kabinettsfrage und seine ganze Partei mußte mit ihm stimmen; er siegte mit 297 gegen 159 Stimmen und sein Entwurf wurde am 6. Juni 1844 Gesetz. In der Minderheit befanden sich Macaulay, Palmerston und Lord John Russell, der sich zum Entsetzen vieler seiner Freunde nun für zum Zehnstundengesetze bekehrt erklärte.

Das Gesetz hat eine Anzahl Verbesserungen gegenüber dem von 1833 gebracht. So wurden durch dasselbe Frauen jeglichen Alters für unfähig erklärt, ihre Interessen selbständig zu wahren und ihre Arbeitszeit, gleich der jugendlicher Personen zwischen 13 und 18 Jahren auf 12 Stunden täglich beschränkt. Andererseits wurden Kinder schon von 8, nicht erst von 9 Jahren zur Fabrikarbeit zugelassen, die Arbeitszeit der Kinder von 8 bis 13 Jahren aber von 8 auf $6\frac{1}{2}$ Stunden im Tag herabgesetzt. Um die mit dem früheren Schichtenwechsel verbundenen Mißbräuche zu beseitigen, wurde bestimmt: „Der Arbeitstag für Kinder und jugendliche Personen ist von der Zeit an zu zählen, da irgendein Kind oder jugendliche Person des Morgens in der Fabrik zu arbeiten anfängt“, so daß, wenn z. B. A um 8 Uhr morgens die Arbeit beginnt, und B um 10 Uhr, der Arbeitstag für B dennoch zu derselben Stunde enden muß wie für A. Weitere Einzelbestimmungen über die maßgebenden Uhren, über die Mahlzeiten u. dgl. haben alle den Zweck, Umgehungen zu verhindern.

Dieses Gesetz galt nur für die Textilindustrie. Im Jahre 1845 hat Ashley ein Gesetz zum Schutze der in der Kattundruckerei beschäftigten Kinder im Unterhause eingebracht; aber was er durchsetzte, war eine gesetzgeberische Mißgeburt. Dagegen gelang die Durchführung

des Fabrikgesetzes von 1844 im ganzen weit besser, als die leidenschaftlichen Gegner desselben vorausgesagt hatten. Doch gaben die Anreger und Förderer der Fabrikgesetzgebung deshalb ihr Verlangen nach einem Zehnstundengesetz nicht auf. Der Grund, warum Peel 1844 die Kabinettsfrage gestellt hatte, war, daß er bestrebt war, mit den Vertretern der Manchester-Schule Fühlung zu erhalten, zu deren Prinzipien in der Frage der Kornzölle er sich zu bekehren begann. Andererseits bewirkte eben diese Haltung Peels, während John Russell für das Zehnstundengesetz eintrat, daß die Anhänger des letzteren auf eine Änderung in der Regierung ausgingen; sie hofften, daß dann ein erneuter Versuch, ihr Gesetz durchzusetzen, erfolgreich sein werde.

Zu Beginn von 1846 schienen die Umstände für einen solchen erneuten Versuch besonders günstig. Peel hatte sich zur Beseitigung der Kornzölle bereit erklärt und damit eine allgemeine Hoffnungsseligkeit aller industriellen Klassen hervorgerufen. Viele Führer der Freihandelspartei hatten früher erklärt, nach Beseitigung der Kornzölle stehe dem Erlaß eines Zehnstundengesetzes nichts mehr im Wege. Von ihrer Seite glaubte man daher keinen Widerstand wie früher befürchten zu müssen. Andererseits schnaubten die Tories nach Rache ob der Abschaffung der Kornzölle. Mit Rücksicht auf diese Stimmungen beantragte Ashley am 29. Januar 1846 aufs neue die erste Lesung eines Zehnstundengesetzes. Allein der zum Freihandel bekehrte Peel und die übrigen Freihändler hielten nicht, was sie in Aussicht gestellt hatten; sie leisteten fanatischen Widerstand, und es war nur Höflichkeit, daß das Ministerium auch nur die erste Lesung des Zehnstundengesetzes zuließ. Bald darauf verlor Ashley seinen Sitz im Unterhause. Obwohl Tory hatte er für Abschaffung der Kornzölle gestimmt, und da er als Schutzzöllner gewählt worden war, legte er sein Mandat nieder, um seinen Wählern Gelegenheit zu geben, sich auszusprechen. Der Entscheid fiel gegen ihn aus, er wurde nicht wieder gewählt. Nun fiel die Sorge für den von

Ashley eingebrachten Entwurf John Fielden, dem großen Baumwollspinner, anheim, einem Radikalen und langjährigen Arbeitsgenossen Ashleys in der Zehnstundenfrage. Er beantragte am 29. April 1846 die zweite Lesung des von Ashley eingebrachten Zehnstundengesetzes. Macaulay hielt eine glänzende Rede zu seiner Verteidigung; Cobden, Bright, Hume, Peel widersprachen aufs Heftigste in Verteidigung des „freien“ Arbeitsvertrags, und durch Aufbieten seines ministeriellen Einflusses erhielt Peel nochmals eine Mehrheit von 10 Stimmen.

Aber die ministeriellen Tage Peels waren gezählt. Am 26. Juni 1846 erhielt die Abschaffung der Kornzölle die königliche Sanktion, und an demselben Abend erhielt Peel ein Mißtrauensvotum in einer Debatte über Irland. Nun kam Lord John Russell, der sich für das Zehnstundengesetz verpflichtet hatte, ans Ruder. Die Agitation für dasselbe wurde in erhöhtem Maße erneuert, während eine Anzahl Firmen ein gutes Beispiel gab, indem sie die Arbeitszeit in ihren Fabriken auf 10 Stunden beschränkte; der Erfolg zeigte, daß infolge besseren Arbeitens in 10 Stunden ebensoviel produziert wurde wie früher in 12. 922 Fabriken petitionierten an das Unterhaus um den Erlaß des Zehnstundengesetzes. Da beantragte Fielden am 26. Januar 1847 aufs neue die erste Lesung desselben. Widerstand leisteten nur mehr die Freihändler. Auf die Schilderung des Elends in den Fabriken, erwiderten sie mit der des Elends der landwirtschaftlichen Arbeiter. Die zweite Lesung des Gesetzes fand eine Mehrheit von 87. Das Ergebnis wurde im Unterhaus mit lautem Zuruf begrüßt. Die Nachricht drang rasch in die Fabrikbetriebe und rief ungeheuren Jubel hervor: Bei der dritten Lesung betrug die Mehrheit 78. Im Oberhause fand das Gesetz Widerstand nur seitens Lord Broughams im Namen der Freiheit des Arbeitsvertrags. Er wurde mit 53 gegen 11 Stimmen geschlagen, und am 8. Juni 1847 wurde nach dreißigjährigem Kampfe der zehnstündige Arbeitstag für die in den Textilfabriken beschäftigten Frauen und jugendlichen Arbeiter Gesetz.

Durch dasselbe war bestimmt, daß für alle jugendlichen Personen und Frauen die Arbeitsdauer sofort auf 11 Stunden täglich oder 63 Stunden wöchentlich und vom 1. Mai 1848 auf 10 Stunden, bzw. 58 Stunden herabgesetzt werden solle. In allem übrigen blieb das Gesetz von 1844 in Kraft.

Doch gaben die Fabrikanten den Kampf noch nicht auf. Ihr nächstes Ziel war, die Ausführung des Gesetzes am 1. Mai 1848 zu verhindern, und zwar sollten die Arbeiter selbst, angeblich durch die Erfahrung genötigt, helfen, das Werk ihrer dreißigjährigen Bemühungen wieder zu zerstören. Der Augenblick war geschickt gewählt. „Man muß sich erinnern“, heißt es in dem Berichte der Fabrikinspektoren vom 31. Oktober 1848, „daß infolge der furchtbaren Krise von 1846/7 großes Leid unter den Fabrikarbeitern herrschte, da viele Fabriken nur kurze Zeit gearbeitet, andere ganz still gestanden hatten. Eine beträchtliche Anzahl Arbeiter befand sich daher in drückender Lage, viele in Schulden. Man konnte mit ziemlicher Gewißheit annehmen, daß sie die längere Arbeitszeit vorziehen würden, um die vergangenen Verluste gut zu machen, vielleicht Schulden abzahlten oder ihre Möbel aus dem Pfandhaus zu nehmen oder verkaufte Habseligkeiten zu ersetzen oder neue Kleidungsstücke für sich selbst oder ihre Familien zu beschaffen.“ Die Wirkung dieser Not wurde gesteigert, indem die Fabrikanten die Löhne um 10 Proz. herabsetzten, eine traurige Illustration zu den goldenen Bergen, welche man von der Abschaffung der Kornzölle in Aussicht gestellt hatte. Als der Arbeitstag auf 11 Stunden verkürzt wurde, folgte eine weitere Herabsetzung um $8\frac{1}{3}$ Proz. und um das Doppelte, als er auf 10 Stunden verkürzt wurde. Wo es die Verhältnisse irgend zuließen, fand eine Lohnherabsetzung von wenigstens 25 Proz. statt. Unter so günstigen Aussichten begann die Agitation unter den Arbeitern für Wiederbeseitigung des Gesetzes von 1847. Keine Verlockung und keine Drohung wurde dabei verschmäht. Aber alles umsonst. Von dem halben Dutzend Petitionen, in denen

die Arbeiter über „ihre Unterdrückung durch das Gesetz“ klagen mußten, erklärten die Bittsteller bei mündlichem Verhöre, ihre Unterschriften seien ihnen abgenötigt worden. „Als ich die Petitionen unterzeichnete“, erklärte einer derselben, „erklärte ich zugleich, ich tue damit etwas Schlechtes.“ — Warum habt Ihr sie denn unterzeichnet? — „Weil man mich im Weigerungsfalle auf das Pflaster gesetzt hätte.“ Der Fabrikinspektor, der dies berichtet, fügt hinzu: „Der Bittsteller fühlte sich in der Tat unterdrückt, aber nicht gerade durch das Zehnstundengesetz.“

Wenn es den Fabrikanten nicht gelang, die Arbeiter in ihrem Sinne sprechen zu machen, schrien sie um so lauter in der Presse und im Parlament im Namen der Arbeiter. Sie denunzierten die Fabrikinspektoren als eine Art Konventskommissäre, die ihrer Weltverbesserungsgrille den unglücklichen Arbeiter unbarmherzig aufopferten. Auch dieses Manöver schlug fehl. Fabrikinspektor Horner und seine Unterinspektoren nahmen in den Fabriken Lancashires zahlreiche Zeugenverhöre vor. Ungefähr 70 Proz. der vernommenen Arbeiter erklärten sich für 10 Stunden, ein sehr viel geringerer Prozentsatz für 11 und eine ganz unbedeutende Minderheit für 12 Stunden.

Ein anderes Manöver der Fabrikanten war, die erwachsenen männlichen Arbeiter 12 bis 15 Stunden arbeiten zu lassen und dann diese Tatsache als den Ausdruck der Herzenswünsche der Arbeiter hinstellen. Aber der „unbarmherzige“ Fabrikinspektor Horner war wieder an Ort und Stelle. Die meisten „Überständigen“ sagten aus, „sie würden es bei weitem vorziehen, 10 Stunden für geringeren Lohn zu arbeiten, aber sie hätten keine Wahl; so viele von ihnen seien arbeitslos, daß, wenn sie die längere Arbeitszeit verweigerten, andere ihre Stellen sofort einnehmen würden, so daß für sie die Frage entstehe, entweder die längere Zeit zu arbeiten oder auf dem Pflaster zu liegen.“

So ist der vorläufige Feldzug der Fabrikanten mißglückt, und das Zehnstundengesetz trat am 1. Mai 1848 in Kraft. Unterdessen hatte jedoch das Fiasko der Charlisten und die allgemeine Reaktion nach der Pariser Juni-

Insurrektion den Mut der Fabrikanten aufs neue gekräftigt. Sie brachen in offene Revolte gegen das Zehnstundengesetz aus.

Man darf nicht vergessen, daß die Gesetze von 1833, 1844 und 1847 alle drei Rechtskraft hatten, soweit das eine nicht durch das andere amendiert war, daß keines dieser Gesetze den Arbeitstag der erwachsenen männlichen Arbeiter beschränkte, und daß seit 1833 die Zeit von $1\frac{1}{2}$ 6 Uhr morgens bis $1\frac{1}{2}$ 9 Uhr abends der gesetzliche „Tag“ geblieben ist, innerhalb dessen erst die zwölf, später die zehnstündige Arbeit der jugendlichen Personen und Frauen zu verrichten war. Dieser weite Zeitraum von 15 Stunden hatte die Möglichkeit zu dem „falschen Schichtwechsel“ gegeben, durch welchen die Fabrikanten es den Fabrikinspektoren unmöglich gemacht hatten, zu kontrollieren, ob die Beschränkung der Arbeitszeit der geschützten Personen von den Fabrikanten eingehalten werde. Die Abschaffung dieses „falschen Schichtwechsels“ war Hauptzweck des Gesetzes von 1844 gewesen. Es hat, um die mittels desselben bewirkte Umgehung des den jugendlichen Personen und Frauen gewährten Schutzes zu verhindern, bestimmt, daß die Arbeitszeit aller in einer Fabrik beschäftigten Personen von dem Zeitpunkte an gerechnet werden solle, an dem überhaupt irgendeine geschützte Person zu arbeiten begonnen habe. Nun erklärten die Fabrikanten, diese Bestimmung sei vergleichsweise harmlos gewesen, so lange die Arbeitszeit nur auf 12 Stunden eingeschränkt war; unter dem Zehnstundengesetz sei sie unerträglich. Sie zeigten daher den Inspektoren an, daß sie sich über das Gesetz hinwegsetzen und auf eigene Faust zu dem alten Systeme zurückkehren würden; es geschehe dies im Interesse der Arbeiter, um ihnen höhere Löhne zahlen zu können. Es sei dies der einzige Weg, um unter dem Zehnstundengesetz die industrielle Suprematie Großbritanniens zu erhalten. Es möge schwer sein, unter dem Schichtwechselsystem Gesetzübertretungen zu entdecken; aber was heiße das? Solle das große Fabrikinteresse des Landes als ein sekundäres Ding behandelt werden, um

den Fabrikinspektoren und Unterinspektoren ein bißchen mehr Mühe zu sparen?

All dies half natürlich nichts. Auf ein Gutachten der Kronjuristen gestützt schritten die Fabrikinspektoren gerichtlich ein. Bald aber überschüttete eine solche Wolke von Fabrikantenpetitionen den Minister des Innern, Sir George Grey, daß dieser die Inspektoren anwies, „im allgemeinen wegen Verletzung des Buchstabens des Gesetzes nicht einzuschreiten, so oft der Schichtenwechsel nicht erwiesenermaßen mißbraucht werde, um jugendliche Personen und Frauen über zehn Stunden arbeiten zu lassen.“ Hierauf erlaubte der schottische Fabrikinspektor wieder den Schichtenwechsel während der fünfzehnstündigen Dauer des Fabriktages, worauf die Mißstände alsbald in alter Weise wieder aufblühten; die englischen Fabrikinspektoren dagegen erklärten, der Minister habe keine diktatorische Gewalt, Gesetze aufzuheben, und fuhrten fort, gegen die Gesetzesübertreter gerichtlich einzuschreiten.

Aber wozu alles Prozessieren, wenn die Friedensrichter, selbst Fabrikanten, die Angeklagten freisprachen? Und vor allem war das Zehnstundengesetz auch juristisch beseitigt, als am 8. Februar 1850 der Schatzgerichtshof in einem Falle entschied, daß die Fabrikanten zwar wider den Sinn des Gesetzes von 1844 handelten, daß dieses Gesetz jedoch gewisse Worte enthalte, die es sinnlos machten. Damit schien die zweijährige Fabrikantenrevolte mit Erfolg gekrönt. Eine Menge Fabrikanten, die bisher noch den Schichtwechsel gescheut, griffen mit beiden Händen zu.

Doch nun trat ein Umschlag ein. Die Arbeiter protestierten auf laut drohenden Versammlungen in Lancashire und Yorkshire. Die Fabrikinspektoren warnten die Regierung dringend, die Aufregung habe eine unglaubliche Höhe erreicht. Da wurde 1850 durch ein neues Gesetz bestimmt, daß die Arbeitszeit der jugendlichen Personen und der Frauen zwischen 6 Uhr morgens und 6 Uhr abends und die gesetzlichen anderthalb Stunden für Mahlzeiten innerhalb dieser 12 Stunden stattzufinden hätten. Die

wirkliche Arbeitszeit in den ersten 5 Wochentagen wurde dadurch auf $10\frac{1}{2}$ Stunden erhöht; Samstags sollte die Arbeitszeit keiner geschützten Person $7\frac{1}{2}$ Stunden überschreiten. Damit war dem Schichtenwechsel ein für allemal ein Ende gemacht. Für die Kinderzeit blieb vorläufig das Gesetz von 1844 noch in Kraft; jedoch verbot ein weiteres Gesetz vom 20. August 1853 „Kinder des Morgens vor und des Abends nach den jugendlichen Personen und Frauen zu verwenden.“ Von da an regelte mit wenigen Ausnahmen das Fabrikgesetz von 1850 den Arbeitstag des Arbeiters in den ihm unterworfenen Industriezweigen. Mit ihm schließt die Reihe der gesetzlichen Beschränkungen der Arbeitszeit für die große Textilindustrie ab. Seit dem Erlasse des ersten Fabrikgesetzes war ein halbes Jahrhundert vergangen.

Der Triumph der Zehnstundenbewegung ist ein epochemachendes Ereignis gewesen, nicht nur für die industrielle Entwicklung Englands, sondern für die der ganzen zivilisierten Welt; die englische Arbeiterklasse, welche um ihren Sieg stritt, und die edlen, großherzigen, ausdauernden Männer, die, ungeachtet unzähliger Niederlagen, sie endlich zum Siege geführt haben, haben ihn nicht nur für England allein errungen, sondern der Grundsatz, den sie im englischen Gesetzbuche zur Geltung gebracht haben, daß der Staat die Aufgabe habe, die in der Industrie beschäftigten Schwachen, die ihr Interesse selbst nicht zu wahren vermögen, zu schützen, hat seitdem in allen modernen Industrieländern Geltung erlangt. In allen ist der Herrschaft, welche der Arbeitgeber durch den Arbeitsvertrag über die wichtigsten Teile des persönlichen Lebens der Arbeiter erlangt, eine Schranke gezogen.

Karl Marx hat in seiner Skizze der Geschichte der englischen Arbeitsgesetzgebung das Zehnstundengesetz als das Ergebnis eines langwierigen Klassenkampfes hingestellt. Versteht man dies so, daß dasselbe durch eine langjährige Agitation der Arbeiterklasse gegenüber dem hartnäckigen Widerstande der Mehrheit der englischen Fabrikantenklasse durchgesetzt worden ist, so ist dies richtig.

Allein es ist nicht zu vergessen, daß die ganze Bewegung zuerst durch bürgerliche Philanthropen und philanthropische Fabrikanten angeregt worden ist, daß Fabrikanten zu den eifrigsten Parteigängern und Führern der Bewegung gehörten, daß einzelne von ihnen ein Vermögen, wie z. B. Wood £ 50 000, auf sie verausgabt haben, daß die Führer der Bewegung innerhalb wie außerhalb des Parlaments Konservative wie Oastler, Sadler, Lord Ashley oder bürgerliche Radikale wie Fielden gewesen sind, daß die Presse mit Ausnahme derjenigen der ökonomischen Doktrinäre und der Freihändler, wie z. B. The Edinburgh Review und The League, während der ganzen Dauer der Zehnstundenbewegung auf Seite der Arbeiter standen, The Times mit ihrem mächtigen Einfluß vor allen anderen, ganz abgesehen von den Organen der Tories, wie The Quarterly Review, The Blackwoods Magazine, Frazer's Magazine. Das sind deutliche Beweise, daß, wenn das Zehnstundengesetz auch das Ergebnis eines Kampfes zwischen Arbeitgebern und Arbeitern gewesen ist, so doch nicht eines Kampfes zwischen Besitzlosen und Besitzenden.

56. Kapitel.

Entstehung und Verlauf der Genossenschaftsbewegung.

In der Beseitigung der Kornzölle und dem Erlaß des Zehnstundengesetzes hat der Staat unentbehrliche Voraussetzungen für die Behebung der Notstände, unter denen das englische Volk litt, geschaffen. Nicht minder bedeutungsvoll für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des englischen Volks ist, was dieses selbst für deren Beseitigung getan hat.

Noch hatte weder die Antikornzollbewegung der Mittelklassen, noch die Zehnstundenbewegung ihr Ziel erreicht, und noch rüsteten die Chartisten zum Kampfe um das allgemeine Wahlrecht, da entstand aus den bescheidensten Anfängen unter einer Anzahl verzweifelnder Arbeiter eine Bewegung, welche die Gedanken Owens, soweit sie sich unter egoistischen Menschen überhaupt verwirklichen lassen, durchführen sollte. Sie verdankt ihren segensreichen Verlauf einem doppelten Anlaß.

Einmal den berühmten „Pionieren von Rochdale“. Ihre Geschichte ist so oft erzählt worden¹⁾, daß ich mich auf die Züge derselben beschränken kann, aus denen die Grundgedanken, die sie beseelten, hervorgehen. Die Flanellweber in Rochdale befanden sich in drückendster Not.

1) In Ermangelung eines besseren Buchs siehe Holyoake, *History of Cooperation*. London 1875. Siehe ferner Beatrice Webb, *Die britische Genossenschaftsbewegung*, herausgegeben von Lujó Brántano. Leipzig 1894.

Ein Streik zur Besserung ihrer Lage war mißglückt. Da verwies ein sozialistischer Anhänger Owens sie auf das genossenschaftliche Unternehmen als ein besseres Heilmittel. Darauf haben 28 Flanellweber an einem dunklen Dezemberabend des Jahres 1844 in einem Hintergäßchen von Rochdale, dem Krötengäßchen, den „Alten Weberladen“ eröffnet, in dem unter dem Hohn gelächter der Straßenjugend, dem Spott neugieriger Krämer und den gleichgültigen Bemerkungen der Vorübergehenden winzige Mengen von Butter, Zucker, Mehl und Hafermehl sichtbar wurden. Der Laden wurde nur Samtags und Montags in den Abendstunden geöffnet; ein Vereinsmitglied diente als Verkäufer, ein anderes als Buchführer, ein drittes führte die Kasse, ein viertes, der Schatzmeister, hatte die Fürsorge für das angesammelte Kapital; die übrigen 24 Teilnehmer wirkten als Aufsichtsräte, Direktoren, werbende Agenten und als einzige Käufer. Erschien das Unternehmen den klugen Kindern der Welt schon an sich als Absurdität, so doch noch mehr ihre weiteren hochfliegenden Pläne. Diese Ladenbesitzer mit einem Wochenumsatz von nur 40 und einem Kapital von 560 Mark, planten nämlich

„Das Erbauen, den Ankauf oder die Einrichtung einer Anzahl von Häusern, in denen diejenigen Mitglieder wohnen können, welche einander in der Verbesserung ihrer häuslichen und sozialen Lage beizustehen wünschen.

„Die Produktion solcher Waren, deren Herstellung die Genossenschaft beschließen wird, um denjenigen Mitgliedern Arbeit zu schaffen, die arbeitslos sind, oder unter wiederholter Herabsetzung der Löhne zu leiden haben.

„Den Ankauf oder die Pachtung eines oder mehrerer Grundstücke zum Zwecke der Bestellung durch arbeitslose oder schlecht bezahlte Genossenschafter.

„Und ferner, daß diese Genossenschaft so bald als tunlich dazu schreiten soll, die Produktion und Verteilung der Güter zu der Erziehung des Volks und die Kräfte zur Erzeugung und Regierung zu ordnen; mit anderen Worten, eine sich selbst erhaltende Inlandskolonie mit Gemein-

schaftsinteressen ins Leben zu rufen oder anderen Genossenschaften bei der Einrichtung derartiger Kolonien Hilfe zu leisten.“

Für die von der Genossenschaft gekauften oder verkauften Waren wurde Barzahlung verlangt. Hauptprinzip war die Lieferung unverfälschter Ware an die Kunden. Bei Festsetzung der Preise dienten die in der Stadt herrschenden Detailpreise als Maßstab. Daraus entstand die Frage, wie der sich etwa ergebende Reinertrag des Geschäfts zu verteilen sei.

„In Ermangelung eines guten Aktiengesetzes“, schreibt Beatrice Webb¹⁾, „ließen die Pioniere von Rochdale ihre Genossenschaft gemäß der Klausel des Hilfskassengesetzes von 1836 zugunsten von Anlagen kleiner Kapitalien als Hilfskasse eintragen. Dadurch erlangten sie gewisse Vorteile — sie konnten ihre Kapitalien in Staatspapieren anlegen; sie waren von Stempelsteuer frei; und die Genossenschaft war, wenn auch in geringem Maße, vor grobem Betrug seitens der Beamten, Aufsichtsräte und Gläubiger geschützt. Als Hilfskasse (Friendly Society) waren sie indessen in ihren Geschäften auf ihre eigenen Mitglieder beschränkt; und obwohl die Pioniere dieser gesetzlichen Bestimmung keine allgemeine große Beachtung schenkten, lag es doch in ihrem Interesse, die Zahl ihrer Mitglieder zu mehren und Mittel ausfindig zu machen, um das Interesse neuer Genossen an dem Erfolg des Geschäfts zu wecken. Auch brauchten sie dringend Kapital. Daher enthielten die 1845 eingetragenen Originalstatuten die berühmte Klausel: nach Auszahlung der Zinsen auf das Kapital sowie der Geschäftsspesen soll der übrige Gewinn vierteljährlich an die Mitglieder im Verhältnis zum Betrage ihrer Einkäufe ausgezahlt werden. Bald darauf wurde die Bestimmung hinzugefügt, wonach sämtliche einem Mitgliede zustehenden Gewinnanteile zurückzubehalten seien, bis dasselbe in den Besitz von 5 Anteilscheinen, je zu 1 £, gelangt sei.“

1) Beatrice Webb a. a. O. 59.

Während der ersten Jahre seines Bestehens hatte der Konsumverein mit allerlei inneren und äußeren Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Jahre 1846—49 waren Jahre gewerblichen Niedergangs, die einzelne Genossen in große Not brachten. Doch steuerte die strenge Rechtlichkeit und der gesunde Verstand der Pioniere die Genossenschaft durch alle Fährlichkeiten hindurch. Mit zunehmender Bedeutung der Genossenschaft wurde es nötig¹⁾, an die Stelle der Verwaltung durch die Mitglieder selbst, die durch bezahlte Beamte zu setzen. Dabei ist die in ihre eingetragenen Statuten einverlebte Bestimmung von Wichtigkeit: „Es soll kein Beamter irgendein Amt im Verwaltungsausschusse bekleiden; es soll ihm auch nicht gestattet sein, für irgendeinen Kandidaten des Verwaltungsausschusses zu stimmen, noch der Revisor einer Rechnung zu sein.“ Diese Bestimmung stimmt mit dem englischen System des Staatsdienstes überein, das nicht nur den Zivilbeamten einen Sitz im Parlamente versagt, sondern auch verbietet, an der politischen Propaganda oder an Parteiwahlen teilzunehmen.

1847—48 wurden in der nächsten Umgebung von Rochdale mehrere Konsumvereine nach dem dortigen Vorbilde ins Leben gerufen; 1851 waren im Norden von England und in Schottland bereits etwa 130 Konsumvereine vorhanden. Die Zahl der Mitglieder eines Vereins war noch gering; sie erreichte selten 50; in wenigen Fällen stieg sie über 100; Rochdale stand mit 670 Mitgliedern an der Spitze. Eine Anzahl bestand aus alten Owenitischen Genossenschaften, die sich nach dem Muster von Rochdale umbildeten.

Aber wenn das gelungene Vorbild der Pioniere von Rochdale die wirksamste Förderung des Aufblühens der Genossenschaften gewesen ist, so hat doch in deren Anfängen jener „Bund von Freunden, hauptsächlich Geistlichen und Advokaten, deren edelen Bemühungen“, wie John St. Mill geschrieben hat¹⁾, „kaum zu viel Lob gesendet werden

1) Beatrice Webb 64—67.

1) John St. Mill, Pol. Econ. IV 7 § 6.

kann“, nicht weniger zur Popularisierung der Genossenschaftsidee, namentlich unter den Gebildeten, beigetragen.

Ich habe vor vielen Jahren auf Grund persönlicher Bekanntschaft und des mir durch diese vermittelten Materials die Geschichte dieses Bundes geschrieben¹⁾ und will nur die Hauptzüge derselben wiederholen. Der geistige Führer des Bundes war Frederic Denison Maurice, der seit 1846 Kaplan von Lincolns Inn zu London gewesen ist. Er verurteilte die Konkurrenz nicht weniger scharf als Owen oder Carlyle. Die Vernunft erkläre, die schmerzlichste Erfahrung beweise, daß sie, wo sie herrsche, die Gesellschaft zerstöre und jeden einzelnen zum Feinde seines Nachbarn mache. In seinem Hause trafen sich Abend für Abend eine Anzahl glänzend begabter junger Leute, teils Advokaten, teils Geistliche, um irgendeinen Plan gesellschaftlicher Erlösung aufzufinden. Gleich allen Gegnern des auf der Selbstsucht beruhenden Wettbewerbs sahen sie das Heilmittel in der Assoziation. Jeder, der gegenüber dem Prinzip der Konkurrenz das der Assoziation als das stärkere und richtigere anerkenne, habe Anspruch auf die Ehre oder Schande ein Sozialist genannt zu werden. Auch das Christentum erkenne als das einzig berechtigte Prinzip die Assoziation und sei deshalb sozialistisch. Als Christen bekannten auch sie sich zu dieser Anschauung. „Da wir Christen sind“, sagten sie, „sind wir auch Sozialisten“.

Von den jungen Männern, die sich um Maurice scharten, seien hier nur diejenigen genannt, von denen die Haupttätigkeit in der theoretischen Vertretung und praktischen Verwertung dieser Gedanken ausging. An der Spitze derselben ist John Malcolm Ludlow zu nennen, dem es durch das Studium Fouriers, ohne dessen System anzunehmen, doch ein für allemal unmöglich geworden war, an das Dogma von der allein selig machenden Konkurrenz zu glauben. Er war der ökonomische Genius der christlichen

2) Lujo Brentano, Die christlich-soziale Bewegung in England. 2 A. Leipzig 1883.

Sozialisten; von ihm gingen alle praktischen Anregungen zur Behebung der Not der „arbeitenden Armen“ aus. Die glänzendste Streitkraft, wo es galt die Massen, die gebildeten wie die ungebildeten, zu stürmischer Begeisterung hinzureißen oder einen Angreifer mit Berserkerwut zu zerschmettern, war Charles Kingsley, damals Pfarrer und berühmt als Dichter und Verfasser sehr wirksamer Romane. An Maurice, Ludlow, Kingsley schlossen sich an Thomas Hughes, Verfasser von Tom Browns Schultagen, später hervorragender Advokat und Mitglied des Parlaments, von dessen Verdiensten um die Gewerkvereine noch später die Rede sein wird, ferner F. J. Furnivall, der unermüdliche Herausgeber alter englischer Dichter und Gründer unzähliger literarischer Gesellschaften, Mansfield, ein leider jung verstorbener Chemiker, von dessen Genialität die Männer seines Fachs großes erwarteten, ferner dessen Vettern Campbell und Penrose, der spätere Architekt der St. Pauls Kathedrale, Lord Goderich, der als Marquis von Ripon Vizekönig von Indien wurde; vor allem aber sind A. Vansittart und E. Vansittart Neale zu nennen, zwei Angehörige einer alten Toryfamilie, welche England mehrere Minister gegeben hat. Der letztere ist der großartigste Förderer der englischen Genossenschaftsbewegung gewesen, der er wiederholt wahre Vermögen geopfert hat; er wurde der Gründer der Genossenschaftskongresse und nach Gründung des Genossenschaftsverbands während 18 Jahren dessen unermüdlicher Generalsekretär. Als er am 16. September 1892 82jährig starb, umstanden die Delegierten einer Million Genossenschafter mit Tränen im Auge sein Grab.

Die Ereignisse des Jahres 1848 haben das erste Hervortreten dieser Männer in der Öffentlichkeit zur Folge gehabt. Ludlow, der während der Februarrevolution in Paris gewilt, hatte von dort aus in einem Briefe an Maurice dargelegt, wie sich nunmehr die ganze Hohlheit der von Louis Philippe allein geförderten materiellen Kultur in Frankreich zeige und daran anknüpfend gesagt, daß der Sozialismus und das Christentum aufhören müßten,

sich gegenseitig vernichten zu wollen; sie müßten identisch werden; nur so lasse die Arbeiterklasse sich heben und ohne Hebung derselben müßten wir alle untergehen. Dieser Brief hat, wie Maurice ausgesprochen hat, auf diesen einen tiefen Eindruck gemacht. Er hat darauf Ludlow aufgefordert, mit ihm eine Zeitung herauszugeben, die dem Gedanken dienen solle.

Ludlow willigte ein. Aber bevor noch ernstliche Vorbereitungen zur Verwirklichung des Planes begonnen hatten, kündigten die Chartisten an, 300 000 Mann stark vor das Unterhaus ziehen zu wollen, um ihm ihre Petition um die Volkscharte zu überreichen. Kingsley und Ludlow eilten nach dem Kennington Common, um die Chartisten von ihrem Vorhaben abzubringen. Sie waren aber noch nicht weit gegangen, da kamen schon die Chartisten zurück. Ihre Demonstration war kläglich gescheitert.

Die Gefahr, in der die höheren Klassen geschwebt hatten, verschaffte Maurice und Ludlow Mittel und Mitarbeiter für ihr Zeitungsunternehmen. Am 6. Mai 1848 erschien die erste Nummer ihres Wochenblatts unter dem Titel „Politik für das Volk“. Durch Stellung, Bildung und Gaben ausgezeichnete Männer schrieben hinein geistvolle, stilistisch oft glänzende und dabei im edelsten Sinne populäre Artikel. Sie erstreckten sich auf alles, was menschlich und allen Menschen von Interesse ist. Dabei ist eines besonders hervorzuheben: Herausgeber und Mitarbeiter stellten den Grundsatz auf, den die christlichen Sozialisten während ihres ganzen Wirkens festhielten und dem sie, was ihnen an Erfolgen zuteil wurde, wesentlich zu danken haben: „Niemals sollen diejenigen, die nicht Christen sind, wegen ihres Unglaubens von uns angegriffen oder geschmäht werden.“ Niemals wurde von den Teilnehmern an der Bewegung ein christliches Bekenntnis verlangt, und, wo es sich um die Arbeit für Lösung der sozialen Frage handelte, scheute man nicht die Gemeinschaft mit völlig ungläubigen Oweniten und den extremsten Chartisten, sofern diese nur nicht die gemeinsame Arbeit in ihrem Sinne ausbeuten wollten. Aber trotzdem weder Redakteure noch

Mitarbeiter ein Honorar bezogen, reichte doch der aus dem Verkauf des Blatts erzielte Erlös nicht aus, um die Kosten zu decken, und nach drei Monaten hörte das Blatt auf, zu erscheinen.

Das Aufhören der Wochenschrift löste weder die Verbindung der Mitarbeiter miteinander, noch ließ es sie in ihrem Streben erlahmen. Der für die Geschichte der englischen Genossenschaften wichtigste Schritt erfolgte, als in *The Morning Chronicle* vom 14. und 18. Dezember 1849 die Artikel Henry Mayhews erschienen, welche die empörende Sklaverei und das unsagbare Elend schilderten, worin sich die enorme Mehrzahl der Londoner Schneidergesellen befand. Das Schneidergewerbe zerfiel in das „ehrbare“ und das „unehrbare“. Im ersteren stand der Unternehmer noch ebenso, wie es 30 Jahre früher allgemein war, in unmittelbarer Beziehung zu den Arbeitern; die Arbeit wurde in seiner Werkstätte verrichtet, und er bezahlte guten Lohn. Aber das „ehrbare“ Gewerbe nahm jährlich um rund 150 Arbeiter ab, das „unehrbare“ nahm in solchem Verhältnis zu, daß es in 20 Jahren das ganze Schneidergewerbe mit mehr als 20 000 Arbeitern zu umfassen drohte. In ihm führte der Geschäftsunternehmer die übernommenen Bestellungen nicht selbst oder durch eigene Arbeiter aus, sondern unter Lieferung des Stoffs verdingte er die Ausführung an einen Mindestfordernden, der einen den Wert der empfangenen Stoffe übersteigenden Geldbetrag als Kautions stellen mußte. In sehr vielen Fällen ließen auch diese Afterunternehmer oder Aussauger (*sweater* d. h. wörtlich Schweißaustreiber), wie ihre Opfer sie nannten, die Arbeit nicht selbst ausführen, sondern auch sie vergaben sie weiter, mitunter an Arbeiter, mitunter an frische Mittelsleute, so daß aus dem Preise, den die Konkurrenz der Afterunternehmer bereits auf ein Minimum herabgedrückt hatte, nicht nur die Arbeiter bezahlt wurden, sondern auch der Aussauger, und vielleicht der Aussauger des Aussaugers und ein dritter und vierter und fünfter seinen Gewinn zog. Dabei befanden sich die von den Afterunternehmern in ihren „Höhlen“ Beschäftigten regel-

mäßig in Schuldknechtschaft, deren Folgen — Pfändung der Kleider — ihnen selbst das Verlassen der Werkstatt unmöglich machte.

Wenige Monate bevor die Schilderung dieser Zustände erschien, hatte Ludlow in Paris die französischen Assoziationen kennen gelernt, die dort von Bucheze ins Leben gerufen waren. Bucheze' Gedanke war, durch Assoziation die Arbeiter wieder in den Besitz der Produktionsinstrumente zu setzen, wie sie ihn zur Zeit des blühenden Handwerks gehabt hatten, und zwar erstrebte er dies so zu erreichen, daß immer die jeweiligen Arbeiter eines Betriebs die Produktionsmittel besäßen. Die Arbeiter sollten sich zum Betrieb eines Unternehmens vereinen; sie sollten die Leiter derselben selbst wählen und kontrollieren; der Gewinn sollte in zwei gleiche Teile geteilt werden; die eine Hälfte sollte im Verhältnis zu der von jedem Mitglied geleisteten Arbeit verteilt oder als Unterstützungs- oder Erziehungsfond zum Besten der Frauen, Witwen und Kinder aufbewahrt werden; die andere Hälfte sollte als unveräußerliches gemeinsames Vermögen angehäuft werden. Indem er darauf bestand, daß niemand länger als ein Jahr für die Genossenschaft arbeiten dürfe, ohne Mitglied zu werden, und daß das Kapital des Unternehmens sämtlichen Genossen gleichmäßig gehören solle und weder geteilt noch zurückgezogen werden dürfe, glaubte er, die Genossenschaft sämtlichen Arbeitern zugänglich machen und deren Fortdauer sichern zu können. Es erhellt, Bucheze' Gedanke war weit weniger radikal als der Owens. Denn wenn Bucheze auch den Arbeitgeber abschaffen wollte, so doch nicht den Gewinn. Wie zur Zeit des Kleinbetriebs sollte jeder Arbeiter sein eigener Arbeitgeber werden können, nur sollten die Arbeiter, statt vereinzelt, vereint dessen Funktionen übernehmen und der Gewinn allen zuteil werden. Es war der Gedanke der Produktivgenossenschaft.

Als Ludlow über diese französischen Assoziationen begeistert berichtete, glaubten die christlichen Sozialisten in ihnen die Lösung der Arbeiterfrage gefunden zu haben,

und schon eine Woche nach den Veröffentlichungen Mayhews über die Zustände im Schneidergewerbe traten zehn Personen, darunter zwei Arbeiter, im Hause Ludlows zusammen und beschlossen, sofort in den Gewerben, in denen die Arbeiter am meisten zu leiden hatten, Produktivgenossenschaften ins Leben zu rufen. Begreiflich, daß man mit einer Produktivgenossenschaft der Schneider den ersten Versuch machte. Als bald war das nötige Geld aufgebracht, vornehmlich durch die großartigen Beträge, welche A. Vansittart und Eduard Vansittart Neale spendeten. Um die Schneidergesellen für die Genossenschaft zu gewinnen, beriefen die christlichen Sozialisten eine Schneiderversammlung, in der sie auf die Assoziation als das einzige Heilmittel für ihre Not hinwiesen. Um der Assoziation die Kundschaft der höheren Klassen zuzuführen, schrieb Kingsley unter seinem Pseudonym „Pfarrer Lot“ seine vielverschriene Broschüre „Billige Kleider und eklige“ mit dem Motto aus dem Agricola des Tacitus: „Nata servituti mancipia semel veneunt atque ultro a domino aluntur: Britannii servitutum suam quotidie emunt quotidie pascunt.“ Für einen Geistlichen des 19. Jahrhunderts unerhört war die Art und Weise, wie er es unternahm, die Gewissen zu wecken. Es war der rücksichtslose Eifer eines Propheten des alten Testaments oder eines puritanischen Predigers des 17. Jahrhunderts, mit dem er den höheren Klassen und insbesondere seinen Standesgenossen, dem Klerus, die Lage der im Schneidergewerbe Beschäftigten vorhielt, mit dem er einen jeden als einen durch Tun und Unterlassen Mitschuldigen für diese Zustände zur Verantwortung zog, mit dem er in jedem die werktätige Erkenntnis der Pflicht, das Seine zur Abhilfe zu tun, zu erwecken bestrebt war.

Die Broschüre erregte ungeheures Aufsehen. So viel Stürme sie über des Autors Haupt herabbrachte, für die entstehende Schneidergenossenschaft war sie aber von großer Wichtigkeit. Sie brachte ihr die Kundschaft weiter Kreise bis in die der Aristokratie. Auch ließ sich Kingsley durch die Angriffe, mit denen er überschüttet wurde, nicht irre machen. In seinem Romane „Alton Locke“, dem

Schneider und Dichter, trug er die Erfahrungen, die er seit 1848 mit den städtischen Arbeitern gemacht hatte, und die christlich-sozialistischen Lehren, die sich daraus ziehen ließen, in die weitesten Kreise.

Unterdessen blühte die Schneidergenossenschaft kräftig empor. Weitere Genossenschaften wurden ins Leben gerufen oder unterstützt, und alsbald wandten sich alle, welche Genossenschaften errichten wollten, an die christlichen Sozialisten mit der Bitte um Beihilfe oder um Rat. So wurde es für diese zur Notwendigkeit, sich als „Gesellschaft zur Förderung von Arbeiterassoziationen“ zu konstituieren. Und nun begann sich ihr Einfluß, der bisher auf London beschränkt war, auch auf die Provinzen auszuweiten. Aus allen Teilen des Landes strömten Briefe an sie ein. Die Owenitischen Genossenschaften, die in Lancashire und Yorkshire noch bestanden, suchten Fühlung mit der Gesellschaft. Durch die persönlichen Beziehungen, die als Folge zwischen dieser und den Genossenschaften im Norden entstanden, wurde der Grund gelegt zu jener dauernden Verbindung zwischen den christlichen Sozialisten und den Genossenschaften, aus der der englischen Genossenschaftsbewegung unbemeßbarer Segen erwachsen ist.

Es würde zu weit führen, wollte ich hier alle Schritte aufführen, die von den christlichen Sozialisten getan wurden, um die zwischen den Angehörigen der Arbeiterklasse und den Gebildeten unter den Besitzenden entstandene Kluft zu überbrücken. Nur die große Förderung sei erwähnt, welche den Genossenschaften dadurch zuteil wurde, daß ihnen ein ihren Bedürfnissen entsprechendes Recht zuteil wurde. Im Herbst 1850 verfaßte Ludlow einen Gesetzentwurf, durch den den Arbeitern bei der Bildung genossenschaftlicher Gewerbebetriebe für eigene Rechnung rechtliche Erleichterungen gewährt werden sollten. Die damalige liberale Regierung stimmte dem Entwurf zu und versprach, ihn im Parlamente durchzubringen. Aber sie hielt nicht Wort. Vielleicht, daß sie vor dem Sturme zurückwich, der plötzlich von allen Seiten gegen die christlichen Sozialisten losbrach; einem Sturme

ähnlich dem, der sich in Deutschland in der Presse und in Versammlungen erhob, als nach Beendigung des Krieges von 1870/71 die ersten „kathedersozialistischen“ Schriften erschienen und die „kathedersozialistischen“ Kongresse in Eisenach tagten. Da traten Männer auf mit der Behauptung, es seien die Klagen der Arbeiter zum großen Teile berechtigt; es sei an den Mitteln der Abhilfe, welche die Arbeiter anwendeten und anstrebten, keineswegs alles so schlechthin verwerflich, wie man es darzustellen beliebe; ja sie suchten unter ausdrücklicher Bekämpfung der manchesterlichen Nationalökonomie unter den Arbeitern Organisationen, die man bis dahin beinahe als verbrecherischen Wahnsinn hingestellt hatte, hervorzurufen und zu fördern. Nur zu begreiflich war die Hetze, die plötzlich im Januar 1851 seitens aller Klassen und Parteien, die sich durch den Eifer der christlichen Sozialisten in der Herrschaft ihrer politischen und religiösen Dogmen bedroht sahen, losbrach. Die Times, damals das wichtigste Organ der herrschenden ökonomischen Lehre, verweigerte die Aufnahme aller auf die Schriften der christlichen Sozialisten bezüglichen Inserate. Freidenker, Dissenter und Hochkirchliche ergingen sich in Angriffen auf sie. Der wichtigste Angriff aber war der des alten Organs der Whigs, The Edinburgh Review, teils wegen seines großen literarischen Ansehens, teils weil die liberale Partei gerade am Ruder war. Vom Standpunkt des allein selig machenden Manchestertums wurden in der Januarnummer 1851 die christlichen Sozialisten als gedankenlose Gefühlsmenschen und unwissende Verächter der allein philanthropischen Wissenschaft des Laissez-faire hochmütig abgekanzelt, und Kommunismus und Monopolwirtschaft wurden als Folgen prophezeit, wenn ihre Assoziationsbestrebungen überhaupt gelingen könnten¹⁾. Was das große Organ geäußert,

1) Die Antwort fiel Ludlow zu als dem Hauptträger der ökonomischen Auffassung der christlichen Sozialisten. Sie erfolgte in der Schrift: Christian Socialism and its Opponents (The Edinburgh Review, The Eclectic and the Reasoner). London 1851.

wurde dann in den politischen Tagesblättern im ganzen Lande in einem dem Bildungsgrade der jeweiligen Redakteure entsprechenden, oft recht wenig erfreulichen Tone wiederholt. Auf die Ansteckung, von der infolge dieser Hetze selbst Kreise ergriffen wurden, von denen ein ruhigeres Urteil zu erwarten gewesen wäre, kann man aus der Tatsache schließen, daß der Bischof von London auf Grund von Zeitungsberichten über eine Predigt Kingsleys über „Die Botschaft der Kirche an die Arbeiter“, diesem zu predigen verbot¹⁾.

Alle diese Anfeindungen dienten nur zur Erhöhung der Popularität der christlichen Sozialisten unter den Arbeitern. Auch ließen sich jene durch den Widerstand, dem sie begegneten, weder von der Verbreitung ihrer Lehren, noch von weiteren praktischen Versuchen abhalten. Eine Genossenschaftsbank, The Central Co-operative Agency, wurde ins Leben gerufen, die gleichzeitig den Einkauf von Waren im Großen für die Konsumvereine besorgen sollte. In London wie in den Provinzen wurden neue Produktivgenossenschaften gegründet. Endlich brachte ihnen bei einem neuen Teil der Arbeiterwelt, den Gewerkvereinslern, die große Arbeitseinstellung und Aussperrung, die Ende 1851 in der englischen Maschinenindustrie stattfand und bis April 1852 dauerte, Ansehen und Einfluß. Als der große Streik ausbrach, erkannten es die christlichen Sozialisten vor allem als ihre Pflicht, das Möglichste zu tun, um eine gütliche Beilegung desselben herbeizuführen. Als aber jeder solcher Versuch an der hartnäckigen Weigerung der Arbeitgeber, mit ihren Arbeitern zu verhandeln, scheiterte, traten sie in der Öffentlichkeit mannhaft für die schmählich verleumdeten Arbeiter ein, allerdings ohne anderen Erfolg als den, einen Teil der über die Arbeiter ausgegossenen Schmähungen auf sich abzulenken; gleichzeitig hielten sie Vorlesungen über die Möglichkeit, die Wiederkehr solcher Streitigkeiten durch Gründung von Pro-

1) Ich habe Kingsleys Predigt in meiner Schrift „Die christlich-soziale Bewegung in England“ S. 97—108 zum Abdruck gebracht.

duktivgenossenschaften zu verhüten, und als der Kampf zu Ungunsten der Arbeiter ausgegangen war, hatten sie die Genugtuung, mehrere Produktivgenossenschaften unter den Maschinenbauern ins Leben treten zu sehen.

Endlich erlebten die christlichen Sozialisten auch im Parlamente den lange ersehnten Triumph. Allerdings hatte die Whigregierung, so lange sie am Ruder war, verweigert, Ludlows Gesetzentwurf zur Legalisierung der Arbeiterassoziationen im Parlamente einzubringen. Erst als Lord Derbys Regierung im Februar 1852 an die Gewalt kam, erhielt er die Unterstützung des Ministeriums. Am 30. Juni wurde er unter dem Titel „The Industrial and Provident Societies Act 1852“ Gesetz. Gemäß seinen Bestimmungen sollten alle Arbeitergenossenschaften zum Zweck des Gewerbebetriebs durch Einschreiben in ein Genossenschaftsregister gesetzliche Existenz erhalten. Das Gesetz ermächtigte die Genossenschaften, im Namen ihrer Beamten Prozesse zu führen, setzte einen Gerichtshof für summarische Entscheidungen ein, an die sie in Streitfällen Berufung einlegen konnten, und ermöglichte ihnen, ihre Mitglieder durch Statuten zu binden. Auch wurde die auf dem Hilfskassengesetze von 1836 beruhende Verpflichtung der Konsumvereine, nur an ihre eigenen Mitglieder zu verkaufen, durch das Gesetz von 1852 beseitigt.

So hatte endlich, was bei seinem ersten Auftauchen allgemein als „revolutionärer Unsinn“ denunziert worden war, die Sanktion der Gesetzgebung erhalten. Die „Gesellschaft zur Förderung der Arbeitergenossenschaften“ berief nun den ersten Genossenschaftskongreß, um zu beraten, in welcher Weise die durch das Gesetz gewährten Erleichterungen am besten genutzt würden. Er hat am 26. und 27. Juli 1852 in London getagt. 28 Genossenschaften hatten Delegierte entsendet; eine große Anzahl anderer hatte lediglich ihren Beitritt erklärt; aus allen Teilen des Landes kamen Nachrichten über Ausbreitung der Bewegung. Es entstanden immer neue Genossenschaften, insbesondere Konsumvereine, besonders in den industriellen Grafschaften des Nordens. Die „Gesellschaft zur Förde-

„rung von Arbeitergenossenschaften“ wurde Anfang 1853 rekonstruiert und hieß von da ab Association for promoting industrial and provident societies, entsprechend dem Titel des Gesetzes von 1852. Der Genossenschaftskongreß zu Manchester in demselben Jahre zeigte abermals eine weitere Ausbreitung der Genossenschaften, ebenso 1854 der zu Leeds. Allenthalben entstanden fortwährend neue Genossenschaften, und die christlichen Sozialisten erschienen allenthalben als die rastlosen Förderer, Berater und Helfer. Dabei waren die alten Widersacher völlig verstummt. Sogar The Edinburgh Review hatte in der Aprilnummer 1852 einen den Genossenschaften günstigen Aufsatz gebracht. Unter solchen Umständen mußte es dem äußerlichen Beobachter scheinen, daß die christlichen Sozialisten Ursache hätten, mit Befriedigung auf den Verlauf ihrer Bewegung zurückzublicken. Und doch erkannten sie in ihrer teilweise geradezu grimmigen Wahrhaftigkeit, daß mit all' den Genossenschaften, die ins Leben getreten waren, noch fast nichts zur Annäherung an ihr Endziel geschehen sei.

Die Konsumvereine gediehen allerdings in erstaunlichem Maße. Allein das gemeinsame Einkaufen im Großen, um im Kleinen wieder zu verkaufen und den erzielten Überschuß über die aufgerundeten Kosten den Käufern zurückzuvorgüten, setzt kein Aufgeben der Selbstsucht voraus. Nicht nur, daß Nationalökonomien Organisation und Wirken der Konsumvereine auf Grundlage selbstsüchtiger Triebe theoretisch konstruiert haben, die Konsumvereine sind täglich mehr zu Abbildern jenes ökonomischen Systems des billig Einkaufens und teuer Verkaufens geworden, dessen Herrschaft alle Urheber des Genossenschaftsprinzips bekämpft haben.

Bei den Produktivgenossenschaften aber machte die unausrottbare Selbstsucht sogar das Gedeihen unmöglich, und zwar war dies nicht etwa die Selbstsucht des Kapitalisten. Denn nicht Mangel an Kapital war es, was dem Aufblühen der Produktivgenossenschaften im Wege stand.

E. V. Neale¹⁾ lieferte nur allzureichlich und ungestüm die Mittel zur Gründung von Produktivgenossenschaften in großem Maßstabe. Zwei Baugenossenschaften, die er ins Leben gerufen hatte, gingen aber alsbald an inneren Zwistigkeiten zugrunde. Darauf kaufte Neale nach dem unglücklichen Ausgang des Streiks der Maschinenbauer 1851 die Atlas-Eisenwerke in Southwark, um aus den wegen ihrer Teilnahme am Streik proskribierten Maschinenbauern eine Produktivgenossenschaft zu bilden. Auch sie ging zugrunde, und Neale verlor ein wahres Vermögen, das er hineingesteckt hatte. Desgleichen schlug die genossenschaftliche Zentralagentur in London, eine Art Vorläufer der Großhandelsgenossenschaft, von der gleich die Rede sein wird, fehl. Es wiederholte sich die Erfahrung, die Owen in New Harmony gemacht hatte, als er es statt mit von ihm in seinem Geiste erzogenen Arbeitern, mit Leuten zu tun hatte, die ohne Auswahl, nur auf ihren persönlichen Vorteil bedacht, zusammengeströmt waren. Und stand die christliche Lehre der Nächstenliebe nicht weit über allem, was Owen gelehrt hatte? Aber nahezu neunzehnhundert Jahre schon war sie gelehrt worden. Das ganze englische Volk bekannte sich zum Christentum, und in den Klöstern des Mittelalters hatte, so lange sie wirklich in christlichem Geiste gelebt hatten, das Assoziationsprinzip in der Tat außerordentliches geleistet; aber doch auch da nur vorübergehend; dann hatte selbst in ihnen die Selbstsucht immer wieder triumphiert; wie sollten die christlichen Lehren zur Überwindung des Konkurrenzprinzips durch das Prinzip der Assoziation führen, die die Menschen, soweit sie davon überhaupt berührt wurden, längst so umgemodelt hatten, daß sie mit ihren egoistischen Zielen nicht in Widerspruch waren! Die Arbeiter kamen mit dem Gedanken an reichen Gewinn bei wenig Arbeit und dachten, jeder in der Assoziation habe nur sich selbst zu gehorchen. Entweder die Unternehmungen brachen infolge des Mangels an Unter-

1) Siehe über ihn in der von mir herausgegebenen deutschen Übersetzung von Beatrice Webbs *Britischer Genossenschaftsbewegung* die Anmerkung 30 auf S. 237—239.

ordnung und Disziplin der Hunderte in dem Unternehmen beschäftigten Arbeiter, die sich zugleich als Unternehmer fühlten, zusammen, oder es bildete sich eine beschränkte Zahl von Arbeiteraktionären heraus, die Arbeiter, die keinen Anteil am Unternehmen hatten, beschäftigten und oft noch mehr ausbeuteten, als selbst die härtesten Arbeitgeber. Die von den christlichen Sozialisten ins Leben gerufenen und nur allzureichlich mit Kapital ausgestatteten Produktivgenossenschaften sind sämtlich am Mangel an Unterordnung der darin tätigen Arbeiter zugrunde gegangen.

Im Gegensatz dazu sind die Konsumvereine in staunenswertem Maße gediehen. Es würde zu weit führen, wollte ich im einzelnen die weitere Ausbildung ihrer Verfassung vorführen¹⁾. Hier sei nur von ihrer wirtschaftlichen Entwicklung die Rede. Nicht nur das Ladengeschäft ist gediehen. Die größeren Konsumvereine haben alsbald Bäckereien, Mühlen, Schuhfabriken, kurz Fabriken aller Art errichtet, welche die Aufgabe hatten, Waren entsprechend dem Bedarf der Konsumvereine herzustellen.

Noch vollkommener aber wurde die von den Konsumvereinen ausgehende neue Wirtschaftsorganisation, als die englischen 1863 eine Großhandelsgenossenschaft gründeten, der 1866 die Gründung einer schottischen folgte. Diese Großhandelsgenossenschaften sind Konsumvereine der Konsumvereine. Wie die einzelnen Kunden sich zu einem Konsumverein zusammen tun, um sich mit guter, unverfälschter Ware zu versorgen und den Überschuß der erzielten Preise über die Kosten den Kunden nach Maßgabe der von einem jeden gemachten Einkäufe zurückzuerstatten, so haben die Konsumvereine Großhandelsgenossenschaften gegründet. Diese kaufen Waren, welche die Konsumvereine nötig haben, an den Produktionsorten im großen ein, sorgen für Waren ausgezeichneter Qualität und geben gleichfalls

1) Siehe darüber die schon genannte Schrift von Beatrice Webb, Die britische Genossenschaftsbewegung; ferner Sidney und Beatrice Webb, Die Genossenschaftsbewegung der Konsumenten, übersetzt von Dr. Jeannette Cassau, und die genossenschaftliche Gemeinwirtschaft, übersetzt von Prof. Dr. August Müller. Beide Halberstadt 1924.

den Überschuß der Verkaufspreise über ihre Kosten den Konsumvereinen, die ausschließlich ihre Kunden sind, im Verhältnis der von einem jeden gemachten Einkäufe zurück. In London, Manchester, Newcastle, Leeds, Bristol, Liverpool hat die englische Großhandelsgenossenschaft Warenlager zu eigen, die in riesigen sieben- und achtstöckigen Gebäuden ganze Straßenquadrate in Anspruch nehmen. An verschiedenen kleineren Orten, auch in Irland, selbst in Hamburg, Kopenhagen, Rouen, New York hat sie ihre Filialen, und ihr gehörige Dampfer durchpflügen die Meere, um in den fernsten Weltgegenden für sie zu kaufen. Ähnlich, wenn auch geringer im Umfang, sind die Niederlassungen der schottischen Großhandelsgenossenschaft.

Allein diese Großhandelsgenossenschaften sind nicht bloß Einkaufsgenossenschaften. Sie haben selbst großartige Fabriken errichtet, um direkt für ihren Bedarf Waren herzustellen: Biskuitfabriken, Schuhfabriken, Wollstofffabriken, Seifenfabriken. Die Fabriken der englischen Großhandelsgenossenschaft sind zerstreut über das ganze Land, während die schottische ihre produzierenden Abteilungen in Shieldhall, drei englische Meilen von Glasgow, vereinigt hat. Hier haben sie die größte Schuhfabrik in Schottland errichtet; hier werden auch Kleider, Möbel und Konserven hergestellt; hier betreiben sie das Geschäft des Gerbens und Druckens. Desgleichen betreiben sie Landwirtschaft auf eigenem Grund und Boden.

Es dient der schottischen Großhandelsgenossenschaft zur ehrenvollen Auszeichnung, daß sie gewisse Produktionszweige, wie z. B. die Anfertigung von Hemden, sogar zunächst mit Verlust ins Leben gerufen hat, um es zu vermeiden, mit Firmen, die ihre Arbeiter unter elenden Bedingungen beschäftigen, Geschäfte zu machen; und es erfreut, weiter berichten zu können, daß ihre trefflichen Maschinen und Organisation ihr Vorgehen schließlich doch mit Gewinn gekrönt haben. Hier zeigt sich der Einfluß, welche diese zunächst nur dem Konsum der Arbeiterklasse dienenden Genossenschaften auch auf die Arbeitsbedingungen ausüben können. Denn die $4\frac{1}{2}$ Millionen Ge-

nossenschafter in Großbritannien und Irland diktieren als Konsumenten, sei es direkt als Arbeitgeber, sei es als Käufer von Waren, die im Inland hergestellt werden, tausenden von Landsleuten die genauen Bedingungen ihres Lebens und ihrer Arbeit.

Nach den Angaben des von den englischen und schottischen Großhandelsgenossenschaften herausgegebenen Jahrbuchs für 1925¹⁾ hat es im Jahre 1923 1441 Konsumvereine in Großbritannien und Irland gegeben. Die Mitgliederzahl hat 4618819 betragen, das verwendete Kapital 126 903 833 £, der Warenumsatz 258 449 666 £, der erzielte Überschuß über die Kosten 17 521 001 £, die Zahl der beschäftigten Personen war 186 500 und die ihnen gezahlten Gehälter und Löhne betrugen 24 218 709 £. Die Zahl der den Konsumvereinen dienenden produktiven Unternehmungen war 105, das darin tätige Kapital betrug 3 016 044 £, die Zahl der beschäftigten Arbeiter 10 822 und die Summe des diesen gezahlten Lohns 1 276 795 £. Die Konsumvereine waren Eigentümer von 66 447 acres Land¹⁾, auf dem sie Landwirtschaft trieben; die Grundrente, die sie bezogen, belief sich auf 9124³/₄ £.

In England und Wales allein hat die Zahl der Mitglieder 1921 3 838 573 betragen bei einer Bevölkerung von 37 886 699 Personen; man kann danach annehmen, daß jede dritte Familie in England Mitglied eines Konsumvereins war. Nicht geringer war der kommerzielle Erfolg, wie die für 1923 angegebenen Ziffern zeigen. Man sieht: alles, was die 28 armen Flanellweber von Rochdale 1844 mit einem Wochenumsatz von 2 £ und einem Kapital von 28 £ planten, ist in fast phantastischem Maße Wahrheit geworden. Allein die angegebenen Ziffern beweisen weit mehr als einen bloß kommerziellen Erfolg. Sie bedeuten das Gelingen einer neuen Organisation des Wirtschaftslebens. Denn die Ideale Owens und das von den christlichen Sozialisten aufgenommene Ideal Buchez' hier ver-

1) The People's Year Book and Annual of the English and Scottish Whole Sale Societies 1925. 18.

2) Ebenda 26.

wirklicht. Das letztere war, daß die Arbeiterklasse wieder Eigentümer der Produktionsinstrumente werde. Allerdings ist dieses Ideal nicht in der Form verwirklicht, die Buchez und die christlichen Sozialisten erträumt hatten: denn die Produktivgenossenschaft hat Fiasko gemacht. Allein gerade das, was sie wollte, ist besser erreicht, als es irgendeine Produktivgenossenschaft hätte erreichen können: daß die Produktionsinstrumente nicht den zufälligen jeweiligen Arbeitern gehören, die sich mittels derselben dann wieder zum Herrn anderer Ausgeschlossener gemacht hätten, sondern dauernd einer allen zugänglichen Gesamtheit von Arbeitern. Nur besteht in den Werkstätten der Konsumvereine diese Gesamtheit von Arbeitern nicht aus den Arbeitern, soweit sie Produzenten, sondern soweit sie Konsumenten sind, und jeder von ihnen, der nur die geringfügige Einzahlung macht, um Mitglied eines Konsumvereins zu werden, wird damit Miteigentümer.

Ebenso ist das Ideal Owens verwirklicht: die Ausmerzung des Gewinns — denn die erzielten Überschüsse werden den Konsumenten nachträglich zurückerstattet — ferner die Leitung der Produktion statt durch Kapitalisten um des Gewinns willen durch Beamte der Gesamtheit im Interesse der Gesamtheit, und endlich — was weit wichtiger ist als all dies —, die anarchische Produktion auf Grund der Spekulation über die wahrscheinliche Nachfrage mit ihren Perioden fieberhaften Aufschwungs und zweiflungsvoller Depression, ihrem bitteren Gefolge von Krisen, Absatzstockungen, Bankerotten und Arbeitslosigkeit ist ersetzt durch eine Anpassung der Produktion an die wissenschaftlich festgestellten Bedürfnisse der Konsumenten.

Denn der Konsumvereinsbeamte stellt in stetem Verkehr mit den Kunden den zu beschaffenden Bedarf fest und unterliegt wegen schlechter oder teurer Einkäufe deren Kontrolle. Auf den periodischen Zusammenkünften der Delegierten aller Konsumvereine untersucht die Leitung der Großhandelsgenossenschaft genau, was und wieviel sie für die nächste Zeit entsprechend dem Bedürfnisse der

Konsumvereine beschaffen und produzieren muß, und regelt unter schärfster Kritik und Kontrolle ihrer Kunden den Einkauf und die Produktion entsprechend der Nachfrage. Überproduktionen mit Absatzstockungen, Bankerotten und Brotlosigkeit der Beschäftigten sind ebenso ausgeschlossen wie wahnsinnige Anstrengungen zur Ausbeutung einer plötzlichen Konjunktur. In absoluter Sicherheit und Gleichmäßigkeit bewegen sich Produktion und Verkauf bei einem Minimum von Kosten und bestmöglicher Bedienung der Nachfrage.

So stehen wir denn vor einem äußerst bemerkenswerten Ergebnis.

Unbekümmert um die superklugen Zweifel der Theoretiker und den Spott und die Feindschaft der Praktiker hat sich aus den Bedürfnissen des Lebens heraus in stiller unscheinbarer Arbeit eine Neuorganisation der Wirtschaft entwickelt.

Allein man darf diese Tatsachen nicht überschätzen, indem man etwa meint, daß es jemals möglich sein werde, das gesamte Wirtschaftsleben auf genossenschaftlicher Grundlage zu organisieren. Groß wie der Erfolg der Genossenschaften ist, selbst in Großbritannien beträgt ihr Kapital nur rund 127 Millionen £ von den mehr als 15 Milliarden, auf welche das Gesamtkapital des Landes geschätzt wird und selbst dort stehen noch $\frac{4}{5}$ der lohnverdienenden Klasse außerhalb der genossenschaftlichen Betriebe. Diese befassen sich nur mit dem Bedarf der Menschen als Konsumenten. Auch hier fällt die Beschaffung aller feineren Produkte außerhalb der Sphäre der an die Konsumvereine anknüpfenden Produktion; und die gesamte Produktion all der Güter, die nicht der Deckung der unmittelbaren Bedürfnisse der Arbeiterklasse, sondern der weiteren Produktion dienen, sowie die industriellen Erzeugnisse, die Großbritannien Jahr für Jahr ins Ausland sendet, sowie die Leistungen seiner Handelstätigkeit und Schifffahrt dürften allzeit dem kapitalistischen Betrieb erhalten bleiben. Hier wird die Arbeiterbevölkerung stets auf die Gewerkschaften für die Hochhaltung und Besserung ihrer Lebenshaltung angewiesen bleiben.

57. Kapitel.

Die weitere Entwicklung der Gewerkvereine, die Verwirklichung der Freiheit des Arbeitsvertrages und die gesetzliche Anerkennung der Gewerkvereine als der Organisationen der Arbeiter ihres Gewerbes.

Ich habe im 49. Kapitel die Anfänge der Gewerkvereine bis zu ihrem Niedergange Ende der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts erzählt. Ich habe schon dort gesagt, daß nicht alle Gewerkvereine, die bis dahin bestanden hatten, zusammengebrochen sind, und wenn auch die große Mehrheit der Arbeiter sich zum Chartismus bekannte, so haben doch die Gewerkvereine als solche von der Chartistenbewegung sich fern gehalten; eben dies war die Ursache, warum es von vornherein feststand, daß der „heilige Monat“ der Chartisten fehlschlagen mußte.

Die auf diese Irrungen folgenden Jahrzehnte sind dann, wie die Zeit der Entwicklung des Genossenschaftswesens aus Owenschen Anfängen, so auch die der Wiederbelebung und der allmählichen zweckdienlichen Ausbildung der Gewerkvereinsorganisation gewesen. Ich habe dies auf Grund der Akten des Gewerkvereins der Vereinigten Maschinenbauer, der das Muster der modernen Gewerkvereine geworden ist, an anderer Stelle¹⁾ ausführ-

1) Zuerst in The North British Review October 1870; dann im zweiten Kapitel des I. Bandes meiner Arbeitergilden der Gegenwart. Die Darstellung von Sidney and Beatrice Webb, Industrial Democracy, London 1897. I 152—172, zeigt, daß die Entwicklung des Gewerkvereins der Maschinenbauer typisch ist.

lich dargetan. Hier kann nur das Ergebnis meiner Untersuchungen kurz wiedergegeben werden.

Noch in den Jahren 1824—1830 gehörten zu einem Gewerkvereine nur die Arbeiter, die an demselben Orte derselben Beschäftigung oblagen: Die Gewerkvereine waren nur lokale Gesellschaften. Sie gewährten noch nicht alle Unterstützungen, welche sie heute gewähren. Ihre Hauptaufgabe war die Unterstützung ihrer Mitglieder, die, sei es infolge der Lage des Marktes, sei es infolge von Arbeitseinstellung brotlos waren. Außerdem unterstützten sie nur noch die Mitglieder, die ohne eigene Schuld von einem Unglück, das sie arbeitsunfähig machte, betroffen worden waren, und zahlten beim Tode eines Mitgliedes oder der Frau eines Mitgliedes eine Summe zur Bestreitung der Begräbniskosten. Die hierzu nötigen Gelder wurden teils durch Eintrittsgelder, teils durch geringe wöchentliche Beiträge, teils durch außerordentliche Umlagen im Bedürfnisfalle aufgebracht. Die Leitung des Vereins lag in der Versammlung aller Genossen.

In Gewerben, die über das ganze Land verbreitet und die häufigen Schwankungen ausgesetzt waren, konnten diese Vereine die Bedürfnisse der Arbeiter indes nur ungenügend befriedigen. Solche Gewerbe brachten notwendig das Wandern der in ihnen Beschäftigten nach anderen Orten mit sich, und begab sich der Arbeiter an einen anderen Ort, so mußte er, um sich im Falle der Not eine Unterstützung zu sichern, einem neuen Verein beitreten. Trat ferner aus irgendeinem Grunde ein Arbeitsstillstand an einem Orte ein, so waren die zur Unterstützung der Feiernden verfügbaren Mittel eines auf den Ort beschränkten Vereins bald erschöpft. Bereits zu Ende der zwanziger Jahre versuchte man deshalb in einigen Gewerben, durch eine Art Konföderation der an verschiedenen Orten bestehenden selbständigen Gesellschaften diesen Mißständen zu begegnen. Doch hatten diese Konföderationen keinen Bestand. Eine Ausbreitung der Gewerkvereine auf mehrere Orte wurde vielmehr erst zu Anfang der dreißiger Jahre dadurch bewerkstelligt, daß die

Mitglieder eines Vereins, die sich an einen anderen Ort begaben, daselbst einen Zweigverein desselben begründeten. Hierdurch verbreiteten sich die Gewerkvereine allmählich auf alle Orte des Landes, an denen das betreffende Gewerbe betrieben wurde.

Die Vorteile dieser Ausbreitung der Gewerkvereine für den Arbeiter waren außerordentlich. Nun erst wurden die Gewerkvereine für den Arbeiter wirklich eine Stütze; denn nun erst wurde die Freizügigkeit zur Wahrheit. Nicht nur, daß er seine Anrechte auf Unterstützung nicht verlor, wenn er sich an einen anderen Ort begab, um dort Arbeit zu suchen, er erhielt noch Unterstützung, um dahin wandern zu können, und fand dort sofort Genossen, die ihm zur Seite standen. Die Unterstützungen, welche die Vereine gewährten, wurden nun größer und nachhaltiger, denn die Lasten derselben verteilten sich auf eine weit größere Anzahl von Schultern. Stellten z. B. die Arbeiter an einem Orte die Arbeit ein, so wurden sie nun von den Arbeitern aller Orte, an denen Zweige bestanden, unterstützt, konnten deshalb viel länger ausharren und hatten größere Aussicht zu siegen. Auch wurde es nun möglich, den Mitgliedern außer den bisherigen Unterstützungen Kranken- und Invalidenunterstützungen zu gewähren. Alle von den einzelnen Zweigen verausgabten Unterstützungen wurden seitdem durch die Gesamtheit derselben getragen, und alle halbe Jahre wurde das gesamte Vereinsvermögen auf die einzelnen Zweige nach Verhältnis ihrer Mitgliederzahl gleichmäßig aufs neue verteilt.

Mit der Ausbreitung der Gewerkvereine auf mehrere Orte wurden aber auch Änderungen in der Leitung derselben notwendig. Bisher lag diese Leitung in den Händen der Versammlung aller Mitglieder. Die Versammlung der Mitglieder an einem Orte behielt nunmehr nur die Ordnung der Ortsangelegenheiten; die der Vereinsangelegenheiten erhielt die Versammlung von Delegierten sämtlicher Zweige, welche alle zwei Jahre zusammentrat. In ihrer Abwesenheit sollte zunächst der leitende Zweig die oberste Behörde sein, und dieser sollte durch die Delegiertenversammlung

alle zwei Jahre aufs neue gewählt werden. Dann wurde der Zweigverein am Hauptorte des Gewerbes dauernd zum leitenden Zweige ernannt. Zuletzt aber, bei noch größerer Ausbreitung des Vereins, behielten auch die Zweige an den Hauptorten der verschiedenen Industrien nur die Ordnung der eigenen Angelegenheiten; für die Vereinsangelegenheiten wurden besonders ständige Behörden ernannt, ein Generalsekretär und ein Exekutivausschuß, welche durch die Gesamtheit der Mitglieder gewählt wurden.

Diese Entwicklung brachte es indes mit sich, daß allmählich in jedem Gewerbe eine Mehrheit von Gewerkvereinen entstand, indem von verschiedenen Orten aus Gewerkvereine desselben Gewerbes über das ganze Land sich verbreiteten. Ferner hatten die Arbeiter der verschiedenen Beschäftigungen in ein und derselben Industrie ihre besonderen Gewerkvereine gebildet; so hatten z. B. in der Maschinenindustrie die Schmiede, die Maschinenbauer, die Metalldreher, die Modelltischler usw. alle ihre besonderen Vereine, und die Eifersüchteleien und Zwistigkeiten unter diesen vielen Vereinen der Arbeiter desselben Gewerbes brachten denselben den mannigfachsten Schaden. In der Maschinenindustrie hatten einzelne Gewerkvereine deshalb schon zu Beginn der vierziger Jahre eine Vereinigung mit anderen Vereinen ihres Gewerbes erstrebt. Erst eine langwierige Arbeitseinstellung im Jahre 1844 aber brachte die Notwendigkeit einer solchen Vereinigung zum Bewußtsein der Mehrheit der in der Maschinenindustrie Beschäftigten, und nach langen Verhandlungen wurde endlich 1850 die Verschmelzung aller Gewerkvereine der zur Maschinenindustrie gehörigen Arbeiter in einen einzigen Verein beschlossen. Die am 1. Januar 1851 ins Leben getretene Vereinigte Gesellschaft der Maschinenbauer umfaßte nun nicht nur die große Mehrheit aller Maschinenbauer von Großbritannien und Irland, sondern auch auf Kanada, die Vereinigten Staaten von Amerika, Australien, Südafrika, Malta, Gibraltar, Indien erstrecken sich ihre Zweige. Wohin immer englische Maschinenbauer kommen, dahin nehmen sie ihren Gewerkverein mit. Nach diesem

Vorgänge der Maschinenbauer haben sich seitdem in den meisten Gewerben Englands die Gewerkvereine zu einer einzigen, die große Mehrzahl der Arbeiter des Gewerbes umfassenden Gesellschaft vereinigt. Das nächste Gewerbe, das dem Beispiele der Maschinenbauer folgte, war das der Zimmerleute und Schreiner, dann das der Eisengießer usf.

Sehen wir nun, in welcher Weise die so organisierten Gewerkvereine die oben¹⁾ dargelegten Fehler in der Auffassung Adam Smiths und der klassischen Nationalökonomien vom Arbeitsvertrage als Kaufvertrag gutgemacht und den Arbeitern ermöglicht haben, beim Abschluß des Arbeitsvertrags dem Arbeitgeber als Gleichberechtigte gegenüberzutreten. Die Antwort erfordert, sich ihre innere Organisation zu vergegenwärtigen. Sie ist nicht bei allen Gewerkvereinen die gleiche. Ich halte mich bei der folgenden Darstellung an die Organisation der Vereinigten Maschinenbauer, des „Musters“ wie sie sich in den Jahren 1840—1870 herausgebildet hat.

Der Gewerkverein umfaßt nur die in einem Gewerbe tätigen Arbeiter, deren gewerbliche Interessen völlig identisch sind, hat dagegen die Tendenz, alle diese Arbeiter an allen Orten des Landes zu umfassen. An jedem Orte des Landes, an dem das betreffende Gewerbe betrieben wird und an dem Mitglieder wohnen, werden Zweigvereine gegründet. Für je eine bestimmte Zahl von Mitgliedern an einem Orte besteht ein besonderer Zweigverein. Die Leitung jedes Zweigvereins ruht bei der Zweigversammlung und bei dem Zweigsekretär. Der Ort des Landes, an dem ein Gewerbe seinen Hauptsitz hat, ist der Sitz des Exekutiv-ausschusses des Gewerkvereins. Die Mitglieder und der Präsident desselben werden von den Mitgliedern der verschiedenen Zweigvereine des Hauptorts aus ihrer Mitte für gewisse kurze Perioden gewählt. Der Generalsekretär wird durch allgemeine Abstimmung der Mitglieder des ganzen Gewerkvereins für Perioden von 10 Jahren gewählt und besoldet. Er korrespondiert mit den Zweigvereinen

1) Oben S. 272 ff.

und referiert dem Exekutivausschuß. Dieser hat die Entscheidung. Doch ist das Votum des Generalsekretärs regelmäßig von maßgebendem Einfluß.

Die Mitglieder des Gewerkvereins zahlen, wie schon gesagt, Eintrittsgelder und wöchentliche Beiträge. Außerdem bestimmen die Statuten, daß, im Fall die Unterstützung der Arbeitslosen einmal vorübergehend mehr Gelder beanspruchen sollte, als diese Quellen ergeben, der Exekutivausschuß, nachdem die Mehrheit der Mitglieder in allgemeiner Abstimmung zugestimmt hat, eine außerordentliche Umlage von allen Mitgliedern ausschreiben soll. Die Zweigvereine haben alle eingehenden Gelder einzunehmen und zu verwalten. Doch gehören dieselben nicht den einzelnen Zweigvereinen, sondern dem Gewerkverein; der Exekutivausschuß kann jeden Augenblick über die Gelder jedes Zweigvereins verfügen; auch findet alle halbe Jahre oder alle Jahre die Ausgleichung der Gelder statt, d. h. das vorhandene Vermögen wird an die einzelnen Zweige im Verhältnis zur Mitgliederzahl eines jeden verteilt.

Nicht jeder Arbeiter wird als Mitglied aufgenommen, sondern nur derjenige, der seine Tüchtigkeit als Arbeiter nachweisen kann durch Nachweis der zurückgelegten Lehrzeit in den Gewerben, in denen Lehrzeit vorkommt, durch die Bürgschaft zweier Mitglieder, daß der Aufzunehmende ein tüchtiger Arbeiter sei, und durch Nachweis, daß er den in einem Distrikt herrschenden allgemeinen Lohnsatz verdienen kann. Stellt sich nach der Aufnahme heraus, daß der Aufgenommene wegen Untüchtigkeit hierzu nicht imstande ist, so wird er ausgeschlossen. Die Gewerkvereine fordern also ein Lohnminimum, sie fordern es aber nicht von den Arbeitgebern, sondern von den Arbeitern, und zwar weil die Erfahrung gelehrt hat, daß das Angebot von Arbeit zu niedrigerem Lohne seitens untüchtiger Arbeiter von Arbeitgebern zur Herabdrückung des Lohnes der Tüchtigen mit Erfolg benützt werden kann.

Glaubt ein Mitglied, welches ein tüchtiger Arbeiter ist, den seiner Arbeit entsprechenden Lohn nicht zu erhalten, so kann es dem Zweig des Gewerkvereins, dem es angehört,

seine Beschwerde vortragen. Findet der Zweig dieselbe gerecht, und wird der Einzelne hierauf von dem Arbeitgeber bei seiner Bitte um Lohnerhöhung zurückgewiesen, so erhält er Unterstützung, wenn er die Arbeit verläßt, bis er wieder Arbeit findet, das sogenannte Geschenk. Findet der Zweig jedoch, daß er nach Verdienst gelohnt wird, so wird seine Beschwerde zurückgewiesen, und er erhält nichts, wenn er die Arbeit einstellt¹⁾. Ganz ebenso ist der Hergang, wenn andere Arbeitsbedingungen als der Lohn ein Mitglied zur Niederlegung der Arbeit veranlassen. Und wenn es wegen mangelnder Nachfrage nach Arbeit zu den vom Gewerkverein festgehaltenen Bedingungen Arbeit nicht findet, erhält es, solange es arbeitslos ist, gleichfalls das Geschenk.

Um die Ausgaben, welche diese Unterstützung verursacht, zu mindern, muß an jedem Orte, an dem ein Zweig eines Gewerkvereins besteht, der Zweigsekretär über die Mitglieder, die außer Arbeit sind, Buch führen, und sobald in irgendeiner Werkstätte des Orts eine Arbeitsstelle erledigt ist, wird ein Arbeiter hinbeordert, um nach Arbeit zu fragen. Von größerer Bedeutung ist, daß die Zweigsekretäre dem Generalsekretär jeden Monat die Zahl der arbeitslosen Mitglieder ihres Zweiges und der unbesetzten Arbeitsstellen am Orte anzeigen, die Qualität der unbeschäftigten Arbeiter und der erledigten Arbeitsstellen genau bezeichnen und mit kurzen Worten über den Stand des Gewerbes berichten müssen. Sobald der Generalsekretär diese Berichte erhält, sendet er die beschäftigungslosen Mitglieder auf Kosten des Vereins von einem Orte, wo das Gewerbe schlecht steht, an einen anderen, wo Arbeiter begehrt werden.

Ist aber ein Zweig der Meinung, die allgemeine Lage des

1) Der Generalsekretär der Vereinigten Maschinenbauer, W. Allan, hat dies 1867 vor der Kgl. Untersuchungskommission fast mit den gleichen Worten ausgesprochen. First Report of the Commissioners appointed to inquire into the Organisation and Rules of Trades Unions and other Associations. London 1867. Qu. 787—789.

Gewerbes rechtfertige es, wenn die in demselben beschäftigten Arbeiter eine allgemeine Lohnerhöhung um bestimmte Prozentsätze oder die Besserung anderer Arbeitsbedingungen verlangten oder einer allgemeinen Lohnherabsetzung oder der Verschlechterung anderer Arbeitsbedingungen sich zu fügen verweigerten, so muß der Zweig an den Exekutiv-ausschuß des Vereins berichten. Billigt dieser das Vorhaben der Zweigmitglieder nicht, so erhalten dieselben keine Unterstützung, falls es zu einer Arbeitseinstellung oder Aussperrung kommt. Stimmt der Exekutiv-ausschuß dagegen dem Vorhaben zu, so entsenden die Arbeiter an dem Orte des betreffenden Zweiges eine Deputation an den oder die in Frage stehenden Arbeitgeber, um ihre Beschwerde vorzutragen. Die Sache wird dann hin und her besprochen, und oft erhalten die Arbeiter, was sie begehren, oder es kommt ein Ausgleich zustande. Ist dies aber nicht der Fall, oder weigern sich die Arbeitgeber überhaupt die Deputation zu empfangen, so legen die Arbeiter die Arbeit nieder und erhalten für die Dauer der Arbeitseinstellung vom Exekutiv-ausschuß das Geschenk. Die großen Mittel, welche diesem die das Gewerbe des ganzen Landes umfassenden Organisation an die Hand gibt, führen dann häufig zum Siege der Arbeiter oder machen wenigstens den Arbeitgebern ihren Triumph so teuer, daß sie nicht so leicht den Kampf mit den Arbeitern wieder aufnehmen und deren Vorstellungen ein geneigteres Ohr leihen.

Dabei bilden die Gewerkvereine, da wo sie naturwüchsig und demgemäß populär sind¹⁾, auch wenn sie nicht alle Fachgenossen umschließen, tatsächlich die organisierten Stäbe, deren Vorgehen bei Arbeitsstreitigkeiten für alle maßgebend ist, und an welche alle sich anschließen.

Durch diese Organisation werden die beiden Hauptnachteile, unter denen der Arbeiter als Warenverkäufer leidet, beseitigt, nämlich einmal die Vorbehaltlosigkeit

1) Dafür, daß die Gewerkvereine, auch wo ihre Mitglieder eine Minderheit der Arbeiter eines Gewerbes sind, heute für die Arbeitsbedingungen im ganzen Gewerbe maßgebend sind, vgl. Webb, *Industrial Democracy*, I 206 ff., bes. 211 ff.

seines Angebots: die Gewerkvereine geben den Arbeitern die Möglichkeit, gleich anderen Warenverkäufern selbständig ihre Verkaufsbedingungen geltend zu machen, eintretende Besserungen des Marktes sofort zu benutzen und bei zu niedrigem Kaufgebote mit dem Verkauf ihrer Ware zurückzuhalten. Ebenso aber wird durch die Gewerkvereine die Unfähigkeit der Arbeiter, das Angebot ihrer Ware der gegenwärtigen Nachfrage anzupassen und auf das zukünftige Angebot derselben Einfluß zu üben, beseitigt. Das erste geschieht, indem die Gewerkvereine die Arbeit von Orten, wo sie nicht begehrt wird, zurückzuziehen, um sie an Orten, wo Nachfrage besteht, auszubieten, und indem sie bei sinkender Nachfrage nach Arbeit den Arbeitern die Möglichkeit geben, durch Zurückziehung ihrer Waren vom Markt oder durch Verminderung der Arbeitszeit das Angebot ihrer Ware zu verringern, entgegengesetzten Falls in umgekehrter Weise dasselbe zu steigern. Das zukünftige Angebot von Arbeit wird durch die Gewerkvereine beeinflußt, indem ihre Mitglieder sich weigern, die Lehrlinge zu unterrichten und überhaupt in einer Werkstätte zu arbeiten, wenn die Zahl der Lehrlinge in einem größeren als in einem bestimmten Verhältnisse zur Zahl der in der Werkstätte beschäftigten ausgelernten Arbeiter steht; durch diese Beschränkung der Lehrlingszahl suchen sie einer künstlichen Erzeugung beschäftigungsloser gelernten Arbeiter vorzubeugen. Den ungelernten Arbeitern fehlt naturgemäß dieses Mittel; sie vor allem erstreben durch Minderung der Arbeitszeit der Beschäftigten den Unbeschäftigten Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Die Gewerkvereine also versetzen die Arbeiter bei Abschluß des Arbeitsvertrags in dieselbe Lage, in der sich die Verkäufer anderer Waren beim Verkaufe derselben befinden. Durch sie werden die nachteiligen Wirkungen der Eigentümlichkeiten der Arbeit als Ware und des Arbeitgebers als Warenverkäufers beseitigt. Wo die Arbeiter organisiert sind, ist es nicht mehr die Willkür des Arbeitgebers, die das Maß ihres Einkommens, ihrer persönlichen Entwicklung und ihres Anteils an den Segnungen der Kultur bestimmt; es sind nicht mehr

Elend und Tod, die die niedrigste, nicht mehr die leichtsinnigen Heiraten anderer, die die höchste Grenze dieses Maßes bestimmen; es sind die Arbeiter selbst, die durch geeignete Regelung ihres Angebotes von Arbeit dieses Maß beeinflussen können. Das ehernen Lohngesetz Lasalles hat seine Schrecken verloren. Es ist nicht wahr, wenn er die Arbeitseinstellungen als den vergeblichen Versuch der Ware Arbeit, sich als Mensch zu gebärden verspottet. Indem die Gewerkvereine den Arbeitern ermöglichen, das Angebot ihrer Arbeit der Nachfrage anzupassen, wird einerseits die Arbeit erst Ware, andererseits der Arbeiter Mensch.

Aber setzt nicht die Beschränktheit der Nachfrage der Erhöhung des Arbeitseinkommens und damit auch dem Aufsteigen der Arbeiter auf eine höhere Stufe der Gesittung eine unübersteigbare Schranke? Die Erfolge, welche die Gewerkvereine erzielt haben, und die allgemeine Hebung der Lage der Arbeiter, die damit eingetreten ist, konnten auf die Theorie, die dies behauptet hatte, nicht ohne Einfluß bleiben¹⁾. Ich habe oben²⁾ ausgeführt, daß Ricardo und seine Schule in dem Kapitalisten die wichtigste Figur im heutigen Wirtschaftsleben gesehen haben; denn von der Größe des vorhandenen Kapitals hänge es ab, wie viel Arbeiter beschäftigt werden, und wie viel sie als Lohn erhalten können. Danach schien dem, was an die Arbeiter als Lohn gezahlt werden könne, eine feste Grenze gesetzt. Nicht als ob Ricardo und seine Schule den Gewerkvereinen feindlich gesinnt gewesen wären. Wir haben sie vielmehr als eifrige Befürworter der Abschaffung der Koalitionsverbote kennen gelernt, und Macculloch hat bereits 1824 ausgeführt³⁾, daß die Arbeiter bei gestiegener Nachfrage ohne ausdrückliches Verlangen nie einen höheren Lohnsatz erlangen würden, ja daß eine Arbeitseinstellung, um höheren Lohn zu erlangen oder einer Lohnherabsetzung zu widerstehen, der einzige Prüfstein einer

1) Siehe für das Folgende das dritte Kapitel im II. Bande meiner Arbeitergilden der Gegenwart.

2) Oben 38, 39.

3) The Edinburgh Review, vol. 39, pp. 320, 323—4.

etwaigen Veränderung in der Lage des Arbeitsmarktes sei. Aber es ist klar, daß, wenn das Kapital, das jeweilig auf Lohnzahlung verwendet wurde, und ebenso die Zahl der Arbeiter, die Beschäftigung suchten, feststehende Größen wären, auch der Anteil, der den Arbeitern am Gesamtprodukt zufließt, unerbittlich bestimmt wäre, so daß der Durchschnittslohn sämtlicher Arbeiter nur von deren jeweiliger Menge abhängen würde, und eine darübergehende Lohnerhöhung des Einen nur auf Kosten der Anderen, sei es durch deren Entlassung, sei es durch Herabsetzung ihrer Löhne stattfinden könnte. Aber nicht nur ist das auf Lohnzahlung verwendete Kapital keine jeweilig unabänderlich begrenzte Größe; der Lohn wird, wie Hermann schon 1832 in seinen Staatswirtschaftlichen Untersuchungen dargetan hat¹⁾, überhaupt nicht aus dem Kapitale bezahlt. Das Kapital ist nur ein Frachtmittel, das zur Übertragung begehrter Güter von einer Person zur anderen dient. Der Unternehmer gibt aus seinem Kapitale allerdings schrittweise dem Arbeiter den Unterhalt im Verhältnis, in dem dieser seine Arbeit leistet, und wird dafür Eigentümer des Arbeitsprodukts. Er gibt dabei aber sein Kapital nicht weg. Er formt es durch Umtausch bloß um. Bald begreift es die Summe der Tauschgüter, welche der Arbeiter als Lohn erhält, bald die Arbeit selbst, fixiert an einem vielleicht an sich wertlosen Stoffe. Allein er läßt es nicht dauernd in dieser Form. Er kauft die Arbeit nur, um sie später im Produkte denen anzubieten, welche sie isoliert nicht bedürfen. Er setzt seine Tauschwerte in die Form von Arbeitsprodukten um, nur um sie an den Konsumenten gegen andere Wertformen abermals zu vertauschen. Der wahre Gegenwert der Arbeit liegt also nicht im Kapital, sondern in dem, was die Konsumenten entgegenbieten. Das, was ein Konsument entgegenbietet, ist aber keineswegs ein unabänderlich feststehender Betrag. Dieser ist vielmehr verschieden je nach dem Grade, in dem der Kon-

1) Hermann, Staatswissenschaftliche Untersuchungen, 1832. S. 72, 232, N. 4, 2. Aufl. 1870, S. 406, 468, 473—8.

sument eine gewisse Ware benötigt, und kann sich möglicherweise auf dessen ganzes Vermögen belaufen. Indem die klassische Nationalökonomie annahm, der Lohn werde aus dem Kapital des Unternehmers bezahlt, übersah sie diese Möglichkeit einer Abwälzung der von Koalitionen geforderten höheren Löhne auf die Konsumenten. Sie übersah, daß der Unternehmer jederzeit bereit sein wird, mehr Kapital auf die Lohnzahlungen zu verwenden, sobald ihm der Konsument die darauf verwendete Summe ersetzt, und daß es ihm, wenn er selbst nicht mehr als ein gewisses Kapital hat, in solchen Fällen stets möglich sein wird, durch Anleihen sich Kapital zu verschaffen. Es ist nämlich unrichtig, daß das auf die Lohnzahlung in einem gegebenen Momente verausgabte Kapital identisch ist mit dem Vermögen eines Landes, das möglicherweise zur Lohnzahlung verwendet werden kann. Es gibt jederzeit in einem Lande Vermögen, das als Kapital Verwendung finden kann, sobald der daraus zu erwartende Gewinn seinem Eigentümer wertvoller ist als sein unmittelbarer Genuß, und außerdem ist das Kapital, wie schon A. Smith ausgeführt hat, international und stets bereit, denjenigen Ländern zuzufließen, in denen ihm eine gewinnbringende Anlage winkt.

Die Lehre, daß es unmöglich sei, durch Koalitionen den Lohn zu erhöhen, weil es in jedem Augenblicke eine feststehende, unabänderliche Summe gebe, welche nicht mehr und nicht weniger auf die Löhnung verwendet werden müsse, einen Lohnfond, hat in England 1866 in einer Schrift von Longe¹⁾ Widerlegung gefunden; Thornton hat es 1869 für unmöglich erklärt²⁾, daß jemand die Behauptung noch länger aufrecht erhalte, daß die Gewerksvereine den Lohn nicht erhöhten, da dies der Erfahrung des täglichen Lebens zu sehr widerspreche; und

1) Francis D. Longe, A refutation of the wagefund theory of modern political economy as enunciated by Mr. Mill M. P. and Mr. Fawcett M. P. London 1866.

2) „Die Arbeit, ihre unberechtigten Ansprüche und ihre berechtigten Forderungen“, Deutsche Ausgabe, S. 92.

John St. Mill hat auf Grund der Widerlegung der Lohnfondstheorie durch Thornton geschrieben¹⁾: „Die Lehre, welche bisher von allen oder den meisten Nationalökonomien (mich inbegriffen) gelehrt wurde, und welche es für unmöglich erklärte, daß Koalitionen die Löhne erhöhen könnten, oder welche deren Wirkung in dieser Beziehung auf die etwas frühere Erreichung einer Erhöhung beschränkte, welche der Wettbewerb des Marktes ohne sie hervorgerufen haben würde, — diese Lehre ist ihrer wissenschaftlichen Grundlage beraubt und muß aufgegeben werden. Das Recht oder Unrecht des Vorgehens der Gewerkvereine ist eine einfache Frage der Klugheit und der sozialen Pflicht, nicht eine Frage, welche durch unabänderliche Notwendigkeiten peremptorisch entschieden ist.“ Seitdem ist die Lohnfondstheorie, außer bei Cairnes und Fawcett²⁾, aus dem Lehrgebäude der englischen Nationalökonomien verschwunden.

Aber auch nach Thornton vermögen die Gewerkvereine den Lohn in einem Gewerbe nicht hoch zu halten außer auf Kosten der Arbeiter in anderen Gewerben. Er befindet sich in dem Irrtum, daß in dem Maße, in dem durch eine Lohnerrhöhung die Kauffähigkeit, welche die Abnehmer der durch

1) The Fortnightly Review V. N. S. 517. Siehe auch über J. St. Mill und die Lohnfondstheorie Leslie Stephen, The English Utilitarians III, 203—224.

2) Beide ergebenen Schüler und Bewunderer von John St. Mill haben ihn mit eben den Argumenten zu widerlegen gesucht, die er als unhaltbar erkannt hatte. Cairnes, der fähigste unter seinen Schülern, war noch so in den Lehren der abstrakten Schule befangen, daß er trotz der Erfahrungen, die man mit den Eisenbahnen gemacht hatte und mit den Arbeitgeberverbänden täglich machte, jede Koalition von Kapitalisten, um die Preise hochzuhalten und zu steigern, für Einbildung hielt. (Siehe Cairnes, Leading Principles, 277.) Auch in Amerika ist die Lohnfondstheorie aufgegeben. (Siehe Taussig, Wages and Capital, 1896, pp. 107 und 274, der sich meiner Darlegung anschließt, daß die Lohnfondstheorie nur eine Folgerung aus der von Hermann widerlegten Auffassung ist, daß die Löhne aus dem Kapital bezahlt werden.) Auf dem europäischen Kontinent gibt es immer noch Schriftsteller, die, der Erfahrung unzugänglich, Nationalökonomie im luftleeren Raum treiben.

die Lohnerhöhung verteuerten Ware bisher für andere Waren hatten, abnimmt, die Kauffähigkeit der Gesamtheit für diese Waren abnehme, und daß daher entsprechend der Lohnerhöhung der einen Klasse von Arbeitern eine Lohnminderung einer anderen Klasse eintreten müsse; während jede Lohnerhöhung die Kauffähigkeit der Gesamtheit der Größe nach gleich läßt, da entsprechend dem Sinken der Kauffähigkeit der bisherigen Abnehmer die Kauffähigkeit der lohnerrhöhten Arbeiter steigt. Vielmehr sind bezüglich der Wirkungen von Lohnerhöhungen, Kürzungen der Arbeitszeit oder sonstigen Verbesserungen von Arbeitsbedingungen, welche durch eine glückliche Regelung des Angebots der Arbeit herbeigeführt wurden, zwei Arten von Fällen zu unterscheiden, nämlich diejenigen, in denen die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von einer entsprechenden Mehrleistung der Arbeiter begleitet ist, und diejenigen, in welchen sie wirklich zu einer Steigerung der Produktionskosten des Produktionsunternehmers führt.

In den Fällen der letzteren Art hat die Steigerung der Produktionskosten die Wirkung, entweder den Gewinn des Produktionsunternehmers oder, in den meisten Fällen, infolge einer Steigerung des Preises der Produkte, den Anteil der Konsumenten der Ware, bei deren Herstellung die lohnerrhöhten Arbeiter verwendet werden, am Gesamtprodukt zu schmälern. Die höheren Löhne werden entweder aus dem Einkommen des Produktionsunternehmers oder aus dem der bisherigen Konsumenten bezahlt. Der Anteil der Arbeiter am Gesamteinkommen der Nation wird gemehrt und der zunehmenden Differenzierung innerhalb der Gesellschaft entgegengewirkt.

Die erstere Alternative tritt ein in den Gewerben, in denen die ausländische Konkurrenz nicht gestattet, die Verteuerung der Produktionskosten durch eine Preiserhöhung auf die Konsumenten der produzierten Ware abzuwälzen. Hier sinkt durch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Arbeiters zunächst der Gewinn des Produktionsunternehmers. Dies ist indes nur vorübergehend der Fall: denn nur dann wird der Gewinn dauernd die Verteuerung der

Kosten tragen, wenn es der Produktionsunternehmer selbst vorteilhaft findet, trotz des niedrigeren Gewinnsatzes sein Produktionsvermögen in dem Gewerbe zu belassen. In den meisten Fällen zieht sich das Produktionsvermögen aus diesen Gewerben zurück, um in anderen Industriezweigen, die den gewöhnlichen Gewinn noch abwerfen, Anlage zu suchen; und es ist nationalökonomisch sogar wünschenswert, wenn es von Industrien, die bloß mittels niedriger Löhne ihr Leben fristen, sich weg zu den Gewerben wendet, welche durch die Landesverhältnisse am meisten begünstigt sind. Weit zahlreicher sind indes die Gewerbe, die nicht einer so drohenden Konkurrenz seitens des Auslands ausgesetzt sind, daß sie absolut gar keine Preissteigerung ihrer Waren vertragen. In allen Gewerben, die ihrer Natur nach ein lokales Monopol besitzen, wie das Baugewerbe, alle Anbringungsgewerbe und viele Reparaturgewerbe, oder die ein bedeutendes Übergewicht über die Gewerbe des Auslands behaupten, können die Produktionsunternehmer entsprechend den gestiegenen Löhnen die Preise steigern. Hierdurch wird das sachliche Einkommen der Konsumenten der verteuerten Waren verringert. Allein in demselben Maße, in dem das Einkommen in dem ersten Falle des Produktionsunternehmers, in dem zweiten des Konsumenten und damit deren Konsumtionsfähigkeit und Nachfrage infolge einer Lohnsteigerung sinkt, steigt das Einkommen und damit die Konsumtionsfähigkeit und Nachfrage der höher gelohnten Arbeiter. Quantitativ bleibt also die Nachfrage nach Arbeit dieselbe, allein qualitativ tritt eine Änderung ein, und dementsprechend tritt an Stelle der Produktion von entbehrlicheren eine größere Produktion von unentbehrlicheren Verbrauchsgütern.

Allein nicht jede Erhöhung des Lohns, nicht jede Kürzung der Arbeitszeit oder sonstige Besserung der Arbeitsbedingungen bedeutet eine Erhöhung der Produktionskosten des Unternehmers. Die erste Wirkung von Lohnerhöhungen und Kürzungen der Arbeitszeit allerdings ist, ähnlich der Wirkung einer materiellen Besserung der Lage bei der Mehrzahl aller Menschen, eine Vergeudung der ge-

wonnenen größeren Einnahme und Muße seitens der Arbeiter. Haben die erlangten Verbesserungen aber längeren Bestand, so werden sie zu besserer Nahrung, sorglicherer Pflege, größerer und gesitteterer Erholung und höherer Ausbildung verwendet, mit anderen Worten sie führen zur Steigerung der wünschenswerten physischen und geistigen Bedürfnisse der Arbeiter, d. h. zur Erhöhung ihrer Lebenshaltung. Die Steigerung der Lebenshaltung aber treibt erfahrungsgemäß zu größerer Intensität der Arbeit, weil Menschen mit größeren Bedürfnissen bei kürzerer Arbeitszeit zu größerem Fleiße genötigt sind, und sie ermöglicht auch intensivere Arbeit, indem körperliche Ursachen und größere Arbeitsfreudigkeit ihnen den größeren Fleiß leichter machen, als wenige Bedürfnisse empfindenden, schlecht genährten, abgemüdeten und mißmutigen Arbeitern. Jede Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die Dauer hat, führt also zur Steigerung der Lebenshaltung der Arbeiter, d. h. ihres dauernden Anteils an der Kultur, und jede Steigerung führt zu einer Erhöhung der Arbeitsleistung. Dabei ist indes zu bemerken, daß die Lebenshaltung der Arbeiter sich nicht in großen Sprüngen erhöhen läßt; muß sich doch der Arbeiter, der einen größeren Anteil an der Kultur erlangt, erst in ihn einleben und ihn zu genießen lernen, um ihn sich wirklich zu eigen zu machen. Daher die große Weisheit der gewerblichen Politik der Gewerkvereine, welche, allen Schwankungen in den Arbeitsbedingungen entgegen, in erster Linie auf deren Stetigkeit sieht, welche Verschlechterungen derselben widersteht, aber auch nur in großen Perioden bei günstig sich bietender Gelegenheit deren Verbesserung anstrebt. Bei solch' allmählicher Erhöhung des Sachlohns und schrittweiser Verkürzung des Arbeitstags führt jede Verbesserung in den Arbeitsbedingungen zu einer Besserung der Arbeitsleistung, welche nicht nur die größeren Kosten, welche die Besserung verursacht, ersetzt, sondern gleichzeitig die industrielle Stellung des Volkes im Kreise der übrigen Völker sichert und erhöht.

Nach dieser Darlegung der inneren Ausgestaltung der

Gewerkvereine während der fünfziger und sechziger Jahre und ihrer Bedeutung für die nationalökonomische Theorie gilt es, die äußeren Schicksale der Gewerkvereine zu erzählen. Nach dem Fehlschlagen der sozialen und politischen Bestrebungen der dreißiger und vierziger Jahre war der Umschwung in dem sie beseelenden Geiste eingetreten, dem der eingangs dieses Kapitels geschilderte Aufbau ihrer Organisation zu danken ist. Ich wiederhole die Worte, in denen das Ehepaar Webb davon spricht; sie sind mit dem von mir Dargelegten in vollem Einklang: „Die Gewerkvereine ließen alle Projekte sozialer Revolution beiseite, setzten resolut ihre ganze Kraft ein, den schlimmsten gesetzlichen und wirtschaftlichen Bedrückungen, unter denen sie litten, Widerstand zu leisten, und bauten langsam die Organisationen aus, die ein integrierender Teil der modernen Wirtschaftsorganisation geworden sind. Wir sehen die Hauptursache dieses Erfolges in der Ausbreitung von Bildung unter der Masse und in den praktischen Gesichtspunkten, die seit 1852 in der Gewerkvereinswelt die Oberhand erhielten. Indes dürfen wir die Wirkungen der eintretenden wirtschaftlichen Veränderungen nicht übersehen. Die Periode 1825—1848 ist durch die Häufigkeit und Heftigkeit der wirtschaftlichen Krisen bemerkenswert. Seit 1850 (d. h. seit Beginn der Ära des Freihandels) war der wirtschaftliche Aufschwung für viele Jahre größer und stetiger als in jeder vorausgegangenen Periode. Es ist kein bloßer Zufall, daß diese Jahre des Wohlstandes die Annahme eines „neuen Musters“ der Organisation seitens der Gewerkvereinswelt sehen, einer Organisation, unter der die Gewerkvereine finanzielle Stärke, einen gelernten Stab besoldeter Beamter und einen bleibenden Bestand von Mitgliedern erhielten, wie sie bisher unbekannt waren.“ „Es entstanden die größeren „Vereinigten Gesellschaften“ aller gelernter Arbeiter zusammengehöriger Gewerbe, welche Hilfskassenzwecke mit Gewerkvereinszwecken verbanden und, wo immer möglich, „eine industrielle Diplomatie“ an die Stelle der rauheren Methode des Klassenkampfes setzten.“

Dabei darf man aber nicht glauben, daß sich mit dieser Wandlung zum Praktischen auch die Ideale der Gewerkvereiner geändert hätten. Von Wichtigkeit ist dabei insbesondere, zu bemerken, daß Owens Agitation gegen die auf der Konkurrenz beruhende Wirtschaftsorganisation in den englischen Arbeitern ein nachhaltiges Verlangen nach planmäßiger Regelung der Produktion hervorgerufen hat. So verlangte 1844 der Verein der Grubenarbeiter in einer an die Grubenarbeiter gerichteten Adresse ein Lohnminimum; dazu sollen die Grubenbesitzer so viel draufschlagen, wie sie als gehörigen und vernünftigen Gewinn ihres Kapitals ansehen, und um die Kohlenpreise auf einem Satz zu halten, der sie instand setzt, diese Löhne zu zahlen und diesen Gewinn zu realisieren, sollen sie sich, statt miteinander zu konkurrieren, kartellieren. Diese Auffassung haben wichtige Bruchteile der englischen Gewerkvereine seitdem ununterbrochen festgehalten. Desgleichen ist zu betonen, daß gerade die leitenden Geister, welche das „neue Muster“ ausgebildet und mit unübertrefflicher Geschicklichkeit geleitet haben, überzeugte Oweniten waren und blieben. Aber der Unterschied gegen die dreißiger Jahre war der, daß die Owenschen Pläne den Charakter von Idealen, von „Sonntagsideen“ annahmen, denen man wie süßen Träumen an ein besseres Jenseits sich hingab, während man an Werktagen äußerst opportunistisch seine Politik den gegebenen Verhältnissen des Augenblicks anpaßte. In den praktischen Fragen des täglichen Lebens stellte man sich resolut auf die Basis der herrschenden ökonomischen Doktrin, daß der Lohn durch Angebot und Nachfrage bestimmt werde. Dagegen anzukämpfen fiel niemand mehr ein. Allein man verlangte nur, ebenso wie andere Warenverkäufer das Angebot ihrer Ware, so das Angebot der Arbeit der Nachfrage anpassen zu können, und zu diesem Zweck hielt man teils an Einrichtungen, die aus der alten gewerblichen Ordnung überkommen waren — wie an der Regelung der Lehrlingszahl und an dem Ausschluß nicht gelernter Arbeiter — fest, teils suchte man durch moderne Maßnahmen — wie Regelung der Arbeitszeit, insbesondere

des Überzeitarbeitens, und durch Organisation der Auswanderung — auf das Angebot einen Einfluß zu gewinnen. So hoffte man, instand gesetzt zu werden, wie andere Warenverkäufer, bei ungenügendem Preise seine Ware zurückhalten zu können, bis deren Preis wieder stieg. Man bildete, wie gezeigt, den Gewerkverein aus zur natürlichen und notwendigen Ergänzung der Nationalökonomie auf Grundlage vollkommener Freiheit.

Damit in Übereinstimmung steht die nunmehr steigende Abneigung der Leiter der großen Vereinigten Gesellschaften gegen Arbeitseinstellungen. Sie hängt mit dem enormen Vermögen zusammen, das die großen Gewerkvereine zur Unterstützung ihrer Mitglieder bei Krankheit, Unfall, im Alter, zur Versorgung ihrer Witwen, und Waisen angesammelt hatten. Ihre Verbindung mit diesen Unterstützungen hat zuerst aus taktischen Gründen stattgefunden. Beim Ausbruch von Streitigkeiten mit den Arbeitgebern, die das ganze Gewerbe erregten, pflegten die Arbeiter in Massen den Organisationen zuzuströmen, und da diese Neuankömmlinge vorher keine Beiträge gezahlt hatten, um des Ausharrens im Kampfe willen aber auch unterstützt werden mußten, hatten sie nur zur rascheren Erschöpfung der Streikmittel gedient. Nach beendigtem Kampfe war die Begeisterung verrauscht, die sie zum Mittun veranlaßt hatte. Da wurde die Gewährung der genannten Unterstützungen mit den eigentlichen Gewerkvereinszwecken verbunden, um sie auch in friedlichen Zeiten bei der Fahne zu halten. Es wurde ein einheitlicher Betrag erhoben, aus dem sowohl die Ausgaben für Gewerkvereins- wie für Unterstützungszwecke bestritten wurden, so bei den Vereinigten Maschinenbauern 1 s die Woche. Dadurch wurde die Macht der organisierten Arbeiter, wenn es zu einem Arbeitskampf kam, in außerordentlichem Maße verstärkt; andererseits aber gefährdete bei der Einheit der Kasse, aus der alle Arten von Unterstützungen gezahlt wurden, jede Arbeitseinstellung und Aussperrung die Zahlungsfähigkeit der Gewerkvereine für Hilfskassenzwecke, bis durch eine außerordentliche Umlage der Kasse die ihr

während des Arbeitsstillstandes entzogenen Gelder wieder ersetzt waren.

Das hat bei den Leitern der großen Gewerkvereine eine ihnen, wie wir sehen werden, später zum Vorwurf gemachte Scheu vor Arbeitsstillständen und ihre große Vorliebe für Erledigung von Arbeitsstreitigkeiten durch Einigungsämter und Schiedsgerichte hervorgerufen.

Diese Entwicklung der Gewerkvereine hat auf die Stellung der öffentlichen Meinung zu ihnen zurückgewirkt. In den dreißiger und vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts war sie ihnen äußerst feindlich gewesen. Wir haben gesehen, wie Lord Melbourne, der Whigminister, wenige Tage nachdem er sein Amt angetreten hatte, Schritte tat, um die Gewerkvereine zu unterdrücken, und wie 1838 ein Parlamentsausschuß zu demselben Zwecke eingesetzt worden ist. Letzteres hat sich noch 1856 wiederholt. Die Tagespresse wie die Monats- und Vierteljahrschriften waren überschäumend von Denunziationen der Gewerkvereine. Nachdem die christlichen Sozialisten 1851 den ersten Versuch gemacht hatten, das Publikum zu einer gerechteren Beurteilung zu bringen, hat die Gesellschaft zur Förderung der Sozialwissenschaft nach der Arbeitseinstellung im Londoner Baugewerbe 1859 einen Ausschuß zur Untersuchung der Gewerkvereine eingesetzt. Ihm gehörten die christlichen Sozialisten F. D. Maurice, T. Hughes, J. M. Ludlow, die Nationalökonom Fawcett und Jevons, 12 spätere Parlamentsmitglieder, 4 spätere Minister, 5 spätere Kronbeamte, 12 Männer der Wissenschaft und Literatur an. Sein Bericht, der 1860 veröffentlicht wurde, war der erste systematische Versuch, die Gewerkvereine gerecht zu beurteilen, und wurde der Ausgangspunkt alles ehrlichen Studiums der Arbeiterfrage¹⁾. Weitere Aufklärung brachten zwei glänzende Briefe, unterzeichnet von acht Positivisten und christlichen Sozialisten, die im Juli 1861 in den Londoner Zeitungen erschienen. Die Arbeitgeber im

1) Report of the Committee on Trades' Societies appointed by the National Association for the Promotion of Social Science. London 1860.

Londoner Baugewerbe versuchten die Tagelöhnung durch Stundenlöhnung zu ersetzen; die Arbeiter leisteten Widerstand, da die Neuerung die höhere Bezahlung für „Überzeit“ beseitigt hätte; doch hatten sie sich völlig unfähig gezeigt, der Öffentlichkeit ihren Widerstand gegen die Stundenlöhnung klar zu machen. Da sind ihnen jene zwei Briefe zu Hilfe gekommen; sie haben zu dem Kompromiß¹⁾, das den Streit beendete, wesentlich beigetragen.

Aber die den Arbeitgebern so genehme Beurteilung der Gewerkvereine ließ sich aus der öffentlichen Meinung nicht leicht verdrängen. Zumal gab die Bildung lokaler Gewerkvereinsräte (Trades Council), die um dieselbe Zeit in den Provinzstädten stattfand und 1861 in London Nachahmung fand, den Arbeitgebern neuen Anlaß zu Besorgnis. Sie ging von den kleinen Gewerkvereinen aus und bezweckte, bei Ausbruch eines Arbeitsstreits in einem Gewerbe die Unterstützung der Arbeiter desselben durch die übrigen Gewerbe herbeizuführen. Es ist begreiflich, daß dies die Gegnerschaft der Arbeitgeber verstärkte. Da traten Ereignisse ein, welche ihnen noch einmal — es war dies das letzte Mal — Gelegenheit geben sollten, die öffentliche Entrüstung gegen die Gewerkvereine als kriminelle Verschwörungen zu entfesseln. Die Organisationen der Ziegelstreicher zu Manchester und der Sägenschleifer zu Sheffield, die auf der Stufe zurückgeblieben waren, da die Arbeiter nur von Gewalttätigkeit sich Besserung versprachen, hatten gegen Nichtgewerkvereiner nichtswürdige Verbrechen begehen lassen und die Vollzieher ihrer Befehle aus Vereinsmitteln bezahlt. Abermals ging ein Schrei des Entsetzens durchs Land, und die Arbeitgeber verlangten ungestüm nach Unterdrückung aller Gewerkvereine durch Gesetz. Aber die großen Gewerkvereine, deren Entwicklung im Vorhergehenden geschildert worden ist, standen

1) Die Arbeitgeber erkannten einen Normalarbeitstag von 10 Stunden an, die Arbeiter verzichteten auf den Neunstundentag gegen einen mittags 12 Uhr beginnenden halben Feiertag am Samstag. Siehe *Autobiographic Memoirs by Frederic Harrison*, London 1911. I 250 ff.

in der Verurteilung der Missetaten von Manchester und Sheffield nicht hinter der allgemeinen Entrüstung zurück. Eine Untersuchungskommission wurde niedergesetzt, um das zu einer Untersuchung nötige Material zu beschaffen. Auch die großen Gewerkvereine verlangten im Bewußtsein ihrer Unschuld nach einer Untersuchung. Aber nur der christliche Sozialist Thomas Hughes war es, der im Parlament für sie das Wort ergriff. Der Antrag, einen Arbeiter zum Mitglied der Kommission zu ernennen, fiel durch. Statt dessen erhielten die Arbeiter in dem Positivisten Frederic Harrison einen Vertreter in der Kommission, dessen Scharfsinn und Geschick der glückliche Ausgang wesentlich zu danken ist.

Die Gewerkvereine waren nicht bloß dadurch bedroht, daß man ihnen die Missetaten von Manchester und Sheffield zur Last legte, sondern gleichzeitig hatten auch die Gerichte erklärt, daß sie kein Recht hätten, ihre Beamten vor Gericht zu ziehen, wenn diese Gewerkvereinsgelder unterschlugen¹⁾. Die schwer erübrigten Vermögen der

1) Das Gesetz über freie Hilfskassen von 1846 (13 & 14 Vic. c. 115) hatte allerdings den Gewerkvereinen, die ihre Statuten registrieren ließen, schon ein Türchen geöffnet, dessen Benutzung ihnen Schutz gewähren konnte, und ein weiteres Hilfskassengesetz von 1855 (18 & 19 Vic. c. 63) hatte den Vereinen, „die für irgendwelchen nicht ungesetzlichen Zweck gebildet waren“, wenn sie ihre Statuten hinterlegten, Schutz gegen Betrug gewährt. Davon hatten die Gewerkvereine auch reichlich Gebrauch gemacht, und Gladstone hatte als Schatzkanzler ihnen gestattet, ihre Gelder in den Postsparkassen anzulegen. Aber ein Gerichtsurteil hatte sie der durch das Gesetz von 1855 gewährten Vorteile beraubt. Auch hat ein Gesetz von 1859 (22. Vic. c. 34) „zur Verbesserung und Erklärung“ des Gesetzes 6. Geo. IV. c. 129, das die Koalitionsverbote beseitigte, den Gewerkvereinen keinen Schutz ihrer Gelder gewährt. Es bestimmte, daß der Versuch, andere zu einer Arbeitseinstellung zur Besserung der Arbeitsbedingungen in „vernünftiger Weise“ zu überreden, nicht strafbar sein sollte; denn die Worte „vernünftiger Weise“ überließen es dem Ermessen des Richters, ob die Gelder eines Gewerkvereins des Schutzes zuteil wurden oder nicht. Siehe J. M. Ludlow and Lloyd Jones, *Progress of the Working Class* 43—45.

größeren Vereine, die sich damals auf mehr als eine Viertel-Million £ beliefen, waren somit ihren unzähligen Zweigsekretären und Kassenbeamten preisgegeben, deren jeder ihre Gelder straflos sich aneignen konnte.

Indes die Einleitung der Untersuchung, welche die Schande der Gewerkvereine enthüllen sollte, endete zu deren Ruhm. Die Untersuchungskommission mußte konstatieren, daß Gesetzesverletzungen wie die von Manchester und Sheffield früher allgemein, jetzt aber bei den Arbeitern keines anderen Gewerbes und keines anderen Ortes mehr vorkämen. Die gegen die Gewerkvereine gerichteten Anklagen brachen angesichts der Ergebnisse der Untersuchung zusammen, und umgekehrt verlangten die Angeklagten nunmehr Gerechtigkeit. Statt eines scharfsinnig erfundenen und kräftig durchgeführten Systems der Unterdrückung der Arbeiterkoalitionen, wonach viele verlangt hatten, traten Änderungen in der entgegengesetzten Richtung ein.

Die erste Folge der stattgefundenen Untersuchung war ein provisorisches Gesetz von 1869 zum Schutze des Gewerkvereinsvermögens gegen Diebstahl und Unterschlagung. 1871 erfolgte ein weiteres Gesetz, das die Gewerkvereine ausdrücklich für nicht kriminell erklärte. Es wurde ferner bestimmt: „Die Zwecke eines Gewerkvereins sollen nicht deshalb, weil sie eine Beschränkung der Gewerbefreiheit bedeuten, als ungesetzlich erachtet werden, so daß sie irgendeine Vereinbarung oder Geldanlage desselben ungültig machen.“ Dagegen wurden die von den Mitgliedern der Gewerkvereine getroffenen Vereinbarungen über die Arbeitsbedingungen nach wie vor für unklagbar erklärt. Die Gewerkvereine können ihre Statuten bei dem für die Registrierung der freien Hilfskassen bestehenden Amte einschreiben lassen. Damit erlangen sie gewisse rechtliche Vorteile, so das Recht, Land bis zum Umfang eines acre zu erwerben, und das Recht, durch Beauftragte rechtsgültig zu handeln; ihre Gelder wurden geschützt; dagegen vermeidet das Gesetz sorgfältig, ihnen Korpo-

rationsrecht zu erteilen¹⁾. Es soll der Gewerkvereinler als solcher den Verein nicht auf Erfüllung der satzungsmäßigen Verpflichtungen verklagen können; ebensowenig kann ein Gewerkverein als solcher gegen einen anderen, oder ein Gewerkverein, der als solcher Vereinbarungen mit Arbeitgebern über die Arbeitsbedingungen getroffen hat, aus diesen Verträgen klagen oder verklagt werden können. Auch Vereinbarung von Vertragsstrafen soll vor Gericht nichtig sein. Das Gesetz von 1871 ist 1876 durch ein weiteres ergänzt worden.

Dagegen war trotz der Bemühungen von T. Hughes und A. Mundella die liberale Regierung noch nicht dazu zu bewegen, Bestimmungen über das Schildwachstehen bei Arbeitseinstellungen und Aussperrungen zu erlassen, bei denen sich die Gewerkvereine beruhigen konnten. Sie haben für den Widerruf des gleichzeitig erlassenen Gesetzes zur Verbesserung der strafrechtlichen Bestimmungen über Gewalt, Drohungen und Belästigungen (The Criminal Law Amendment Act 1871) vier Jahre lang weiter agitiert. Angesichts des Widerstands, mit dem die Liberalen an dem Gesetze festhielten, haben einige Gewerkvereine 1874 Gelder bewilligt, um die Wahl von Arbeitern ins Parlament zu ermöglichen, und die Bergarbeiter Alexander Macdonald und Thomas Burt gelangten bei der Neuwahl als die ersten Arbeitervertreter ins Parlament. Disraeli, der Premierminister wurde, hat 1875 das von den Gewerkvereinen bekämpfte Gesetz zur Verbesserung des Strafrechts von 1871 abgeschafft und durch das Verschwörungsgesetz von 1875 (Conspiracy and Protection of Property Act. 38 & 39 Vic. c. 90) ersetzt. In dessen Sektion III ist die Ansicht Harrisons durchgedrungen, daß eine Verabredung oder Vereinigung zweier oder mehrerer Personen zur Herbeiführung oder Durchführung einer Gewerbestreitigkeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, etwas zu tun oder eine Handlung zu veranlassen, nicht als

1) Henry H. Slessor, The Law relating to Trade Unions. London 1921. 35—43.

Verschwörung klagbar sein soll, wenn die betreffende Handlung, von einer einzelnen Person begangen, nicht als ein Verbrechen strafbar ist. Das Schildwachstehen bei Arbeitsstillstand, soweit es nicht mit Gewalttätigkeit irgendwelcher Art verbunden war, war damit erlaubt.

Noch ein weiterer Fortschritt ist 1875 erreicht worden. Ich habe im fünfzigsten Kapitel¹⁾ schon die schreiende Ungerechtigkeit erwähnt, daß, während der Arbeitsvertrag seit 1814 nichts mehr anderes war als eine Übereinkunft zwischen bestimmten Personen über ein durch Leistung und Gegenleistung zu verwirklichendes vermögensrechtliches Verhältnis, ein Bruch desselben seitens des Arbeiters kriminell geahndet wurde, während sein Bruch seitens des Arbeitgebers als Bruch einer zivilrechtlichen Verpflichtung dem Arbeiter nur Anspruch auf Schadenersatz gab. Der Master and Servant Act von 1867 hat, wie schon sein Titel „Gesetz betreffend Herr und Diener“ sagt, mit der aus der Feudalzeit stammenden Auffassung des Arbeitsverhältnisses als auf Untertänigkeit beruhend noch nicht ganz gebrochen; er hatte bei Vertragsbruch seitens des Arbeiters nur bestimmt, daß der Arbeiter nicht sofort eingesperrt werden solle, sondern erst, wenn die Zahlung der ihm auferlegten Geldbuße unterbleibe und auch Vermögensexekution sich als fruchtlos erweise. Darin lag noch immer eine Verletzung der Rechtsgleichheit, die von den Arbeitern lebhaft empfunden wurde. 1875 trat an seine Stelle der Employers and Workmen Act (38 & 39 Vic. c. 90), dessen Titel bereits dem modernen Arbeitsverhältnis gerecht wird; durch ihn wurde die Gefängnisstrafe bei Bruch des Arbeitsvertrags beseitigt, und Arbeitgeber und Arbeiter standen sich nur mehr als gleichberechtigte Kontrahenten in einem vermögensrechtlichen Verträge gegenüber.

Gleichzeitig mit diesen Änderungen hat sich auch das Verhältnis der Gewerkvereine zu den höheren Gesellschaftsklassen geändert. Sie wurden als ordnungsmäßiges

1) Oben S. 310.

Glied der bestehenden Gesellschaftsordnung anerkannt. Die 1874 als die ersten Arbeitervertreter ins Parlament gewählten Bergarbeiter Alexander Macdonald und Thomas Burt erfreuten sich der größten Hochachtung seitens der Liberalen wie der Konservativen. Einer der Gewerkvereinssekretäre, der frühere Maurer Henry Broadhurst ist 1886 von Gladstone zum Unterstaatssekretär gemacht worden. Thomas Burt wurde 1908 Mitglied des Geheimen Rats, schon 1892 parlamentarischer Sekretär des Handelsministeriums. R. Applegarth, der Generalsekretär der Vereinigten Zimmerleute und Schreiner, wurde zu den wichtigen Konferenzen der Nationalen Liga für Erziehung in Birmingham herangezogen und 1871 zum Mitglied der königlichen Kommission für ansteckende Krankheiten ernannt. Wieder andere wurden zu Friedensrichtern und Fabrikinspektoren ernannt; um es kurz zu sagen, die in Gewerkvereinen organisierten Arbeiter erhielten, wie die übrigen als „respectable“ angesehenen Gesellschaftsklassen Anteil an der Regierung und Verwaltung des Landes. In allen die Arbeiter eines Gewerbes betreffenden Angelegenheiten galten die Gewerkvereine nunmehr als die Organisationen der Arbeiter des betreffenden Gewerbes und ihre Führer als die legitimen Vertreter derselben. Damit hängt zusammen, daß die Behörden den Arbeitslohn und die Arbeitszeit, auf denen die Gewerkvereine als auf den Arbeitsbedingungen ihres Gewerbes bestehen, den von ihnen abgeschlossenen Verträgen zugrunde zu legen begannen.

Politisch waren die Gewerkvereine damals völlig neutral. In ihren Statuten fand sich noch häufig das Verbot, in ihren Versammlungen von Politik zu sprechen; es galt, die für die Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen nötige Eintracht zu erhalten, denn es gehörten zu ihnen nicht nur liberale, sondern auch konservative und nur erst sehr wenig sozialistisch denkende Arbeiter. Alexander Macdonald und Th. Burt gehörten im Parlament zur liberalen Partei, ebenso Broadhurst. Der bewegliche, sanguinische Applegarth war ebenso wie andere englische Arbeiter, als die Internationale gegründet wurde,

ihr beigetreten. Aber sie waren dabei nur von ihrem Wohlwollen für die kontinentalen Arbeiter geleitet gewesen. Von den Gedanken von Karl Marx hatten nicht nur sie, sondern, wie ich aus einem Gespräche mit dem damaligen Präsidenten der Internationale, einem Schweizer namens Jung, weiß, selbst dieser keine Ahnung. Applegarth und die übrigen der Internationale beigetretenen Gewerkvereiner kannten kein Ziel als die Verbesserung der Lage der Arbeiter auf Grundlage der bestehenden Ordnung. Waren sie doch für möglichste Vermeidung von Streiks und deren Ersetzung durch Einigungsämter und Schiedsgerichte. Dagegen hat mir Professor Beesly, der sich um die Durchfechtung der Interessen der Gewerkvereine die größten Verdienste erworben hat, erzählt, daß er, nachdem er in *The Fortnightly Review* einen Aufsatz über die Zukunft der arbeitenden Klassen veröffentlicht hatte, der von der bürgerlichen Presse heftig angegriffen wurde, von Karl Marx einen Brief erhielt: bisher habe er Beesly als den einzigen revolutionären Engländer erachtet; nunmehr aber betrachte er ihn als einen Reaktionär wie andere; denn wer ein Zukunftsprogramm aufstelle, sei reaktionär; die Zukunft gestalte sich nach den der Entwicklung immanenten Gesetzen¹⁾. Die Gewerkvereine erschienen Marx,

1) Vgl. hierzu Karl Marx, *Der Bürgerkrieg in Frankreich*, Ausgabe 1901, S. 50: „Sie (die Arbeiterklasse) hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoße der zusammenbrechenden Bourgeoisiegesellschaft entwickelt haben.“ Vgl. ferner den III. Teil der sehr dankenswerten und trotz ausgesprochen marxistischer Denkweise mit großer Objektivität geschriebene Geschichte des Sozialismus in England von M. Beer. Sie leidet aber an dem beinahe notwendigen Fehler aller marxistischen Darstellungen, daß sie alles, was seitens der höheren Klassen zur Hebung der Arbeiterklasse geschehen ist, ignoriert, S. 425 sogar die Elektrisierung der Arbeiter zur Erringung des Wahlrechts durch die klassischen Reden John Brights, und das ganze Aufsteigen der englischen Arbeiterklasse auf das allmähliche Eindringen der Lehren von Marx und seiner Klassenkampfidee in das Denken und Handeln der englischen Arbeiterklasse zurück-

wie er in dem Briefe an Beesly schrieb, als kleine Bourgeois¹⁾. Beesly hat mir dies damals mitgeteilt. Die Mitteilung ist im Hinblick auf die spätere Entwicklung der englischen Arbeiterverhältnisse von Interesse.

zuführen sucht. Genau so sind Marx und Engels verfahren. Vgl. meine Polemik mit Karl Marx. Berlin 1890.

1) Vgl. auch S. a. B. Webb, History of Trade Unionism, 1666—1920, 652.

58. Kapitel.

Der kollektive Arbeitsvertrag.

Auch zwischen den nach dem neuen Muster organisierten Gewerkvereinen und ihren Arbeitgebern ist es noch zu Streitigkeiten gekommen, die zu langdauernden Arbeitsstillständen geführt haben. Der von den Vereinigten Maschinenbauern 1851 ausgefochtene und verlorene Streit ist im Vorstehenden mehrmals erwähnt worden. Es ist weder der einzige noch der letzte gewesen, der in den fünfziger und sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts das englische Wirtschaftsleben erschüttert hat. Die Gegenmaßregel, welche die Arbeitgeber ergriffen, um Arbeitsbedingungen, welche die Arbeiter ablehnten, zu erzwingen, war die Aussperrung. Die Arbeitgeber gründeten Vereine zur Wahrung ihrer Interessen gegenüber den Arbeitern, die sich zur Aufgabe setzten, Lohnerhöhungen und jeder anderen Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die zu einer Verteuerung der Produktionskosten führen könnte, zu widerstehen, Lohnherabsetzungen und Ausdehnung der Arbeitszeit durchzusetzen, und insbesondere, wo möglich, die Gewerkvereine zu unterdrücken. Diese Arbeitgebervereine waren in allem das Gegenstück der Gewerkvereine. Sie vereinbarten die den Arbeitern zu zahlenden Lohnsätze und die übrigen ihnen zu gewährenden Arbeitsbedingungen. Wer mehr gewährte, verfiel in Strafe. Jedes Mitglied, dessen Arbeiter eine Lohnerhöhung oder irgendeine andere Konzession verlangten, deren Bewilligung zu einer allgemeinen Lohnerhöhung führen konnte, oder dessen Arbeiter

einer beschlossenen Lohnherabsetzung oder Verschlechterung anderer Arbeitsbedingungen zu fügen sich weigerten, hatte die Angelegenheit dem Verein zu unterbreiten. Empfohl dessen Ausschuß Widerstand und kam es zum Arbeitsstillstand, so erhielt das Mitglied von dem Vereine Unterstützung; es wurde ihm entweder eine der Größe seiner Fabrik entsprechende Entschädigung gewährt, zu deren Bestreitung jedes Mitglied bei dem Bankier des Vereins einen trockenen Wechsel hinterlegen mußte, oder, häufiger, es kam zur Aussperrung; d. h. um die Hilfsmittel der Arbeiter rascher zu erschöpfen und sie zur Unterwerfung zu zwingen, sperrten sämtliche Mitglieder ihre Werkstätten, bis die Arbeiter jener Fabrik, in der eine Arbeitseinstellung stattgefunden hatte, die Arbeit wieder aufnahmen. Ähnlich wie die Gewerkvereine durch Schildwachen Arbeitsuchende vor einer Fabrik, in der die Arbeit niedergelegt war, warnten, erließen die Arbeitgeber Zirkulare, in denen sie baten, von der Beschäftigung der einzeln namhaft gemachten Arbeiter abzusehen. Die Taktik bildete das vollständige Gegenstück zu der der Arbeiter. Doch blieben die Arbeitgeber, deren Verhältnis zueinander in allem übrigen die Konkurrenz blieb, trotz aller auf den Abfall gesetzten Geldstrafen als Regel ihren Vereinbarungen weniger treu als umgekehrt die Arbeiter; es war für sie nur eine Frage, ob es vorteilhafter sei, mit den Arbeitern Frieden zu schließen und die Strafe zu zahlen, oder bei der mit den übrigen Arbeitgebern getroffenen Abmachung zu bleiben.

Ich habe oben hervorgehoben, wie es gerade die klassischen Nationalökonomten waren, die trotz ihrer Lohnfondtheorie für die Beseitigung der Koalitionsverbote eingetreten sind, weil die Arbeiter ohne Koalitionen den der Marktlage entsprechenden Lohn nicht erhalten würden. Später, als die Arbeitseinstellungen und Aussperrungen immer größeren Umfang annahmen, haben andere Schriftsteller die Arbeiter zu überzeugen gesucht, daß der größte Gewinn, der sich aus einer Arbeitseinstellung möglicherweise erzielen lasse, die Kosten derselben kaum zu decken

vermöge. Aber die Gewerkvereine erwiderten, die Kosten eines jeden Dings seien nach dem Vorteil zu beurteilen, den man damit zu erreichen, bzw. dem Nachteil, den man abzuwehren hoffe. Die Minderung des Lohns um 1 Penny die Stunde würde in einem Gewerbe von 1000 Arbeitern bei einer Tagesarbeit von 10 Stunden £ 250 wöchentlich oder £ 13 000 jährlich betragen. Zähle das Gewerbe 10 000 Arbeiter, so betrage die Minderung £ 130 000, bei 20 000 Arbeitern £ 260 000 im Jahre. 13 000 £ jährlich bedeuteten bei einem Zinsfuß von 5 Proz. ein Kapital von £ 260 000, £ 130 000 jährlich ein Kapital von £ 2 600 000, £ 260 000 jährlich ein Kapital von £ 5 200 000. Man möge den größten Betrag nehmen, zu dem die Kosten von Arbeitseinstellungen berechnet worden seien, er werde um ein Bedeutendes hinter diesen Beträgen zurückbleiben¹⁾.

Aber diese ganze Kostenvergleichung war müßig, denn nicht in den durch Arbeitseinstellungen und Aussperrungen verursachten Kosten bestanden die Hauptnachteile, die sie zur Folge hatten. Man höre, was der Generalregistrator der Geburten, Sterbefälle und Heiraten über die Folgen der Arbeitseinstellung und Aussperrung in den Londoner Baugewerben im Jahre 1859 berichtet hat²⁾:

„Während der letzten Hälfte des Jahres waren die ersten Bauunternehmer Londons und ihre Arbeiter in einem offenen Kriegszustande. Die Arbeitgeber sperrten ihre Werkstätten am 6. August und beschäftigten von da an nur mehr Arbeiter, die das Dokument³⁾ unterschrieben. Die Arbeiter verweigerten die Unterschrift, wie es hieß, bis zur Zahl von 20 000. Die Konferenz der Gewerkvereine verteilte gewisse Summen unter ihre Mitglieder, und in der sechsten Woche erhielten 14 000 Arbeiter Unterstützungen. Diese Unterstützungen waren indes ungenügend. Die Mittel und der Kredit Vieler gingen zu Ende. Die kleinen Krämer erhielten von den Arbeiterfamilien statt £ 9 oder 10

1) Dunning, Social Science Transactions, 1859, 717—719.

2) Der Bericht ist abgedruckt im Social Science Association Report on Trade Societies, 75.

3) Eine schriftliche Abschwörung des Gewerkvereins.

nur mehr 2 oder 3. Die Not wurde in einigen Fällen drückend. Dennoch wurde der Kampf den Rest des Jahres hindurch fortgesetzt. Die Frauen der Arbeiter waren offenbar von der Gerechtigkeit der Sache ihrer Männer überzeugt und erduldeten mit ihnen die Qualen des Hungers. Ein Beamter der Armenpflege schrieb am 1. September folgendermaßen: „Ich besuchte die Wohnung dieses Manns. Er war ausgegangen; aber seine Frau lag zu Bett, kaum mit Lumpen bedeckt, vor Entbehrung augenscheinlich dahinschwindend. Das Zimmer enthielt kaum ein Stück Mobiliar und bot einen äußerst dürrtigen, vernachlässigten und schmutzigen Anblick. Sie sagte: „Wir verhungern, mein Herr; wir haben weder Feuer noch Nahrung.“ „Warum“, erwiderte ich, „geht Ihr Mann nicht zur Arbeit“. „Was!“, rief sie aus, mit beträchtlicher Energie, „um elender zu werden als ein Sklave!“ Diese Not brachte schließlich eine merkliche Wirkung auf die Sterblichkeit der Arbeiter und deren Frauen hervor. Solange Brot da war, erhielten es, wie es scheint, die armen Kinder, bis sie geschwächt, kalt, schlecht bekleidet, zuletzt in außergewöhnlicher Anzahl dahinstarben, als gegen Ende des Jahres das rauhe Wetter hereinbrach.“

Es ist nicht zu verwundern, daß eine Ordnung, die solches Elend zuließ, von allen nicht persönlich an diesen Arbeitskämpfen Interessierten als unhaltbar erkannt wurde. Da erinnerte man sich, daß es in Frankreich in den verschiedenen Gewerben *prud'hommes* gab, die in Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu entscheiden hatten. Sie stammten aus dem 13. Jahrhundert, hatten aber nach der Verpönung jedweder Abmachung über Preise durch das Gesetz vom 14./17. Juni 1791 einen wesentlichen Teil ihrer Funktionen eingebüßt. Vorher hatten sie auch dazu gedient, die Arbeitsbedingungen in einem Gewerbe festzusetzen; nunmehr gehörte zu ihrer Kompetenz nur mehr die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern über Erfüllung eines abgeschlossenen Arbeitsvertrags. Die Arbeitsstreitigkeiten, die in England nicht nur den Fortbestand der industriellen Blüte, sondern den der ganzen Gesellschaftsordnung erschütterten, betrafen aber nicht die Erfüllung bereits abgeschlossener, sondern die Bedingungen erst abzuschließender Verträge. Auf diese *Conseils de prud'hommes* nahmen die Ausschüsse immer Bezug, wenn das Parlament Aus-

schüsse beauftragte, bessere Mittel zur Entscheidung von Arbeitsstreitigkeiten als Arbeitseinstellungen und Aussperrungen ausfindig zu machen. Sie empfahlen stets Schiedsgerichte, und es wurden auch mehrfach Gesetze erlassen, um die Einführung gewerblicher Schiedsgerichte zu erleichtern. Aber diese Schiedsgerichte sollten stets nur untersuchen, inwiefern die Bedingungen eines bereits abgeschlossenen Vertrags erfüllt worden seien. Die Arbeiter aber hatten die Empfindung, eines solchen Schiedsgerichts bedürften sie nicht, und da alle englischen Gesetze über Schiedsgerichte, der Lord St. Leonards Act von 1867 inbegriffen, den Schiedsgerichten ausdrücklich verboten, sich mit Regelung der zukünftigen Arbeitsbedingungen zu befassen, sind alle diese Gesetze nie zur Anwendung gekommen.

Die Ursache dieser Verbote der Regelung der Löhne durch Schiedsgerichte war die Theorie, daß wirtschaftliche Verträge, ungleich allen anderen Verträgen, rein physische Erscheinungen seien, dem Einfluß der Menschen nicht unterworfen; man betrachtete Angebot und Nachfrage als von deren Willen unabhängige Größen und jede Willensäußerung als einen hoffnungslosen Versuch, unabänderliche Naturgesetze zu ändern. Es ist eine eigentümliche Ironie, daß, während die Gesetzgebung fort und fort den Arbeitern erklärte, ihr Verlangen nach einer Behörde, welche die abzuschließenden Verträge regeln sollte, sei unmöglich, die Buchdrucker, welche diese im Parlamente sich stets wiederholenden Äußerungen zu drucken hatten, sich eines solchen Amtes schon seit 1805 erfreuten¹⁾.

Der Bruch mit dieser Theorie ist zuerst in der Praxis erfolgt, und zwar ziemlich gleichzeitig an zwei Orten, in Nottingham und Wolverhampton, an beiden hervorgerufen durch die Not²⁾. Das Strumpfwirkergewerbe in Notting-

1) Siehe meine Arbeitergilden der Gegenwart II, 267—271.

2) Siehe über die Schieds- und Einigungsämter in Nottingham und Wolverhampton Ausführlicheres in meinen Arbeitergilden II, 273—308. — G. v. Schulze-Gävernitz, Zum sozialen Frieden II, 238, 267, 284, 286, 325, 432.

ham befand sich in einem Zustande chronischen Kriegs. Wenn ein Zweig des Gewerbes die Arbeit einstellte, unterstützten die übrigen neun oder zehn den einen, der feierte. Inmitten einer Arbeitseinstellung, die drei Monate gedauert hatte, wurde vorgeschlagen, alle Zweige auszusperrn, bis die Feiernden zum Nachgeben bereit seien. Der Fabrikant Mundella¹⁾, später Handelsminister, widersprach, und zwei oder drei andere taten desgleichen. Sie sagten: „Laßt uns ein besseres System annehmen, um die Frage ein für allemal zu entscheiden.“ Sie gingen zu den Arbeitern. Sie erniedrigten sich, wie einige sich ausdrückten. Sie sagten zu den Führern: Gibt es nicht eine vernünftige Methode um zu einem Verständnis zu gelangen? Es handelte sich um Lohnfragen. Man kam zusammen; nach zweitägiger Verhandlung wurde Friede geschlossen, und daraus erwuchs eine dauernde Organisation; Vertreter der Arbeitgeber und Arbeiter kamen periodisch zusammen, um zu untersuchen, was die Arbeitsbedingungen sein könnten.

Fast gleichzeitig ging dasselbe im Baugewerbe von Wolverhampton vor sich. Als im Frühjahr 1865 eine Arbeitseinstellung im dortigen Baugewerbe drohte, berief der Bürgermeister eine öffentliche Versammlung der Gewerbe, um Mittel zu ihrer Verhütung ausfindig zu machen. Die Zimmerleute und Schreiner kamen. Es wurde eine gleiche Anzahl von Delegierten der Arbeitgeber und Arbeiter gewählt, und diese wählten den Grafschaftsrichter von Worcestershire Rupert Kettle zum Vorsitzenden. Dieser verfaßte Statuten, die von allen Bauunternehmern in Wolverhampton angenommen wurden. Hierauf trat auch der Rest der im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter,

1) Mundella ist aus kleinen Verhältnissen aufgestiegen. Wenn ich nicht irre, hat er selbst als Arbeiter begonnen. Jedenfalls war er ausgezeichnet durch weitgehendes Verständnis für Leben und Bestrebungen der Arbeiter und hat, auch nachdem er ein großer Arbeitgeber und Kapitalist geworden, nie die Sympathie mit ihren Leiden, Bedürfnissen und Hoffnungen verloren. Sein ganzes öffentliches Leben war ihren Interessen geweiht; die ganze Arbeiterschaft schuldet ihm Dank.

mit Ausnahme der Steinmetzen, bei. Von Wolverhampton aus hat sich das System von Stadt zu Stadt und von Gewerbe zu Gewerbe verbreitet, bis es in größerem oder geringerem Maße in den meisten der bedeutendsten Zentren der britischen Industrie angenommen wurde.

Dieses den modernen Verhältnissen angepaßte Wieder-aufleben einer früher allgemeinen Ordnung hat in außer-ordentlichem Maße zur friedlichen Erledigung der Streitigkeiten über die Arbeitsbedingungen beigetragen. Nicht als ob die geschilderten Organisationen nun zwangsweise eingeführt worden wären. Jede nicht freiwillige Anwendung derselben würde ihre Wirksamkeit in Frage gestellt haben. Der Gesetzgeber billigte nur diese Einrichtungen, die Presse machte dafür Propaganda, und ein Gesetzentwurf wurde Gesetz, der nur sagte: solchen Einrichtungen sollten, wo sie getroffen werden, gewisse rechtliche Erleichterungen zuteil werden. Eine völlige Änderung des Verhaltens des Gesetzgebers im Vergleich zu dessen früherer Verleugnung der Möglichkeit einer Festsetzung der Arbeitsbedingungen durch Schiedsgerichte, zu der die veränderte Haltung der Nationalökonomien zur Lohnfondstheorie nach ihrer oben¹⁾ wiedergegebenen Verurteilung durch John St. Mill beigetragen haben mag! Das Gesetz von 1872, das die Entscheide der Einigungsämter vollstreckbar machte, ist übrigens nie in Anspruch genommen worden. Ihre Durchführung beruhte auf dem Vorhandensein von Organisationen sowohl der Arbeiter als auch der Arbeitgeber, die dafür eintraten, daß alle ihre Angehörigen ihren auf Übereinkommen beruhenden Verpflichtungen nachkamen.

Man darf aber nicht meinen, daß die von Mundella und Kettle in Nottingham und Wolverhampton geschaffenen Schieds- und Einigungsämter, die nach ihrem Vorgehen an anderen Orten und in anderen Gewerben entstanden, sich im einzelnen streng an ihr Muster angeschlossen hätten. Nur das Prinzip des gemeinsamen Abschlusses von kollek-

1) Oben S. 444.

tiven Arbeitsverträgen haben sie von Mundella und Kettle übernommen. Man kann von drei Entwicklungsstufen des Schieds- und Einigungsverfahrens seit ihnen reden, nicht als ob alle Gewerbe auf der letzten angelangt seien oder jemals anlangen würden¹⁾.

Auf der ersten Stufe kamen gleich viele Vertreter der Arbeitgeber und Arbeiter zusammen, um in freier Beratung für einen bestimmten kommenden Zeitraum die Arbeitsbedingungen für ein ganzes Gewerbe in verschiedener lokaler Begrenzung festzustellen. Aus diesen Vertretern wurde eine kleinere Zahl ausgeschieden, um individuelle Streitigkeiten gemäß den vereinbarten Prinzipien zu erledigen. Die Vertreter der Arbeiter wurden nicht von deren Organisationen gewählt, denn noch war die Abneigung der Arbeitgeber gegen solche Organisationen nicht ganz überwunden. Sie wurden von der Gesamtheit der Arbeiter des in Frage kommenden Gewerbes und Bezirkes gewählt; tatsächlich waren es aber stets die Führer der Arbeiterorganisationen, die so gewählt wurden. Dabei bestand ein Unterschied zwischen Mundella und Kettle. Nach dem ersteren fehlte ein Unparteiischer, der bei Nichteinigung der Parteien den Stichentscheid gab, während nach Kettle ein solcher den Vorsitz führt. Nach Mundella ferner beruhte auch die Durchführung einer getroffenen Vereinbarung auf freiwilliger Unterwerfung; Kettle machte eine juristische Form ausfindig, welche den gefällten Schiedssprüchen Klagbarkeit verlieh. Doch wurde meines Wissens von dieser Klagbarkeit niemals Gebrauch gemacht.

Als das Schieds- und Einigungsverfahren auf die großen nationalen Industrien Anwendung fand, bildete sich im Verlauf der Entwicklung allmählich eine Umgestaltung heraus. Von dem Kettleschen System behielt man den Unparteiischen bei und wählte zu demselben meist einen nicht zum Gewerbe gehörigen hervorragenden Staatsmann oder Juristen. Mit und neben ihm bildeten je zwei

1) Ich wiederhole im folgenden meine Ausführungen im 45. Bande der Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Leipzig 1890, XXXIII—XXXIX.

von den Arbeitgebern und Arbeitern gewählte Schiedsrichter, die meist selbst zu dem Gewerbe, und zwar oft sogar zu den Betrieben, in denen der Streit stattfand, gehörten, das Schiedsgericht. Die Parteien erschienen in demselben somit nicht mehr als Mitbeschließende, sondern als Kläger und Beklagte und führten ihre Sache mit all den übrigen Hilfsmitteln und in den Formen eines Prozesses. Der in Auerbachs Abhandlung mitgeteilte stenographische Bericht¹⁾ über das Schiedsgericht im northumberischen Kohलगewerbe vom Jahre 1874 zeigt den Typus eines solchen Verfahrens. Von diesem Schiedsgericht wurden die Prinzipien für die Ordnung des Arbeitsverhältnisses für bestimmte Zeit oder bis auf Kündigung seitens der beiden Parteien festgestellt. Die Entscheidung individueller Streitigkeiten gemäß diesen Prinzipien wurde ganz neuen Organen anvertraut. An die Stelle des Ausschusses des Mundella- und Kettleschen Schieds- und Einigungsamtes trat ein unabhängig von diesem gewählter, gemeinsamer ständiger Ausschuß, dem diese Aufgabe zufiel. Eine weitere Neuerung war, daß nunmehr die Organisationen der Arbeiter als deren Vertreter von den Arbeitgebern offiziell anerkannt sind. Die beiderseitigen Organisationen als solche wählen die Schiedsrichter und vertreten ihre Interessenten vor dem Schiedsgericht. Die Bestrebungen Kettles, dem Schiedsspruch Klagbarkeit zu verleihen, sind dadurch ganz überflüssig geworden. Der gemeinsame ständige Ausschuß erkennt im einzelnen Falle auf die Anwendung des Entscheides, und die beiderseitigen Organisationen bringen ihn mit ihren Hilfsmitteln gegenüber ihren Mitgliedern zur Anwendung.

Bei diesem zweiten Stadium des Schieds- und Einigungsverfahrens stellte sich aber alsbald heraus, daß die großen Arbeitgeber zögerten, einen Teil der Daten, die zur Fällung des Schiedsspruchs unentbehrlich waren, den von den Arbeitern gewählten Schiedsrichtern vorzulegen; nur der

1) Emil Auerbach, Die Ordnung des Arbeitsverhältnisses in den Kohlengruben von Northumberland und Durham, im 45. Bande der Schriften des Vereins für Sozialpolitik, S. 47 ff.

Unparteiische erhielt davon Kenntniss. Die Folge war, daß es auch unmöglich wurde, einen Schiedsspruch in der Weise zu erzielen, daß die von den Parteien selbst zu Schiedsrichtern gewählten Personen sich einigten; der von diesen gewählte Unparteiische mußte in jedem Einzelfalle den Stichentscheid geben. Durch diese Vorgänge änderte sich auch die Rolle der von den Parteien gewählten Schiedsrichter; aus Schiedsrichtern wurden sie zu Parteianwälten, welche die Ansprüche ihrer Interessenten vor dem Unparteiischen vertraten; dieser wurde zum einzigen Schiedsrichter. Diese Organisation des Schieds- und Einigungsverfahrens wurde, nachdem sie einmal entstanden war, in anderen Gewerben von Anfang an bewußt eingeführt. So erscheinen in der Walzeisen- und Stahlindustrie die von den Parteien mit der Führung der Sache beauftragten Personen sogar unter dem Namen von Advokaten. Die Entwicklung hat also hier zu einer Ordnung geführt, wie sie ähnlich einzelnen Anhängern des bureaukratischen Sozialismus als die wünschenswerteste vorschwebt, daß nämlich ein Beamter nach Anhörung beider Parteien die Arbeitsbedingungen feststelle.

Was war der Erfolg?

Man muß unterscheiden. Es gibt Beschäftigungen, bei denen der Zahlungsfähigkeit der Arbeitgeber durch die Preise keineswegs eine Grenze gezogen wird, — sei es daß hier Preiserhöhungen leicht zu ermöglichen sind, sei es daß die Gewinne sehr groß sind oder das im Gewerbe steckende Kapital nicht zurückgezogen werden kann. In anderen Gewerben führt die Unfähigkeit, für hohe oder erhöhte Löhne in den Preisen Ersatz zu finden, zu sofortiger Einschränkung des Betriebs. Zu den ersteren gehören z. B. die Beschäftigungen für lokale Bedürfnisse, wie die der Dockarbeiter in den Häfen, ferner der im Eisenbahnbetrieb oder in den Gasfabriken tätigen Arbeiter usw. Zu den anderen gehören z. B. die Kohlenindustrie, die Baumwollindustrie u. dgl. In den Beschäftigungen der ersteren Art ist das Schieds- und Einigungsverfahren mit einem Gewerbsfremden als Schiedsrichter

erfolgreich gewesen, in den Industrien der zweiten Art ist es zusammengebrochen.

An und für sich besteht die Aufgabe des Schiedsgerichts darin, auf dem Wege der Untersuchung aller der Momente, welche den Markt beeinflussen, zu demselben Ergebnis zu gelangen, zu dem ohne sein Dazwischentreten die Parteien nach langwierigen Arbeitskämpfen gelangen würden. Das Ausschlaggebende sollten nach rein ökonomischen Gesichtspunkten somit nur die wirtschaftlichen Machtverhältnisse der Parteien sein, wie sie sich aus der Konjunktur, dem Stand des Arbeitsmarktes und der Stärke der Organisationen der Parteien ergeben. Es ist aber naturgemäß, daß die zur Zeit schwächere Partei diese ausschlaggebenden wirtschaftlichen Gründe auf jede Weise in den Hintergrund zu drängen bestrebt ist. Statt dessen führt sie Fechtargumente ins Feld, welche die Aufgabe haben, für ihren Standpunkt Stimmung zu machen und so den Gegner zu schwächen. Ich nenne diese Argumente Fechtargumente, nicht als ob ich damit ihre Wahrheit verdächtigen wollte, — sie sind oft nur zu wahr, — sondern weil sie rein ökonomisch betrachtet nicht den Ausschlag zu geben vermögen.

Solche Fechtargumente finden sich auch, so oft irgendein Arbeitskampf ausgefochten wird, und zwar spielen sie da in der Regel die Hauptrolle. Man liebt es nicht, sich vor dem Publikum auf die reine Marktlage zu berufen, sondern sucht dessen Sympathie durch Berufung auf Herkommen, Notlage oder umgekehrt auf den hohen Stand der Löhne und den niedrigen Preis der Lebensmittel u. dgl. zu gewinnen. Es gilt hier, durch den Druck der öffentlichen Meinung den Gegner zum Nachgeben zu bewegen. Dieselben Fechtargumente finden sich auch vor dem Schiedsgericht. Hier gilt es, den Schiedsrichter entweder direkt oder durch den Druck, den die von einer Partei gewonnene öffentliche Meinung auf ihn ausübt, zu beeinflussen.

Wird der Schiedsrichter durch diese Fechtargumente bewegt, einen Entscheid zu geben, der der Marktlage,

d. h. den derzeitigen wirtschaftlichen Machtverhältnissen beider Parteien nicht entspricht, so wird der oben gemachte Unterschied zwischen den Industrien, in denen die Preise für die Lohnhöhe nicht absolut maßgebend sind, und denen, für die dies der Fall ist, von Bedeutung. In den ersteren ist der ökonomisch unrichtige Entscheid für die Industrie nicht verhängnisvoll. Die Eisenbahnen, die Aus- und Einschiffung in den Häfen, die Gasfabriken u. dgl. können betrieben werden, auch wenn den Arbeitern ein Lohn zuteil wird, der höher ist, als der Marktlage entspricht; das einzige Unglück ist, daß das Publikum etwas höhere Preise zahlen muß, oder, wo das untunlich ist, die Aktionäre etwas geringere Dividenden beziehen.

Anders in den Industrien, in denen der Preisstand dem Betrieb eine absolute Grenze setzt, indem einerseits die durch den Weltmarkt geregelten Preise nicht erhöht, andererseits Betriebseinschränkungen bei sinkendem Gewinn ohne allzu große Schwierigkeit stattfinden können. Soll der Schiedsspruch hier haltbar sein, so muß er genau entsprechend der Marktlage, d. h. entsprechend den sich aus dieser ergebenden Machtverhältnissen der Parteien gefällt werden. Einen solchen Spruch zu fällen, setzt aber eine völlige Vertrautheit mit dem betreffenden Gewerbe voraus. Auch muß der Schiedsrichter gefeit sein gegen alle Fechtargumente, aus welchem Lager immer sie kommen.

Dies ist nun eine Aufgabe, welche zu erfüllen den außerhalb des Gewerbebetriebs stehenden Unparteiischen noch selten gelungen ist. Selbst Kettle, der stets betont, der Schiedsrichter dürfe nur nach der wirtschaftlichen Marktlage entscheiden, und der ein praktisch sehr erfahrener Schiedsrichter war, ist hier nicht immer glücklich gewesen. Die eindringlichste Belehrung gibt hier die von Auerbach erzählte Geschichte der Schiedsgerichte im northumbrischen und durhamschen Kohlengewerbe. Die Folge davon, daß die Schiedssprüche der Marktlage nicht entsprachen, war, daß die unbefriedigten Arbeitgeber sich denselben zwar unterwarfen, aber alsbald danach strebten,

durch einen neuen Schiedsspruch die Befriedigung ihrer durch die Marktlage berechtigten Ansprüche zu erlangen, oder wenn sie, wie in Durham, sich für längere Zeit verpflichtet hatten, den Betrieb ganz einstellten. Als sie aber in Northumberland nach dem vierten Versuch noch keinen der Marktlage entsprechenden Schiedsspruch erlangt hatten, weigerten sie sich, sich fernerhin noch dem Schiedsspruch eines Unparteiischen zu unterwerfen; damit kam das ganze Schieds- und Einigungsverfahren unter einem Unparteiischen im northumbrischen Kohlegewerbe zu einem Ende; an die Stelle trat die direkte Verhandlung zwischen den bestehenden Organisationen.

Hier waren es die Arbeitgeber, welche sowohl nach Lage des Marktes als auch nach Trefflichkeit der Organisation die Stärkeren waren: denn die northumbrischen Grubenarbeiter waren nicht nur infolge des damaligen Mangels an Nachfrage schwach, sondern ihre Organisation war auch weit schwächer sowohl als die ihrer Arbeitgeber, als auch die vieler anderer englischer Arbeiter. Umgekehrt war es bei dem Kohlenstreik im März 1890. Hier waren die Grubenarbeiter nach Lage der Konjunktur die Starken; gerade so wie in den siebenziger Jahren die northumbrischen Grubenbesitzer, wiesen sie nun den Vorschlag, einem Schiedsrichter den Entscheid zu übertragen, zurück, erklärten sich dagegen zu Verhandlungen bereit. Als dies verweigert wurde, setzten sie ihre Forderungen nach kurzer Arbeitseinstellung spielend durch.

Mit dem Vorgetragenen stimmen ferner alle Beobachtungen, die ich im Frühjahr 1890 in England gemacht habe, überein. Auf meine Frage, wie sie sich zu der Entscheidung von Arbeitsstreitigkeiten durch Schieds- und Einigungsverfahren stellten, erhielt ich von den Sekretären der ungemein starken Gewerkvereine der Vereinigten Maschinenbauer, der Dampfmaschinenbauer, der Baumwollspinner, der Lithographen von Manchester die übereinstimmende Antwort: „Wir haben eine fremde Person als Schiedsrichter nicht nötig, dagegen kann sie uns infolge ihrer Unkenntnis des Gewerbes nur schaden.“ Umgekehrt

waren die northumbrischen Grubenarbeiter im Gegensatz zu den dortigen Grubenbesitzern, ferner die vermöge ihrer relativ geringen Mitgliederzahl schwachen Vereinigten Schreiner und Zimmerleute, sowie Burns und die Führer aller der damals neuen Gewerkvereine der ungelernten Arbeiter, wie Hafen-, Eisenbahn-, Pferdebahn-, Gasarbeiter, Karrenführer, Droschkenkutscher und wie die Legion der damals neuorganisierten Ungelernten weiter heißt, für Heranziehung fremder Personen als Schiedsrichter. Auch war es ganz charakteristisch, daß das Projekt der Handelskammern, in allen Industriezentren und Hafenplätzen einen Apparat von Schiedsrichtern für Notfälle gewissermaßen auf Lager zu halten, bei den schwachen Ungelernten Zustimmung fand, während die starken Gewerkvereine der Gelernten sich heftig dagegen erklärten.

Um zusammenzufassen: in den Gewerben, in denen die Preise der Lohnhöhe eine absolute Grenze nicht ziehen, ist das Schieds- und Einigungsverfahren mit ausschlaggebender Stimme eines gewerbefremden Unparteiischen möglich; hier brauchen die Entscheidungen nicht bloß nach der Marktlage getroffen zu werden, sondern können unter überwiegender Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse erfolgen; ein ökonomisch unrichtiger Entscheid führt hier nicht notwendig zu einem Zusammenbruch des ganzen Systems. In allen solchen Gewerben wird der Entscheid des Unparteiischen von den Schwachen lebhaft begehrt, indem dieselben davon nur zu gewinnen haben; von den Starken wird er nur unter Druck angenommen. In den Industrien, in denen die Lohnhöhe von den Preisen absolut abhängig ist, hat sich dagegen das Schieds- und Einigungsverfahren mit Unparteiischen nicht bewährt. Hier wird es zwar auch von den Schwachen begehrt, aber von den Starken absolut abgelehnt. Hier ist ein drittes Stadium an die Stelle getreten: die Negotiation.

Bei der Negotiation sind es die Führer der beiderseitigen Organisationen, welche auf die wirtschaftliche Macht, welche diesen innewohnt, gestützt über die Marktlage miteinander verhandeln und dieser entsprechend die

Arbeitsbedingungen feststellen. Daneben bestehen gemeinsame ständige Ausschüsse, wie bei dem soeben besprochenen Systeme, um in individuellen Streitfällen entsprechend den durch die Negotiation festgestellten Prinzipien zu entscheiden. Das Verhältnis ist also ganz analog dem zwischen zwei großen Firmen, sagen wir Aktiengesellschaften, welche ein Geschäft miteinander vereinbaren und dabei über einen Schiedsrichter übereinkommen, dem die Entscheidung von Streitigkeiten aus dem Geschäft überlassen sein soll.

Das ist der Zustand in der Kohlenindustrie Northumberland und Durhams. Noch bemerkenswerter ist die in der Baumwollindustrie von Lancashire bestehende Ordnung. Die Umstände, welche die Stücklohnsätze der in der Baumwollindustrie Lancashires Beschäftigten beeinflussen, sind so verwickelt, daß sowohl Arbeitgeber wie Arbeiter längst die Notwendigkeit erkannt haben, bezahlte Sachverständige anzustellen, welche ihre ganze Zeit, sei es in den Dienst des Vereins der Arbeitgeber, sei es in den des Gewerkvereins stellen. Die Gewerkvereine der Baumwollspinner und der Baumwollweber unterwerfen wegen der Bedeutung und Schwierigkeit der ihren bezahlten Beamten obliegenden Pflichten, diejenigen, die sich um eine Beamtenstelle bewerben, einem regelrechten Examen¹⁾. Dabei ist selbstverständlich die Vorstellung zu vermeiden, als ob das in den verschiedenen englischen Industrien vorkommende Schieds- und Einigungsverfahren notwendig ganz dem einen oder anderen der hier vorgeführten Entwicklungsstadien angehöre; in der nordenglischen Walzeneisen- und Stahlindustrie z. B. trägt die Organisation Spuren der beiden ersten Stadien an sich: von dem ersten die Teilnahme auch der Nichtgewerkvereiner an der Konstituierung des Schiedsgerichts, und von dem zweiten den Unparteiischen; darüber hinaus scheint die Entwicklung in diesem Gewerbe nicht zu gelangen, wie

1) Siehe darüber S. a. B. Webb, *Industrial Democracy* I, 195—200.

denn auch infolge der Entwicklung der Technik die in demselben beschäftigten Arbeiter immer mehr den Charakter von Ungelernten erhalten.

In allen den drei vorgeführten Stadien hat aber die Möglichkeit des Schieds- und Einigungsverfahrens zur Voraussetzung das Bestehen von Organisationen der Arbeiter und der Arbeitgeber. Dies ist auch der Fall, wo die Arbeiterorganisationen nicht formell, sondern nur tatsächlich die Arbeiter im Schieds- und Einigungsverfahren vertreten; gerade Dale, der große Industrielle in der Walzeisen- und Stahl-, wie in der Kohlenindustrie, ist es, der die Unentbehrlichkeit einer kräftigen Organisation der Arbeiter am nachdrücklichsten betont.

So ist denn der Arbeitsvertrag, wo seine Entwicklung am vorgeschrittensten ist, da angelangt, wo er nach der ökonomischen Natur des Vertragsobjekts naturgemäß anlangen mußte: er wird nicht mehr von den einzelnen Arbeitgebern diktiert, sondern von der Organisation der Arbeitgeber mit der Organisation der Arbeiter für alle Mitglieder beider Organisationen vereinbart.

Eine besondere Art des Ausgleichs von Arbeitsdifferenzen ist die Festsetzung von Lohnskalen auf dem Wege der Negotiation. Das System ist aus Lohnstreitigkeiten im Hüttengewerbe von Staffordshire im Jahre 1847 hervorgegangen¹⁾. Der Preis des Eisens war infolge gewachsener Nachfrage auf £ 12 die Tonne gestiegen. Der Lohn der Arbeiter war nicht in demselben Maße erhöht

1) Siehe in meinen Arbeitergilden der Gegenwart, II, 206 ff. die Belege; ferner G. v. Schulze-Gaevernitz, Zum sozialen Frieden, II, 396 ff., E. Auerbach, Die Ordnung des Arbeitsverhältnisses in den Kohlengruben von Northumberland und Durham, Walther Lotz, Das Schieds- und Einigungsverfahren in der Walzeisen- und Stahlindustrie Nordenglands, und die bei Auerbach abgedruckte Abhandlung des Professors Munro über Lohnskalen, alles im 45. Bande der Schriften des Vereins für Sozialpolitik; ferner S. a. B. Webb, History of Trade Unionism, 338—42, 391, 510, 734—7, und Dieselben, Industrial Democracy, I, 205, 211, 231, 234, 237. — 209. II 576, 587.

worden. Als der Eisenpreis wieder fiel, folgte dagegen auf eine Lohnherabsetzung die andere. Hiegegen widersetzten sich die Gewerkvereine, bis 1848 ein Unternehmer, namens Thorneycroft, eine Lohnskala einführte. Er bestimmte, daß der Lohn der Puddler stets mit dem Verkaufspreise der Tonne Eisen im Verhältnis von 1 s zu 1 £ auf- und absteigen solle. Mit dem Lohne der Puddler schwankte der Lohn aller übrigen Arbeiterkategorien in gleichem Verhältnis. Dieses System wurde von der Koalition der Hüttenbesitzer in Staffordshire nachgemacht. Sie kamen von Zeit zu Zeit zusammen und setzten den Marktpreis der Tonne Eisen fest. Allein der von ihnen festgesetzte Marktpreis war nach ihrer eigenen Aussage¹⁾ keineswegs der, zu dem sie das Eisen wirklich verkauften; so war es eigentlich nur der Lohn, der auf dieser Zusammenkunft festgesetzt wurde. Die Gewerkvereine wandten sich daher mit der äußersten Erbitterung gegen dieses System, als gegen eine einseitige Festsetzung des Lohnsatzes durch die Arbeitgeber. Außerdem aber ist das System der gleitenden Lohnskala dem Streben der Gewerkvereine nach größtmöglicher Stetigkeit des Lohnes entgegengesetzt; sie erklärten unter Berufung auf die Stetigkeit des Lohnsatzes in allen Hüttenbetrieben außer denen von Staffordshire das Auf- und Abschwanken des Lohns mit dem Schwanken der Warenpreise nicht nur nicht für notwendig, sondern auch für ein Hindernis jeglicher geordneten Lebensweise der Arbeiter; ihr Streben geht nicht nach den jeweilig größtmöglichen Löhnen, sondern nach Aufrechterhaltung und allmählicher Erhöhung der Lebenshaltung²⁾.

Bei den darauf folgenden Arbeitseinstellungen und Aussperrungen hat es sich dann sowohl um den wirklichen Verkaufspreis des Eisens als auch um das der Lage des Arbeitsmarkts entsprechende Verhältnis des Lohns zum Eisenpreise gehandelt.

1) Fifth Report of the Commissioners appointed to inquire into the Organisation and Rules of Trade Unions. 1886 qu. 6569—83.

2) Siehe meine Arbeitergilden der Gegenwart II 217 ff.

Als Ende der sechziger Jahre die Erledigung von Arbeitsstreitigkeiten durch Schieds- und Einigungsverfahren an die Stelle der Ausstände und Aussperrungen zu treten begann, fand dasselbe auch im Hüttengewerbe zunächst von Nordengland, später auch von Staffordshire Eingang. Gegenstand des Einigungsverfahrens wurde nun außer der Festsetzung des Verhältnisses des Lohns zum Verkaufspreise die Feststellung des Verkaufspreises selbst. Das erstere erfolgte in Nordengland, soweit gleitende Skalen festgesetzt wurden, in der Regel auf dem Wege der Negotiation; nur in einem Falle wurde auf Wunsch der Parteien die Feststellung der Basis von einem Unparteiischen übernommen, und in diesem Falle war dieser Unparteiische Dale, also ein Fachmann; auch ist dieses Vorherrschen der Negotiation begreiflich, da ein gewerbefremder Unparteiischer der Aufgabe nicht leicht gewachsen ist und Arbeitgeber, denen die Arbeiter die Rolle des Unparteiischen übertragen würden, so selten wie weiße Raben sind. Die Feststellung der Preise dagegen erfolgte auf Grund von Berichten vereidigter Rechnungsverständiger oder Bücherrevisoren. Meist hat man sich dahin geeinigt, den durch gemeinsam bestellte Rechnungsverständige festgestellten Bericht einfach anzunehmen. Danach regelte sich dann der Lohn während der ganzen Zeit, für welche das Verhältnis des Lohns zu den Preisen vereinbart war, von selbst. Die gemeinsamen ständigen Ausschüsse sorgten für seine Durchführung. Nach Ablauf der Zeit, meist zwei Jahren, fand eine neue Vereinbarung des Verhältnisses des Lohns zum Verkaufspreise statt.

Für die Dauer dieser zwei Jahre war dann der Einfluß jeder Veränderung im Angebot von Arbeit auf den Lohn ausgeschaltet. Einerlei ob ein Überfluß oder ein Mangel an Arbeitern vorhanden war, das Verhältnis des Lohns zum Preise der Ware blieb dasselbe, und nur die Nachfrage nach Arbeit, soweit sie durch den Preis der Ware bestimmt wird, hatte Einfluß auf die Höhe des Lohns¹⁾.

1) Siehe meine Arbeitergilden der Gegenwart II 215, 216.

Diese Lohnskalen haben dann außer in der Eisenindustrie auch in der Kohlenindustrie Anwendung gefunden. Auch in der Baumwollindustrie herrscht eine ähnliche Einrichtung, indem die Löhne sich hier nach der Größe der Differenz zwischen dem Preise der Rohbaumwolle und des Garns richten.

Die Bezahlung der Arbeit nach dem wechselnden Verkaufspreise des Produkts ist indes nur möglich in Produktionszweigen, welche Massenartikel nach feststehenden Typen, fungible oder vertretbare Waren, res, quae pondere, numero, mensura consistunt, herstellen. Es sind dies allerdings die Produktionszweige, auf denen in Großbritannien vorzugsweise der Nationalreichtum beruht, wie Kohle, Eisen, Baumwolle usw. In allen Produktionszweigen dagegen, welche Waren herstellen in Anpassung an das individuelle Bedürfnis, ist die zu ihrer Herstellung erforderliche Arbeit je nach ihrer besonderen Beschaffenheit verschieden, so im Buchdruckgewerbe, der Strumpfwirkerei, der Spitzenfabrikation, der Tischlerei, den Baugewerben und dergleichen. Hier sind Lohnskalen naturgemäß ausgeschlossen. Hier findet die Bezahlung statt nach einem im Schieds- und Einigungsverfahren vereinbarten Tarife, der für jedwede Art der von den Arbeitern vorzunehmenden Verrichtungen einen Stücksatz oder an Stelle davon Zeitlohnsätze festgesetzt. Am 7. August 1896 ist ein Gesetz erlassen worden, um bessere Fürsorge für die Verhütung und Erledigung von Arbeitsstreitigkeiten im Schieds- und Einigungsverfahren zu treffen, der Conciliation Act 1896.

Danach soll jedes Einigungs- und Schiedsamt das Recht haben, vom Handelsministerium die Eintragung in ein Register zu verlangen. Zu dem Zweck hat es diesem seine Statuten zu senden. Wenn eingetragen, hat es dem Ministerium alle Berichte und sonstigen Schriftstücke zu schicken, deren Kenntnis dies vernünftigerweise verlangen kann. Wo eine Streitigkeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitern besteht oder auszubrechen droht, soll das Ministerium die Ursachen feststellen und alle geeigneten Schritte tun, um die Parteien, unter einem sei es selbst gewählten, sei es vom Ministerium ernannten Vorsitzenden, zusammenzubringen; auch kann es auf Wunsch beider Parteien einen Vor-

sitzenden ernennen. Ueber die Erledigung des Streitfalles hat es an das Ministerium zu berichten. Die Geltung des Schiedsgerichtsgesetzes von 1889 (52 & 53 Vict. Ch. 49), das die Parteien zur Unterwerfung unter einen gefällten Schiedsspruch zwingt, ist ausdrücklich ausgeschlossen. Doch sind innerhalb der Jahre 1896 bis 1914 747 Streitfälle auf Grund dieses Gesetzes erledigt worden¹⁾.

Doch das Einigungsgesetz von 1896 ist nur eine der Übergangsmaßregeln zu der Neuordnung des Arbeitsverhältnisses gemäß dem heutigen Recht gewesen, die mit der Doktrin, daß es unmöglich sei, ein Lohnminimum festzusetzen, völlig gebrochen hat. Der Bericht eines Spezialausschusses des Oberhauses von 1888, die Berichte der Königlichen Arbeitskommission von 1892 und 1893, sowie die Untersuchungen von Charles Booth und anderen hatten die entsetzlichen Zustände, die in der Heimarbeit, besonders im Schneidergewerbe im Ostend von London herrschten, der Öffentlichkeit abermals in Erinnerung gebracht. Es wiederholte sich, als sie auf breitester Grundlage aufgedeckt wurden, was sich 1848 abgespielt hatte, als Henry Mayhew zuerst die Zustände im unehrbaren Schneidergewerbe geoffenbart hatte und Kingsley als Parson Lot seine Broschüre „Billige Kleider und eklige“ schrieb²⁾. Aber welche Wandlung seit damals! Kingsley war auf Grund seiner großherzigen Predigt zugunsten der Arbeiter das Predigen untersagt worden. Jetzt sträubte man sich zuerst auch noch, Inspektoren das Betreten von Wohnräumen, in denen der Sweater sein Handwerk betrieb, zu gestatten, und 1900 ist noch der Antrag des Sir Charles Dilke, ein Amt zu schaffen, das ein Lohnminimum festsetzte, gescheitert. Als aber Winston Churchill, damals liberaler Handelsminister, 1909 seinen Gesetzesentwurf zur Einführung von Lohnämtern für die Heimarbeiter einbrachte, begegnete dieser in beiden Häusern nur mehr einem Minimum von Widerspruch; er wurde

1) Report on Conciliation and Arbitration 1920. p. 7.

2) Siehe oben S. 420.

am 1. Januar 1910 Gesetz (Trade Boards Act 1909. 9. Edw. 7. Ch. 22).

Das Vorbild hatte die Entwicklung in Australien gegeben. In Melbourne hatte 1882 die führende Zeitung, *Age*, einen Kreuzzug gegen das bei den weiblichen Heimarbeitern im Kleidermachergewerbe herrschende Elend eröffnet. Zur Sicherung eines genügenden Lohns waren die Heimarbeiter allein nicht imstande; daher waren Lohnämter, bestehend aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter, eingeführt worden, welche durch rechtsverbindliche Entscheidung ein Lohnminimum festsetzten. Diese Einrichtung hat man, nachdem sie in der Regelung der Heimarbeit ihren Anfang genommen, auch auf die Erledigung von Arbeitsstreitigkeiten in anderen Gewerben ausgedehnt. Herbert Gladstone hatte als Innenminister Ernst Aves nach Australien geschickt, um die Erfolge dieser Gesetzgebung zu studieren. Sein Bericht¹⁾ hat der Annahme des Gesetzentwurfs Churchills den Weg gebahnt.

Das Gesetz über Lohnämter von 1909 sollte zunächst nur für vier Gewerbe Geltung haben, für Schneiderei, Anfertigung von Schachteln aus Papier, Karton und Papierschnitzeln, Anfertigung und Ausbesserung mechanisch hergestellter Spitzen und Netze und Herstellung gehämmerter Ketten. Durch den Trade Boards Act 1912 ist die Einrichtung von Lohnämtern auf ein halbes Dutzend weiterer Gewerbe ausgedehnt worden. Aber von weit größerer Bedeutung war es, als durch den 2. Geo. 5. Ch. 2., den Coal Mines (Minimum Wage) Act, 1912 für die in den Kohlengruben Beschäftigten das Prinzip des Lohnminimums durch die Gesetzgebung sanktioniert wurde. Es ist dies die Folge einer nationalen Arbeitseinstellung der Grubenleute gewesen, während deren nahezu eine Million Bergleute feierte und praktisch in jeder Grube die Arbeit während

1) E. Aves, Report on the wages boards and industrial conciliation and arbitration act in Australia and New Zealand. London 1908.

eines Monats ruhte. Sie brach los wegen der Ungerechtigkeit, daß Kohlenhauer an Orten arbeiten mußten, an denen sie aus technischen Gründen ihren Lebensunterhalt nicht zu verdienen vermochten. Das hat zur Forderung des Gewerkvereins der Grubenleute nach einem täglichen Lohnminimum nicht nur für Häuer, sondern für alle Grade von Arbeitern, und, da die Arbeitgeber dies ablehnten, zum Streik geführt. Da keine der Parteien nachgab, hat die Regierung ein Gesetz eingebracht, durch das Großbritannien in 22 Kohlenbergwerkdistrikte eingeteilt worden ist; für jeden Distrikt soll ein aus Arbeitern und Arbeitgebern bestehendes Einigungsamt unter dem Vorsitz eines Unparteiischen einen Minimallohn festsetzen. Die Arbeitgeber leisteten heftigen Widerstand. Auch die Arbeiter waren nicht ganz zufrieden, da sie statt eines für die Distrikte verschiedenen, ein nationales Lohnminimum wünschten. Immerhin hat das Gesetz einen großen Sieg für die Arbeiter bedeutet. Mit ihm war nicht nur das Prinzip der Nichteinmischung des Staats in den Vertrag erwachsener männlicher Arbeiter aufgegeben, es war auch das Grundprinzip der Gewerkvereine anerkannt, daß die Aufrechterhaltung der Lebenshaltung der Arbeiter bei der Lohnregelung und der Festsetzung der Preise maßgebend sein müsse. Schon in meinen Arbeitergilden der Gegenwart II 30 ff. habe ich gegenüber Thornton dargetan, daß die Gewerkvereine keineswegs nach dem in jedem einzelnen Augenblicke größtmöglichen Lohnsatze streben, sondern, sobald der Lohn ihrer Mitglieder deren Lebenshaltung entspricht, vor allem auf die Stetigkeit des Arbeitereinkommens bedacht sind. Das Festhalten der einmal erreichten Lebenshaltung und nur deren allmähliche Hebung entsprechend der allgemein fortschreitenden Kultur zieht sich durch die ganze Geschichte der Gewerkvereine des Ehepaars Webb, ihrer neuesten Geschichtsschreiber, von Anfang bis Ende. Es war 1844, als der Verein der Grubenarbeiter von Northumberland und Durham in einer Adresse an die Grubenbesitzer von Großbritannien und Irland als Programm entwickelte, „daß

jeder Grubenbesitzer mit einer Abschrift derjenigen Löhne versehen wird, die als notwendige und vernünftige angesehen werden und auf Grund welcher Lohnhöhe der Kostenpreis, soweit die Arbeit in Frage kommt, gleichmäßig oder nahezu gleichmäßig auf jeder Grube gebildet wird. Zu dieser gleichmäßigen Höhe des Kostenpreises fügen die Unternehmer das, was sie als gehörigen und vernünftigen Gewinn ihres Kapitals ansehen. Es ist unsere feste und bestimmte Meinung, daß, da wir unsere Person und sie ihr Geld aufs Spiel setzen, um dem Innern der Erde ein Gut zu entnehmen, von dem, wie in Wahrheit gesagt werden kann, die Existenz Großbritanniens als einer Nation abhängt, es nicht zu viel verlangt ist, zu fordern, daß der Preis dieses Artikels ein solcher sei, der sowohl der Arbeit als auch dem Kapital eine genügende Belohnung schafft¹⁾. Die Grubenarbeiter haben an diesem Programme mit der äußersten Zähigkeit festgehalten. Man hatte seine Durchführung für unmöglich erklärt. Durch das Gesetz von 1912 über den Minimallohn ist seine Durchführbarkeit vom Parlamente anerkannt worden.

Im Oktober 1911 hat die Regierung einen besonderen Gewerberat (Industrial Council) dem Handelsministerium beigegeben, bestehend aus dreizehn Arbeitgebern und dreizehn Arbeitern. Die Mitglieder desselben werden durch das Ministerium ernannt. Zum Vorsitzenden wurde Sir George Askwith, der bisherige Vorstand der Abteilung für Arbeit, ernannt. Er sollte als Schiedsrichter in allen Arbeitsstreitigkeiten dienen, in denen die Interessenten selbst nicht zu einer Einigung kamen. Dabei sollte aber sowohl den Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern als auch dem Entschiede des Schiedsrichters keine zwingende Bedeutung zukommen; es sollte nur die Anwendung des Conciliation Act von 1896, der ja keine obligatorischen Entscheidungen kennt, gefördert werden. Die Gewerkvereine haben sich ausdrücklich gegen den obligatorischen Charakter der Entscheidungen der Einigungsämter und Schiedsgerichte erklärt.

1) Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 45. Bd., S. 11.

Da kam der Krieg. Es fehlte sowohl an Rohstoffen, als auch an Arbeit. Der Staat nahm die Leitung der Produktion und Verteilung der Güter an sich und forderte, um seine Aufgabe zu erleichtern, die Industriellen auf, sich zu syndizieren; desgleichen förderte er die Ausdehnung der Gewerkvereine auf alle Arbeiter in den Gewerben, in denen eine große Anzahl ihnen noch nicht angehörte. Die Organisationen beider Parteien wurden nun seine Organe. Bevor die Regierung etwas beschloß, wurden sie von ihr befragt. Den Entscheid, den sie fällte, hatten sie auszuführen.

Der Bedarf, sowohl der an Munition als auch der der heimischen Volkswirtschaft, konnte angesichts der durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht geminderten Arbeiterzahl nur durch gesteigerte Intensität der Arbeit gedeckt werden. Dazu war nötig, daß die Gewerkvereine auf alle Maßnahmen verzichteten, auf denen sie gegenüber ihren Arbeitgebern zum Schutze gegen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen bestanden hatten, mit denen aber gleichzeitig Beschränkungen der hergestellten Produktmenge verbunden waren. Um die Gewerkvereine zum Verzicht auf dieselben zu bewegen, schloß man mit ihnen einen Vertrag, der während der ganzen Kriegsdauer innegehalten werden sollte, das sogenannte *Treasury Agreement*. Jedwede Änderung im Arbeitsprozesse sollte nur unter Zustimmung des einschlägigen Gewerkvereins stattfinden und nur für Kriegsdauer Geltung haben. Die Ersetzung männlicher und qualifizierter Arbeit durch weibliche und nicht qualifizierte sollte in keinem Falle zur Minderung der Löhne führen. Dagegen sollte nie ein Arbeitsstillstand stattfinden. Jeder Streit, der nicht durch die Interessenten selbst beglichen würde, sollte durch das Handelsministerium entschieden werden; dieses sollte sich dabei, sei es durch den Ausschuß für Produktion, sei es durch einen von den Interessenten gebilligten Schiedsrichter, sei es durch ein aus einer gleichen Zahl von Arbeitgebern und Arbeitern bestehendes Schiedsgericht vertreten lassen können.

Diese Einrichtung hatte Erfolg. Es sind während der Jahre 1915—1919 nicht weniger als 9189 Streitigkeiten auf Grund derselben erledigt worden¹⁾. Dieser Erfolg hat zu einer Fülle von Projekten den Anlaß gegeben, nach wiederhergestelltem Weltfrieden auch den gewerblichen Frieden in ähnlicher Weise zu sichern. Es würde zu weit führen, sie alle hier anzuführen²⁾. Die wichtigsten darunter waren die Whitley-Räte (Whitley Councils), so genannt nach dem Vorsitzenden des Unterhauses, wenn dieser als Ausschuß tagt; er hat auch dem Ausschuß präsiert, der den 1917 veröffentlichten Bericht erstattet hat. Dieser betont:

a) die Wichtigkeit einer zweckmäßigen Organisation sowohl von Arbeitgebern als auch Arbeitern; b) die dringende Notwendigkeit, daß die in jeder Art von Beschäftigung tätigen Arbeiter größere Gelegenheit erhielten, an der Diskussion der Regelung derjenigen Teile der Industrie teilzunehmen, die sie am meisten berühren; c) die Unterordnung aller Beschlüsse unter die der Gewerksvereine und der Gesellschaften der Arbeitgeber. Zu den Fragen, die den nationalen, Distrikts- und Betriebsräten unterbreitet werden sollten, gehörten: 1. Die bessere Ausnützung der praktischen Kenntnis und Erfahrung der Arbeiter . . . und die Sicherung eines größeren Anteils derselben an der Verantwortung für Bestimmung und Durchführung der Bedingungen, unter denen ihre Arbeit stattfindet. 2. Die Feststellung der allgemeinen Grundsätze, welche für ihre Beschäftigung maßgebend sind . . . wobei darauf Rücksicht zu nehmen ist, daß die Arbeiter an der zunehmenden Blüte der Industrie Anteil erhalten. 3. Die bei Negotationen über Festsetzung der Löhne, bei Schlichtung von Arbeitsdifferenzen und dafür, daß die Arbeiter die größtmögliche Sicherheit ihres Einkommens und ihrer Beschäftigung erlangen, anzuwendenden Methoden. 4. Technische Bildung, gewerbliche Forschung und Ausnützung von Erfindung und Verbesserung des Produktionsprozesses. 5. Die Vorschläge von die Industrie betreffenden Gesetzen.

1) Report on Conciliation and Arbitration 1920 p. 7.

2) Siehe darüber *Élie Halévy*, *La politique de paix sociale en Angleterre: les „Whitley Councils“*, in der *Revue d'Économie Politique*, 33^e année, No. 4, Juillet-Août 1919. — *Sidney and Beatrice Webb*, *Hist. of Trade Unionism* 1919. 636 ff.

Von diesen Whitley-Räten ist in der Töpferei, dem Hausbau, der Wollindustrie, der Wirkerei, der chemischen Industrie, der Möbelindustrie, der Brotbäckerei, der Zündholzindustrie, der Verfertigung metallischer Bettstellen, den Sägemühlen und im Wagenbau Gebrauch gemacht worden. Die Regierung hat sie gegen heftigen Widerstand der Vorstände nahezu aller ihrer Abteilungen im öffentlichen Dienste eingeführt. In den Hauptgewerben des Landes, der Landwirtschaft, dem Verkehrsgewerbe, dem Bergbau, der Baumwollindustrie, dem Maschinenbau und Schiffbau haben sie keine Anwendung gefunden¹⁾. Diese geben den Lohnämtern den Vorzug.

Als am 21. August 1917 das Gesetz zur Unterstützung des Getreidebaues (Corn Production Act, 1917, 7 & 8 Geo. 5. Ch. 46) erlassen wurde, das Minimalpreise für Weizen und Hafer festsetzte, wurde darin auch angeordnet, daß das Amt für Landwirtschaft und Fischerei nach Beratung mit dem Arbeitsminister ein landwirtschaftliches Lohnamt errichte, das sowohl einen minimalen Zeitlohn wie auch minimale Stücklöhne der landwirtschaftlichen Arbeiter festzusetzen befugt sei.

Dieses Lohnamt soll die Löhne der körperlich tüchtigen (able bodied) Arbeiter so festsetzen, daß sie nach seinem Dafürhalten deren Leistungsfähigkeit erhöhen und sie instand setzen, sich und ihre Familien entsprechend der Lebenshaltung, die mit Rücksicht auf ihre Beschäftigung als angemessen erscheint, zu erhalten. Der Taglohn soll mindestens einem Wochenlohn von 25 Shilling entsprechen; wo aber auf Grund besonderer Vereinbarung oder herkömmlich der Lohn mehr beträgt, soll diese Bestimmung dem höheren Lohne keinen Eintrag tun. Als körperlich tüchtiger Arbeiter soll jeder gelten, der nicht wegen seines Alters, geistiger oder anderer Unfähigkeit oder infolge eines körperlichen Leidens außerstand ist, die Arbeit eines leistungsfähigen Arbeiters zu verrichten.

Ein Jahr darauf ist ein neues Gesetz über Lohnämter, der Trade Boards Act 1918, erlassen worden, das an dem Gesetz über Lohnämter von 1909 Änderungen vornimmt.

1) S. a. B. Webb, Hist. of Trade Unionism, 1920, 647 Note 1.

Durch dasselbe wird der Arbeitsminister ermächtigt, eine Verordnung zu erlassen, welche für alle Gewerbe, in denen nach seiner Meinung keine ausreichende Einrichtung für wirk-same Festsetzung der Löhne besteht, die Errichtung von Lohn-ämtern gemäß dem Gesetz von 1909 bestimmt. Jede solche Verordnung soll ohne Bestätigung durch das Parlament Geltung haben; doch soll eine jede dem Parlamente vorgelegt werden und kann von diesem innerhalb der folgenden vierzig Tage außer Kraft gesetzt werden. Ein solches Lohnamt soll Zeitlöhne, Stücklöhne und auch die Dauer der Arbeitszeit festsetzen können. Dazu kommt noch eine Fülle von Einzelbestimmungen. Hier kam es nur darauf an, die weittragende Neuerung festzustellen, die dem Arbeitsminister gestattet, für jedes Gewerbe, für welches er dies für nötig erachtet, Lohnämter ins Leben zu rufen. Dabei ist nicht erforderlich, daß die Löhne ungewöhnlich niedrig seien; das Gesetz spricht nur von Löhnen, die „ungehörig“ statt „außerordentlich“ niedrig seien, und die Entscheidung, ob sie unter dem stehen, was dem Arbeiter gebührt, steht beim Arbeitsminister.

Das Gesetz hat sofort große Anwendung gefunden. Gleich im ersten Jahre sind dreizehn Lohnämter errichtet worden, im folgenden Jahre schritt deren Errichtung fort; heute dürften die Löhne von 2 Millionen Arbeiter beiderlei Geschlechts durch Lohnämter festgesetzt werden.

Wenige Monate nach dem Gesetz von 1918 über Lohn-ämter, am 21. November 1918 ist ein Gesetz erlassen worden, das für die Dauer der darauffolgenden 6 Monate die Festsetzung von Minimallöhnen vorschreibt (8 & 9 Geo. 5. Ch. 61. Wages (Temporary Regulation) Act, 1918).

Jede Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter, wo-durch die Geltung dieses Gesetzes ausgeschaltet werden soll, wird für nichtig erklärt. Die Löhne sollen durch Interims-Schieds-gerichtshöfe, bestehend aus Vertretern der Arbeitgeber und Ar-beiter und unabhängigen Personen, festgesetzt werden. Gleich-zeitig werden durch das Gesetz gewisse Bestimmungen der während des Weltkriegs erlassenen Munitionsgesetze, insbesondere der erste Teil des Gesetzes von 1915 (5 & 6 Geo. 5. Ch. 54), die sich auf die Erledigung von Arbeitsstreitigkeiten beziehen und Arbeitseinstellungen und Aussperrungen verbieten, abgeschafft.

Das war eine Übergangsmaßregel zur Herstellung ge-ordneter Friedenszustände. Aber die Ordnung, die her-

gestellt wurde, war weit verschieden von der vor dem Kriege. Das folgende Jahr hat das Gewerbegerichtsgesetz von 1919 (Industrial Courts Act 1919. 8 & 9 Geo. 5. Ch. 69) gebracht.

Durch dasselbe ist ein ständiger Gerichtshof zur Entscheidung von Arbeitsstreitigkeiten errichtet worden. Seine Mitglieder werden vom Arbeitsminister ernannt; einige von ihnen sollen unabhängige Personen sein, einige Vertreter der Arbeitgeber, einige der Arbeiter und außerdem eine oder mehrere Frauen. Die Dauer der Mitgliedschaft wird vom Arbeitsminister bestimmt. Der Vorsitzende des Gerichtshofs setzt den Gerichtshof für jeden einzelnen Fall aus dessen Mitgliedern zusammen. Er sowohl als auch der Vorsitzende des Gerichts im einzelnen Fall soll der Zahl der unabhängigen Mitglieder des Gerichtshofs entnommen werden.

Wenn eine Arbeitsstreitigkeit ausgebrochen ist oder ausbrechen droht, soll der Minister nach seinem Ermessen und wenn beide Parteien zustimmen, den Streit entweder diesem Gerichtshof oder seine Erledigung dem Schiedsspruch einer oder mehrerer von ihm ernannter Personen oder einem aus einem aus einer gleichen Zahl von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter unter Vorsitz einer unabhängigen Person bestehenden Schiedsamt unterbreiten. Der Arbeitsminister soll eine Liste von Männern und Frauen aufstellen, die ihm geeignet scheinen, als Vorsitzende in solchem Schiedsamt zu dienen.

Der Arbeitsminister kann dem Gewerbegericht alle aus einem Arbeitsstreit oder Arbeitsstreitigkeiten im allgemeinen erwachsenden Fragen zur Begutachtung überweisen.

Wo in einem Gewerbe bereits Einigungsämter und Schiedsgerichte auf Grund von Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern bestehen, soll der Minister, außer mit Zustimmung beider streitenden Parteien und nur, wenn das bestehende Schieds- und Einigungsamt außerstand war, den Fall zu erledigen, die Sache nicht vor den Gewerbegerichtshof bringen.

Die Geschäftsordnung des Gewerbegerichtshofs soll durch den Minister oder auf dessen Anweisung durch diesen festgestellt werden.

Ich übergehe die weiteren Einzelbestimmungen und erwähne nur noch, daß der Minister auch eine Behörde zur Untersuchung der Ursachen und Umstände von Arbeitsstreitigkeiten schaffen kann, wo solche ausgebrochen sind oder auszubrechen drohen. Diese Behörde soll, wenn sie es für zweckmäßig hält, Interimsberichte erstatten; diese sollen, Mehrheits- wie Minder-

heitsberichte, beiden Häusern des Parlaments vorgelegt werden; der Minister darf diese Berichte veröffentlichen, vorausgesetzt daß in denselben nichts, was nur durch die Untersuchung festgestellt worden ist, veröffentlicht wird außer mit Zustimmung des Sekretärs des Gewerkvereins der beteiligten Arbeiter oder der dabei in Frage kommenden Firma.

Ich übergehe ferner die Bestimmungen, die nur vorübergehende Bedeutung hatten, und die über verhältnismäßig unerhebliche Einzelheiten, und erwähne nur noch, daß sich die Parteien vor beiden Höfen durch einen Anwalt vertreten lassen können, daß das Gesetz für Personen im Dienst der Armee, der Flotte und staatlichen Luftschiffahrt keine Gültigkeit hat, und daß der Arbeitsminister, wenn es sich um Streitigkeiten mit landwirtschaftlichen Arbeitern handelt, in Verbindung mit dem Amt für Landwirtschaft und Fischerei (jetzt Landwirtschaftsministerium) vorgehen soll.

Ich habe, indem ich auf die Whitley-Räte und ihre Anwendung, sowie auf das Gesetz von 1919 eingegangen bin, schon Dinge berührt, die erst nach dem Frieden von Versailles stattgefunden haben, während ich über alle übrigen nach diesem Frieden eingetretenen Ereignisse erst am Schlusse dieses Werkes im Ganzen zu sprechen beabsichtige. Ich habe dies getan, um die Darstellung einer Entwicklung, die mit den Whitley Councils und dem Gesetze von 1919 zu einem einstweiligen Abschluß gekommen ist, nicht zu unterbrechen. Werfen wir einen Blick auf diese Entwicklung zurück.

Seit die Lohnarbeit aufkam, hatte die Lohnregelung durch Behörden bestanden. Sie hat, auch wenn die Absicht des Gesetzgebers gut war, nicht immer das Interesse der Arbeiter wahrgenommen. Trotzdem haben die Arbeiter, als die wirtschaftliche Revolution sie zu Empfängern von Armenunterstützung machte, nach einer Festsetzung von Löhnen, die ihnen ihre Lebenshaltung sichere, durch die Behörden verlangt. Aber man erklärte ihnen, eine solche würde wirtschaftlichen Naturgesetzen widersprechen, und unterstützt von dieser Doktrin haben die Arbeitgeber jedes derartige Verlangen vereitelt. Ich habe den hundertjährigen zähen Kampf, in dem die Arbeiter ihr Verlangen Schritt für

Schritt durchgesetzt haben, vorgeführt, und wie der Weltkrieg, d. h. die dringende Not der Nation, ihren Sieg gefördert hat. Es ist eine Entwicklung von prinzipieller Bedeutung, die an uns vorübergezogen ist. Wenn Adam Müller heute wiederkäme, könnte er sagen, die Enkel seien über den Fürwitz der Väter zur Weisheit der Großväter zurückgekehrt. Freilich würde der konservative Romantiker mit dem demokratischen Aufbau der heutigen behördlichen Lohnregelung kaum einverstanden sein.

59. Kapitel.

Finanzen, Parlament und Verwaltung nach dem Sturze Sir Robert Peels.

In den ersten fünfzig Jahren des 19. Jahrhunderts sind in England zwei große Kämpfe zum Austrag gekommen, der des Individualismus gegen die die Freiheit des Einzelnen einschränkenden überkommenen Privilegien, und der um Neuorganisation zum Schutz der Schwachen gegen die Übermacht der Starken. Wegen der prinzipiellen Bedeutung dieser Kämpfe mußte diese Zeit ausführlicher behandelt werden. Um so kürzer werde ich mich bei der Durchführung der beiden Prinzipien im einzelnen fassen können.

Ich beginne mit der Darlegung der staatlichen Änderungen, wie sie durch die wirtschaftliche Entwicklung hervorgerufen worden sind und das Wirtschaftsleben ihrerseits beeinflußt haben¹⁾.

Ich habe erzählt, wie der jüngere Pitt als gelehriger Schüler A. Smiths, als er 1783 sein Amt antrat, darauf aus war, die unter seinen Vorgängern verwilderten Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen; er suchte vor allem die durch die vorausgegangenen Kriege angewachsene Staatsschuld zu mindern. Er hat tapfer Steuern eingeführt und wurde dabei von Smiths Lehre geleitet, daß mäßige

1) Ich folge bei meiner Darlegung der finanziellen Entwicklung den schon angeführten Werken von Dowell und Sidney Buxton soweit sie reichen, für die spätere Zeit den gleichzeitigen Zeitungsberichten.

Steuer- und Zollsätze, indem sie zu größerem Verbrauch als hohe führen und Schmuggel und Defraudation mindern, höhere Einnahmen als übermäßige bringen. Auch war er auf Minderung der Steuerlast der Ärmern bedacht. Als dann der Ausbruch des Kriegs wieder zu einer wilden Besteuerung und zu neuem Schuldenmachen in nie dagewesenem Maße nötigte, hat doch trotz des riesenhaften Anschwellens der Staatsschuld der Betrag des Staatsbedarfs, der durch Steuern gedeckt wurde, den der aufgenommenen Anleihen weit übertroffen¹⁾.

Wir haben gesehen, wie die Schüler Pitts nach wiederhergestelltem Frieden Schritt für Schritt zu Smiths Lehren zurückgekehrt sind; ich habe von der Beseitigung aller Ausfuhrzölle durch Peel im Jahre 1842 gesprochen, von seiner bedeutenden Herabsetzung des Einfuhrzolls für 750 von 1200 Artikeln, darunter namentlich für Korn, und von seiner Wiedereinführung der Pittschen Einkommensteuer, bis die Zolleinnahmen infolge der Ermäßigung der Zollsätze wieder gestiegen seien. Mit Rücksicht auf die außerordentliche Erleichterung, welche der Peelsche Finanzplan dem handel- und gewerbetreibenden Bürgertum brachte, hat dieses sich auch die immer nur für bemessene Perioden auftretende Einkommensteuer gefallen lassen. Es war dieses aber nur die erste einer Serie von Finanzreformen, als deren charakteristisches Merkmal die geringst mögliche Beeinträchtigung der Industrie bei geringst möglicher Belästigung der Steuerzahler zu bezeichnen ist. Ich habe auch schon von dem Peelschen Bankgesetze von 1844 und von Peels letztem parlamentarischen Triumphe, der Beseitigung der Kornzölle im Jahre 1846, und seinem darauf folgenden Sturze gesprochen.

Nach dem Sturze Peels waren die Whigs ans Ruder gekommen, und Lord John Russell war Premierminister von 1846 bis 1851. Sie hatten mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Drei Jahre schlechter Ernten und die Fortdauer der Kartoffelnot in Irland haben die Be-

1) Siehe oben S. 85.

seitigung der Kornzölle nur zu sehr gerechtfertigt. Eine geradezu phantastische Steigerung der Korn- und Mehleinfuhr¹⁾ nötigte den Schatzkanzler zur Aufnahme einer Anleihe von 8 Millionen £, um der Hungersnot zu begegnen. Die irische Bevölkerung wanderte in Massen aus; sie ist zwischen 1845 und 1851 von 8 300 000 auf 6 600 000 Einwohner zurückgegangen. Dazu kam eine große Krise infolge maßloser Spekulation im Bau von Eisenbahnen. Die Bankakte von 1844 mußte 1847 vorübergehend aufgehoben werden, nicht weil die Einlösung ihrer Noten, zu deren Sicherung sie erlassen war, gefährdet gewesen wäre, sondern weil die Begrenzung ihrer metallisch ungedeckten Noten auf einen bestimmten Betrag die Geschäftswelt befürchten ließ, daß ihre Wechsel von der Bank nicht mehr diskontiert werden könnten. Es genügte die Aufhebung, ohne daß eine Mehrausgabe stattfand, um die Geschäftswelt zu beruhigen.

In den folgenden Jahren hatte die Finanzlage sich wieder so weit gebessert, daß an die Beseitigung weiterer lästiger Steuern gedacht werden konnte. 1850 erfolgte die der Steuer auf Backsteine, die Minderung einer Anzahl Stempelsteuern und 1851 die Ersetzung der schädlichen Fenstersteuer durch eine Steuer auf bewohnte Häuser. Dasselbe Jahr sah die Eröffnung der ersten Weltausstellung und auf ihr eine Offenbarung der wirtschaftlichen Fortschritte, die England gemacht hatte, die die Welt in Staunen setzte.

Aber in demselben Jahr gab auch das eigenmächtige Vorgehen Lord Palmerstons den Anlaß zu dem 1852 erfolgenden Sturz des Whigministeriums. Er war, nachdem Peel 1850 infolge eines Sturzes vom Pferde gestorben war, die hervorragendste Persönlichkeit im Unterhause. In ihm lebte noch die gewalttätige Politik des

1) Sie betrug in Zentnern

	1845	1846	1847
Weizen	3 777 410	5 207 894	11 511 305
Mehl	945 864	3 190 429	6 329 058
Mais	241 667	3 024 883	15 46 194

18. Jahrhunderts. Im Widerspruch mit dem Geiste des Kabinetts, des Parlamentes und des Landes hatte er als Außenminister den Staatsstreich Louis Napoleons begrüßt. Darauf wurde er von Lord Russell entlassen. Aber Russells Regierung wurde dadurch geschwächt, und wenige Monate darauf, im Februar 1852, nahm Palmerston Rache, indem er zu den Anhängern Peels überging und Russell zum Rücktritt zwang.

Nun kam das erste Kabinett Lord Derbys mit Disraeli als Schatzkanzler. Wäre die Abschaffung der Getreidezölle und nicht die Zurücksetzung, die er von Peel erfahren hatte, das Motiv gewesen, warum Disraeli Peel gestürzt hatte, so wäre jetzt die Gelegenheit gewesen, ihre Wiedereinführung zu beantragen. Doch seine Politik war eine ganz andere. Schon als er noch Radikaler war, hatte er im Gegensatz zu den Liberalen Verständnis für die Forderungen der Arbeiter gezeigt. Die Stärke der Liberalen lag in der Beseitigung der Schranken, die die freie Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte hemmten; die Masse der Arbeiter dagegen litt unter dieser und verlangte nach Neuorganisation zu ihrem Schutz. Eben dies bildete eine der Brücken, die Disraeli von den Radikalen zu den Konservativen geführt hat. Der Organisationsgedanke liegt von je den Konservativen nahe, und unter der Führung Lord Shaftesburys hatten sie in der Förderung der Bergwerks- und der Zehnstundengesetzgebung ihr Verständnis für positive Neuorganisation betätigt. Das ist für ihre Politik im Gegensatz zum Laissez faire der Liberalen während der ganzen Folgezeit charakteristisch geblieben. Sie hat Disraeli ermöglicht, nachdem er nach dem Sturze Peels zum Führer der Konservativen geworden war, eine Reihe radikaler Maßnahmen im Interesse der Arbeiter durchzusetzen; dagegen war er viel zu klug, um nicht zu erkennen, daß angesichts der Verlegung des Schwerpunkts des englischen Wirtschaftslebens in die Industrie, welche die Entwicklung gebracht hatte, an eine Wiedereinführung von Getreidezöllen nicht zu denken war. Daher er in dem Budget, das er am 3. Dezember 1852 im Unterhause

einbrachte, nur die Minderung der Malzsteuer, über die die Landwirte besonders klagten, und die der Steuer auf Hopfen, daneben im Interesse der Verbraucher die allmähliche Herabsetzung des Teezolls beantragte. Dagegen sollte eine Ausdehnung der Haussteuer auf Häuser, die nur 10 £ Miete brachten, und eine Erneuerung der Einkommensteuer stattfinden. Er hat damit die vernichtende Rede Gladstones, der für Disraelis Vorgehen gegen seinen Lehrer und Freund Peel Rache nahm, hervorgerufen. Das Ministerium Derby trat am 15. Dezember 1852 zurück. Es folgte das Ministerium Aberdeen, bestehend aus Anhängern Peels und aus Whigs; Gladstone wurde Schatzkanzler.

Die fünfstündige Rede, mit der Gladstone am 18. April 1853 sein Budget im Parlament einbrachte, hat ihn sofort in die erste Reihe der großen Finanzminister und Redner gestellt. Sie hatte ihresgleichen nur in den Budgetreden Pitts und Peels. Sie verband eine Beherrschung aller Einzelheiten mit der Gabe, sie statt ermüdend in fesselnder Rede vorzutragen, die das Lesen der Budgetreden Gladstones zu einem Genuß aller Zeitungsleser machte. Die wichtigsten Neuerungen des Budgets waren die Beseitigung der Steuer auf Seife, die schon A. Smith gefordert hatte, die Herabsetzung von Zöllen und Akzisen, die Heranziehung von Grundbesitz und gebundenem Eigentum zur Erbschaftssteuer und der Plan einer allmählichen Wiederbeseitigung der Einkommensteuer, die Gladstone bis zum Ende seiner politischen Tätigkeit beschäftigt hat.

Aber die Durchführung des Plans hat der Ausbruch des Krimkrieges gehindert. Er hat die Ausgaben um 10 Millionen £ gesteigert. Gladstone verdoppelte die Einkommensteuer — sie betrug 1 s 2 d vom Pfund bis Ende des Krieges — und erhöhte die Malzsteuer, die Branntweinsteuer für Schottland und Irland und änderte den Zuckerzoll. Doch 1855 war Gladstone nicht mehr Schatzkanzler. Palmerston war, um den Krimkrieg zu Ende zu führen, an Stelle von Aberdeen Premierminister geworden.

Der Lord „Feuerbrand“ aber, wie er im Ausland und Inland genannt wurde, war wie alle kriegslustigen Minister, nicht dafür, daß das Volk durch die Höhe der Steuern, die es zu zahlen hatte, kriegsunmutig werde. Das mußte ihn in einen Gegensatz zu Gladstone bringen, der im Interesse der Minderung der Staatsschuld dafür war, daß auch die Kriegsausgaben jedes Jahr durch Steuern gedeckt würden. Palmerstons Schatzkanzler Sir George Lewis deckte das Defizit durch Aufnahme einer Anleihe und Ausgabe von Schatzscheinen und eine nur mäßige Steuererhöhung und gewann die Zeitungen durch Beseitigung der Zeitungssteuer. Als 1856 der Friede von Paris den Krieg beendete, hatte dieser 70 Millionen gekostet, wovon 34 zur Mehrung der Schuld dienten.

1857 ist das englische Wirtschaftsleben in Mitleidschaft mit amerikanischen Bankerotten geraten, was zu einer zweiten Suspension der Peelschen Bankakte nötigte. Diesmal wurden, um der Panik Herr zu werden, mehr metallisch ungedeckte Noten ausgegeben, als die Bankakte gestattete.

Nachdem Palmerston nach dem Attentate Orsinis auf Napoleon III. wegen seiner das Selbstgefühl der Engländer verletzende Haltung gestürzt war, kamen die Konservativen unter Lord Derby abermals an die Regierung. Auch diesmal mußte Disraeli als Schatzkanzler sein Budget in einem Unterhause einbringen, in dem die Konservativen in der Minderheit waren. Er hatte einem Defizit von $4\frac{1}{2}$ Millionen £ zu begegnen. Er suspendierte die Schuldentilgung, schlug vor, die Einkommensteuer im Betrag von 5 d auf 1 £ zu erheben, und stellte, wie schon Gladstone in seinem Budget von 1853, die allmähliche Beseitigung der Einkommensteuer in Aussicht. Aber im März 1859 wurde das Ministerium wegen seiner ungenügenden Vorlage über Parlamentsreform geschlagen, und Palmerston wurde abermals Premierminister.

Er hat sich den von ihm gehaßten Gladstone abermals als Schatzkanzler gefallen lassen müssen. Dieser hat das Defizit von 5 Millionen £, das er vorfand, in der

Hauptsache durch Erhöhung der Einkommensteuer gedeckt. Infolge von Minderungen in den Ausgaben ist das Finanzjahr 1859 sehr befriedigend verlaufen; um so unbefriedigender waren die Aussichten für 1860 infolge einer voraussichtlichen großen Steigerung der Ausgaben für Heer und Flotte, während die Einkommensteuer, wie 1853 in Aussicht gestellt war, wegfallen sollte. Dazu kam, daß wie in dem 1860 mit Frankreich abgeschlossenen Handelsvertrage ausbedungen worden war, die Zölle auf eine große Zahl französischer Waren teils beseitigt, teils herabgemindert werden sollten. Das Zusammentreffen dieser Umstände gab Gladstones unvergleichlichem Finanzgenie Gelegenheit, sich mit bleibendem Ruhm zu betätigen.

Im Hinblick auf die Notwendigkeit, daß das Parlament den Handelsvertrag mit Frankreich rasch ratifiziere, mußte das Budget zwei Monate vor Ablauf des Finanzjahres vorgelegt werden. In seiner Budgetrede erklärte Gladstone, nachdem er einen Überblick über die seit 1842 stattgehabten handelspolitischen Reformen gegeben, in Frage sei, ob die Staatsbedürfnisse zu groß und die Mittel, sie zu befriedigen, zu klein seien, um weitere handelspolitische Reformen in Angriff zu nehmen; die Antwort der Regierung sei, es bestehe ein enger Zusammenhang zwischen handelspolitischen Reformen, soweit sie Handel und Industrie beträfen, und der Fähigkeit, hohe Steuern zu zahlen; denn fiskalische Reformen führten, indem sie die Blüte von Gewerbe und Handel förderten, zu vermehrtem Gebrauch und zur Steigerung der Staatseinnahmen. Ich habe im 46. Kapitel bereits erzählt, daß 1860 mit dem Schutzzollsystem radikal gebrochen und das Prinzip durchgeführt worden ist, daß nur mehr Finanzzölle erhoben werden sollten, sowie daß mit allen Differenzialzöllen aufgeräumt wurde. Auch Finanzzölle sollten nur mehr für wenige Artikel großen allgemeinen Verbrauchs erhoben, die Zölle auf Einfuhr aller anderen Waren beseitigt werden. Auch habe ich dort schon aus Gladstones Budgetrede von 1863 die Stelle angeführt, in

der er von dem beinahe berauschenden Wachstum spricht, das in den 12 Jahren seit Abschaffung der Kornzölle stattgefunden habe, und die Belege dafür angeführt, daß diese Zunahme nach 1860 in steigendem Maße fortgedauert hat.

Mit einem Vorschlage in seinem 1860 eingebrachten Budget ist Gladstone indes nicht sofort durchgedrungen. Er hatte die Beseitigung auch des Papierzolls beantragt. Angesichts einer sehr geschickten Agitation der Papierfabrikanten, die als Ausgleich für den in anderen Ländern erhobenen Ausfuhrzoll auf Lumpen, woraus das beste Papier gemacht werde, auf Fortdauer des Einfuhrzolles auf Papier bestanden, war die Mehrheit für seine Beseitigung in jeder Lesung gesunken, und vermöge einer Intrigue Palmerstons gegen seinen eigenen Schatzkanzler wurde der Vorschlag auf Grund des Antrags eines von Palmerston ernannten Peers im Oberhause abgelehnt. Das hat aber nur eine dauernde Minderung des Einflusses des Oberhauses zur Folge gehabt. Gladstone hat 1861 die Beseitigung des Papierzolls zu einem Bestandteil seines Budgets gemacht; das Oberhaus durfte das Budget nur als Ganzes annehmen oder ablehnen; so ist die Beseitigung auch des Papierzolls Gesetz geworden. Das Vorgehen Gladstones ist von seinen Nachfolgern in ähnlichen Fällen nachgeahmt worden.

1865 hat eine Neuwahl des Parlaments stattgefunden, die den Liberalen abermals eine Mehrheit gab. Aber Palmerston sollte sich ihrer nicht mehr erfreuen; er starb, bevor das Parlament zusammentrat, in seinem 81. Jahre, und der ins Oberhaus versetzte Lord John Russell wurde Premierminister. Palmerston ist in allem der Gegensatz zu Gladstone und John Bright gewesen, die er entsprechend haßte. Wie Disraeli treffend bemerkt hat, ist er schon 1857 der Torychef eines radikalen Kabinetts gewesen; er war es noch mehr von 1859—65. Er war der vollendete Weltmann, bis in sein Alter von bezaubernder Frische und schlagendem Witz, nicht frei von Frivolität; jene waren Politiker, die nicht nur durch ihre Beredsamkeit hinrissen, sondern auch durch ihre Wahrhaftigkeit und den Ernst,

mit dem sie alle Konsequenzen aus ihren obersten Grundsätzen zogen, überzeugten. Palmerston, der die kommende Herrschaft Gladstones voraussah, hat ihn eben deshalb gefürchtet¹⁾; Gladstone und Bright waren die einzigen Personen, über die er in starken Ausdrücken sprach²⁾. Wie schon bemerkt, war in ihm der Geist des Merkantilsystems noch nicht erloschen. Er hat bis zu seinem Ende mehr an die Sicherung des Wohlstands Englands durch Bajanette als durch Freihandel geglaubt; noch während Cobden schon wegen des Handelsvertrags mit Frankreich unterhandelte, haben Palmerstons kriegerische Äußerungen die Schwierigkeiten der Verhandlung gesteigert³⁾. Desgleichen war er ein Feind jeder weiteren Parlamentsreform. Sein Ideal war das Unterhaus als die Vertretung von Großgrundbesitzern. Erst mit seinem Tode wurde die Bahn für die weitere freiheitliche Entwicklung frei.

Ich habe in den vorstehenden Kapiteln schon mehrmals die zweite Parlamentsreform von 1867 erwähnen müssen, um zu erklären, wie es möglich gewesen ist, gewisse Gesetze durchzusetzen, die im Interesse der Klassen gelegen waren, die die Reform von 1832 noch nicht zum Stimmrecht zugelassen hatte. Das Fehlschlagen des Zugs der Chartisten zum Parlament habe ich erzählt. Das Vorgehen O'Connors hat ihn auch bei den Radikalen, die für allgemeines Stimmrecht waren, so diskreditiert, daß 1849 nur mehr 15 Stimmen im Parlament für die Charte zu finden waren. Aber die Abschaffung der Kornzölle, der Erlaß des Zehnstundengesetzes und die sachliche Politik der führenden Gewerkvereine während der fünfziger Jahre haben eine Wiederannäherung der „beiden Nationen“ aneinander gebracht. Es war denen, die die Mißstände, unter denen die Arbeiter litten, kannten, klar, daß diese sich bei dem Fiasko, das die Chartisten erlitten hatten, nicht beruhigen würden. Wir finden in den fünfziger

1) Buxton II 2, Anmerkung.

2) Ebenda II 4, Anmerkung.

3) Buxton I 223.

Jahren eine Wiederbelebung der Interessen für Parlamentsreform. Der linke Flügel der Liberalen, mit Einschluß Lord John Russells, der durch die Finalitätserklärung so viel zur Entstehung der Chartistenbewegung beigetragen hatte, nahm die meisten Forderungen der Chartisten auf. In John Bright erstand der Bewegung ein Führer, der wie keiner geeignet war, die Mittelklassen und die Arbeiter wieder zu vereinen. Die erste Forderung der Chartisten, die erfüllt wurde, war die Beseitigung des Erfordernisses eines Vermögensnachweises für das passive Wahlrecht. Aber das war nicht ausreichend, solange die Arbeiter vom aktiven Wahlrecht ausgeschlossen blieben; und dieser Ausschluß war schon angesichts der Bedeutung unmöglich, welche die unteren Klassen für den Staatshaushalt erlangt hatten. Seit Eduard I. ist es die Anschauung der Engländer gewesen, „daß, was alle gleichmäßig berührt, auch von allen gebilligt werden sollte“¹⁾. Aber während zu Anfang des 18. Jahrhunderts der Ertrag der direkten Steuern den der indirekten noch überstieg, deckten die Steuern aus Einkommen aus Vermögen 1840, 1850, 1860 nur mehr ein Fünftel²⁾, 1880/1 und 1884/5 nur ein Viertel³⁾ des Staatsbedarfs. Der weitaus größte Teil der Staatseinnahmen wurde aus dem Arbeitseinkommen der Bevölkerung bestritten. Es würde zu weit führen, von den fünf Vorschlägen zur Parlamentsreform zu sprechen, die zwischen 1832 und 1867 bald von einer liberalen, bald von einer konservativen Regierung im Parlamente eingebracht worden sind; sie sind alle sei es an ihrer Mäthzigkeit, sei es an der Angst der Regierenden gescheitert. Anders als mit dem Tode Palmerstons der Hauptgegner einer Reform verschwunden war. Der von der Regierung Lord Russells eingebrachte Reformvorschlag war allerdings ein armseliges Werk, das bei der zweiten Lesung eben deshalb nur 5 Stimmen Mehrheit erhielt, worauf

1) Siehe Band I 201.

2) Sir Stafford H. Northcote, Bart., *Twenty years of financial policy*. London 1862, 396/7.

3) Dowell II 426.

Russell zurücktrat. Nun wurde Lord Derby zum dritten Male Premierminister und Disraeli abermals Schatzkanzler.

Darauf hat John Bright im Lande eine Agitation entfaltet, wie sie nur zur Zeit, da die Abschaffung der Kornzölle in Frage stand, ihres gleichen gehabt hat. Massenversammlungen in allen Teilen des Landes wurden durch Brights geradezu klassische Reden hingerissen; Tags darauf standen sie in allen Zeitungen und wurden von der nur ungenügend vertretenen Mittelklasse und der gar nicht vertretenen Arbeiterklasse mit Begeisterung, von Whigs und Tories mit Entsetzen gelesen. Den Ausschlag aber gaben die Vorkommnisse im Lodoner Hyde-Park. Die Reformliga wollte eine Massenversammlung in ihm halten. Darob geriet die Regierung in Angst und ließ die Tore des Parks schließen. Doch die Liga bestand auf ihrem Rechte, und ein endloser Zug bewegte sich nach dem Park. Hier wurde ihm von der Polizei der Zutritt verweigert. Doch die Menge ließ sich nicht halten; unter ihrem Drucke gerieten die weit über Manneshöhe ragenden, dicken Eisenstangen ins Wanken, und triumphierend flutete das Volk über die umgestürzten in den Park. Mit dem Hyde-Park-Gitter fiel auch der Widerstand gegen die Demokratie.

Die Regierung Lord Derbys verfügte im Unterhaus nicht über die Mehrheit und konnte auch nicht wagen, Neuwahlen auszuschreiben. Disraeli brachte einen Gesetzentwurf ein, der zeigte, daß ihm das Verständnis für die Bestrebungen der arbeitenden Klassen, das ihn in seiner Jugend zum Radikalen und seine Romane so interessant gemacht hatte, nicht abhanden gekommen war. Aber er enthielt zur Beruhigung seiner Parteifreunde eine Menge von „Sicherheitsklauseln“; diese wurden durch sehr geschickte Verbesserungsanträge Gladstones und Brights unter dem Druck der liberalen Mehrheit, vielleicht nicht ganz gegen Disraelis Willen, beseitigt; das von Bright für die Städte verlangte Haushälterstimmrecht wurde Gesetz; die ländlichen Arbeiter blieben noch ohne Stimmrecht.

Es war ein Glück für den Gesetzentwurf, daß er von einem konservativen Ministerium eingebracht worden war; damit war bei der guten Disziplin der Konservativen seine Annahme im Oberhause, die ein liberales Ministerium nie erreicht hätte, gesichert. Doch hat das Gesetz dem Ministerium Opfer gekostet. Lord Cranborne, der frühere Lord Robert Cecil und spätere Marquis von Salisbury, sprach von Verrat, und Lord Carnarvon und General Peel traten mit ihm aus dem Ministerium aus, da ihnen das Gesetz zu demokratisch schien. Der Premierminister Lord Derby selbst nannte es einen Sprung ins Dunkle; Carlyle redete von einem den Niagara-Hinunterschießen; Disraeli spielte, indem er es durchsetzte, die Rolle, die einst Sir Robert Peel gespielt hatte, als er die Kornzölle abschaffte, nur daß den Konservativen der Mann fehlte, der die Rebellion gegen seine Erziehung seiner Partei geführt hätte, wie er die gegen Peels Erziehung der Konservativen geführt hatte.

Es haben nach 1867 noch weitere Änderungen im Wahlrecht stattgefunden. 1870 ist die geheime Abstimmung an die Stelle der öffentlichen getreten. 1872/3 haben die ländlichen Arbeiter sich zu organisieren begonnen, und 1884 haben sie das gleiche Wahlrecht wie die städtischen Arbeiter erlangt. 1911 ist die Bezahlung von Diäten (£ 400 im Jahre) an die Parlamentsmitglieder eingeführt worden. Die Rückwirkung der Demokratisierung Englands, welche diese Änderungen im Wahlrecht gebracht hat, auf die Bedeutung des Oberhauses sollte sich alsbald zeigen. Schon seit 1678 hatte dieses allerdings keinen Einfluß mehr auf die Einzelheiten des Budgets; ich habe schon bemerkt, daß es dieses, so wie es aus den Beratungen des Unterhauses hervorgegangen war, nur als Ganzes annehmen oder ablehnen konnte. Aber wir haben gesehen, wie es nach der Revolution von 1689 bis 1832 das Unterhaus und damit die Gesetzgebung beherrscht hat, und auch nach 1832 hat es noch die Macht besessen, alle Gesetzentwürfe, außer dem Budget, zu ändern und abzulehnen. Es hat davon reichlich Gebrauch gemacht. Im Oberhause

überwog die konservative Partei in solchem Maße, daß die Annahme eines von einem liberalen Kabinette eingebrachten Gesetzentwurfs ganz in deren Gnade gestellt war. Wenn die Konservativen am Ruder waren, war das Oberhaus überflüssig, denn deren Gesetzentwürfe gingen selbst, wo sie konservative Vorurteile verletzten, durch; dagegen wurde es als unerträglicher Zwang empfunden, daß von einer liberalen Regierung eingebrachte Reformvorlagen eine nach der anderen am Widerspruch der konservativen Nebenregierung im Oberhause scheiterten. In seiner letzten Rede im Unterhause, am 1. März 1894, hatte Gladstone erklärt, die Frage des Übergewichts des Oberhauses oder Unterhauses müsse zum Austrag gebracht werden. 1911 hat das liberale Ministerium Asquith das Vetorecht des Oberhauses beschränkt; dieses kann es nur mehr zweimal ausüben; ein vom Unterhause zum dritten Male angenommenes Gesetz wird ohne weiteres dem König zur Zustimmung vorgelegt.

Hand in Hand mit diesen parlamentarischen Reformen ist auch in anderer Beziehung eine Änderung in der englischen Verfassung eingetreten. Bereits J. J. Rousseau hat ausgeführt, daß je größer die Zahl derer ist, die an der Gesetzgebung Teil haben, desto geringer die Zahl der Personen sein muß, in denen die Exekutive sich konzentriert¹⁾. Thiers hat Rousseau zugestimmt, als er sagte, daß für Republiken eine Aristokratie notwendig sei, während der Prätendent Louis Napoleon in der Schrift über seinen Oheim Rousseaus Gedanken in die Worte faßte, „daß es in der Natur der Demokratie liege, sich in einem Manne zu personifizieren“. Dem Gedanken Rousseaus ist bereits in der auf dem allgemeinen Stimmrecht beruhenden Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika Rechnung getragen, indem nach derselben durch Plebiszit ein Präsident auf vier Jahre gewählt wird, der während seiner Amtsdauer weit unabhängiger von dem Kongreß als

1) J. J. Rousseau, *Du Contrat Social* livre III, Chap. IV, V, VI.

die englische Krone vom Parlament ist, wenn er aber dem Volkswillen nicht mehr entspricht nach Ablauf seiner vier Jahre nicht nur nicht wiedergewählt wird, sondern sogar zur Rechenschaft für seine Amtsführung gezogen werden kann. Von denselben Gedanken waren die Verfassungen Napoleons I. und III. getragen, nur daß sie scheitern mußten, da sie eine Monarchie auf zwei sich widersprechenden Prinzipien, auf Erbllichkeit und Verantwortlichkeit, aufzubauen versuchten. In England ist mit dem zunehmenden Einfluß der arbeitenden Klassen auf das Staatsleben dieselbe Entwicklung eingetreten, nur hat sie sich bei seiner unendlich elastischen, jedem Entwicklungsbedürfnis sich anschmiegenden ungeschriebenen Verfassung allmählich von selbst und von vielen fast unbemerkt vollzogen. Die parlamentarische Regierung im alten Sinne hat aufgehört; an ihre Stelle ist, da eine Masse nicht unmittelbar regieren kann, die Herrschaft des Premierministers getreten, der persönlich das Vertrauen der Wähler genießt, in dem ihre Anschauungen und Wünsche sich konzentrieren, auf dessen Namen das Parlament gewählt wird und dem das Parlament sein Vertrauen oder Mißtrauen erklärt, je nachdem er sich des Vertrauens der Wählermassen erfreut oder dasselbe verloren hat. So hat man schon, als Sir Robert Peel bei der Parlamentswahl von 1841 eine Mehrheit von 80 Stimmen auf Grund eigenen Verdienstes erhielt, gesagt, es sei das erste Mal, daß das englische Volk den ersten Minister der Krone gewählt habe. Er ist auf keinem Gebiete, auf dem er seine Triumphe gefeiert hat, originell gewesen. Er hat nur ausgeführt, was andere erdacht hatten. Auf finanziellem Gebiete ist er den von Sir Henry Parnell gegebenen Anregungen gefolgt; seine berühmte Bankakte hat die Gedanken Lord Overstones ausgeführt, und mit der Abschaffung der Kornzölle hat er die Forderungen Cobdens verwirklicht. Aber die 1832 zu Einfluß gelangte Mittelklasse sah in ihm die Verkörperung ihrer Anschauungen, und sein Verdienst war, daß er, auf ihr Vertrauen gestützt, es wagen konnte, auch in einem widerstrebenden Parlamente das durchzusetzen, was deren

mit denen des Landes zusammenfallenden Interessen entsprach. Dieselbe Steigerung der Machtfülle des Premierministers finden wir dann unter Palmerston. Er hatte durch die Geltendmachung des „Civis Romanus sum“ für jeden in der Fremde weilenden Engländer solche Begeisterung der Wählermassen für seine Außenpolitik geweckt, daß sie ihm in den törichtsten Krieg, den Krimkrieg, gefolgt sind, und er erst gestürzt wurde, als er nach dem Attentate Orsinis auf Napoleon III. gegen das von ihm selbst gesteigerte Selbstgefühl der Engländer verstieß. Noch einflußreicher ist die Stellung des Premierministers nach der zweiten Parlamentsreform geworden. Während der 17 Jahre nach 1867 ist England abwechselnd von Disraeli und Gladstone regiert worden. Auf ihren Namen wurde die Parlamentsmehrheit je nach der Billigung gewählt, die ihre Politik jeweilig bei der Mehrheit des Volkes fand, und oft genug hat ihre Herrennatur die Meinung ihrer Anhänger im Parlament und Kabinett vergewaltigt. Auch Lord Salisbury, dessen auf Erhaltung des europäischen Friedens gerichtete Außenpolitik sich mit den Wünschen des Volks im Einklang befand, hat von 1895 bis 1902 das Land ohne nennenswerten Widerstand regiert. Wo dagegen Premierminister am Ruder waren, die sich keiner ähnlichen Zustimmung bei der Masse der Wähler erfreuten, ist die Regierung stets schwach gewesen und hat nur geringe Erfolge erzielt. Erst nach Beendigung des Burenkriegs begegnet man wieder starken Premierministern, wie da Asquith die Finanzreform Lloyd Georges und die Reform des Oberhauses durchsetzte.

Was ist die Weiterentwicklung der Finanzen unter dem Einfluß dieser Verfassungsänderungen gewesen? Zuvor sei erwähnt, daß 1866 eine weitere Krise ähnlich derjenigen von 1847 und 1857 stattgefunden hat. Der Grund war der Zusammenbruch der Firma Overend and Gurney am „schwarzen Freitag“. Auch diesmal schwand die Panik sofort, nachdem die Klausel der Bankakte von 1844, welche die Erlaubnis, metallisch ungedeckte Noten auszugeben, auf einen feststehenden Betrag beschränkte, auf-

gehoben worden war, ohne daß dieser Betrag alsdann überschritten wurde. Als im Jahre 1890 aus Anlaß der Zahlungseinstellung von Baring Brothers abermals eine Panik ausbrach, wurde sie durch geschickte Leitung des Gouverneurs der Bank beendet, ohne daß eine Suspension der Bankakte stattfinden mußte¹⁾.

Ebensowenig wie an der von Peel inaugurierten Bankpolitik hat sich nach der Parlamentsreform von 1867 bis zum Ausbruch des Weltkriegs etwas an den Prinzipien seiner Finanzpolitik geändert. Man fährt fort, noch aus der Zeit des Kriegs gegen Napoleon bestehende Steuern auf Produktionszweige, die diese schädigten, zu beseitigen, die Mehrausgaben, welche durch Kriege und Reformen in der Justizverwaltung, Gefängnisverwaltung, Polizeiverwaltung, Armenverwaltung, im Erziehungswesen, in der Fürsorge für Bildung, durch Erfordernisse der Ministerien des Innern, des Auswärtigen, der Kolonien, des Handels hervorgerufen wurden, durch Änderungen in der Einkommensteuer je nach dem Jahresbedarf zu decken und ist auf Schuldentilgung bedacht. Dabei wird gelegentlich ein Finanzausgleich erhöht oder vermindert. Der Minister, der die Staatsfinanzen mit unvergleichlicher Virtuosität gemäß diesen Prinzipien ordnet, ist Gladstone, und oft sieht er sich veranlaßt, mit dem Amt als erster Minister der Krone das des Schatzkanzlers zu verbinden, um Ausgaben und Einnahmen ins Gleichgewicht zu bringen. Aber auch wenn die Konservativen am Ruder sind, wird von seinen finanzpolitischen Grundsätzen nicht abgewichen. Sir Stafford Northcote, der Finanzminister im zweiten Ministerium Disraeli, hat sich ganz in den Gleisen Gladstones bewegt. So hat er 1875 einen neuen Tilgungsfonds eingeführt, indem er den auf die Verzinsung der Staatsschuld jährlich zu verwendenden Betrag bis auf 28 Millionen £ im Jahre 1877/8 erhöhte; so hoch sollte er bleiben. Da mit fortschreitender Tilgung der Schuld das zu ihrer Verzinsung dienende Erfordernis abnahm, wuchs also jährlich der auf ihre Tilgung verwendete Betrag.

1) *Andréadès* 353—369.

Unter den Änderungen, die in der weiteren Durchführung der Prinzipien der Finanzreform Peels und Gladstones im einzelnen eintraten, verdient hervorgehoben zu werden, daß seit 1874 die Einnahmen aus der Branntweinbesteuerung bei steigenden Löhnen nicht mehr stiegen und Ersatz dafür in einer Steigerung des Teezolls gefunden wurde; ferner, daß, nachdem die Landwirtschaft Mitte der siebziger Jahre unter den Druck der internationalen Getreidekonkurrenz gelangt war, im zweiten Ministerium Gladstone die Malzsteuer, über die die Landwirte stets geklagt hatten, durch eine Biersteuer ersetzt worden ist; vor allem aber sind die Änderungen von Interesse, die in der Besteuerung von Erbschaften eingetreten sind.

Schon 1853, als Gladstone zum ersten Male Schatzkanzler war, hat er die von Pitt 1796 eingeführte Erbschaftssteuer, die den Grundbesitz und das gebundene Eigentum begünstigt hatte, auch auf diesen Besitz ausgedehnt; er hatte deshalb schon damals leidenschaftliche Angriffe seitens der schutzzöllnerischen Agrarier zu bestehen. Schlimmer war, daß der Ertrag von 2 Millionen £, den er von seiner Ausdehnung erwartet hatte, ausblieb und nur eine halbe Million einging. 1868, im ersten Ministerium Gladstone, hat dann dessen Schatzkanzler Lowe den Ertrag erhöht, indem er die von Söhnen und Töchtern und deren Deszendenz erhobene Steuer von 1 auf 2 Proz., die von Brüdern und Schwestern erhobene von 3 auf $3\frac{1}{2}$ % und die von entfernten Verwandten erhobene von 5 auf 6 Proz. erhöhte; er hat ferner Immobiliar- und Mobiliarvermögen der gleichen Besteuerung unterworfen. Unter dem zweiten Ministerium Gladstone ist 1881 sowohl eine Erleichterung der Steuerpflichtigen als auch eine Mehrung des Steuerertrags durch eine Neuordnung der Steuer herbeigeführt worden. Aber die Hauptänderung trat erst ein, nachdem Gladstone 1894 aus dem öffentlichen Leben geschieden war. Unter dem Ministerium seines Nachfolgers Lord Rosebery hat dessen Schatzkanzler Sir William Harcourt Legate und Erbschaften einer progressiven Besteuerung im Verhältnis zum Werte der gesamten, d. h.

auch der nicht nutzbringenden Hinterlassenschaft unterworfen; im Durchschnitt betrug die Steuer $4\frac{3}{4}$ % vom Werte derselben. Der Erfolg war außerordentlich: Im Finanzjahr 1880/1 hatte die Erbschaftssteuer 6 656 000 £, im Finanzjahre 1884/85 7 720 000 £ gebracht, nun stieg ihr Ertrag auf 13 Millionen im Finanzjahre 1893/4 und auf 15 878 704 £ im Finanzjahre 1898/9. 1905 ist die Erbschaftssteuer vom Schatzkanzler Asquith auf 5 Proz. im Durchschnitt erhöht worden. Die Hauptsteigerung sollte aber erst 1909 erfolgen, als Asquith Premierminister und Lloyd George Schatzkanzler waren.

Der Burenkrieg war zu Ende. Er hatte die Staatsschuld um 80 Millionen £ vermehrt. Die Admiralität verlangte den Bau von 4 Dreadnoughts, die 8 Millionen £ kosten sollten. Außerdem galt es, eine staatliche Organisation der Arbeiterversicherung einzuführen und nebenbei dem Volk den Zugang zum Land, dessen Konzentration in immer weniger Händen wir kennen gelernt haben, wieder zu eröffnen. Das Defizit betrug voraussichtlich 16 Millionen £. Lloyd George hatte zu seiner Deckung vornehmlich drei Reformen in Aussicht genommen: die Erhöhung der Erbschaftssteuer von 5 Proz. auf $6\frac{1}{2}$ Proz. im Durchschnitt, die Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses des Grundeigentums und die Erhöhung der Steuer auf Spirituosen und Tabak.

Von diesen drei Steuern traf die letztere die breite Masse des Volks. Sie hat sich, um die Durchführung der in Aussicht genommenen Altersversicherung, Arbeitslosenversicherung und die Gewährung von staatlichen Zuschüssen zur Witwen- und Waisenversicherung der freien Hilfskassen zu ermöglichen, ohne Widerrede der Erhöhung der Branntwein- und Tabakbesteuerung unterworfen. Dagegen erhob sich ein wilder Sturm der Grundeigentümer gegen Lloyd George sowohl wegen seiner Erhöhung der Erbschaftssteuer als auch wegen seines Vorschlags, die ohne Verdienst der Eigentümer, sei es durch Anwachsen der Bevölkerung und ihres Reichtums, sei es infolge der von ihren Pächtern vorgenommenen Bodenverbesserungen

eingetretene Werterhöhung des Grund und Bodens, sowie die Bergwerksabgaben, welche die Grundeigentümer vom Bergwerksbetrieb erhoben, zu besteuern. Man schrie über Konfiskation, Sozialismus¹⁾, Abschaffung des Privateigentums und Untergang der Gesellschaft. Das hat zu der berühmten Rede Lloyd Georges in Limehouse im Ostend von London am 30. Juli 1909 den Anlaß gegeben, in der er den Beschuldigungen unter Vorführung schreiend ungerichteter Bereicherungen der Bodenmonopolisten auf Kosten der Gesamtheit entgegentrat. Ihr ist am 17. September 1909 in Birmingham eine vernichtende Rede Asquiths gegen Lord Rosebery gefolgt. Unter seinem Ministerium hatte Harcourt die Erbschaftssteuer auf $4\frac{3}{4}$ Proz. im Durchschnitt erhöht, und nun gebärdete er sich, als ob ihre weitere Erhöhung auf $6\frac{1}{2}$ Proz. den Weltuntergang bedeute. Das Budget Lloyd Georges ist in beiden Häusern angenommen worden. Die Erbschaftssteuer hat im letzten Finanzjahr vor Ausbruch des Weltkriegs, 1913/14, £ 27 359 000 gebracht. Während des Kriegs betrug ihr Ergebnis 1914/15 28 382 000 £, 1915/16 31 035 000 £, 1916/17 31 232 000 £, 1917/18 31 074 000 £, 1918/19 30 262 000 £; nach Wiederherstellung des Friedens ist ihr Ergebnis weiter gestiegen bis zu 61 200 000 £ im Finanzjahr 1925/26. Man sagt, die Erbschaftssteuer habe wesentlich dazu beigetragen, daß nicht nur berühmte

1) Die Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses ist die logische Folgerung aus der Rententheorie Ricardos, dessen Lehre wir oben (S. 38, 39) kennen gelernt haben. John St. Mill hat die Folgerung ausgearbeitet (Principles of Pol. Ec. Buch II, Kap. II, § 6 und Buch V, Kap. II, § 5). Nach Ricardo ist die Bodenrente die Folge der allgemeinen Kulturentwicklung. Diese bewirkt, daß die Grundeigentümer ein Einkommen beziehen, ohne daß sie entsprechende Anstrengungen machen. Sie werden reicher sozusagen im Schlafe, ohne Arbeit, ohne Risiko, ohne sich irgendwelche Entbehnungen aufzulegen. Nach dem allgemeinen Prinzip der sozialen Gerechtigkeit haben sie keinen Anspruch auf diese Reichtumszunahme. Wenn der Staat einen Teil derselben für die Bestreitung der Bedürfnisse der Gesellschaft nimmt, beraubt er niemand, sondern nimmt für diese nur einen Teil des Werts, den sie geschaffen hat.

Kunstschätze nach Amerika veräußert, sondern auch große Grundbesitze geteilt und an die Pächter der Grundeigentümer verkauft worden seien.

Während des Weltkriegs hat man in England an dem Grundsatz, daß die Kriegskosten möglichst durch Steuern zu decken seien, festgehalten. Das Ergebnis der erhobenen Zölle und Steuern, das 1913/14 £ 163 029 000 betragen hatte, ist 1914/15 auf £ 189 305 000, 1915/16 auf £ 290 088 000, 1916/17 auf £ 514 105 000, 1917/18 auf £ 613 040 000, 1918/19 auf £ 784 278 000 und noch nach dem Friedensschluß bis auf £ 1 031 725 000 im Finanzjahr 1920/21 gestiegen; es hat noch 1925/26 £ 684 544 000 betragen. Besonders ist die Einkommensteuer während des Kriegs in die Höhe gegangen. 1913/14 hatte ihr Ergebnis £ 43 929 000 betragen, 1918/19 betrug es £ 255 591 000 und 1920/21 £ 338 865 000, 1925/26 noch £ 259 411 000¹⁾. Selbstverständlich ist auch die Staatsschuld in die Höhe gegangen. 1914 hatten fundierte und unfundierte Schuld zusammen £ 649 770 091 ausgemacht, 1920 war ihr Betrag auf £ 7 828 779 095 gestiegen; seitdem ist er auf £ 6 472 484 191 im Jahre 1926 wieder herabgegangen²⁾. Von diesem Betrage waren 1919 an die Dominien und Kolonien £ 170 890 175, 1926 noch £ 128 238 117, und an Frankreich 1919 £ 434 490 000, 1926 sogar £ 647 105 700, an alle Alliierte zusammen 1919 £ 1 567 803 685 und 1925 sogar £ 2 062 450 437 verliehen³⁾.

Aber auch im Wahlrecht zum Parlament hat der Weltkrieg Veränderungen gebracht. Als er ausbrach, wurde der von 1911 bis 1914 rücksichtslos betriebenen Frauenagitation für Frauenstimmrecht nachgegeben. Dasselbe ist allerdings noch beschränkt: das zur Wahl berechtigende Alter ist mit 30 Jahren höher angesetzt als bei den Männern; auch wird verlangt, daß die Frau bereits das Kommunalwahlrecht habe oder mit einem Kommunalwähler verheiratet sei; mit anderen Worten, die Frau

1) Siehe Statistical Abstract for the United Kingdom, London 1927, p. 106.

2) Ebenda 116.

3) Ebenda 120, 121.

muß einen eigenen Haushalt haben, womit alle Mieterinnen möblierter Wohnungen, fast alle Arbeiterinnen, weiblichen Diensthofen und anderen Frauen niederen Standes vom Stimmrecht ausgeschlossen sind. Damit hat die Regierung den Schwierigkeiten vorgebeugt, die ihr aus der Fortdauer der Agitation der Suffragetten während des Kriegs hätten erwachsen können. Die Mehrheit der männlichen Arbeiter ist, mit Ausnahme weniger anerkannter Führer, worüber noch zu sprechen sein wird, bei Ausbruch des Kriegs der Kriegspolitik der Regierung bedingungslos gefolgt. Darauf ist in dem Gesetz über Volksvertretung von 1918, verbessert durch das von 1922 und durch das Gesetz von 1925 über Beseitigung der Unfähigkeit der Diener der Religion, ins Parlament gewählt zu werden, bestimmt worden, daß jeder volljährige Mann, der nicht unter einer durch Gesetz bestimmten Unfähigkeit leidet und entweder sechs Monate vor dem 15. Juni oder 15. Dezember in einem Wahlkreis wohnt oder dort ein Geschäftslokal hat, wahlberechtigt ist. Daneben ist ein schwaches Vorrecht der Bildung bestehen geblieben, das Universitätswahlrecht; im ganzen 15 Universitätsabgeordnete erteilen dem akademisch Gebildeten das Privileg, neben dem Abgeordneten seines Wahlkreises noch einen zweiten Abgeordneten zu wählen. Das Vorrecht des Grundbesitzes ist sehr stark eingeschränkt, aber nicht ganz abgeschafft worden: niemand darf in mehr als zwei Wahlkreisen stimmen, und alle Wahlen werden am gleichen Tage abgehalten. Auch besteht in der Bestimmung, daß der Wähler an seinem Wohnsitze und da, wo er sein Geschäftslokal hat, wahlberechtigt ist, eine Bevorzugung der Besitzenden. Aber von diesen Privilegien von Bildung und Besitz abgesehen, sind mit der Verleihung des Wahlrechts an jeden Volljährigen nun alle Forderungen erfüllt, die einst von den Chartisten aufgestellt worden sind, mit Ausnahme derjenigen der jährlichen Neuwahl des Parlaments. Nur die Frauen sind noch nicht ganz befriedigt, indem sie die Gleichstellung mit den Männern auch hinsichtlich des Alters verlangen.

In den vorgeführten Änderungen im Staatshaushalt, der Zusammensetzung des Parlaments und der Machtstellung des leitenden Ministers haben sich aber die Wirkungen der wirtschaftlichen Revolution auf das Staatsleben nicht erschöpft; sie haben sich auch auf die Verwaltung erstreckt. Die Wandlung Englands aus einem Agrarland in ein überwiegendes Industrieland, die relative Abnahme der Landbewohner und die zunehmende Konzentration der Einwohnerschaft in Städten, das Anwachsen der Bevölkerung Londons zur Größe derjenigen eines Königreichs haben dies unvermeidlich gemacht.

Im Mittelalter war das Land von großen Grundherrschaften verwaltet worden, die vom Könige mit seiner Verwaltung belehnt worden waren. Die Städte waren, mit Ausnahme von London, königliche oder grundherrliche Städte, und die ersteren standen in der Verwaltung des Sheriffs, die letzteren in der ihres Grundherrn. Wir haben gesehen, welchen Wert sie auf das Recht der Selbstverwaltung gelegt und welche Opfer sie gebracht haben, es zu erlangen. London allein hat sich nach der Eroberung der Selbstverwaltung erfreut; später haben auch andere Städte sie erlangt. Wo Selbstverwaltung bestand, lag sie in der Hand der Optimaten, und die Mißregierung derselben zu ihrem eigenen Vorteil hat, wie wir gesehen haben, dem Könige und seinem Beamtentum oft Gelegenheit gegeben, die Stadt in die Hand des Königs zu nehmen.

Die Tudors und Stuarts haben die Selbstverwaltung zugunsten einer königlichen Beamtenverwaltung in den Grafschaften wie in den Städten zurückgedrängt. Aber mit der „glorreichen Revolution“ von 1689 ist das wieder anders geworden. Wir haben die Adels Herrschaft, wie sie auf dem Lande in der Verwaltung der dem Großgrundbesitz angehörigen Friedensrichter zum Ausdruck kam, und die Herrschaft privilegierter Optimaten in den Städten kennen gelernt. Wir haben aber auch kennen gelernt, wie die mit der wachsenden Bedeutung des Bürgertums um sich greifende Denkweise des Liberalismus der Privilegienwirtschaft den Krieg erklärt hat. Alle Sinekuren sind

bis auf wenige harmlose, wie die des Poeta laureatus, abgeschafft worden. Ein neues Beamtentum ist entstanden, das von dem jeder Staatseinmischung feindlichen liberalen Bürgertum zwar als Übel, aber doch als unentbehrlich angesehen wurde; denn die wirtschaftliche Revolution hatte zu solcher Steigerung des Verkehrs geführt, daß die Befriedigung von dessen Forderungen nicht, wie bisher, der Ausbeutung durch Private überlassen bleiben konnte; vor allem aber hatte sie die Fürsorge für die Bedürfnisse der stets wachsenden Arbeiterbevölkerung zur Staatsnotwendigkeit gemacht; sie konnte nicht der Nebenbeschäftigung von Dilettanten überlassen bleiben, sondern nahm diejenigen, denen sie anvertraut wurde, ganz in Anspruch. So ist die Zahl der Beamten in der städtischen, ländlichen und Zentralverwaltung notwendig gewachsen. 1855 ist ein besonderes Examen für diejenigen eingeführt worden, die sich dem Staatsdienste (Civil Service) widmen wollen. Aber so groß der Einfluß des Beamtentums vermöge des Sachverständnisses ist, das die Erfüllung der ihm heute gestellten Aufgaben voraussetzt, es erhält seine Direktiven nach wie vor durch die Organe der Selbstverwaltung, in letzter Linie durch das Parlament.

Die ersten Berufsbeamten, die an die Stelle von Organen der Selbstverwaltung getreten sind, waren meines Wissens die Fabrikinspektoren, die 1833 von dem liberalen Ministerium eingesetzt worden sind. Dann kam 1834 das neue Armengesetz, das der skandalösen Ausbeutung der alten Elisabethischen Armengesetzgebung durch die Arbeitgeber und andere Sonderinteressenten ein Ende bereiten sollte. Weiter hat die fortschreitende Konzentration der Bevölkerung in den Städten dazu gedrängt, die Reform ihrer in eine Klüngelwirtschaft ausgearteten Selbstverwaltung in Angriff zu nehmen. Das ist durch die von dem reformierten Parlamente geschaffene Städteordnung von 1835 (5. & 6. Will. IV. c. 76) geschehen¹⁾. Sie hat das Bürgerrecht auf alle ausgedehnt, die als Inhaber (nicht

1) Siehe oben S. 162.

Eigentümer) eines Wohnhauses, Ladens, Warenhauses drei Jahre lang die städtischen und Armensteuern bezahlt hatten und innerhalb des Umkreises von 7 englischen Meilen einer Stadt ansässig waren. Damit wurde die Verwaltung der Städte durch geschlossene Korporationen ersetzt durch die der darin Ansässigen. Ausgeschlossen vom Wahlrecht blieben noch die Aftermieter.

Aber die Städteordnung von 1835 hat keinen systematischen Neubau der Gemeindeverwaltung geschaffen. Man hatte, wenn neue öffentliche Bedürfnisse auftauchten, stets neue Selbstverwaltungsbehörden ins Leben gerufen. Alle diese Behörden blieben auch nach 1835 bestehen; sie haben mit der größten Zähigkeit die ihnen erteilten Befugnisse behauptet; da diese nur zu oft sich auf dieselben Aufgaben erstreckten, hat die eine die andere in ihrem Wirken gehemmt. Ganz besonders aber war es von Übel, daß entsprechend der herrschenden ökonomischen Doktrin die Befriedigung vieler öffentlicher Bedürfnisse, wie z. B. die Versorgung mit Wasser und Gas, privaten Unternehmungen überlassen blieb; diese haben an nichts gedacht, als aus ihrem Kapital den größten Gewinn zu ziehen, und die öffentlichen Bedürfnisse nur soweit befriedigt, als ein Gewinn zu erwarten war. Wo solche Unternehmungen bestanden, genoß ihr Fortbestand den Schutz der „wohlerworbenen Interessen“ seitens der Gerichte, und die durch die Städteordnung von 1835 geschaffenen Stadträte hatten die größte Schwierigkeit, sich sowohl gegenüber den aus Privilegierten bestehenden alten Selbstverwaltungskörpern, als auch gegenüber den Aktiengesellschaften, welche das Publikum bei oft schlechter Bedienung ausbeuteten, durch municipale Unternehmungen durchzusetzen¹⁾.

Bezeichnend ist Folgendes: Bis 1870 glaubte man allgemein, daß die Stadträte berechtigt seien, aus öffentlichen Mitteln Gesetzentwürfe, die das Interesse der Stadt berührten, im Parlamente zu fördern, beziehungsweise ihnen Widerstand entgegenzusetzen. Das wurde auch von

1) Siehe C. Hugo, Städteverwaltung und Munizipal-Sozialismus in England. Stuttgart 1897.

den Richtern anerkannt, soweit die Stadträte städtisches Grundeigentum gegen private Gesellschaften, die es erwerben wollten, verteidigten. Sobald sie aber selbst Gesetzentwürfe einbrachten oder eingebrachten im öffentlichen Interesse widersprachen, wurde ihnen von den Richtern nicht gestattet, die daraus erwachsenden, oft sehr erheblichen Kosten aus städtischen Mitteln zu bestreiten; sie wurden dafür persönlich haftbar gemacht. Das hat die Städte allen privaten Unternehmungen gegenüber hilflos gemacht. Ein Gesetz von 1872 (35 & 36 Vict. c. 71) ließ den Interessen der privaten Gesellschaften den weitestgehenden Schutz angedeihen. So verbot das Parlament den Städten, mit den privaten Gas- und Wasserversorgungsgesellschaften zu konkurrieren; es gestattete nur ihren Ankauf mit deren Einverständnis zu Preisen, die diese einseitig festsetzten.

Nach 1835 ist eine Reihe von Gesetzen, die die Städteordnung betrafen, erlassen worden; sie sind 1882 im 45 & 46 Vict. c. 50 konsolidiert worden. An den wesentlichen Zügen des Gesetzes von 1835 ist dadurch wenig geändert worden. Die wichtigste Änderung war vielleicht, daß Frauen, sofern sie Haushaltungsvorstände waren, das aktive Wahlrecht zum Stadtrat erhielten; dagegen blieben Aftermieter vom Wahlrechte ausgeschlossen. Auch wurde der Stadtrat durch das Gesetz in der Verwendung städtischen Einkommens freier gestellt. Es genügte nunmehr ein Beschluß des Stadtrats, um Zahlungen aus städtischen Mitteln rechtsgültig zu machen; doch kann jeder Bürger sein Vorgehen vor Gericht ziehen, um dessen Gesetzmäßigkeit prüfen zu lassen. Auch hängt der Stadtrat für Aufnahme von Anleihen und Kauf und Verkauf von Land vom Schatzamt oder vom Parlament ab. Nur für den Ankauf von Grundstücken unter 5 acres für den Bau städtischer Gebäude ist solche Genehmigung nicht erfordert.

Die durch die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Dezennien des 19. Jahrhunderts in den Städten hervorgerufenen Notstände und die zu ihrer Beseitigung erlassenen Gesetze haben in allen Städten des Königreichs

mit der Auffassung des Laissez faire, daß alle Abhilfe der freien Tätigkeit privater Unternehmungen zu überlassen sei, so sehr aufgeräumt, daß Sir William Harcourt 1894 im Unterhause sagen konnte, „wir alle sind heute Sozialisten.“ Das war im Munde eines Whig der alten Schule zunächst nur als Scherz gemeint. Doch entsprach es der Tatsache, daß seit 1880 eine außerordentliche Ausdehnung kommunaler Unternehmungen im Vereinigten Königreiche stattgefunden hat. Bäder und Waschhäuser, Museen, öffentliche Bibliotheken, Parks, Gärten, freie Plätze, Landzuweisungen und Miethäuser für die Arbeiter sind allenthalben aus den kommunalen Steuern errichtet und erhalten worden. Straßenbahnen, Gasanstalten, Elektrizitätswerke, die Wasserversorgung wurden in vielen Städten municipalisiert. Die sich selbst verwaltenden Städte sind Arbeitgeber großen Stils geworden. Es ist dem Munizipal-sozialismus zu einem großen Teile zu danken, daß die Sterbeziffer und insbesondere die Kindersterblichkeit abgenommen haben und einige Fortschritte in den Annehmlichkeiten des Lebens gemacht worden sind. Es ist die 1884 gegründete Gesellschaft der Fabier, die ihn in unermüdeter Arbeit und mit großem Talent gepredigt hat. Namentlich Sidney und Beatrice Webb und G. Bernard Shaw haben sich in seiner Begründung und praktischen Durchführung verdient gemacht. Aber auch andere, so Kardinal Manning, religiöse Gemeinschaften und der General der Heilsarmee William Booth haben zur Umgestaltung der öffentlichen Meinung wesentlich beigetragen. Endlich hat das Gesetz über Lokalverwaltung von 1888, ergänzt durch das Gesetz über Kirchspiel- und Distrikträte von 1894 (Parish and Districts Councils Act 1894), eine das ganze Land umfassende Neuordnung der Verwaltung geschaffen, die den durch die moderne Entwicklung auf dem Land wie in der Stadt geschaffenen Verhältnissen gerecht zu werden sucht.

Gemäß demselben¹⁾ ist das Land, wie im Mittelalter,

1) Das grundlegende Werk über die Reform der englischen Städteverwaltung ist Josef Redlich, Englische Lokalverwaltung 1901. Es ist in englischer Übersetzung mit Zusätzen

in Grafschaften eingeteilt, und diese bestehen aus Städten und ländlichen Gemeinden. Aber diese Grafschaften haben mit den alten nur den Namen gemein. Die alten sind nur mehr für einen Zweck, die Wahlen zum Parlament, lebendig; für alles andere haben sie ihre Bedeutung verloren. Die Verwaltung des Landes beruht nunmehr auf neuen Verwaltungsgrafschaften (Administrative Counties), 50 an der Zahl. Dazu kommen 12 Grafschaften in Wales und 33 in Schottland und Irland, ferner die größeren Städte als besondere Grafschaftsstädte (County Boroughs). Im ganzen sind es 128 Verwaltungsbezirke. Sie werden nicht mehr von den Friedensrichtern, sondern von demokratischen Wahlkörperschaften regiert.

Die untersten Verwaltungseinheiten der Grafschaften bilden die Kirchspiele (Parishes). Ihre Angelegenheiten werden in den Kirchspielversammlungen geregelt; ihre Verwaltung liegt in der Hand von Kirchspielräten. Ihr Aufgabenkreis und ihr Besteuerungsrecht sind begrenzt; für größere Aufgaben und für die Aufnahme von Anleihen stehen sie unter der Aufsicht der Grafschaften. Sie können ihren Aufgabenkreis erweitern, indem sie sich den Muster-gesetzen, deren Annahme das Parlament in ihr Belieben stellt (Adoptive Acts), unterwerfen, so z. B. den Gesetzen über Entwässerung, Friedhöfe usw. Sie können für solche Zwecke auch Zweckverbände mit anderen Kirchspielen bilden. Diese Gemeindeverfassung ist von Gladstone geschaffen worden, um die Dorfbewohner von Kirche und großen Grundherrn unabhängig zu machen. Das ist nicht erreicht worden. Die Dorfbewohner sind meist Land-arbeiter, ganz in Abhängigkeit von den Großgrundbesitzern. Daher, wo Interessen dieser in Frage kommen, wie bei der Schaffung von Kleinsiedlungen, nichts vorwärts geht. Auch werden der Organisation der Landarbeiter möglichst viel Steine in den Weg gelegt.

von F. W. Hirst 1903 in 2 Bänden erschienen. Für die seit-dem stattgehabten Neuerungen siehe John J. Clarke, *The Local Government of the United Kingdom*. 4. ed. London 1927.

Über den Kirchspielen stehen die Distrikte. Sie zerfallen in ländliche Distrikte und Kleinstädte. Die ersteren sind Zwangsvereinigungen von Landgemeinden für sanitäre Zwecke, für Baupolizei, Märkte, Straßenwesen, Schlachthäuser, Nahrungsmittelkontrolle. Die Befugnisse der Kleinstädte sind etwas größer.

Die größte, den bisher genannten übergeordnete Verwaltungseinheit ist die Verwaltungsgrafschaft. Sie wird vom Grafschaftsrat regiert. Außerhalb des Kreises ihrer Verwaltung liegen die Städte über 50 000 Einwohner, die eigene Grafschaften (County Boroughs) bilden, in ihrer Verwaltung völlig selbständig und nur der Aufsicht des Wohlfahrtsministeriums unterworfen sind. Die übrigen Städte sind Teile der Grafschaft und haben zu den Grafschaftssteuern beizutragen; doch können sie für gewisse Bedürfnisse, wie für ihre Straßen, ihre Polizei, selbst sorgen.

Der Grafschaftsrat besteht aus einem Vorsitzenden, aus Ältermännern und Räten. Die Grafschaftsräte werden in geheimer Abstimmung auf 3 Jahre gewählt. Das Wahlrecht haben Männer und Frauen, die volljährig sind und während sechs Monaten vor dem 15. Juni oder 15. Dezember innerhalb der Grafschaft Land oder ein Geschäftslokal gehabt haben. Außerdem sind Mitglieder des Oberhauses, die innerhalb der Grafschaft Eigentum besitzen wahlberechtigt. Die Ältermänner werden von den Grafschaftsräten für sechs Jahre gewählt; alle drei Jahre tritt die Hälfte zurück. Es ist nicht erforderlich, daß die Gewählten dem Grafschaftsrat angehören. Der Vorsitzende wird von den Grafschaftsräten und den nicht zurücktretenden Ältermännern für ein Jahr gewählt; er erhält Gehalt und kann wiedergewählt werden.

Die Aufgaben der Grafschaften sind sanitäre, Fürsorge für Behausung, für den Stadtplan, für Land- und Nebenstraßen, für Brücken, für Polizei, Erziehung, Registrierung der Wähler, Gewährung von Lizenzen; es gehören dazu wirtschaftliche und soziale, einschließlich der Fürsorge für Arbeitslose, der Gewährung von Alterspensionen, der Krankenversicherung u. dgl., ferner allerlei Verschiedenes wie Kleinbahnen, Vogelschutz usw.

Vor allem aber gehört zu ihren Aufgaben die Aufsicht über die aufgeführten unteren Verwaltungseinheiten. Zur Erfüllung dieser Aufgaben ernennt der Grafschaftsrat Ausschüsse, die an ihn berichten. Außerdem verfügt er über bezahlte Beamte: einen Clerk oder Syndikus, einen Polizeiobersten, einen Kämmerer und mehrere andere.

Eine Ausnahmestellung in dieser Organisation nimmt London ein. Es hat von jeher eine Ausnahmestellung innegehabt. So ist es auch von der 1835 erlassenen Städteordnung ausgeschlossen geblieben, während gerade in London die durch die wirtschaftliche Revolution hervorgerufenen Notstände, die zur Verwaltungsreform geführt haben, besonders schreiend gewesen sind und die Träger des Umschwungs in der Behandlung kommunaler Angelegenheiten hier ihren Sitz hatten.

Wir haben im zweiten Bande gesehen¹⁾, wie die zwölf vornehmsten unter den Londoner Zünften seit dem 16. Jahrhundert mehr und mehr zu rein kapitalistischen Gesellschaften geworden sind, so zwar, daß schon zu Beginn des 17. ihre Mitglieder größtenteils nicht mehr Handwerker, sondern wohlhabende Kaufleute waren, die mit dem Handwerk, das ihrer Zunft den Namen gab, nichts mehr zu tun hatten. Diese zwölf Zünfte, the great livery companies, hatten schon damals das Stadtreghiment in der Hand; aus ihrer Mitte wurde der Bürgermeister von London gewählt. So ist es auch noch im 19. Jahrhundert. Die City wird regiert durch den Stadtrat (Court of Aldermen), die Stadtverordnetenversammlung (Court of Common Council) und eine Versammlung von Privilegierten (Court of Common Hall), bestehend aus dem Bürgermeister (Lord Mayor), den Mitgliedern des Stadtrats (den Ältermännern) und den Mitgliedern der zwölf großen Zünfte (livery companies). Diese Versammlung der Privilegierten wählt den Lord Mayor, den Sheriff, den Stadtkämmerer und einige andere Beamte.

Der Stadtrat besteht aus dem Lord Mayor und 25 Ältermännern. Er ernennt den Kriminalrichter in der

1) II 109 ff.

City (Recorder) und andere Beamte. Die Stadtverordnetenversammlung ist die gesetzgebende Körperschaft der City. Die Wahl der 25 Altermänner und der 202 Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung findet statt durch die Stadtbezirke (Wards). Wahlberechtigt sind: 1. die in der City Wohnenden, die ein Haus im Mietwert von 10 £ innehaben; 2. die außerhalb der City Wohnenden, die in ihr ein Haus besitzen und Armensteuer zahlen; 3. die Mieter, die für unmöblierte Zimmer eine Miete von £ 10 zahlen.

Die Hauptgeschäfte werden in mehr als 25 Verwaltungsausschüssen erledigt. Ihre Mitglieder erhalten Anwesenheitsgelder und gestatten sich jährlich einen Sommerausflug. Die Ausschüsse erhalten auch Erfrischungsgelder, die nicht unbedeutend sind; so hatte der Ausschuß für Waisenschulen 1894 nur 3 Sitzungen, in denen er £ 125 für Erfrischungen verausgabte, u. dgl. m. Die Citygilden, aus Sorge, ihr großes Einkommen zu verlieren, haben nicht nur verhindert, daß die Städteordnung von 1835 auf London ausgedehnt wurde, sondern auch jeder parlamentarischen Untersuchung ihrer Verhältnisse äußersten Widerstand entgegengesetzt; daher die Ergebnisse einer solchen äußerst dürftig gewesen sind. Sie vergeudeten einen großen Teil ihrer Einnahmen in Festlichkeiten; ein sehr beträchtlicher Teil derselben wurde an die Mitglieder der Verwaltungsausschüsse für Teilnahme an den Sitzungen verteilt. Während das tatsächliche Ineinanderwachsen der die City umgebenden Stadtteile des heutigen London und deren fortwährendes Größerwerden steigende Anforderungen an die Steuerkraft ihrer Bewohner stellte, beliefen sich in einer der größeren Gilden die für Teilnahme an den Sitzungen verwendeten Summen auf 8765 £ 12 s. Da über 150 Mitglieder des Parlaments Mitglieder der Citygilden waren, konnten diese 1870 einen neuen Angriff auf ihre Privilegien abschlagen. 1880 sah die Regierung sich genötigt, eine Kommission zur Untersuchung über das Eigentum der Gilden und seine Verwaltung einzusetzen. Ihr Gesamteinkommen hat 1879/80 668 986 £ betragen. Die Kommission verlangte sofortige Intervention des Parla-

ments, um die Veräußerung des Gildevermögens zu verhindern, die dauernde Verwendung eines beträchtlichen Teils desselben für nützliche Zwecke zu sichern, und eine bessere Verwendung der alten Stiftungsgelder, soweit dies nötig schien, zu bestimmen. Seitdem hat man nichts mehr über die Größe dieses Einkommens gehört. Dagegen hat die Vernachlässigung der elementarsten kommunalen Bedürfnisse in den die City umgebenden Stadtteilen zu Mißständen geführt, die in keiner großen Stadt ihres gleichen hatten. Daran trug in erster Linie die Weigerung der City Schuld, die sie umgebenden Stadtteile in die Korporation aufzunehmen.

Das hat endlich auch das Parlament zum Einschreiten veranlaßt. Nicht als ob man die Privilegien der City angetastet hätte; man hat ihr ihre Sonderstellung gelassen; aber man hat schon 1855 ein Gesetz zur Verwaltung der Hauptstadt (Metropolis Management Act) erlassen, das die verschiedenen Kirchspiele zu einer gewissen Einheit und zum Zusammenwirken zu bringen versuchte. Das Gesetz hat die Verwaltung in die Hände der Vestries der Kirchspiele gelegt, deren Mitglieder auf 3 Jahre von denen gewählt wurden, die auf einen Steuerbetrag von 40 £ Armensteuer bezahlten. Der diesen Vestries zugewiesene Aufgabenkreis umfaßte so ziemlich alle kommunalen Interessen von der Schaffung und Erhaltung der nötigen Kanäle, der Pflasterung, Reinigung und Beleuchtung der Straßen angefangen bis zum Einreißen ungesunder Häuser und zur Erbauung von Arbeiterwohnungen, Errichtung von Waschhäusern, Bädern, Volksbibliotheken und Leichenhäusern. Aber der Fehler war, daß das Gesetz den Vestries diese Fürsorge nur gestattete, nicht aber zur Pflicht machte, und der hohe Wahlzensus fast alle Handwerker und Arbeiter ausschloß. Damit wurde die Wahl eines Mitglieds der Vestry auf die Klasse der Ladeninhaber und Hauseigentümer beschränkt, die gerade das größte Interesse hatten, die sanitären Vorschriften nicht zur Ausführung zu bringen.

Der erste wirkliche Fortschritt, der 1855 stattgefunden

hat, bestand in der Schaffung des hauptstädtischen Bauamts, des Metropolitan Board of Works. Es war die erste ganz London umfassende Behörde. Die Notwendigkeit eines einheitlichen Kanalsystems hat sie hervorgerufen. Ihre Erfolge haben die bei ihrer Gründung gehegten Erwartungen weit übertroffen. Trotzdem hat sie der Riesenaufgabe, die die Verwaltung von London stellte, nicht genügt. Auch wurden Klagen über Bestechung bei Vergebung von öffentlichen Bauten, gegen die die Verteidigung nur schwach war, erhoben; und auch über mangelhafte Durchführung sanitärer Vorschriften wurde geklagt.

Daher Jahr für Jahr steigendes Verlangen nach einer zentralen Behörde, die, mit weitgehenden Rechten der Kontrolle über die lokalen Behörden ausgestattet, von den Steuerzahlern direkt gewählt und damit ihrer Aufsicht unterstellt, Einheit und Sparsamkeit der Verwaltung und die Durchführung der Gesetze gewährleistete, und dabei über Korruption bei Vergebung kommunaler Arbeiten erhaben sei. 1884 hat Sir William Harcourt diesen Forderungen in einem Gesetzentwurf zu genügen versucht. Die City gab £ 19550 aus, um zu verhindern, daß er Gesetz werde. Auch ist es ihr gelungen, ihre Sonderstellung in dem Gesetze über Selbstverwaltung der Grafschaften (Local Government Act) von 1888 zu bewahren. Im übrigen hat dieses Gesetz einen großen Fortschritt gebracht. Es hat das ganze London außerhalb der City zu einer selbständigen Grafschaft gemacht.

Durch die Verwandlung Londons mit seinen Vorstädten in eine selbständige Grafschaft sind die Lokalbehörden der letzterem zunächst nicht beseitigt worden¹⁾. Erst ein weiteres Gesetz von 1899 über die Verwaltung von London hat die Einzelbezirke zu Einzelstädten, Boroughs, zusammengelegt. Es sind deren 28. Sie sind an die Stelle von 127 Lokalbehörden getreten, nämlich 73 Vestries, 12 Distriktämtern, einem lokalen Gesundheitsamt, 12 Begräbnisämtern, 19 Bibliothekskommissaren und 10 Kommissaren für Bad- und Waschkhäuser. Jeder dieser Einzelstädte

1) Siehe John J. Clarke a. a. O. Ch. XXX.

hat ihren Bürgermeister (Mayor), Altermänner und Stadtverordnete. Die Zahl der letzteren beträgt 30 bis 60 je nach der Größe der Bevölkerung des Boroughs; sie kann gemäß einem Gesetze von 1925 vom Staatssekretär geändert werden. Die Stadtverordneten (Councillors) werden von den zur Wahl Berechtigten für die einzelnen Stadtbezirke (Wards) alle drei Jahre gewählt; für die Wahlberechtigung gelten dieselben Bestimmungen wie für die Wahl der Stadträte in den übrigen Städten und die Lokalbehörden auf dem Land. Die Zahl der Altermänner beträgt ein Sechstel der Zahl der Stadtverordneten; sie werden von diesen für sechs Jahre gewählt; alle drei Jahre tritt die Hälfte zurück. Der Bürgermeister wird für 1 Jahr in derselben Weise wie in den Provinzen gewählt. Diesen Einzelstädten sind die Rechte, Aufgaben, das Eigentum und die Verpflichtungen der früheren Vestries und Distriktämter übertragen.

Ihre Hauptaufgaben bestehen im Bau und der Instandhaltung der kleineren Entwässerungsanlagen und Abzugskanäle, in Straßenverbesserungen, der Durchführung der Bauvorschriften, der Instandhaltung, Pflasterung, Reinigung, Bewässerung aller Straßen außer den Themsekais, die direkt unter dem Grafschaftsrat stehen. Auch die Müllabfuhr, die Beseitigung von Gemeenschädlichkeiten, die Durchführung der Vorkehrungen gegen ansteckende Krankheiten wird von den Einzelstädten der Metropolis unternommen. Auch die Verwaltung der Lebensmittelgesetze, die Registrierung von Milchwirtschaften, die Sanitierung von Fabriken und Bäckereien, die Verhinderung von Überfüllung, die Inspektion von Kuhställen, Schlachthäusern, Bäckereien, Kanalbauten, die Vorsorge für Friedhöfe, für Bade- und Waschwäuser gehören zu den Aufgaben der Räte der Einzelstädte der Metropolis. Gemäß dem Arbeiterwohnungsgesetz haben sie mit dem Londoner Grafschaftsrat in der Wohnungsfrage zusammenzuwirken. Sie haben das Recht, freie Plätze und öffentliche Bibliotheken ins Leben zu rufen und für Straßenbeleuchtung zu sorgen, ferner das Legen elektrischer Kabel und gewisse Märkte zu überwachen. Sie haben das Verzeichnis der Wähler und die Steuerlisten anzufertigen und sind für die Steuererhebung verantwortlich.

Der größere Teil dieser Aufgaben wird durch Ausschüsse bewältigt. Ihnen stehen besoldete Sachverständige zur Seite.

Außer den Stadträten der 28 Einzelstädte gibt es noch Behörden für besondere Zwecke.

So untersteht die Wasserversorgung von ganz London dem Metropolitan Water Board, das seine besonderen Steuern erhebt, die Verwaltung der Hafenanlage und der Themse einer besonderen Hafenbehörde, die des Flusses Lee, der in die Themse mündet, wieder einer eigenen Behörde; es unterstehen das Asylamt der Metropole, das für Spitäler gleichmäßig für Arme und Nichtarme, für Geistesschwache, für Anstalten für Gebärende zu sorgen hat, 30 Armenpflegeämter der Metropole, die Verwaltung der öffentlichen Parkanlagen und die Polizei der Staatsregierung.

Über allen diesen Spezialbehörden steht der Londoner Grafschaftsrat. Er besteht aus 124 gewählten Vertretern, je 2 von den 60 für die Parlamentswahl unterschiedenen Teilen der Metropole und 4 für die City, zusammen mit 20 Altermännern. An der Spitze stehen ein Vorsitzender, ein Vizevorsitzender und ein delegierter Vorsitzender. Die 124 Stadtverordneten, die Altermänner und Vorsitzenden werden in derselben Weise wie in allen übrigen Grafschaftsräten und für die gleiche Zeitdauer gewählt. Aber Rechte und Aufgaben des Londoner Grafschaftsrats sind von denen anderer Grafschaftsräte weit verschieden. Der Londoner Grafschaftsrat hat allein in folgenden Dingen etwas zu sagen:

In allem, was die Hauptabzugskanäle betrifft, im Feuerwehrwesen, in der Verbesserung der Straßen von hauptstädtischem Charakter, in der Anlage und Instandhaltung von Tunneln, Überfahrten, Brücken über die Themse (die der City gehörenden ausgenommen) und der geringeren Grafschaftsbrücken. Er ist für Instandhaltung und Beleuchtung der Themsekais verantwortlich. Er hat die Oberaufsicht in sanitären Angelegenheiten. Er ist beteiligt an der Durchführung des Gesetzes über Arbeitslose von 1905. Er bestimmt die Schnelligkeit der Trambahnen, das Absperren von Straßen, deren Benennung und die Numerierung der Häuser. Die Handhabung der Baugesetze, der Gesetze über ansteckende Krankheiten der Tiere, die Verwaltung der Parks und freien Plätze, die Beschaffung kommunaler Trambahnen, die Lizenzierung von Theatern, Regelung und Inspektion gemeinsamer Logierhäuser, Lizenzierung von Schlachthäusern, Aufsicht über belästigende Gewerbe finden sich in seiner Hand.

Er erzwingt die Beachtung des Gesetzes über Beschäftigung von Kindern von 1908, des Gesetzes über Automobile, der Verordnungen über Maulkörbe, derjenigen über Hundswut, des Gesetzes über Drahtleitungen durch die Luft, desjenigen über Kohlen und über Brot, über Schutz des Lebens von Kindern und über Hebammen. Er verwaltet die gesamte Erziehung in der Metropolis entsprechend dem Erziehungsgesetz von 1921. Er erhält die Fürsorgeschulen und die Gewerbeschulen, die nicht dem hauptstädtischen Amt für Asyle unterstehen, ferner die Irrenhäuser und Heime für Trunksüchtige. Die Gesetze über Behausung der Arbeiter werden vom Londoner Grafschaftsrat gemeinsam mit den Räten der Einzelstädte verwaltet, doch können letztere Arbeiterwohnungen bauen. Der Londoner Grafschaftsrat beseitigt überfüllte und ungesunde Wohnhäuser (Slums). Ihm steht eine weitgehende Kontrolle über die Einzelstädte zu, indem er deren Ortsstatuten zu genehmigen hat. Alle Anleihen, die sie aufnehmen wollen, bedürfen der Genehmigung durch den Londoner Grafschaftsrat. Das einzige, was diesem nicht zusteht, ist die hauptstädtische Polizei; sie wird von Kommissaren des Ministeriums des Innern gehandhabt.

Als der Londoner Grafschaftsrat 1889 ins Leben trat, war Lord Rosebery Vorsitzender, Lord Avebury Vizevorsitzender: zu den Altermännern gehörten die Lords Farrer, Hobhouse, Lingen, Meath, ferner Frederic Harrison; zu den Stadtverordneten John Burns, der sich durch seinen Eifer in kommunalen Angelegenheiten die Bezeichnung des großen Londoners erwarb. Frederic Harrison schrieb 1890 in seinem Überblick über die Leistungen des Londoner Grafschaftsrats in seinem ersten Jahre¹⁾:

„Der Londoner Grafschaftsrat zählt in seiner Mitte eine Anzahl Männer von so viel Gemeingeist und praktischen Kenntnissen, wie London hergibt oder die Aufgabe, diese Riesenstadt zu verwalten, erheischt. Einer von je zehn ist Mitglied der Gesetzgebung, und zu ihnen gehören einige der tüchtigsten und erfahrensten Verwalter, die der öffentliche Dienst Englands hervorgebracht hat. Wenigstens zwanzig der nicht-beamteneten Mitglieder sind die verantwortlichen Leiter großer Unternehmungen in der City, als Bankiers, Fabrikanten, Kaufleute und Händler. Es ist nichts Geringes, daß hier eine große Hauptstadt eine Verwaltung hat, in der Betrug und Korruption so völlig erloschen sind, wie Wachsamkeit dies zu bewirken ver-

1) Nineteenth Century, Nr. 160, vol. XXVII, June 1890.

mag. Die Mitglieder des Londoner Grafschaftsrats bedeuten eine neue Macht im politischen Leben Englands und verkörpern eine noch unbekannte volkstümliche Kraft; Lord Rosebery hat in seiner edlen Rede nur die Wahrheit gesagt, als er zu seinen Kollegen sagte: „Was Euch in Eurer Arbeit aufrecht erhalten hat, war weder Bezahlung noch Ruhm und Preis; es war der bloße Antrieb eines Pflichtgefühls und eine Hoffnung von Großem und ein hochherziges Ideal.“

Auch die hierauf folgenden Jahre haben gezeigt, daß London eine so hochherzige und fähige Verwaltung hat, wie die, deren eine große Stadt sich je erfreut hat.

Trotz aller dieser Reformen, die eine Umwälzung in der Verwaltung Londons gebracht haben, besteht neben dem durch sie geschaffenen Großstadtkörper noch immer die City. Sie hat ihre alte Verfassung behalten mit ihrem mit königlichem Prunk auftretenden Lord Mayor, ihren Ältermännern, ihrem Gemeinderat, eigener Schutzmannschaft und Polizeiverwaltung. Nur für wenige Zwecke ist sie der Grafschaft einverleibt, und ihr Lord Mayor, nicht der Vorsitzende des Grafschaftsrats, der die Millionen Bewohner Londons vertritt, sondern der Erwählte von ein paar Tausend Londoner Kapitalisten, vertritt nach wie vor bei feierlichen Gelegenheiten die Stadt London.

60. Kapitel.

Die Fortbildung der Arbeiterschutzgesetzgebung.

Von den im vorigen Kapitel geschilderten Reformen im staatlichen Leben, zu denen die wirtschaftliche Revolution genötigt hat, ist die Parlamentsreform insofern die wichtigste, als ohne sie weder die unentbehrlichen Reformen im Staatshaushalt noch auch die in der Gemeindeverfassung und Verwaltung hätten stattfinden können; das wirtschaftliche und soziale Leben des Volks ist durch die letzteren am meisten berührt worden. Treffend hat C. Hugo die mit dem Entstehen der Riesenstädte, zu dem die Konzentration der Produktion geführt hat, entstandene Aufgabe als die der Schaffung gesunder Lebensbedingungen für ihre Einwohner und der Organisation und Erleichterung des in ihnen sich abspielenden Produktions- und Distributionsprozesses bezeichnet¹⁾. „Das ganze ungeheure Gebiet städtischer Hygiene von der Hausung der Bevölkerung bis zur Leichenbestattung, von der Wasserversorgung bis zur Kanalabfuhr, von der Anlage von Märkten bis zur Inspektion der Bäckereien fällt in den Bereich der Tätigkeit der städtischen Verwaltungskörper, ohne dieselbe zu erschöpfen. Mit der Fürsorge für das leibliche Wohl der Einwohner verbindet sich die für ihre geistige Ausbildung: Volksbibliotheken, Museen, Galerien, technische Schulen usw. werden von den Städten eingerichtet und erhalten. Andererseits stellt die Durchführung des zweiten Teils der Ver-

1) C. Hugo a. a. O. 2, 3.

waltungsaufgabe — der Erleichterung und Organisation der in der Stadt sich abspielenden Produktions- und Distributionsprozesse — ganz außerordentliche Anforderungen an die Tätigkeit der leitenden Behörde. Die Schnelligkeit und Sicherheit des Verkehrs verlangt die Verbindung der Stadtviertel, die sich bei dem fortgesetzten Wachsen der Städte über immer größere Raumstrecken hinlagern, durch die Einrichtung von Eisenbahnen, Straßenbahnen, Omnibuslinien. Denn der gerade durch die Stadt erreichte Vorteil des engeren Zusammenlebens, des leichteren und schnelleren Verkehrs, kurz der kondensierten Tätigkeit droht bei einem großen Anwachsen derselben verloren zu gehen. Nur die raffinierteste Anwendung der neuesten vollkommensten Beförderungsmittel, die planmäßig alle Teile der Stadt mit dem Zentrum des kommerziellen Verkehrs verbindet, kann denselben bewahren. Zur Regelung des Verkehrs und zum Schutze des Eigentums, das hier in ungeheuren Massen zusammengehäuft ist, wird eine Polizei notwendig, die als Straßenpolizei den Verkehr und als Kriminalpolizei das Verbrechen überwacht. Denn im Laufe ihrer Entwicklung sind die Großstädte zugleich die Zentren eines nationalen und internationalen Gaunertums geworden, das illegal neben dem legalen steht. Die Schlupfwinkel, die der Verbrecher früher auf dem Lande in Wäldern und Gebirgen fand, sind vor der sich verbreitenden Kultur verschwunden; dafür hat ihm dieselbe andere und sicherere Plätze in den Großstädten geschaffen.“

Daher hat John Burns, der sich um die Behebung der Mißstände, die die moderne Arbeiterwelt bedrücken, außerordentliche Verdienste erworben hat, vom Anfang seiner sozialen Bestrebungen an den Schwerpunkt seiner Agitation in die für Munizipalreform gelegt¹⁾, und desgleichen sind die Fabier, als sie auftraten, vor allem munizipale Reformatoren gewesen²⁾.

1) A. P. Grubb, *The Life Story of the Right Hon. John Burns*. P. C. M. P. London 1908. Siehe das Kapitel *The Great Londoner*, p. 53 ff.

2) Siehe das *Londoner Programm*, abgedruckt bei Hugo a. a. O. 48 ff.

Indes haben in der Zeit, da die großen Reformen in Verfassung und Verwaltung der Städte sich anbahnten, die Reformen der Gesetzgebung zum Schutze von Leib, Leben, Sittlichkeit und der wirtschaftlichen Interessen der in Fabriken und Bergwerken Beschäftigten nicht aufgehört. Ich habe im 55. Kapitel, erzählt, wie das Zehnstundengesetz von 1847 trotz der zweijährigen Fabrikantenrevolte gegen dasselbe durch Gesetze von 1850 und 1853 bestätigt und vervollständigt worden ist. Die Fabrikanten fügten sich im Großen und Ganzen der neuen Ordnung, und die Fabrikinspektoren berichten in den nächsten Jahren über die ziemlich allgemeine Beobachtung der Gesetze. Und was war die Wirkung derselben auf die Konkurrenzfähigkeit der britischen Baumwollindustrie mit der des Auslands? Nach den Prophezeiungen der Fabrikherrn und der klassischen Nationalökonomten sollten sie ihr den Tod bringen. Es betrug aber

im Jahre	Zahl der Spinnereien und Webereien	Spindelzahl zum Spinnen	Spindelzahl zum Verdoppeln	Maschinenstühle	Arbeiterzahl
1835	1262	keine Angabe	keine Angabe	109 626	220 134
1839	1819	dto.	dto.	keine Angabe	259 336
(1847 Zehnstundengesetz und Voraussagung des Untergangs der britischen Baumwollindustrie)					
1850	1932	20 977 017	keine Angabe	248 627	330 924
1870	2483	33 995 221	3 723 537	440 676	450 087
1874	2655	37 515 772	4 366 017	463 118	479 515
1879	2674	39 527 920	4 678 770	5 4911	482 903
1885	2635	40 120 451	4 228 470	560 955	504 069
1890	2538	40 511 934	3 992 885	615 714	528 795

Die Zahl der Spindeln und die der beschäftigten Arbeiter hat sich also in den auf die Durchführung des Zehnstundengesetzes folgenden 40 Jahren nahezu, die Zahl der Maschinenstühle mehr als verdoppelt. Nach allen diesen Richtungen ist die Entwicklung eine stetige gewesen. Nach dem Londoner Economist vom 27. Nov. 1909 hat im ersten

Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts die britische Baumwollindustrie ihre Spindelzahl beinahe um den Gesamtbetrag der französischen und deutschen Spindeln zusammen vermehrt und in derselben Zeit in ihr so viel Kapital neu angelegt, wie in der deutschen Baumwollindustrie überhaupt angelegt ist.

Die wirtschaftlichen Nachteile, die man als Folge des Zehnstundengesetzes vorausgesagt hatte, sind also ausgeblieben; dagegen trat eine solche Verbesserung in der Lage der geschützten Arbeiter in moralischer und materieller Beziehung ein, daß die Arbeitgeber wie auch die öffentliche Meinung zur Überzeugung gelangten, daß der frühere heftige Widerstand gegen die gesetzliche Herabsetzung der Arbeitszeit unbegründet gewesen sei. Das hat die weitere Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung erleichtert. 1860, 1862, 1864 wurden auf Antrag des als Lord Shaftesbury ins Oberhaus übergegangenen Lord Ashley alle Bleichereien und Färbereien von Baumwolle, Seide, Wolle und Flachs, 1861 die Spitzenmanufaktur der Herrschaft der Fabrikgesetze unterworfen. Durch ein Gesetz vom 13. Juli 1863 wurde es verboten, Arbeiter unter 18 Jahren zwischen 9 Uhr abends und 5 Uhr morgens in Bäckereien zu beschäftigen. Das wichtigste aber war die auf Antrag Shaftesburys 1861 erfolgte Ernennung einer neuen königlichen Untersuchungskommission, die über die Lage der jugendlichen Arbeiter in den der Fabrikgesetzgebung noch nicht unterworfenen Industriezweigen berichten und etwaige Gesetzesvorschläge machen sollte.

Diese zweite große Kommission hat von 1862 bis 1866 mit außerordentlichem Fleiße und fast unerreichter Gründlichkeit gearbeitet; ihre Arbeiten füllen fünf starke Foliobände. Sie hat zuerst die fiktile Industrie (Tonwaren, Porzellan u. dgl.) untersucht und wurde dabei — ein Zeichen des eingetretenen Umschwungs — in erfreulicher Weise in einer Denkschrift von den größten Tonwarenfabrikanten Staffordshires, darunter J. Wedgwood und Söhne, begrüßt, in der um „gewaltsame Einmischung des Staats“ gebeten wurde. Die zunehmende Humanität, das größere

Verständnis für den Wert aller Maßregeln des Staats zur Hebung der materiellen und moralischen Lage der Arbeiter und ein gewisser Stolz auf ihre nicht im Zustand äußerster Dürftigkeit befindliche Arbeiterschaft hatten schon viele große Fabrikanten zu selbständiger Errichtung von Fabrik-schulen, zur Minderung der Kinderarbeit, zur Einführung zweckdienlicher Sanitätsvorkehrungen und anderer wohlthätiger Maßnahmen veranlaßt. Sollten diese Einrichtungen und insbesondere die freiwillige Beschränkung der Arbeitszeit der Kinder ohne geschäftlichen Nachteil für die betreffenden Firmen bleiben, so mußte ihren Konkurrenten die Möglichkeit genommen werden, sich durch rücksichtslose Ausbeutung jugendlicher Arbeit und Unterlassung kostspieliger Sanitätsvorkehrungen eine wohlfeilere Produktionsweise zu sichern. Dies durch irgendwelche Ue-einkunft der Fabrikanten herbeizuführen, sei, wie die Petenten sagten, unmöglich. In Anbetracht dessen bäten sie um ein Zwangsgesetz.

Die Untersuchung der Arbeitsverhältnisse, welche die Kommission zuerst in den Töpfereidistrikten, dann in den Fabriken von Zündhütchen, Zündhölzern, Patronen, Papier-tapeten, Druckereien und Baumwollsamtsherereien vor-nahm, zeigte, daß die barbarischen Zustände, die der Kommissionsbericht der vierziger Jahre enthüllt hatte, un-verändert fortbestanden. In allen diesen Gewerben fand sich die Beschäftigung von Kindern vom frühesten Alter an; es wird von Fällen berichtet, in denen Kinder von nur 2 Jahren schon beschäftigt wurden. Es zeigte sich ferner in allen Gewerben eine selbst für Erwachsene verderbliche Ausdehnung der Arbeitszeit, und als Folge lebenslängliche Verkrüppelung und lebenslängliches Siechtum der Kinder und eine unglaubliche Vernachlässigung ihrer Erziehung. Um aus der Fülle gleichlautender Zeugenaussagen nur eine anzuführen: Ein in einer Zündholzfabrik beschäftigtes Mädchen von etwa 14 Jahren hatte Schachteln anzufertigen; niemals war es in einer Schule gewesen und kannte keinen einzigen Buchstaben; es war niemals in einer Kirche der Staatskirche oder einer Kapelle irgendeiner Sekte ge-

wesen; es hatte niemals den Namen von England oder London oder vom Meere oder von Schiffen gehört. Es hatte nie von Gott gehört. Es wußte nicht, ob es für sie besser sei, gut oder schlecht zu sein. Als Folge dieser schändlichen Preisgebung der Kinder an die Gier von Fabrikanten und die Not ihrer Eltern verwiesen die besseren Arbeiter und Arbeitgeber klagend auf freche, unwissende Mädchen, verwilderte, körperlich und moralisch unreine Frauen, träge, frivole Knaben und leichtsinnige und würdelose Männer.

Dem entsprechend empfahl die Kommission die sofortige Ausdehnung der Fabrikgesetze auf die von ihr untersuchten Gewerbe. Doch gab es noch immer Fabrikanten, die widersprachen, wenn auch die besten für den Antrag eintraten. Aber die Zeiten, wo ein Widerstand Aussicht auf Erfolg hatte, waren vorbei. Die allgemeine Zunahme der Verwaltungstätigkeit des Staats hatte die Befürchtungen wegen staatlicher Intervention im Wirtschaftsleben bedeutend verringert; vor allem aber hatte nach den glänzenden bisherigen Ergebnissen der Fabrikgesetzgebung und dem Ausbleiben der als deren Folge vorausgesagten Nachteile ein Widerstand bei der öffentlichen Meinung keine Aussicht mehr auf Erfolg. Nun hat auch Senior, der in den dreißiger Jahren ausgerechnet hatte, daß, wenn die Arbeitszeit auch nur um eine Stunde verkürzt würde, die gesamte englische Industrie zugrunde ginge, die Beschränkung der Arbeitszeit der in den untersuchten Industrien beschäftigten Kinder verlangt, und Newmarch die Einsicht in die Notwendigkeit eines gesetzlich geregelten Arbeitstags als charakteristische Neuerrungenschaft der ökonomischen Wissenschaft gepriesen. Den Höhepunkt bildete, als der Präsident der Handelskammer von Manchester, des Focus des Widerstands gegen jegliche Arbeitsgesetzgebung, prahlend auf den Kontrast hinwies, der zwischen der Lage der in der gesetzlich geregelten Textilindustrie und der Lage der in den noch freien Industrien beschäftigten Arbeiter bestand. Das war sogar der Times zu viel; sie

konnte nicht umhin, den Präsidenten an die Fabrikantenrevolte gegen das Zehnstundengesetz zu erinnern.

Bei solch günstiger Stimmung konnte es nicht fehlen, daß am 25. Juli 1864 ein Gesetz erlassen wurde, das alle Fabriken von Tonwaren, Zündhütchen, Patronen und Zündhölzchen, Papiertapeten, Druckereien und alle Baumwollsamtscherereien der allgemeinen Fabrikgesetzgebung unterwarf. Wenige Wochen vorher, am 30. Juni 1864, war auch ein Gesetz erlassen worden, das die Kaminfegerjungen schützte, die noch immer als Borstwische für rußige Schornsteine verwendet wurden; die Untersuchung der Kommission hatte sich auch auf sie erstreckt. Ihre weiteren Arbeiten betrafen die Fabrikation von Spitzen und Wirkwaren, vornehmlich in Nottinghamshire. In beiden Gewerben fanden sich dieselben Zustände wie in den durch das Gesetz von 1864 geregelten Industrien; dabei auch dieselbe Erscheinung, daß die meisten großen Fabrikanten willig waren, sich einer gesetzlichen Beschränkung der Arbeitszeit zu unterwerfen, aber dringend verlangten, daß die kleinen Werkstätten, die ihnen durch niedrige Löhne und lange Überzeit Konkurrenz machten, der gleichen Beschränkung unterworfen würden. Die Kommission empfahl die Ausdehnung der Fabrikgesetze auch auf diese Gewerbe. Ebenso dringend, wenn nicht dringender, verlangten die im Damenbekleidungsgeschäft herrschenden Zustände Abhilfe. Hier fand sich, namentlich zur Zeit der Saison, das Schwitzsystem in höchster Ausbildung. Thomas Hood hat die Lage der Näherinnen in dem Liede vom Hemde ergreifend verewigt. Doch war die Lage der jugendlichen im Schneider- und Schuhmachergewerbe Beschäftigten kaum anders als die der Näherinnen. Die Werkräume waren durchgehend schlecht, selbst die der sogenannten ersten Häuser im Westend von London; in den Werkstätten der Mittelsmänner waren sie noch schlechter und erreichten eine unerhörte Schädlichkeit in den Wohnstuben der kleinen Schneider des Ostens von London. Nicht anders war es bei den Hut- und Handschuhmachern, und hier wie allenthalben wiederholte sich die Tatsache, daß die Arbeitsräume

in den großen, fabrikmäßig betriebenen Geschäften weit gesünder und die Arbeitszeit kürzer und regelmäßiger waren, als bei den kleinen Meistern. Und ebenso war es in der Metallindustrie, die sowohl in großartigen Fabriken wie von kleinen Handwerkern betrieben wurde.

Allein wenn die Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung auf alle Kinder, jugendliche Personen und Frauen auch eine gerechte und notwendige Forderung war, so war sie doch mit großen Schwierigkeiten verbunden. Die Fabrikgesetzgebung war in vielen Punkten eng an die Verhältnisse der Textilindustrie angepaßt, und ihre Vorschriften über den Normalarbeitstag von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends und die Zeit der Mahlzeiten konnten nicht schlechtweg auf die Industrien, deren Betrieb Nacharbeit erfordert, und auf die kleinen beweglichen und untergeordneten Gewerbe übertragen werden. Daher hat die Regierung zwei weitere Gesetze erlassen, deren erstes (the Factory Extension Act) vom 15. August 1867 alle Hochöfen, Eisen- und Kupferwerke, maschinenmäßig betriebenen Maschinenfabriken, Metall- und Guttaperchafabriken, Papier-, Glas- und Tabakfabriken, Druckereien, Buchbindereien und endlich alle jene Betriebe, in denen während eines Jahres 50 und mehr Personen wenigstens hundert Tage gemeinsam beschäftigt werden, regelt und für ein jedes dieser Gewerbe seinen Verhältnissen entsprechende Bestimmungen trifft. Da eine Untersuchung die Verhältnisse der in den Werkstätten der Handwerker beschäftigten Kinder, jugendlichen Personen und Frauen als eben solcher gesetzlichen Hilfe wie die der in den Fabriken Beschäftigten bedürftig gezeigt hatte, unterwarf ein zweites Gesetz (The Workshop Regulation Act) vom 21. August 1867 die Werkstätten einer ähnlichen gesetzlichen Regelung wie die Fabriken. Die Schwierigkeiten, welche die Ausdehnung des Gesetzes über die Fabriken verursachte, waren schon 1869 so gut wie überwunden. Die strenge Handhabung desselben, verbunden mit der Unmöglichkeit seine Abänderung durchzusetzen, hat merkwürdig rasch viele Unternehmer zur Überzeugung gebracht, daß ein regelmäßiger Arbeitstag

mit täglich gleicher Stundenzahl sowohl für die Produktion als auch für die Hebung der Arbeiterklasse vorteilhaft sei. Weit weniger gelang es, das zweite Gesetz von 1867, das Werkstättengesetz, durchzuführen, besonders da seine Durchführung statt staatlichen Inspektoren Lokalbehörden überlassen war. Das hat 1871 eine Ergänzung des Gesetzes notwendig gemacht, durch welche auch das Kleingewerbe den Fabrikinspektoren unterstellt worden ist, und schon ein Jahr später haben die Oberinspektoren berichtet, daß auch die kleinen Unternehmer sich durch eifrige Befolgung der gesetzlichen Vorschriften auszeichneten¹⁾.

Durch die beiden Gesetze von 1867 ist, was ursprünglich nur als eine Art Ausnahmegesetzgebung für einen bestimmten Industriezweig festgesetzt worden war, zum ersten Male für den Umfang des Vereinigten Königreichs zum Gesetz erhoben und damit erklärt worden, daß alle Lohnarbeit jugendlicher Personen und Frauen überwacht und bestimmten Vorschriften unterworfen sein solle. Es wurde damit die Neuordnung der Industrie, was Frauen und Kinder angeht, im Prinzip vollendet. Verschiedene Nachtragsgesetze haben dann noch verbessert, was in diesen Gesetzen verbesserungsbedürftig war; darunter ist insbesondere das Gesetz vom 30. Juli 1874 zu erwähnen, durch das die Zahl der wöchentlichen Arbeitsstunden der geschützten Personen auf 56 herabgesetzt worden ist. Damit ist an die Stelle des Zehnstundengesetzes von 1847 ein Neunstundengesetz getreten²⁾; die Hauptursache war die Steigerung der Intensität der Arbeit seit Erlass des Zehnstundengesetzes und die damit entstandene größere Notwendigkeit, die Arbeiter vor Erschöpfung zu sichern.

Werfen wir einen Blick auf die Entwicklung der englischen Fabrikgesetzgebung von ihren Anfängen bis 1874 zurück. Sie zeigt einen fundamentalen Unterschied von

1) Siehe die Berichte der Fabrikinspektoren Baker und Redgrave vom 1. Mai 1871 bis Ende April 1872.

2) Siehe über den Verlauf der Bewegung, die dazu geführt hat, das IX. Kapitel von Hutchins and Harrison, *A History of Factory Legislation*, 173 ff.

derjenigen auf dem Festland. Hier sind die Fabrikgesetze sogleich für alle fabrikmäßig betriebenen Gewerbe und die Bergwerke erlassen worden. Ihre Bestimmungen sind wenige und im Vergleich mit denen ihrer englischen Vorgänger ungemein einfach. In England mußte der Kampf um Erlaß von Gesetzen zum Schutze der Arbeiter für jedes Gewerbe besonders durchgekämpft werden. Für jedes einzelne Gewerbe fanden besondere Untersuchungen statt, welche durch Aufdeckung der Lage der darin Beschäftigten die Notwendigkeit staatlichen Eingreifens erwiesen; das hat für jeden Industriezweig den Erlaß besonderer, ungemein komplizierter Gesetze zur Folge gehabt. Das entspricht ganz dem Vorgehen der englischen Gesetzgebung auch auf anderen Gebieten; sie pflegt nicht von allgemeinen Prinzipien ausgehende, sondern für jeden einzelnen Fall, für den die Notwendigkeit gesetzlichen Einschreitens nachgewiesen wird, diesem entsprechende Gesetze zu erlassen. Das hat dazu geführt, daß für jedes Gewerbe in überwältigendem Maße die Notwendigkeit staatlicher Regelung dargetan wurde, und auf keine andere Weise wäre gegenüber dem verbündeten Widerstande der Interessen der Fabrikanten und des Doktrinarismus der Nationalökonomien ein Einschreiten der Gesetzgebung zu erreichen gewesen. Doch waren mit dieser Entwicklung auch Nachteile verbunden. Es entstand eine fast unübersehbare Menge von Fabrikgesetzen und, was noch schlimmer war, die Ordnung, die durch sie herbeigeführt wurde, war für die verschiedenen Gewerbe ungleich. Diese Ungleichheiten waren aber nicht durch ungleiche Produktionsverhältnisse der verschiedenen Gewerbe bedingt. Sie hatten vielmehr ihren Grund darin, daß jedes Gesetz ein Kompromiß war zwischen denen, die seinen Erlaß betrieben, und den Fabrikanten, und je nachdem zur Zeit des Erlasses anderweitige Parteirücksichten größere oder geringere Berücksichtigung der Interessen der Fabrikanten erheischten, wurden die Bestimmungen der Gesetze für die Arbeiter mehr oder weniger günstig.

Dieser Zustand hat zu den mannigfachsten Klagen be-

sonders seitens der Fabrikinspektoren den Anlaß gegeben und dazu geführt, daß im März 1875 eine königliche Kommission zur Untersuchung des Zustands der Fabrikgesetze eingesetzt wurde. Sie hat sich ihrer Aufgabe mit der bekannten Gründlichkeit der englischen Untersuchungskommissionen unterzogen. Alle Teile Großbritanniens und Irlands wurden von ihr besucht. Das Ergebnis ihres am 10. Februar 1876 erstatteten Berichtes¹⁾ war die Konsolidierung der englischen Fabrikgesetze von 1844—74, des Gesetzes zur Regelung der Seifenfabrikation von 1846, desjenigen zur Regelung der Spitzenfabrikation von 1861 und der Werkstättengesetze von 1867—71 in dem Gesetze von 1878.

Es würde zu weit führen, wollte ich die Einzelbestimmungen dieses Gesetzes hier anführen. Wohl aber muß von dem neuen Gegner gesprochen werden, der ihm erwachsen war. Er fand sich nicht etwa unter den Arbeitgebern; unter diesen gab es nur mehr wenige unbelehrbare. „Wir haben keine Ursache zur Annahme“, heißt es im Berichte der Untersuchungskommission von 1875/6, „daß die Gesetzgebung, die in so auffälliger Weise sich als Wohltat für die beschäftigten Arbeiter erwiesen hat, den Gewerben, auf die sie Anwendung fand, irgend erheblichen Nachteil gebracht hat. Im Gegenteil, der Fortschritt der Industrie war augenscheinlich völlig unbehindert durch die Fabrikgesetze, und es gibt nur wenige, selbst unter den Arbeitgebern, welche jetzt einen Widerruf der Hauptbestimmungen dieser Gesetze wünschten oder welche die Wohltaten leugneten, die aus diesen Gesetzen hervorgegangen sind.“ Der neue Gegner waren die bürgerlichen Frauen, die gegen den gesetzlichen Schutz der mehr als achtzehnjährigen, in den Fabriken und Werkstätten beschäftigten Frauen Einspruch erhoben. Sie selbst waren von einer Menge geistiger Berufstätigkeiten ausgeschlossen, in denen sie den Männern völlig ebenbürtig waren. Aber

1) Er besteht aus 2 Foliobänden. Siehe darüber meine Aufsätze in der „Concordia, Zeitschrift für die Arbeiterfrage“, Nr. 22—26, vom 27. Mai bis 24. Juni 1876.

ganz anders stand es mit den Frauen, die durch die Not gezwungen sich mit körperlicher Arbeit im Erwerbsleben betätigten. Hier handelte es sich nicht um Ausschluß von Erwerbsgelegenheiten, sondern um Schutz gegen Ausbeutung. In ihrem Doktrinarismus übersahen die Frauen der bürgerlichen Kreise den Unterschied. Sie sahen in den im Interesse der Frauen erlassenen Bestimmungen der Arbeiterschutzgesetzgebung nur Beschränkungen der Arbeitsgelegenheit der Frauen, während die Gewerkvereine der männlichen Arbeiter für die Verkürzung der Arbeitszeit der Frauen eintraten, nicht, um diese von der Arbeit auszuschließen, sondern weil die Verkürzung notwendig auch die ihrer eigenen Arbeitszeit mit sich brachte. Aber der Doktrinarismus der Frauen hat sich nicht nur gelegentlich der Konsolidierung der Fabrikgesetze, sondern auch 1891 und 1895 geltend gemacht, als die Beschränkung der Arbeitszeit der in Waschanstalten beschäftigten Frauen in Frage war. Als die Agitation der Suffragetten um das Frauenstimmrecht begann, kam zu dieser törichten Argumentation eine weitere hinzu; man bestritt dem Parlamente das Recht der Einmischung in die Arbeitsverhältnisse von Personen, die nicht in ihm vertreten seien; danach hätten alle Gesetze, die nicht vertretene Personen betrafen, abgeschafft werden müssen¹⁾.

Die Gesetzgebung hat sich durch den Doktrinarismus der bürgerlichen Frauen nicht abhalten lassen, auf der beschrittenen Bahn weiterzugehen. Es wurden 1891 und 1895 weitere Fabrikgesetze erlassen, die 1901 durch die neue Konsolidierung der Fabrik- und Werkstattgesetze im 1. Edw. VII. c. 22 ersetzt worden sind. Sie haben große Fortschritte in sanitärer Beziehung gebracht und haben sich auch auf Werkstätten erstreckt, in denen nur männliche Arbeiter beschäftigt waren. Dabei ist durch sie die Verantwortlichkeit der Gemeindebehörden für die in den Gemeinden herrschenden Mißstände in stärkerem Maße anerkannt worden, und gerade in einigen größeren Städten,

1) Siehe über die Opposition der Frauen Hutchins und Harrison a. a. O.

besonders in Liverpool, Manchester, Nottingham, Leeds, Bradford und im Gebiete einiger Gemeinderäte von London sind von den Lokalbehörden Inspektoren ernannt worden, die segensreich gewirkt haben; in der Mehrzahl der Gemeinden freilich steht die Inspektion der Lokalbehörden noch sehr hinter der durch staatliche Beamte zurück. Mit dieser steigenden Verwandlung der Fabrikgesetzgebung in Gesetze zur Fürsorge für Gesundheit, deren Wirkung sich auch auf Männer erstreckte, ist übrigens auch dem Doktrinarismus der bürgerlichen Frauen tatsächlich Rechnung getragen, wenn auch in anderer Weise, als dieser gewünscht hatte.

Eine andere Ausdehnung hat die Arbeiterschutzgesetzgebung gefunden, indem sie, die in der Fürsorge für die in Fabriken ausgenutzten Kinder ihren Anfang genommen hatte, auf Kinder erstreckt wurde, die mit Fabrikbetrieb nichts mehr zu tun hatten. Die Beschäftigung von Kindern im Straßenhandel, in der Landwirtschaft und verschiedenen Arten von Heimarbeit wurde 1901 der Gegenstand der Untersuchung eines vom Ministerium des Innern, dem Unterrichtsministerium und dem Handelsministerium eingesetzten Ausschusses. Er schätzte, daß mindestens 200 000 Kinder in solchen unregelmäßigen Beschäftigungen tätig seien, wovon sich 22 000 im Alter unter 10 Jahren und nicht weniger als 5000 im Alter unter 8 Jahren befänden. Es herrschten da die ärgsten Gesundheit und Sittlichkeit gefährdenden Mißstände. Ein Gesetz von 1903 (The Employment of Children Act) hat die Beschäftigung von Kindern im Alter unter 11 Jahren und vor 6 Uhr morgens und nach 9 Uhr abends verboten.

Doch von weit größerer Bedeutung ist die Ausbildung gewesen, welche die britische Bergwerksgesetzgebung gefunden hat. Sind doch 1921 im britischen Bergbau 1 294 000 männliche und 4000 weibliche Arbeiter beschäftigt gewesen. Als ich oben¹⁾ von dem 1842 erlassenen Bergwerksgesetze sprach, habe ich betont, daß

1) Siehe oben S. 392 ff.

es an Wirksamkeit hinter dem Fabrikgesetze von 1833 weit zurückgeblieben ist. Sein Hauptfehler war die mangelhafte Inspektion. Was erreicht wurde, war die gänzliche Beseitigung der Frauenarbeit unter Tag, eine erhebliche Beschränkung der Beschäftigung von Knaben unter 10 Jahren und die Vernichtung des alten Lehrlingssystems; dagegen fehlten Bestimmungen zur Beseitigung der besonderen Mißstände, unter denen die Bergleute litten, wie der Betrügereien bei Feststellung der Menge der von ihnen geförderten Kohlen, der Minderung des von ihnen verdienten Lohns durch ungerechtfertigte Konfiskationen, der monatlichen, mitunter zweimonatlichen Lohnzahlungstermine, die das Trucksystem zur notwendigen Folge hatten; auch das Verbot der Auszahlung der Löhne in Wirtshäusern erreichte wegen ungenügender Vorschriften nicht seinen Zweck; vor allem aber fehlten genügende Vorschriften zur Verhütung von Unfällen.

Um Abhilfe dieser Mißstände hat es sich in den erbitterten Kämpfen der Grubenarbeiter gegen die Grubenbesitzer bis in das zwanzigste Jahrhundert gehandelt: denn, wenn das Gesetz von 1842 auch allein dem heroischen Eingreifen Lord Ashleys zu danken war, der Erlaß der Gesetze von 1850, 1855, 1860, 1862, 1866, 1872, 1881, 1886, 1887, 1894, die infolge des zähen Widerstands der Grubenbesitzer und des Doktrinarismus der Nationalökonomien gegen die elementarsten Forderungen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit notwendig wurden, ist lediglich der Initiative und den Opfern der Bergleute und der Tätigkeit ihrer Organisationen zu danken¹⁾. Dabei ist zu beachten, daß die ersten wirklichen Fortschritte erst 1867, nachdem die Bergleute das Stimmrecht zum Parlament erhalten hatten, erzielt worden sind.

Die unmittelbare Folge des Gesetzes von 1842 für die Grubenbesitzer war ein erheblicher Aufwand für Ver-

1) Siehe Dr. F. Spencer Baldwin, Die englischen Bergwerksgesetze. Stuttgart 1894. Ferner das 6. Kapitel in der History of Trade Unionism von S. a. B. Webb, Ausgabe von 1920.

größerung der Gänge gewesen. Mit dem Verbot der Beschäftigung von Kindern, die durch niedrige Flötze gekrochen waren, mußten die Gänge so erweitert werden, daß die Beseitigung der gehauenen Kohle durch Männer und Ponies stattfinden konnte. Damit und mit der Entfernung der Frauen unter Tag wuchsen auch die Ausgaben für Löhne. Aber diese Mehrung der Betriebskosten ist bald durch die Überlegenheit des neuen Arbeitssystems und die größere Leistungsfähigkeit der Männer aufgewogen worden. Auch zeigte sich die Verbesserung der moralischen und wirtschaftlichen Zustände der Bergbaubevölkerung als für die Arbeitgeber von Vorteil.

Besonders bedauerlich war das Fehlen einer Beschränkung der Arbeitszeit der beschäftigten Knaben über 10, seit 1860 über 12 Jahren und von Vorschriften über deren Schulunterricht. Die Bergleute haben seit 1847 unablässig darum petitioniert. Sie erklärten sich bereit, sich Lohnabzüge gefallen zu lassen, um den Unterricht ihrer Kinder zu bestreiten. Aber erst 1860 haben sie erreicht, daß kein Knabe unter 12 Jahren unter Tag, und keiner beschäftigt werden darf, der nicht lesen und schreiben kann oder an 2 Tagen der Woche täglich 3 Stunden die Schule besucht. Ein klägliches Ergebnis! Erst durch die Einführung der allgemeinen Schulpflicht durch die Gesetze von 1870 und 1876 wurde hier Abhilfe geschaffen. Aber noch immer blieb eine Arbeitsdauer von 12 Stunden für die als Schlepper verwendeten Knaben bestehen; sie betrug in Northumberland und Durham sogar mehr als die der erwachsenen Männer.

Eine besondere Klage der Bergleute war die über die Betrügereien bei Bemessung der von einem jeden geförderten Kohlenmenge¹⁾. Man kannte zweierlei Art von Bemessung: nach Maß und nach Gewicht. Bei der ersteren wurde nach der Zahl der Karren bezahlt, die ein jeder gefüllt hatte; aber wenn die eingefüllten Kohlen beim Durchlaufen der Gänge zusammengerüttelt waren, kam

1) S. a. B. Webb, Hist. of Trad. Un. 2. ed 304 ff.

der Wagen ungenügend bei der Schachtmündung an und wurde deshalb nicht bezahlt, obgleich die darin geförderten Kohlen verkauft wurden. Andere Wagen wurden genullt, weil die geförderten Kohlen beschmutzt waren. Eine weitere Klage ging dahin, daß die Wagen heimlich vergrößert würden, während die für den Wagen gezahlten Löhne die alten blieben. Da hat das Parlament das Bezahlen nach Maß verboten. Aber auch mit der Bezahlung nach Gewicht war den Betrügereien nicht Einhalt getan. Das Gesetz hatte bestimmt, daß die geförderten Kohlen „richtig gewogen“ werden sollten; aber viele Grubenbesitzer bedienten sich falscher Wäginstrumente, und als die Arbeiter sie deshalb verklagten, entschieden die Gerichte, dies heiße so viel wie vertragsmäßig gewogen, und die Arbeiter hätten, indem sie auf den betreffenden Gruben Arbeit nahmen, deren Verwendung zugestimmt¹⁾. Erst 1872 haben die Arbeiter erreicht, daß nur Wäginstrumente gebraucht werden dürften, die von den Inspektoren für Maß und Gewicht als dem Gesetze entsprechend befunden worden seien. Auch erlangten sie, daß sie auf ihre Kosten einen Wiegekontrollleur an die Wage stellen durften, der das Wiegen überwachte, und erst 1894, nach vieler Mühe, daß die Grubenverwaltung diesen Kontrollleur nicht fortschicken durfte.

Ganz besondere Mühe machte es, die langen Lohnzahlungstermine zu beseitigen. Mit ihnen waren zweierlei Mißstände verbunden. Die Arbeiter konnten nicht ein, mitunter zwei Monate warten, bis sie für die von ihnen geleistete Arbeit bezahlt wurden. Wenn sie aber vor Ablauf des Monats Geld brauchten, wurde ihnen, was ihnen als Lohn ausbezahlt wurde, als Vorschuß angerechnet, wofür sie Zinsen zahlen mußten, 1 d für 1 Shilling, das sogenannte Poundage. Eine andere Methode war, daß der Arbeitgeber sie in Noten bezahlte, die nur in den von ihm gehaltenen Schenken oder Läden honoriert wurden. Eine Firma hat im Jahr für 75 000 £ an ihre Arbeiter verkauft

1) Baldwin 175.

und dabei £ 6600 verdient¹⁾. 1887 wurden Poundage und Truck in einem besonderen Gesetze, dem Truck Amendment Act 1887, abermals verboten, so daß Ende des 19. Jahrhunderts das Trucksystem in Großbritannien verschwunden war.

Das Schlimmste aber waren die ungenügenden Vorschriften zur Verhütung von Explosionen, Deckeneinstürzen und Einstürzen der Seitenwände, die tausenden von Grubenarbeitern das Leben gekostet haben. Die Hauptursache war die ungenügende Inspektion. 1842 wurde nur erst ein Inspektor für sämtliche Gruben Großbritanniens eingesetzt, der noch dazu systematisch alle Klagen der Arbeiter so beantwortete, wie es dem Interesse der Grubenbesitzer entsprach. Als 1850 auf Drängen der Arbeiter eine vermehrte Inspektion mit erweiterten Befugnissen eingeführt werden sollte, erklärte der durch die Aussperrung von 1844²⁾ übelberühmte Marquis von Londonderry, einer der größten Grubenbesitzer, daß er die Direktion seiner Gruben lieber der Regierung überlassen würde, als gezwungen sein möchte, einen Mann zu bezahlen, der eine Art Oberaufsicht über seine Gruben ausüben sollte, und Lord Brougham bezeichnete den Gesetzentwurf zum Schutz gegen Explosionen als „eine ungerechte Einmischung in die Arbeits- und Eigentumsrechte“³⁾. Die Vorlage wurde dessen ungeachtet in beiden Häusern mit großer Mehrheit angenommen, desgleichen ohne Debatte 1855 ein Gesetz, das die Befugnisse der Inspektoren erweiterte. Aber noch immer war ihre Zahl zu gering; es hätte ein jeder etwa 500 Gruben im Jahre inspizieren müssen, um eine jede auch nur einmal zu besuchen. So beschränkten sie sich darauf, erst zu inspizieren, nachdem eine Explosion stattgefunden hatte. Aber auch dann hatten die Arbeiter noch Anlaß zu klagen. Die Leichenschau bestand aus Krämern

1) Baldwin 178.

2) Siehe Engels, Lage der arbeitenden Klassen in England 308. F. Auerbach im 45. Bande der Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 14.

3) Baldwin 100.

und dergleichen kleinen Leuten, die sämtlich von den Grubenbesitzern wirtschaftlich abhängig waren und deren Nichtverschulden an dem Unglück aussprachen. Dementsprechend verlangten die Arbeiter, daß eine Anzahl der Leichenbeschauer aus ihrer Mitte entnommen werde. Aber auch in dieser Beziehung wurden Verbesserungen erst 1872 erreicht.

Die Hauptsache war, daß durch genügende Ventilation verhindert wurde, daß giftige Gase zu Explosionen führten. Nach Einführung der Davyschen Sicherheitslampe hatten die Explosionen zu- statt abgenommen. Bei stärkerem Luftzug, wie er auch nur durch schnelles Gehen veranlaßt wurde, schlug die Flamme durch, und es war wie bei offenem Licht. 1879 wurde eine Kommission zur Feststellung der besten Sicherheitslampe eingesetzt. Sie hat 700 verschiedene Lampen geprüft und 1886 berichtet, daß keine gut und die einfache Davysche Lampe geradezu gefährlich sei. Nun wurde endlich für genügende Inspektion gesorgt. Eine jede Grube mußte einen hinsichtlich seines Sachverständnisses geprüften Verwalter haben. Sie mußte alle 24 Stunden und zwar, bevor die Arbeiter einfuhren, auf ihre Ungefährlichkeit untersucht werden. Es wurde endlich erreicht, daß eine genügende Zahl von Inspektoren vorhanden war, welche die Gruben nicht erst nach eingetretenem Schaden zu untersuchen hatten.

Um die Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts galten folgende Bestimmungen:

Die Beschäftigung von Frauen und von Knaben unter 12 Jahren unter Tag war verboten. Die Arbeitszeit war für junge Leute unter 16 Jahren auf 10 Stunden täglich und 54 die Woche beschränkt. Es waren Ruhepausen derselben vorgeschrieben. Lohnzahlung in Schenken war verboten. In allen Gruben mußten die Arbeiter nach dem Gewicht der geförderten Menge bezahlt werden; sie durften einen Kontrolleur des Wiegens aufstellen; die Wäageinstrumente sollten unter Aufsicht des Eichinspektors stehen. Die Regierung sollte einen Stab von Inspektoren ernennen, welche die Gruben zu besichtigen und an das Parlament

ment jährlich zu berichten hatten. Eine jede Grube mußte unter der Aufsicht eines geprüften Betriebsleiters stehen. Jedes Bergwerk mußte durch zwei Schächte Verbindung nach außen haben. Für den Fall eines Unfalls, durch den Arbeiter getötet wurden, konnte die Regierung eine amtliche Untersuchung anordnen. Verschiedene allgemeine Vorschriften zum Schutze der Person des Arbeiters mußten in sämtlichen Gruben eingehalten werden.

So groß die durch das Gesetz von 1887¹⁾ erreichten Fortschritte gewesen sind, so haben weder die Bergleute noch die ihrem Drängen folgende Gesetzgebung sich bei dem durch dasselbe Erreichten beruhigt. 1900 wurde Gesetz, daß kein Knabe im Alter unter 13 Jahren unter Tag beschäftigt werden dürfe. 1905 wurde bestimmt, daß der von den Arbeitern ernannte Wiegekontrollleur einen Vertreter haben dürfe mit denselben Rechten wie er; auch wurden Bestimmungen über die Beschaffenheit seines Aufenthaltsorts bei der Kontrolle und über seine Entlohnung getroffen. Aber von ganz anderer Bedeutung waren die 1908, 1911 und 1912 für die Kohlengruben erlassenen Gesetze.

1908 ist die Arbeitszeit in den Kohlengruben auch für die erwachsenen männlichen Arbeiter gesetzlich beschränkt worden. Kein Arbeiter soll sich für den Zweck seiner Arbeit, einschließlich des Hin- und Weggehens, länger als 8 innerhalb 24 Stunden unter Tag in einer Grube aufhalten; daran reihen sich Ausführungs- und Strafbestimmungen.

Das Gesetz von 1911 ist ein Kodex betreffend die Verwaltung der Kohlengruben. Darin werden die an ihre Verwalter und die diesen untergeordneten Organe zu stellenden Ansprüche festgestellt, bis ins Einzelne gehende Vorschriften zur Sicherung genügender Ventilation, über Sicherheitslampen, über die Zugänge zum Arbeitsort, über Sicherung von Leib, Leben und Gesundheit der Grubenarbeiter erlassen, das Verbot der Beschäftigung von Knaben unter

1) Das Gesetz von 1887 ist im 45. Bande der Schriften des Vereins für Sozialpolitik 249—261 in deutscher Übersetzung abgedruckt.

14 Jahren ausgesprochen, das Verbot der Beschäftigung weiblicher Personen unter Tag erneuert und die Beschäftigung von Knaben und Mädchen unter 13 Jahren und von Frauen über Tag geregelt, das Verbot, Löhne in Schenken zu zahlen, wird neu eingeschränkt, und wöchentliche Lohnzahlung, wenn die Mehrheit der Arbeiter sie fordert, vorgeschrieben. Im Teil VII des Gesetzes werden die Ernennung der Grubeninspektoren, ihre Rechte und Pflichten behandelt. Sie haben danach nunmehr alle die Rechte und Pflichten der Fabrikinspektoren, was man ehemals für völlig unzulässig erklärt hatte. Daran reihen sich noch Bestimmungen über das gerichtliche Vorgehen bei Übertretungen des Gesetzes.

Durch ein Gesetz vom 7. August 1914 sind dann noch einige Verbesserungen an dem Kodex von 1911 vorgenommen worden; ein Gesetz vom 28. März 1917 dehnt eine Bestimmung über die Aufhebung des Gesetzes von 1908 während der Kriegezeit auf andere Bergwerke als Kohlengruben aus. 1919 wird vom 16. Juli 1919 an die Arbeitszeit auf 7 Stunden herabgesetzt und bestimmt, daß vom 21. Juli 1921 ab eine weitere Herabsetzung auf 6 Stunden täglich stattfinden solle, wenn in einer Resolution beider Häuser des Parlaments ausgesprochen werde, daß die Lage der Kohlenindustrie dies gestatte.

Ein Gesetz vom 16. August 1920 endlich hat eine besondere Bergwerksabteilung im Handelsministerium eingerichtet mit weitgehenden Vollmachten für alle Arten von Bergwerken, darunter auch der, daß das Handelsministerium während der Dauer eines Jahres nach dem 31. August 1920 das Recht haben solle, die Ausfuhr von Kohlen und die Versorgung der Schiffe mit Kohlen zu regeln. Das bezieht sich aber ebensowenig auf die in den Bergwerken beschäftigten Arbeiter, wie die 1920, 1921, 1923, 1925 und 1926 erlassenen Bergwerksgesetze auf sie direkt Bezug haben. Es wird später noch von ihnen die Rede sein. Der Arbeiterschutz in Bergwerken ist mit dem Gesetz von 1919 zunächst zum Abschluß gelangt. Auf die große Arbeitseinstellung der Bergleute vom Jahre 1926

und ihr Verlangen nach einer Umordnung des britischen Bergbaus werde ich am Schlusse dieses Werks zu sprechen kommen.

Ebensowenig wie die Produktion der Baumwollindustrie durch die Fabrikgesetzgebung ist die Produktion des Bergbaus durch die Bergwerksgesetzgebung behindert worden. Die Größe und der geschätzte Wert der Kohlenausbeute haben in Großbritannien und Irland betragen:

Jahr	Tonnen	Geschätzter Wert £
1854	64 661 401	16 165 350
1864	92 787 873	23 197 968
1874	125 067 916	45 849 194
1883	163 737 327	46 054 143
1892	181 786 871	66 050 451
1903	230 334 469	88 227 547
1913 ¹⁾	287 430 000	145 536 000

Ähnlich war die Entwicklung in den übrigen Zweigen des Bergbaus.

Fragen wir aber, wie es gekommen ist, daß Fabrik- und Bergwerksgesetzgebung, welche den Arbeitstag der Arbeiter verkürzt und ihre sonstigen Arbeitsbedingungen in so außerordentlichem Maße verbessert haben, die Produktion statt sie zu beeinträchtigen, so erheblich gesteigert haben, so lautet die Antwort, daß in vielen Fällen ein drohender Ausfall in der Produktion durch die erhöhte Leistungsfähigkeit der Arbeiter wett gemacht worden ist; in anderen Fällen wurde er ausgeglichen durch verbesserte Maschinen oder Verbesserungen in der Wirtschaftsorganisation. Auf die eine oder andere Weise, in den meisten Fällen durch das Zusammenwirken von beiden, größeren Leistungen der Arbeiter wie der Arbeitgeber, wurde statt einer Minderung sogar eine Steigerung der Produktion herbeigeführt²⁾.

1) Die Zahl der 1914 und in den darauf folgenden Jahren geförderten Tonnen und ihren Schätzungswert gebe ich nicht an, weil die erstere einen Ausfall durch Krieg und Streik, der letztere eine den Vergleich störende Erhöhung durch die Papierwährung erlitten hat.

2) Siehe darüber Lujo Brentano, Über das Verhältnis

Doch noch habe ich nicht von Arbeitern gesprochen, die für den englischen Nationalreichtum von nicht geringer Bedeutung als Fabrikarbeiter und Bergleute sind, von den Matrosen der Handelsmarine. Bei Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse ist von dem Prinzip der Nichteinmischung des Staats in die Arbeitsbedingungen Erwachsener nicht die Rede gewesen; die Einmischung, wo Mißstände zu beseitigen waren, verstand sich hier von selbst; es konnte sich hier nur darum handeln, wie weit dabei in Einschränkungen des Eigennutzes der Reeder gegangen werde. Gesetze zum Schutze der Matrosen gehen bis in die Zeit Richards II. zurück. Aus der Zeit nach der Parlamentsreform von 1832 stammt das Gesetz vom 28. August 1833 (3 & 4 Wm. IV. c. 88), das sich auf die pekuniären Interessen der Seeleute bezieht. Ein weiteres Gesetz vom 30. Juli 1835 (5 & 6 Wm. IV. c. 19) enthält sanitäre Vorschriften und schafft ein allgemeines Einschreibebureau für Seeleute der Handelsmarine. Von den weiteren über die Handelsmarine erlassenen Gesetzen sind besonders die vom 5. September 1844 und von 1854 (7 & 8 Vict. c. 112 und 17 & 18 Vict. c. 120) von Bedeutung; der dritte und vierte Teil des letzteren enthalten die Bestimmungen zum Schutze der Matrosen; diese sind indes in den lokalen Marineämtern, denen die Durchführung derselben obliegt, noch nicht vertreten. Das Gesetz sieht die Errichtung von Schiffsämtern für Einschreibung der Matrosen vor, sowie die Prüfung von Meistern und Maaten, bevor sie die Zeugnisse erhalten, ohne die kein Schiff anlaufen darf; es enthält Vorschriften über Lehrlinge, über das Anwerben der Matrosen, ihre Entlassung, Bezahlung, über Maßnahmen zum Schutze ihrer Gesundheit, über ihre Unterbringung auf den Schiffen und alles, was im Interesse von Leib und Leben der Gesunden und der Kranken nötig ist, sowie Anordnungen über das Begräbnis der Gestorbenen. Ich übergehe die Abänderungen durch die Gesetze von

von Arbeitslohn und Arbeitszeit zur Arbeitsleistung, 2. Aufl., Leipzig 1893.

1855 und 1862 und erwähne nur noch den Kreuzzug, den Samuel Plimsoll, das Parlamentsmitglied für Derby, zu Beginn der siebziger Jahre gegen die „Sargschiffe“ eröffnet hat. Der aus Eisen gebaute Dampfer bedeutete eine außerordentliche Minderung der Transportkosten; der Handel nahm in stärkerem Maße zu, als von den Schiffen bewältigt werden konnte. Neue Dampfer von bis dahin unerhörter Schnelligkeit wurden ohne genügende vorausgegangene Prüfung ausgeschiedt, während die Eigentümer der alten Segelschiffe die Konkurrenz zu bestehen suchten, indem sie ihre Schiffe überfrachteten und ungenügend bemannten; mitunter sandten sie sie sogar bewußt, um den versicherten Betrag zu gewinnen, in ihr Verderben¹⁾. Plimsoll berechnete, daß innerhalb von sechs Jahren mehr als 6000 Küstenfahrer Schiffbruch gelitten hätten und Tausende von Leben unnötig geopfert worden seien. Er verlangte die Feststellung aller unklassifizierten Schiffe, ein Höchstmaß der Ladelinie und die Prüfung des zum Schiffbau verwendeten Eisens, sowie das Verbot der Beladung des Decks über ein gewisses Maß und der Verfrachtung von Getreide in Haufen. Das Handelsamt erhielt 1871 Kontrollbefugnis, die, weil ungenügend, 1873 erweitert wurde. Aber Plimsoll drang ununterbrochen auf Erweiterung derselben, setzte die Ernennung einer Königlichen Untersuchungskommission durch und beantragte auf Grund ihres Berichts im Februar 1875 ein Gesetz, das weitere Abhilfe bringen sollte. Aber Disraeli widersetzte sich, und der Gesetzentwurf fiel. Darauf eine Szene im Unterhause. Plimsoll erklärte, daß er gewisse „Schurken“, die darin säßen, „entlarven“ werde; er wurde deshalb suspendiert. Aber nun geriet das Land in Aufregung, und im Herbst erging ein zeitlich beschränktes Gesetz, das im Jahre darauf verstärkt wurde. Die Schifffahrtsgesetze von 1875 und 1876 führten eine Ladelinie ein, setzten der Beladung

1) Siehe das gleiche Verhalten der römischen equites schon im 3. Jahrhundert v. Chr. während des zweiten punischen Kriegs. Livius XXIII c. 49 und XXIV c. 3.

des Decks eine Grenze und bedrohten die Aussendung seeuntüchtiger Schiffe mit Strafe. Ein Gesetz von 1880 betrifft die besonderen Gefahren der Getreideschiffe, und Thomas Burt setzte ein Gesetz durch, das sehr benötigte Sicherungen für die Auszahlung der Löhne der Matrosen schuf und die kriminelle Bestrafung des Bruchs des Arbeitsvertrags, der die Matrosen allein noch ausgesetzt waren, beseitigte.

Plimsoll konnte geltend machen, daß durch die Gesetze, mit denen sein Name verbunden bleiben wird, 500 Schiffe, „ein jedes so verfault wie eine Birne“, abgebrochen worden seien, und daß 1876 und 1883 nicht weniger als 832 Schiffe angehalten wurden, als sie den Hafen verlassen wollten, daß sie repariert wurden und daß ihre Ladung beträchtlich vermindert wurde. Das Matrosenpressen hat tatsächlich aufgehört, die Ernährung und die Entlohnung der Matrosen sind verbessert worden, doch ist der Dienst in der Handelsmarine noch immer ein hartes Los. Aber die Habgier ist nicht mehr der für die britische Handelsmarine charakteristische Zug. Das Handelsministerium und die Festsetzung von Ladelinien durch Lloyds Registerbureau, durch die Britische Schifffahrtskorporation und das Britische Komitee des Bureaus Veritas geben heute Sicherheit für die Seetüchtigkeit der britischen Schifffahrt¹⁾.

Die Statistik der durch Unfälle der Schiffe umgekommenen Seeleute der Handelsmarine einschließlich der Laskars zeigt eine konstante Abnahme; ihre Zahl betrug 1925 bei den Segelschiffen nur 10, bei den Dampfern nur 189; die Zahl der untergegangenen Segelschiffe betrug 1925 nur 41, die der untergegangenen Dampfer nur 106, während der Tonnengehalt der 1925 in britische Häfen aus dem Ausland eingelaufenen Schiffe 52 020 734, der ins Ausland ausgelaufenen 52 839 274 betrug²⁾). Die zum Schutze der Seeleute erlassenen Gesetze haben demnach dem britischen Außenhandel keinen Eintrag getan.

1) Siehe für das Vorstehende Perris, *The Industrial History of Modern England* 325—327 und die mehr beschönigende Darstellung von A. W. Kirkaldy, *British Shipping etc.* 231 ff.

2) *Statistical Abstract*, 1927, 278, 279, 263.

61. Kapitel.

Die Gewerkvereine bis zum Ende des Weltkriegs und die Entstehung der Arbeiterpartei.

Alle im vorigen Kapitel behandelten Fortschritte in der Arbeiterschutzgesetzgebung unterscheiden sich in einem wichtigen Punkte von den früher vorgeführten. Die Bergwerksgesetzgebung von 1842 und die Zehnstundengesetzgebung von 1847 haben ihre Anregung Lord Shaftesbury und anderen außerhalb der Arbeiterwelt stehenden Freunden derselben verdankt. Die Fortschritte, über die im vorigen Kapitel berichtet worden ist, hat die Arbeiterklasse sich unter ihren eigenen Führern erkämpft. Das gilt nicht nur von der Bergwerksgesetzgebung, deren Weiterentwicklung vornehmlich Alexander Macdonald zu danken ist, einem heroischen Manne, dessen ganzes Leben in Bemühungen für die Besserung der Lage der Grubenarbeiter, aus denen er selbst emporgestiegen ist, aufgegangen ist. Es gilt auch von der Fortbildung der Fabrikgesetzgebung seit den siebziger Jahren. Die Gewerkvereine der Textilarbeiter Lancashires haben sich, obwohl die Anordnungen der Gesetzgebung sich nur auf Frauen, Jugendliche und Kinder bezogen, im eigenen Interesse derselben angenommen, weil infolge ihres Zusammenarbeitens mit den geschützten Personen jede Verkürzung von deren Arbeitszeit auch den Männern zugut kam. Mit diesem Hervortreten der Grubenarbeiter und Baumwollspinner ist die Führung in der Entwicklung der Gewerkvereine vom Süden Englands auf den Norden, auf die Bergwerksdistrikte und Lancashire, übergegangen.

In den fünfziger und sechziger Jahren hatte die Führung in London gelegen, bei Wm. Newton und Wm. Allan, den Schöpfern der Gesellschaft der Vereinigten Maschinenbauer, bei deren Nachahmer R. Applegarth, dem Generalsekretär der Vereinigten Zimmerleute und Schreiner, bei D. Guile, dem Generalsekretär der Eisengießer, bei E. Coulson, dem Generalsekretär der Backsteinmaurer, und G. Odger, dem Sekretär des Londoner Gewerkvereinsrates. Unter ihrem Einfluß hat in den fünfziger und sechziger Jahren die Abkehr der Gewerkvereine von allen revolutionären Bestrebungen stattgefunden. Sie verfolgten keinen anderen Gedanken als die Besserung der Lage der Arbeiter auf Grundlage der bestehenden Wirtschaftsordnung. Damit wurden die Gewerkvereine politisch zum linken Flügel der liberalen Partei¹⁾. Von Klassenkampf, den die Chartisten gepredigt hatten, war nicht mehr die Rede, und Karl Marx, der den Chartismus in verbesserter Form vergeblich wieder zu beleben versuchte, hat sie entsprechend verachtet²⁾. Die Gewerkvereinskongresse sind 1871—75 nur mit Ausbildung des Gewerkvereinsrechts innerhalb der bestehenden Ordnung beschäftigt gewesen³⁾. Seit 1871 wählten sie einen Ausschuß, das parlamentarische Komitee, mit der Aufgabe, vom Parlament zu erreichen, daß die Arbeiterklasse in jeder Beziehung den übrigen Gesellschaftsklassen rechtlich gleichgesetzt werde. Bei der Verfolgung dieses Ziels waren sie von den Positivisten unterstützt worden⁴⁾; diese aber waren dagegen, daß die Arbeiter sich in die Abhängigkeit von den politischen Parteien begäben. Doch das parlamentarische Komitee dachte anders. Es sah den Vorteil der Arbeiter im Anschluß an

1) In diesem Entwicklungsstadium standen die Gewerkvereine, als ich meine „Arbeitergilden der Gegenwart“ und mein „Arbeitsverhältnis gemäß dem heutigen Recht“ schrieb.

2) Siehe oben S. 458, 459 und Beer 433 ff.

3) Ich folge in diesem Kapitel der erschöpfenden Darstellung von Sidney and Beatrice Webb, *Hist. of T. U.*, Ausgabe von 1920, 299 ff.

4) Siehe Frederic Harrison, *Autobiographic Memoirs*. London 1911, passim, besonders I 315—323.

die von Gladstone geführte liberale Partei. Gladstone huldigte in den siebziger Jahren einer Repressionspolitik gegen Irland. Die Positivisten warnten die Arbeiter, daß die dort geübte Gewalt auch einmal gegen sie angewandt werden könnte. Doch das parlamentarische Komitee hörte nicht. Das hat nicht nur zur Trennung der Positivisten von den Führern der Gewerkvereine geführt, sondern der Maulkorb, der den Gewerkvereinskongressen durch die Verbindung mit der liberalen Partei angelegt wurde, hat auch zu Spaltungen innerhalb der Gewerkvereinswelt wesentlich beigetragen.

Es waren zwei Dinge, welche diese Spaltung veranlaßten. Das eine war die große Scheu vor Arbeitskämpfen, welche die Leiter der großen Gewerkvereine, denen die Er kämpfung des Gewerkvereinsrechts von 1871—76 zu danken ist, erfüllte. Ich habe oben¹⁾ erzählt, daß diese Gewerkvereine mit der Unterstützung bei Arbeitslosigkeit jeglicher Art die bei Krankheit, Invalidität, Alter und die Fürsorge für Witwen und Waisen verbanden und, um diese gewähren zu können, hohe Beiträge von ihren Mitgliedern erhoben. Das hat bewirkt, daß die Arbeiter den betreffenden Gewerkvereinen auch in ruhigen Zeiten treu blieben. Die Arbeitgeber jener Tage haben über die seitens der Gewerkvereine dadurch erlangte Macht ein aufregendes Manifest veröffentlicht, das auf einem völligen Verkennen der wirklichen Verhältnisse beruhte. Denn eben die Sorge um das für friedliche Unterstützungszwecke angesammelte Vermögen hat die Gewerkvereine veranlaßt, alles zu vermeiden, was zu einer Arbeitseinstellung oder Aussperrung führen könnte, und, wo trotzdem ein Arbeitskampf drohte, sie geneigt gemacht, die Austragung des Streiks einem Einigungsverfahren zu überlassen. Damit traten sie in einen Gegensatz zu den Grubenarbeitern und den Arbeitern der Baumwollindustrie. Man beschuldigte ihre Leiter, daß sie auf ihren Lorbeeren eingeschlafen seien. Dazu kam die wachsende Ausschließlichkeit der großen Gesellschaften im

1) Siehe oben S. 450.

Interesse ihrer Gelder. Das Bestehen auf der Fähigkeit, den normalen Gewerkvereinslohn zu verdienen, und die mangelnde Fürsorge für die ungelerten Arbeiter des eigenen Gewerbes machte sie zu einer Aristokratie, deren Egoismus die Bedürfnisse von Tausenden ohne genügende Fürsorge ließ.

Damit kommen wir zu dem zweiten Punkte, der zu einer Spaltung führen sollte, der Unfähigkeit der Ungelernten, sich selbst zu helfen, und dem ihr entsprechenden Streben, die Hilfe des Staats und der Kommunen in Anspruch zu nehmen.

Nach 1871 hat eine außerordentliche Ausbreitung der Gewerkvereine stattgefunden. Sie hat sich 1872 auch auf die landwirtschaftlichen Arbeiter erstreckt. Ihr Führer war Josef Arch, Arbeiter und primitiver methodistischer Prediger in Warwickshire. Am 11. März 1872 beschlossen 200 Arbeiter zur Erreichung höherer Löhne die Arbeit einzustellen; sie verlangten 16 s die Woche bei einem Arbeitstage von 6 Uhr morgens bis 5 Uhr abends. Ungleich anderen Arbeitseinstellungen hat diese von Anfang an die Unterstützung seitens der Presse gefunden, und diese brachte den Streikenden Freunde und Gelder. Am 29. März erfolgte die Gründung des Vereins der landwirtschaftlichen Arbeiter von Warwickshire. Die Bewegung verbreitete sich wie ein Lauffeuer über das Land. Binnen zwei Monaten verwandelten die Delegierten von 26 Grafschaften den Verein von Warwickshire in den Nationalen Verein der Landarbeiter, und Ende des Jahres zählte er nahezu 100 000 Mitglieder. Die Gewerkvereine der gewerblichen Arbeiter unterstützten die landwirtschaftlichen. Andererseits begegneten sie der erbitterten Gegnerschaft der Grundherren. Man schickte ihre Frauen wegen Einschüchterung von Streikbrechern ins Gefängnis. Das taten Friedensrichter, die gleichzeitig Geistliche der Staatskirche waren. Nur Erzbischof Manning, der spätere Kardinal, trat für die Arbeiter ein, während der anglikanische Bischof von Gloucester in einer Rede vor der dortigen Landwirtschaftlichen Gesellschaft die Pferdeschwemme des Dorfs als den ge-

eigneten Aufenthalt für die zur Gründung neuer Zweigvereine entsendeten Delegierten empfahl. Die Offiziere sandten den Landwirten Soldaten zur Verrichtung der Arbeit der Streikenden, bis das Einschreiten des Londoner Gewerkvereinsrats dem Einhalt gebot. Aber auch reiche Unterstützungen seitens der gewerblichen Gewerkvereine reichten nicht aus, die Niederlage der Landarbeiter zu verhindern. 1874 haben sie ihre erste Niederlage erlitten. Die landwirtschaftlichen Arbeitgeber benützten die Winterszeit, um die Gewerkvereine der Landarbeiter zu vernichten: die Landgeistlichkeit, die Ärzte und die Wirte, d. h. alles, was von den Grundherren abhängig war, waren auf deren Seite. Da kam 1875 der Niedergang der Landwirtschaft infolge der überseeischen Konkurrenz. Die, welche Beschäftigung fanden, mußten in niedrigere Löhne willigen. 1881 hatte der Gewerkverein nur mehr 15 000, 1889 nur mehr 4254 Mitglieder.

Aber die gleichzeitige Lage der gewerblichen Arbeiter war infolge des großen Krachs von 1874 nicht anders. Er hat zu Lohnherabsetzungen in allen Gewerben geführt. Wo gleitende Lohnskalen bestanden, sanken mit den Preisen die Löhne so tief, daß die Lebenshaltung der Arbeiter gefährdet wurde. Die Folge waren Arbeitseinstellungen und Aussperrungen. 1878/79 war die Zeit des größten Tiefstands der britischen Industrie. Die Arbeitgeber suchten die Gelegenheit zur Zurücknahme gemachter Konzessionen zu nützen. Die Zahl der Mitglieder der Gewerkvereine ging zurück. Nur die großen Gesellschaften, die auch friedliche Unterstützungen gewährten, die Gewerkvereine der Baumwollarbeiter und die der Grubenarbeiter in Northumberland und Durham vermochten ihre Stellung zu halten. Aber gerade die Stärke ihrer Organisationen hat zur Zeit, als nach nur kurzem Wiederaufleben des Geschäftsgangs zu Beginn der achtziger Jahre die Depression wieder einsetzte, in deren weiterem Verlauf zum Ausbruch des Gegensatzes zwischen alten und neuen Gewerkvereinen geführt. Die alten Gewerkvereine waren, im Bewußtsein ihrer Stärke und auf ihre Selbständigkeit

bedacht, gegen Anrufung und Eingreifen der noch wesentlich von den Besitzenden beeinflussten Gesetzgebung in die Arbeiterverhältnisse. Das Erfordernis der Zurücklegung einer Lehrzeit und das Bestehen auf der Fähigkeit des als Mitglied aufzunehmenden Arbeiters, den von den Gewerksvereinen festgesetzten Normallohn zu verdienen, gab ihnen, indem es das Angebot von Arbeit beschränkte, die Möglichkeit, dieses zu regeln und damit auf den von ihnen für nötig erachteten Arbeitsbedingungen zu bestehen. Anders war die Lage der Ungelernten. Ihre Zahl war unbegrenzt, und dem entsprechend hatten ihre Organisationen keinen Einfluß auf das Arbeitsangebot. Sie waren schwach und daher für Staatshilfe. Das Fortschreiten der Technik hat aber, indem es zur steigenden Ersetzung von gelernten durch in kurzer Zeit anzulernende ungelernete Arbeiter geführt hat, die Zahl der Gewerksvereine der ungelerten bzw. angelernten Arbeiter fortschreitend vermehrt. Auch hat es die Aufrechterhaltung der von den alten Gewerksvereinen beibehaltenen zünftlerischen Abgrenzung der Gewerbe unmöglich gemacht; das hat zu Interessengegensätzen bei Gewährung der in der Zeit der Depression besonders angeschwollenen Arbeitslosenunterstützung, und diese haben zur Verhinderung von Bündnissen einander berührender Gewerksvereine und damit zur Schwächung des Vorgehens der Gewerksvereine geführt.

Zu diesen Änderungen in den technischen und wirtschaftlichen Verhältnissen ist ein Umschwung in den Ideen der Gewerksvereinswelt gekommen. Ich habe schon gesagt, daß die Führer der Gewerksvereine zu Beginn der siebziger Jahre den ökonomischen Anschauungen der Liberalen gehuldigt haben. Der parlamentarische Ausschuß der Gewerksvereinskongresse ist von 1875—85 gegen gesetzliche Einmischung in den Arbeitsvertrag der Erwachsenen gewesen; alles sah damals in den Gewerksvereinen eine unübersteigliche Schutzmauer gegen den Sozialismus. Innerhalb von zehn Jahren war eine völlige Änderung eingetreten. Schon 1893 hat die „Times“ geschrieben, die sozialistische Partei habe im Gewerksvereinskongresse die

Oberhand. Dabei darf man aber nicht an die Lehre des 1882 gestorbenen Karl Marx denken. Allerdings hat um diese Zeit eine Anzahl geistig nicht unbedeutender Männer ihr gehuldt; aber ihre Anhängerschaft war der Zahl nach unerheblich, und wenn man die Geschichte des englischen Sozialismus von M. Beer liest, der sich alle Mühe gibt, den von ihr geübten Einfluß geltend zu machen, bleibt doch der Eindruck, daß dieser gering war; schreibt doch auch er¹⁾ mit anerkennenswerter Objektivität, daß noch 1908 der Versuch, das marxistische Endziel in die Satzungen der 1906 entstandenen Arbeiterpartei aufzunehmen, mit 951 000 gegen 91 000 Stimmen abgelehnt worden ist. Ich habe schon im 59. Kapitel die Gesellschaft der Fabier erwähnt²⁾; sie hat den Einfluß der Marxisten zurückgedrängt. Sie hat die Marxsche Arbeitswerttheorie und die Lehre vom proletarischen Klassenkampf abgetan und auch die Forderung, „dem Arbeiter den vollen Ertrag seiner Arbeit zu sichern“, verworfen. Nach der Darstellung des Ehepaars Webb³⁾, das nebst G. B. Shaw den bestimmenden Einfluß in der Gesellschaft der Fabier geübt hat, ist der Ausgang der neuen Denkweise der Erfolg von Henry Georges „Fortschritt und Armut“ während der Jahre 1880 bis 1882 gewesen. Seine auf Ricardo und J. St. Mill zurückgehende Lehre vom unverdienten Wertzuwachs hat die englischen Arbeiter aufgerüttelt. Die Fabier lehren, sobald die Güterproduktion einen Grad erreicht habe, wo die menschliche Arbeit mehr ergibt, als zur Erhaltung notwendig ist, entstehe unter den Menschen ein Kampf um den Besitz des Überschusses oder des Mehrprodukts. Dieses Mehrprodukt hat den Charakter der Rente: es ist ein unverdienter Wertzuwachs. Durch die Verschiedenheit in der Qualität des Grund und Bodens, der Lage der Städte und Märkte, der Rohstoffe und Werkzeuge, der organischen Begabung und des Wissens der Unternehmer und Arbeiter, sowie durch die Erfindungen und Entdeckungen, schließ-

1) M. Beer 485.

2) Siehe oben S. 515.

3) Hist. of Tr. U. Ausgabe v. 1920, 375/6.

lich, infolge der Bestimmung des Preises durch die unter den ungünstigsten Bedingungen angewendete Arbeitsmenge entsteht eine ökonomische Rente oder ein Mehrprodukt, um das die Menschen miteinander ringen. In der inneren wie in der äußeren Politik dreht sich alles um Ergreifung der Rente. Daraus wird abgeleitet: 1. Der Kampf ist nicht zwischen Kapital und Arbeit, sondern zwischen der übergroßen Mehrheit der Nation und den Rentenaneignern zu führen. 2. Da die Rente oder der Wertzuwachs das Ergebnis gesellschaftlicher und historischer Faktoren ist, so müßte er der ganzen Gesellschaft zugut kommen. 3. Die soziale Reform müßte demnach in erster Linie darauf gerichtet sein, den Wertzuwachs zugunsten von Gemeinde und Staat in Beschlag zu nehmen, teils durch Steuerpolitik im Sinne Mills, teils durch Munizipalisierung und Verstaatlichung¹⁾. Diese Reform kann aber nach der Lehre der Fabier nicht gewaltsam herbeigeführt werden, sie haben das schon durch die Wahl ihres Namens nach dem Fabius Cunctator angedeutet. „Von 1889 an“, schreibt das Ehepaar Webb²⁾, „sind die Hauptbemühungen der britischen sozialistischen Bewegung nicht darauf gerichtet gewesen, eine plötzliche, vollständige und gleichzeitige Revolution hervorzurufen, sondern alle Kräfte der Gesellschaft mit kollektivistischen Idealen und kollektivistischen Grundsätzen zu durchseuchen.“

Es ist begreiflich, daß die britischen Arbeiter sich in den achtziger Jahren in steigendem Maße dem Sozialismus zugewandt haben. Die nach kurzem Wiederaufschwung folgende wirtschaftliche Depression ist von so langer Dauer wie noch nie zuvor gewesen, so daß namhafte National-ökonomien an der Wiederkehr besserer Zeiten verzweifelten. Das hatte so große Arbeitslosigkeit zur Folge, daß die Kassen der Gewerkvereine erschöpft wurden, und es aussichtslos schien, von den Gewerkvereinen Hilfe zu erwarten.

1) Fabian Essays 1889 und Fabian Tracts No. 15, 41, 51, 70.

2) Hist. of Trade Unionism, 414.

Gleichzeitig fand die systematische statistische Untersuchung der tatsächlichen Lage der gesamten Bevölkerung Londons statt, die Charles Booth, ein großer Kaufmann und Schiffsreeder, auf eigene Kosten veranstaltete. Ihre Ergebnisse haben den tiefsten Eindruck gemacht von einem Ende des Königreiches zum anderen¹⁾. Danach lebten in der reichsten Stadt der Welt 32 Proz., in einigen Distrikten 60 Proz. der gesamten Bevölkerung, im ganzen eine und eine viertel Million der Londoner Bevölkerung in einem Zustand chronischer Armut; sie waren von den elementarsten Kulturgütern ausgeschlossen; ihre Gesundheit und Leistungsfähigkeit waren aufs äußerste gefährdet.

Dazu kam der schon erwähnte Bericht des Oberhauses über das Schweißtreiber-(Sweating-)System, der die Ausrede der Satten unmöglich machte, daß alle Armut nur in Trunkenheit und Laster ihren Grund habe.

Es schien unmöglich, diesem Elend auf Grundlage der bestehenden Wirtschaftsordnung beizukommen. Die Gewerkvereine versagten. Sie wagten keinen Kampf mehr gegen Herabsetzung der Löhne und Ausdehnung der Arbeitszeit. Da waren es John Burns und Tom Mann, junge, energische Mitglieder der großen Gesellschaft der Vereinigten Maschinenbauer, die in heftigen Reden einen Kampf gegen deren Mattherzigkeit eröffneten. Tom Mann erkannte das Große an, was sie in der Vergangenheit geleistet hätte; aber was leistete sie heute? Die Zahl der Arbeitslosen der großen Gesellschaften sei außerordentlich. John Burns klagte im September 1887, „die Gewerkvereine bergten in sich die Ursache ihres Untergangs. Ihre unbedachte Übernahme von Pflichten und Verantwortungen, denen nur der Staat und die Gesamtheit gewachsen seien, indem sie auf

1) *Labour and Life of the People* (London 1. ed. 2 vols, 1889—91; 2nd ed. 4 vols, 1893) in erweiterter Ausgabe *Life and Labour in London*, 18 vols. *Pauperism and the Endowment of Old Age*. (London 1893.) *The Aged Poor* (1894). *Old Age and the Aged Poor* (1899). *Industrial Unrest and Trades Union Policy* (1913): Eine Biographie von Booth, Charles Booth, a Memoir (1918) ist von seiner Witwe herausgegeben worden.

Drängen der bürgerlichen Klassen die Kranken- und Altersversicherung übernommen hätten, erdrücke die größeren Gewerkvereine, da ihre Mitglieder dadurch in untragbarem Maße besteuert würden. Dies lähme sie so sehr, daß die Furcht, ihre Hilfskassenpflichten nicht erfüllen zu können, sie Eingriffe der Arbeitgeber protestlos erdulden lasse. Das Ergebnis sei, daß sie alle aufgehört hätten, Vereine zur Aufrechterhaltung der Rechte der Arbeit zu sein, und zu bloßen Einrichtungen zur Minderung der von den Mittel- und oberen Klassen zu zahlenden Armensteuer entartet seien.“ Darauf entstand in den alten aristokratischen Gewerkvereinen eine Opposition der jüngeren Mitglieder gegen die Degradierung der Gewerkvereine zu bloßen Hilfskassen.

Aber auch die Gewerkvereine, die keine Kranken- und Altersversicherung gewährten, gingen zurück. Gegenüber Arbeitgebern, die angesichts der Depression jederzeit bereit waren, ihr Geschäft aufzugeben, nützte auch kein kollektiver Arbeitsvertrag.

Hier setzten die Sozialisten ein. Sie verlangten soziale Reform, angefangen von einem gesetzlichen Achtstundentag bis zur Sozialisierung aller Produktionsmittel. Außerdem haben die großen Versammlungen der Arbeitslosen in den Jahren 1886—89 der Verbreitung der sozialistischen Anschauungen gedient. Sie hatten dabei eine Konkurrenz seitens der entstehenden Schutzzollbewegung, die die Depression in ihrem Sinne zu nützen suchte, zu bestehen. Als bekannt wurde, daß diese auf den 8. Februar 1887 eine Versammlung in Trafalgar Square einberufen hatte, erschienen die Sozialisten dort gleichzeitig, und John Burns forderte die Massen auf, ihm nach dem Hyde-Park zu folgen. Nun zogen sie in musterhafter Ordnung dahin. Nur als sie Pall Mall durchschritten und von den Mitgliedern der dortigen Klubs durch spöttische Gebärden und Zurufe herausgefordert wurden, antworteten sie mit Einwerfen der Fenster. Darauf wurde Burns mit Hyndman, Champion und Williams, die ihn begleitet hatten,

vor Gericht gestellt. Nach einer großen Rede von Burns wurden sämtliche Angeklagte freigesprochen.

Versammlungen der Arbeitslosen fanden mit zunehmendem Lärm bis November statt. Da erfaßte den konservativen Innenminister die Furcht, und als abermals eine Versammlung im Trafalgar Square stattfinden sollte, verbot er sie. Aber Linksliberale und Sozialisten ließen sich nicht abhalten, das Versammlungsrecht zu verteidigen. Eine Riesenmenge sammelte sich am 13. November 1887 im Trafalgar Square, wurde aber durch die Polizei, Kavallerie und Infanterie auseinandergetrieben, und John Burns und das Parlamentsmitglied Cunninghame Graham als Führer vor Gericht gestellt. Ihr Verteidiger war Asquith, ein damals noch kaum bekannter Advokat. Sie erhielten 6 Wochen Gefängnis.

Aber damit waren weder die Not der Arbeitslosen noch die Kampflust von John Burns, den Ungelernten zu helfen, beseitigt. Den großen Fortschritt brachte 1889 der siegreiche Ausgang der Arbeitseinstellung der von John Burns geführten Londoner Dockarbeiter¹⁾. In ihm gipfelte der Versuch, die ungelernten Arbeiter zu organisieren. Er hat mit der Organisation der in der Zündholzindustrie beschäftigten Mädchen begonnen; sie haben kraft der Unterstützung, die sie bei draußen Stehenden fanden, triumphiert. Darauf war im Mai 1889 die Organisation der Gasarbeiter durch Burns, Mann und Ben Tillet gefolgt; sie haben die Minderung ihres Arbeitstags von 12 auf 8 Stunden ohne Kampf erreicht. Aber von ganz anderer Bedeutung war es, als es gelang, die Dockarbeiter zu organisieren. Das war bis dahin ganz aussichtslos erschienen. Hat bei den gelernten Arbeitern die Notwendigkeit einer Geschicklichkeit in der Verrichtung der Arbeit von selbst eine gewisse Beschränkung des Angebots zur Folge, so hatte man es hier mit einer als hoffnungslos erscheinenden Armee derer zu tun, die über nichts als die Kraft ihrer Arme verfügten. Die Docks sind die letzte Zu-

1) Siehe darüber Schulze-Gävernitz, Zum sozialen Frieden II 433 ff.

flucht für gescheiterte Existenzen aller Art. Das Angebot von Arbeit war hier unbeschränkt, und häufig sank die Lebenshaltung der Dockarbeiter unter das Minimum des zum Leben Nötigen herab. Dann häufte sich die Zahl der Unfälle, weil die Arbeiter durch Entbehrungen allzu sehr geschwächt waren. Es erschien unmöglich, diesen Bodensatz der Gesellschaft zu organisieren. Da geschah das Unerwartete. Am 10. August sah man die Dockarbeiter Führer wählen und Forderungen stellen, die das Übel an der Wurzel faßten. Und sie siegten, zwar nicht aus eigener Kraft, sondern vermöge der Auslösung zweier Kräfte, die eine individualistische Betrachtungsweise nicht in Rechnung stellt: vermöge der Solidarität der arbeitenden Klassen und der Stellungnahme der öffentlichen Meinung. Eine wichtige Klasse der in den Docks beschäftigten gelernten Arbeiter, die Stauer (stevedores)¹⁾ erklärten, die Forderungen der Dockarbeiter zu den ihrigen zu machen, für sich dagegen nichts zu verlangen; sie stellten die Arbeit ein, bis diese Forderungen erfüllt seien, und ihrem Beispiel folgten andere Klassen gelernter Arbeiter, insbesondere die Matrosen, die Bootsleute, die Ewerführer²⁾. Um die Streikenden von Unfug abzuhalten, führte sie Burns täglich in endlosem Zuge nach dem Westend, und allenthalben standen die Menschen vor ihren Läden und Häusern und steuerten zu ihrem Unterhalte bei. Die allgemeine Sympathie stellte Burns £ 48 736 zur Verfügung. Ein unbekannter Wohltäter beteiligte sich allein mit £ 2000. Australien schickte durch telegraphische Anweisung £ 30 000, Tasmania einen Scheck von £ 700. Vom europäischen Kontinente kamen nur 2000 Mark, wovon Deutschland die Hälfte, Frankreich und Belgien je ein Viertel aufgebracht haben. Vier Wochen lang war der größte Hafen der Welt stillgelegt. Endlich gelang es

1) Die Stauer verstauen die Ware in den Schiffen, während die Dockarbeiter sie aus oder in die Schiffe bringen.

2) Ewer ist eine Barke, die Waren von und zu den Schiffen bringt, die am Kai nicht entladen oder beladen werden können. Die Ewerführer sind gelernte Arbeiter.

dem Lord Mayor von London, dem Kardinal Manning und Sidney Buxton, dem Vertreter des Dockviertels im Parlament, die Direktoren zum Nachgeben zu bewegen. Sie haben fast alle Forderungen der Dockarbeiter bewilligt, nämlich statt der Beschäftigung nur für 1 Stunde im Tag, die für mindestens 4 Stunden bei einem Minimallohn von 2 s, Ersetzung der Akkordarbeit durch Stücklohnung mit Minimallohn von 6 d die Stunde, bzw. 8 d bei Überzeit; als Überzeit sollten die Stunden von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens gelten.

Die unmittelbare Wirkung des Siegs der Dockarbeiter war eine enorme Zunahme der Gewerkvereine unter den Ungelernten. Sie schossen wie Pilze über Nacht empor, und nicht wenige umfaßten bisher unerhörte Mitgliederzahlen, 100 000, 180 000 u. dgl. Entsprechend dem geringen Lohneinkommen der Ungelernten waren die Beiträge, die sie erhoben, niedrig; dem entsprechend gewährten sie keine Kranken-, Invaliden- und Altersunterstützung; ihr Ziel war Schutz ihrer gewerblichen Interessen, namentlich Minderung der Arbeitszeit, und die Beeinflussung der Gesetzgebung in ihrem Interesse.

Selbst die Zahl der Mitglieder der alten Vereine nahm unter dem Einfluß der Bewegung zu. Auch die Mitgliedschaft des Vereins der Landarbeiter stieg wieder auf 14 000, und es entstanden unter ihnen neue Vereine. Vermöge der Bemühungen von Sir Charles Dilke und Lady Dilke wurden seit 1890 auch die weiblichen Arbeiter organisiert; von dem 1909 erlassenen Heimarbeiterschutzgesetz, das für die Arbeiterinnen von vier Industrien, in denen die Löhne besonders niedrig waren, Lohnämter mit dem Recht ein Lohnminimum festzusetzen, einführte, ist schon oben¹⁾ die Rede gewesen. Es folgten besondere Organisationen der Handlungsgehilfen, der kommunalen, staatlichen und der Versicherungsbeamten, der Eisenbahner, der Lehrer und Lehrerinnen. Dabei begegnen wir einer Zunahme der Vereinigungen der Gewerkvereine einander nahestehender Ge-

1) Siehe oben S. 480.

werbe. Die lokalen Gewerkvereinsräte, die der gegenseitigen Unterstützung schwacher Organisationen dienen, nahmen zu, und die Gewerkvereinskongresse fanden in der Öffentlichkeit immer mehr Beachtung, sogar mehr als ihrer wirklichen Bedeutung entspricht. Sie bilden allerdings die umfassendste Vereinigung aller Gewerkvereine und wählen jährlich einen parlamentarischen Ausschuß, der ihre Exekutive bildet. Aber der Gewerkvereinskongreß ist nur der Ausdruck der Solidarität der Arbeiterklasse. Er ist mehr eine Parade der Gewerkvereinsmacht als ein wirkliches Arbeiterparlament. Die von ihm gefaßten Resolutionen entbehren der bindenden Kraft und stehen häufig miteinander in Widerspruch. Der von ihm gewählte parlamentarische Ausschuß ist völlig unzureichend organisiert, um seine Zwecke zu erreichen. Auch fehlt sowohl den Kongressen wie dem von ihnen gewählten Ausschuß eine bestimmte Politik. Einzelne Persönlichkeiten, wie John Burns, Havelock Wilson, der Sekretär der Matrosen, George Howell von der Gesellschaft der Backsteinmauerer, haben im Parlament mehr geleistet als der parlamentarische Ausschuß.

Das Wichtigste, was die seit dem Streik der Dockarbeiter zunehmende Organisation der Ungelernten und deren wachsende Bedeutung gebracht hat, ist die Veränderung in der Stellung der Gewerkvereine zum Staate. Ich habe oben erwähnt, daß noch zu Beginn der siebziger Jahre die Statuten vieler Gewerkvereine in deren Versammlungen von Politik zu sprechen verbieten. Ich habe dann erzählt, daß die Gewerkvereine, nachdem sie von 1871—76 gesetzliche Anerkennung gefunden haben, der linke Flügel der liberalen Partei geworden seien; doch gilt das nicht ausnahmslos, sondern nur für die große Mehrheit; die Baumwollspinner in Lancashire, die in den dreißiger Jahren verbrecherische Revolutionäre gewesen waren, sind in den neunziger Jahren und im zwanzigsten Jahrhundert politisch konservativ gewesen. Aber gerade deshalb waren auch sie gegen Inanspruchnahme der Gesetzgebung im Interesse der erwachsenen männlichen Ar-

beiter gewesen. Vor allem aber gilt dies für die mächtigen Gewerkvereine der Kohlengrubenarbeiter in Northumberland und Durham; sie waren wie die Baumwollspinner von Lancashire für selbständiges Vorgehen der Gewerkvereine, und an ihrem Widerstande gegen den Erlaß eines Achtstundengesetzes für Bergleute, wobei nicht nur prinzipielle Gesichtspunkte, sondern auch das egoistische Interesse gegen die Verkürzung der zehnstündigen Arbeitszeit der mit Aufräumungsarbeiten beschäftigten Knaben mitwirkte, ist das Achtstundengesetz jahrelang gescheitert. Nun aber hatte die Depression der achtziger Jahre die Unzulänglichkeit der Gewerkvereinsaktion bei niedergehendem Geschäftsgang gezeigt, und der Sieg der Dockarbeiter war ein Wunder gewesen, das nicht alle Tage wiederholt werden konnte; auch haben die durch ihn erzielten Erfolge nicht alle Bestand gehabt; und wie stand es mit den Tausenden, die nur gelegentlich Arbeit fanden? Da hat der Streik der Dockarbeiter in doppelter Richtung gewirkt. Angesichts der Schwäche der Ungelernten, sich selbst zu helfen, hat er den Bestrebungen derer, welche die Hilfe des Staats in Anspruch nehmen wollten, den Sieg über die Anschauungen der alten Gewerkvereine verschafft; andererseits ist eine Änderung im Charakter der sozialistischen Propaganda eingetreten. Statt in einer internationalen sozialen Revolution suchte man den sozialen Fortschritt auf konstitutionellem Wege zu erreichen. Im Januar 1889 war Burns in den Londoner Grafschaftsrat gewählt worden und hat da eine sozial gerichtete Bureaukratie geschaffen. Unter dem Einfluß der Fabier verbreitete sich die Erkenntnis, daß plötzliche Änderungen nicht möglich sind, und die Führer der neuen Gewerkvereine predigten, Vertreter in die Gemeinderäte zu wählen, um auf konstitutionellem Wege die gewünschten Änderungen herbeizuführen. Die sozialen Beamten, die früher im Sinne der Kapitalisten gehandelt hatten, taten dies nunmehr im Sinne der Arbeiter.

Weit schwieriger als die Überwindung der umstürzlerischen Propaganda der wenigen Marxisten war die Bekämpfung der alten Gewerkvereine vom Liberalismus zu einer

ausgesprochenen Arbeiterpolitik. Was sie schließlich bewirkte, war die den Gewerkvereinen feindliche Rechtsprechung.

Schon 1891 war eine Königliche Kommission zur Untersuchung der Arbeiterverhältnisse eingesetzt worden. Sie war von Anfang an darauf aus, die in der Gewerkvereinswelt herrschenden Reformpläne zu diskreditieren. Sie hat nichts zustande gebracht. Ganz anders gefährlich war die Haltung der Juristen gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Der Versuch, die Gewerkvereine als verbrecherische Organisationen zu unterdrücken, war aufgegeben; dafür bediente man sich jetzt des Privatrechts, um, was nicht mehr durch Gefängnis bestraft werden konnte, durch Verurteilung der Gewerkvereinsbeamten zu Schadenersatz und durch hohe Prozeßkosten bei den Klagen, welche Arbeitgeber gegen sie anstrebten, zu erreichen. Die Richter betrachteten die Gewerkvereinshandlungen wenn auch nicht mehr als verbrecherisch, so doch als schädlich. Das Ausstellen von Schildwachen zur Benachrichtigung von Zuwandernden bei einem Arbeitsstillstand, auch wenn dies in der friedlichsten Weise stattfand, wurde zwar nicht mehr für eine verbrecherische Handlung, so doch für ein klagbares Unrecht erklärt. Selbst die Veröffentlichung der Liste von Firmen, die Nichtgewerkvereinler beschäftigten, gab Anspruch auf Schadenersatz; desgleichen die an eine Firma gerichtete Aufforderung, einer anderen nichts zu liefern, oder eine an einen Arbeitgeber gerichtete Bitte, eine bestimmte Person nicht zu beschäftigen, ja selbst die Aufforderung an die eigenen Mitglieder, nach Beendigung ihres Arbeitsvertrags die Arbeit einzustellen. Den größten Eindruck aber machte es, als 1901 durch eine richterliche Entscheidung alles in Frage gestellt wurde, was die Gesetzgebung von 1871—76 den Gewerkvereinen gewährt hatte. Man war allgemein der Meinung, daß gemäß derselben das Vermögen der Gewerkvereine auf dem Prozeßweg nicht in Anspruch genommen werden könne. Da, nach 30 Jahren, entschieden zum fast allgemeinen Erstaunen sowohl der juristischen als auch der Gewerkvereinswelt die

Richter, daß das Parlament in den siebziger Jahren dies nicht bestimmt habe. 1900 hatten die Eisenbahner der Taff Vale-Eisenbahn in Südwales gestreikt. Im Verlaufe des Streiks hatten einige Arbeiter gesetzwidrige Handlungen begangen, worauf die Eisenbahngesellschaft nicht diese Arbeiter, sondern die Vereinigte Gesellschaft der Eisenbahnbediensteten verklagte. Die Klage durchlief alle Instanzen bis zur höchsten, den richterlichen Lords, und diese entschieden, daß der Gewerkverein, obgleich er Korporationsrechte entbehrte, als solcher für Schaden, der durch Handlungen seiner Beamten verursacht sei, haftbar gemacht werden könne. Das stand in schreiendem Widerspruch zu den Absichten, die Regierung und Parlament beim Erlaß der Gesetze von 1871—76 beseelt hatten¹⁾. Der Verein der Eisenbahner, ohne dessen Zustimmung der Streik ausgebrochen war, und der noch weniger jene ungesetzlichen Handlungen gebilligt hatte, der aber, nachdem einmal die Arbeit eingestellt worden war, den Streikenden Unterstützung ausgezahlt hatte, mußte £ 42 000 an Schadenersatz und sonstigen Auslagen zahlen. Man hat berechnet, daß diese Entscheidung den Gewerkvereinen durch die gleichen Urteile, die ihr in anderen Fällen folgten, £ 200 000 gekostet hat.

Auf dieses Urteil sind zwei sehr wichtige Entwicklungen gefolgt. Die eine auf politischem Gebiete kann als unmittelbare Wirkung desselben betrachtet werden.

Schon auf dem Gewerkvereinskongresse von 1898 hatte die Mehrheit die Gründung einer von den beiden großen Parteien unabhängigen Organisation unter dem Namen Labour Representation Committee (Ausschuß für Vertretung der Arbeit) beschlossen. Nach dem Richterspruch im Taff Vale-Falle hat die Zahl der ihr beigetretenen Gewerkvereine sich im Jahre 1902/3 verdoppelt, 1906/7 verdreifacht; die zur so entstehenden Arbeiterpartei gehörigen Mitglieder bezifferten sich auf nahezu eine Million. Bei der Parlamentswahl im Januar 1906 hat sie die Wahl von 29

1) Siehe oben S. 454, 455.

Arbeitervertretern erreicht, aber nicht nur dies; als die Frage des Taff Vale-Urteils im Parlament erörtert wurde, erklärte ein Abgeordneter nach dem andern, er habe sich gegenüber seinen Wählern verpflichtet, für Wiederherstellung des Gewerkvereinsrechts, wie es nach allgemeiner Annahme vor dem Urteil bestand, zu stimmen. Die Folge war das Gesetz von 1906 betreffend Arbeitsstreitigkeiten (The Trade Disputes Act 1906)¹⁾. Es verleiht den Gewerkvereinsbeamten außerordentliche Privilegien, indem es bezüglich von Handlungen, die im Hinblick auf oder zur Förderung von Arbeitsstreitigkeiten begangen werden, bestimmt: 1. daß eine im Verein mit anderen begangene Handlung nicht klagbar sein soll, wenn sie von einem Einzelnen begangen nicht klagbar wäre; 2. daß Schildwachstehen, lediglich um andere zu benachrichtigen oder auf friedliche Weise zu überreden, erlaubt sein soll; 3. daß eine Handlung nicht klagbar sein soll lediglich, weil dadurch eine Person veranlaßt wird, einen Arbeitsvertrag zu brechen, oder weil sie eine Einmischung in den Geschäftsbetrieb eines anderen in der Verwendung seines Kapitals oder seiner Arbeit mit sich bringt. Das Gesetz ist trotz der energischen Verurteilung seitens der Nichtlohnempfänger bis 1927 in Kraft geblieben.

Doch haben Arbeitgeber und Juristen nicht bis zu diesem Jahre gewartet, um Rache zu nehmen. Der von der entstehenden Arbeiterpartei mit dem Arbeitsstreitigkeitsgesetz erfochtene Sieg hat ihren Anhang im Lande sehr vermehrt. Sie stellte bei den Wahlen Kandidaten auf, ohne auf Liberale oder Konservative Rücksicht zu nehmen. Da strengte 1908 W. V. Osborne, ein Mitglied der Vereinigten Gesellschaft der Eisenbahner, mit Hilfe reicher Mittel, die ihm von kapitalistischer Seite zuflossen, einen Prozeß an, um zu verhindern, daß seine Gesellschaft Gelder für politische Zwecke verwende. Er führte seinen Prozeß bis in die höchste Instanz, das Oberhaus, und dieses entschied

1) Siehe darüber Henry H. Slessor, The Law relating to Trade Unions, London 1921. 50, 58, 60—73.

entgegen dem, was bis dahin als das Gewerkvereinsrecht galt, zu seinen Gunsten. Die Parteien suchten auf diese Weise das Aufkommen einer Arbeiterpartei zu hindern. Nahezu vier Jahre lang blieb das die Arbeiterpartei hemmende Urteil bestehen; die Arbeitgeber haben während der Zeit von den den Gewerkvereinen in Verwendung ihrer Gelder auferlegten Schranken Vorteil gehabt; politisch aber hat der Zorn über das Urteil mächtig zum Wachstum der Arbeiterpartei beigetragen. Die 1911 den Parlamentsmitgliedern bewilligten Diäten haben es den Gewerkvereinen erleichtert, ihre Vertreter ins Parlament zu senden; das aus demselben Jahre stammende Arbeiterversicherungsgesetz von Lloyd George, von dem im nächsten Kapitel die Rede sein wird, hat die Forderung der neuen Gewerkvereine, daß der Staat die Versicherung gegen Krankheit und Alter übernehme, erfüllt und die Gewerkvereine zu Organen von deren Verwaltung gemacht. Das hat zur Mehrung ihrer Mitgliederzahl notwendig beigetragen. John Burns, der die Forderung in den achtziger Jahren zuerst gestellt hatte, war seit 1906 Minister für Lokalverwaltung, zuerst im Ministerium Campbell-Bannerman, dann im Ministerium Asquith, der ihn 1887 verteidigt hatte; das hat ihm freilich persönliche Angriffe seitens extremer Sozialdemokraten gebracht; er hat sie unter Anspielung auf die von ihm nach seiner damaligen Verurteilung im Gefängnis getragene Gefangenenumkleidung mit dem Scherz zum Schweigen gebracht, daß er ja schon einmal die Uniform des Königs getragen habe. Nun hatte Burns sich allerdings der liberalen und nicht der damals erst entstehenden Arbeiterpartei angeschlossen; immerhin lag in der Ernennung des Erneuerers der Gewerkvereine zum Minister die Anerkennung derselben als eines Bestandteils der Staatsordnung.

Noch mehr geschah dies durch die im 58. Kapitel vorgeführte Schaffung von Lohnämtern; sie haben bei Bemessung der Lohnsätze entsprechend der Lebenshaltung der Arbeiter das Prinzip, für das die Gewerkvereine seit einem Jahrhundert eingetreten waren, zur Geltung gebracht.

Aber noch immer bestand das Osborne-Urteil zu Recht. Sein Fortbestand hat die entgegengesetzte der beabsichtigten Wirkung gehabt. Der Zorn darüber hat mächtig dazu beigetragen, die Zahl der bei den Wahlen von 1910 für die Arbeiterpartei abgegebenen Stimmen zu mehren. Das Unterhaus sah sich genötigt, ihr mit der schon erwähnten Bewilligung von Diäten und der Annahme des Arbeiterversicherungsgesetzes entgegenzukommen. Endlich 1913 kam es zu dem Gesetz (The Trade Union Act 1913)¹⁾, das allen Gewerkvereinen gestattete, unter ihre Zwecke jedweden erlaubten aufzunehmen, so lange als ihr Hauptzweck dem im Gesetze von 1876 festgesetzten entspreche, und Geld in Verfolgung desselben auszugeben. Damit war das Osborne-Urteil annulliert. Die Gewerkvereine konnten nunmehr Gelder für politische Zwecke verwenden; nur sollten sie aus einem besonders dafür bestimmten Fond genommen werden und jedes Mitglied das Recht haben, die Zahlung von Beiträgen in diesen Fond zu verweigern.

Die andere Entwicklung, die in der Zeit nach dem Taff Vale-Urteil in steigendem Maße hervorgetreten ist, ist ein Umschwung in der Denkweise der Gewerkvereinswelt selbst. Seit Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts sind auch hervorragende englische Gewerkvereinsführer von der syndikalistischen Strömung erfaßt worden, die in Europa wie in Amerika Geltung gewann. Sie ist französischen Verhältnissen entsprungen, hat dort sogar Philosophen gefunden, deren verwandte Gedanken ihrer Förderung gedient haben, und ist von da über den Ozean nach den Vereinigten Staaten und selbst nach Australien gedrungen, um von dort aus auf England wieder zurückzuwirken und sowohl gegen die Gewerkvereine als auch gegen die Staatshilfe zugunsten der Arbeiter Propaganda zu machen²⁾.

1) Siehe über den Trade Union Act 1913 Slessor 43, 83, 89.

2) Siehe meinen Vortrag „Über Syndikalismus“ vom 6. Nov. 1912. München, Süddeutsche Monatshefte, 1913, den ich hier teilweise wiedergebe.

In Frankreich haben die Arbeiter seit 1884 Syndikate gebildet. Aber sie sind von den englischen wie auch den deutschen Arbeiterorganisationen weit verschieden gewesen. Der heikelste Punkt bei den Franzosen ist ihre Abneigung pekuniäre Opfer zu bringen. Schon auf einem Kongreß der „alten“ Internationale hat ein englischer Gewerkvereiner einmal gesagt: „Wenn es sich darum handelt, über Resolutionen abzustimmen, sind unsere französischen Freunde stets bereit, die Hände hoch zu heben, wenn sie sie aber in die Tasche stecken sollen, ist keiner mehr da.“ Das wird durch die Berechnungen des Professors Rist in Montpellier bestätigt¹⁾. Danach bezifferte sich 1911, wenn man alle französischen Arbeitersyndikate zusammennimmt, der durchschnittliche Jahresbeitrag eines französischen Syndikalisten auf 2 Francs 76 Centimes; das ergab für 489 351 Mitglieder ein Jahreseinkommen von 1 353 260 Francs. Dagegen hatten nach Rist die zur Generalkommission gehörigen deutschen Gewerkschaften ein Jahreseinkommen von 59 729 607 Francs; der durchschnittliche Jahresbeitrag eines Mitglieds betrug 32 Francs 60 Centimes. In England betrug das Jahreseinkommen der hundert stärksten Gewerkvereine Ende 1907 62 332 050 Francs und der durchschnittliche Jahresbeitrag der 1 457 856 Mitglieder 42 Francs 50 Centimes. Bei den Franzosen der höchste Beitrag 2 Francs per Monat; ihre Jahresbeiträge gingen herunter bis auf 10 Centimes; in England Beiträge von 1 Shilling die Woche!

Die Abneigung des französischen Arbeiters, lieber Einkerkierung zu ertragen, ja das Leben zu riskieren, als Geld zu zahlen, erklärt die Schwäche der französischen Arbeitersyndikate und sowohl die daraus folgende tatsächliche Rechtlosigkeit der französischen Arbeiter, als auch bei der revolutionären Tradition Frankreichs die dortige Entstehung des revolutionären Syndikalismus.

1) Charles Rist, La situation financière des syndicats ouvriers français, in der Revue Économique Internationale vom Januar 1911.

Der Grundgedanke desselben ist der des Klassenkampfes. In diesem Kampfe erblickt er eine erfreuliche Tatsache. Er führe zum Zusammenschluß der Arbeiter gegen Ausbeutung durch die Arbeitgeber und ihre Herrschaft. Er schweiße die materiellen und moralischen Kräfte der Arbeiter zusammen zu ihrer Emanzipation. Aufgabe der Syndikate sei es, das mehr oder minder vage Klassengefühl der Arbeiter zu organisieren, es zum Klassenbewußtsein zu erheben. Sie umfassen alle Arbeiter eines oder verwandter Gewerbe ohne Rücksicht auf deren politische oder religiöse Anschauungen. Doch unterscheiden sie sich von den englischen Gewerkvereinen und deutschen Gewerkschaften dadurch, daß diese die Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter je eines Gewerbes zum Ziele haben; die Syndikate dagegen hätten die Interessen der Arbeiter jeder Beschäftigung wahrzunehmen. Jene erfüllten die Arbeiter mit Korporationsgeist, was mit der Klassenidee in Widerspruch stehe, diese weiteten den Horizont und führten zur Stärkung des Klassenbewußtseins. Mittels der Syndikate vermöchten die Arbeiter direkt in den Klassenkampf einzutreten. Unter der „direkten Tat“ oder „direkten Aktion“ verstehen die Syndikalisten den Willen der Arbeiterklasse, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln, statt ihre Regelung durch Delegation oder Mandat Dritten anzuvertrauen, welche für sie handeln sollen. Ob sie sich gegen den Staat richte als den Vertreter der Arbeitgeber oder gegen die Arbeitgeber selbst, sei gleichgültig, vorausgesetzt, daß die enterbte Klasse für sich selbst handle, sich selbst erziehe, sich selbst umbilde. Die „direkte Tat“ ist nach ihrer Lehre nicht notwendig gewalttätig, sie vermöge aber diese Form anzunehmen. Sie bestehe in einem von den Arbeitern zur Erreichung ihres Endziels direkt ausgeübten Druck. Als Hauptarten der direkten Tat kennt sie:

1. Den Streik. Er ist's, worin sich nach ihr vor allem der Klassenkampf äußert. Es sei verkehrt, wenn sich dabei die Arbeiter auf die von ihnen angesammelten Gelder verlassen; dann entarte der Klassenkampf zum Kampf

zwischen zwei Geldsäcken, bei dem sie notwendig den kürzeren zögen. Der Streik müsse durch Sturm und Drang gewonnen werden, durch schnell und energisch ausgeübten Druck. Daher solle die Finanzlage bei einem Streik nie in Betracht gezogen werden. Dagegen sei es wichtig, die Arbeitgeber durch Überraschung in eine Notlage zu versetzen. Daher sei nichts verkehrter als Vereinbarungen von Arbeitsbedingungen für lange Zeit oder mit langen Kündigungsfristen. Sie gäben den Arbeitgebern nur Zeit, sich für den Kampf vorzubereiten. Mitunter könne man gewinnen, indem man andere Gewerbe zu Sympathiestreiks veranlasse. Völlig verkehrt seien Einigungsämter und Schiedsgerichte. Sie entschieden stets mit Rücksicht darauf, daß auch der technisch schlechteste Betrieb noch fortbestehen könne, also stets zugunsten der Arbeitgeber.

2. Die Marke. Indem die Arbeiter keine Waren kaufen außer solchen, welche mit einer sie approbierenden Marke versehen sind, werde den Arbeitern ihre Macht als Konsumenten zum Bewußtsein gebracht.

3. Den Boykott. Er bringt ihnen ihre Bedeutung als Produzenten und Konsumenten zum Bewußtsein. Er wendet sich gegen einen Arbeitgeber, dessen Werkstätte, gegen eine Firma, deren Laden gemieden werden soll.

4. Die Sabotage. Sie ist das berüchtigste der syndikalistischen Mittel. Als Regel denkt man dabei an Material- und Werkzeugzerstörung, eventuell sogar Gefährdung von Leib und Leben. Das ist irrig. Der Begriff der Sabotage ist viel weiter. Die Sabotage kann sich äußern ebensowohl in der äußersten Ehrlichkeit und strengsten Gesetzlichkeit, wie in empörendster Schädigung von Eigentum. Sie ist einfach zu definieren als systematisches Außerachtlassen des Interesses des Arbeitgebers. Das kann sich zum Beispiel darin äußern, daß man den Kunden volles Maß zuteil werden läßt, oder daß man ihnen die Wahrheit hinsichtlich der Qualität der verkauften Waren mitteilt. In Restaurants hat sie sich schon darin geäußert, daß man gut kocht und sich weigert, schlechtes Fleisch, das geliefert wird, zu verwenden. In anderen Fällen äußert

sie sich in dem sogenannten Ca-Canny-System oder absichtlichem langsamen Arbeiten oder, indem man anvertrautes Material verschwendet. Wo Streiks verboten sind, wie bei Arbeitern in amtlicher Stellung, oder wo ein Streik aussichtslos wäre, äußert sie sich durch passive Resistenz. Diese besteht darin, daß man sämtliche erlassene Betriebsvorschriften aufs genaueste ausführt, was regelmäßig zum völligen Stillstand des Betriebes führt. So machten es seinerzeit die italienischen Eisenbahner; die Folge war, daß kein Zug abfahren konnte; oder die österreichischen Zollbeamten, welche die Untersuchung der zu verzollenden Güter so weit trieben, daß sie zum Beispiel bei einer Kiste mit Eiern jedes einzelne Ei auspackten und wieder einpackten. Diese passive Resistenz wird auch aus dem Grunde vor dem Streik bevorzugt, weil man dabei seine Stelle behält, damit auch den Lohn weiter bezieht und etwaige sogenannte Arbeitswillige verhindert, verlassene Plätze einzunehmen. Aber sie äußert sich auch in schlechtem Arbeiten, steigert sich bis zur Zerstörung der Maschinen usw. Man hat gesagt, die Sabotage sei im sozialen Krieg, was die Guerillagefechte in nationalen Kriegen seien. Alles das wird von den Syndikalisten gebilligt; nur eines verurteilen sie aufs schärfste: Sabotage, welche zur Einbuße des Lebens eines Menschen führen könnte.

Aber die Syndikalisten haben außer den Arbeitgebern noch einen Feind — den Staat. Dieser ist ihnen nichts als das Organ der Kapital besitzenden Klasse. Ohne seine Macht gebrochen zu haben, keine Aussicht auf Sieg der Arbeiter. Eben weil der Staat der Feind sei, müßten sich die Arbeiter jedweder Beteiligung am politischen Leben enthalten. Dagegen sollten sie durch Agitation in Presse und Versammlungen direkten Druck auf ihn ausüben, um von ihm Reformen zu erzwingen; denn nur Reformen, welche durch solchen direkten Druck herbeigeführt oder aufrecht erhalten würden, hätten bleibenden Wert. Soziale Reformen, wie sie die Demokratie den Arbeitern verschafft, hätten nur die Bedeutung, die revolutionäre Kraft der Arbeiter zu schwächen.

Ebenso verwerflich und für die Arbeiter gefährlich, wie die Ideologie von der Versöhnung der Klassen, ist nach der Lehre der Syndikalisten die Idee des Patriotismus. Der Arbeiter habe kein Vaterland. Sein Vaterland sei, wo er Arbeit findet; seine Mitbürger seien die Arbeiter der ganzen Welt. Das Hauptmittel des Kapitalistenstaates, um die Arbeiter niederzuhalten, sei die Armee. Sie werde bei Streiks gegen die Arbeiter gebraucht; sie diene dazu, den Geist der Unabhängigkeit und Revolte unter den Arbeitern zu erdrücken; daher sei die antimilitaristische Propaganda eines der wichtigsten Mittel im Kampf gegen die Kapitalisten und gegen den Staat. Der Antimilitarismus besteht darin, die Propaganda sozialistischer Gedanken in die Armee zu tragen; daher die Syndikalisten den Soldaten vorhalten, daß sie Arbeiter in Uniform sind, daß sie — wie sie aus dem Arbeiterstand hervorgegangen — einmal in ihre Werkstätten und in ihr Heim zurückkehren würden und daher nicht die Solidarität vergessen sollten, welche sie mit ihren Mitarbeitern in der Bluse verbinde. „Wenn ihr wieder den Rock ausgezogen habt und an Streiks beteiligt seid, dann seid ihr wie wir in Gefahr, durch andere Soldaten ermordet zu werden“, heißt es in dem Manifeste Tom Manns, das zu seiner Bestrafung geführt hat. Sie werden aufgefordert, im Falle von Streiks von ihren Waffen keinen Gebrauch zu machen und im Falle einer Kriegserklärung sich zu weigern, die Waffen zu ergreifen. Für den Fall eines Krieges drohen die Syndikalisten mit dem Generalstreik.

Doch dem Generalstreik kommt in ihren Augen eine noch viel höhere Bedeutung zu. Durch „direkte Aktion“ vermöge man zwar dem Staat und den Arbeitgebern wertvolle Reformen abzurufen, deshalb wertvoll, weil sie der Stärkung der Arbeiter für den Endkampf dienen; aber Privateigentum und Lohnsystem könnten dadurch nicht abgeschafft werden. Das vermöge der Generalstreik. Der heutige französische Minister Briand hat, als er selbst noch Syndikalist war, als den Vorzug des Generalstreiks erklärt, daß er „eine Revolution sei, welche mit Handeln auf dem

Boden der Gesetzlichkeit beginnt, und die so allgemein ist, daß die Mobilisierung einer Armee zu ihrer Erdrückung schwer, wenn nicht unmöglich sein würde.“ Dies noch der Gedanke der heutigen Syndikalistischen. Der Generalstreik soll alle Klassenunterschiede beseitigen und neue Gesellschaftsformen ins Leben rufen. Wenn die Zeit voll ist, sagen sie, wird er kommen, und in dem Zustand, der dann folgen wird, wird es kein Privateigentum mehr geben, das Eigentum wird kollektiv sein, das heißt der Gesamtheit gehören. Die Verfügung darüber aber wird den einzelnen Syndikaten zustehen. Das Syndikat wird die Zelle der Gesellschaft sein; aber es wird nicht der Eigentümer der ihm zugewiesenen Güter sein, sondern nur deren Verwalter unter Zustimmung der Gesamtheit. Durch die Arbeitsbörse — das Syndikat der Syndikate — treten alle Syndikate miteinander und mit der übrigen Welt in Beziehung. Sie hat alle statistischen Daten zu sammeln und das Wirtschaftsleben in Gang zu halten. Sie stellt den Bedarf der Menschen an den verschiedenen Orten fest, sowie die zu seiner Deckung verfügbaren Mittel und vermittelt den Austausch der Produkte zwischen Ort und Ort und die Einfuhr von Rohstoffen von außen.

Dabei ist davor zu warnen, dieses Zukunftsideal etwa mit dem Bilde des Zukunftsstaates, das einige Sozialdemokraten entworfen haben, zu verwechseln. Das Charakteristische der sozialdemokratischen Bestrebungen ist die Leitung der gesamten Produktion von einer Zentralstelle aus. Gerade darin unterscheidet sich der Syndikalist vom Sozialdemokraten, daß er von wahren Haß gegen jede Art von Zentralisation erfüllt ist. Zentralisation bedeutet Autorität; der Syndikalist als der ausgesprochenste Individualist haßt alle Autorität, wie es denn charakteristisch ist, daß die Grundanschauung der Sozialdemokratie die der fortschreitenden Zentralisation des Wirtschaftsbetriebes in immer weniger werdende Großbetriebe ist, während der Syndikalist vom kleinen Betrieb ausgeht, kleine Bauern, Handwerker und hausindustrielle Heimarbeiter weiter bestehen lassen will; wie denn die

Länder, in denen der Syndikalismus seinen Hauptsitz hat, Frankreich und Italien, Länder des ganz überwiegenden Kleinbetriebes sind. Nur in einem besteht ein Unterschied zwischen dem italienischen und dem französischen Syndikalismus. Nach dem italienischen soll jedes Gewerbe selbst durch föderierte Vereinigung die Kontrolle über die von ihm verrichtete Arbeit übernehmen; in Frankreich dagegen soll jede Gemeinde mit Hilfe der föderierten Zweige der verschiedenen Syndikate an jedem Ort die Produktion von allem dem übernehmen, was man braucht.

Dies die Lehre der Syndikalisten. Infolge der seit 1896 eingetretenen großen und rapiden Steigerung der Preise hatte die Lage der englischen Arbeiter sich verschlechtert. Sie war weder in den gelernten noch in den ungelernten Gewerben von einer entsprechenden Steigerung der Geldlöhne begleitet gewesen. Dagegen waren in den vorangegangenen fünfzig Jahren die Geldlöhne stetig gestiegen, während die Preise der Lebensmittel und der übrigen Verbrauchsgüter der Arbeiter gesunken waren. Dazu kamen die Taff Vale- und Osborne-Urteile. Daher große Unzufriedenheit der Arbeiter. In diese Stimmung fiel die Rückkehr von Tom Mann aus Australien; nächst John Burns hatte er sich 1889 am meisten um die Dockarbeiter verdient gemacht. In Australien hatten die Sozialdemokraten die Regierung in Händen. Aber trotzdem hat Mann auch dort Arbeitslose gefunden. Daher seine Verachtung für das, was Parlament und Staat für die Arbeiter tun können, und sein Bekenntnis zum syndikalistischen Credo der direkten Tat. Doch würde er bei den englischen Arbeitern keinerlei Beachtung gefunden haben, hätte ihn die Regierung nicht wegen eines Aufrufs an die Soldaten, bei Streiks nicht auf die Arbeiter zu schießen, unter Anklage gestellt. Das hat ihm eine gewisse Popularität verschafft. In Deutschland hat man damals verbreitet, daß die englischen Gewerkvereine vom Syndikalismus angesteckt worden seien. Wie wenig dies der Fall war, sollte sich alsbald zeigen, als England im August 1914 Deutschland den Krieg erklärte.

John Burns, der seit 1906 Minister für Lokalverwaltung gewesen war, ist allerdings aus dem Kabinette ausgetreten, weil er Sir Edward Greys Kriegserklärung mißbilligte; aber nicht etwa, weil er Syndikalist geworden war; er war längst Liberaler. Ebenso hat eine Anzahl der hervorragendsten Arbeiterführer, so Ramsay Macdonald und Philipp Snowden, die Kriegserklärung mißbilligt, ohne Syndikalisten zu sein; sie sind entschiedene Gegner derselben gewesen. Die enorme Mehrheit der Gewerkvereiner ist dagegen dem Rufe der Nation mit gleicher Begeisterung wie in Deutschland die Mehrheit der Gewerkschafter gefolgt¹⁾. Die Arbeiter aller Gewerbe strömten unter Ermunterung seitens ihrer Gewerkvereine zu den Fahnen. Die Bergleute, Eisenbahner, Maschinenbauer mußten aus dem Felde zur Arbeit daheim zurückgeschickt werden.

Ich habe schon im 58. Kapitel erwähnt, daß die Regierung von den Gewerkvereinen den Verzicht auf die sogenannten Gewerkvereinsbedingungen für Kriegsdauer verlangt hat. Die führenden Minister haben darüber im Februar 1915 unter Beiseitlassung der Arbeitgeber direkt mit den Vertretern der Gewerkvereinswelt verhandelt. Die Arbeitsbedingungen, welche Generationen von Gewerkvereinlern in zähem Kampfe durchgesetzt hatten, wurden von ihnen ohne Ausnahme zum Opfer gebracht; insbesondere wurde die Arbeitszeit wieder verlängert, bis man erkannte, daß dies keine Steigerung der Arbeitsleistung, sondern eher das Gegenteil mit sich brachte²⁾. Aber die Gewerkvereine verstanden sich zu dieser Preisgabe nur unter der ausdrücklichen Bedingung, daß ihre Konzessionen nur für Kriegs-

1) Ich bin bei der Darstellung im Texte in der Hauptsache der von Sidney and Beatrice Webb, *History of Trade Unionism*, 1920, 636—649 gefolgt. Siehe auch G. D. H. Cole and R. Page Arnot, *Trade Unionism on the Railways*. London 1917. Ch. IX., X., XIII.

2) Siehe Report of the Industrial Fatigue Research Board, No. 6, London 1920, und Report der International Association for Social Progress (British Section) in „Hours of Work and their Relation to Output“ London 1927.

dauer Geltung haben sollten, und zwar sollten sie nur im Interesse des Landes, nicht aber zur Mehrung des Gewinns privater Unternehmer stattfinden; und nach Friedensschluß sollten sie alle hinfällig werden. Das war die ausdrückliche Abmachung, zu deren Innehaltung sich nicht nur das Ministerium, sondern auch die Führer der Opposition und das ganze Unterhaus verpflichteten.

Die Regierung machte immer weitergehende Anforderungen an die Arbeiter bis zu völligem Aufhören der Freiheit der Arbeitsleistung. Eine wahre Konstriktion zur Arbeit trat ein. Der einzelne Arbeiter im Alter von 18 bis 51 Jahren war zu unbedingtem Gehorsam gegen die Werkführer verpflichtet und stand unter der Drohung, bei Ungehorsam sofort in den Schützengraben geschickt zu werden. Und dies mit Zustimmung der Mehrheit der Gewerkvereiner. Wiederholt haben große Mehrheiten derselben, wenn auch unter schmerzlichem Bedauern, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht gebilligt. Zwar fanden einige Arbeitseinstellungen statt, so in den Kohlengruben von Südwales und im Maschinenbau am Clyde. Aber die Zahl der Arbeitseinstellungen war sehr gering, und jene Ausstände waren Rebellionen gegen willkürliche Handlungen der Arbeitgeber. Dabei hat die Arbeitseinstellung am Clyde unter ausgesprochener Mißbilligung seitens des Gewerkvereins der Vereinigten Maschinenbauer stattgefunden; sie fand statt unter Auflehnung des örtlichen Ausschusses von Betriebsvertrauensleuten, der sogenannten Shop Stewards¹⁾, gegen den Exekutivauschuß der Gesellschaft und endete mit der Deportation ihrer unverantwortlichen Leiter. Der Ausstand in Südwales aber hat zur Folge gehabt, daß die Regierung den gesamten Kohlenbergbau des Vereinigten Königreichs in ihre Hand nahm. Während die Exekutivausschüsse der Gewerkvereine deren Mitglieder von Arbeitsstillständen zurückhielten, gelang es ihnen andererseits, unnötige Zu-

1) Siehe auch G. D. H. Cole, *Organized Labour*. London 1924. 61, 62, 63.

mutungen der Arbeitgeber, die diese im Hinblick auf die Nachkriegszeit stellten, abzuweisen. Sie waren darauf aus, für ihre Mitglieder durchzusetzen, daß die Geldlöhne entsprechend dem Steigen der Lebensmittelpreise stiegen, und traten in unzähligen Sitzungen von Einigungsämtern und Schiedsgerichten dafür ein. Im ganzen blieb die Gewerkevereinsorganisation während der 4¹/₂ Jahre, die der Krieg dauerte, unversehrt, und trotz der Millionen, die unter den Fahnen standen, nahm ihre Zahl stetig zu. Sie betrug¹⁾:

Jahr	Zahl der Gewerk- vereine	Mitglieder		insgesamt
		männliche	weibliche	
1911	1290	2 804 014	334 878	3 138 892
1912	1252	3 026 605	389 771	3 416 376
1913	1269	3 701 693	433 041	4 134 734
1914	1260	3 708 474	436 679	4 145 153
1915	1229	3 867 496	491 075	4 358 571
1916	1225	4 018 043	625 508	4 643 551
1917	1241	4 620 872	877 864	5 498 736
1918	1264	5 323 980	1 209 278	6 533 258
1919	1360	6 600 674	1 325 683	7 926 357
1920	1362	6 995 432	1 341 696	8 337 128

Auch hat keine ernsthafte Revolte stattgefunden, als die Regierung sich außer Stand zeigte, ihre Versprechungen zu erfüllen. Sie hat ihr gegebenes Wort nicht gehalten. Vor allem wurde das Versprechen nicht erfüllt, daß der Verzicht der Arbeiter auf die Gewerkevereinsbedingungen nicht zur Steigerung der Gewinne der Arbeitgeber dienen sollte. Die 1916 den kontrollierten Unternehmungen auferlegte sogenannte Munitionssteuer sollte allerdings der Erfüllung dieses Versprechens dienen; sie sollte den ganzen Mehrgewinn, der nach Gestattung einer Gewinnzunahme um 20 Proz. und eines sehr liberal bemessenen Zuschusses für Mehraufwand von Kapital und erhöhte Leistung der Unternehmer bliebe, zugunsten des Staats konfiszieren. In voller Mißachtung gegebener Versprechen wurde diese Munitionssteuer innerhalb eines Jahres beseitigt und die Firmen, die von den Opfern der Arbeiter den größten Vorteil hatten, wurden lediglich einer Extragewinnsteuer von

1) Statistical Abstract for the United Kingdom. London 1927. 85.

80 Proz. unterworfen, der auch alle übrigen Gewerbe, auch diejenigen, in denen die Gewerkvereinsbedingungen nicht beseitigt worden waren, unterworfen waren. Die Folge war, daß deren Gewinn sich verdoppelte. Es trat gerade das ein, was nach dem mit den Gewerkvereinen getroffenen Abkommen hatte verhindert werden sollen: die Unternehmer erlangten ein pekuniäres Interesse an der Preisgabe der Gewerkvereinsbedingungen. Mit Fortdauer des Kriegs und des Steigens der Preise gingen die Einnahmen der Arbeiter, besonders die der Grubenarbeiter und der weiblichen Arbeiter, stetig zurück, und 1917 ging das Kriegskabinett so weit, das sogenannte unparteiische zentrale Schiedsamt anzuweisen, daß keine weitere Lohn-erhöhung stattfinden dürfe; als dies bekannt wurde, wurde die Instruktion unter Entschuldigungen zurückgezogen. Sogar das Versprechen in dem 1915 vom Ministerium mit den Gewerkvereinen getroffenen Abkommen, in dem diese auf die Gewerkvereinsbedingungen verzichteten, wurde, was die Löhne der weiblichen Arbeiter angeht, nicht gehalten, und an die Stelle der Erfüllung der feierlichen Zusage der Wiederherstellung der Vorkriegsbedingungen trat ein Gesetz, das die Arbeiter ermächtigte, innerhalb eines Jahres Arbeitgeber, die sie nicht wiederherstellten, selbst vor Gericht zu ziehen. Im ganzen ist zu sagen, daß die Gewerkvereinler, die bei Ausbruch des Kriegs großherzig darauf verzichtet hatten, um ihre Mitwirkung zu feilschen, am Schluß desselben die „Geleimten“ waren. Der Naturallohn der enormen Mehrheit der Arbeiter stand 1919 niedriger als 1913. Auch hatte die Regierung während des Kriegs keinerlei Anstalten getroffen, für die Arbeitslosen zu sorgen.

Die Gewerkvereine haben somit zu einer Zeit, da die Not des Landes sie in den Stand gesetzt hätte, die Arbeitsbedingungen zu diktieren, eine Reihe schlechter Verträge mit der Regierung und durch sie mit den Arbeitgebern abgeschlossen. Aber sie wollten mehr als alles, daß der Krieg für ihr Land siegreich ausgehe; es widerstrebte ihnen, in der Zeit, da es in Gefahr war, Bedingungen zu stellen; sie machten sich nicht klar, in welchem Maße

sie von den Beamten übers Ohr gehauen würden. Trotzdem haben sie gewonnen, nicht verloren. Die Behandlung, die sie während des Kriegs und noch nach Abschluß des Waffenstillstands erfuhren, hat die Solidarität der Gewerkvereinsbewegung außerordentlich verstärkt. Andererseits sah die Regierung, um ihrer Schwierigkeiten Herr zu werden, sich genötigt, sie in einem Maße an der Regelung des Schicksals der Nation teilnehmen zu lassen, das ehemals nicht erträumt worden war. Die Gewerkvereine haben an sozialem und politischem Ansehen außerordentlich gewonnen. Mitglieder der Arbeiterpartei traten in die Koalitionsministerien Asquith und Lloyd George ein, und zwar traten sie ein nicht auf Grund ihrer persönlichen Eigenschaften, sondern als Vertreter der Gewerkvereinswelt. Diese Anerkennung der Gewerkvereine hat sich nicht auf die Ernennung führender Mitglieder derselben zu Ministern beschränkt, sondern ist in der gesamten Verwaltung zur Geltung gekommen. In den Ausschüssen, die die oben besprochenen Gesetze über den Achtsturentag und über Minimallöhne berieten, hat die Hälfte der Mitglieder aus Vertretern der Gewerkvereine bestanden. Am meisten aber hat sich dies gezeigt, als die Arbeiterpartei nach der Niederlage der Liberalen bei den Nachkriegswahlen zum Parlament im Unterhause auf den Bänken gegenüber der konservativen Regierung als Seiner Majestät Opposition Platz nahm und nach der Niederlage der Konservativen bei erneuter Parlamentswahl mit der Regierung des Landes betraut wurde. Denn die Arbeiterpartei war die Vertretung der in den Gewerkvereinen organisierten Arbeiter.

In der Debatte über die Abschaffung der Koalitionsverbote im preußischen Abgeordnetenhouse am 11. Februar 1865 hat ein sehr konservativer Mann, der Kreuzzeitungsredakteur und langjährige Mitarbeiter Bismarcks Hermann Wagener, gesagt: wie die Handwerker gilden im Mittelalter zum Aufsteigen des Bürgertums zu wirtschaftlicher Blüte und politischem Einfluß geführt hätten, so würden die auf Grund der Koalitionsfreiheit entstehenden Organisationen der Arbeiter dem wirtschaftlichen und politischen Aufsteigen der Arbeiter dienen. Das hat sich in England voll bewahrheitet. Doch davon mehr am Schlusse dieses Werks.

62. Kapitel.

Die Neuordnung des Unterstützungswesens.

Vielleicht in nichts hat sich das in den vorstehenden Kapiteln vorgeführte Aufsteigen der britischen Arbeiterklasse markanter gezeigt, als in der veränderten Beurteilung der Armen und der Änderung der zu ihrer Unterstützung geschaffenen Ordnung. In der Zeit der Anfänge der Arbeiterschutzgesetzgebung waren die „Hände“ nur Rohmaterial, und zwar das billigste, und dem Armengesetze von 1834 galt Armut als ein Verbrechen, das im Arbeits-hause gebüßt wurde. Schriftsteller und Politiker der darauf folgenden Generationen haben sich nicht genug tun können, das Lob dieses Armengesetzes zu singen; denn man sah in seinen Abschreckungsbestimmungen den einzigen Schutz der Ersparnisse des fleißigen Bürgers vor den Zumutungen, die Trägheit, Leichtsinn und Sittenlosigkeit Gewissenloser an ihren Beutel stellten. Von 1905—9 hat eine Königliche Kommission zur Untersuchung der Wirkungen des vielgerühmten Armengesetzes getagt. In ihrem Berichte erscheint der Arbeiter nicht mehr als bloßes Produktionsmittel, sondern als Mensch; Armut ist nicht mehr ein Verbrechen, sondern ein Unglück, dem abzuhelpen sittliche Pflicht und auch im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt gelegen ist. Wie das Ehepaar Webb in seiner musterhaften Bearbeitung¹⁾ der Untersuchungsergebnisse treffend

1) The Break-up of the Poor Law und The Public Organization of the Labour Market (Part I and II of the Minority Report of the Poor Law Commission) edited with Introduction by Sidney and Beatrice Webb. London 1909.

hervorhebt, ist bemerkenswert, daß der Bericht der Kommission nicht ein einziges Mal das Armengesetz von 1834 preist; vielmehr haben die achtzehn Kommissare einstimmig die glatte Beseitigung desselben und der auf Grund desselben geschaffenen Organisationen der Armenpflege samt seiner charakteristischen Grundsätze empfohlen.

Es ist oben¹⁾ gesagt worden, daß die Armenkommission, die von 1832—34 getagt hat, es für dringend nötig erachtet hat, Einheit in die Armenverwaltung zu bringen. Entsprechend ihren Vorschlägen ist eine Zentralbehörde geschaffen worden zur Leitung und Kontrolle der gesamten Armenverwaltung des Landes. Um deren weitere Entwicklung vorwegzunehmen: es ist 1847 daraus das Amt zur Verwaltung des Armengesetzes (Poor Law Board) entstanden; neben dieses ist 1848 ein Wohlfahrtsamt (Board of Health) getreten; 1871 sind beide Behörden im Ministerium für Lokalverwaltung (Local Government Board) vereinigt worden; diesem ist die 1911 geschaffene staatliche Alters- und Krankenversicherung unterstellt worden, und 1919 ist daraus das Wohlfahrtsministerium (Ministry of Health) entstanden.

Während die Zentralbehörde diese Wandlungen durchgemacht hat, ist eine große Änderung in der Art der Armen, auf die sich ihre Tätigkeit erstreckt, vor sich gegangen. Der Bericht der Armenkommission von 1834 hat sich fast nur mit arbeitslosen, aber arbeitsfähigen Armen befaßt. Die heutige Armenverwaltung beschäftigt sich nur in geringem Maße mit diesen. Heute bilden die Arbeitsunfähigen, d. h. die Kinder, Kranken, Geistesschwachen, Alten und Invaliden neun Zehntel derjenigen, die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten. In Schottland erhalten nur die letzteren Armenunterstützung; in England und Irland bildeten die Arbeitslosen vor dem Weltkrieg nur einen geringen Teil der Armenbevölkerung. Für die arbeitsunfähigen Armen aber sind seitdem außer der Armenverwaltung noch andere Einrichtungen, die sich ihrer annehmen, entstanden. Ich muß

1) Siehe S. 133.

sie vorführen, um eine Vorstellung von dem Durcheinander und dem Ungenügen zu geben, das man mit Recht als die Aufhebung des Armengesetzes von 1834 bezeichnet hat.

Ich beginne mit der Fürsorge für Mutterschaft und Kinder unter 1 Jahr¹⁾. Ihr dienten zwei Ortsbehörden, die ohne Verbindung miteinander waren: die Armenverwaltung und die lokale Wohlfahrtsbehörde. Das Prinzip der ersteren war die Abschreckung, die letztere war auf Minderung der Kindersterblichkeit bedacht. Beide wurden gleichzeitig vom Ministerium für Lokalverwaltung ermuntert. Als Folge überwuchert die zweite die erstere. Das Bestehen dieser beiden Fürsorgen hat zu einer Schwächung des Verantwortlichkeitsgefühl der Eltern und verschwenderischen Ausgaben geführt, während eine außerordentlich große Kindersterblichkeit nicht verhindert worden ist.

Die Armenpflegeämter von England, Wales und Irland und die Kirchspielräte von Schottland haben trotz ihres großen Aufwands nichts Nützliches geleistet. Schwangere Frauen erhielten entweder ärztliche Hilfe, diejenige von Hebammen miteingeschlossen, in ihren Wohnungen oder im Arbeitshause. Die erstere Art der Fürsorge war ungenügend und die Folge waren rachitische Kinder; die Arbeitshäuser aber dienten vielfach als Spitäler für Schwangere. In volkreichen Distrikten wurde nahezu jeden Tag ein Kind im Arbeitshause geboren. Es kam häufig vor, daß gleichzeitig drei Generationen von Schwangeren sich in demselben Arbeitshause befanden; einmal gab es sogar vier Generationen illegitimer Mütter in demselben Hause. Die Benutzung der Arbeitshäuser als Mutterschaftsspitäler hat geradezu zur Mehrung illegitimer Geburten geführt. Dabei war die Sterblichkeit unter den 65 000 Kindern unter 5 Jahren, die der Armenpflege zur Last fielen, wovon 15 000 in den Arbeitshäusern und 50 000 außerhalb derselben verpflegt wurden, enorm. Das, was gemäß dem Armengesetz von 1834 gewährt werden darf, ist eben gänz-

1) Webb, Break-up of the Poor Law, Chapt. III.

lich ungenügend, gesunde Kinder aufzubringen; es beträgt nicht mehr, als zum Leben gerade zureicht.

Desgleichen haben die bestehenden, auf freiwilligen Gaben beruhenden Fürsorgeanstalten für Mutterschaft und Kindheit, wie Rettungsheime für gefallene Mädchen, Spitäler für Mutterschaft, Veranstaltungen zur Pflege von Schwangeren in ihren Wohnungen, Anstalten zur Verpflegung von Kindern bei Tag, Kinderasyle sich als unzureichend gezeigt, der Not zu steuern.

Nicht anders steht es mit der Fürsorge für Kinder im Alter zwischen 5 und 16 Jahren. Es hat deren 1909 237 000 gegeben, für die der Staat die Verantwortung völliger oder teilweiser Unterhaltung übernommen hatte¹⁾. 1834 war es nur erst das Amt der Armenpfleger, das für Kinder dieses Alters zu sorgen hatte; seitdem sind noch zwei andere Behörden hinzugekommen, die Erziehungsbehörde und die Polizeibehörde. Jede dieser drei Behörden handelt gemäß der besonderen für sie geltenden Vorschriften unter besonderen Zentralbehörden.

Der Bericht der Armenkommission von 1834 hatte die Errichtung von Armenschulen empfohlen; in diesen sollten nicht nur arme Waisenkinder und verlassene Kinder, sondern auch die arbeitstüchtiger Familien, die Armenunterstützung erhielten, unterrichtet werden. Aber die neu-geschaffene Zentralbehörde der Armenkommissare hat diese Empfehlung vernachlässigt. Sie hat alle Kinder derer, die Unterstützung erhielten, in das allgemeine Arbeitshaus verwiesen, ohne für ihren Unterricht Fürsorge zu treffen. Erst seit 1841 hat sie sich bemüht, die Armenpfleger zu wirksamer Verpflegung der Kinder, zur Errichtung besonderer Schulen für sie und zur Anstellung von Lehrern an denselben mit genügenden Gehältern zu bewegen; die Kinder im Alter, in dem sie Schulunterricht erhalten sollten, sollten aus dem Arbeitshause entfernt, und die Zahl der außerhalb des Arbeitshauses unterstützten Kinder, die ohne Schulunterricht blieben, sollte vermindert werden. Aber

1) Webb, a. a. O. Ch. IV.

die Armenpfleger waren nur schwer dieser neuen Politik zugänglich. 1908 befanden sich von 180 000 unterstützten Kindern im Alter zwischen 5 und 16 Jahren 130 000 außerhalb des Arbeitshauses, ungefähr 3000 in den gewöhnlichen Abteilungen des allgemeinen Arbeitshauses, einige tausend in den Krankenabteilungen desselben und mehrere tausend in Krankenhäusern, die indes besonderer Abteilungen für Kinder entbehrten. Die außerhalb des Arbeitshauses unterstützten Kinder leiden offensichtlich unter den Verhältnissen, in denen sie leben, sie sind unterernährt, ungenügend gekleidet, in gesundheitlich und sittlich schädlicher Umgebung. Noch schlimmer steht's mit den Kindern im allgemeinen Arbeitshause.

Eine andere Methode der Armenfürsorge für Kinder zwischen 5 und 16 Jahren ist, daß man sie Pflegeeltern anvertraut. Das ist in Zunahme begriffen. Hier fehlt es an genügender Beaufsichtigung der Pflegeeltern; diese suchen durch Annahme von Pflegekindern Geld zu verdienen, und, je schlechter sie sie behandeln, desto größer ist ihr Gewinn. Im Zusammenhang mit der Überantwortung der Kinder an Pflegeeltern steht die Unterbringung derselben in Schulen und Heimen, die unter Leitung eines freiwilligen philanthropischen Ausschusses stehen. Die Armenbehörde zahlt, unter Zustimmung des Lokalverwaltungsamts, wöchentlich einen Zuschuß von 3 s bis 10 s 9 d pro Kind.

Um Kinder dem Einfluß ungeeigneter Eltern, wie von Vagabunden, zu entziehen, haben Gesetze von 1889 und 1899 die Armenpflegeämter von England und Wales ermächtigt, Kinder, die sich infolge von Vernachlässigung seitens ihrer Eltern im Armenhause befinden, sowie darin befindliche verlassene Kinder zu adoptieren. Die Adoption ist bis zum 18. Jahre wirksam. Nicht weniger als 15 000 Kinder sind so dem Einfluß ihrer Eltern entzogen worden.

Neben dem Armenamt besteht heute die Polizei als Fürsorgebehörde für Kinder von 5 bis 16 Jahren¹⁾. Seit 1834 sind nicht weniger als 38 Gesetze

1) John J. Clarke a. a. O. 384—394.

erlassen worden, die sich mit der Fürsorge für jugendliche Verbrecher und solche Kinder, die in Gefahr sind, Verbrecher zu werden, befassen; sie sind 1908 in dem Kindergesetz (8. Edw. 7. Ch. 67) konsolidiert worden. Durch diese Gesetze sind Fürsorgeschulen (Reformatory Schools) und industrielle Schulen geschaffen worden. In die Fürsorgeschulen können jugendliche Personen im Alter von 12 bis 16 Jahren von den Behörden, unabhängig vom Armengesetz, für die Dauer von 3 bis 5 Jahren, aber nur bis zum Alter von 19 Jahren, geschickt werden; sie haben als Alternative für Zuchthaus und Gefängnis begonnen. Anders die industriellen Schulen für jugendliche Personen, die noch kein Verbrechen begangen haben, aber in verbrecherischer Umgebung leben; diese Schulen fielen in die Sphäre des Armengesetzes. Allmählich ist die Unterscheidung zwischen Fürsorge- und industriellen Schulen gefallen; es ist nur die durch das Alter geblieben. Beiden Arten von Schulen gemeinsam ist der Zwang. Heute umfassen sie 30 000 Knaben und Mädchen, deren Mehrheit aus Armenkindern besteht. Sie erhalten Wohnung, Nahrung und Kleidung.

Die Kosten wurden durch die Städte und Grafschaftsräte, durch Zahlungen der Eltern und Vormünder, durch die bei der gewerblichen Arbeit erzielten Gewinne, freiwillige Gaben und durch Staatszuschüsse im Betrag von 50 Proz. gedeckt.

Die tätigste von den drei Behörden, denen die Fürsorge für Kinder und jugendliche Personen heute unterstellt ist, ist die Erziehungsbehörde. Sie ist von den dreien die jüngste. Obwohl der Unterricht der Armenkinder nicht minder im öffentlichen Interesse gelegen ist wie die Sorge für ihr leibliches Wohl, hat in England und Wales der Staat sich erst sehr spät um den Volksunterricht zu kümmern begonnen¹⁾, sehr im Gegensatz zum kalvinistischen Schottland, wo schon 1560 das Interesse

1) Eine treffliche Darstellung der Entwicklung des englischen Volksschulwesens gibt H. v. Nostitz, Das Aufsteigen des Arbeiterstandes in England. Jena 1900, 121—152. Siehe ferner John J. Clarke a. a. O. Chapt. XIX.

am Lesen der Bibel zum allgemeinen Schulunterricht geführt hat. Das Hindernis war, wie anderwärts, der Gegensatz religiöser Anschauungen. Die Dissenter sind auch in England mit der Gründung von Schulen vorausgegangen. Ihr Vorgehen hat die Eifersucht der Staatskirche geweckt: Sie hat dazu geführt, daß ein 1807 im Unterhause angenommener Gesetzentwurf, Kirchspielschulen, deren Kosten durch die Gemeindesteuern gedeckt werden sollten, im Oberhause an dem Einspruch des Erzbischofs von Canterbury gescheitert ist. Darauf haben die Quäker Josef Lancaster und seine Anhänger 1808 die Königliche Lancastri-sche Gesellschaft, später als British and Foreign School Society bekannt, gegründet. Ihr Erfolg hat 1811 zur Gründung der Nationalen Gesellschaft zur Erziehung von Kindern in den Anschauungen der Staatskirche geführt. Als dann 1820 Brougham ein Gesetz beantragte, das die Gemeinden verpflichten sollte, Schulen zur Bekämpfung der entsetzlichen Unwissenheit der unteren Klassen zu gründen, ist sein Antrag in dem Sturm zwischen Dissentern und Anhängern der Staatskirche gescheitert.

Auch der von den Fabrikgesetzen angeordnete Schulunterricht hat zu nichts geführt. Es ist hier ein bezeichnender Unterschied zwischen Deutschland und England hervorzuheben. In Deutschland ist die allgemeine Schulpflicht lange Zeit der wirksamste Kinderschutz gewesen. Während die deutschen Fabrikgesetze anfangs sehr mangelhaft durchgeführt worden sind, hat das strenge Bestehen der Schulbehörden auf den Schulbesuch der Kinder den Mißbrauch der Kinderarbeit wie in England, den wir kennen gelernt haben, verhindert. In England dagegen sind die ersten gesetzlichen Verfügungen, die zum Unterricht von Armenkindern verpflichten, von der Arbeiterschutzgesetzgebung ausgegangen. Schon das erste Fabrikgesetz von 1802 hat bestimmt, daß die von den Armenhäusern den Fabrikanten gelieferten Kinder auf deren Kosten und unter Anrechnung auf die zulässige Arbeitszeit unterrichtet werden sollten. Aber das Gesetz hat ja nur vorübergehende Bedeutung gehabt. Doch die Verbindung der Erlaubnis zur

Beschäftigung von Kindern und jugendlichen Arbeitern mit der Verpflichtung zum Schulunterricht ist geblieben. Auch haben die von Owen mit dem Unterrichte der in New Lanark beschäftigten Kinder erzielten Erfolge das größte Aufsehen erregt. Philosophen, Nationalökonomien und radikale Politiker traten eifrig für die allgemeine Schulpflicht ein; Gegner waren Großgrundbesitzer und Großfabrikanten; nur die großherzigen Führer in der Bewegung für das Zehnstundengesetz und die Bergwerksgesetzgebung waren für die Forderung der großen Mehrheit der Arbeiter, daß ihre Kinder Schulunterricht erhielten. Das Fabrikgesetz von 1833 hat einen täglichen Schulunterricht von 2 Stunden für die in Fabriken beschäftigten Kinder vorgeschrieben; ähnliche Bestimmungen wurden durch weitere Fabrikgesetze und die Bergwerksgesetze getroffen.

Aber es fehlte an Schulen. 1833 sind zum ersten Male staatliche Gelder — es waren £ 20 000 — für Zwecke des öffentlichen Schulunterrichts bewilligt worden. Das Schatzamt gab der Gesellschaft der Dissenter die Hälfte, die andere der anglikanischen Nationalen Gesellschaft. Es sollten Schulhäuser damit gebaut werden. Aber noch 1839 bis 1841 haben von 750 000 Personen, die eine Ehe eingingen, über 300 000 ihren Namen nicht schreiben können. Das hat zu vermehrten Staatszuschüssen geführt. Sie sind stetig erhöht worden. Auf dieser Grundlage ist das britische Volksschulwesen erwachsen. 1839 ist eine Abteilung des Geheimen Rats als Unterrichtsamt (Education Department) zur Verwaltung der Zuschüsse errichtet und gleichzeitig sind Schulinspektoren eingeführt worden. 1856 ist aus dem Vorsitzenden dieser Abteilung ein Unterrichtsminister geworden, wodurch die Gewährung der Zuschüsse der parlamentarischen Kontrolle unterworfen wurde. Sie haben 1860 schon £ 800 000 betragen.

Aber noch am 5. April 1867 hat ein früherer Unterrichtsminister, H. A. Bruce, im Parlament erklärt, statt der acht- oder neunmal hunderttausend Kinder, die in England und Wales eine Schule besuchten, sollten es 2 Millionen sein. Da ist 1870 unter dem ersten Ministerium

Gladstone der erste entscheidende Schritt geschehen: das Schulgesetz des Unterrichtsministers Forster machte allen Gemeinden zur Pflicht, Schulen zu errichten, wo ein Mangel daran bestand.

Schulämter sollten in den Städten und anderswo durch die Steuerzahler ins Leben gerufen und ihre Mitglieder in geheimer Abstimmung erwählt werden. Fehlbeträge der von ihnen ins Leben gerufenen Schulen sollten in den Städten durch den Stadtrat, in ländlichen Bezirken durch die Armenverwaltung gedeckt werden. Der Streit der verschiedenen Weltanschauungen sollte dadurch vermieden werden, daß in den von den lokalen Behörden verwalteten Schulen nur das gelehrt werden sollte, was man wissen kann, nicht was man glaubt. Religionsunterricht sollte außerhalb dieser Schulen gelehrt, aber nicht durch Staatszuschuß unterstützt werden. Daneben blieben Bekenntnisschulen bestehen. Auch sie sollten durch Staatszuschuß, nicht aber durch Beiträge aus dem Ertrag der Gemeindesteuern unterstützt werden. Sie sind verpflichtet worden, kein Kind irgendwelchen Glaubens von der Aufnahme auszuschließen; andererseits müssen sie auf Wunsch des Vaters dessen Kinder vom Religionsunterricht befreien. Auch die Bekenntnisschulen unterliegen der Aufsicht der staatlichen Schulinspektoren, aber nur in den weltlichen Fächern; ihr Religionsunterricht und die Anstellung ihrer Lehrkräfte liegen in den Händen der Religionsgemeinschaften.

Durch das Gesetz von 1870 war aber die allgemeine Schulpflicht nur erst im Prinzip ausgesprochen; sie war damit noch nicht praktisch durchgeführt, denn nicht alle Schulämter haben sie angeordnet; auch bestanden nicht überall Schulämter. Desgleichen hat das unter Disraeli 1876 erlassene Gesetz, das, wo keine Schulämter bestanden, die Errichtung von Schulbesuchsausschüssen mit dem Recht, die Schulpflicht auszusprechen, anordnete, die allgemeine Schulpflicht noch nicht zur Wahrheit gemacht. Das geschah erst durch ein Gesetz von 1880, das allen Unterrichtsbehörden zur Pflicht machte, zwingende Verordnungen über Schulbesuch zu erlassen. Zwischen 1870 und 1890 ist der durchschnittliche Schulbesuch von $1\frac{1}{2}$ Million auf $4\frac{1}{2}$ Millionen gestiegen, während der Aufwand pro Kind sich verdoppelte¹⁾. 1891 wurde das Schulgeld

1) Trevelyan 354.

abgeschafft. 1897 wurden die Staatszuschüsse weiter erhöht.

Die Schulämter sind 1902 aufgelöst und ihre Pflichten den Grafschaften übertragen worden. Auch wurden 1902 die Gemeinden verpflichtet, auch die Bekenntnisschulen für alle Zwecke, den Religionsunterricht ausgenommen, zu unterstützen. Aber noch sind die Anhänger der Bekenntnisschulen nicht zufrieden.

1918 ist unter dem Koalitionsministerium Lloyd George ein weiteres Gesetz von prinzipieller Bedeutung erlassen worden. Bis dahin hatte das staatliche Unterrichtssystem nur in der Unterstützung freiwilliger Leistungen bestanden; das Gesetz von 1919 beabsichtigt die Herbeiführung eines nationalen Erziehungssystems. Städte und Grafschaften sollen Staatszuschüsse für das Schulwesen nur mehr erhalten, wenn sie gemeinsam mit dem Ministerium einen Gesamtplan für dasselbe ausarbeiten. Das bedeutet die Unterwerfung des gesamten Volksschulwesens unter Gesichtspunkte, die vom Staate aufgestellt werden, denn die Gemeinden können die Staatszuschüsse nicht entbehren. Ein Gesetz von 1921 hat endlich alle seit 1870 erlassenen Unterrichtsgesetze konsolidiert.

Danach gibt es heute Kindergärten für Kinder von 2 bis 5 Jahren; Volksschulen für Kinder von 5 bis 14 Jahren; an Stelle der Volksschule bestehen für begabtere Kinder von 12 bis 15 Jahren höhere Schulen; endlich gibt es unentgeltliche Fortbildungsschulen für jugendliche Personen bis zum 18. Jahre.

Es sorgt die Ortserziehungsbehörde aber für mehr als Schulunterricht. Es ist 1906 ein Gesetz erlassen worden, das die Speisung der Schulkinder aus öffentlichen Mitteln vorsieht und arme Eltern vom Ersatz der für die Speisung ihrer Kinder aufgewendeten Mittel befreit. Das Gesetz ist durch weitere von 1907 und 1914 im einzelnen verbessert worden. Ein Gesetz von 1909 sorgt für ärztliche Behandlung der Kinder.

In England und Wales haben 1924—25 2 826 732 Knaben und 2 751 490 Mädchen am Volksschulunterricht, 1925 4094 Knaben

und 3863 Mädchen am Unterricht für blinde und taube Kinder und 18781 Knaben und 15101 Mädchen an dem durch Gesetz von 1914 eingeführten Elementarunterricht für geistesschwache und epileptische Kinder teilgenommen. Der Gesamtaufwand für Erziehung hat 1925 £ 58 917 696 betragen. In Schottland haben 1925 728 336 Kinder die Schulen besucht; der Betrag der vom Parlament für Unterrichtszwecke in Schottland bewilligten Gelder hat sich auf £ 6 266 930 belaufen¹⁾).

Das sind großartige Leistungen. Es sind aber nicht die der Armenverwaltung. Diese hat sich unfähig gezeigt, für die 237 000 Kinder und jugendlichen Personen zu sorgen, die ihr 1908²⁾ anvertraut waren. Die ungefähr hunderttausend Knaben und Mädchen, die damals Unterstützung außer dem Hause erhielten, waren infolge von Mangel an Aufsicht der Armenverwaltung in Gesundheit und Charakter ernstlich gefährdet. Die Unterbringung von Kindern und jugendlichen Personen im allgemeinen Arbeitshause war allgemein verurteilt; trotzdem haben sich drei bis vier tausend in seiner demoralisierenden Atmosphäre befunden. Die bei Pflegeeltern untergebrachten Kinder wurden nicht genügend von den Armeninspektoren besucht; oft wurde deren Besuch geradezu verhindert. All dies war die Folge davon, daß es der Armenverwaltung an geeigneten Organen fehlte, um mit dem Armenkinderproblem fertig zu werden; es hat zu viele Seiten. Die dem Armenpflegeamt gegebenen Rechte, grausame Eltern und die, welche ihre Kinder vernachlässigten, vor Gericht zu ziehen, sind kaum je geltend gemacht worden, und Tausende von Kindern wachsen auf als Krüppel, Schwächlinge und mit Krankheiten belastet, weil es ihnen am Nötigsten zum Leben fehlt. Die einzige Behörde, die in der Fürsorge für Armenkinder Befriedigendes leistet, ist weder in England und Wales, noch in Schottland und Irland die Armenverwaltung, sondern die Erziehungsbehörde.

Ähnlich wie in der Fürsorge für Kinder und jugendliche Personen stehen in der für Kranke nebeneinander

1) Statistical Abstract, 1927, 39, 40, 41, 45, 48, 51.

2) Ich entnehme diese Ziffern dem genannten Werk von Sidney und Beatrice Webb; neuere Daten sind mir nicht bekannt.

mehrere Behörden: neben der Armenverwaltung das lokale Wohlfahrtsamt und daneben noch eine Anzahl ärztlicher Wohlfahrtseinrichtungen.

Das Armengesetz von 1834 hatte keine Spitäler für arme Kranke vorgesehen; als Folge wurden die allgemeinen Arbeitshäuser mit Kranken überfüllt. Es war häufig, daß Kranke vorgaben, völlig unbemittelt zu sein, um im Arbeitshaus Aufnahme zu finden. Um dies zu verhindern wurde die Aufnahme verzögert, bis der Nachweis absoluter Armut erbracht war und damit das rechtzeitige Eingreifen ärztlicher Hilfe verspätet und das Leiden der Kranken vermehrt. Viel Gutes ist durch die auf freiwilliger Wohltätigkeit beruhenden Anstalten geschehen; aber sie waren nur imstande, für geringe Bruchteile der Kranken zu sorgen, und haben ganze Distrikte und ganze Klassen ohne Hilfe gelassen.

Die geisteskranken Armen hat der Bericht der Armenkommission von 1834 kaum erwähnt. 1909 haben sie mehr als ein Sechstel der Empfänger von Armenunterstützung, nahezu 200 000 Personen ausgemacht; angeblich haben sie als Arme, in Wirklichkeit wegen ihrer Geisteschwäche Unterstützung empfangen. Auch hier gab es 1903 drei, mitunter vier Behörden nebeneinander, von denen keine voll verantwortlich war; die Armenverwaltung, die nahezu 60 000 Geisteskranke in den Arbeitshäusern untergebracht hatte, darunter nicht wenige Kinder, ferner lokale Behörden unter dem Grafschaftsrat, Grafschafts- und Stadtasyle. Es kam vor, daß mehrere Behörden in demselben Falle Unterstützung gewährten. Dabei war trotz großer Ausgaben die Fürsorge ungenügend.

Die Alten und Invaliden haben etwa ein Drittel der unterstützten Armen ausgemacht. Es haben dazu alle Arten von Personen, mit Ausnahme von Kindern und jugendlichen Personen, wenn sie arbeitsunfähig oder über ein gewisses Alter waren, gehört. Hier gab es für alle Arten von Unterstützungsbedürftigen, die als Alte oder Invaliden bezeichnet wurden, nur eine Behörde, die Armen-

verwaltung. Sie hat seit 1834 dreierlei Politik ihnen gegenüber verfolgt.

Zuerst hat man die Alten ins Arbeitshaus gesteckt; daneben wurde auch Unterstützung im eigenen Heim gewährt. Dann kam eine Zeit der rigorosen Durchführung der Abschreckungsmaxime, gemildert durch Beiträge, welche die unterstützungsbedürftigen Alten und Invaliden von Verwandten erhielten. Endlich wurde eine unterschiedliche Behandlung derselben je nach ihrer Aufführung in Vergangenheit und Gegenwart eingeführt, mit großherziger Behandlung der „verdienten“ Alten und Invaliden. Alle drei Arten der Politik sind mehr oder weniger von den 1679 Armenverwaltungen des Vereinigten Königreichs eingeschlagen worden. Das Ergebnis war Konfusion, Ungeißheit und Ungleichheit in der Behandlung armer Alten und Invaliden.

Die erste Politik war den Absichten des Berichts der Armenkommission von 1834 entgegengesetzt, der besondere Häuser zur Unterbringung armer Alter und Invaliden verlangt hat. Solche Häuser sind nie errichtet worden; die Alten und Invaliden wurden im allgemeinen Arbeitshaus untergebracht. In diesem fand keine unterschiedliche Behandlung der Insassen statt; die Abschreckung galt auch für Alte und Invalide als Prüfstein ihrer Bedürftigkeit. Daneben wurde, wenn die Unterstützten es irgendwie fertig brachten, mit der ihnen gewährten Unterstützung auszukommen, auch Unterstützung außer dem Arbeitshause gewährt. Eine verschiedene Behandlung verdienter Alten und Invaliden und solcher mit anstößigem vergangenem oder gegenwärtigem Lebenswandel fand nicht statt; keiner erhielt mehr als das zum Leben absolut Nötige.

Die zweite Politik der rigorosen Durchführung des Abschreckungsprinzips hat besonders von 1871—90 vorgeherrscht. Sie kam gleichermaßen gegenüber Arbeitsunfähigen wie gegenüber Arbeitsfähigen zur Anwendung. Sie sollte zum Sparen antreiben und die Verwandten zu Beiträgen veranlassen. Man hoffte darauf gerade da, wo Unter-

stützungsbedürftige in Frage kamen, die ein ordentliches Leben geführt hatten. Auch hoffte man auf Unterstützung durch Beiträge von Wohltätigen gerade am meisten, wo der unterstützungsbedürftige Alte oder Invalide besonders unterstützt zu werden verdiente. Man sollte allgemein den Empfang von Armenunterstützung als Schande empfinden.

Die dritte Politik der unterschiedlichen Behandlung der „verdienten“ armen Alten und Invaliden und derjenigen, die dies nicht waren, sowohl in dem, was man ihnen außerhalb des Arbeitshauses gewährte, als auch in den Annehmlichkeiten, die man den ins Arbeitshaus aufgenommenen zuteil werden ließ, war derjenigen von 1871—90 entgegengesetzt. Sie entsprach einer weit verbreiteten Änderung in der öffentlichen Meinung. Sie hat mit der Gewährung einer Unze Tabak per Woche an Alte über 60, die sich gut aufführten, begonnen und wurde nach hartem Kampfe mit den Armeninspektoren 1892 durchgesetzt. Ein Jahr darauf erhielten die alten Weiber „trockenen“ Tee mit Zucker und Milch.

Unterdessen war eine Agitation für Gewährung von Pensionen an „verdiente“ Arme entstanden. Das hat zur Ernennung einer Königlichen Kommission geführt, die von 1893—95 getagt hat. Sie entschied, daß in allen geeigneten Fällen Unterstützung außerhalb des Arbeitshauses gewährt werden solle, und daß „verdiente“ Alte und Invaliden, wo sie auf Unterstützung in Anstalten angewiesen seien, getrennt von den nicht „verdienten“ untergebracht werden sollten. Dies solle überall den Armen mitgeteilt werden, damit sie wüßten, was sie im Alter und bei Invalidität zu erwarten hätten.

Dementsprechend sind 1895 und 1896 unter dem Ministerium Salisbury lange Zirkulare über die Verwaltung der Arbeitshäuser veröffentlicht worden, deren Prinzipien von denen, die 1835—92 geherrscht hatten, weit verschieden waren. Da sich der Charakter der Insassen der Arbeitshäuser seit 1834 völlig geändert habe, brauche die Behandlung in diesen nicht mehr so abschreckend zu sein. Die festen, für alle gleichen Stunden des zu Bett-

gehens und Aufstehens, sowie der Mahlzeiten werden aufgehoben, besondere Schlafräume für die „verdienten“ angeordnet und dergleichen mehr. Auch in der Unterstützung außerhalb des Arbeitshauses soll eine neue Politik eingeschlagen werden. Es wird angeordnet, die „verdienten“ Armen und diejenigen, deren Armut die Folge ihres schlechten Lebenswandels sei, zu unterscheiden. Den ersteren soll, außer wo sie in gesundheitsschädlichen Verhältnissen leben würden, Unterstützung außerhalb des Arbeitshauses zuteil werden. Anständige Arme sollen nicht zum Eintritt ins Arbeitshaus genötigt werden; außer wo andere geeignete Unterbringung unmöglich ist, solle ihnen entsprechende Unterstützung außerhalb desselben gewährt werden.

1908 waren alle drei Arten der Politik, mit gelegentlichen Abweichungen, im Vereinigten Königreiche in Anwendung. Die erste herrschte praktisch in allen Armenverwaltungen in Irland, Wales und einer beträchtlichen Zahl derselben in England. Sie ist grausam. Die Mehrheit der Armenverwaltungen haben trotz der gedachten Zirkulare den „verdienten“ Alten und Invaliden Unterstützung verweigert, um eben durch die Schrecken des Arbeitshauses deren Verwandte zu zwingen, ihnen Hilfe zu gewähren. Die, welche gar nichts hatten, haben nie außerhalb des Arbeitshauses Unterstützung erhalten. Liederliche Alte und Invalide aber gingen gern ins Arbeitshaus eben wegen der gleichartigen Gesellschaft, die sie da vorfanden; wurden sie außerhalb des Arbeitshauses unterstützt, so verausgabten sie die Unterstützung in Wirtshäusern, lebten im übrigen im Schmutz und waren eine Gefahr für die Gesundheit Aller.

Die zweite Politik ist von einer wachsenden Zahl von Armenpflegeämtern teilweise eingehalten worden. Die Folge war, daß in vielen volkreichen Städten eine nicht geringe Zahl Armer lieber verhungerte, als ins Arbeitshaus ging.

Die dritte, seit Salisbury zu Recht bestehende Politik ist von nur etwa zwanzig Armenverwaltungen befolgt

worden. Aus ihr ist 1908 das Gesetz über Nationale Pensionen hervorgegangen.

Bis dahin war für arme Alte und Invaliden, die der Armenunterstützung nicht anheim fallen wollten, nur durch die freien Hilfskassen und die Hilfskassentätigkeit der alten Gewerkvereine gesorgt gewesen. Von den Anfängen der ersteren habe ich im einundfünfzigsten Kapitel gesprochen und ihre Entwicklung bis zum Gesetze von 1846 verfolgt. Durch dieses Gesetz sind sie von dem Verbote Korrespondierender Gesellschaften befreit worden; damit erst ist ihnen die Gründung von Zweiggesellschaften ermöglicht worden; auch wurde durch dasselbe ein Amt zur Einschreibung ihrer Statuten geschaffen.

Aber die freien Hilfskassen ließen sich nicht einschreiben¹⁾; sie hätten, um den gesetzlichen Bedingungen für Einschreibung zu genügen, auf zu viele mit ihrer Verfassung verbundene Einrichtungen verzichten müssen. Wenn sie nicht eingeschrieben waren, entbehrten sie aber des gesetzlichen Schutzes gegen betrügerische und diebische Beamte. So hat der Sekretär der Manchester Unity £ 4000 unterschlagen und wurde freigesprochen; die Manchester Unity mußte dazu noch £ 680 Gerichtskosten tragen. Nun traten 14 771 Mitglieder aus. Die Logen der Hilfskassen petitionierten, ihr Geld in Sparkassen einzahlen zu dürfen. Alle 3. bis 4 Tage liefen darauf gerichtete Petitionen im Oberhause ein. Auch wurde eine diesbezügliche Vorlage im Oberhause eingebracht. Aber teils fürchtete man davon die Förderung gesetzwidriger Vereine; andere waren voll Sorge, die den Kassen gewährten Vorteile könnten auch den Gewerkvereinen zugute kommen; ein berechtigter Einwand war die Unzulänglichkeit der Prämientabellen der Hilfskassen. Aber das war nicht der Grund, warum ein Gesetzentwurf zum Schutze der Kassengelder scheiterte. Seine Bestimmungen waren in den Beratungen des Ausschusses

1) Siehe Hasbach, Das englische Arbeiterversicherungswesen. 216—264.

des Oberhauses so engherzig geworden, daß die Kassen nun selbst dagegen petitionierten, daß er Gesetz werde.

Nicht anders erging es einem 1849 im Unterhause eingebrachten Gesetzentwurfe, der eine Trennung der Prämientabellen nach Versicherungszweigen, die Festsetzung der Prämien nach Altersjahren oder kleineren Perioden bezweckte und die teilenden Vereine einzuschreiben verbot. Als Folge blieben bei den Kassen die unerfreulichsten Zustände bestehen. Die meisten Kassen waren bankrott. Dabei lebten ihre Mitglieder fortwährend in Zank und Streit. Sie suchten diejenigen auszuschließen, die alt und krank wurden, lösten sich auf, um alte Mitglieder los zu werden. Die Sekretäre waren unfähig und unzuverlässig. Die Unkenntnis der Elemente alles Versicherungswesens machte, daß die Arbeiter den Kassen zuströmten, die die niedrigsten Beiträge forderten und die größten Unterstützungen versprachen. Von je 3 Wirtshäusern hatten 2 einen Klub; es wird von einem Klub berichtet, der £ 475 für Bier und 314 für Begräbniskosten ausgab. Die Mehrheit der Vereine war zahlungsunfähig. Die Folge war, daß die Hilfskassen auch nur sehr ungenügend die von ihnen erhoffte Minderung der Armenlasten brachten.

„Aus einer Birminghamer Armenhausstatistik ersehen wir, daß unter 152 Männern sich 73 befanden, welche einem Klub angehört hatten. In 61 Fällen hatte derselbe bankrott gemacht. Unter diesen hatten 25 alte Männer einem Klub 12 $\frac{1}{2}$ Jahre, 10 11 $\frac{1}{2}$ Jahre, 16 13 $\frac{1}{2}$ Jahre und 7 selbst 22 $\frac{1}{4}$ Jahre angehört. Von der Alresford und Winchester (Kirchspiel-) Union liegt folgende Statistik vor. Unter 59 Armen hatten 29 einem Klub angehört; in 20 Fällen hatte der Verein bankrott gemacht. In 5 Fällen hatte der Mangel an Arbeit den Armen zum Austritt gezwungen, in 4 hatte er die Stadt verlassen, wo der Klub sich befand; vier mitgezählte Arme waren noch Mitglieder eines Klubs, der sie nicht vor der Schande, als Armenunterstützte zu gelten, schützen konnte. Bekanntlich gaben viele Kassen invaliden und alten Personen so wenig, daß sie nicht davon leben konnten und an ihrem Lebensabende doch zur Armenunterstützung ihre Zuflucht nehmen mußten; oder die Mitglieder konnten nur für eine beschränkte Zeit versichern; dauerte ihre Krankheit länger als z. B. ein Jahr, so wurden sie entweder aus dem Mitglieder-

verbände entlassen, oder sie erhielten $\frac{1}{2}$ oder $\frac{1}{3}$ des früheren Krankengeldes¹⁾).

Die Ursache dieses Fiaskos der freien Hilfskassen lag in schlechten Prämientabellen, schlechter Verwaltung, Sinken der Löhne, die unzureichend waren, um für den Fall des Alters zu versichern, und Arbeitslosigkeit, die die Arbeiter außerstande setzte, ihre Versicherungsbeiträge weiter zu zahlen.

Am 15. August 1850 ist ein neues Gesetz (13 & 14 Vict. c. 115) erlassen worden, das nach Aufhebung früher erlassener Hilfskassengesetze die Zwecke aufzählt, für die Hilfskassen gegründet werden dürfen, und die Bedingungen festsetzt, unter denen sie eingeschrieben werden dürfen²⁾.

Zu den Zwecken gehört die Lebensversicherung, Ausstattungsversicherung, Kranken-, Alters-, Witwen- und Waisenversicherung, aber auch Viehversicherung, ferner die von Ersparnissen, Auswanderungsversicherung, und endlich jeder Zweck, der in England und Irland vom Attorney General und in Schottland vom Lord-Advokaten als den Bestimmungen dieses Gesetzes entsprechend anerkannt wird. Unter den Bedingungen sind die wichtigsten die, die sich auf Krankheits- und Mortalitätsstatistik im Interesse der Gewinnung von Grundlagen zuverlässiger Prämientabellen beziehen, sowie die, welche die Mitglieder der Hilfskassen gegen ungerechte Behandlung durch diese schützen sollen.

Die Zeit von 1850 bis 1855 hat dann große Fortschritte auf dem Gebiete der Krankheits- und Mortalitätsstatistik gebracht³⁾. Auch ist bemerkenswert, daß die Versicherungsgesellschaften der wohlhabenden Klassen sich in zunehmendem Maße als freie Hilfskassen einschreiben ließen, um die durch das Gesetz diesen gewährten Vorteile zu erlangen. Dagegen sind in dieser Zeit schwere Anklagen gegen die Arbeiter erhoben worden; es sei in den großen Fabrikdistrikten zur Gewohnheit der Eltern geworden, ihre häufig in mehreren Begräbniskassen versicherten Kinder umzubringen⁴⁾. Eine vom Unterhause

1) Hasbach a. a. O. 240, 241.

2) Ebenda 261—264.

3) Ebenda 265—300.

4) Ebenda 304/5, 417.

vorgenommene Untersuchung ergab indes nur einige Fälle¹⁾. Darauf wurde in einem Gesetze von 1858 gefordert, daß bei Erhebung des Begräbnisgeldes das Zeugnis eines approbierten Arztes über den Tod beizubringen sei²⁾.

Andere Reformen, die zur Abhilfe der Mißstände der Hilfskassen vorgeschlagen wurden und deren Zahlungsfähigkeit zu sichern bezweckten, stießen auf heftigen Widerstand der Arbeiter. Man erklärte die Staatskontrolle für verfassungswidrig, für eine Tyrannei gleich der des russischen Zaren und drohte mit Auflösung der Kassen und der Inanspruchnahme der Armenunterstützung. Der Staat galt den Arbeitern eben noch als Feind. Und doch wäre eine sehr strenge Kontrolle der Kassen nötig gewesen. Es wurden noch immer Beiträge vertrunken, die Ausgaben für Trommeln, Pfeifen, Bänder, Fahnen auf Rechnung der Krankenkassen gesetzt; in einem Falle nahmen die Treuhänder dem Kassierer mit Gewalt die Schlüssel ab, betranken sich, prügeln einander und schlugen dem Wirt die Möbel entzwei. Mitglieder, die sich gegen solche Ausführung erhoben, wurden mit Ausschließung bedroht³⁾. Zu diesen Mißbräuchen kam der Austritt vieler Arbeiter aus den Kassen, weil sie infolge von Arbeitslosigkeit und sinkenden Löhnen während des amerikanischen Bürgerkriegs keine Beiträge zahlen konnten⁴⁾, und die Ausbeutung der Arbeiter durch Kollektoren und andere Beamte der Begräbniskassen⁵⁾. Die Folge war der Zusammenbruch zahlreicher Kassen. Um 1870 war ein Drittel aller seit etwa 75 Jahren eingeschriebenen Hilfskassen zusammengebrochen⁶⁾. Dabei waren die von vielen Hilfskassen gewährten Unterstützungen so gering, daß ihre Mitglieder sich doch um Armenunterstützungen bewerben mußten⁷⁾. Die Folge waren die hohen Ziffern der Armenlast.

Ich habe die während der fünfziger Jahre erlassenen Hilfskassengesetze nicht weiter aufgeführt, denn sie haben

1) Ebenda 307/8.

2) Ebenda 321.

3) Ebenda 326/7.

4) Ebenda 336.

5) Ebenda 340.

6) Ebenda 329.

7) Ebenda 330/331.

die geschilderten Mißstände nicht zu verhindern vermocht. Wichtiger war die Gründung von Postsparkassen 1861 durch Gladstone und der damit verbundenen staatlichen Lebens- und Rentenversicherung. Sie fand statt, weil die freien Hilfskassen nach Gladstones Meinung nicht zahlungsfähig waren; auch seien viele verrottet und betrügerisch. Die höchste Rente, die versichert werden konnte, sollte sich auf £ 50, der Höchstbetrag der Lebensversicherung sich auf £ 100 belaufen. Die Kassen und Versicherungsgesellschaften fürchteten die Konkurrenz, und der Vorschlag stieß im Parlament auf großen Widerspruch. Doch wurde er 1864 Gesetz (27 & 28 Vict. c. 43) und hat bei den Arbeitern tiefe Wurzeln geschlagen¹⁾.

Nach Überwindung großen Widerstands seitens der Hilfskassen ist 1871 eine Königliche Kommission zur Untersuchung der bei ihnen herrschenden Mißstände eingesetzt worden. Ihr Ergebnis war nach Ablehnung eines ersten Gesetzentwurfs das Hilfskassengesetz von 1875 (38 & 39 Vict. c. 60), in dem die Zwecke genannt werden, deren Verfolgung eingeschriebenen Hilfskassen erlaubt sein soll, in dem ferner deren Pflichten festgestellt werden, um eine Kontrolle ihrer Gebarung zu ermöglichen, und die Privilegien aufgeführt werden, die ihnen bei Erfüllung dieser Pflicht zuteil werden sollen²⁾.

„Die fünf bedeutendsten Neuerungen waren³⁾: Die Reform der Zentralbehörde, die nun wirksamer als früher ihres Amtes walten konnte, dabei aber in großer Abhängigkeit vom Ministerium steht; ein Netz gesetzlicher Bestimmungen, die den pflichtvergessenen Beamten der Landesvereine und großen Begräbniskassen ein Durchschlüpfen schwerer machten; die elastische Anpassung an die Bedürfnisse der großen Arbeiterorden, insbesondere die Möglichkeit, deren Zweige in größere Zucht zu nehmen; die Einsetzung von Inspektoren; die Erlaubnis unter maßvollen Bedingungen teilende Vereine und Hilfskassen, mit denen Darlehnskassen verbunden waren, einschreiben zu lassen.“

1) Hasbach 343—345.

2) Siehe die eingehende Angabe des Inhalts des Gesetzes bei Hasbach 420—426.

3) Ebenda 427.

Aber nach wie vor ist die Mehrheit der Hilfskassen ihren alten Gang weiter gegangen; für alle Mängel kannte das Gesetz von 1875 nur die rücksichtslose Öffentlichkeit, mit der die Hilfskassen ihre ganze Verwaltung bloßlegen mußten¹⁾. Auch bestanden nach wie vor neben den eingeschriebenen Hilfskassen nichteingeschriebene. Ich halte mich nicht bei weiteren Gesetzen auf, die seit 1875 erlassen wurden, und verweile nur kurz bei einer ihrer Anomalien: Arme, die jahrelang Selbstverleugnung geübt hatten, indem sie in eine Hilfskasse Beiträge zahlten, dafür aber nur eine so geringe Unterstützung erhielten, daß sie genötigt waren, trotzdem Armenunterstützung in Anspruch zu nehmen, erhielten nun nicht etwa mehr als der gewöhnliche Unterstützungsempfänger, sondern erreichten nur, daß, was sie an Armenunterstützung erhielten, um den Betrag, den die Hilfskasse auszahlte, gekürzt wurde. Die herrschende Armenpolitik sah eben immer noch in den Hilfskassen lediglich Einrichtungen zur Minderung der Kosten der Armenverwaltung.

Einen großen Fortschritt in der Ordnung des Unterstützungswesens hat das Jahr 1880 gebracht²⁾. Bis dahin ist für die Unterstützung von Arbeitern, die in Verfolgung ihres Berufs von einem Unfall betroffen waren, nur ganz ungenügend gesorgt gewesen. Vor 1880 waren Arbeitgeber zur Entschädigung ihrer von einem Unfall betroffenen Arbeiter nur verpflichtet, wenn der Unfall als durch ihre Nachlässigkeit oder gesetzwidrige Handlung hervorgerufen nachgewiesen werden konnte³⁾. War der Verunglückte getötet worden, so hatten vor 1846 seine Hinterbliebenen gar keinen Anspruch; erst 1846 haben sie einen Anspruch erhalten, wenn sie nachweisen konnten, durch den Tod eine finanzielle Einbuße erlitten zu haben. Bis 1880 war die Annahme, daß der Arbeitgeber normale Vorsorge für einen sicheren Arbeitsraum, für ungefährliche Maschinen und

1) Ebenda 427.

2) Siehe Joseph L. Cohen, *Workmen's Compensation in Great Britain*. London 1923.

3) Cohen a. a. O. 83 ff.

sachverständige Arbeiter zu treffen habe; wenn ein Arbeiter trotzdem verunglückte, erhielt er keine Entschädigung. Die Gerichte nahmen an, daß er, indem er seinen Dienst antrat, sich freiwillig dieser Gefahr ausgesetzt habe, und *volenti non fit injuria*.

Sowohl die freiwilligen Hilfskassen als auch ein Teil der Gewerkvereine hatten, indem sie Schädigung durch Unfall der Erkrankung gleichstellten der aus einem Unfall entstehenden Not der Arbeiter abzuhelfen gesucht¹⁾. Aber was sie leisteten war durchaus ungenügend; die Arbeiter waren außerstande, die Kosten einer ausreichenden Unfallversicherung zu tragen. Da hat 1880 die liberale Partei den Entwurf eines Haftpflichtgesetzes eingebracht, der vermöge der Energie Gladstones trotz der entgegenstehenden Interessen der Arbeitgeber und der prinzipiellen Bedenken der Juristen Gesetz wurde.

Das Haftpflichtgesetz von 1880 (43 & 44 Vict. c. 42) bestimmt, daß der Arbeitgeber für Körperbeschädigungen haftbar ist, die verursacht werden durch einen Mangel in der Beschaffenheit der Maschinen, durch die Nachlässigkeit eines Beamten oder einer Person, welcher die Arbeiter, als der Unfall stattfand, gehorchen mußten, durch eine Handlung oder Unterlassung einer Person im Dienste des Arbeitgebers, welche die Kontrolle über Signale, Weichen u. dgl. hat, unter gewissen Beschränkungen. Die Forderung auf Schadenersatz verjährt in 6 Wochen²⁾.

So groß der Fortschritt war, den dieses Gesetz gegen den Zustand seit 1846 gebracht hat, so litt es doch an verschiedenen Mängeln. Der Schadenersatz konnte von dem durch einen Unfall Betroffenen erst nach Verlauf einiger Zeit und nicht in dem Augenblick, in dem er am dringlichsten benötigt wurde, erhalten werden. Außerdem mußte, um ihn zu erlangen die Hilfe eines Anwalts in Anspruch genommen werden, was Geld kostete, und zudem wurde der Arbeiter, der auf Schadenersatz klagte, entlassen. Das Schlimmste aber war das Fehlen einer Bestimmung, die Arbeitsverträge für nichtig erklärte, in denen der Arbeiter

1) Cohen a. a. O. 75 ff.

2) Hasbach 433. — Cohen 89.

auf die Anwendung des Gesetzes zu verzichten genötigt wurde. 1893 hat Asquith einen Gesetzentwurf eingebracht, der letzterem Mangel abhelfen sollte; er wurde vom Unterhause angenommen, scheiterte aber im Oberhause. Es sind dann noch andere Haftpflichtbestimmungen erlassen worden¹⁾.

Die wichtigsten sind: Das Haftpflichtgesetz von 1897 verfügte, daß, „wenn in irgendeiner Beschäftigung, auf die das Gesetz Anwendung findet, durch einen aus oder im Verlaufe derselben entstandenen Unfall ein Arbeiter persönlichen Schaden erleidet, sein Arbeitgeber verpflichtet ist, Schadenersatz zu leisten.“ Das Gesetz sollte nur auf Beschäftigung bei Eisenbahnen, in Fabriken, Bergwerken, Steinbrüchen, im Maschinenbau und bei Bauten höher als 30 Fuß angewendet werden. Im Falle des Todes des Arbeiters sollen seine Hinterbliebenen den dreijährigen Betrag seines Lohns, aber nicht mehr als £ 300, erhalten. Ein Gesetz von 1900 hat seine Geltung auf allgemeine und landwirtschaftliche Arbeiter ausgedehnt²⁾.

Auf das erste Haftpflichtgesetz ist 1896 ein neues Hilfskassengesetz (59 & 60 Vict. Ch. 25) gefolgt, das unter Beseitigung eines halben Dutzend seit 1875 erlassener Hilfskassengesetze auch das von 1875 ersetzt hat.

Unter Ziffer 8 führt es die Zwecke auf, denen Hilfskassen, die eingeschrieben werden wollen, dienen dürfen. Es sollen nur solche Kassen eingeschrieben werden, die Unterstützung bei Krankheit oder Invalidität, sowohl körperlicher als auch geistiger, im Alter, ferner an Witwen und Waisen gewähren; solche, die eine Geldsumme versichern, zahlbar bei Geburt des Kindes oder beim Tode eines Mitglieds, oder zur Bestreitung der Begräbniskosten eines Mannes, Weibes oder Kindes eines Mitglieds oder beim Tode der Witwe eines verstorbenen Mitglieds, oder zur Zahlung an eine Person jüdischen Bekenntnisses während der Trauerzeit, die sie im Erwerbe beschränkt, ferner Kassen, die arbeitsuchende Mitglieder oder Mitglieder in bedrängten Verhältnissen oder nach einem Schiffbruche oder beim Verluste oder der Beschädigung von Booten und Netzen unterstützen, solche, die Mitglieder oder von diesen genannte Personen ausstatten, Kassen, die die Versicherung des Handwerkszeugs der Mitglieder gegen Feuersgefahr übernehmen; endlich solche, welche die Er-

1) Siehe Cohen a. a. O. 215 ff.

2) Ebenda 93, 94.

fällung der den Beamten und Dienern der Gesellschaft oder eines ihrer Zweige obliegenden Pflichten gewährleisten. Doch soll eine Hilfskasse, die sich verpflichtet, jemandem eine größere Jahresrente als £ 50 oder eine größere einmalige Summe als £ 200 zu zahlen, nicht eingeschrieben werden können.

Dagegen können Versicherungsgesellschaften, Gesellschaften für Wohltätigkeitszwecke, Gesellschaften für Geselligkeitszwecke, für gegenseitige Hilfe, geistige und sittliche Förderung und vernünftige Erholung, sowie jedwede Gesellschaft, deren Zweck vom Schatzamt als unter die Bestimmungen dieses Gesetzes fallend anerkannt wird, eingeschrieben werden.

Nach Ziffer 15 soll eine Kasse, außer Gesellschaften für Wohltätigkeitszwecke und Gesellschaften für Geselligkeitszwecke, für gegenseitige Hilfe, geistige und sittliche Förderung und vernünftige Erholung, auf Grund der Tatsache, daß sie Gelder nach Erfüllung ihrer Verpflichtungen verteilt, von der Registrierung nicht ausgeschlossen sein.

Andere Bestimmungen betreffen die Organisation der eingeschriebenen Kassen, ihre Privilegien, ihre Verwaltung und Kontrolle. Ich erwähne mit Rücksicht auf die früher erhobene Klage über Ermordung versicherter Kinder durch ihre Eltern, daß Ziffer 62 verbietet, daß eingeschriebene wie nicht eingeschriebene Kassen höhere Beträge versichern als £ 5 beim Tode eines Kindes unter 5 Jahren und £ 10 bei dem eines Kindes unter 10 Jahren.

Mit dem Erlaß des Haftpflichtgesetzes von 1880 war der erste Einbruch in die auf dem Armengesetze von 1834 beruhende, durch freie Hilfskassen und Wohltätigkeitsunterstützungen einiger Gewerkvereine gemilderte Ordnung des Unterstützungswesens geschehen. Ein zweiter ist durch das Gesetz über Alterspensionen erfolgt. Schon 1881 hatte das zweite Ministerium Gladstone die Fürsorge für altgewordene Arme in Aussicht gestellt; aber man hat 25 Jahre lang darüber geredet, ohne daß es zu etwas kam; endlich 1906 hat sich die liberale Partei verpflichtet, den Gedanken zu verwirklichen. Auf Grund der Untersuchungsergebnisse der Königlichen Armenkommission von 1905 ist das Altersversorgungsgesetz von 1908 erlassen worden, dem amendierende Gesetze in den Jahren 1911, 1919 und 1924 gefolgt sind.

Die Zeit, da in England ein Altersversorgungsgesetz von einem Ministerium zum ersten Male versprochen wurde,

war die Zeit, da auch in Deutschland eine Altersversicherung ins Auge gefaßt wurde. Aber nichts wäre verkehrter, als die eben genannten englischen Gesetze für eine Nachahmung der deutschen Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetze von 1889 und 1899 zu halten. Sie sind von diesen in Absicht wie in Charakter verschieden. Der Vater der ganzen deutschen Arbeiterversicherungsgesetzgebung ist der Hüttenbesitzer Freiherr von Stumm gewesen. Auf seine Anregung hin hat eine Kommission des Reichstags 1879 eine Resolution entworfen, in der der Reichstag den Reichskanzler auffordern sollte, einen Gesetzentwurf betreffend die Einführung des Altersversicherungszwangs für Fabrikarbeiter vorzulegen. Der Reichstag hat die Resolution abgelehnt; aber nichtsdestoweniger ist sie als Ausgangspunkt der deutschen Arbeiterversicherungsgesetzgebung bedeutsam. In ihr werden die für die preußischen Bergarbeiter bestehenden Knappschaftskassen zwar nicht als Muster genannt, aber sie haben unverkennbar bei ihrer Abfassung als Muster vorgeschwebt. Diese Knappschaftskassen gewährten ihren Mitgliedern Krankenunterstützung und Begräbnisgeld, ferner Unterstützung bei Invalidität, Witwen- und Waisenpensionen und einige wenige noch andere Beihilfe, wie Befreiung von Schulgeld. Aber nur Kranken- und Begräbnisgelder erhielten alle Mitglieder. Ich habe damals die Statuten von 80 der 84 bestehenden Knappschaftsvereinen eingesehen¹⁾; davon haben nur 4 alle diese Unterstützungen ihren Mitgliedern gewährt; die übrigen unterschieden zwischen meist- und minderberechtigten Mitgliedern. Nur die Meistberechtigten erhielten unter allen Umständen Invaliden-, Witwen- und Waisenunterstützung; die Minderberechtigten nur dann, wenn sie bei Werksarbeit verunglückten. Um unter die Meistberechtigten aufgenommen zu werden, mußte man den Nachweis erbringen, daß man in einem zum Vereine gehörigen Werke eine bestimmte Anzahl Jahre — im

1) Siehe Lujo Brentano, Der Arbeiterversicherungszwang, seine Voraussetzungen und seine Folgen. Berlin 1881. 40 ff. bes. 44 ff.

Vereine des Hüttenwerks der Gebrüder Stumm in Neunkirchen 8 Jahre — zur Zufriedenheit gearbeitet habe; 1879 gab es auf sämtlichen preußischen Werken 153 003 meistberechtigte und 103 538 minderberechtigte Mitglieder. Das Verlangen, daß letztere, um meistberechtigt zu werden, eine bestimmte Anzahl Jahre in einem Vereinswerke zur Zufriedenheit gearbeitet haben mußten, hatte aber die schwersten Folgen für die Freiheit der Arbeiter. Die Kosten der Versicherung wurden nämlich durch Beiträge der Arbeiter und Zuschüsse der Arbeitgeber bestritten. Wurde ein Arbeiter entlassen, so konnte er zwar in den meisten Fällen, indem er seine Beiträge weiter zahlte, sich seine Ansprüche auf Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung erhalten; aber dem Arbeitslosen mußten bald die dazu nötigen Mittel ausgehen; unter allen Umständen hörten die für ihn vom Arbeitgeber gezahlten Zuschüsse auf. Nirgends aber hatte der Arbeiter Anspruch auf Aufrechterhaltung seiner Versicherungsansprüche, wenn seine Arbeitslosigkeit in Entlassung wegen Mangels an Übereinstimmung über die Arbeitsbedingungen seinen Grund hatte. Die Furcht nicht unter die Meistberechtigten aufgenommen zu werden oder als Meistberechtigter eine Schmälerung oder den Verlust seiner Unterstützungsansprüche zu erleiden, mußte ihn also zu jeglicher Unterwerfung unter die Arbeitsbedingungen, die der Arbeitgeber bot, zwingen und schloß jeglichen Gebrauch des Koalitionsrechts der Arbeiter aus. Der Freiherr von Stumm war aber der energischste Gegner des Koalitionsrechts. Eben dies ließ ihm in der Einführung des Altersversicherungszwangs das Mittel erblicken, um es ohne seine Abschaffung durch Gesetz tatsächlich auszuschalten. Wie weit er in dem Gebrauch der durch die Knappschaft über die Arbeiter erlangten Herrschaft ging, zeigt, daß er und auf sein Anstiften alle Arbeitgeber des Saarreviers jeden Arbeiter entließen, der ein Wirtshaus besuchte, in dem ein sozialdemokratisches Blatt auslag, ja daß er selbst über eine, noch dazu sein eigenes schutzzöllnerische Programm unterstützende, Zeitung den Boykott seiner Arbeiter verhängte,

weil es ein Gedicht „Der alte Arbeiter“ abgedruckt hatte, das nichts weiter war, als eine recht eindringliche Mahnung zur Errichtung von Altersversorgungs- und Invalidenkassen¹⁾; aber Herr von Stumm sah darin eine Aufreizung.

Nach dem deutschen Gesetze betr. Invaliden- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889 (jetzt in das vierte Buch der Reichsversicherungsordnung übergegangen) setzt die Erlangung einer Invalidenrente voraus, daß der Versicherte während mindestens 235 Wochen, und die Erlangung einer Altersrente, daß der versicherte Siebzigjährige während mindestens 1410 Wochen Beiträge gezahlt habe. Im letzteren Falle ist die Höhe der Unterstützung, die gewährt wird, durch die Zahl und Größe der entrichteten Beiträge bedingt. Auch hier also Gefährdung der Unterstützung und ihrer Höhe durch jede Arbeitslosigkeit, die Beiträge zu zahlen verhindert.

Die englischen Altersversorgungsgesetze²⁾ von 1908, 1911, 1919 und 1924 haben keine Altersversicherung geschaffen. Es wird von dem, der im Alter eine Pension erlangen will, nicht verlangt, daß er Versicherungsbeiträge gezahlt habe. Er hat nur zu beweisen, daß er das 70. Jahr erreicht habe und nicht mehr als £ 49, 17 s 6 d Einkommen im Jahre habe. Blinde können schon im 50. Jahre auf eine Pension Anspruch erheben. Der Höchstbetrag, der bezahlt wird, ist bei einem Jahreseinkommen von 26 £ 5 s wöchentlich 10 s; die Unterstützung sinkt bis auf 1 s wöchentlich bei einem Jahreseinkommen von 49 £ 17 s 6 d. Die an Alterspensionen wöchentlich bezahlte Summe hat im Durchschnitt 9 s per Kopf betragen, während die Insassen der Arbeitshäuser dem Staate wöchentlich 1 £ 15 s 6 d und die der Gefängnisse ihm wöchentlich 2 £ 9 s 7 d pro Kopf gekostet haben.

1) Brentano a. a. O. 56.

2) Siehe John J. Clarke, *Social Administration including the Poor Laws*. London 1922. 273 ff. — Alban Gordon, *Social Insurance, what it is and what it might be*. London 1924. 56 ff. — John J. Clarke, *The Local Government of the United Kingdom*. Chapt. XXIV.

Am letzten Freitag im März 1925 hat in England und Wales die Zahl der Pension empfangenden Männer 332 360, die der Weiber 568 176, die der Pensionsempfänger beiderlei Geschlechts 900 536, in Schottland die der Männer 38 449, der Weiber 71 699, aller Pensionsempfänger zusammen 110 148 betragen. Der gesamte Aufwand des Pensionsministeriums betrug 1922 £ 95 559 616; er ist seitdem jedes Jahr gesunken und betrug 1926 £ 66 916 268¹⁾. Die Kosten der Altersversorgung werden durch die vom Staate erhobenen Steuern gedeckt. Es wird geklagt, daß bei Berechnung des Jahreseinkommens der Pensionsberechtigten knauserig und willkürlich vorgegangen werde. Wir werden sehen, wie die aus Anlaß der Einkommensberechnung erhobenen Beschwerden durch das Witwen-, Waisen- und Altersversicherungsgesetz von 1925 behoben worden sind.

Es erhellt, statt zur Ausschaltung des Koalitionsrechts ist das englische Altersversorgungsgesetz zur Entlastung der Gewerkvereine von der Fürsorge für Alte geschaffen. Aber damit waren noch nicht alle Forderungen erfüllt, die John Burns Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts erhoben hat, als er gegen die Hilfskassentätigkeit der alten Gewerkvereine ins Feld zog. Noch war für die Kranken, Witwen und Waisen und für die Arbeitslosen ungenügend gesorgt. Die Königliche Kommission von 1905 zur Untersuchung der Wirkungen der geltenden Armen-gesetze hat dies anerkannt und die staatliche Kranken- und Arbeitslosenversicherung einstimmig gefordert. Das Ergebnis war das Nationale Krankenversicherungsgesetz von 1911 (1 & 2 Geo. V Ch. 55), das durch weitere Gesetze amendierte worden ist. Alle diese Gesetze sind 1924 in einem neuen Gesetze konsolidiert worden.

Durch diese Gesetze wird für alle Personen im Alter zwischen 16 und 70 Jahren die in einem Arbeitsverhältnis stehen und nicht mehr als £ 250 im Jahre verdienen, gewisse Klassen ausgenommen, ein Zwang zur Versicherung gegen Krankheit ausgesprochen. Beitragspflichtig sind außer den Arbeitern die Arbeitgeber und der Staat. Die männlichen Arbeiter haben 4½ d, die weiblichen 4 d und die Arbeitgeber 4½ d pro Kopf die Woche zu zahlen. Wenn die Arbeiter nicht vom Arbeitgeber verpflegt werden und ihr täglicher Lohn nicht mehr als 3 s beträgt, hat der Arbeitgeber wöchentlich für jeden männlichen Ar-

1) Statistical Abstract 1927, 60, 63.

beiter 9 d, für jeden weiblichen 8 d, die Arbeiter haben nichts zu zahlen; beträgt der tägliche Lohn nicht mehr als 4 s, so hat der Arbeitgeber wöchentlich für jeden männlichen und weiblichen Arbeiter $5\frac{1}{2}$ d, der männliche Arbeiter hat wöchentlich $3\frac{1}{2}$ d, der weibliche 3 d zu zahlen. Sowohl zur Versicherung der männlichen wie der weiblichen Arbeiter gewährt das Parlament einen Zuschuß im Betrag von $\frac{2}{9}$ der Versicherungskosten. Mit Erreichung des 70. (vom 2. Januar 1928 ab des 65.) Jahres hört die Verpflichtung zur Zahlung von Beiträgen auf. Die Vorteile, die die Versicherung gewährt, bestehen teils in kostenfreier ärztlicher Behandlung, wenn nötig in einem Sanatorium, teils in Geldunterstützung; ferner in Unterstützung während Arbeitsunfähigkeit nach überstandener Krankheit und der Frauen, nachdem sie geboren haben. Eine der wichtigsten Bestimmungen, wodurch die britische Krankenversicherung sich von der deutschen zu ihrem Vorteil unterscheidet, ist, daß, während die deutschen Krankenkassen im Gegensatz zu den freien Hilfskassen und insbesondere zu den Gewerkvereinen und Gewerkschaften ins Leben gerufen sind¹⁾, in Großbritannien und Irland die eingeschriebenen freien Hilfskassen und die Gewerkvereine, wenn sie den unter Ziffer 23 des Gesetzes aufgestellten Bedingungen entsprechen, als „genehmigte Gesellschaften“ die Hauptträger der Versicherung sind. Das hat zur Steigerung der Zahl der Gewerkvereinsmitglieder außerordentlich beigetragen. Wer die Mitgliedschaft bei einer anerkannten Kasse nicht erwerben kann oder will, entrichtet seine Beiträge an den Postamtsversicherungsfond. Dieser zahlt Unterstützungen nur nach Maßgabe der von dem Versicherten entrichteten Beitragssummen; wenn das Guthaben des Einlegers erschöpft ist, hört auch die Unterstützung auf.

1) Die erste Vorlage eines Krankenversicherungsgesetzes, die in Ausführung der Kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 im Reichstage eingebracht worden ist, wollte unter Aufhebung des Hilfskassengesetzes vom 7. April 1876 die bestehenden freien Hilfskassen aufheben und sie durch Zwangskassen ersetzen. Als der Reichstag das Fortbestehen der freien Hilfskassen beschloß, wollte Fürst Bismarck das Gesetz dem Kaiser zur Unterzeichnung nicht vorlegen. Lasker, der damalige Führer der ausschlaggebenden nationalliberalen Fraktion hat, wie er mir selbst erzählt hat, den Reichskanzler nur nach stundenlangen Vorstellungen davon abgebracht, indem er sagte, die den offiziellen Kassen durch das Gesetz gewährten Vorzüge seien so groß, daß die freien Hilfskassen sehr bald keine Mitglieder mehr haben würden.

Die Zahl der Personen in Großbritannien, die auf Grund des Gesetzes Anspruch auf Krankenunterstützung gehabt haben, hat 1925 10 535 900 Männer und 5 113 200 Weiber betragen¹⁾. Davon gehörten zu „genehmigten Gesellschaften“ 10 170 700 Männer und 5 007 100 Weiber. In Nordirland betrug die Zahl dieser Personen 1925 196 100 Männer und 142 100 Weiber. Davon gehörten zu „genehmigten Gesellschaften“ 192 000 Männer und 140 000 Weiber. Die Kosten der Versicherung wurden 1925 in Großbritannien gedeckt durch 27 719 000 £ Beiträge der Arbeitgeber und Arbeiter, 5 633 000 £ Zinsen und 8 073 000 £ Staatszuschuß, in Nordirland durch 394 000 £ Beiträge der Arbeitgeber und Arbeiter, 84 000 £ Zinsen und 177 000 £ Staatszuschuß. Davon wurden verwendet auf Krankenunterstützung in Großbritannien 10 347 000 £, in Nordirland 225 000 £, auf die Unterstützung von Invaliden in Großbritannien 5 074 000 £, in Nordirland 149 000 £, auf Mutterschaftsversicherung in Großbritannien 1 704 000 £, in Nordirland 47 000 £, auf Ärzte und Medizin in Großbritannien 945 300 £, in Nordirland 30 000 £, auf Unterstützungen anderer Art in Großbritannien 951 000 £, in Nordirland 41 000 £. Der Gesamtbetrag der gewährten Unterstützungen belief sich 1925 in Großbritannien auf 27 529 000 £, in Nordirland auf 492 000 £.

Um diese Unterstützungen zu erhalten, muß auch nach dem britischen Gesetze die versicherte Person eine bestimmte Zahl jährlicher Beiträge geleistet haben; bleibt sie mit deren Zahlung in Rückstand, so hat dies die Minderung und eventuell das Aufhören jeglicher Unterstützung zur Folge. Auch hier also wird die Wirksamkeit der Krankenversicherung durch jede Arbeitslosigkeit bedroht, die den Versicherten außerstand setzt, seine Beiträge weiter zu zahlen, und die Beitragszahlung des Arbeitgebers zum Stillstand bringt. Nur die Mitglieder jener Gewerkvereine, mit deren wesentlicher Funktion, der Unterstützung bei Arbeitslosigkeit jeglicher Art, die bei Krankheit verbunden war, waren in bezug auf Krankenunterstützung nicht bedroht. Das hat Bestimmungen über die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit in dem Gesetze von 1911 notwendig gemacht; sie sind im II. Teile desselben enthalten.

Was ist die Wandlung, welche die Fürsorge für Arbeitslose seit 1834 durchgemacht hat?

1) Statistical Abstract 1927, 54—57.

Die Arbeitsfähigen außer Arbeit waren Hauptgegenstand der Beratungen der Armenkommission von 1834 gewesen, während die Fürsorge für Arbeitsunfähige nur eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle in ihren Beratungen gespielt hat. Ihr Augenmerk war eben nicht auf Abhilfe der Not der Armen, sondern auf Minderung der durch die Fürsorge für sie verursachten Kosten gerichtet. Dabei standen neben den durch das Speenhamlandsystem verursachten die, welche die Fürsorge für die infolge der Einhegungen, der Verwendung arbeitsparender Maschinen und des Rückgangs der Konjunktur arbeitslos Gewordenen mit sich brachte, im Vordergrund, und die Erinnerung an die seit Heinrich VIII. gegen den arbeitsscheuen Arbeitsfähigen erlassenen barbarischen Gesetze war noch nicht erloschen. Der arbeitslose Arbeitsfähige war der Armenkommission von 1834 der arbeitsscheue Landstreicher. Wir haben ihre Mittel kennen gelernt, um ihn zur Arbeit zu nötigen und den Beschäftigten zu veranlassen, darauf bedacht zu sein, seine Stelle nicht zu verlieren: das Arbeitshaus, das weniger Armenhaus als vielmehr Strafanstalt war. 1844 erging eine Verordnung der Armenkommissare, welche Unterstützung außerhalb dieses Arbeitshauses verbot.

Das Armengesetz von 1834 hat insofern Erfolg gehabt, als wenige Jahre nach seinem Erlaß das demoralisierende Speenhamlandsystem aufgehört hat. Wo dagegen Arbeitslosigkeit infolge von Einhegungen, von Fortschritten in der Technik und von Rückgang der Konjunktur stattfand, wurde die Politik ausschließlicher Unterstützung im Arbeits Hause unhaltbar; die Zahl der brotlos Gewordenen war zu groß. Hier griff man auf die Unterstützung der Arbeitslosen außer dem Hause aber unter Beschäftigung derselben in Arbeitshöfen, in denen sie Steine klopfen mußten, zurück. Die Zahl der so Beschäftigten war in Zeiten wirtschaftlicher Depression enorm. Daneben nahm die Zahl der Vagabunden, die in den Arbeitshäusern Aufnahme suchten, zu; denn, wie schon gesagt worden ist, wurde dem Verlangen der Armenkommission, jede Art von Unterstützten in einem besonderen Hause unterzubringen, nicht ent-

sprochen; das allgemeine Arbeitshaus blieb; in diesem aber wurde eben, weil alle Arten von Unterstützungsbedürftigen darin untergebracht und alle einer und derselben Verwaltung unterworfen wurden, diese laxer. Dadurch wurde das Arbeitshaus für gewisse Arten arbeitsfähiger Armen eine Attraktion. Es war für den Vagabunden angenehm, wenn er von allen Mitteln entblößt war, hier eine Unterkunft zu finden, die ihm die Freiheit ließ, nach Belieben zu kommen und wieder zu gehen.

1868 ist man auf diese Entwicklung, die die allgemeinen Arbeitshäuser genommen hatten, aufmerksam geworden. Das Armeninspektorat beantragte nun, entsprechend den Vorschlägen der Armenkommission von 1834 für jede Art von Unterstützten besondere Häuser zu bauen. Darunter war auch eines für die arbeitsfähigen Arbeitslosen gedacht, in dem sie besonders strenger Disziplin unterworfen werden sollten. Der Vorschlag wurde nicht ausgeführt; statt dessen kehrte man in allen Arbeitshäusern zur abschreckenden Behandlung der Insassen zurück. Doch die Zahl der Vagabunden nahm so zu, daß die allgemeinen Arbeitshäuser für ihre Aufnahme nicht ausreichten. Das hat zur Einführung von Casual Wards geführt, d. h. es wurde in 434 Armenverbänden das Zellensystem zur Aufnahme der Vagabunden eingeführt, womit Arbeit in Arbeitshöfen verbunden war. Zwischen 7000 und 17000 Arbeitslose haben da je nach der Jahreszeit, der Witterung und dem Stand der Konjunktur verkehrt. Die Behandlung, die den Aufgenommenen zuteil wurde, war sehr verschieden und ging bis zur Ähnlichkeit mit der in Gefängnissen. Die Folge waren Schwärme von Bettlern, die im Freien nächtigten.

Das Ergebnis der Entwicklung war somit statt der von der Armenkommission von 1834 gewünschten einheitlichen Behandlung der Arbeitslosen im ganzen Lande das Nebeneinanderbestehen von fünf Methoden in der Behandlung derselben: Es gab das Allgemeine Arbeitshaus, unzureichende Unterstützung außerhalb desselben mit der Wirkung steigender Demoralisation der Arbeitsfähigen,

Unterstützung der Arbeitslosen außerhalb der Arbeitshäuser mit Beschäftigung der Unterstützten in Arbeitshöfen, Unterstützung im Allgemeinen Arbeitshause bei abschreckender Arbeit und Behandlung derselben wie in Gefängnissen.

Aber in keiner Zeit war die Unterstützung der arbeitsfähigen Arbeitslosen ausschließlich der Armenverwaltung überlassen¹⁾. Abgesehen von den von Einzelnen gewährten Almosen, ist während des ganzen 19. Jahrhunderts jede wirtschaftliche Krise, die zu vorübergehender Minderung der Nachfrage nach Arbeit geführt hat, von der Verteilung großer Mengen von Lebensmitteln und Geld an die arbeitslosen Armen begleitet gewesen. Es wurden freiwillige Unterstützungsfonds ins Leben gerufen, welche die Ortsbehörden instand setzten, die Arbeitslosen mit Notstandsarbeiten zu beschäftigen. Auch wurden in vielen großen Städten dauernde Vorkehrungen getroffen, welche unentgeltlich oder gegen nur nominelle Entschädigung Obdach und Nahrung gewährten. Zu diesen Herbergen (Shelters) für Arme ohne Wohnung sind seit Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts Heime und Arbeiterkolonien in Stadt und Land gekommen, in denen einerseits die Wiederherstellung herabgekommener Arbeitsfähiger, andererseits die Auswahl und Erziehung der hoffnungsreicheren unter ihnen zur Auswanderung stattfand. Die Zahl derer, die auf die eine oder andere genannte Weise unterstützt worden ist, ist sehr groß. Diese philanthropischen Unterstützungen haben wesentlich dazu beigetragen, Tausende selbst junger Leute von energischen Bemühungen, sich selbst zu helfen, abzuhalten. Ganz besonders haben sie veranlaßt, daß ein großer Zustrom nach London und anderen großen Städten stattgefunden hat. Sie haben wesentlich mitgewirkt, die Politik des Armengesetzes von 1834 gegenüber arbeitsfähigen Arbeitslosen zu unterminieren.

Unter den englischen Staatsmännern hat Joseph Chamberlain als erster den Bankrott des Armengesetzes

1) S. and B. Webb, The Public Organization of the Labour Market. Chapt. II.

von 1834 und das Ungeeignete der freiwilligen Beihilfe in der Unterstützung arbeitsloser Arbeitsfähiger erkannt. 1885 war die Arbeitslosigkeit in Birmingham groß. Die Armenpfleger lehnten es ab, von den Vorschriften des Armengesetzes abzuweichen. Die anständigen Handwerker Birminghams aber weigerten sich, mit Weib und Kind das allgemeine Arbeitshaus zu beziehen, und auch die Jungesellen unter ihnen wollten sich nicht dem abschreckenden Regiment, das darin herrschte, unterwerfen. Da machte Chamberlain geltend, daß, da die Arbeitslosen die bestehende Not nicht verschuldet hätten, nicht irgendwelche Entwürdigung mit der ihnen gewährten Unterstützung verbunden werden dürfe. Aber die Armenpfleger blieben hartnäckig. Im Frühjahr 1886 war Chamberlain Minister für lokale Selbstverwaltung geworden und beobachtete als solcher, daß unter denen, die ehemals regelmäßig beschäftigt gewesen, große Not herrsche. Er wiederholte im Unterhause, wie es nicht angehe, anständige Arbeiter, die infolge der langdauernden Depression brotlos geworden seien, der entwürdigenden Behandlung im allgemeinen Arbeitshause auszusetzen, und setzte seine Hoffnung auf eine wachsende Tätigkeit der Munizipalbehörden in Beschäftigung von Arbeitern. In dieser Hoffnung wurde er allerdings getäuscht. Viele Munizipalbehörden wußten nichts, als die Arbeitslosen für Rechnung des Munizipiums Steine klopfen zu lassen. Aber Chamberlains Gedanke, daß es nicht angehe, arbeitswillige Arbeiter, die ohne eigene Schuld brotlos geworden, ins allgemeine Arbeitshaus zu stecken, blieb. Er hat zum Gesetze über Arbeitslose von 1905 (5 Edw. VII. c. 18) geführt.

Nach dem Gesetze soll in jedem Londoner Stadtbezirk und ebenso in jeder Stadt und jedem städtischen Distrikte mit einer Bevölkerung von 50 000 Personen und mehr auf Grund einer Verordnung des Wohlfahrtsministers ein Distriktnotstandsausschuß aus Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung und jedes Armenpflegeramts des Distrikts, die in Notstandsunterstützung Erfahrung haben, gebildet werden. Ein ähnlicher Ausschuß soll auf Verlangen der Stadtverordnetenversammlung in Städten mit 10 000 bis 50 000 Einwohnern mit Zustimmung des Wohlfahrts-

ministers geschaffen werden. In London soll ein Zentralnotstandsausschuß, bestehend aus Mitgliedern der Distriktnotstandsausschüsse und Mitgliedern des Londoner Grafschaftsrats, mit dem Rechte der Kooptation, ins Leben treten; in gleicher Weise können auf Antrag einer Grafschaft oder einer Stadt oder eines Armenpflegeramts vom Wohlfahrtsminister in jeder Grafschaft oder einem Teile einer solchen Zentralnotstandsausschüsse geschaffen werden.

Die Distriktsausschüsse sollen sich mit den Arbeitsverhältnissen in ihrem Distrikte bekannt machen und, wenn vom Zentralausschuß aufgefordert, die Verhältnisse arbeitsloser Bittsteller untersuchen. Geeigneten Falls sollen sie für diese Arbeit zu finden suchen oder über den Fall an den Zentralausschuß berichten. Dieser hat die Fähigkeit der Distriktsausschüsse zu kontrollieren und ihre Tätigkeit in Übereinstimmung zu bringen, und sie im Bestreben, Arbeitsnachweise ins Leben zu rufen, zu unterstützen. Auch soll der Zentralausschuß in einem von einem Distriktsausschusse vor ihn gebrachten Fall die Auswanderung oder Übersiedlung des Arbeitslosen in einen anderen Distrikt unterstützen können oder befugt sein, für die zeitweilige Beschäftigung des Bittstellers zu sorgen.

In London soll nur solchen arbeitswilligen Arbeitslosen geholfen werden, die vorher 12 Monate oder, nach dem Ermessen des Zentralausschusses, eine längere Zeit in London gewohnt haben.

Die Kosten des Zentralausschusses sollen aus einer Zentralkasse gedeckt werden, die gespeist werden soll durch freiwillige Beiträge, wozu seit 1906 noch ein Zuschuß des Schatzamts gekommen ist, und durch Beiträge der Londoner Stadtbezirke. Der Wohlfahrtsminister kann auf Antrag jedweder Stadt und jedweden Distrikts in der Nähe Londons die vorstehenden Bestimmungen auf sie oder ihn ausdehnen.

Der Wohlfahrtsminister kann unter anderem auch Bestimmungen über landwirtschaftliche Ansiedlungen treffen.

Beschaffung von vorübergehender Beschäftigung und andere gemäß dem Gesetze gewährte Hilfe soll nicht vom Wahlrecht zum Parlamente, zur Grafschaft oder in Kirchspiel und Gemeinde ausschließen.

Es sei gleich hier beigelegt, daß in einem weiteren Gesetze von 1920 die Verwendungen der Arbeitslosen erweitert worden sind. Der Verkehrsminister oder jede Ortsbehörde mit dessen Genehmigung darf sich des Landes bemächtigen, das sie zum Anbau von Straßen oder zu deren Verbesserung benötigen, wenn sie damit die Beschäftigung Arbeitsloser als Zweck verbinden. Die öffentlichen Arbeiten, in denen diese beschäftigt werden dürfen, sind Herstellung von Straßen, Brücken, Viadukten, Er-

weiterung oder Verbesserung von Wasserstraßen, Bau und Verbesserung von Häfen, Abzugskanälen, Wasserwerken, Auf- forstung, Urbarmachung und Dränierung von Land.

1909 ist dann auch das Gesetz über Arbeits- nachweis gefolgt, der nach dem vorstehenden Gesetze über Vorsorge für Arbeitslose eingeführt werden sollte. Durch Arbeitsnachweise sollte der oben¹⁾ besprochenen Unfähigkeit der Nichtorganisierten, sich über den Stand von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zu unterrichten, abgeholfen werden. Der Arbeitsnachweis soll sich über das ganze Vereinigte Königreich erstrecken. Seine Verwaltung steht dem Arbeitsministerium zu; es soll an Orten, wo ihm dies passend scheint, Arbeitsnachweise er- richten und solche, die durch andere Behörden errichtet werden, unterstützen. Die so gewonnene Einsicht in den Stand des Arbeitsmarkts soll es den Arbeitsuchenden mit- teilen.

Es sind an verschiedenen Orten Arbeitsnachweis-Ausschüsse, bestehend aus einer gleichen Zahl Arbeitgeber und Arbeiter, ein- gesetzt worden, die als Regel von den am Orte bestehenden Organisationen ernannt werden; außerdem wird ein drittes ihrer Mitglieder vom Arbeitsminister ernannt. Auch gibt es an ver- schiedenen Orten Ausschüsse für den Nachweis von Arbeit für jugendliche Arbeiter. Das Ministerium hat Bestimmungen ge- troffen für die Gewährung von Vorschüssen an Arbeiter, die nach den ihnen nachgewiesenen Plätzen, um Arbeit zu finden, reisen; desgleichen um vorzubeugen, daß kein Arbeiter deshalb benachteiligt wird, wenn er ablehnt, eine Stelle anzunehmen, weil an dem nachgewiesenen Orte in seinem Gewerbe ein Arbeits- streit herrscht, oder weil der ihm gebotene Lohn niedriger ist als der Normallohn des Distrikts. Die vom Arbeitsministerium erlassenen Bestimmungen müssen innerhalb 40 Tagen dem Parla- mente vorgelegt werden. Die Arbeitsnachweise sind für die Ver- waltung der Arbeitslosenversicherung, von der gleich die Rede sein wird, verantwortlich. Ihre Kosten werden von der Staats- kasse getragen.

Die Benutzung der staatlichen Arbeitsnachweise ist seit 1911 stetig gestiegen. Sie hat 1925 betragen²⁾:

1) Siehe oben 275.

2) Statistical Abstract 1927, 83.

	Männer	Burschen	Weiber	Mädchen	Gesamt- zahl
Zahl der gemeldeten Arbeitslosen	8 002 155	475 948	2 807 083	430 288	11 715 474
Zahl der gemeldeten leeren Stellen	790 053	157 047	425 929	136 736	1 509 765
Zahl der besetzten Stellen	725 864	127 042	338 303	110 876	1 306 085

Die Differenz zwischen der Zahl der Arbeitslosen und der Zahl derer, denen mittels der Arbeitsnachweise Stellen verschafft werden konnten, ist außerordentlich groß. Nicht ein Zehntel der Arbeitslosen hat mittels der Arbeitsnachweise Beschäftigung gefunden. Das beweist die dringende Notwendigkeit der Vorsorge, daß nicht die Wirksamkeit aller Arbeiterversicherungszweige durch jede Arbeitslosigkeit in Frage gestellt werde. Dem vorzubeugen hat sich der zweite Teil des Nationalen Krankenversicherungsgesetzes von 1911 zur Aufgabe gesetzt; er hat die britische nationale Arbeitslosenversicherung geschaffen. Seine Bestimmungen sind seit 1911 durch weitere Gesetze von 1920—1925 im einzelnen abgeändert worden; doch seine Grundzüge sind geblieben. Derzeit (1927) gilt folgendes:

Alle Personen, von denen Krankenversicherungsbeiträge erhoben werden, außer den in der Landwirtschaft, Gärtnerei und Forstwirtschaft und im häuslichen Dienste Beschäftigten, sind verpflichtet, sich gegen Arbeitslosigkeit zu versichern. Auch Arbeiter, die über 70 Jahre alt sind, außer denen, die Alterspensionen erhalten, können versichert werden. Nur auf Personen, die im öffentlichen Dienste, im Dienste der Polizei, einer Eisenbahngesellschaft und anderer gemeinnütziger Unternehmungen tätig sind, erstreckt sich der Zwang zur Versicherung gegen Arbeitslosigkeit nicht. Desgleichen erstreckt er sich nicht auf Personen, die Anspruch auf Altersversorgung haben, Lehrer miteingeschlossen, wenn der Arbeitsminister bezeugt, daß sie nicht entlassen werden können außer wegen schlechter Führung, Vernachlässigung ihres Dienstes oder Unfähigkeit. Auch können auf ihren Wunsch Personen von der Versicherungspflicht befreit werden, die eine Pension oder ein unabhängiges Einkommen von mindestens 26 £ im Jahre beziehen, ferner Personen, die hauptsächlich von anderen erhalten werden, und solche, deren Einnahmen aus einer nicht versicherungsfähigen Beschäftigung stammen.

Die Wochenbeiträge betragen nach dem Gesetz über Versicherung gegen Arbeitslosigkeit von 1925

	für Arbeitgeber d	für Arbeiter d	im Ganzen s d	
Männer von 18 und mehr Jahren	8	7	1	3
Weiber von 18 und mehr Jahren	7	6	1	1
Burschen von 16—18 Jahren	4	3½		7½
Mädchen von 16—18 Jahren	3½	3		6½

Diese Beiträge werden durch Einkleben von Marken in das Arbeitslosigkeitsbuch des Arbeiters entrichtet. Dazu kommt ein Beitrag des Staats; er beträgt für Männer 8¾ d, Weiber 6¼ d, Burschen 4⅝ d, Mädchen 4⅜ d. Außerdem trägt der Staat die Verwaltungskosten.

Nach einer Karenzfrist von 6 Tagen werden wöchentlich 18 s an arbeitslos gewordene Männer und 15 s an arbeitslos gewordene Frauen gezahlt; an Burschen und Mädchen über 16 und unter 18 Jahren werden 7 s 6 d, bzw. 6 s gezahlt. Eine wöchentliche Unterstützung wird gezahlt für je 6 Beiträge des Versicherten bis zu 26 Wochen in einem Unterstützungsjahr. Dauert die Arbeitslosigkeit länger, so kann unter gewissen Bedingungen der Arbeitsminister die Gewährung von Unterstützung verlängern. Das Gesetz enthält weitere Einzelbestimmungen über die Gewährung von Unterstützungen. Die wichtigsten darunter sind, daß der Unterstützungsanspruch nur geltend gemacht werden kann, wenn der staatliche Arbeitsnachweis keine angemessene Arbeit vermitteln kann¹⁾. Doch wird wiederholt, daß der Arbeitslose weder verpflichtet ist, in Betriebe einzutreten, die in Arbeitskämpfe verwickelt sind, noch Arbeitsbedingungen anzunehmen, die weniger günstig als die üblichen sind. Ist die Arbeitslosigkeit wegen schlechter Führung, durch freiwilliges Aufgeben der Beschäftigung ohne zureichenden Grund oder infolge einer Arbeitseinstellung entstanden, so fällt das Recht auf Unterstützung weg, ebenso wenn

1) Während ich dies schreibe, am 7. Oktober 1927, sprechen die englischen Zeitungen von einer neuen Gesetzesvorlage über Arbeitslosenversicherung, welche die britische Regierung veröffentlicht hat. Danach soll an den Grundgedanken des im Texte seinem Inhalt nach wiedergegebenen Gesetzes festgehalten, wohl aber im Interesse von Ersparnissen an Einzelbestimmungen desselben, wie an der Höhe der Unterstützungen, an der der Beiträge einiges geändert werden. Als die wichtigste Neuerung erscheint mir unter den Vorschlägen, daß ein Arbeiter, der während einer bestimmten (reasonable) Zeit in seinem eigenen Gewerbe keine Arbeit findet, seinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung verlieren soll, wenn er sich weigert, in einem anderen Gewerbe Arbeit zu nehmen.

der Arbeitslose Insasse eines Gefängnisses oder Arbeitshauses ist, oder außerhalb des Vereinigten Königreichs seinen Wohnsitz nimmt, oder sich im Bezug von Kranken- oder Altersunterstützung befindet. Ebenso erhält keine Unterstützung, wer während eines Versicherungsjahres, außer weil er krank ist, keine Beiträge zahlt. Zahlt jemand 5 Jahre lang keine Beiträge, so hört seine Versicherung auf.

Der Arbeitsminister kann mit gewissen Verbänden, wie den Gewerkvereinen, Vereinbarungen treffen, wonach er diesen die von ihnen an Arbeitslose gezahlten Unterstützungen in dem Betrage vergütet, den diese von der staatlichen Arbeitslosenversicherung erhalten hätten. Die Gewerkvereine sind damit zu einem Träger der staatlichen Arbeitslosenversicherung gemacht.

Ihr Interesse, daß ihr Vermögen nicht durch Arbeitsscheue gemindert werde, ist damit auch der staatlichen Arbeitslosenversicherung gewonnen.

Im Juli 1925 waren gemäß diesem Gesetze gegen Arbeitslosigkeit versichert¹⁾:

	Männer	Burschen	Weiber	Mädchen	Gesamtzahl
in Großbritannien	7 983 000	571 000	2 672 000	397 000	11 623 000
in Nordirland	152 800	11 000	93 600	11 600	269 000

Die Einnahmen des Arbeitslosenfonds betrugen 1924—5 aus Beiträgen von Arbeitern und Arbeitgebern 36 723 531 £, aus Staatszuschuß 13 148 085 £, aus Beiträgen der nicht verpflichteten Personen 292 963 £ und aus anderen Einnahmen 14 671 £, in Summa 59 179 250 £. Daraus wurden 51 550 823 £ zu Zahlungen verwendet²⁾.

Mit dem Gesetze über Arbeitslosenversicherung ist die Aufgabe, die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Arbeiters mit der Sicherheit zu vereinen, daß er auch wirklich Hilfe erlange, wenn der Notstand eintritt, gegen dessen wirtschaftliche Folgen er durch Beitragszahlungen Vorsorge getroffen hat, in bewundernswerter Weise gelöst. Es fehlte nur noch eines, um ein alle Notstände der Arbeiterklasse umfassendes Versicherungssystem zu vollenden: die Witwen- und Waisenversicherung und die Versicherung von alten Männer und Frauen, die, bevor sie mit dem siebzigsten Jahre der Alterspensionen teilhaft werden, arbeitsunfähig werden. Das ist durch das Gesetz zur Versicherung

1) Statistical Abstract 1927, 76.

2) Ebenda 82.

von Witwen, Waisen und Alter von 1925¹⁾ geleistet worden. Es ist in drei Stadien ins Leben getreten. Vom 4. Januar 1926 hat die Zahlung von Beiträgen und die Auszahlung von Witwen- und Waisenpensionen begonnen; vom 2. Juli 1926 hat die Auszahlung von Alterspensionen an die über 70 Jahre alten Versicherten ohne den vorgeschriebenen Nachweis betreffend ihr Einkommen, ihren Wohnort und ihre Nationalität begonnen; das dritte Stadium soll am 2. Januar 1928 beginnen: die Auszahlung von Pensionen an verwitwete Personen, die das 65. Jahr erreicht haben, und das Aufhören der Beitragszahlungen zur Kranken-, Alters- und Arbeitslosenversicherung seitens der Versicherten, die das 65. Jahr erreicht haben.

Die Versicherten umfassen alle gemäß den Krankenversicherungsgesetzen gegen Krankheit Versicherte, aber auch diejenigen, die von dieser Versicherung ausgeschlossen sind; die einzigen Personen, die von der Witwen-, Waisen- und Altersversicherung von 1925 ausgeschlossen bleiben, werden die im Polizeidienst Tätigen sein. Auch hier werden die Kosten durch Beiträge der Arbeiter und Arbeitgeber und während der ersten Jahre durch einen Staatszuschuß von jährlich 4 Millionen gedeckt; nach Ablauf derselben soll der Betrag nach Ermessen des Parlaments erhöht oder vermindert werden.

Ich habe im Vorstehenden die Entwicklung des Unterstützungswesens vorgeführt, zu der die durch die wirtschaftliche Revolution bewirkte Umgestaltung des Erwerbslebens logisch geführt hat. Während der ersten drei Viertel des 18. Jahrhunderts waren Arbeiter und Arme identisch gewesen; man nannte sie „die arbeitenden Armen“. Sie galten nur als Mittel für die Zwecke der Reichen. Der Leser wird sich meines Zitats¹⁾ des Pfarrers J. Townsend erinnern, der die Arme für notwendig erklärte, damit immer einige da sind, um die servilsten, schmutzigsten und gemeinsten Funktionen in der Gesellschaft zu erfüllen. Die Summe des menschlichen Glücks

1) Siehe dessen Einzelbestimmungen bei John J. Clarke, *The Local Government of the United Kingdom*, Chapt. XXIX.

2) Band II 439, Anm. 2.

werde dadurch sehr vermehrt, indem die Delikateren dadurch nicht nur von niedriger Arbeit befreit, sondern ohne Unterbrechung den Beschäftigungen obliegen könnten, die ihrer Stellung angemessen seien. Gegenüber dieser Auffassung der dem Merkantilsystem entsprechenden Denkweise hat die Philosophie des achtzehnten Jahrhunderts die christliche Lehre, daß jeder Mensch Selbstzweck sei, auch auf weltlichem Gebiete zur Anerkennung gebracht, und die ganze Lehre Adam Smiths ist von dem Gedanken getragen, daß jeder Mensch, auch der Arbeiter, das Recht habe, alle seine Fähigkeiten zur größten Entfaltung zu bringen und entsprechenden Anteil an den Gütern der Kultur zu erlangen. Aber während man diesen Gedanken auf dem Gebiete des Erwerbslebens durch Anerkennung der Selbständigkeit des Arbeiters zu verwirklichen suchte, hat, wie wir gesehen haben, das Übersehen der Besonderheiten der Arbeit als Ware und des Arbeiters als Warenverkäufers zur Folge gehabt, daß tatsächlich der Arbeiter nur als Produktionsmittel behandelt wurde, gleich einem Arbeitstiere, nur unbequemer als dieses, weil es mitunter rebellierte, und kostspieliger, weil man es ernähren mußte, auch wenn infolge der sich häufenden Krisen keine Verwendung für es da war, und wenn es unfähig geworden war, der Produktion zu dienen. Das letztere hat dazu geführt, daß diejenigen, denen seine Leistungen in erster Linie zugute kamen, darauf aus waren, einen Teil seiner Kosten durch die Gesellschaft tragen zu lassen, und als diese sich dagegen aufzulehnen begann, hat man die Armut als ein Verbrechen zu behandeln begonnen, als ob die Armen durch schlechte Behandlung dazu gebracht werden könnten, nicht mehr Unterstützung zu benötigen. Indem man, wie gezeigt, die Arbeiterversicherung für die Notfälle im Arbeiterleben an Stelle der Armenpflege durchführte, hat man die Selbständigkeit des Arbeiters als Bürgers und Menschen zur Anerkennung gebracht. Und indem man deren Lasten nicht nur durch ihn, sondern auch durch die tragen ließ, die in erster Linie von seiner Arbeit den Vorteil hatten, von den Arbeitgebern, und dann auch vom

Staate, hat man eine gerechtere Verteilung derselben herbeigeführt. Der Beitrag des Arbeitgebers ist nur eine Nachzahlung zu dem Lohne, der an sich unzureichend wäre, die gesamten Produktionskosten der Arbeit zu decken; der Staatszuschuß ist das Entgelt für das Interesse, das nicht nur der Konsument, sondern die Gesamtheit hat, daß die Arbeit geleistet werde und seine Angehörigen nicht in Not umkommen.

Aber es gibt auch noch Notstände von Armen, für die diese auf keinerlei Art der Versicherung zu sorgen vermögen. Ungefähr 200 000 Geisteskranke und Geisteschwache befinden sich im Vereinigten Königreiche¹⁾. Ich habe oben²⁾ von dem Durcheinander gesprochen, das infolge davon, daß drei, mitunter vier Behörden nebeneinander bestanden, die sich ihrer annahmen, entstanden und wie trotz großer Ausgaben die Fürsorge ungenügend gewesen ist. Die Kosten der Fürsorge für Irnsinnige und Geistesschwache waren in der Tat außerordentlich. Sie stiegen pro Patient auf 300 £, 400 £, ja 500 £. Es ist von 1890 bis 1911 eine Anzahl Gesetze erlassen worden, die sich mit der Fürsorge für Geisteskranke befassen, denen 1913 und 1925 weitere gefolgt sind³⁾. Die Grafschaftsräte und Grafschaftsstädte sind durch sie für Anstalten zur Unterbringung von Geisteskranken verantwortlich gemacht worden. Als solche werden genannt: Grafschafts- und Stadtasyle, Spitäler, Häuser, die eine Lizenz für Aufnahme von Geisteskranken erhalten haben, Distriktsasyle der Metropolis, über das Land hin zerstreute Häuser, die einzelne Kranke aufnehmen, endlich Anstalten der Armenpflege, die Geisteskranke aufnehmen. Außerdem gibt es noch staatliche Anstalten, wie Asyle für Verbrecher, und Armee- und Marinespitäler. Die Kosten werden in erster Linie durch die Grafschaften und Graf-

1) Sidney and Beatrice Webb, *The Break-up of the Poor Law* 295.

2) Siehe oben S. 593.

3) John J. Clarke, *The Local Government of the United Kingdom*. Chapt. XXII.

schaftsstädte getragen; das Parlament kann Staatszuschüsse anordnen. Sie haben 1920 2 135 000 £ betragen¹⁾).

Als die Armengesetz-Kommission von 1905—9 tagte, hat es für alle in diesem Kapitel besprochenen Notstände, abgesehen von der durch die Schulgesetzgebung für die Kinder getroffenen Fürsorge, hauptsächlich nur Fürsorge durch die Armenverwaltung in oder außerhalb des Arbeitshauses gegeben. Glichen die Arbeitshäuser auch nicht mehr dem Hause, das Crabbe schildert²⁾, „des morsche Tür fast aus der Lehmwand fällt“, sondern waren sie vielfach große stattliche Häuser, so hatte sich doch in der Mischung seiner Insassen nichts geändert; denn der Forderung der Armenkommission, jede Art von Armen in einem besonderen Hause unterzubringen, war nicht entsprochen worden. Daher die Mißstände, die wir kennen gelernt haben. Für ihre Beseitigung ist teils auf dem Wege der Versicherung, teils durch Schaffung besonderer Anstalten durch den Staat gesorgt worden. Das hat außerordentlich viel gekostet. Der Aufwand für Krankenversicherung, Altersversorgung und Arbeitslosenversicherung hat 1925 148 228 017 £ betragen. Aber von den erörterten sozialen Vorteilen abgesehen: dieser Aufwand hat sich auch durch eine weit größere Minderung der Kosten der Armenverwaltung gelohnt. Nicht als ob mit den genannten Versicherungen die unterstützungsbedürftigen Armen verschwunden wären. Das Wort „Arme habt ihr immer um euch“ gilt auch hier. Es gibt immer Leute, die sei es zu arm sind, um dauernd Beiträge zu zahlen, oder zu gewissenlos, um für sich selbst und die Ihren Vorsorge zu treffen, und die nach wie vor eine Armenverwaltung, die Kosten verursacht, notwendig machen. Aber die Zahlen der seit Erlaß des Krankenversicherungsgesetzes von 1911 bis zum Eintritt der großen Arbeitslosigkeit im Jahre 1920 unterstützten Armen und der durch sie verursachten Kosten zeugen auch hier für die Neuordnung des Unterstützungswesens. Es

1) John J. Clarke, Social Administration 172.

2) Band II 438.

betrug die Zahl der Personen, die Unterstützung erhielten, einschließlich derjenigen in Irrenhäusern und der vorübergehend Unterstützten sowie der Betrag der Armensteuer auf je 1000 der Bevölkerung:

	Unterstützte Personen	Armensteuer auf je 1000 der Bevölkerung
1912	780 329	21,6
1913	783 916	21,5
1914	748 019	20,4
1915	752 040	20,3
1916	695 600	18,7
1917	642 463	17,1
1918	596 163	15,9
1919	555 639	14,8
1920	563 045	15,0

Erst seit die Zahl der Arbeitslosen infolge der Kohlenlieferungen an Frankreich, Belgien, Italien, Luxemburg, zu denen Deutschland auf Grund des Versailler Vertrags, Teil VIII, Anlage V, verpflichtet ist, und die den Engländern den Absatz ins Ausland verdorben haben, in England außerordentlich gestiegen ist, ist die Zahl der von der Armenverwaltung unterstützten Armen und der Betrag der Armensteuer wieder gewachsen. Die entsprechenden Ziffern waren¹⁾:

	Unterstützte Personen	Armensteuer auf je 1000 Per- sonen
1921	640 743	17,0
1922	1 353 232	35,7
1923	1 613 879	42,3
1924	1 402 918	36,5
1925	1 228 905	31,7
1926	1 325 701	34,1

1) Statistical Abstract, 1927, 64.

63. Kapitel.

Die Wohnungsreform.

Bevor ich meine Darstellung des Aufsteigens der Arbeiterklasse schließe, muß ich noch über eine Entwicklung reden, die in ihren Wirkungen zwar nicht auf sie beschränkt ist, sie, als den Hauptbestandteil der wenig Bemittelten, aber doch am meisten betroffen hat, über die durch die wirtschaftliche Revolution hervorgerufene Wohnungsnot.

Das Bauernlegen und die Entstehung des gewerblichen Großbetriebs haben zu einem Zusammenströmen der Bevölkerung an den Sitzen der Industriebetriebe, und dieses hat zur Überfüllung der Wohnungen geführt. Das hat sich in England um so mehr fühlbar gemacht, als dort das Einfamilienhaus, das in vergangenen Jahrhunderten in allen Ländern das vorherrschende war, auch im 19. Jahrhundert die Regel geblieben ist. Erst in der Mitte desselben hat man davon abzuweichen begonnen. Aber noch ist der Bau von Wohnhäusern für nur eine Familie üblich. Es gibt, wenn auch nur als Ausnahme, sogar noch Häuser mit nur 1 Raum. Bei mehrräumigen Wohnungen hat der hohe Bodenwert zur Verlegung der mehreren Räume statt nebeneinander, übereinander geführt. Häuser mit schmalen Fronten und drei bis vier Stockwerken bilden die Regel. Mietskasernen gibt es nur wenige. In London sollen gegen Ende des 19. Jahrhunderts nur etwas über 150 000 Personen in solchen gewohnt haben. Auch das Wohnhaus des Arbeiters ist das Einfamilienhaus.

Je mehr die Wohnhäuser nur für die Bedürfnisse einer Familie gebaut waren, um so mehr mußten die Nachteile der Überfüllung sich geltend machen. Was Engels in seinem Buche über die Lage der arbeitenden Klassen in England geschrieben hat, wird durch den Bericht einer 1842 niedergesetzten Königlichen Kommission vollauf bestätigt¹⁾. Es fehlte an Aborten für die sich anhäufenden Bewohner, an Abzugskanälen, an Wasserzufuhr und Gemüllabfuhr; die Höfe wurden zu Anhäufungen von Kot und Düngerhaufen, die Mauern wurden mit faulen Flüssigkeiten durchseucht; die Folge war eine Verpestung der Luft, die für die Gesundheit nicht nur der Bewohner Gefahr brachte. Das galt für alle in den ärmeren Stadtvierteln gelegenen Häuser, besonders aber für die dort zahlreichen Höfe und Sackgassen. Es fehlte an einem allgemeinen Baugesetze; daher eine gefährliche Enge der Straßen und schachtartige Höfe ohne Licht und Luft.

Die Überfüllung der Wohnungen mußte notwendig auch zur Zerstörung des Familienlebens führen. Nicht nur, daß es als nichts Ungewöhnliches bezeichnet wird, daß Mann, Frau, 4—5 Kinder und zuweilen noch Großvater und Großmutter in einem einzigen Zimmer von 10 bis 12 Quadratfuß gefunden wurden, die gesteigerte Nachfrage nach Wohnungen hat zu einer außerordentlichen Steigerung der Häusermieten und diese zur Aufnahme fremder Familien nicht nur in die nur für eine Familie gebauten Häuser, sondern auch in die einzelnen Räume derselben geführt. Häufig teilten sich mehrere Familien in ein und denselben Raum. Ja noch mehr! Es wurden obdachlose Männer und Frauen, die bei Tag zur Arbeit gingen, als Schlafgänger aufgenommen. Oft nächtigten Personen beiderlei Geschlechts in demselben Schlafräum. Aber sie hatten das Aufenthaltsrecht nur während der Nachtzeit; bei Tag diente der Raum als Arbeitsstätte und Wohnung, und an Sonntagen, an denen die Arbeit ruhte, blieb ihnen nur die Straße als Aufenthaltsort.

1) Siehe die Auszüge daraus bei H. v. Nostitz, Das Aufsteigen des Arbeiterstandes in England, 614 ff.

Dabei stiegen, je mehr die Mieter durch Aufnahme von Aftermietern und Schlafgängern instand gesetzt wurden, steigende Mieten zu zahlen, die Bodenpreise. Die Bodenspekulation nahm zu, denn der auf dem wirtschaftlichen, physischen und sittlichen Ruin der Massen aufgebaute unverdiente Wertzuwachs des Bodens war enorm.

Aber gerade davon hat man vor hundert Jahren die Abhilfe der Wohnungsnot erwartet. Man stand eben völlig unter der Herrschaft der Lehre, daß das Eigeninteresse der sich selbst überlassenen Einzelnen nicht nur ausreiche, um allen herrschenden Übelständen abzuhelpfen, sondern auch die einzige Lösung biete, die sich mit einer auf Eigentum und Freiheit beruhenden Wirtschaftsordnung vertrage. Man hat daher alles getan, um der privaten Spekulation im Häuserbau freien Spielraum zu schaffen, und jeden Gedanken eines kommunalen oder gar staatlichen Eingreifens, um gesunde und billige Wohnungen zu schaffen, die den Bedürfnissen der Arbeiterbevölkerung entsprachen, als Beeinträchtigung der privaten Bautätigkeit von sich gewiesen. Dem sind die Straßen zuzuschreiben, welche von der Spekulation gemäß dem Grundsatz, daß die Produktion im großen die Kosten mindert und damit den Gewinn steigert, in England erbaut worden sind, jene Straßen, in denen die öden, gleichartigen Häuserreihen sich nur durch die Straßennamen und Häusernummern unterscheiden. Dem auch die Preisgebung unbebauter, den Gemeinden gehöriger Plätze und Wiesen an die Bauspekulation, wodurch die immer dichter werdende Bevölkerung der Städte ihrer letzten Möglichkeit sich zu ergehen und bessere Luft zu schöpfen beraubt worden ist.

Dagegen war es in Übereinstimmung mit der herrschenden Denkweise, daß man Arbeiter und andere kleine Leute zum Bau von Wohnungen anzuregen bemüht war. Schon 1836 ist ein Gesetz (6 & 7 Wm. IV. c. 32) erlassen worden, dessen Einleitung als seinen Zweck die „Aufmunterung und den Schutz“ gewisser Gesellschaften bezeichnet, „die in verschiedenen Teilen des Königreichs, besonders unter den arbeitenden Klassen, gebildet worden

sind, um durch kleine Beiträge einen Fond zu sammeln, mittels dessen ihre Mitglieder beim Erwerb eines kleinen Eigentums oder Pachtguts unterstützt werden sollen.“ Aber die Baugesellschaften, die von diesem Gesetze Nutzen zogen, datieren erst von 1847, als die Chartisten Landgesellschaften gründeten, um große Güter anzukaufen, die zerschlagen und an die einzelnen Mitglieder verteilt werden sollten. Nach dem Fehlschlagen von O'Connors Plan sind daraus Baugesellschaften geworden. Es entstanden solche in allen großen Industriezentren, in Liverpool, Manchester, Leeds, Birmingham, London usw. An einigen Orten belief sich schon in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ihre Mitgliederzahl auf Zehntausende. 1925 hat es in Großbritannien 1088 Baugesellschaften gegeben; ihre Mitgliederzahl belief sich auf 1 133 381, das Gesellschaftskapital auf £ 127 827 111 und der Betrag, den sie auf Hypothek vorgeschossen hatten, auf 49 822 473 £¹⁾.

Es ist eine unbestreitbar freudige Entwicklung, daß die Baugesellschaften einer so außerordentlich großen Zahl kleiner Leute ermöglicht haben, außer der Sicherheit bei Krankheit, Invalidität, Alter auch die, welche ein eigenes Heim gewährt, zu erlangen. Aber dadurch, daß neben die bürgerlichen Hausbesitzer so viele Arbeiter-Hausbesitzer getreten sind, ist der Wohnungsnot weder quantitativ noch qualitativ abgeholfen worden. Denn die Zahl der Arbeiter, die Hausbesitzer wurden und es werden konnten, stand außer Verhältnis zum Wohnungsbedarf. Auch bringt der heutige Industriebetrieb einen häufigen Wechsel der Arbeitsstelle und des Wohnorts des Arbeiters mit sich, und der Besitz eines eigentümlich besessenen Heims kann da dem Arbeiter sogar in der Verfolgung seiner Interessen hinderlich sein. Ferner haben sich in den von Arbeitern besessenen Häusern dieselben Mißstände, die in den alten Häusern und in den von der Spekulation geschaffenen neuen vorherrschten, wiederholt; es fanden sich da Überfüllung, Überteuerung, sanitäre Unmöglichkeiten mit allen

1) Statistical Abstract, 1927, 188.

ihren Begleiterscheinungen ebenso wie in den Häusern, die das kapitalistische Interesse ins Leben gerufen hatte.

Das Gesetz von 1836 zur Ermunterung der Bildung von Baugesellschaften ist auch von Arbeitgebern und anderen Personen benutzt worden, um Arbeiterwohnungen zu schaffen¹⁾. Es ist 1874 abgeschafft und durch ein neues ersetzt worden, das die Baugesellschaften dem Hauptregistrator der freien Hilfskassen unterstellte. 1894 sind alle Baugesellschaften für gesetzwidrig erklärt worden, die zwischen 1856 und 1874 gegründet worden waren, es aber unterlassen hatten, sich einschreiben zu lassen.

Die Zahl der von Arbeitgebern für ihre Arbeiter gegründeten Arbeiterwohnungen hat seit vielen Jahren stetig abgenommen²⁾. Es ist schon oben³⁾ von der Fesselung der Arbeiter in wirtschaftlicher und politischer Beziehung gesprochen worden, die damit verbunden sein kann. Das ist die Ursache der Abnahme. Doch gibt es auch Arbeiterstädte, die von Arbeitgebern ohne feudale Nebengelüste gegründet sind⁴⁾; so in Bournville durch George Cadbury, in Port Sunlight durch Lord Levershulme, in Hull Garden Suburb durch Sir James Reckitt, in Earswick durch Joseph Rowntree, in Woodlands Colliery Village bei Doncaster; auch das Birmingham Water Committee's Welsh Model Village ist hier zu nennen.

So segensreich Baugenossenschaften und von wohlwollenden Arbeitgebern begründete Musterwohnungen im einzelnen gewirkt haben, für das durch die wirtschaftliche Revolution geschaffene Wohnungsproblem haben sie nur unerhebliche Bedeutung gehabt. Die geschilderten Mißstände in London und allen Industriezentren sind davon

1) Siehe Hole, *The Homes of the Working Classes*, London 1866. — Akroyd, *On Improved Dwellings for Workpeople with a plan for building them in connection with Benefit Building Societies*, *Transactions of the Social Science Association* 1862. — John Holmes, *Transactions derselben Association*, 1868, 680.

2) John J. Clarke, *The Housing Problem, its Growth, Legislature and Procedure*. London 1920. 74.

3) Siehe oben S. 385.

4) John J. Clarke, *The Housing Problem*, Chapt. XI.

nicht berührt worden; sie dauerten fort. Den ersten, wenn auch noch immer bescheidenen Fortschritt haben zwei auf Drängen Lord Shaftesburys 1851 erlassene Gesetze gebracht, das zur besseren Ordnung allgemeiner Logierhäuser (14 & 15 Vict. c. 28) und das Gesetz über Arbeiterlogierhäuser (14 & 15 Vict. c. 34), das Stadträten sowie den Gesundheitsämtern das Recht verleiht, aus den Gemeindesteuern und aus Anleihen entweder Logierhäuser für die Arbeiter zu bauen oder bestehende Logierhäuser aufzukaufen. Letzteres Gesetz war das wichtigere der beiden; wenn davon auch für Jahre noch kein Gebrauch gemacht wurde, so war damit doch offiziell mit dem Grundsatz gebrochen, daß die Wohnungsfürsorge der privaten Tätigkeit allein zu überlassen sei. Dabei wurde auf diese keineswegs verzichtet. Das Arbeiterwohnungsgesetz von 1855 (18 & 19 Vict. c. 132) ermächtigt vielmehr zur Bildung von Gesellschaften von nicht weniger als sechs Personen zum Zwecke der Beschaffung von Arbeiterwohnungen mit oder ohne Gärten, die für Wochen oder Monate oder für eine Zeitdauer nicht länger als 21 Jahre vermietet werden sollen; doch soll eine solche Gesellschaft ohne besondere Genehmigung des Handelsministeriums nicht mehr als 10 acres besitzen dürfen.

Ein ähnliches Gesetz ist in demselben Jahre für Schottland erlassen worden. Aber weit beachtenswerter ist ein 1860 erlassenes Gesetz (23 & 24 Vict. c. 95), das den schottischen Fideikommißinhabern den Bau von Wohnungen für ihre Arbeiter erleichterte. Die elenden, aus Lehm gebauten und strohbedeckten Hütten der ländlichen Arbeiter, welche die Abbildungen aus allen Teilen Großbritanniens in jener Zeit aufweisen¹⁾, zeigen, daß auf dem Lande gleichfalls Wohnungsnot, wenn auch anderer Art als in den Städten, bestand. In England findet sich zuerst

1) Siehe die Schrift des Vikars von Norham und Kanonikus von Durham, Dr. theol. W. S. Gilly, *The Peasantry of the Border: an Appeal in their behalf*. 2. Ausg. London 1842, oder den Report of the Royal Commission on Land in Wales and Monmouthshire, London 1896, 695, 702.

in einem Gesetze von 1864 (27 & 28 Vict. c. 114) unter den Zwecken, für welche Grundeigentümern Geld aufzunehmen gestattet wird, der Bau von Arbeiterwohnungen. Ein weiteres Gesetz von 1866 (29 & 30 Vict. c. 28) verfügt sogar Staatsunterstützung durch Gewährung von Vorschüssen zu diesem Zwecke. Es bezweckt auch, eine größere Anwendung des genannten Gesetzes von 1851 über Arbeiterlogierhäuser, von dem so gut wie kein Gebrauch gemacht worden zu sein scheint, herbeizuführen.

Aber nicht nur in der beginnenden Fürsorge für Arbeiterwohnungen hat sich seit Ende der vierziger Jahre der Anfang einer Abwendung von dem Prinzip des *Laissez faire* gezeigt. Der Zustand der Straßen war in den von der Armut bewohnten Stadtvierteln entsetzlich. Meist ungepflastert, bildeten sich nach Regenwetter fast unüberwindliche Pfützen. Den meisten Lesern dürfte Dickens' Schilderung des Folly Ditch aus *Oliver Twist* bekannt sein; sie können sich daraus eine Vorstellung machen, wie die Zustände, aber nicht nur in Southwark, waren. Sie haben sich in ihren Wirkungen nicht bloß auf die dort in Schmutz und Moder und jeglicher Art von Unrat hausenden Armen beschränkt, nicht auf die Gäßchen und Höfe, vor deren Betretung die Schutzleute jeden anständig Aussehenden warnten, und die sie selbst nur zu zweien zu betreten wagten. Sie wurden die Seuchenherde für die Verpestung auch der reicheren Stadtteile. Das hat 1848 zum ersten Gemeenschädlichkeitsgesetz (*Nuisances Removal and Diseases Prevention Act*) geführt. Unter Gemeenschädlichkeit versteht das Gesetz jeden den Nachbarn belästigenden Mißstand (*public nuisance*). Die Cholera hat 1849 den Begriff Allen sehr verständlich gemacht. Infolge des Schmutzes, der schlechten Abzugskanäle und des Mangels an trinkbarem Wasser hat sie furchtbare Verheerungen unter den Armen Londons angerichtet. Da hat ein Chirurg namens Walsh, der sich den christlichen Sozialisten angeschlossen hatte, einen wahren Kreuzzug eröffnet, um den Arbeitern Hilfe zu bringen. Kingsley, Ludlow, Mansfield, Campbell entwickelten unermüdlichen Eifer

in Unterstützung seiner Bestrebungen. Wasserbutten wurden angeschafft und in den gräßlichsten Straßen aufgestellt, bloß um dem Entsetzlichsten ein Ende zu machen. Auch erreichte man, daß der berüchtigte „Folly Ditch“ zugedeckt wurde. Nun folgten dem Gemeinschädlichkeitsgesetze von 1848 weitere von 1849, 1855 und noch spätere, die es ergänzten, verbesserten, neu faßten.

Die Epidemien, die von den Wohnungen der Armen ihren Ausgang nahmen, haben das allgemeine Verständnis für die Notwendigkeit durchgreifender Maßnahmen zur Abhilfe geweckt, und der Feuereifer Einzelner, die mit Selbstverleugnung sich dieser widmeten, wurde vielen zum Vorbild. Die Aufgabe war groß. Zu Beginn der achtziger Jahre haben Aufsätze Lord Salisburys¹⁾, Joseph Chamberlains²⁾, sowie die Schilderungen, der „Daily News“ von dem „Horrible London“ und die der „Pall Mall Gazette“ von geradezu empörenden Zuständen in schlechten Londoner Vierteln zur Ernennung eines königlichen Ausschusses für die Arbeiterwohnungsfrage geführt. Sein Bericht ist 1885 veröffentlicht worden. Auch haben einige Städte Sondererhebungen veranstaltet. Die Fortdauer der Greuel haben zu Beginn der neunziger Jahre die Schrift des Generals Booth von der Heilsarmee „Aus dem dunkelsten England“ und die Epoche machenden Forschungen des schon genannten Charles Booth und eine 1899 von der „Daily News“ herausgegebene Schrift von Haw gezeigt. Sie sprechen von allzu großer Bau- und Wohnungsdichtigkeit, schlechter Instandhaltung und Ausstattung und zu hohen Preisen als den Hauptübeln kleiner Wohnungen³⁾.

Ich möchte die von der Gesetzgebung dagegen ergriffenen Maßnahmen in folgende Klassen einteilen.

Als erstes sind zu nennen Maßnahmen, die auf die Sicherung der allgemeinen Gesundheit bedacht sind und

1) The National Review, November 1883.

2) The Fortnightly Review, December 1883.

3) Nostitz a. a. O. 622. Siehe da 623—641 einen Auszug aus den genannten Berichten und Schriften.

sich dabei auch auf das Wohnungswesen erstrecken. Hierher gehört das unter dem Einfluß des Utilitars Sir Edwin Chadwick erlassene Gesundheitsgesetz von 1848 (Public Health Act)¹⁾; es enthält Vorschriften über den Bau von Wohnungen, Abzugskanäle, Beleuchtung und Wasserversorgung. Es ist eine besondere Ortsbehörde geschaffen worden, das Ortsgesundheitsamt (Local Board of Health), mit dem Rechte, gesundheitspolizeiliche Beamte, nach Befinden auch einen Bezirksarzt, anzustellen. Über den Ortsbehörden steht das staatliche Allgemeine Gesundheitsamt (General Board of Health). Das Gesundheitsgesetz gehört zu den Adoptive Acts, d. h. den Gesetzen, die nur gelten, wo sie von den Gemeinden eingeführt werden. Nur in den Gemeinden, in denen die Sterblichkeitsziffer mehr als 23 vom Tausend beträgt, kann es von der Regierung erzwungen werden. Durch das Gesetz über Selbstverwaltung von 1858 und seine Ergänzungen von 1861 und 1863 ist die Anwendbarkeit des Gesundheitsgesetzes von 1848 auch auf die kleineren Gemeinden ausgesprochen worden.

Das 1848 errichtete staatliche Allgemeine Gesundheitsamt ist 1858 aufgelöst und seine Befugnisse sind an verschiedene andere staatliche Behörden verteilt worden. Mit der Errichtung des Ministeriums für Selbstverwaltung (Local Government Board) im Jahre 1871 ist die Staatsaufsicht über die lokalen Gesundheitsbehörden diesem übertragen worden. Ein weiteres Gesetz von 1872 hat ganz England in städtische und ländliche Gesundheitsbezirke mit besonderen Ortsbehörden eingeteilt. Alle Gesundheitsgesetze sind 1875 in einem Gesundheitsgesetze zusammengefaßt worden, das auch die Wohnungs- und Baupolizei regelt²⁾. Danach können die Städte Ortsatzungen erlassen über Anlage und Breite neuer Straßen, Anlage der Grund- und Außenmauern, Dächer und Essen, Lüftung, Hofraum, polizeiliche Anmeldung und Besich-

1) John J. Clarke, The Local Government of the United Kingdom 204 ff.

2) Clarke, a. a. O. 205 ff.

tigung der Bauten, Kanalisierung, Errichtung von Aborten, Asch- und Senkgruben. Durch ein Gesetz von 1890 sind hinzugefügt worden die Anlage von Fußböden und Treppen, die Höhe der Wohnräume, die Pflasterung der Höfe. Die ländlichen Gemeinden sind in ähnlicher, nur beschränkterer Weise zur Aufstellung baupolizeilicher Vorschriften befugt. Rechtlich und tatsächlich bestehen die größten örtlichen Verschiedenheiten. Die Schwierigkeit, mit der durchgreifende Maßregeln zu kämpfen haben, besteht hier wie bei allen sozialen Verbesserungen im Widerstand von Sonderinteressenten, in deren Händen ihre Durchführung liegt. Eine Besserung ist erst nach der großen Verwaltungsreform von 1888 und 1894 eingetreten. Seitdem sind auf Grund vorgenannter Bestimmungen an Orten, an denen es besonders dringlich war, erhebliche Verbesserungen eingetreten, was die Höhe der Gebäude, die Größe der Räume, Höfe, Zutritt von Licht und Luft und Nebenanlagen betrifft.

Eine zweite Klasse von Gesetzen steht mit den vorigen in engem Zusammenhang. Sie betrifft die Beseitigung für die Gesundheit gemeingefährlicher Häuser und Straßenviertel. Hierher gehören die Torrens-Gesetze über Wohnungen für Handwerker und Arbeiter von 1866, 1868, 1879, 1882 und der II. Teil des Gesetzes von 1890. Die Torrens-Gesetze haben den Grund für alle weitere Gesetzgebung auf diesem Gebiete gelegt. Sie gaben der Ortsbehörde das Recht, auf Antrag des Gesundheitsbeamten oder von vier Haushältern, jedes Haus, das für ungesund erklärt wird, auf Kosten seines Eigentümers zu schließen oder in bewohnbaren Zustand zu setzen, wenn der Eigentümer sich nicht bereit finden läßt, es in bewohnbaren Zustand zu setzen; das Schatzamt gewährt Vorschuß zu diesem Zweck. In der 14. Sektion des Gesetzes von 1879 (42 & 43 Vict. c. 64) wird als Zweck des Gesetzes erklärt:

1. Durch Errichtung neuer Gebäude oder die Wiederinstandsetzung bestehender, die Arbeiter mit geeigneten Wohnungen, die innerhalb des Amtsbezirks der Ortsbehörde gelegen sind, zu versehen.

2. Geschlossene oder teilweise geschlossene Gäßchen und Höfe, die von der Arbeiterklasse bewohnt werden, zu öffnen und sie durch Niederreißen von Gebäuden oder auf andere Weise zu erweitern, wobei, soweit dies nötig ist, offene Plätze gelassen werden sollen, um besagte Gäßchen und Höfe zu sanieren.

Aber schon 1875 war es klar geworden, daß solche Sanierung nicht den gewünschten Erfolg haben könne, wenn sie sich auf einzelne Häuser beschränke. Die wirtschaftliche Revolution hatte eine solche Dichtigkeit des Wohnens in bestimmten Stadtteilen mit allen ihren hygienischen und sittlichen Nachteilen zur Folge, daß nur ein Vorgehen, das sie mit Stumpf und Stiel auszurotten suchte, Erfolg versprechen konnte. Dem dienten die Cross-Gesetze zur Verbesserung der Wohnungen von Handwerkern und Arbeitern von 1875, 1879 und 1882. Das Gesetz von 1875, das sich mit den Wohnungsproblemen, die jetzt im Teil I des Arbeiterwohnungsgesetzes von 1890 behandelt sind, befaßt, erteilt den Ortsbehörden das Recht, den Ankauf ganzer Grundstücksflächen, die für gesundheitsgefährlich erklärt sind, zu einem von Schiedsrichtern festgesetzten Preise zu erzwingen. Findet eine solche Enteignung statt, soll für die dadurch aus ihren Wohnungen vertriebene Bevölkerung soweit möglich innerhalb desselben Bezirks Wohnung beschafft werden. Gemäß dem Gesetze von 1875 erheischte ein Enteignungsplan die Zustimmung des Parlaments.

1878 hat die Ausdehnung des Cross-Gesetzes von 1875 auf Irland stattgefunden.

Große Schwierigkeit in der Durchführung der Torrens- und Cross-Gesetze machte allenthalben die Entschädigung der Hausbesitzer. Sie berechneten den Wert der Häuser nach den wucherischen Renten, die sie daraus zogen, und berücksichtigten nicht den schlechten Zustand, in dem sich die Häuser befanden, d. h. die Kosten, die ihre Instandsetzung verursachen würde.

Eine Erleichterung in der Durchführung des Gesetzes von 1875 brachte eine Novelle von 1879, welche die Bestimmung, daß die vertriebenen Mieter innerhalb desselben

Bezirks Wohnung finden müßten, beseitigte. Diese Bestimmung drohte den Zweck des Gesetzes, die Beseitigung allzu großer Wohnungsdichtigkeit und ihrer Folgen unmöglich zu machen.

Wer sich der vom Elend bewohnten Straßen erinnert, wie sie noch Ende der sechziger Jahre selbst in den zum Westen Londons gehörigen Straßen zwischen Strand und Oxford Street bestanden, die bei Tage von Schmutz starrten und des Nachts nur mit dem Gefühle großer Unsicherheit durchschritten werden konnten, und die breiten Straßen damit vergleicht, die an ihre Stelle getreten sind, Shaftesbury Avenue, Charing Cross Road, Kingsway und andere, kann sich des bewundernden Staunens ob der erzielten Besserung nicht erwehren. Nicht minder große Fortschritte sind in anderen Stadtteilen Londons und in anderen Städten, Glasgow, Liverpool, Manchester, Birmingham, Edinburg, Bristol, Plymouth, Leeds, Huddersfield usw. seitens der Gemeinden durch Niederlegung schlechter Häuser und Beschaffung besserer Wohnungen erzielt worden.

Eine konsequente Weiterbildung der Torrens- und Cross-Gesetze bildet eine dritte Art von Maßnahmen, die die Beseitigung gemeingefährlich gewordener Straßen, die Neuanlage von solchen zur Beschaffung besserer Wohnungen, die Erhaltung und Neubeschaffung von offenen Plätzen und Parkanlagen bezwecken.

Die letztere Aufgabe hat schon das allgemeine Einhegungsgesetz von 1845 (8 & 9 Vict. c. 118) beschäftigt. Es verbietet, daß innerhalb des Umkreises von 15 Meilen der City von London oder 2 Meilen einer Stadt von 10 000 Einwohnern oder $2\frac{1}{2}$ einer von 20 000, 3 einer von 30 000, $3\frac{1}{2}$ einer von 70 000, 4 einer von 100 000 Land eingehagt werde außer auf Grund eines Spezialgesetzes; es verbietet ferner die Einhegung irgendeines als Tummelplatz oder der Erholung der Nachbarschaft dienenden Landes im Umfang von 4 bis 10 acres je nach der Größe der Bevölkerung. Denselben Zweck haben Gesetze von 1852, 1860, 1866 verfolgt. Durch das von 1866 wird den Einhegungskommissaren verboten, eine Eingabe zu machen,

die die Einhegung irgendwelchen im Polizeibezirk der Metropolis gelegenen Landes ins Auge faßt. Dazu kam eine ganze Anzahl Gesetze, durch welche Parkanlagen in einzelnen Londoner Stadtteilen und einzelnen Städten geschaffen worden sind.

Das heute geltende Recht ist in den von John Burns als Minister für Selbstverwaltung durchgesetzten Housing, Town Planning etc. Act 1909, dem weitere Gesetze gefolgt sind, festgelegt. Sie sind in dem Town Planning Act 1925 konsolidiert worden.

Danach sollen, sei es durch die Ortsbehörden oder die Grundeigentümer in der Nähe von Städten oder anderswo Bebauungspläne ausgearbeitet werden, welche dafür Sorge tragen, daß, wenn eine Bebauung des Landes stattfindet, diese so stattfindet, daß die nötigen sanitären Bedingungen, Annehmlichkeit und Zweckmäßigkeit in der Führung der Straßen gesichert werden. Mit anderen Worten: das Wachstum der Städte soll nicht länger dem Zufall überlassen bleiben, sondern es soll ein Plan ausgearbeitet werden, in dem einem jeden Teile des Landes die Aufgabe zugewiesen wird, wofür er am besten paßt, der eine zum Bau von Häusern und Anlegung von Straßen, der andere zur Erbauung von Industrieanlagen, ein dritter von Parkanlagen usw., und der Vorkkehrung trifft für leichte Verbindung zwischen den Stadtteilen und mit benachbarten Bezirken.

Die Ortsbehörden haben das Recht, von dem Gesetze Gebrauch zu machen. Der Rat jeder Stadt oder städtischen Bezirks, der am 1. Januar 1923 20 000 Einwohner zählt, muß sogar einen Plan entwerfen, der bis zum 1. Januar 1929 dem Wohlfahrtsminister vorzulegen ist. Es ist hier nicht der Platz, die Einzelbestimmungen wiederzugeben. Hier galt es nur, den Charakter der Maßnahme zu kennzeichnen.

Eine vierte Klasse von Maßnahmen befaßt sich mit der unmittelbaren Förderung des Wohnungsbaus. Ich habe oben von den Artikeln Lord Salisbury, Joseph Chamberlains und Anderer gesprochen, die Ende 1883 das Dring-

liche einer Wohnungsreform der Öffentlichkeit nahe brachten. Die Folge war die Ernennung einer Kommission über die Behausung des Armen von 1884 gewesen¹⁾. Die Kommission hat 1885 Bericht erstattet. Das Ergebnis war die Ausdehnung des Gesetzes zur Verbesserung der Wohnungen von Handwerkern und Arbeitern auf alle städtische Sanitätsdistrikte. Doch war die praktische Bedeutung gleich Null, da die Ortsbehörden untätig blieben. Das hat den Erlaß des „Hauptgesetzes“ über Wohnungen der Arbeiterklasse von 1890 zur Folge gehabt. Es faßt alle seit 1851 erlassenen Arbeiterwohnungsgesetze zusammen, ohne deren Bestimmungen Wesentliches hinzuzufügen.

Der erste Teil betrifft den Londoner Grafschaftsrat und alle Räte städtischer Distrikte und Stadträte. Er hat die Beseitigung großer ungesunder Gebäudekomplexe im Auge. Ein solcher gilt als gegeben, wo Häuser, Höfe und Gäßchen, die für menschliche Wohnungen ungeeignet sind, sich finden, ferner wo solche Enge der Straßen und Häuser besteht, oder Mangel an Licht, Luft, Ventilation oder zum Leben unentbehrlichen Vorkehrungen sich findet, daß die Gesundheit der Bewohner gefährdet wird. Der zweite Teil, der sich an alle städtischen und ländlichen Sanitätsbehörden wendet, faßt Mittel ins Auge, um mit Übelständen geringeren Umfangs fertig zu werden, d. h. mit einzelnen, zum Bewohnen ungeeigneten Häusern. Der dritte Teil gibt den lokalen Sanitätsbehörden das Recht, überall da, wo sie dies für nötig erachten, Arbeiterwohnungen zu bauen. Das dazu nötige Land kann gegen eine Entschädigung von 10 Proz. über dem Marktwert zwangsweise erworben werden.

Zusammen mit zwei Novellen von 1900 und 1903 ist

1) Es gehörten dazu der Prinz von Wales; ferner Sir Charles Dilke als Vorsitzender, der Kardinal Manning, der Marquis v. Salisbury, Lord Brownlow, Lord Carrington. G. J. Goschen, Sir Richard A. Cross, Wm. Walsham, Bischof von Bradford, E. A. Stanley, Wm. Torrens, H. Broadhurst, Jesse Collings, George Godwin und Samuel Morley. J. E. C. Bodley war Sekretär der Kommission.

dieses Gesetz bis zum vorgenannten Housing, Town Planning etc. Act 1909 für die Wohnungsreform maßgebend gewesen. Es sind auf Grund desselben zahlreiche Slums, d. h. überfüllte, ungesunde Gebäudekomplexe niedergerissen und durch gesunde Wohnungen ersetzt worden.

Weniger erfolgreich ist ein Gesetz von 1899 zur Erleichterung des Erwerbs kleiner Häuser durch deren Bewohner gewesen, trotzdem zu diesem Zwecke Vorschüsse bis zum Betrag von £ 300 von den einschlägigen Ortsbehörden bewilligt werden dürfen, denn in unserer Zeit fluktuierender Beschäftigung ist die durch den Hauserwerb bewirkte Bindung des Arbeiters an einen Ort nicht in dessen Interesse gelegen.

Auf der durch die vorstehend genannten Gesetze¹⁾ geschaffenen Grundlage ist in England in der Wohnungsreform Außerordentliches geleistet worden. Aber bald zeigte sich, daß der Mangel an Wohnungen zu groß war, als daß ihm durch noch so großartige Neubauten abgeholfen werden konnte. Die Überfüllung, der man durch Abreißen der Slums und durch Neubauten an deren Stelle abzuhelpen bemüht gewesen, trat mit allen ihren üblen Begleiterscheinungen in den neu hergestellten Wohnungen wieder ein. Dagegen haben sich insbesondere drei aus privater Initiative hervorgegangene Bewegungen gewendet.

Die eine knüpft an an den Namen der Miß Octavia Hill²⁾. 1838 geboren, war sie frühzeitig mit den christlichen Sozialisten in Verbindung getreten, mit Furnivall, Hughes, Ludlow, Neale, Maurice, Kingsley, besonders aber mit Ruskin³⁾. Sie erkannte, daß die Wohnungsmißstände nie beseitigt würden, wenn man warte, bis genügend neue Woh-

1) Siehe eine Liste aller von 1842—1919 erlassenen, die Wohnungsreform betreffenden Gesetze bei John J. Clarke, *The Housing Problem* 523.

2) Siehe deren Schrift „Aus der Londoner Armenpflege, übersetzt im Auftrage der Großherzogin von Hessen, Wiesbaden 1878“; ferner C. Edmund Maurice, *Life of Octavia Hill as told in her letters*. London 1913.

3) Siehe C. E. Maurice, 22, 23, 330.

nungen hergestellt seien und faßte die Instandsetzung schlecht gehaltener Wohnungen als unmittelbares und billigeres Heilmittel ins Auge. Mit Hilfe wohlhabender Gönner erwarb sie für längere Jahre das Nutzungsrecht an alten, herunter gekommenen Häusern. Später hat sie derartige Häuser auch bloß in Verwaltung genommen oder auch gekauft. Die gewählten Häuser waren in der Regel zwar leidlich gebaut, aber in einem schrecklichen Zustand von Unsauberkeit und Vernachlässigung. Es wimmelte von Ungeziefer; schwarz vor Staub und in Fetzen hingen die Tapeten von den Wänden; die Abzugskanäle waren verstopft, die Wasserleitungen in Unordnung. Nicht selten war die Küchentreppe mehrere Zoll hoch mit so hartem Schmutz bedeckt, daß man ihn mit einer Schaufel weg-schaffen mußte. Das Holz war zerfressen oder weggebrochen. Oft waren die Fenster zerschlagen, und der Regen strömte durchs Dach. Eklige Dünste schlugen dem Eintretenden entgegen, und der Wandbewurf fiel zu Boden. Zuerst wurde nur das Notwendigste gebessert; allmählich geschah mehr. Zunächst wurden die Wasserleitungen und Kehrrihtbehälter in Ordnung gebracht, die Wände und Decken, allenfalls auch die Treppen ausgeflickt. Treppen und Gänge mußten nun regelmäßig gescheuert werden. Wenn schon einiger Einfluß in zunehmender Reinlichkeit wahrzunehmen war oder ein besserer Mieter einzog, wurden die Zimmer neu angestrichen und überhaupt gründlich gereinigt. Kellerräume, die zum Bewohnen ungeeignet waren, wurden von ihren Bewohnern geleert und in Badezimmer und Waschräume verwandelt; die Bewohner wurden in obere Räume versetzt. Vielköpfigen Familien wurde aufgegeben und durch einen ungewöhnlich billigen Preis ermöglicht, sich zu ihrem einzigen Wohnraum noch einen zweiten zu mieten. Familien dagegen, die sich nicht bessern oder nicht zahlen wollten oder ein offenkundig unsittliches Leben führten, wurden nach einiger Zeit ausgewiesen, andere Mietsleute, die Anzeichen der Besserung an den Tag legten, rückten ein. Auch auf die Zusammen-setzung der Nachbarschaft wurde insofern Rücksicht ge-

nommen, als ordentliche Mieter von unbequemen oder schlecht beleumundeten Nachbarn befreit wurden.

In diesem langsamen, stufenweisen Vorgehen sowie darin, daß der Mietzins mit unerbittlicher Strenge wöchentlich, und zwar durch Octavia Hill oder ihre Helferinnen persönlich, eingehoben wurde, liegt der Kern ihres Systems.

Das Ergebnis der Tätigkeit Octavia Hills war, daß die Häuserbesitzer fortwährend darauf aus waren, ihrer Verwaltung mehr Häuser anzuvertrauen. Die Kommissare des kirchlichen Besitzes haben ihr noch 2 Jahre vor ihrem am 13. August 1912 erfolgten Tode die Verwaltung von 22 acres Hausbesitz übertragen, und die Mieter sind immer darauf aus, Wohnungen in Häusern unter Verwaltung der Damen zu finden. Auf die Frage, wie diese es fertig bringen, Rückstände in der Zahlung von Mieten zu vermeiden, lautet die Antwort: Dies wird durch festes, wenn auch freundliches Bestehen auf der Zahlung erreicht. Wenn die Mieter finden, daß ihnen nichts an der Miete geschenkt wird, strengen sie sich an, das Nötige zu verdienen. Das wird ihnen erleichtert, indem die Damen, die die Miete einkassieren, sie auf die eine oder andere Weise beschäftigen, so in der Reparatur der Häuser, der Reinigung der Treppen und dergleichen. Als Hauptursache des Erfolgs wird der Einfluß bezeichnet, den die Damen gelegentlich ihrer Einsammlung auf das ganze wirtschaftliche Gebaren der Mieter erlangen. Die Mieter gelangen nicht so leicht in Zahlungsunfähigkeit wie andere Mieter, denen die teilnehmende Einsicht der Damen in ihre Verhältnisse fehlt.

Ein anderes Mittel, um alte und neue Wohnungen kleiner Leute vor Überfüllung und den schlimmsten damit verbundenen Mißständen zu bewahren, hat darin bestanden, daß man sie von Schlafgängern drainierte. Das geschah durch Errichtung von Ledigenheimen für diese. Die Gemeinden sind damit vorangegangen. Die Einsicht in das unabweislich Notwendige hat schon lange vor dem Kriege nicht weniger als 11 Städte zur Errichtung munizipaler Ledigenheime geführt, und zwar solcher für männliche und solcher für weibliche Personen. Das vortrefflichste

darunter ist das anfangs der neunziger Jahre durch den Londoner Grafschaftsrat errichtete. Aber die von den Gemeinden geschaffenen Einrichtungen sind durch die von Privaten errichteten Ledigenheime weit übertroffen worden. Namentlich hat der verstorbene Lord Rowton in jeder Beziehung mustergültig ausgestattete Ledigenheime ins Leben gerufen und dabei den Beweis erbracht, daß sie mit Gewinn betrieben werden können. Auch zeigte sich, daß ein Arbeiter in den „Rowton Häusern“ für 8 s 2 d die Woche leben konnte.

Ähnliche Ledigenheime für weibliche Personen sind in Glasgow und Manchester 1910 errichtet worden. Das, was die Benutzerin für ein Zimmer zu zahlen hat, beträgt nicht mehr als 4 d, 5 d oder 6 d pro Tag und Nacht.

Endlich ist die Gartenstadtbewegung zu erwähnen¹⁾, welche den Übelständen der Übervölkerung der Städte abzuhelpen sucht, indem sie neue Städte schafft, in denen neue Fabriken errichtet werden und um sie herum nicht nur Arbeiter, sondern auch Wohlhabende wohnen sollen, ein jeder in eigenem Hause mit eigenem Garten; die Bestellung desselben soll der Schädigung des Körpers durch gewerbliche und sitzende Beschäftigung entgegenwirken, und Licht, Luft, Sonne und Wald, die dem Städter heute fehlen, sollen dem abgearbeiteten Menschen des zwanzigsten Jahrhunderts in Hülle und Fülle verfügbar sein. Dabei ist der Gedanke, daß die ganze Werterhöhung des Bodens, die eintritt, wenn seine Bewohner gewerblich tätig werden, dem Gemeinwesen zukommen soll, das sie schafft. Der unverdiente Wertzuwachs ist die finanzielle Grundlage der Gartenstadt. Er soll zur Minderung der Gemeindeabgaben dienen und die übrigen Vorteile der Gartenstadt für deren Bewohner mehren.

1899 ist die Gartenstadt-Assoziation gegründet worden, um die Grundsätze der Gartenstadtbewegung zu verbreiten. Sie ist so erfolgreich gewesen, daß 1902 die Gartenstadt-

1) Siehe darüber Hans Kampffmeyer, Die Gartenstadtbewegung, Leipzig, und v. Berlepsch-Vallendas und Hansen, Die Gartenstadt München-Pulach.

Pionier-Gesellschaft m. b. H. mit einem Kapital von £ 20 000 ins Leben treten konnte. Sie hat 30 Meilen von London und 20 Meilen von Cambridge, nicht weit von Hitchin in Hertfordshire die erste Gartenstadt gegründet. Nahezu 4000 acres wurden zu dem niedrigen Preise von £ 40 pro acre angekauft, alle Hauptstraßen und Avenuen entworfen und keine Parzelle an eine Gesellschaft oder ein Individuum verkauft, ohne die strengsten Beschränkungen im Bauplan. Nur 1200 acres sollten dem städtischen Hausbau dienen; um sie herum wurde Land für landwirtschaftliche Zwecke und die Anlage von Fabriken vorbehalten. Als bald wurde eine Anzahl Fabriken auf letzterem errichtet. 1913 hatte die Stadt 7000 Bewohner; als Grenze für das Anwachsen ihrer Bevölkerung wurden 35 000 Einwohner festgesetzt. Die Sterbeziffer betrug 8,01 per 1000¹⁾).

Andere Gartenstädte sind dem Beispiele gefolgt. So Southport, die Gartenstadt von Lancashire.

Damit sind nur die wichtigsten Leistungen privater Tätigkeit auf dem Gebiete der Wohnungsreform genannt. Es wäre ihnen noch hinzuzufügen, was durch freie Hilfskassen, Gewerkvereine, Genossenschaften, philanthropische Gesellschaften im Bau von Wohnungen für Arbeiter und andere kleine Leute geleistet worden ist²⁾).

Da kam 1914 der Weltkrieg. Er hat, wie auf vielen anderen Gebieten, auch auf dem des Wohnungswesens neue Ordnungen hervorgerufen. Indem er in England, wie in anderen Ländern, Kapital und Arbeit während sieben bis acht Jahren dem Häuserbau fern hielt, hat er die Wohnungsnot außerordentlich gesteigert. Sie hat neue Gesetze zur Abhilfe hervorgerufen, so The Town Planning Act 1919, dazu weitere Novellen von 1920, 1921. Durch diese Gesetze wurden die Befugnisse der Ortsbehörden erweitert und die Staatsunterstützung bei Durchführung der von ihnen und unter Umständen von privaten Unternehmungen und gemeinnützigen Gesellschaften ins Auge gefaßten

1) John J. Clarke, The Housing Problem 83, 84.

2) Ebenda, Chapt. X.

Pläne vorgesehen. Den Ortsbehörden wird zur Pflicht gemacht, für die Wohnungsbedürfnisse ihres Bezirks zu sorgen, wo sie vorher nur das Recht dazu hatten, und dem Grafschaftsrat und Wohlfahrtsminister wird, wenn sie diese Pflicht verletzen, das Recht gegeben, an ihrer Stelle zu handeln. Auch wurde das Vorgehen beim Ankauf überfüllter Gebäudekomplexe, um sie niederzureißen, vereinfacht und verbilligt.

Die Baukosten sind in den unmittelbar auf den Krieg folgenden Jahren rapid in die Höhe gegangen. Häuser¹⁾, die vor dem Krieg für £ 170 bis 250 gebaut werden konnten, kosteten Ende des Kriegs £ 500, 1919 £ 700 und 1920 häufig £ 1000. Desgleichen war der Zinsfuß gestiegen, von $3\frac{1}{2}$ auf 6 Proz. Ebenso waren die Reparaturkosten gestiegen. Daher die Mieten, auch wenn sie die Friedensmieten überstiegen, doch unter dem Kostenbetrag fixiert werden mußten. In vielen Fällen betrug der an einem Hause erlittene Verlust £ 50 bis 60 im Jahr. Da erhob sich im Lande eine lebhafte Agitation gegen Verschwendung. Das Koalitionskabinett gab nach und schränkte sein Wohnungsprogramm ein. Die Folge war, daß die Zahl der Arbeiter, die in Ausführung des letzteren verwendet worden war, sich durch Auswanderung und Übergang zu anderen Gewerben minderte. Während im Sommer 1921 80 000 gelernte und 60 000 ungelernte Arbeiter im Häuserbau Verwendung gefunden hatten, gab es Ende 1922 von beiden Arten nur mehr 20 000.

Da trat Ende 1922 ein Regierungswechsel ein. An die Stelle des Koalitionskabinetts trat eine konservative Regierung. Neville Chamberlain wurde Wohlfahrtsminister. Er hat ein völlig neues System finanzieller Unterstützung eingeführt. Außerdem ging er davon aus, daß jede Art von Ermunterung dem Häuserbau durch Private zuteil werden und Häuserbau durch die Ortsbehörden nur stattfinden solle, um den privaten Bau zu ergänzen.

1) Siehe Richard Reiss, *The New Housing Handbook*, London 1924, 32.

Nach dem Housing and Town Planning Act von 1919 war der Verlust der Ortsbehörde beim Bau von Häusern auf 1 d von 1 £ beschränkt und der Rest des Defizits vom Staate getragen; nach dem Chamberlain Act war der Zuschuß des Staats beschränkt und die Ortsbehörden hatten das Defizit, das sich darüber ergab, zu tragen. Nach ihm sollte die Ortsbehörde zwanzig Jahre lang einen Zuschuß von £ 6 zum Bau jedes durch private Unternehmer gebauten oder hergerichteten Hauses zahlen. Nähere Bestimmungen sind über die Dimensionen der Häuser, deren Bau so unterstützt werden sollte, in dem Gesetze getroffen. Wo die Ortsbehörde baute, sollte sie zwanzig Jahre lang £ 6 für jedes von ihr erbaute Haus, das den Bedingungen entsprach, erhalten; sie sollte die Miete nach Belieben festsetzen können, und jeder den Zuschuß des Staats übersteigende Verlust war durch die Gemeindesteuern zu decken. Außerdem gab der Chamberlain Act den Ortsbehörden größere Rechte, Geld privaten Unternehmern zum Häuserbau zu leihen. Hinsichtlich der Beseitigung von Slums sieht das Gesetz vor, daß die Regierung die Hälfte der Wiederaufbaukosten, die Ortsbehörde die andere Hälfte tragen solle. Aber davon wurde wenig Gebrauch gemacht, da man angesichts des Wohnungsmangels nicht wußte, wo man die bisherigen Insassen der Slums unterbringen sollte.

Bis zum September 1924 sind unter dem Chamberlain Act 8566 Häuser durch Ortsbehörden und 17781 durch private Unternehmung mit Hilfe der Staatssubvention gebaut worden. 16928, bzw. 33596 waren an diesem Datum im Bau. Fast alle durch private Unternehmung errichteten Häuser standen zum Verkaufe zum Preise zwischen £ 500 und £ .800; sie sind meist von Personen, die nicht zur Arbeiterklasse gehörten, gekauft worden.

Zu Beginn der Parlamentssession 1924 kam dann die Arbeiterpartei als Minoritätsregierung ans Ruder. John Wheatly wurde Wohlfahrtsminister. Er ging davon aus, daß das Bauprogramm des Chamberlain Acts infolge des Mangels an gelernten Bauarbeitern und fehlender Abmach-

ungen im Baugewerbe im allgemeinen, und auch wegen fehlender Energie der Verwaltung allzu langsam ausgeführt werde. Auch überstiegen die von den Ortsbehörden festgesetzten Mieten die Zahlungsfähigkeit der Arbeiter. Ferner fehlte es an besonderen Bestimmungen für ländliche Arbeiter, und die mit Hilfe von Subsidien durch die private Unternehmung für den Verkauf gebauten Häuser kosteten mehr, als die Arbeiter zahlen konnten. Wheatly hat es dagegen als seine Aufgabe aufgefaßt, für die dauernde Kontinuität im Wohnungsbau, die der Krieg unterbrochen hatte, zu sorgen. Zu dem Zweck ging er darauf aus, alle Zweige des Baugewerbes so zu entwickeln, daß die Herstellung von Häusern, wie sie zur Deckung des steigenden Wohnungsbedarfs und zum Ersatz untauglicher Wohnungen nötig ist, gesichert sei. Zunächst suchte er festzustellen, ob sowohl ausreichende Arbeit als auch genügende Baumaterialien vorhanden seien, um einen umfassenden Häuserbauplan durchführen zu können, ohne gleichzeitig andere notwendige Bauten zu beeinträchtigen. Es wurde ein nationaler Ausschuß für Häuserbau, in dem sowohl die Arbeitgeber als auch die Arbeiter des Baugewerbes vertreten waren, eingesetzt, des weiteren ein Ausschuß von Fabrikanten und Lieferanten von Baumaterialien. Die beiden Ausschüsse haben am 10. April 1924 berichtet und das auf Grund ihres Berichts erlassene Gesetz ist am 7. August 1924 vom Könige unterzeichnet worden. Der Bericht sagt, daß es vor allem darauf ankomme, bei Arbeitgebern und Arbeitern den Glauben an die Zukunft der Bauindustrie zu erwecken, indem man eine möglichst stabile Nachfrage nach Bautätigkeit für längere Zeit sichere; er hat ein Bauprogramm, das sich auf 15 Jahre erstreckt und für den Bau von $2\frac{1}{2}$ Millionen Häusern innerhalb derselben sorgt, empfohlen. Während der ersten zehn Jahre sollen in folgender Progression Häuser errichtet werden:

1925	90 000	1930	150 000
1926	100 000	1931	170 000
1927	110 000	1932	190 000
1928	120 000	1933	210 000
1929	135 000	1934	225 000

und von 1935—1939 weitere 225 000 Häuser in jedem Jahre.

Es ist gemäß dem Vorschlag der beiden genannten Ausschüsse, seitdem das Gesetz erlassen worden ist, ein dauernder, die gesamte Bauindustrie umfassender Ausschuß zur dauernden Beratung des Wohlfahrtsministers ins Leben getreten.

Im übrigen schließt sich das Gesetz von 1924 in der Hauptsache an den Chamberlain Act von 1923 an. Es unterscheidet sich nur dadurch, daß es für den Bau von Häusern, die sich bestimmten Vermietungsbedingungen unterwerfen, eine wesentlich größere Unterstützung seitens des Schatzamts vorsieht. Diese Unterstützungen betragen:

bei Häusern, von Lokalbehörden errichtet:	wenn sie bestimmten Bedingungen sich unterwerfen	wenn sie dies nicht tun
in landwirtschaftlichen Gemeinden	£ 12 10 s im Jahre während 40 Jahren	£ 6 im Jahre während 20 Jahren
in nichtlandwirtschaftlichen Gemeinden	£ 9 im Jahre während 40 Jahren	£ 6 im Jahre während 20 Jahren.

Häuser, die von privaten Unternehmern mit Beihilfe lokaler Behörden errichtet werden, erhalten bei Unterwerfung unter dieselben Bedingungen die gleichen Zuschüsse wie die, welche von den örtlichen Behörden errichtet werden.

Die wesentlichen Bedingungen, um die es sich hier handelt, sind:

a) Die Häuser müssen von den örtlichen Behörden an solche Mieter vermietet werden, die sie zu bewohnen beabsichtigen.

b) Es muß einem jeden Mieter zur Bedingung gemacht werden, daß er das Haus oder irgendeinen Teil desselben nicht weitervermietet außer unter schriftlicher Zustimmung der Ortsbehörden; eine solche Zustimmung darf nicht gegeben werden, außer wenn der Nachweis erbracht wird, daß von dem Aftermieter irgendeine andere Zahlung als Mietrente nicht bezogen wird.

c) Wenn die Ortsbehörde die Häuser verkauft oder sonstwie darüber verfügt, darf Verkauf oder Verfügung nicht stattfinden außer unter solchen Bedingungen, wie sie der Minister bei der Herabsetzung der Subsidie für nötig erachtet.

d) Es muß in alle Verträge über den Bau von Häusern eine Klausel aufgenommen werden, die den dabei beschäftigten Arbeitern einen Lohn sichert, der den Löhnen entspricht, die zur Zeit von der Regierung bei ihren Verträgen gezahlt werden.

e) Die Mietrenten der Häuser dürfen in ihrer Gesamtheit nicht den Betrag der Renten übersteigen, der erzielt würde, wenn die Häuser in der Vorkriegszeit an Arbeiter vermietet worden wären, außer im Falle, daß die von der Ortsbehörde zu bestreitende Haussteuer den Wert von £ 4 10 s im Jahr pro Haus für die Dauer von 40 Jahren übersteigen würde; auch darf keinerlei Strafe, Prämie oder irgend andere Abgabe außer der Mietrente erhoben werden.

f) Es sollen aus zahlreichen Personen bestehende Familien bei Vermietung der Häuser bevorzugt werden.

Wie aus diesen Bedingungen für Erlangung von Subsidien seitens des Schatzamts hervorgeht, sollen solche auf Grund des Gesetzes von 1924 nicht an Gemeinden verliehen werden, die Häuser bauen, um sie an Arbeiter zu verkaufen, sondern nur an solche, die sie an Arbeiter zu Preisen vermieten, die diese zu erschwingen imstande sind. Das allein entspricht, wie die Erfahrung gezeigt hat, den Bedürfnissen einer Arbeiterschaft, die heute an diesem, im nächsten Jahre oder Monat anderswo Arbeit zu suchen genötigt ist.

Dabei ist Wheatly von der Erwartung ausgegangen, daß die 2 $\frac{1}{2}$ Millionen Arbeiterhäuser, die auf Grund seines Gesetzes gebaut würden, die Wirkung haben würden, alle Mieten herabzudrücken. Wenn die den Ortsbehörden vom Staate gezahlten Subsidien die Wirkung haben sollten, den Armen Wohnungen zu schaffen, die ihrer Zahlungsfähigkeit angemessen sind, wird Wheatlys Gesetz gerechtfertigt sein.

Die Arbeiterpartei ist nur wenige Monate am Ruder gewesen. Unter der konservativen Regierung, die ihr nachfolgte, sind 1925 zwei weitere Wohnungsgesetze erlassen worden, The Housing (Rural Workers) Act, 1925, der den Grafschaftsräten und Stadtgrafschaftsräten das Recht gibt, Gelder zu verausgaben oder mit Unterstützung der Regierung Anleihen aufzunehmen zur Verbesserung der ländlichen Wohnungen. Das Verbot, für menschliche Wohnung ungeeignete Häuser zu vermieten, gilt fortan auch für landwirtschaftliche Distrikte. Die Ortsbehörden haben das Recht, schlechte Häuser wieder instand zu setzen und für unbewohnbar erklärte Häuser zu erwerben.

Ein zweites Gesetz, The Housing Act 1925, hat alle für die Dauer bestimmten Vorschriften früherer Gesetze konsolidiert; nur für die nur für eine beschränkte Zeit erlassenen Vorschriften kommen die 1923 und 1924 erlassenen Gesetze noch in Betracht. Die Grundgedanken des heute für Wohnungen geltenden Rechts gehen aus der vorstehenden Darlegung hervor. Der Hauptgedanke ist: es darf aus der Armut kein Gewinn gezogen werden, indem man die Minderbemittelten in für menschliche Wohnungen ungeeigneten Häusern Wohnung zu nehmen zwingt und ihnen dafür ungemessene Mieten abnimmt. Es ist im öffentlichen Interesse, daß alle Mitbürger gesunde und ihr gesittetes Leben nicht beeinträchtigende Wohnungen haben, und Gemeinde und Staat haben dafür Opfer zu bringen. Die Beiträge, welche Gemeinden und Staat nach dem Wheatly Act zu diesem Zwecke aufzubringen haben, betragen¹⁾:

für das Jahr	Staatsaufwand £	Aufwand der Gemeinden £
1924—25	278 000	135 000
1925—26	1 072 000	521 000
1926—27	1 905 000	925 000
1927—28	2 823 000	1 371 000

1) Richard Reiss a. a. O. 47.

Aufwand von Staat und Gemeinden nach dem Wheatly Act. 651

für das Jahr	Staatsaufwand £	Aufwand der Gemeinden £
1928—29	3 827 000	1 859 000
1929—30	4 946 000	2 403 000
1930—31	6 195 000	3 010 000
1931—32	7 601 000	3 693 000
1932—33	9 180 000	4 460 000
1933—34	10 930 000	5 310 000
1934—35	12 824 000	6 231 000
1935—36	14 761 000	7 172 000
1936—37	16 699 000	8 113 000
1937—38	18 636 000	9 054 000
1938—39	20 573 000	9 995 000
1939—40	22 511 000	10 936 000
1940—41 } bis } 1963—64 } per annum	23 156 000	11 250 000
1964—65	22 878 000	11 115 000
1965—66	22 084 000	10 729 000
1966—67	21 251 000	10 325 000
1967—68	20 333 000	9 879 000
1968—69	19 329 000	9 391 000
1969—70	18 210 000	8 847 000
1970—71	16 961 000	8 240 000
1971—72	15 555 000	7 557 000
1972—73	13 976 000	6 790 000
1973—74	12 226 000	5 940 000
1974—75	10 332 000	5 019 000
1975—76	8 395 000	4 078 000
1976—77	6 457 000	3 137 000
1977—78	4 520 000	2 196 000
1978—79	2 583 000	1 255 000
1979—80	645 000	314 000

Chronologische Tabelle zur englischen Geschichte.

- 1748—1832 **Jeremias Bentham.**
- 1760 **Georg III. König.**
- 1767 Gesetz zum Schutz der in den Armenhäusern befindlichen Kinder.
- 1773 Die Einfuhr von Weizen zu einem nominellen Zoll von 6 d per Quarter erlaubt, wenn dieser mehr als 48 s kostet.
- 1780—85 Erste Agitation für Parlamentsreform.
- 1783—1801 **Erstes Ministerium Pitt.** (Es besteht aus Anhängern Chathams und „Freunden des Königs“ und wird allmählich Tory.)
- 1786—93 Lord Cornwallis Generalgouverneur von Indien.
- 1786 Pitt schafft einen neuen Tilgungsfond.
- 1786—88 Die Botany-Bay in Australien wird Strafkolonie.
- 1787 Granville Sharp und Clarkson gründen das erste Komitee zur Abschaffung des Sklavenhandels.
- 1788 Gesetz zum Schutz der zum Reinigen der Schornsteine verwendeten Kinder.
Eine Bill, die den Prinzen von Wales zum Regenten an Stelle des geisteskranken Königs machen will, wird auf Pitts Drängen, da der Prinz von Wales ein Freund der Whigs ist, verworfen.
- 1789 England wird ein dauernd Getreide einführendes Land.
am 14. Juli Fall der Bastille in Paris.
am 27. August werden auf Antrag Lafayettes in Paris die Menschenrechte (Freiheit, Eigentum, Sicherheit, Widerstand gegen Unterdrückung) erklärt.
- 1790 Burkes „Reflexionen über die französische Revolution“.
- 1791 Thomas Paine, „Die Menschenrechte“, gegen Burke.
Burkes „Appell von den neuen an die alten Whigs“.
Erlaß des Canada-Acts.

- 1793 Frankreich erklärt England den Krieg.
Paines Schrift über „das Zeitalter der Vernunft“.
Konservative Whigs treten Pitt bei.
Erneuerung des Freibriefs der Ostindischen Gesellschaft.
Gründung des Board of Agriculture.
- 1793—96 Krieg der Engländer gegen die Franzosen in Westindien.
- 1793—98 Sir John Shore Generalgouverneur von Indien.
- 1794 Die Engländer aus Holland vertrieben.
Aufhebung der Habeas Corpus Akte.
- 1796 Burkes „Briefe über den Frieden mit den Königsmördern“.
Pitt macht den Vorschlag, die in den Armenhäusern befindlichen Kinder von 5 Jahren an die Arbeit zu setzen.
Resolutionen des Gesundheitsamts von Manchester über die Beschäftigung von Kindern in den Baumwollfabriken.
- 1797 Friede von Campo-Formio zwischen Österreich und Frankreich.
England allein im Kriege mit Frankreich.
Die Bank von England wird ihrer Pflicht, ihre Noten einzulösen, entbunden.
Charles Grey beantragt, allen Haushältern das Wahlrecht zum Parlament zu erteilen.
- 1798—1805 Der Marquis von Wellesley Generalgouverneur von Indien.
- 1798 Englands Sieg am Nil.
Napoleon Bonaparte erobert Ägypten.
Nelson siegt bei Abukir über die französische Flotte..
Erste Auflage von Malthus' Essay über Bevölkerung.
Aufstand in Irland.
Tod von Tippoo Sahib.
- 1799—1801 Napoleon Bonaparte Erster Konsul.
- 1799 Pitt erneuert die Koalition gegen Frankreich.
Pitt führt die Einkommensteuer ein.
Robert Owen (1771—1858) beginnt seine Tätigkeit in New-Lanark.
Eroberung Mysores.
- 1800 Malta ergibt sich der englischen Flotte.
Bewaffnete Neutralität der nordischen Mächte.
Die Unionsakte mit Irland wird ohne jede Konzession an die Katholiken angenommen.
Friede von Lunéville.
Der wiedergenesene Georg III. verwirft Pitts Plan der Katholikenemanzipation.
Frankreich schließt Frieden mit Neapel.
- 1801—1804 Ministerium Addington (Tory).
- 1801 Das französische Heer streckt die Waffen in Ägypten.

- Ermordung des Zaren Paul am 24. März.
Schlacht bei Kopenhagen am 2. April.
- 1802 Friede von Amiens.
Wiederbeseitigung von Pitts Einkommensteuer.
Erstes Gesetz zum Schutze der in Fabriken beschäftigten Kinder.
Erscheinen von „The Edinburgh Review.“
- 1803 General Sir Arthur Wellesley (der spätere Herzog von Wellington) besiegt die Marathas bei Assaye.
England erklärt Frankreich den Krieg.
- 1804—1806 **Zweites Ministerium Pitt (Tory).**
Wiedereinführung der Einkommensteuer.
- 1805 Schlacht bei Trafalgar, 21. Oktober.
Schlacht bei Austerlitz, 2. Dezember.
Lord Cornwallis, dann Sir G. Barlow bis 1807 Generalgouverneur von Indien.
- 1806 Pitts Tod, 23. Januar.
Das im Frieden von Amiens den Holländern wiedergegebene Kapland wird von England wieder genommen.
- 1806—1807 **Ministerium aller Talente (Whig und Tory).**
William Cobbett (1763—1835), der einflußreichste Journalist seiner Zeit, wird aus einem Tory ein Radikaler.
- 1806 September, Tod von Charles Fox.
Schlacht bei Jena, 14. Oktober.
Verhängung der Kontinentalsperre, 21. November.
- 1807 Aufhebung des Sklavenhandels.
Die Kabinettsbefehle Cannings (Orders in Council).
- 1807—1809 **Ministerium Portland (Tory).**
- 1807 7./8. Februar, Schlacht bei Eylau.
14. Juni, Niederlage der Russen bei Friedland.
7./9. Juli, Allianz zwischen Napoleon und Alexander I. zu Tilsit.
September, Die Engländer bombardieren Kopenhagen, um sich der dänischen Flotte zu bemächtigen.
- 1807—15 Lord Minto I. Generalgouverneur von Indien.
- 1808 Juli, Eine französische Armee wird zu Baylen zur Übergabe gezwungen.
Sir A. Wellesleys Sieg bei Vimiero und Konvention von Cintra.
- 1809 Die Vereinigten Staaten erlassen ein Verkehrsverbot (Embargo).
Scheitern der britischen Expedition von Walcheren.
Wellesleys Siege in Spanien.
Vertrag zu Amritsar mit Ranjit Singh.
- 1809—1812 **Ministerium Perceval (Tory).**
- 1810 Weitere siegreiche Kämpfe Wellingtons in Spanien.
Handelskrisis.

- 1810—1825 Befreiungskrieg der spanischen Kolonien in Amerika.
- 1811 Anstelle des als geisteskrank anerkannten Georgs III. tritt der Tory gewordene Prinz von Wales als Regent.
Die Ludditen zerstören Maschinen.
- 1811—13 Versuche, das Lehrlingsgesetz durchzusetzen.
- 1812 Mai, Ermordung Percevals.
- 1812—1827 **Ministerium Liverpool** (Tory).
- 1812 Erstürmung von Badajoz und Ciudad Rodrigo.
Das Dampfboot „Der Komet“ auf dem Clyde.
Amerika erklärt England den Krieg.
Schlacht bei Salamanca, 22. Juli.
Wellington zieht sich vor Burgos zurück.
Siege amerikanischer Fregatten.
Napoleons Rückzug von Moskau.
- 1813 Wellingtons Sieg bei Vittoria, 21. Juni.
Schlachten in den Pyrenäen. Wellington rückt in Frankreich ein, Oktober.
Schlacht bei Leipzig, 18. Oktober.
R. Owens Erstlingsschrift „Eine neue Auffassung von der Gesellschaft“ wird der Ausgangspunkt des modernen englischen Sozialismus.
Erneuerung des Freibriefs der Ostindischen Kompanie unter Beseitigung ihres Handelsmonopols.
Die Amerikaner greifen Canada an.
- 1813—23 Lord Hastings Generalgouverneur von Indien.
- 1814 31. März, Einnahme von Paris. 11. April, Abdankung Napoleons.
Zug der Engländer gegen Washington; alle öffentlichen Gebäude werden niedergebrannt.
Die Engländer bei Plattsbury und New Orleans zum Rückzug gezwungen.
Dezember, Friedensschluß zwischen Amerika und England in Gent.
Beseitigung des Lehrlingsgesetzes.
- 1815 März 1., Rückkehr Napoleons aus Elba.
Juni 18., Schlacht bei Waterloo.
September 26., Rußland, Österreich, Preußen schließen den heiligen Allianzvertrag. England verweigert, beizutreten.
- 1815 8. Juni, Wiener Vertrag. England behält Malta, die Schutzherrschaft über die Republik der jonischen Inseln, Ceylon, Helgoland, zahlt den Holländern 3 Millionen £ für British Guyana. Auf seinen Antrag erlassen die Großmächte eine gemeinsame Erklärung gegen den Sklavenhandel.
Erlaß des Gesetzes gegen Getreideeinfuhr.
David Ricardos Schrift gegen hohe Getreidepreise.
Erstes Dampfschiff auf der Themse.

- 1815—35 Notstand der Landwirte.
 1816 Wiederbeseitigung der Einkommensteuer.
 1817 Owens Absage an alle bestehenden Religionen beraubt ihn seines früheren Einflusses auf den Bürgerstand.
 Ricardos Grundprinzipien der Nationalökonomie und Besteuerung.
 1818 Der erste Dampfer, „Savannah“, fährt über den Atlantischen Ozean.
 1818—19 Wirtschaftliche Depression.
 1819 Die Schlacht bei Peterloo.
 Das zweite Fabrikgesetz beschränkt den Arbeitstag der geschützten Personen auf 12 Stunden.
 Rückkehr zur Barzahlung.
 1820 Die Cato-Straße-Verschwörung.
 Der erste Dampfer aus Eisen in England gebaut.
 1820—30 **Georg IV.**
 1820 Reform der Gesetzgebung über Provinzialbanken.
 1821—29 Griechischer Befreiungskrieg.
 1822 Canning Minister des Auswärtigen unter Lord Liverpool.
 1822 Kongreß zu Verona.
 1823 Canning veranlaßt die Proklamation der Monroe Doktrin.
 1823 Huskissons Eintritt ins Ministerium Liverpool.
 1823—28 Lord Amherst Generalgouverneur von Indien.
 1824 Beseitigung der Koalitionsverbote.
 Großbritannien erlangt Singapore.
 1824—28 Erster burmesischer Krieg.
 1825 Tarifreform. Die Ausfuhr von Wolle erlaubt.
 Handelskrise.
 Die Koalitionen werden wieder unter die Bestimmungen des Gemeinen Rechts über Verschwörungen und Beschränkung des Gewerbebetriebs gestellt.
 Thomas Hodgskin predigt den Klassenkampf.
 Erste Dampferfahrt nach Indien.
 Eröffnung der Eisenbahn zwischen Stockton und Darlington.
 1826 Anerkennung der Staaten Südamerikas.
 Reform der Gesetzgebung über Provinzialbanken.
 1827 **Ministerium Canning** (liberaler Tory).
 Ministerium Goderich (liberaler Tory).
 Schlacht bei Navarino, 20. Oktober.
 Zusammenbruch von Owens kommunistischer Kolonie New Harmony in Indiana.
 1828—30 **Ministerium Wellington** (Tory).
 1828 Owen verläßt New Lanark.
 1828—35 Lord William Bentinck Generalgouverneur von Indien.
 1829 Aufhebung der Testakte.
 Katholikenemanzipation.

- 1830 Pariser Julirevolution.
Beseitigung der Zölle auf Bier und Leder.
Sir Henry Parnells Schrift On Financial Reform.
- 1830—1837 **Wilhelm IV.**
- 1830 **Ministerium Grey** (Whig).
Eröffnung der Eisenbahn Liverpool-Manchester.
- 1831 Agitation für Reform des Parlaments.
- 1832 Erste Reform des Parlaments.
- 1833 Abschaffung der Sklaverei in den Kolonien.
Freigabe des Handels mit Ostindien.
Fabrikgesetz von 1833, durch das u. a. Fabrikinspektoren eingeführt werden.
- 1834 **Erstes Ministerium Melbourne** (Whig).
Abschaffung der Haussteuer.
Der letzte Aufstand der Landarbeiter.
Abschaffung der Sklaverei.
Neues Armengesetz.
Reform des Erbrechts: Die Anerkennung des Individuums als Wirtschaftseinheit, im Gegensatz zur Familie, wird im Erbrecht durchgeführt.
- 1834—35 **Erstes Ministerium Peel** (Konservativ).
- 1835—41 **Zweites Ministerium Melbourne** (Whig).
- 1835 Die Juden erhalten das aktive Wahlrecht zum Parlament.
Lord Auckland Generalgouverneur von Indien.
Reform der Städteordnung.
Smith von Deanton, der Vater der modernen Drainage.
- 1836—39 England leidet unter einer Krise.
Erster Hauptabschnitt der Chartistenbewegung.
- 1836 Der große Buren-Trek.
- 1837—1901 **Victoria.**
- 1838 Einführung von Schraubendampfern.
Erster regelmäßiger Dampfschiffverkehr über den atlantischen Ozean; Fahrtdauer 17 Tage.
Gründung der Royal Agricultural Society.
Gründung der Antikornzolliga.
- 1839 Postreform Roland Hills.
Einsetzung eines Ausschusses des Geheimen Rats für Volksunterricht.
Die Chartisten verlangen allgemeines Stimmrecht. Der Nationale Konvent in London. Aufstand in Wales.
Aufstand in Kanada.
Der Bericht Lord Durhams.
- 1839—42 Opiumkrieg mit China.
- 1840—42 Krieg gegen Afghanistan. Besetzung von Kabul.
- 1840—48 Zweiter Hauptabschnitt der Chartistenbewegung.

- 1840 Russells Verfassungsgesetz für Kanada.
Australien hört auf, Verbrecherkolonie zu sein.
Quadrupelallianz mit Frankreich, Portugal und Spanien.
- 1841—1846 **Zweites Ministerium Peel** (Konservativ).
- 1841 Tarireform.
Der General-Turnpike-Act wird erlassen.
- 1842—44 Lord Ellenborough Generalgouverneur von Indien.
- 1842 Wiedereinführung der Einkommensteuer.
Friede mit China. Den Europäern werden 5 chinesische Häfen geöffnet.
Vernichtung des englischen Heeres in Afghanistan.
Pollocks Siege in Afghanistan.
Annexion von Sinde.
Erstes Bergwerksgesetz.
- 1843 Erstes eisernes Dampfschiff in Großbritannien gebaut.
- 1844 Peels Bankgesetz.
Das Notenprivileg der Bank von England wird ausgedehnt.
Eröffnung des Konsumvereins der Pioniere von Rochdale.
- 1844—48 Lord Hardinge I. Generalgouverneur von Indien.
- 1845 Zweite Tarireform.
- 1846 Peels Verbesserung des Niederlassungsgesetzes.
Die irische Hungersnot.
Die Abschaffung der Kornzölle wird beschlossen.
- 1846—52 **Erstes Ministerium Lord John Russell** (Whig).
- 1847 Baron Lionel de Rothschild wird als erster Jude ins Parlament gewählt, darf aber seinen Sitz nicht einnehmen.
In Kalifornien wird Gold gefunden.
Erlaß des Zehnstundengesetzes.
- 1848—56 Lord Dalhousie Generalgouverneur von Indien.
- 1848 Die nordwestliche Durchfahrt gefunden.
Mißglückter Zug der Chartisten zum Parlament.
Anfänge der christlichen Sozialisten.
Erste Auflage von John Stuart Mills Politischer Ökonomie.
Annexion des Punjab.
Beseitigung der Navigationsgesetze.
- 1850 Schifffahrtsgesetz.
- 1850—74 die Zeit der größten Blüte der britischen Landwirtschaft.
- 1851 An die Stelle der Fenstersteuer tritt eine Haussteuer.
Erste Weltausstellung.
Entdeckung von Gold in Australien.
Der erste unterseeische Telegraph wird gelegt.
- 1852 **Erstes Ministerium Derby** (Konservativ).
Zweiter Burmesischer Krieg.
- 1852—55 **Koalitionsministerium Aberdeen** (Anhänger Peels und Whigs).

Gladstone erweitert die Erbschaftssteuer und beseitigt die Steuer auf Seife.

Dritte Tarifreform.

1853 Erneuerung des Freibriefs der Ostindischen Gesellschaft. Der Zugang zu den Beamtenstellen in Indien wird allen, die ein Examen bestehen, eröffnet.

Eine französisch-englische Beobachtungsflotte wird am Eingang der Dardanellen, später im Bosphorus aufgestellt. 80 000 Russen besetzen die Donaufürstentümer.

1854 Bündnis Englands mit Frankreich gegen Rußland.

Schlacht bei Inkerman am 5. November.

Die Häfen von Simoda, Hakodate, Nangasaki in Japan. werden dem Handel mit Europa und Nordamerika geöffnet.

1855—58 **Erstes Ministerium Palmerston** (Whig).

1855 Beseitigung der Zeitungssteuer.

Gesetz über die Verwaltung der Hauptstadt (Metropolis Management-Act).

Ein Examen für diejenigen, die sich dem Staatsdienst (Civil Service) widmen wollen, wird eingeführt.

1855 Einnahme von Sebastopol.

1856 Friede mit Rußland.

Unterzeichnung der Pariser Deklaration durch die Europäischen Mächte.

Bessemer's Stahlpatent.

1856—62 Lord Canning Generalgouverneur von Indien.

1857—58 Sepoy-Aufstand in Bengalen.

1857 Handelskrise.

1858 Übertragung der Herrschaft in Indien auf die Krone.

Errichtung einer Armee von Freiwilligen.

1857—60 Englisch-französischer Krieg gegen China.

1858—59 **Zweites Ministerium Derby** (Konservativ).

1859—65 **Zweites Ministerium Palmerston** (Whigs, Peeliten, Liberale).

1860 Britisch-französischer Handelsvertrag.

Vierte Tarifreform; Beseitigung aller britischen Schutzzölle.

1861 Ausbruch des amerikanischen Bürgerkriegs.

1862 Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Arbeitsverhältnisse in den nicht geschützten Gewerben.

Cobden verlangt die Anerkennung der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See auch im Kriege als wesentlichen Bestandteil des Freihandels.

Herabsetzung der Zölle des deutschen Zollvereins.

1862—64 Lord Elgin I. Generalgouverneur von Indien.

1863 Gladstones große Budgetrede über die Zunahme des britischen Nationalreichtums seit Einführung des Freihandels.

660 Chronologische Tabelle zur englischen Geschichte.

- 1864 Erste Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung.
Krieg Preußens und Österreichs gegen Dänemark.
- 1864—69 John Lawrence Generalgouverneur von Indien.
- 1865—66 **Zweites Ministerium Russell** (Liberal).
- 1865 Herabsetzung des Teezolls.
Mundella und Kettle schaffen das Schieds- und Einigungsverfahren in Arbeitsstreitigkeiten.
- 1866—68 **Drittes Ministerium Derby** (Konservativ).
- 1866 Der deutsche Krieg.
Handelskrise.
- 1867 Die Arbeiterschutzgesetzgebung wird auf weitere in Fabriken und auch auf die in Werkstätten betriebenen Gewerbe ausgedehnt.
Die zweite Parlamentsreform bringt den städtischen Arbeitern das Wahlrecht.
An Stelle der Kolonie Kanada tritt „the Dominion of Canada“.
Einsetzung einer Königlichen Kommission zur Untersuchung der Gewerkvereine.
Londoner Konferenz; Italien wird als sechste Großmacht anerkannt.
Englands Sieg über den Negus Theodoros von Abessinien.
Die Restauration in Japan. Abdankung des Shogun. Wiederherstellung der Macht des Mikado. Beginn der Europäisierung Japans.
- 1868 **Erstes Ministerium Disraeli** (Konservativ).
Auftreten verbesserter Lohnskalen.
- 1868—74 **Erstes Ministerium Gladstone**.
- 1869 Entstaatlichung der anglikanischen Kirche in Irland.
Beseitigung der Besteuerung der Feuerversicherung.
Eröffnung des Suezkanals.
- 1869—72 Lord Mayo Generalgouverneur von Indien.
- 1870 Unterrichtsgesetz Forsters.
Einführung der geheimen Abstimmung bei der Wahl zum Parlament.
Übertragung der Telegraphie an die Regierung.
Preisgabe der Lohnfondtheorie durch John Stuart Mill.
- 1870—71 Der deutsch-französische Krieg.
- 1871 Beseitigung des Stellenkaufs in der Armee.
- 1871—76 Die befreiende Gesetzgebung über Gewerkvereine.
- 1872—76 Lord Northbrook Generalgouverneur von Indien.
- 1872 Das Parlament bekehrt sich zum Eisenbahnmonopol.
Die Rupie beginnt zu sinken.
- 1873 Beginn der Universitäts-Ausdehnung.
- 1874—80 **Zweites Ministerium Disraeli** (Konservativ).
- 1874 Beseitigung des Zuckerzolls.
Einführung des Neunstundentags für die geschützten Personen.

Eine Aufnahme der Zahl der Grundeigentümer angeordnet und im New Domesday-Book veröffentlicht.

Demonetisierung des Silbers in der lateinischen Münzunion. Internationale Postkonferenz.

Lord Derby lehnt namens der englischen Regierung auf der Brüsseler Konferenz selbst die Erörterung der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See im Kriegsfall kategorisch ab.

1875 England kauft vom Khedive dessen Suez-Kanalaktien und wird dadurch Herr des Kanals.

Einführung eines neuen Tilgungsfonds durch Sir Stafford Northcote.

Zahlreiche Bankrotte.

Neuer Notstand der englischen Landwirtschaft. Erster Agricultural Holdings Act.

1876 Disraeli proklamiert die Königin Victoria zur Kaiserin von Indien.

1876—80 Lord Lytton Vizekönig von Indien.

1877—81 Krieg in Afghanistan.

1877 Erfindung des Telefons.

Die Transvaalrepublik wird dem britischen Kolonialgebiet einverleibt; ein großer Teil des Kaffernlandes wird britisches Schutzgebiet.

1878 März: Rußland diktiert den Frieden von San Stefano.

Juli: Der Berliner Vertrag tritt an dessen Stelle.

Großbritannien nimmt Cypern in Verwaltung.

Bosnien und Herzegowina werden der österreichischen Verwaltung unterworfen.

Die Fabrikgesetze werden in dem Gesetze von 1878 konsolidiert.

1879—80 Außerordentlich starker Regenfall, Schafreute, Allgemeiner Notstand.

1879 Zollerhöhungen im Deutschen Reiche.

Krieg gegen die Zulukaffern.

1880 Abmachung in Madrid zwischen Marokko und sämtlichen europäischen Mächten und den Vereinigten Staaten, worin die Souveränität des Sultans von Marokko anerkannt und die Gleichberechtigung aller Nationen in Marokko ausgesprochen wird.

1880—85 **Zweites Ministerium Gladstone** (Liberal).

1880 Ersetzung der Malzsteuer durch eine Steuer auf Bier.

Gesetz über die Haftpflicht der Arbeitgeber.

1880—84 Lord Ripon Vizekönig von Indien.

1881 Die Buren in Transvaal erheben sich und erstürmen die steilen Höhen von Majuba; die Transvaalrepublik wird wiederhergestellt.

Der irische Landakt.

- 1881, 1882, 1884—85 und 1890 Erhöhung der russischen Zölle.
 1882 Konsolidierung der seit 1835 betreffend die Städteordnung erlassenen Gesetze.
 Ein Gesetz über das Eigentum verheirateter Frauen gibt diesen Verfügungsfreiheit über dasselbe.
 Entstehung einer nationalistischen Bewegung in Ägypten.
 Im Juli wird Alexandrien von der britischen Flotte beschossen.
 Erhöhung der österreichisch-ungarischen Zölle.
 Beginn der Arbeiten am Panama-Kanal.
- 1883 Ägypten wird englisches Schutzland unter Lord Cromer.
 Gründung der Gesellschaft der Fabier.
- 1883—85 Aufstand des ägyptischen Sudan unter dem Mahdi.
 1884—88 Lord Dufferin Vizekönig von Indien.
- 1884 Gründung deutscher Kolonien in Südwestafrika.
 Britisch Neu-Guinea wird unter britischen Schutz gestellt.
 Dritte Parlamentsreform. Die Landarbeiter erhalten das Wahlrecht.
- 1884—85 Kongo-Konferenz in Berlin.
- 1885—86 **Erstes Ministerium Salisbury** (Konservativ).
- 1885 Das erste Wohnungsgesetz von Bedeutung wird erlassen.
 Weitere deutsche Zollerhöhungen.
 Entdeckung von Gold in Transvaal.
- 1886 Großbritannien unterwirft Birma in Hinterindien.
Drittes Ministerium Gladstone (Liberal).
- 1886—92 **Zweites Ministerium Salisbury** (Konservativ und liberale Unionisten).
- 1886 Große wirtschaftliche Depression.
- 1887 Kolonialkonferenz in London.
 Erste genügende Inspektion der Bergwerke durchgesetzt.
 Der konservative Lordkanzler Halsbury setzt ein Gesetz durch, vermöge dessen gebundenes Eigentum sich automatisch in freies verwandelt.
- 1888—94 Lord Lansdowne Vizekönig von Indien.
- 1888 Gesetz über Lokalverwaltung.
- 1889 Vertrag Großbritanniens mit Deutschland und den Vereinigten Staaten über die Samoa-Inseln.
- 1890 Konsolidierung und weitere Ausbildung der bis dahin erlassenen Wohnungsgesetze.
 Der Sansibarvertrag bringt eine Grenzregulierung in Ostafrika zwischen Großbritannien und Deutschland.
 Handelskrisis.
 Shermans Silver Act.
 Manckinley Tariff.
- 1891 Salisburys Spezialmission nach Marokko scheitert an französischen Intrigen.

- 1890—93 Großbritannien erweitert sein Gebiet in Südafrika durch Unterwerfung des Betschuana- und Matabele-Landes. Cecil Rhodes, Leiter der Britischen Südafrikanischen Gesellschaft und seit 1890 Premierminister von Kapland, stößt bei seinen weiteren Plänen auf Widerstand bei den Buren-Republiken.
- 1891—92 Herabsetzung vieler europäischer Zolltarife, aber Erhöhung der französischen Zölle.
- 1893 Bankrotte in Australien und Amerika.
Beseitigung des Sherman Aktes.
Die indische Münze wird für Silber geschlossen.
- 1893 u. 94 Abgrenzung der englischen und französischen Gebiete gegen das deutsche Hinterland von Kamerun.
- 1892—94 **Viertes Ministerium Gladstone** (Liberal).
- 1894 Gesetz über Kirchspiel- und Distrikträte.
Gesetz über die Handelsmarine.
Der Wilson Tarif setzt die amerikanischen Zollsätze herab.
- 1894—95 **Ministerium Rosebery** (Liberal).
- 1894—99 Lord Elgin II. Vizekönig von Indien.
- 1895 Eröffnung des Nord-Ostseekanals.
- 1895—1902 **Drittes Ministerium Salisbury** (Unionistisch).
- 1896 Einfall Jamesons in Transvaal. Er verursacht den Sturz von Cecil Rhodes. Wilhelm II. beglückwünscht Krüger zur Festnahme Jamesons und erregt damit tiefe Mißstimmung gegen Deutschland.
Einigungsgesetz.
- 1897 17. Januar. Wilhelm II. erklärt: „Der Dreizack gehört in unsere Faust.“
Die Engländer besetzen Tirah, ein afghanisches Grenzgebiet.
Die Haftpflicht der Arbeitgeber für Unfälle der Arbeiter wird verschärft.
Der Dingley Tarif erhöht die amerikanischen Zölle.
- 1898 England erlangt wieder die Herrschaft über den ägyptischen Sudan.
Die Franzosen unter Major Marchand werden von den Engländern genötigt, sich von Fashoda zurückzuziehen.
Delcassé wird französischer Außenminister.
Krieg zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten.
Der Vorzugstarif von Canada.
- 1899 Erste drahtlose Telegraphie.
- 1899—1905 Lord Curzon Vizekönig von Indien.
- 1899—1902 Krieg gegen die Buren in Südafrika. Die Burenstaaten werden in das britische Südafrika einverleibt.
- 1900 Vereinigung der australischen Kolonien zu einem Bundesstaat (Commonwealth).
Abermaliger Vertrag mit Deutschland und den Vereinigten Staaten über die Samoa-Inseln.

Zuckerzoll in Großbritannien eingeführt.

Gesetz über die Haftung der Reeder für die Matrosen.

Weiteres Gesetz über die Haftpflicht der Arbeitgeber.

1901—1910 **König Eduard VII.**

1901 Ausfuhrzoll von 1 s auf die Tonne Kohle.

Delcassé garantiert dem Sultan von Marokko die Integrität seiner Macht und verhandelt gleichzeitig mit Spanien über die Teilung Marokkos.

1902—1905 **Ministerium Balfour** (Unionistisch).

1902 Bündnis zwischen England und Japan.

Britische Zuckerkonvention.

1902—03 Kornzölle in Großbritannien.

1903 Vorzugstarif der Kapkolonie.

Ein Gesetz über die Beschäftigung von Kindern verbietet die Beschäftigung von Kindern im Alter unter 11 Jahren und vor 6 Uhr morgens und nach 9 Uhr abends.

Nach Zurückweisung auch des dritten englischen Angebots eines Bündnisses mit Deutschland von deutscher Seite fährt Eduard VII. nach Paris; bei einem Frühstück mit Delcassé leitet er die intimsten Beziehungen Englands zu Frankreich ein.

1904 Am 8. April trifft England eine Anzahl von Abmachungen mit Frankreich, durch welche die in verschiedenen Teilen der Welt bestehenden Ursachen zu Reibungen zwischen beiden Ländern beseitigt werden. England verzichtet auf seine traditionelle Politik der Erhaltung der Integrität von Marokko zugunsten Frankreichs, dieses auf Untergrabung der englischen Stellung in Ägypten. Im Art. 1 der zu veröffentlichenden Abmachung hat Frankreich ausdrücklich versprochen, daß es den „politischen Zustand“ Marokkos nicht ändern werde; gleichzeitig hat Delcassé mit Balfour und Lansdowne ein geheimes Abkommen getroffen, in dem Frankreich das von diesem erstrebte Protektorat über Marokko von Großbritannien zugesprochen wurde.

Englische Expedition von Indien aus nach Tibet. Ergebnis: Tibet darf ohne Englands Genehmigung kein Gebiet an eine fremde Macht abtreten und keine Erlaubnis zur Anlage von Eisenbahnen, Telegraphenlinien, Bergwerken usw. erteilen.

1905 Teilung Bengalens.

1905—1908 **Ministerium Campbell-Bannerman** (Liberal).

1905 Sir Edward Grey wird britischer Außenminister.

Einsetzung einer Königlichen Kommission zur Untersuchung der Wirkungen des Armengesetzes von 1834 und zur Abhilfe der Not.

1905—10 Lord Minto II Vizekönig von Indien.

- 1906 Der belgische Geschäftsträger in London berichtet am 14. Januar nach Brüssel: „In der letzten Zeit sagte Sir Edward Grey zu wiederholten Malen den verschiedenen in London beglaubigten Botschaftern, daß Großbritannien Frankreich gegenüber Verpflichtungen eingegangen sei, denen es bis zum äußersten nachkommen werde, selbst im Falle eines deutsch-französischen Kriegs und auf alle Gefahr hin“. (Belgische Aktenstücke S. 18.)
Konferenz von Algeciras, auf der sich der erste sichtbare Schritt zum Anschluß Rußlands an England vollzieht.
Weiteres Gesetz über Unfallentschädigung der Arbeiter.
- 1907 Englisch-russische Verständigung über die Einflußkreise in Asien (Persien, Afghanistan, Tibet).
Weiteres Gesetz zum Schutz des Eigentums verheirateter Frauen. Die Entwicklung zum Individuum als Wirtschaftseinheit wird dadurch vollendet.
- 1908 Zusammenkunft Eduards VII. mit Nikolaus II. Sein Besuch bei Kaiser Franz Josef in Ischl.
Erlaß des Altersversorgungsgesetzes.
- 1908—15 **Erstes Ministerium Asquith** (Liberal).
- 1909 Erhöhung der Erbschaftssteuer und Besteuerung des unverdienenden Wertzuwachses.
Erlaß des ersten „Housing and Town Planning-Acts“. (John Burns).
Das Parlament genehmigt eine Bundesverfassung für die Südafrikanische Union mit Einschluß der früheren Burenstaaten.
Berichte der Königlichen Kommission über die Armengesetze. Erste Schaffung von Lohnämtern (Trade Boards).
Erlaß eines Gesetzes über die Einrichtung von Arbeitsnachweisen.
Veröffentlichung der Berichte über Binnenschifffahrt und Kanäle. Englisch-russisches Abkommen über Persien.
Siam tritt die Staaten Kelantan, Trengana und Kedah an England ab.
- 1910 **Georg V. König von Großbritannien**.
1910—16 Lord Hardinge II Vizekönig von Indien.
- 1911 Allgemeiner Dock- und Eisenbahnerstreik.
Englisch-amerikanischer Schiedsvertrag.
Einsetzung eines Gewerberats.
Die Parlamentsmitglieder erhalten Diäten.
Das Oberhaus wird eines großen Teils seiner Rechte beraubt. Es behält nur ein aufschiebendes Veto. Ein Gesetz, das vom Unterhause in drei Sessionen nacheinander angenommen ist, muß trotz des Widerspruchs der Lords Gesetz werden, falls es im Oberhause mindestens einen Monat vor Sessionsschluß vorgelegt worden ist.

Erlaß des nationalen Arbeitsversicherungsgesetzes.

Novelle zum Altersversorgungsgesetze von 1908.

Delhi wird an Stelle Kalkuttas zur Hauptstadt Indiens erhoben.

1912 Einführung des Minimallohns in der Kohlenindustrie.

1913 Haldanes Heeresreform. Die britische Flottenvorlage wird von 36 auf 51 Millionen £ erhöht.

1914 England erklärt am 4. August dem Deutschen Reiche den Krieg.

Am 5. September verpflichten sich Großbritannien, Frankreich und Rußland in einem Verträge zu London, keinen Einzelfrieden zu schließen. Später treten auch Italien und Japan bei.

Die Frauen erhalten das Wahlrecht zum Parlament.

1915—16 **Zweites Ministerium Asquith** (Koalition).

1916—21 Lord Chelmsford Vizekönig von Indien.

1916—22 **Ministerium Lloyd George** (Koalition).

1916 Errichtung von Whitley Councils.

1917 Einführung von Minimallöhnen für landwirtschaftliche Arbeiter.

1918 Weitere Ausdehnung des Prinzips der Lohnämter.

1918—22 Weitere Änderungen im Wahlrecht.

1919 Weiterer „Housing and Town Planning-Act“. (Dr. Addison). Errichtung eines ständigen Gerichtshofs für Arbeitsstreitigkeiten.

Am 18. Januar Beginn der Friedenskonferenz in Versailles.

Am 24. Juni Unterzeichnung des Vertrags von Versailles.

Am 10. September Friedensschluß mit Österreich zu St. Germain.

Am 27. November Friedensschluß mit Bulgarien zu Neuilly.

1920 Am 4. Juni Friedensschluß mit Ungarn zu Trianon.

Am 10. August Friedensschluß mit der Türkei zu Sèvres.

Erste Völkerbundsversammlung in Genf. Sie bestätigt die Mandate über die früheren deutschen Kolonien.

1921—22 Abrüstungskonferenz in Washington.

1921—26 Lord Reading Vizekönig von Indien.

1922—23 **Ministerium Bonar Law** (Konservativ).

1923 Das Wohnungsgesetz Neville Chamberlains erlassen.

1923—24 **Erstes Ministerium Baldwin** (Konservativ).

1924 14. Januar, Londoner Konferenz auf Grund des Dawes Gutachtens.

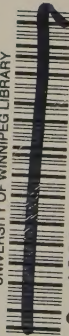
22. Januar bis Ende Oktober **Ministerium J. R. Macdonald** (Arbeiterpartei).

Erlaß des Housing (Financial Provisions) Acts Wheatlys.

Seit Ende Oktober **Zweites Ministerium Baldwin** (Konservativ).

The Housing Consolidation Act erlassen.

UNIVERSITY OF WINNIPEG LIBRARY



3 1888 006 314 273